
Ulrich Otto

Senioren-genossenschaften.

Modell für eine neue Wohlfahrtspolitik?

Opladen: Leske+Budrich
1995

(Printpublikation: 330 S.)

Vorsicht: Die Paginierung der Online-Publikation weicht von der
Printpublikation ab. Das Inhaltsverzeichnis gibt die Seitenzahlen der
Printpublikation wieder.

Rezensiert z.B. von Roland Schmidt, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der
sozialen Arbeit, 28(3), 1997, S. 301-303

www2.uni-jena.de/erzwiss/ott/doc/seniorengenossenschaften.pdf,
www2.uni-jena.de/erzwiss/ott/doc/seniorengenossenschaften2.pdf

A Einleitung

1	Einführung	1
2	Fragestellung und Aufbau der Arbeit	8

B Seniorengenossenschaften

Programmatik, Institutionalisierung und konkrete Arbeit

1	Programmatik - im Kontext der Seniorenselbsthilfe	15
1.1	Zur Charakteristik programmatischer Bestimmungen	15
1.2	Bezugspunkt Selbsthilfe: Bedarf und Ressourcen	18
1.3	Bezugspunkt dienstbezogener Bedarfsausgleich: Funktionsbereiche	26
2	Institutionalisierung und konkrete Arbeit	35
2.1	Rahmenbedingungen des Landesmodellprogramms	35
2.2	Zur Wahl und Gestaltung der Institutionalisierungsform	37
2.3	Aspekte der Organisationsentwicklung	43
2.4	Aktivitäten im Feld sozialer Dienstleistungen	52
2.5	Das Konzept Zeitgutschrift und seine konkrete Ausgestaltung	57
2.5.1	Konzepte mit unterschiedlichen Zielen	57
2.5.2	Wie lässt sich Selbsthilfe und Solidarität konkret verregeln?	61

C Innovationslinien der Altenpolitik im Kontext der internationalen Diskussion - am Beispiel Pflege

1	Zum Interpretationsansatz des Welfare mix	71
2	Die Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus	76
2.1	Das Konzept des Enabling state	76
2.2	Marktorientierung im Wohlfahrtssektor	80
2.3	Politik des informellen Sektors	91
2.4	Umbau sozialer Dienstleistungen	103
2.4.1	Flexiblere Formen der Dienstleistungsproduktion	105
2.4.2	Interaktion mit statt Ausnutzung von informellen Unterstützungsnetzwerken	107
2.4.3	Private Verantwortung im Kontext neuen organisierten Pluralismus'	113
2.4.4	Integrierte Steuerung fachlicher und wirtschaftlicher Aspekte	114
2.5	Politik der Freiwilligenarbeit	115
3	Zusammenfassung und Bewertung	123

D Differenzierung und Neuformatierung sozialer Altenarbeit am Beispiel Seniorengenossenschaften

1	Engagement zwischen Selbsthilfe, Ehrenamt, Bürgerinitiativen und Staatstätigkeit	127
1.1	Selbstorganisation und autonome Gestaltung	127
1.2	Institutionalisierung und Rollen zwischen Selbsthilfe, Ehrenamt und Bürgerinitiativen	129
1.3	Neuer Typus bürgerschaftlicher Verantwortungsübernahme	133
2	Seniorengenossenschaften als Dienstleistungsinstitution	137
2.1	Substitution	140
2.2	Diensteausweitung	147
2.3	Qualitätsverbesserung	153
2.4	Dunkelziffer-Überwindung und Inanspruchnahme	159
2.5	Nullsummenspiel/Dienstleistungssicherung	165
2.6	Konkurrenz im informellen Sektor	165
3	Rekrutierungsfunktion	167
3.1	Zwischen Selbstbezug und Hilfe für Andere	169
3.2	Zum Stellenwert von Anreizen und Gratifikationen	176
3.3	Zeitgutschrift und Anreizfunktion	180
4	Befähigungsfunktion zwischen Qualifizierung und Sozialmanagement	188
5	Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden	193
5.1	Arbeit und Aktivität als klassische gerontologische Bezugspunkte	193
5.2	Rahmenbedingungen für Arbeit und Aktivität im Alter	196
5.3	Dimensionen individueller Bedeutung und Ausgestaltungskonsequenzen	200
5.4	Vorschläge und Zukunftsüberlegungen im Kontext übergeordneter Sozialpolitik	205
6	Altenarbeit als multiple Netzwerkintervention	207
6.1	Zum seniorengenossenschaftlichen Diskurs der Herausforderung durch Netzwerkmbrüche	208
6.2	"Hilfe" im Licht sozialer Netzwerk- und Unterstützungstheorien	210
6.3	Netzwerkintervention	217
6.3.1	Netzwerkintervention auf der Ebene informeller Bezüge	219
6.3.2	Netzwerkorientierung formeller Hilfesysteme	237
6.3.3	Netzwerkorientierung als ökologische Intervention	243
6.4	Zur Ambivalenz von Netzwerkförderung	245

7	Infrastrukturentwicklung, kollektive Kapitalbildung und individuelle Ansparoption	250
8	Widersprüchliche Elemente und Probleme einer Perspektive wohlfahrtspolitischer Modernisierung	255
8.1	Ressourcenorientierung, soziale Prävention, Solidarität und Infrastruktur als Leitvorstellungen und Politikziele	256
8.2	Universalisierung und Gruppenbezug	262
8.3	Normalisierung und Defizitbezug	266
8.4	Funktional diffuse oder spezialisierte Aufgaben	270
8.5	Professionelle und sozialpolitische Handlungsorientierungen	271
8.6	Sozialpolitische Verteilungshorizonte - neue Spaltung?	276
	Literatur	288

A Einleitung

1 Einführung

Das Thema Alter und Altern beschäftigt die Öffentlichkeit, die Politik und die Wissenschaft in ungebrochener, wenn nicht steigender Intensität. Dafür gibt es einen strukturellen und zeitüberdauernden Grund: "Wir sind alle an Gerontologie und ihren Erkenntnissen interessiert. Denn anders als mit anderen Fragen des menschlichen Lebens (etwa der Geschlechts- oder Bildungsunterschiede oder des Problems der Arbeitslosigkeit), wo man über 'andere' forschen und urteilen kann, nehmen wir am Altern alle teil, antizipatorisch und/oder tatsächlich" (Mittelstraß 1992: 720).¹

Es sind drei Entwicklungen, aus denen sich vordergründig die Aufmerksamkeit in der öffentlichen und politischen Diskussion herleitet, die die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Problemen erfährt: das wachsende Ausmaß der direkten und indirekten Betroffenheit, der "Alterslast-Diskurs" - also die Erwartung stark steigender gesellschaftlicher Kosten - und die Erwartung einer zunehmenden Dauer der Altersphase jedes einzelnen (vgl. Mayer u.a. 1992: 721ff.).

Mit dem demographischen "Altern" - als der "Umschreibung von durchschnittlichen Veränderungen von Bevölkerungsgesamtheiten" (Dinkel 1992: 63) -, das zudem als "doppeltes Altern" begriffen wird (immer mehr Menschen werden immer älter), werden aufgrund des *sehr raschen* Wandels epochale Veränderungen der weiteren Gesellschaftsentwicklung in Verbindung gebracht.²

1 Die Unterscheidung von Alter und Altern hebt darauf ab, daß im einen Falle die älteren Menschen und das Resultat des Altwerdens im Vordergrund stehen, im anderen Falle die Untersuchung von Prozessen und Mechanismen, die zum Alter führen und die dem Altwerden zugrundeliegen.

2 Zur demographischen Alterung vgl. als Überblick Dinkel (1992), zu einer soziologischen Analyse der demographischen Risiken des Sozialstaats vgl. Leisering (1992).

A Einführung

Es lassen sich aber auch mit Blick speziell auf die politisch-aktuelle deutsche Diskussion ohne Mühe eine kleinere Zahl "großer" Themen der Altenpolitik herausfiltern:

- * Bis zu allerletzter Zeit war es ein beherrschendes öffentliches Thema, ob im Ringen um die Pflegeversicherung und ihre Finanzierung eine tragfähige, breit akzeptierte Lösung erzielt werden wird, eine Lösung zugleich, die sozial ausgewogen ist und keiner Gruppe unzumutbare Härten aufbürdet. Das Hinausschieben des Starttermins stellte mehr und mehr ein eigenes Politikum dar³, die tatsächliche "Bewährungsprobe" steht nun an, wenngleich schon deutlich ist, daß Leistungshöhe und Qualitätssicherung unzureichend sind.
- * Gerade erst reformiert, bleibt die Rente im Dauergespräch. Die Themenstellung ist komplex, sie reicht von den Überlegungen zur langfristigen Finanzierung über die weiterhin existierende Altersarmut und insbesondere die weiterhin nur prekäre Absicherung der Frau in allzu vielen Lebenslagen⁴ bis zur besonderen Situation der RentempfängerInnen in den neuen Bundesländern.
- * Die Rede vom Pflegenotstand hat sich nicht erledigt (vgl. Alber 1990). Die Personalsituation in der ambulanten und stationären Pflege hat sich nicht grundlegend verändert. Wiederum wäre zu fragen: Wie auch? Auf allen Feldern bleiben größere Durchbrüche aus - in der Tarifstruktur, im Vordringen moderner und teamorientierter Mitarbeiterführung, in der Ausbildung und in der Zeitgestaltung, um nur einige zu nennen.
- * Die Anwendung des Gesundheitsreformgesetzes hat höhergesteckte Erwartungen rasch enttäuscht. Hier gab es bestenfalls Einstiege in eine wirksamere Unterstützung häuslicher Pflege bei Schwerpflegebedürftigen. Der Kreis wurde klein gehalten, die Leistungen sind knapp,

3 Zur Analyse des entsprechenden sozialpolitischen Diskurses und resultierender Regelungen seit den späten sechziger Jahren vgl. Dieck (1992a).

4 Vgl. insbesondere die neueren Armutsberichte: Hauser/Hübinger (1993); Hanesch u.a. (1994) sowie Gutberlet/Hauser (1991); bezüglich der Armut bei alten Frauen Naegele (1992).

Fluchtpunkt ist allzu häufig ein kurzsichtiges Einsparungsziel (vgl. Kettler 1992).

- * Damit ist schon das nächste Stichwort gegeben: die Anstrengungen, mit denen versucht wird, die ambulanten Dienste neu zu ordnen, um sie sowohl für die wachsenden Aufgaben zu wappnen als auch die Qualität ihrer Leistungen zu steigern. Auch hier bleibt die Einschätzung verhalten, zumindest sind die Dinge nicht eindeutig, das Ziel jedenfalls noch keineswegs erreicht.
- * Quer zu all dem werden die Aufgaben potenziert durch die deutsch-deutsche Situation und die mit der "Angleichung" der Leistungsstrukturen und Lebensverhältnisse verbundenen Probleme.⁵ Wir haben auf längere Sicht auch gerontologisch von "zwei deutschen Altern" (Schwitzer 1992) auszugehen.

Die Liste von Themen ließe sich beliebig verlängern, die angesprochenen Beispiele aber erfüllen bereits ihren Zweck. Sie illustrieren den - weitgehend durch oft genug auch anderen Politikfeldern zuzuordnende staatliche Gesetzgebung und mächtige Institutionen bestimmten - Kontext des Politikbereichs "Altenpolitik und Altenpflege". Hinsichtlich seiner Ausdifferenzierung und Identität als eigenständiger Politikbereich sind Zweifel angebracht. Als solcher ist er "gemessen an anderen öffentlichen und sozialstaatlichen Politikbereichen (Kultur-, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs-, Jugendpolitik usw.) und in bezug auf seine Konsolidierung als öffentlicher Politikbereich eindeutig unterentwickelt" (Evers/Leichsenring/Pruckner 1993: 13). Ganz besonders gilt der Befund für den Dienstleistungsbereich.⁶ Dies ist in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern anders (gl. Kraan u.a. 1990; Evers/Svetlik 1993).

5 Die entsprechenden Fragestellungen werden in dieser Arbeit nicht genauer berücksichtigt; vgl. zu einem Überblick Dieck (1992). Ebensovienig wird auf die Lebenssituation älterer Menschen in den neuen Bundesländern (vgl. dazu Schwitzer 1992) und die daraus resultierenden speziellen Herausforderungen genauer eingegangen.

6 Auf eine Gesamtdarstellung dessen, was als Sozialpolitik für Ältere bezeichnet werden kann, wird in der vorliegenden Arbeit mit Verweis auf geeignete Übersichtsdarstellungen verzichtet. Vgl. Bäcker u.a. (1989a); Dieck/Steinack (1987); Alber (1991); Dieck (1993). Zum herausragenden Aspekt der Alterssozialpolitik

A Einführung

In Deutschland aber ist damit der Kontext gegeben, in dem sich ein ganz anderer Zweig zukunfts zugewandter Initiativen zu behaupten versucht. Es wimmelt nur so von Modellversuchen und "Neuansätzen" in der Altenpolitik. Wir beobachten sie auch im internationalen Vergleich - zusammengenommen ein ganzes (freilich eher diffuses) Feld sehr vielgestaltiger Initiativen. Die Politik im engeren Sinne versucht ihre Rolle dabei erst noch zu entwickeln. Die Projekte lassen sich nicht so eindeutig der Kostenfrage, der Pflegeproblematik oder der Sicherung bzw. dem Ausbau professioneller Standards im offenen, ambulanten wie stationären Bereich zurechnen. Teilweise berühren sie diese Herausforderungen im Versorgungsbereich, meist aber formulieren sie darüber hinaus übergreifende Ziele sozialer Integration im allzu segmentierten Feld zwischen Wohnen, Begegnen, Tätigwerden und Helfen/Hilfe-empfangen.

Vielfach haben diese Modelle und Arbeitsansätze beträchtliche Ähnlichkeit bzw. Überschneidungen, ohne daß die darin liegenden Potentiale eines gegenseitigen Voneinanderlernens immer genutzt werden. Dies gilt im nationalen genauso wie im internationalen Maßstab. Entsprechende Lerneffekte sind natürlich auch umso schwieriger, je weniger die Modelle nur den klassischen Versorgungsbedarfen oder Hilfeformen zugerechnet werden können.

Hinzu kommt: In einem Feld, das eine solche "Entdeckung" durchmacht wie dasjenige des Alters, der Altenpolitik und Altenhilfe, in einem Feld, das gleichzeitig von so vielen unterschiedlichen Akteuren neu oder verstärkt beachtet wird - von der Politik über die Wirtschaft bis zu den Verbänden, von den unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen über die Sozialberufe bis hin zur "breiten Öffentlichkeit" - ist die semantische Verwirrung groß. In diesem Kontext kommt der Altersforschung auch eine orientierende Rolle zu.⁷

auf kommunaler Ebene vgl. Gitschmann (1987).

7 Daß sie dafür nur eine schmale Basis hat, zeigt sich daran, daß der 1971 von Tews in seiner Soziologie des Alters geäußerte Befund im Grundsatz und im internationalen Vergleich unverändert gilt: "Trotz der Klagen über die 'Überalterung' unserer Bevölkerungsstruktur, trotz des immer wieder zitierten hohen und sich weiter erhöhenden Altenanteils in unserer Bevölkerung und dem daraus sich verstärkenden Altenproblem (...) hat sich gerontologische Forschung im deutschen Bereich noch keineswegs angemessen institutionalisiert"

Trotz aller Schwierigkeiten lassen sich - dies ist Thema der vorliegenden Arbeit - Merkmale bestimmen, die manchen der oben genannten Neuansätze gemeinsam sind. Es ist dringlich, entsprechende verallgemeinerungsfähige Anschlußstellen herauszuarbeiten. Dabei wird immer wieder die sozialwissenschaftliche Analyse mit der Semantik der Öffentlichkeit in Beziehung zu bringen sein. Die Merkmale lassen sich - so lautet die allgemeinste These der vorliegenden Arbeit - idealtypisch bündeln zu einem neuartigen Typus sozialpolitischer Intervention (vgl. zum Begriff Kaufmann 1982a sowie Kaufmann/Rosewitz 1983) und Institution in einem sich wandelnden Wohlfahrtsgefüge.

Die baden-württembergischen "Senioren-genossenschaften" gehören zu diesem Typus von Neuversuchen. Sie werden als exemplarisches Beispiel genauer betrachtet, denn sie repräsentieren in besonderem Maße - so die darauf aufbauende Ausgangsüberlegung der Arbeit - viele der angesprochenen Merkmale in offener und dynamischer Kombination. Auf die Frage, was Senioren-genossenschaften sind, läßt sich folglich nicht einfach antworten. Allgemeine Kennzeichen verbinden sie mit vielen der genannten Initiativen:

- * Hier finden sich sowohl zentrale Reformprogramme als auch lokale Initiativen, die Innovationen⁸ kommen teils von "unten", teils - vielleicht von jenen Pionieren inspiriert - von "oben" etwa im Gewand von Modellprogrammen.
- * Sie lassen sich nicht so eindeutig den oben angerissenen "großen Themen" zuordnen - weder der Finanzierungsproblematik noch der sozialen Absicherung mit Geld, weder nur der Versorgungspolitik, noch gar ihrem am heftigsten diskutierten Pol, der Pflegeproblematik. Sie lassen sich auch nicht umstandslos nach Bedarfefeldern - etwa Einkommen, Mobilitätsdefizite oder Pflegebedarfe - oder der Bedarfstiefe - nach "weichen" oder "harten" Bedarfssituationen (vgl. zu dieser Begrifflichkeit Bäcker u.a. 1989: 152ff.; Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 53; MAGFS 1986: 50ff.) -, nach Institutionen - z.B. Transfersysteme,

(Tews 1971: 1).

8 Zum Begriff der Innovation im Kontext des Konzepts sozialen Wandels vgl. Bal-dock/Evers (1991b: 87ff.).

A Einführung

Dienstleistungsanbieterschaft, Verbände usw. - oder nach der professionellen Orientierung - bspw. sozialpflegerische versus medizinische oder psychiatrische - kategorisieren.

- * Wenn gerade gesagt wurde: "nicht so eindeutig", dann heißt das aber zugleich, daß ein *Zusammenhang* zu den großen Themen besteht, die ja schließlich auch nicht zufällig im Blickpunkt des Interesses stehen.
- * Mit den Initiativen wird die Frage aufgeworfen, auf welcher Basis eine Politik des ambulanten Bereichs aufbauen soll, wenn zugleich die Bedürfnisse des informellen Sektors übergangen werden: die Wünsche und Hoffnungen, die Ängste und Erschöpfungen von Angehörigen und Pflegepersonen usw.
- * Die Beteiligten in den Projekten zweifeln vielfach, ob maximierte Sicherheit und optimale Versorgung Leitziele für die Altenpolitik in und außerhalb von Heimen sein können. Sie erinnern daran, daß Gesundheit im weiteren Sinne nicht zu denken ist ohne gesellschaftliches Eingebundensein, ohne Gesellung und Teilhabe am Leben von Gemeinwesen und Gesellschaft.
- * Die Initiativen insistieren letztlich aber dennoch auch darauf, "den Entwicklungsrückstand zu anderen, gesellschaftlich bereits anerkannten, öffentlichen Aufgabenbereichen aufzuheben, ohne dabei allerdings deren historisch gewachsenen und inzwischen in vieler Hinsicht auch wieder fragwürdig gewordenen Status quo zu kopieren" (Evers/Leichsenring/Pruckner 1993: 17), dessen Problematik unter den Stichworten der Bürokratisierung, Überprofessionalisierung, fehlenden Anbietervielfalt, starren Normen und organisatorischer Inflexibilität mannigfaltig herausgearbeitet worden ist.
- * Die Initiativen spiegeln das in diesem auf Ältere bezogenen Politik-, Dienstleistungs- und Lebensbereich vorfindliche besonders hohe Maß an Heterogenität und Ungleichzeitigkeit nicht nur wieder, sie verstärken es ihrerseits nochmals.
- * Zugleich aber verstehen sie sich als Bausteine einer "weiter gefaßten Politik für ältere Menschen, die über die klassische Altenhilfe hinausreicht, also einer Politik für das Alter, die alle im Alter vorfindbaren Lebenslagen, positive wie negative, problematische und unproblematische, Anliegen jüngerer Älterer wie Hochbetagter gleichermaßen zum

Bezugspunkt ihrer Aktivitäten und Bemühungen macht" (Naegle 1991: 418).

- * Dabei scheint in vielen Fällen der Versuch konstitutiv zu sein, eine neue und zukunftsorientierte Balance zwischen öffentlicher und privater Initiative und Verantwortung zu erreichen.

Eine zusammenfassende Beschreibung hält sich angesichts der zusammengetragenen Merkmale eher an Abgrenzungen zu hergebrachten Formen und Inhalten: "Der Staat hat hier überall seine Hand im Spiel, ohne daß die Modelle und Projekte staatliche Einrichtungen wären; gemeinschaftliche Aspekte spielen bisweilen eine große Rolle, ohne daß es sich jedoch um bloß informelle Zusammenschlüsse handeln würde; Einkommenssicherung und der Verkauf von Diensten und Produkten können eine wesentliche Rolle für die Entstehung dieser Initiativen spielen - aber solche 'Projekte' nehmen nicht allein um der Erwerbsziele wegen Gestalt an; Solidarität ist wichtig, aber für Individualismus und Unabhängigkeit wird offenbar weit mehr Platz eingefordert als in den klassischen Solidargemeinschaften, wie sie z.B. aus der Tradition der Arbeiterbewegung bekannt sind" (Evers 1990: 190).

Es wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, daß die hergebrachte Versorgungspolitik die in den neuen Initiativen liegende Herausforderung dringend nötig hat. Und zwar nicht nur in der Form des Nebeneinanderbestehens, sondern der gegenseitigen Befruchtung und Öffnung. Damit ist eine komplementäre Aufmerksamkeitsrichtung fast automatisch vorgegeben, da eine solche Öffnung in substantiellen Bereichen moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit auch problematische Entwicklungen bedeuten oder auslösen kann.

Schließlich finden sich Impulse, die noch darüber hinausgehen, die auf Grundkategorien von Gesellschaftlichkeit verweisen. Unschwer lassen sich viele Bemühungen in jenen neuen Diskurslinien verankern, die unter den Labels Kommunitarismus (vgl. Zahlmann 1992; Brumlik/Brunkhorst 1993), Solidarität (vgl. Hondrich/Koch-Arzberger 1992) oder Gemeinschaft⁹ geführt und auch in der Sozialpädagogik rezipiert werden.

9 Zur Erörterung von Gemeinschaft und darauf bezogenen Interventionsformen vgl. Puch (1988), zur Thematisierung der Tradition von Voluntary Action von

A Einführung

Spätestens hier ist noch eine Vorbemerkung zu machen. Im bisher verfolgten Sprachgebrauch wurde Altenpolitik so gefaßt, daß nicht nur jene Maßnahmen darunterfallen, die ausschließlich oder primär alte Menschen tangieren, sondern umfassender als Gesamtheit jener Politikansätze, die u.a. auch die Lebenssituation alter Menschen tangieren. Lebenslaufbezogen bedeutet dies, daß "Politik für ein besseres Altern nicht allein Politik für ältere Menschen sein (kann; U.O.). Viele der Bedingungen für ein menschenwürdiges Alter werden in früheren Lebensabschnitten geschaffen. Eine Politik für das Alter muß sich daher auf den gesamten Lebensverlauf und alle gesellschaftlichen Teilbereiche beziehen" (Mayer u.a. 1992: 722). Der engere Gegenbegriff könnte "Altenhilfepolitik" sein, reduziert auf Maßnahmen zur Sicherung eines Mindeststandards an materieller Sicherung und an Versorgung mit notwendigen Diensten auf dem Niveau der Sozialhilfe. Ein solches Verständnis

Tocqueville über Lerner bis zu Bellah vgl. van Til (1988: 13ff.), zu einer Thematisierung im Kontext von Sozialpädagogik vgl. Opielka (1992).

würde einem Großteil der qualitativen Herausforderungen, wie sie in dieser Arbeit analysiert werden, nicht gerecht werden können.¹⁰

10 Ohne hier eine systematische Debatte über den Politikbegriff und die allgemeine Funktionsbestimmung von Sozialpolitik beginnen zu wollen, ist daran zu erinnern, daß sich in der Altenpolitik letztlich jene Diskussion wiederholt, "die es immer wieder auch bezogen auf das generelle Verständnis von Sozialpolitik zu führen gilt. Folgt man einem Definitionsvorschlag von Nahsen, so ist Sozialpolitik als Zweig der praktischen Politik enger ausgerichtet als andere Zweige insoweit, als sie sich konzentriert auf Stellen möglicher oder tatsächlicher Konflikte im Gesellschaftsgefüge. Sozialpolitik ist inhaltlich umfassender als andere Politiken, indem sie die Existenz ihrer Adressaten zu berücksichtigen und gegebenenfalls umzugestalten hat. Sowenig Sozialpolitik sich auf eine Politik der sozialen Sicherung reduzieren läßt, sowenig ist Altenpolitik auf eine Auswahl von Lebenslagemerkmale alter Menschen einzuengen - oder gar auf Aspekte dieser Lebenslagemerkmale. Vielmehr ist die Gesamtheit jener Maßnahmen altenpolitisch relevant, die Einfluß nehmen auf Lebenssituationen im höheren Alter. Altenpolitik kann die Rahmenbedingungen nicht ausklammern, innerhalb derer sich Alternsprozesse in unserer Gesellschaft gestalten und die - weitergehend - das individuelle Altersschicksal bestimmen" (Dieck 1993: 187f.). Etwas konkreter formuliert ist dann Ziel von Alterssozialpolitik "vor allem die Bekämpfung und Überwindung von sozialen Ungleichheiten im Alter,

A Einführung

in einer weitergehenden Perspektive die soziale Gestaltung von Lebensverhältnissen älterer Menschen insgesamt, d.h. die Sicherstellung und Schaffung von gleichberechtigten Lebenschancen und gleicher Lebensqualität - gemessen an denen der übrigen Bevölkerung" (Naegele/Tews 1993a: 347).

2 Fragestellung und Aufbau der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit wird der Modellversuch zunächst beschrieben. Darüberhinaus aber soll versucht werden, am Beispiel der Senioren-genossenschaften Grundzüge einer modernen sozialen Altenarbeit zu entwickeln. Auf das Modellprogramm wird dabei in doppelter Hinsicht Bezug genommen: Zum einen birgt es bereits selbst eine Reihe positiver Merkmale, die Bausteine einer solchen Altenarbeit darstellen können. Als konkretes Experiment mit konkreten Menschen bietet es aber zugleich die Chance, sich an seinen Begrenzungen, an möglicherweise problematischen Schwerpunktsetzungen kritisch abarbeiten zu können. Die empirischen Informationen, die der Arbeit zugrundeliegen, wurden im Verlaufe der wissenschaftlichen Begleitung der ersten Projektphase des Modellprogramms Senioren-genossenschaften gewonnen (vgl. zu den Ergebnissen Otto 1992; 1992a; 1992b; 1993; 1993a; 1995).

In einem ersten Teil der Arbeit (B) wird das "Modell Senioren-genossenschaft" auf unterschiedlichen erkenntnistheoretischen und policy-bezogenen Ebenen vorgestellt, um es zugleich in die wohlfahrtspolitische Diskussion einzuordnen. Textanalytisch werden zunächst die Programmziele zu identifizieren versucht (B 1). Dieser Versuch ist deshalb nicht einfach, weil das Programm in mancher Hinsicht querliegt zu den hergebrachten Kategorien wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung.

In einem zweiten Durchgang bezüglich der Frage, was Senioren-genossenschaften "sind", werden sie mit Bezug auf ihre institutionelle Gestalt beschrieben und analysiert (B 2). Hier sind Rahmenbedingungen des Landesmodellprogramms ebenso zu diskutieren wie die Rechtsform, Organisationsmerkmale ebenso wie Dienstleistungen und Tätigkeitsinhalte.

In einem dritten Durchgang wird das Programm mit Entwicklungs- und Innovationslinien in anderen Wohlfahrtsstaaten in Beziehung gesetzt (C). Deren Interpretation im Rahmen eines Welfare-mix-Ansatzes erweist sich als hilfreich für eine Auseinandersetzung sowohl mit programmatischen Umorientierungen als auch deren Metamorphosen im

A Aufbau der Arbeit

Implementationsprozeß mitsamt ihren Wirkungen auf der Impact-Ebene. Im Lichte der identifizierbaren internationalen Trends scheinen die Seniorengenossenschaften in vielen Aspekten, so die dahinterliegende These, in besonderem Maße geeignet, entsprechende Suchbewegungen in Deutschland zu repräsentieren.

In einem breit angelegten und diese Ausführungen bilanzierenden Kapitel (D) soll die Bezugnahme auf die Empirie im engeren Sinne und die konkret entwickelten Projekte nochmals gelockert werden, um die Seniorengenossenschaften als Beispiel innovativer Interventionen in der Altenpolitik zu diskutieren. In der Kombination der im Verlauf der Arbeit diskutierten Konzepte und Kategorien soll damit exemplarisch ein Bestimmungsversuch einer sich differenzierenden Altenarbeitslandschaft unternommen werden. Er hat empirische Umstrukturierungen sensibel zu registrieren und begreifen, Innovationspotentiale zu orten und auf dieser Basis konzeptionelle Neuorientierungen vorzuschlagen.

Dies ist ein sich durchziehender - *erster* - Argumentationsstrang: Die Debatte über den Umbau des Sozialstaats und die Neubalancierung des Wohlfahrts-Mix. In allen diesen analytischen Zugriffen konzentriert sich in ähnlicher Weise das inhaltliche Interesse darüberhinaus auf folgende vielfach miteinander zusammenhängende Aspekte:

Zweitens die Dienstleistungs- oder Transaktionsfrage: Was wird geleistet bzw. getauscht, technokratisch formuliert: wieviel und welche Hilfe wird für wen produziert?

Drittens die Freiwilligenfrage: Wer läßt sich durch das spezifische Arrangement zu aktiver Mitarbeit gewinnen bzw. inwiefern gelingt es, die vielbeschworenen unausgeschöpften Potentiale helfender Hände zu mobilisieren?

Viertens der Spezialaspekt: Welchen Stellenwert könnte freiwillige Mitarbeit im Pflegebereich annehmen?

Fünftens die Ehrenamtsdebatte: In welcher Weise verändert sich das Gefüge unterschiedlicher, sowohl nebeneinander bestehender wie in komplementärer Wechselbeziehung stehender "Bedarfsausgleichssysteme" (Rauschenbach/Müller/Otto 1992), insbesondere: Was passiert mit dem hergebrachten ehrenamtlichen Engagement?

Sechstens die Medien- und Incentivedebatte: Welche Wirkungen hat die Einschaltung von Steuerungsmedien in den sensiblen Bereich "freiwilliger", "informeller" Arbeit, insbesondere: Gibt es kontraproduktive Effekte der "Formalisierung des informellen Sektors" (Berger/Offe 1984), wie sie u.a. die "Zeitgutschrift" des Modellprogramms darstellt?

Siebtens die Selbsthilfedebatte: Inwiefern läßt sich von Selbsthilfe sprechen, inwiefern ist dieser Begriff angesichts der neuen Initiativen noch angemessen bzw. wie wäre er neu zu fassen?

Im wesentlichen wird in der vorliegenden Arbeit beschreibend-erklärend argumentiert. Daß vielfach gerade mit Bezug auf *Wirkungen* keine klaren Aussagen getroffen werden, steht im Einklang mit neueren Auffassungen, nach denen Policy- und Wirkungsforschung heute sehr viel längere Zeiträume als bspw. noch in den 70er Jahren ansetzt, um angemessene Ergebnisse zu erzielen (vgl. Héritier 1993a: 17f.).

Eine knappe Bemerkung sei der disziplinären Verortung der vorliegenden Arbeit gewidmet. Egal ob wir - mit dem National Institute of Aging - Gerontologie breit verstehen als "the study of aging from the broadest perspective" oder der etwas spezifischeren Definition von Baltes und Baltes folgen: "Gerontologie beschäftigt sich mit der Beschreibung, Erklärung und Modifikation von körperlichen, psychischen, sozialen, historischen und kulturellen Aspekten des Alterns und des Alters, einschließlich der Analyse von alternsrelevanten und alternskonstituierenden Umwelten und sozialen Institutionen" (Baltes/Baltes 1992: 8) - wir haben es in der Gerontologie allgemein und beim umrissenen Themenkomplex entsprechend mit Problemen zu tun, die der Wissenschaft nicht den Gefallen tun, sich disziplinär zu definieren.

Auf dieses Dilemma wurde und wird mit den verschiedensten Vorschlägen geantwortet. Ein Hauptstrang bestand und besteht in der Verschiebung von Aufmerksamkeiten, Problemorientierungen und der inhaltlichen Ausgestaltung von Forschungsfeldern im Sinne einer gerontologischen Orientierung *innerhalb* der einzeldisziplinären Bedingungen, wie sie etwa im üblichen theoretischen und methodischen Inventar bestehen.¹¹ Hinsichtlich des mit dem Alter und Altern verbundenen gesell-

11 Eine solche Gerontologisierung des Forschungsprofils von Disziplinen oder dis-

schaftlichen Problemdrucks ist eine solche Verschiebung um des damit zu gewinnenden wissenschaftlichen Gewichts zweifellos erwünscht.

Aber diese disziplinäre Gerontologisierung scheint weder aus wissenschaftlicher noch aus gesellschaftlicher Perspektive ausreichend, um die Wirklichkeit des Alters und Alterns in seiner Gesamtheit zu erfassen. Daran schließen sich verschiedene ambitionierte Vorschläge an.¹² Diese Vorstellungen können in dieser Arbeit keineswegs eingelöst werden. Sie bescheidet sich zunächst mit einem kombinierten Vorgehen auf der Grundlage verschiedener Einzeldisziplinen und deren gleichzeitiger Gerontologisierung und Sozialpädagogisierung.¹³ Es läßt sich leiten von der

ziplinären Forschungsfeldern läßt sich z.B. in der Medizin, Soziologie, Psychologie und Sozialpolitikforschung nachzeichnen.

12 Unter anderem wird über eine problemorientierte Verbindung und Vernetzung von Disziplinen im Sinne von Multidisziplinarität und Interdisziplinarität diskutiert. Daran wird kritisiert, daß auch dieser Ansatz aus wissenschaftssystematischer Sicht zu kurz greift, insofern ihm die synthetische Kraft fehle (vgl. Mittelstraß u.a. 1992: 697). Die Arbeitsgruppe "Altern und gesellschaftliche Entwicklung" der Akademie der Wissenschaften zu Berlin plädiert aufgrund der Qualität der Problemlagen und der Komplexität des erforderlichen Zugriffs dafür, Gerontologie als transdisziplinäres Forschungsfeld zu verstehen (vgl. Baltes/Mittelstraß 1992a: VIIIff.). "Dies bedeutet keineswegs, daß die Disziplinen verschwinden, sondern daß sich die Forschung aus ihren disziplinären Grenzen löst, Theoriebildungen, Methoden und Erkenntnisinteressen miteinander verbindet, also gerade (...) Begrenzungen verliert, die disziplinäre Forschung bestimmen" (Mittelstraß u.a. 1992: 697). Disziplinäre Kompetenzen und disziplinäre Tiefe werden in einem solchen Konzept keineswegs entwertet oder gar ersetzt, sondern erscheinen im Gegenteil als Voraussetzung derselben (vgl. dazu Baltes/Baltes 1992). Eine adäquate forschungs- und problemorientierte Verbindung der Disziplinen muß in dieser Perspektive über deren Nebeneinanderstellung und Addition im Rahmen von Multidisziplinarität ebenso hinausgehen wie über gegenwärtig praktizierte Interdisziplinarität, die sich als Kooperation auf Zeit darstellt, dabei aber die Disziplinen läßt wie sie sind. "Transdisziplinarität verändert die disziplinäre Forschung, richtet sie nach nichtdisziplinär definierten Problemlagen aus, gibt der disziplinären Forschung neue Akzente oder sogar ein neues Profil. In diesem Sinne könnte Transdisziplinarität auch als wirklich geglückte Interdisziplinarität verstanden werden, nämlich so, wie Interdisziplinarität eigentlich einmal konzipiert war" (Mittelstraß u.a. 1992: 697).

13 Auf die bereits seit über drei Jahrzehnten unterbreiteten Vorschläge, eine spezielle Wissenschaftsdisziplin im Schnittfeld von Gerontologie und Pädagogik zu

Zielbestimmung, daß ohne Einseitigkeiten mit der Komplexität des Alters und des Alterns umzugehen ist (bspw. mit sich überlappenden Kausalitäten)¹⁴ sowie vom Impuls praktischer Veränderung.

Beim Verhältnis von Wissenschaft und Praxis ist diesbezüglich eine Analogie zwischen verbreiteten Verständnissen der Gerontologie und der wissenschaftlichen Sozialpädagogik festzustellen. Mittelstraß u.a. stellen kategorisch fest: "Gerontologen sind daran interessiert und müssen daran interessiert sein, das Alter(n) nicht nur zu beschreiben und zu erklären, sondern auch Voraussetzungen für praktische Veränderungen zu schaffen" (Mittelstraß u.a. 1992: 713). Kulturkritisch wird von den Autoren - stellvertretend für eine lange Reihe anderer - argumentiert, daß das Alter in vieler Hinsicht im Kontext der menschlichen Zivilisation ein noch kaum ausgestalteter Abschnitt ist. Die Voraussetzungen für entsprechende Fortschritte liegen im Feld der Wissenschaft - auf der Basis

begründen, ist hier nicht näher einzugehen. Entsprechende Konzeptionen einer Gerontagogik (vgl. Bollnow 1962; 1966, Kap. III) oder Geragogik (vgl. Mieskes 1970; 1971) haben sich zwar disziplinär nicht durchgesetzt, sind aber bis heute immer wieder Bezugspunkt von aktuellen Arbeiten (vgl. Weinbach 1983; Pfrogner 1992). Sowohl in jenen Ausprägungen, die einen engen Bildungsbegriff zugrundelegen als auch in jenen, die auf anthropologischen Vorstellungen von Abbau und entsprechenden Sonderbehandlungen beharren, finden sich wenig Kompatibilitäten mit den in dieser Arbeit vertretenen Vorstellungen. Daneben gibt es allerdings Ansätze, die diesen mit einem offenen und dynamischen Bildungsbegriff sehr nahe kommen.

- 14 Was das bedeuten könnte, hat beispielsweise die Arbeitsgruppe "Altern und gesellschaftliche Entwicklung" der Akademie der Wissenschaften zu Berlin gezeigt. Sie formuliert fünf allgemeine Grundsätze, die im Sinne eines ersten konzeptionellen Hintergrundes für die Forschungshorizonte der Gerontologie vorgeschlagen werden. Die Stichworte lauten: Altern als lebenslanger Prozeß; Altern als mehrdimensionales und multidirektionales Phänomen auf der Basis (teilweise widersprüchlich ablaufender) biologischer, sozio-ökonomischer und psychologischer Prozesse; Altern als differentielles Phänomen, das beträchtliche Streuungen in mehreren Dimensionen aufweist; Altern kann nicht mit Abbau gleichgesetzt werden; Alter als eine Phase, die im Vergleich mit anderen Lebensstufen (wie Kindheit oder Jugend) eine noch relativ wenig ausdifferenzierte Lebensphase darstellt. Vgl. Mittelstraß u.a. (1992: 698f.).

Einen überblickartigen Eindruck wichtiger Fragestellungen und Brennpunkte der Gerontologie vermitteln Binstock/George (1990); Oswald u.a. (1991); Baltes/Mittelstraß (1992).

A Aufbau der Arbeit

des entwickelten transdisziplinären Zugangs - in der Vermeidung spezifischer einzeldisziplinär verursachter Selektivitäten des Zugangs zu den praktischen Problemen sowie in einer Kombination von stärker grundlagenorientierter und stärker anwendungsorientierter Forschung.¹⁵

15 Die Einlösung der Forderung einer erst so möglich werdenden Altersforschung als interventiver Wissenschaft steht sowohl vor komplexen inhaltlichen als auch methodologischen Herausforderungen. Die besonderen Problemlagen, mit denen sie es zu tun hat, seien nur an drei wichtigen Bereichen verdeutlicht: Bedürfnis-, Bedarfs- und Akzeptanzforschung; Implementations- und Wirksamkeitsanalysen in der Versorgungsforschung; politische Steuerung und Analyse der Umsetzung politischer Maßnahmen.

A Aufbau der Arbeit

B Seniorenengossenschaften Programmatik, Institutionalisierung und konkrete Arbeit

1 Programmatik - im Kontext der Seniorenselfhilfe

Einen guten Teil der Aufmerksamkeit erlangen Seniorenengossenschaften dadurch, daß sie *programmatisch* beschrieben und in dieser Absicht in ihren Entwicklungspotentialen evolutionär im Kontext einer zukunftsorientierten Altenpolitik als Gesellschaftspolitik verortet werden (vgl. insbesondere Hummel 1990; 1991; 1991a). Hier wird bisweilen von den konkreten Dürftigkeiten abstrahiert, werden Seniorenengossenschaften *als Chiffre* für die Überwindung einer segmentierenden, bevormundenden und defizitorientierten Altenhilfe und -politik betrachtet. Leitziele des Altersbildes dieser Chiffre sind Eigenständigkeit, Selbstbewußtsein, Ressourcenorientierung und Bürgerstatus. Selbsthilfe und Selbstorganisation avancieren zu Ziel und Weg. Diese Orientierung verbindet diese programmatische Lesart der Seniorenengossenschaften mit vielen anderen Projekten im Feld der Altenpolitik, bspw. da, wo es um sozio-kulturelle Altenarbeit geht. Eine entsprechende Politik aber kann nicht nur aus der Propagierung von Zielen bestehen, sondern muß zugleich die geeigneten politischen Instrumente oder gesellschaftlichen Interventionsformen benennen.

1.1 Zur Charakteristik programmatischer Bestimmungen

In einer im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr erstellten Studie zur Umorientierung "von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur" werden die Seniorenengossenschaften eingestuft als "das vom selbstgesetzten Anspruch her sicherlich am umfassendsten angelegte Projekt zur Förderung von altenbezogener Wohlfahrtskultur" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 55).

In diesem Abschnitt soll versucht werden, dieses offensichtlich "ganzheitlich"-anspruchsvolle und zugleich wolkig-nichtgreifbare Amalgam von im weit verstandenen Sinne programmatischen Versatzstücken auf sozialwissenschaftlich nachvollziehbare Argumentationsebenen zurückzuführen. Es wird davon ausgegangen, daß ein Programm "idealtypisch (...) folgende Elemente (enthält; U.O.): bestimmte zur Bearbeitung anstehende *Probleme*, mit dem Programm angestrebte *Ziele*, Annahmen über beabsichtigte *Wirkungen* und deren Zustandekommen, einen sogenannten Wirkungsteil, und Angaben über die mit der *Durchführung* des Programms betrauten Institutionen und deren Aufgaben, einen sogenannten Durchführungsteil" (Jann 1981: 49). Diese vier aufeinanderbezogenen Ebenen sollen zu entschlüsseln versucht werden, wobei in Rechnung gestellt werden muß, daß das Programm in mehrfacher Hinsicht eine "neue Offenheit" und Unbestimmtheit beansprucht, um gemeinwesenbezogene Ressourcen und Potentiale nicht zu ersticken. Neben den Inhalten des Programms selbst legen es sowohl der spezifische Politik- und Argumentationsstil als auch die neuere Policy-Forschung nahe, aufmerksam die zugrundeliegenden Ideen und ihren Rekurs bspw. auf kulturelle Traditionen zu entschlüsseln.

Die Differenzierung nach Problemen, Zielen und Wirkungen wird dabei im vorliegenden Kapitel nicht als Gliederungsprinzip übernommen, sondern im Rahmen einer entlang von politischen Diskursbezugspunkten geordneten Strukturierung jeweils im Text verdeutlicht. Die durchführungsbezogenen Aspekte werden wesentlich im darauffolgenden Abschnitt (B 2) verhandelt.

Schon ein flüchtiger Versuch, wenigstens ansatzweise etwas Ordnung in die Argumentationen zu bringen zeigt, daß es sich - erkenntnistheoretisch betrachtet - bei den Argumentationen auf diesem Level im wesentlichen um normative Setzungen handelt, die häufig mit einer sich als empirisch ausgehenden Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen fundiert werden. Angesichts der Gattung der in diesem Abschnitt zur Debatte stehenden Quellen ist vielfach eine Überprüfung der Erkenntnisquellen nur sehr eingeschränkt möglich. Wenn solche Arbeiten also als programmatische bezeichnet werden, dann bspw. deshalb, weil dort geäußerte Aussagesätze viel eher als Wunschgedanken oder als Appell verstanden werden müssen. Insofern diese Arbeiten häufig aber nicht dezidiert wissenschaftliche Geltungsansprüche für sich reklamieren, werden sie durch unsere Kennzeichnung auch nicht disqualifiziert. Im Gegenteil - erst so entschlüsselt sich die ihnen eigene Qualität.

Um diesen Diskussionslevel mit Material anzureichern, sollen im folgenden vor allem drei Kategorien von Quellen herangezogen werden: Erstens die Veröffentlichungen des Leiters der Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften im Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen Baden-Württemberg, K. Hummel, zweitens programmatische Bestimmungen innerhalb der rund um die Programmausschreibung verfügbaren Schriftstücke¹⁶ und drittens publizistische bzw. journalistische Äußerungen über Seniorengenossenschaften.¹⁷ Letztere fallen zwar aus

16 Hierunter fallen neben der offiziellen Ausschreibung (1990) insbesondere das Konzeptionspapier der interministeriellen Arbeitsgruppe (1990) sowie die späteren Äußerungen aus dem Kreis von deren frühen Vordenkern, u.a. von E. Mändle. Die Konzeption und ihre Begründungen wurden im Verlauf ihrer Erarbeitung in vielen Punkten modifiziert. Wenn sich die Ausführungen in diesem Abschnitt auf das Papier der Arbeitsgruppe (1990) beziehen, die vom damaligen Ministerpräsidenten Späth im Frühsommer 1989 eingesetzt worden war, ist zu berücksichtigen, daß es sich hier nicht um eine regierungsamtliche Äußerung handelt, sondern um einen frühen Diskussionsentwurf unter Mitwirkung von Personen aus Wirtschaft, Wohlfahrtssystem und Wissenschaft.

17 Im Zusammenhang mit der Quellenlage ist auch auf Forschungen hinzuweisen, die im Auftrag des Landes Baden-Württemberg entstanden sind: MAGFS (1983; 1986) als repräsentative Erhebungen zur Lebenssituation älterer Menschen auf dem Lande bzw. in Großstädten; Votteler/Schwarz (1988) als baden-württembergischer Datenreport zur demographischen Entwicklung; Altern als

B Programmatik Senioren-genossenschaften

dem Rahmen der hier im Vordergrund stehenden Programmatik der an der Vorbereitung und Implementation des Programms beteiligten Akteu-rlInnen, stellen aber einen interessanten Sonderaspekt dar, der schon auf wirkungsanalytische Aspekte verweist: Sie dokumentieren die Re-zeption programmatischer Vorstellungen und wirken als Verstärkung, Modifikation oder Abschwächung.

1.2 Bezugspunkt Selbsthilfe: Bedarf und Ressourcen

Die meisten der vom Programm Senioren-genossenschaften analy-sierten altenpolitischen Herausforderungen fügen sich nahtlos ein in je-ne Argumente, die zur Begründung der verschiedenartigsten Bemü-hungen - nicht nur denjenigen um eine Verstärkung von Selbsthilfe - in diesem Politikfeld herangezogen werden. Es findet sich der Bezug auf eine allgemeine Erhöhung des Anteils der Älteren, insbesondere der Hochbetagten¹⁸, der Hinweis auf Singularisierung, Mobilität usw. Einige der Argumentationen aber verdienen speziellere Beachtung, gerade dann, wenn es darum geht, ob die vorgeschlagene Politik als adäquate Antwort gelten kann.¹⁹

Hier sind insbesondere die wiederholten Ausführungen zur Pflege-problematik zu nennen. In diesem Problemfeld treffen demographische

Chance und Herausforderung (1988) als vielbeachteter Expertenbericht, der eine altenpolitische Offensive der damaligen Landesregierung signalisieren sollte.

18 In der parlamentarischen Anfrage 1993 allerdings wird der Akzent dahingehend verändert, daß mit der Perspektive aufs Jahr 2000 die Gruppe der 65-75-jähri-gen hervorgehoben wird, der gegenüber das Anwachsen des Anteils der über 75-jährigen zunächst vergleichsweise sehr gering ausfällt.

19 Dies gilt umso mehr, als sie sich auf den ersten Blick als Abkömmlinge der These vom "Strukturwandel des Alters" (vgl. Tews 1990; Bäcker u.a. 1989; zur Kritik aus sozialpolitikwissenschaftlicher Sicht Naegele 1991) präsentieren, in wichtigen Details aber deutlich andere Akzente hinter ähnlichen oder gleichen Begriffen setzen.

Faktoren mit familienstrukturellen Änderungsprozessen zusammen. Zum demographischen Zusammenhang schreibt der Vorsitzende der vorbereitenden Arbeitsgruppe: "Da vor allem die Zahl der über 75jährigen nachhaltig ansteigen wird, ist auch eine starke Zunahme der Pflegebedürftigen zu erwarten. Bereits heute ist jeder sechste Mensch, der älter als 65 Jahre ist, pflegebedürftig; bei den über 80jährigen beträgt der Anteil der Pflegebedürftigen fast 30%" (Mändle o.J.: 2). Er schließt sich damit einer weitverbreiteten Fassung eines empirisch argumentierenden Zusammenhangs zwischen Alter und Pflegebedürftigkeit an (vgl. die entsprechenden Daten bei Sachverständigenrat 1990: Ziffer 213, Abb. 6).

Wiewohl dieser Sachverhalt nicht falsch ist, ist ein differenzierterer Ausweis sowohl des zugrundeliegenden Konstrukts von Pflegebedürftigkeit als auch der empirischen Informationen wünschenswert. Denn die Rede von Pflegebedürftigkeit bedarf des Ausweises, ob sie sich auf rechtliche Definitionen²⁰ oder sozialwissenschaftliche Konzepte²¹ be-

20 *Hilfe- und Pflegebedarf* ist als Kategorie in der deutschen Rechtsordnung nicht einheitlich definiert. In den unterschiedlichen Rechtsgebieten wie dem BSHG, dem sozialen Entschädigungsrecht, Steuerrecht, Beihilferecht und der Unfallversicherung bspw. gibt es unterschiedliche Umschreibungen für Pflegebedürftigkeit. Der Begriff des *Hilfebedarfs* findet in der Regel unspezifisch für sehr verschiedene Bereiche Anwendung. Im Bundessozialhilfegesetz bekannterweise als genereller Leistungsbereich "Hilfe in besonderen Lebenslagen". *Pflegebedürftigkeit* kennt ebenfalls höchst unterschiedliche begriffliche Konnotationen. Der Begriff ist ohne Zweifel jedenfalls in weiten Bereichen unseres gesundheitlichen und sozialen Altersversorgungssystems an dem Konzept der "Altersgebrechlichkeit" orientiert, d.h. an der Annahme eines Zustandes, der als Folge der natürlichen Abnutzung des Körpers und der dadurch bedingten Leistungsminderung im höheren Alter anzusehen ist (vgl. Bäcker u.a. 1989). Im Sozialrecht vgl. §§ 68 und 69 BSHG, die Reichsversicherungsordnung und - seit der Gesundheitsreformgesetzgebung - das Sozialgesetzbuch V (SGB V: §§ 53-57). Das BSHG bestimmt in § 68: "Personen, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können, ist Hilfe zur Pflege zu gewähren".

21 Sozialwissenschaftliche Konzepte sollen am Beispiel der neuen Infratest-Studie im Auftrag des BMFuS (Infratest 1992) verdeutlicht werden. Diese operationalisiert in empirischer Absicht den "Hilfe- und Pflegebedarf im Kontext von Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung im Alltag" in einem Mehr-

B Programmatik Seniorengenossenschaften

zieht. In Gestalt der neuen Infratest-Studie liegen mittlerweile endlich wieder aktuelle und fundierte empirische Daten vor. Sie beziehen sich allerdings nur auf den Status quo.²² Ob die darin dokumentierten alters-

schrittverfahren. Im ersten Schritt wird anhand von 5 eher globalen Indikatoren erhoben, welche Personen in privaten Haushalten unter Krankheiten oder Beeinträchtigungen leiden. Personen, die 1) "andauernde Krankheiten, Beschwerden oder Behinderungen" angeben, 2) die einen Schwerbehindertenausweis besitzen, 3) die medizinische Hilfsmittel benötigen, 4) die "über längere Zeit auf Hilfe oder Pflege angewiesen sind" und 5) die "ständig bettlägerig" sind (vgl. Infratest 1992: 11).

Neben dieser zunächst bewußt weit gehaltenen Eingrenzung werden in einem zweiten Schritt für diese Personen Informationen über Beeinträchtigungen anhand von 24 Aktivitäten alltäglicher Verrichtungen erhoben. Auf der Grundlage dieser Daten werden als Personen mit Hilfebedarf im weiteren Sinne diejenigen bezeichnet, für die "die Ausübung mindestens einer Aktivität unmöglich ist oder die dabei regelmäßige Hilfe bekommen". In einem dritten Schritt wird schließlich abgegrenzt zwischen körperbezogenem Pflegebedarf und hauswirtschaftlichem oder sozialkommunikativem Hilfebedarf. Mit dem Infratest-Pflegeintervallmodell soll die *regelmäßig benötigte Pflege* in drei unterschiedliche Schweregradstufen gegliedert werden. Stufe 1: Mehrfach wöchentlicher Pflegebedarf, Stufe 2: täglicher Pflegebedarf, Stufe 3: ständiger Pflegebedarf. Zusätzlich werden Personen mit unregelmäßigem Bedarf ausgewiesen (operationalisiert als Kombination von leichteren körperbezogenen und hauswirtschaftlichen Aktivitätseinschränkungen sowie mindestens einmal wöchentlich benötigter pflegerischer oder hauswirtschaftlicher Hilfe).

Zusätzlich operiert die Infratest-Studie noch mit einem sogenannten "BSHG-Modell", das weitgehend dessen sozialrechtliche Bestimmungen abbildet. Die AutorInnen machen selber deutlich, daß beide Modelle jedoch "keine differenzierte Analyse von Hilfebedarfen und Kompensationsmöglichkeiten im Zusammenspiel von unterschiedlichen situativen Gegebenheiten und subjektiven Kompetenzen ersetzen" (Infratest 1992: 21) können, da etwa die jeweils - auch auf gleicher Stufe - noch vorhandenen bzw. aktivierbaren Kompensationsmöglichkeiten sehr unterschiedlich sein können.

- 22 Zur Gruppe der Personen mit Hilfebedarf im weiteren Sinne (Personen, für die "die Ausübung mindestens einer Aktivität unmöglich ist oder die dabei regelmäßige Hilfe bekommen") werden 3,216 Mio. Menschen (4,1% der BundesbürgerInnen) gezählt.

Es überrascht nicht, daß auch in dieser Studie festgestellt wird, daß *regelmäßiger* Pflegebedarf mit fortschreitender Alterung korreliert. Während er bis zum Ende der Regel-Erwerbsgrenze sehr stabil zwischen 0,4 und 0,6% liegt, steigt er bei den 65-69jährigen auf 1,2%, den 70- 74jährigen auf 3,2% und

mäßigen Bedarfsrelationen auch in Zukunft so fortzuschreiben sind, ist keineswegs eindeutig.²³

Zum Familienaspekt listet Mändle (o.J.: 2f.) folgende Faktoren auf: Zunahme des Anteils von Ein-Kind-Familien und kinderlosen Ehepaaren; Singularisierungsprozesse durch hohe Scheidungs- und Verwitwungsraten; eine "Auflockerung der sozialen Netze der verwandtschaftlichen Beziehungen in der Versorgungskapazität durch die Familie" (Mändle o.J.: 3).²⁴

danach noch deutlicher an. Bei den 75-79jährigen auf 6,2%, den 80-84jährigen auf 10,7% und den über 85jährigen auf 26,3%: "Von einem überproportional hohen Anteil von Pflegebedürftigen kann jedoch erst bei Hochbetagten im Alter ab 80 Jahren die Rede sein" (Infratest 1992: 27). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind eher als gering zu bewerten. Zu weiteren Daten vgl. Kap. C 2.3. Zum Zusammenhang zwischen Alter und psychischen Krankheiten vgl. den Überblick bei Häfner (1992); zu einer Synopse der im In- und Ausland vorliegenden Versuche, Pflegebedürftigkeit quantitativ zu bestimmen vgl. BMFuS (1993: 62ff.) sowie Bäcker u.a. (1989: 88ff.).

23 Denn der absehbare Zuwachs der absoluten Zahl alter Menschen muß nicht automatisch auch einen Anstieg der pflegebedürftigen alten Menschen bedeuten. Zwar ist es klar, daß - wie fast überall in Europa - die Zahl derer stark anwachsen wird, die dem Risiko ausgesetzt sind, im Alter pflegebedürftig zu werden, die Schwierigkeit aber, Aussagen über die Morbidität der älteren Menschen von morgen zu treffen, spiegelt sich in zwei völlig gegensätzlichen Standpunkten, die sich im Lauf der entsprechenden Debatte herausgebildet haben. "Von den Vertretern der einen Seite wird argumentiert, daß die Alten der Zukunft gesünder, seltener morbid und damit zu einem geringeren Ausmaß von funktionalen Behinderungen betroffen sein werden als die Alten von heute. (...) Morbidität und Pflegebedürftigkeit würden (...) in Zukunft noch stärker auf das hohe Alter konzentriert sein, als dies bisher der Fall ist. Die Vertreter einer Gegenposition gehen davon aus, daß sich die Diskrepanz zwischen steigender Lebenserwartung und der Phase des gesunden Lebens vergrößern wird. Denn gerade durch die Fortschritte der Medizin bei der Behandlung akuter unmittelbar lebensbedrohender Krankheiten vergrößerte sich die Häufigkeit späterer chronisch-degenerativer Leiden. Mit dem Zurückdrängen des Sterbens vor der Zeit und dem zunehmenden Einsatz lebensverlängernder medizinischer Maßnahmen könnte eine Verlängerung der Pflegephase vor dem Tod verbunden sein" (Kytir 1992: 3ff.).

24 Da bei diesem Thema Wahrheit, Vergangenheitsüberhöhung und Zukunftspessimismus eng beieinander liegen, sei ein entsprechender Ausschnitt wiedergegeben: "Diese Auflockerung (...) geschieht deswegen, weil oft keine Kinder, En-

B Programmatik Seniorengenossenschaften

Nach Mändle wird dieser Effekt durch "Anforderungen der modernen Arbeitswelt" (Mändle o.J.: 3) und die daraus resultierende Mobilität und Verdichtung der Arbeitsbelastung hervorgerufen. Schließlich bedinge auch die vermehrte Berufstätigkeit von Frauen, "daß sie in geringerem Umfange als früher die Betreuung und die Pflege der älteren Mitglieder der Familie durchführen können. Es ist dies auch ein Grund dafür, daß eine ehrenamtliche Tätigkeit im Sozialbereich, die gerade heute in hohem Maße von Frauen ausgeübt wird, in der Zukunft zurückgehen wird" (Mändle o.J.: 3). Damit ergibt sich als Handlungserfordernis, daß "der durch diese neuen sozialen Beziehungen reduzierte Eigenanteil der Familie (...) ausgeglichen werden" (Mändle o.J.: 3) muß.

Der Weg zeichnet sich durch eine Art "Zwischengebilde" ab, die lebensweltlich orientiert sind aber zugleich organisiert und formalisiert: "institutionalisierte Einrichtungen - wie z.B. die Seniorengenossenschaften (...), bei denen im Sinne einer 'neuen und freiwilligen Familie' aus der *persönlichen Betreuung* (Herv. i.T.) heraus Vertrauensverhältnisse geschaffen werden können" (Mändle o.J.: 3). Die Arbeitsgruppe übernimmt diese Vermutungen über weitreichende mögliche Funktionen in der Kompensation zunehmender Defizite sozialer Netzwerke: die "Seniorengenossenschaft erweitert, ergänzt und ersetzt gegebenenfalls die Familie" (Arbeitsgruppe 1990: 10). Auch bei dieser Argumentation spielt ein "mehrschichtiges Phantombild der Familie" (Dieck 1993: 200) eine Rolle. Eine qualitative Diskussion in kritischer Absicht - bspw. angesichts der Problematik der Gewaltausübung Pflegender bei Überforderung - findet ebensowenig statt wie bspw. eine Auseinandersetzung mit dem Alter der Pflegenden.

Als weiteres Problembündel kommen die Argumentationen im Zusammenhang mit erwarteten Kostensteigerungen hinzu: "Durch neue Modelle individueller Vorsorge könnte eine Entlastung der Sozialsicherungssysteme der traditionellen Sozialpolitik erfolgen; es bestünde darü-

kelkinder oder Geschwister mehr vorhanden sind; es schrumpft ebenfalls der verwandtschaftliche Kontaktradius sehr stark, d.h. der Zusammenhalt und die gegenseitige Hilfe in Großfamilien und Sippen, wie sie auch heute noch teilweise in ländlichen Gebieten gegeben ist, verschwindet allmählich" (Mändle o.J.: 3).

berhinaus die Möglichkeit, nicht nur die explodierenden Kosten bis zu einem gewissen Grade aufzufangen, sondern auch durch individuelle Mitarbeit eine Kompensation für die sicherlich in der Zukunft am Arbeitsmarkt fehlenden Fachkräfte zu erreichen" (Arbeitsgruppe 1990: 9).

Gerade Mändle hebt einen weiteren großen Problemkomplex hervor, der geeignet ist, die Problemsicht hinter der Konzipierung der Seniorengenossenschaften besonders deutlich zu machen, die Ursachen aus dem Wertewandel: "In der gesellschaftlichen Entwicklung der westlichen Länder machen sich in verstärktem Umfange Veränderungen in der Verfolgung gesellschaftlicher Werte bemerkbar, die auch in der Zukunft weiter anhalten werden. Dies bedeutet vor allem - und davon werden die älteren Menschen nicht ausgeschlossen sein - daß eine *Reduzierung des staatlichen bzw. karitativen Fremdhilfedankens* stattfindet und der *Selbsthilfedanken* zukünftig mehr realisiert wird" (Mändle o.J.: 4; Herv. i.T.).

Es soll an dieser Stelle keine Begriffsdiskussion über Selbsthilfe erfolgen. Aus den bereits wiedergegebenen wie auch den noch folgenden Äußerungen wird deutlich, daß Selbsthilfe hier nicht in einer wissenschaftlich klarer konturierbaren Bedeutung verwandt wird, sondern - auch in den anderen Texten - als allgemeinere Chiffre für einen politisch gewollten umfassenderen Umbau von Verantwortlichkeiten und Rollen im Wohlfahrtsgefüge steht. Es gilt entsprechend, was Dieck für die sogenannte Selbsthilfe- oder Aktivitätsförderung feststellt: Sie versteht "Selbsthilfe nicht durchgängig als Alternative zur Fremdhilfe (...). Vielmehr firmiert Fremdhilfe innerhalb des öffentlich-institutionalisierten Hilfesystems unter Beilegung eines attraktiven Anstrichs unter Selbsthilfe. Selbsthilfeförderung meint in vielen Fällen konkret die Organisation von Fremdhilfe, die Bereitstellung von Diensten ohne Entgelt für jene, die dieser Dienste bedürfen" (Dieck 1993: 207). In einem späteren Kapitel wird dieser sozialpolitische Argumentationsstrang ausführlich erörtert.

In einem ähnlichen Kontext, der noch stärker auf weiterreichenden ordnungspolitischen Konzeptionen aufbaut und hier auf sozialpolitische Zukunftskonzepte adaptiert wird, steht das folgende Argumentationsbündel. "Es wird (...) eine *Verstärkung der partizipatorischen Demokratie* in allen Lebensbereichen erfolgen, was letztlich dazu führt, daß die

B Programmatik Seniorengenossenschaften

Menschen eine direkte Teilhabe an jenen Entscheidungen haben wollen, die ihre Lebensverhältnisse unmittelbar bestimmen. In der gesellschaftlichen Entwicklung wird eine Umstellung von hierarchischen Organisationsstrukturen auf *Netzstrukturen mit gegenseitiger Abhängigkeit* stattfinden, die dem einzelnen die Möglichkeit zu verstärkter Kooperation verleihen. Auch die *Entwicklung zur multiplen Option* wird in der Zukunft unserer Gesellschaft von großer Bedeutung sein. Dies bewirkt, daß keine einseitig ausgerichteten Entwicklungskonzepte mehr vorhanden sind, sondern verschiedenartige Lösungsmöglichkeiten ökonomischer und sozialer Probleme angestrebt werden. Diese gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen sprechen für die Einrichtung von Seniorengenossenschaften, da in ihnen diese Wertveränderungen weitgehende Berücksichtigung finden können" (Mändle o.J.: 4f.).

Im System arbeitsteiliger Wohlfahrtsproduktion ist die intermediäre Organisation (vgl. zu diesem Ansatz Bauer 1991) Seniorengenossenschaft schwer zu verorten, weil sie einen ganzheitlicheren Zuschnitt von Aktivitäten und Wirkungen für sich beansprucht. "Eine Organisationsform, die von allen (...) Elementen der Selbsthilfe, Solidarität und sozialer Netzwerke Elemente aufgreift, ist die Genossenschaft" (Hummel 1991a: 22). Ganz grundsätzlich wird eine "Ergänzung bewährter Formen sozialstaatlicher Versorgung und Finanzierung durch eine Verstärkung der individuellen Vorsorge (für; U.O.) zwingend" (Arbeitsgruppe 1990: 4) erachtet, die Seniorengenossenschaft soll das konkrete Angebot für die "Schaffung einer stabilen und tragfähigen Säule der sozialen Selbsthilfe" (Arbeitsgruppe 1990: 4) sein. Dabei richtet es sich "gleichermaßen an ältere und jüngere Menschen" (Arbeitsgruppe 1990: 4).²⁵

25 Gerade im Dienstleistungsbereich finden sich die Seniorengenossenschaften in einem breiteren Kontext programmatischer Überlegungen, die neue ordnungspolitische Leitlinien zu entwerfen suchen. Als Beispiel der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose: "Es sollte möglich sein, im Bereich der Essens-, Einkaufs-, Betreuungs-, Reinigungs- und Pflegedienste für Ältere sowohl über neugeknüpfte kleine Netze der Wohlfahrtsorganisationen als über die ökonomischen Hebel neuer Märkte die Aufgaben zumindest partiell zu lösen. Konkret sollte eine neue Politik so konstruiert werden, daß die Kosten der Anlaufphase und bestimmte Vorleistungen von der öffentlichen Hand getragen werden, während die Folgekosten weitgehend privatisiert werden" (Klose 1993a).

Dennoch läßt sich verallgemeinernd sagen, daß die Argumentation - gerade im Entwurf der Arbeitsgruppe - im wesentlichen um Problemsituationen und Versorgungsbedarfe kreist. In der Umsetzung durch die Mitarbeiter der eigens im Sozialministerium eingerichteten "Geschäftsstelle" finden hier allerdings modifizierende Schwerpunktsetzungen statt. K. Hummel als deren Leiter formuliert nach einigen Monaten, daß das "Ziel nur sehr begrenzt sein kann, das Entstehen klassischer Genossenschaften, die den Altenwohnbau durch Kapitaleinlagen vorantreiben oder von Dienstleistungsgenossenschaften, die letztlich Anstellungsgenossenschaften einiger Fachkräfte durch ältere Menschen sind, zu fördern" (Hummel 1991: 207).

Die Diskussion bewege sich vielmehr hin auf die "Auseinandersetzung um die Selbstbestimmung und Selbstorganisation der jungen älteren Generation und ihrer Solidarität zu ihren Altersgenossen. Das Projekt Genossenschaft transportiert (...) die Werte einer verbindlichen, aber selbstbestimmten gegenseitigen Hilfeorganisation, die mehr ist als eine abstrakte und anonyme staatliche Hilfe und als eine eifrige, umfangreiche, meist nicht zuverlässig erwartbare individuelle Hilfe" (Hummel 1991: 207). Wenn dies klappt, "wird vor allem durch das solidarische Einbringen der eigenen Person für den Dienst am anderen (...) auch ein Bekenntnis zur Selbstvorsorge im Rahmen der Genossenschaftskonzeption abgelegt" (Mändle o.J.: 3).

Die Ausschreibung identifiziert die entsprechenden Ressourcen: "Noch nie haben so viele ältere Menschen soviel Kompetenzen und Berufserfahrungen ins Alter eingebracht wie heute. Noch nie haben sie über soviel Wohn-, Transport- und Kulturmöglichkeiten verfügt und noch nie so häufig selbst Pflegeaufgaben wahrgenommen wie heute. Noch nie haben sie über so viel Zeit verfügt, nicht zuletzt die länger werdende Zeit des Ruhestandes, wie heute" (Ausschreibung 1990: 3; vgl. ähnlich Hummel 1991a: 22).

Zugleich werden gesteigerte Ansprüche konstatiert "an eine ganzheitliche Lebensqualität (...), an Wohn- und Kontaktqualitäten, die nicht allein fachberuflich hergestellt werden können" (Ausschreibung 1990: 3). Zudem seien auch die "Ansprüche der Menschen gewachsen, für sich selbst einen Nutzen sehen zu wollen, statt 'nur' ehrenamtlich zu helfen.

B Programmatik Seniorengenossenschaften

Und die Zurückhaltung gegenüber großen Versorgungsapparaten ist gewachsen. Ältere Menschen wollen die Dinge selbst in die Hand nehmen" (Ausschreibung 1990: 3f.; vgl. übereinstimmend Hummel 1991a: 21).

Geradezu paradigmatisch kommen diese Überzeugungen in einer Art Selbstvergewisserungspapier in fünf Punkten von 1993 zum Ausdruck: "1) Wir sind Menschen, in Initiativen und Institutionen, die *soziales Engagement* voranbringen wollen. 2) Wir stellen Anforderungen an uns selbst, an unsere Initiativen und Institutionen, daß wir *Verantwortung* für eine eigenständige Lebensweise und die Teilhabe in der Gesellschaft übernehmen. 3) Wir wollen das 'Älter werden' aufwerten, Mut, Lust und Kreativität fördern und die Geschäfte so verbindlich wie möglich, selbst in die Hand nehmen. 4) *Neues anzufangen*, Erfahrungen zu pflegen, *gegenseitigen Austausch* zu organisieren, unsere Zeit einzubringen und zu tauschen und die Generationen zusammenzubringen, halten wir für die Ziele unserer Arbeit. 5) Gemeinweseninitiativen, Sozialbüros (gemeint sind vermutlich Seniorenbüros; U.O.), Bürgertreffs und Seniorengenossenschaften arbeiten im Land zusammen, um Menschen Perspektiven aufzuzeigen, was sie selbstbewußt und gemeinschaftlich tun können" (Leitgedanken 1993).

In all den genannten Dimensionen stimmt die seniorengenossenschaftliche Grundlinie in besonderem Maße mit dem überein, was die Bundesregierung als Leitlinie der von ihr geförderten altenpolitischen Maßnahmen schon im vierten Familienbericht formulierte. Diese zielen "darauf ab, die geistigen und sozialen Interessen der älteren Menschen zu entwickeln, zu fördern und zu erhalten. Sie dienen darüberhinaus dazu, den Erfahrungsvorsprung der älteren Menschen für die Gesellschaft zu nutzen und zu verhindern, daß diese sich selbst isolierend zurückziehen. Dabei müssen neue Ansätze gefunden werden. Wichtig ist, daß sich die verschiedenen Generationen bei ihren Aktivitäten nicht voneinander isolieren, sondern integrieren" (BMJFFG 1986: VI).

Programmatische Leitbilder scheinen zunächst als Orientierung hilfreich, "aber sie taugen wenig, um die Vielfalt der Alterssituationen und Teilpopulationen älterer Menschen in einen gemeinsamen Sinnzusammenhang einzubinden. Als selektive Vereinfachungen heben sie einige – erwünschte - Phänomene hervor, und leugnen andere, die uner-

wünschten" (Zeman 1988: 330). Andererseits sind sie für unsere Absichten von einigem Wert, insofern sie Selbstaussagen bezüglich der Ziele und Handlungsselbstverständnisse wichtiger Akteure widerspiegeln. Mit Senioren-genossenschaften wird erkennbar die Hoffnung verknüpft, daß sie - synergetisch oder katalytisch, wie man möchte - über ihre konkret beschreibbaren Aktivitäten hinaus wichtige Outdoor-Effekte erzielen: In Richtung einer Veränderung der Alterskultur der Gesellschaft und des Altersbildes bei Individuen, Institutionen und im Gemeinwesen.

1.3 Bezugspunkt dienstebezogener Bedarfsausgleich: Funktionsbereiche

Folgt man den zweieinhalb Jahre nach Projektbeginn von K. Hummel zusammengetragenen oben zitierten "Leitgedanken der Senioren-genossenschaften", so scheinen konkrete Projektinhalte und Arbeitsvorhaben gänzlich zu verschwimmen. Konzentrieren wir uns dennoch auf die *Bedarfsausgleichsüberlegungen*, so besteht die Leitidee ursprünglich formuliertermaßen darin, "Menschen als Mitglieder der Senioren-genossenschaften zu gewinnen, die bereit sind, persönliche Dienstleistungen für ältere Menschen im vorpflegerischen Bereich zu erbringen und diesen Menschen wiederum bei deren eigener Pflegebedürftigkeit kostenfreie Leistungen im Umfang ihrer früheren eigenen Dienstleistungen zu erbringen oder zu vermitteln" (Arbeitsgruppe 1990: 14).

Dies ist ebenso allgemeine Orientierung des Programms wie es bereits auf das Instrument der Zeitgutschrift verweist. "Dabei geht es sowohl darum, sich einzufügen in das vorhandene Netz von Helfern und Diensten als auch neue, weitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen, um sie für eine eigenverantwortliche Zukunftsgestaltung zu gewinnen" (Ausschreibung 1990: 4). Es soll damit ganz allgemein das Vorsorgegedenken der Bevölkerung gestärkt werden, nicht zuletzt, um bislang noch brachliegende Hilfspotentiale zu erschließen.

"Das Dienstleistungsangebot der Senioren-genossenschaften ist im Zwischenfeld von sozialem Vereinswesen und den Einrichtungen der in-

B Programmatik Seniorengenossenschaften

tensiven Versorgung bei Pflegebedürftigkeit angesiedelt. Die Angebote orientieren sich daran, daß heute und künftig Leben und Wohnen älterer Menschen nicht mehr allein durch vorhandene Helfer, Fachkräfte, Institutionen und Versorgungsleistungen zufriedenstellend und selbstbestimmt gesichert werden können" (Ausschreibung 1990: 4). Bestehende freiwillige soziale - insbesondere ehrenamtliche - Tätigkeiten sollten keinesfalls verdrängt werden. Allerdings wird schon in der Ausschreibung auf einen absehbaren Hauptkritikpunkt eingegangen: daß seniorengenossenschaftliches Engagement den schon bestehenden Modernisierungsdruck für das soziale Ehrenamt verstärken wird. Beide Formen - so wird argumentiert - werden "in gegenseitiger Wechselbeziehung die Konturen ihrer jeweiligen Bedeutungsinhalte mitformen" (Ausschreibung 1990: 5). Auf ein diesbezüglich relevantes Element, die Gratifikation durch Zeitgutschriften, wird weiter unten einzugehen sein.

In dem Mändle-Papier kommt einerseits die starke Akzentsetzung auf die Bedarfsausgleichsfunktion, andererseits die durchaus vorhandene Sensibilisierung für gesellschaftliche Wechselwirkungen zum Ausdruck: "Grundsätzlich sollten alle Bereiche der Altenversorgung durch eine Seniorengenossenschaft abgedeckt werden. Im allgemeinen kommt ihr jedoch die Aufgabe zu, besonders solche Funktionen zu übernehmen, die unter den demographischen und sozialen Bedingungen in der Vergangenheit von den Familien wahrgenommen wurden" (Mändle o.J.: 6). Im einzelnen schlägt er folgende Funktionsbereiche vor:

Die Beratungsfunktion der Seniorengenossenschaft sollte dadurch wahrgenommen werden, daß sowohl der Geschäftsbetrieb wie auch einzelne Mitglieder als "Anlaufstelle für eine ständige und sachkundige Beratung in allen Lebensbereichen" (Mändle o.J.: 6f.) zur Verfügung stehen sollten. Genannt werden die Beratung in Rentenfragen, Einkommens- und Vermögensangelegenheiten und in Fragen der Weiterbildung.

Die Betreuungsfunktion "erstreckt sich auf die tätige Mithilfe bei der Lebensgestaltung älterer Menschen insbesondere in ihrem häuslichen Bereich" (Mändle o.J.: 7). Im einzelnen werden genannt: Essensversorgung, Haushaltshilfe und -pflege, Krankenpflege in geringem Umfang, häusliche Rehabilitation, Einrichtung eines Fahrdienstes, Durchführung von Einkäufen, Einrichtung eines Besucherdienstes, Mitwirkung bei der

Gestaltung der Freizeit, Organisation von Altenclubs, Tages- oder Begegnungsstätten, Ausleihdienst für Pflegegeräte.²⁶ Als entscheidend bei den Betreuungsleistungen wird hervorgehoben, "daß sie in hohem Maße aus der genossenschaftlichen Personenvereinigung heraus erfolgen und somit eine solidarische Selbsthilfe unter den Genossenschaftsmitgliedern durchgeführt wird" (Mändle o.J.: 7).

Der unkonventionelle und herausfordernde Zuschnitt der seniorengenossenschaftlichen Konzeption wird sehr viel deutlicher, wenn jene Funktionen betrachtet werden, die nicht im weitesten Sinne durch Dienstleistungen zum Ausgleich entsprechender Bedarfslagen zu erfüllen sind. In der Systematik von Mändle sind sie folgendermaßen abgegrenzt:

Die *Funktion zur Erhaltung der Selbständigkeit* wird in doppelter Weise gefaßt. Zum einen mit Blick auf die Unabhängigkeit älterer Menschen, die "dadurch gewährleistet (wird; U.O.), daß sie in ihren Wohnungen und Häusern und somit im bisherigen Netz sozialer Beziehungen verbleiben, wodurch ein hohes Maß an individueller Freiheit in allen Lebensbereichen gewährleistet wird" (Mändle o.J.: 7). Was hier so lapidar als abgrenzbare Funktion bezeichnet wird, stellt eigentlich eher eines der übergeordneten Ziele der die Seniorengenossenschaften einbegreifenden Altenpolitik dar und baut auf einem sehr anspruchsvollen Bündel von Rahmenbedingungen, Ressourcen und differenzierten Hilfen auf. Zumindest auffallend ist einmal mehr die Abwesenheit jeglicher Problematisierung des Verbleibs in der Häuslichkeit unter Bedingungen der Angewiesenheit auf das "bisherige Netz sozialer Beziehungen".

Der zweite Bezugspunkt dieser Funktionsbestimmung besteht in der partizipativen Mitarbeit im Rahmen der seniorengenossenschaftlichen Selbstverwaltung. "Hier besteht (...) die Möglichkeit, daß Senioren im Hinblick auf die Gestaltung von Möglichkeiten, die sie unmittelbar betreffen, mitentscheiden können. Dies bedeutet, daß sie von der Fremdhilfe wegkommen und - zumindest bis zu einem gewissen Grade - die Mög-

26 Inwiefern der ebenfalls genannte Aspekt ambulanter ärztlicher Dienste ausgerechnet bei einer Seniorengenossenschaft angesiedelt werden soll, ist - jedenfalls ohne weitere Erläuterung - kaum erschließbar, vgl. Mändle (o.J.: 7).

lichkeit haben, ihre eigenen Angelegenheiten selbst mitzuregeln" (Mändle o.J.: 7).

Die *Finanzleistungsfunktion der Seniorengenossenschaft* wird insbesondere an die gesellschaftspolitische Grundidee der Solidarität gebunden, die hier in erster Linie als das gegenseitige Eintreten der Genossenschaftsmitglieder füreinander konkretisiert wird. In seinem Konzeptionspapier hebt Mändle auf eine Reihe unterschiedlicher Aspekte ab. Da es sich hierbei um ein im Sozialbereich eher wenig bekanntes und diskutiertes Terrain handelt, sollen die ursprünglichen Gedanken ausführlicher und "im Originalton" dargestellt werden. In diesem Text sollte die Kapitalfunktion u.a. auch beinhalten, "daß ein Teil der Altersversorgung von den Genossenschaftsmitgliedern aus eigener finanzieller Kraft aufgebracht wird" (Mändle o.J.: 8). Über die Geschäftsanteile soll vor allem die Infrastruktur des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes - von den Räumlichkeiten bis zum Fuhrpark - finanziert werden. Dagegen seien die von den Mitgliedern in Anspruch genommenen Leistungen "durch Eigenleistung zu finanzieren, wobei man von einem Tarif ausgehen sollte, der sich am Kostenniveau orientiert" (Mändle o.J.: 8).

Mit Verweis auf eine ähnliche Praxis bei Wohnungsbaugenossenschaften wird vorgeschlagen, daß die Seniorengenossenschaft auch "zur Kapitalsammelstelle in der Weise werden könnte, daß sie eine Spareinrichtung für alle Mitglieder eröffnet, um ihnen günstige Zins- und Anlagekonditionen generell zu ermöglichen" (Mändle o.J.: 8). Die entsprechenden Ziel- und Ausgestaltungsmaximen liefert Mändle unumwunden mit: "Entscheidend für diese Finanzierungsfunktion ist, daß sie dazu beiträgt, die kollektiven Sicherungssysteme für die Altenbetreuung zu entlasten und von einer weiteren Fremdfinanzierung der Alterssicherung Abstand zu nehmen. Außerdem kann brachliegendes Kapital bei den Mitgliedern durch die Kapitalsammelstelle in der Seniorengenossenschaft volkswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden. Es können auch Realleistungen entgegengenommen werden, die für eine zukünftige Inanspruchnahme von Leistungen der Mitglieder finanziell umgesetzt werden können" (Mändle o.J.: 8). In der Ausschreibung wird gegenüber den in den frühen konzeptionellen Überlegungen relativ breiten und kon-

kreten Erörterungen nur noch knapp vermerkt: "Das Mitglied bringt finanzielle Anteile, den Mitgliedsbeitrag und seine Dienstleistungen auf vertraglicher Basis ein. Überschüsse aus den Entgelten sollen zur Aufstockung der Anteile verwendet werden" (Ausschreibung 1990: 5).

Gerade in der Startphase des Modellprojekts umriß Hummel die Finanzleistungsfunktion, die - da nicht eindeutig systematisierbar - in seinen eigenen Worten gefaßt werden soll: "Die Bereitschaft müßte wachsen, das eingenommene Entgelt zu teilen, abzuführen und genossenschaftlich anzulegen. Dafür müßten möglicherweise andere die Bürgschaft übernehmen. Zeitgutscheine, die für langfristig angelegte Genossenschaften wie die der Seniorengenossenschaft nur interessant sind, wenn sie als Geldwert auch verbucht und eingenommen sind, müßten zwischen Genossenschaften tauschbar sein, sie müßten selbst verwaltet werden, ohne daß Kontrollapparate aufgebaut werden müssen. Denkbar müßte werden, daß sogar für die Pflege in der eigenen Familie Rentenanteile der Schwiegermutter teilweise auf ein Genossenschaftskonto abgeführt werden. Angeregt werden soll also ein freiwilliges, aber doch diszipliniertes Vorsorgesparen.

Offen ist, ob der Zugriff zu Teilen des privaten Kapitals Älterer gelingt, zumal es woanders abgezogen werden müßte. Dieses kann ich durch Zeitleistungen einbringen. Das angehäuften Kapital der Genossenschaft steht wiederum nicht meinen Konsumbedürfnissen zur Verfügung, sondern meiner und der Versorgung derjenigen Genossenschaftler, die es aufgrund objektiver Bedürfnisse brauchen" (Hummel 1991a: 22f.).

Schließlich werden noch drei weitere Funktionen benannt: Die *Aktivierungsfunktion* bezieht sich auf die teilweise allzu früh am Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragten Kompetenzen und Qualifikationen vieler Älterer. "Wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, innerhalb der Seniorengenossenschaften - auf der Grundlage ihres bisherigen beruflichen Leistungsniveaus - mitzuarbeiten, so bedeutet dies, daß sie nicht in Passivität verfallen, sondern aktiv ihre und die Lebensbedingungen ihrer Seniorengenossen mitgestalten" (Mändle o.J.: 9).

Mit der *Arbeitsmarktfunktion* wird die Hoffnung ausgedrückt, "Mitglieder der Genossenschaft für eine ehrenamtliche Mitarbeit, die bis zu einem gewissen Grade entlohnt sein muß, innerhalb des Geschäftsbetrie-

B Programmatik Seniorengenossenschaften

bes (...) zu gewinnen" (Mändle o.J.: 9). Dahinter steht die Situationsanalyse, daß die Versorgung älterer Menschen mit Betreuungs- und Beratungsleistungen nicht nur durch die Finanzierungsschwierigkeiten, sondern auch durch einen Arbeitskräftemangel im Sozialbereich gefährdet sei.

In einer letzten Funktion, derjenigen der *Koordinierung*, wird die Bestimmung des spezifischen Genossenschaftsansatzes nochmals beispielhaft deutlich: "Die Seniorengenossenschaften werden niemals in der Lage sein, alle Leistungen für die Senioren rundum zu erbringen. Sie werden jedoch die Möglichkeit besitzen, die verschiedenen Leistungsangebote auf sich zu konzentrieren und ihren Mitgliedern somit zugänglich zu machen. Dies bedeutet, daß sie Abstimmungsaufgaben mit den Hausärzten, den Krankenhäusern, den Sozialstationen, den Pflegeheimen und den Angehörigen der Genossenschaftsmitglieder übernehmen können. Aus den Haushalten der Senioren werden damit Funktionen ausgegliedert, die der genossenschaftliche Geschäftsbereich der Haushaltsgenossenschaft wesentlich besser, systematischer und umfassender wahrnehmen kann und es findet damit auch die Bildung einer gegengewichtigen Marktmacht statt, wodurch die Beschaffungsleistungen preiswerter erbracht werden können" (Mändle o.J.: 9).

Diese spezifische und aus sozialpädagogischer Sicht ungewöhnliche Lesart von Vernetzung im Sinne einer verbraucherorientierten Prüfung, Zusammenstellung und Konfektionierung am Markt produzierter sozialer Dienste verweist auf einen insgesamt in der Sozialpolitik rasch mächtiger werdenden Diskurs, auf den noch genauer eingegangen wird. Daß bei einer solchen betriebswirtschaftlichen Vorstellung von Dienstleistungsmanagement wichtige qualitative Aspekte völlig unterbelichtet bleiben, wie sie detailliert bspw. Gegenstand von Case management sind, ist hier ebenso nur anzudeuten wie die positive Anmerkung, daß im Kontext eines Marktmodells der Aspekt nutzerorientierter Marktmacht ein wichtiges Korrektiv zur Qualitätssicherung darstellen könnte.

Wiederum ist es Hummel, der die Grenzen einer rein institutionsorientierten Betrachtungsweise zu überwinden versucht, indem er die disparaten Partialaktivitäten, wie sie sowohl in Seniorengenossenschaften als auch anderen Initiativen entwickelt werden, unter dem Arbeitsbe-

griff der "Erstellung einer sozialen und kommunikativen Infrastruktur" zu bündeln versucht. Dieses Konzept beruht u.a. auf einer Vorstudie im Auftrag des Sozialministeriums (ISS 1992) und findet in der "Initiative Drittes Lebensalter" seinen Niederschlag.²⁷ In einem Brainstorming stellt Hummel ein Puzzle unterschiedlichster Teilelemente zusammen und deutet in kurzgefaßten Zielbestimmungen an, welchen Qualitätsaspekten eine solche soziale Infrastrukturpolitik geschuldet sein müßte.

"Wohngemeinschaften: Sie könnten den Alltag alleinstehender hochbetagter Menschen verändern. Tagespflegeeinrichtungen: Sie könnten am Wohnort die Mühen familiärer Pflege erheblich mindern. Flexibel buchbare und vertraut gestaltete Kurzzeitpflegeeinrichtungen: Sie könnten in großer Zahl den Pflegenden eine eigene Zeit- und Jahresplanung ermöglichen. Zentral koordinierte regionale Wissens- und Reparaturbörsen: Sie könnten die Haushaltsführung im Alter erheblich verbessern. Mitfahrzentralen: Sie könnten die Teilhabe von Frauen an Kulturveranstaltungen erleichtern. Ernährungsberatung und Essensdienste: Sie könnten Alleinstehenden eine Perspektive bieten. Spar- und Investitionsfonds mit Steuervorteilen für altengerechte Wohneinrichtungen: Sie könnten mehr Privatkapital mobilisieren und auch für weitergehendes Seniorendienstleistungsmarketing gelten. Bürgerschaftliche Begrüßungs- und Kontakttriale für Neuhergeständler und Engagement im Alter: Sie könnten die Neuordnung eigener Lebenswege und Kontaktnetze unterstützen. Fortbildungsvergütungen und anrechnungsfreie Einsatzgelder: Sie könnten 'freiwillige Sozialeinsätze' im Alter - analog zum sozialen Jahr -, Friedens- und Entwicklungsdienst ermöglichen und sollten genauso für Sportvereine, Einsatzleiter oder Partnerschaftsgesellschaften gelten. Freistellungen von Arbeiter/innen in den letzten Berufsjahren für soziale Projekte bei vollem Lohnausgleich: Sie könnten gegenseitig-

27 Im Rahmen dieses Landesmodellprogramms, das ebenfalls unter der Ägide der Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften im Sozialministerium seit Anfang 1993 durchgeführt wird, werden 4 Projekte gefördert (vgl. Frenz/Hummel 1993: 4ff., den Ausschreibungstext in MAGS 1992: 4ff. sowie die Materialien in MAGS 1994: 231ff.). Es wird versucht, sie zusammen mit den Seniorengenossenschaften und den im Rahmen des BMFuS geförderten baden-württembergischen Seniorenbüros in einem Projektverbund zu integrieren.

B Programmatik Seniorengenossenschaften

ges Verständnis erhöhen, Flexibilität unterstützen und Wissenstransfer herstellen. Qualifizierte Agenturen, bei denen der Betroffene sowohl hören kann, wo ihm geholfen wird, als auch wie er helfen kann: Sie brechen die Versorgungsvorstellung auf und sollten nicht nur für den sozialen Bereich, sondern auch für Alltagshilfen (Einkaufsberatung, Zubringerdienste, Verbraucherschutz) gelten.

Eine kommunale Altenplanung, die auf örtlicher Ebene den Gesamtleistungsverbund von Heimplätzen, Sozialstationen und weiteren sozialen Diensten mit allen Bürgern am Ort unter Einbeziehung ihrer eigenen Wohn- und Vermögensperspektiven klärt: Sie könnte nicht nur Senioren ansprechen. Eine Rentenpolitik, die den Gang zum Sozialamt überflüssig macht und die zentralen Fragen von Reichtum und Armut stärker als bisher zu einer Selbstreferenzfrage des Altersversorgungssystems macht: Sie könnte die Solidarität der Alten untereinander nicht nur ideell einklagen. Verbesserte Datenbanken im Gesundheitswesen, um bessere Gesamtdiagnosen zu ermöglichen und ständigen techno-medizinischen Neueinsatz zu verhindern: Sie könnten Altersvorsorgeberatungen ermöglichen" (Hummel 1993: 221ff.). Den diesbezüglichen Status quo kommentiert Hummel nüchtern: "'Vernünftige' Elemente der Sozialpolitik, die auf Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen Individuum und Staat, Familie und Versorgungssystem, Autonomie und Gemeinschaftlichkeit abzielen, sind in der Altenpolitik Ausnahmen" (Hummel 1993: 221).

Untersucht man, welche Interventionsebenen in diesem unscheinbaren Katalog thematisiert werden, wird deutlich, wie anspruchsvoll ein solches Projekt kommunikativer und sozialer Infrastruktur ist. Zwar wären die meisten Aufgaben im Rahmen der kommunalen Sozialpolitik zu bewerkstelligen, mit der Steuer- und Rentenpolitik bspw. ist aber ebenso die Bundespolitik gefordert, die Freistellungsforderung gar ist ohne die Tarifpartner nicht zu verwirklichen. Die von Kaufmann (1982a) unterschiedenen vier sozialpolitischen Interventionsformen sind sämtlich in je mehreren Vorschlägen repräsentiert. Nur als Beispiele: Freistellungen für ArbeitnehmerInnen und eine armutsverhindernde Rentenpolitik zählen zur ökonomischen Interventionsform, durch Recht sind bspw. bessere Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu flankieren, die

ökologische Interventionsform ist zwar im zitierten Katalog nicht explizit angesprochen, gilt aber z.B. in Form einer altengerechten Stadt- und Wohnumfeldentwicklung sowie einer entsprechenden Sozialplanung als entscheidende Rahmenbedingung und *Conditio sine qua non* für viele der angesprochenen Punkte. Das was bei Kaufmann grob als pädagogische Interventionsform zusammengefaßt wird, läßt sich sinnvollerweise eher in drei unterscheidbare Interventionsformen untergliedern: die psychosoziale, die pädagogische und die gesundheitspflegerisch/medizinische Interventionsform. Im Katalog zählen hierzu Beispiele von sozialer Beratung bis zu einem teilstationären Dienst.

Querdenken, Ressortgrenzen übergreifen, von Zielen her konzipieren steht damit für die hier vertretene politische Programmatik, die einen deutlich unkonventionellen Zuschnitt aufweist. Sie folgt in vieler Hinsicht jenem Ziel, das Dieck als "Gerontologisierung der altersrelevanten Politikbereiche" (Dieck 1993: 193) bezeichnet. Im Rahmen dieser weitergehenden Konzeption ist das etwas enger geschnittene Programm Senioren-genossenschaften ebenfalls als sozialpolitische Intervention zugunsten von - in diesem Fall regelmäßig gemeinwesenorientierten - Sozialgebilden zu beschreiben, denen ein höchst heterogenes, "ganzheitlich" ausgerichtetes Bündel von Aufgaben, Leistungen und Wirkungen zugeordnet wird. Die Offenheit in deren Bestimmung hat Auswirkungen für die Evaluation, da keine klaren Kriterien gegeben sind.

Das Programm insgesamt ist offenbar schwerer zu fassen - und dies in allen drei bis hierher schwerpunktmäßig rekonstruierten Elementen. Weder mit Bezug auf die als Herausforderungen benannten Probleme, noch die Ziele und die beabsichtigten Wirkungen sollen deshalb hier einige wenige Hauptergebnisse resümiert werden. Das ausgebreitete Material mitsamt den knappen Kommentierungen und Hintergrundinformationen soll genügen und scheint besser geeignet, der spezifischen Qualität des Programms in seiner ganzen Spannweite zwischen Details und kaum erweiterbaren Globalzielen, mit seinen über die Zeit und durch wechselnde AkteurInnen erfolgten Umakzentuierungen und schließlich sowohl seiner Schwammigkeit als auch seiner häufig nicht auflösbaren Widersprüchlichkeit gerecht zu werden. Manches allerdings wird deutlicher mit Bezug auf die Durchführungsdimension sowohl des Pro-

B Programmatik Senioren-genossenschaften

gramms als auch in der konkreten Umsetzung - beides Themen des nachfolgenden Abschnitts.

2 Institutionalisation und konkrete Arbeit

In diesem Kapitel sollen nun endlich die konkreten Initiativen beschrieben werden, nachdem eine Reihe von Informationen bereits aus den vorhergehenden Kapiteln zu entnehmen waren. Die Tatsache der späten Vorstellung ihrer empirischen Gestalt ist u.a. auch der Einschätzung geschuldet, daß die entsprechenden Entwicklungspotentiale noch keineswegs erschöpfend ausgereizt sind. Außerdem wird deutlich, welchen "Eigensinn" die Projekte entwickeln und wie sehr dies auch zugelassen, wenn nicht gar gefördert wurde.

Das Darstellungsprinzip ist problemorientiert. Nach einem knappen Überblick über die Rahmenbedingungen, wie sie durch das Landesmodellprogramm vorgegeben wurden, wird in zwei Abschnitten zunächst auf Aspekte des übergreifenden Problems der Organisation eingegangen. Der eine thematisiert die Organisationsform als Rechts- und Kulturform, der andere ist entlang all jener Probleme gegliedert, die in jeder Gruppe bzw. Initiative im sozialen Bereich auf die eine oder andere Art gelöst werden müssen (vgl. ähnlich Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 37ff.). Anschließend werden die Dienstleistungsaktivitäten beleuchtet und abschließend das Konzept der Zeitgutschrift und die Fragen seiner konkreten Ausgestaltung. Eine deskriptive Vorstellung der einzelnen Projekte erfolgt nicht.²⁸

28 Hierzu ist zu verweisen auf die regelmäßige Beschreibung im "Infodienst", die Übersicht in MAGFF (1991) sowie Otto (1995a). Ausführliches unterschiedliches Material einschließlich mehrerer Diplomarbeiten dokumentiert der Band MAGS (1994: 11ff.). Fallstudien auf der Basis qualitativer Erhebungen wurden zu drei Projektorten im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung vorgelegt (vgl. Otto 1993).

2.1 Rahmenbedingungen des Landesmodellprogramms

Zur Durchführung und Begleitung des Programms Seniorengesellschaften wurde eigens im Ministerium eine sogenannte "Geschäftsstelle" unter Leitung von K. Hummel mit zwei weiteren Stellen eingerichtet. Die öffentliche Ausschreibung führte zur Auswahl von 10 Modellstandorten. In einer Art baden-württembergisch-wohlfahrtspluralistischem Proporzmodell sollten gleich in mehreren Dimensionen unterschiedlich geartete Projekte berücksichtigt werden.

Die verschiedenen Landesteile waren angemessen zu beteiligen, als Hauptakteur sollten - in der Diktion Hummels - sowohl "kommunale" als auch "informale" als auch verbandliche Initiativen gefördert werden. Die letztgenannten unterschieden sich nochmals intern.²⁹ Desweiteren sollten noch unterschiedliche Aktivitätsbereiche erprobt werden. Die ausgewählten Projekte deckten den ganzen Bereich zwischen Dienstleistungsorientierung, Begegnungsarbeit und Initiierung und Erstellung von Wohnprojekten ab. Manche verstanden sich eher als Einpunktinitiativen, andere Projekte betrieben mehrere Teilvorhaben nebeneinander. Schließlich wurden die verschiedenen Gemeindegrößenklassen durch die ausgewählten Modellstandorte repräsentiert.³⁰

Die Arbeit der Geschäftsstelle und ihr eigenwilliges Implementationsverständnis wurde im Rahmen der dieser Arbeit zugrundeliegenden

29 Auf der einen Seite wurde ein Antrag berücksichtigt, der von einem Mitgliedsverband des Deutschen Caritasverbandes für ein Einzelprojekt gestellt wurde, bei mehreren anderen Einzelprojekten wurde der Versuch unternommen, sie in ein "Verbandsnetzwerk" unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes einzubinden. Der Hauptteil der Implementations- und Betreuungsaufgaben wurde hier einem Mitarbeiter des Paritätischen Bildungswerkes übertragen, dessen Arbeitskraft zu einem Teil durch das Sozialministerium finanziert wurde.

30 Es gibt eine Reihe von Hinweisen dafür, daß dieser Faktor zu den entscheidenden Rahmenbedingungen von Selbsthilfe- bzw. Ehrenamtsaktivitäten zu zählen ist. Vgl. z.B. die bei Reggentin/Dettbarn-Reggentin (1992: 32) referierten Daten zum relativ höheren Anteil der Altenselbsthilfe auf dem Lande gegenüber den Städten.

Modellbegleitung nicht systematisch evaluiert. So soll sie hier nur grundsätzlich als spezifische Form der Modellförderung bezeichnet werden, die insbesondere auf eine die regionalen Besonderheiten einbeziehende, politisch sensible Implementationsstrategie in Verbindung mit gemeinwesenbezogenen, eher sozialpädagogischen Impulsen bei den "Betroffenen" setzt.³¹ Als Anstoß- und Rahmenprogramm versucht sie zugleich, lokale und regionale Politikformulierung zu befördern und sieht sich dabei als Faktor in einem Prozeß, in den eine Vielzahl von sowohl öffentlichen als auch privaten Organisationen eingebunden sind. Indem es solcherart "Graswurzelarbeit" ist, ist es ein für "die Politik" eher mühsames Modell, und gehört es zu jenen sozialpolitischen Interventionsformen, die in der Regel bspw. an Verbände übertragen werden.³² Andererseits verweist die Ausstattung darauf, daß die Landesaltenpolitik gleichzeitig ihre Hauptaufgabe in der Neuordnung und Professionalisierung der ambulanten Hilfen sieht sowie im Ausbau der Geriatrie usw.³³

Wenn an dieser Stelle nicht zunächst die unterschiedlichen *Zielbestimmungen* der einzelnen Projekte zusammengetragen werden, mag dies zunächst ungewöhnlich erscheinen. Es wird darauf verzichtet, da davon ausgegangen werden kann, daß die vorher ausführlich referierte Programmatik jedenfalls in den Grundlinien in hohem Maße übernommen wurde und sich viele der Ziele besser sowohl aus konkreten Umsetzungsmerkmalen sowie Dienstleistungsvorhaben erschließen lassen, wie sie im folgenden dargestellt werden. Schließlich wird damit auch hier der Tatsache Rechnung getragen, daß der aus mehreren Gründen bei

31 Instruktiv wäre bspw. ein Vergleich zu den Erkenntnissen der Evaluation des Selbsthilfeförderungsprogramms des BMJFFG, vgl. Braun/Opielka (1992).

32 Hier lassen sich Verbindungslinien zu benachbarten Projekten ziehen. Das Landesprogramm "Spurwechsel", das sich an "Frauen nach der Lebensmitte" wendet, ist dafür ein typisches Beispiel. Vgl. Niederfranke (1991).

33 Vgl. zum Neuordnungsprogramm im ambulanten Bereich ("NOAH") die Konzeption des MAGFF BaWü vom 14.3.1991; Wendt (1993); Kohler (1992); Werner/Woller (1992); zur neugeschaffenen Institution der Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen vgl. Hafner (1992) sowie zur Landesaltenpolitik im fraglichen Zeitraum vgl. die Kabinettsbeschlüsse vom 24.6.1991 (vgl. MAGFF 1991: 119ff.).

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

diesem Programm besonders interessante Implementationsprozesse in dieser Arbeit nicht systematisch evaluiert werden soll.³⁴

2.2 Zur Wahl und Gestaltung der Institutionalisationform

In soziologischer Perspektive lassen sich Seniorengenossenschaften zunächst als freiwillige Vereinigungen (vgl. zum Begriff Richter 1985; Hoch 1992; 1992a) bestimmen. Sie genügen den fünf konstitutiven Kriterien dieses Institutionentypus, wie sie von Horch (1988: 528ff.; 1992: 44ff.) herausgearbeitet werden. Das Merkmal der *Vereinigung* trifft zu, weil die Identität der Ziele der Organisation mit den Interessen der Mitglieder durch die Ausprägung der vier weiteren Variablen gesichert ist, die diesen Institutionentyp konstituieren: dem Ausmaß der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, der Freiwilligenarbeit, der Demokratie und der Autonomie.

Das erste Kriterium baut darauf auf, daß Alternativen zur *Mitgliedschaft* bestehen und kein Zwang zur Mitgliedschaft besteht. Vor diesem Hintergrund müssen freiwillige Vereinigungen in vergleichsweise hohem Maße auf direkte Anreize zurückgreifen, d.h. auf "Anreize, die mit ihren Zielen, ihrer Struktur, den Personen oder Gruppen verbunden sind" (Horch 1992: 46). Beim Kriterium der *Freiwilligenarbeit* stellt sich das Anreizproblem in noch gravierenderer Weise. Darauf wird noch ge-

34 Die politischen Akteure der Umsetzungsphase waren weit von jenem herkömmlichen Politikverständnis entfernt, das - so schreiben Kaufmann/Rosewitz im Kontext der Policy-Forschung - "mit einer gewissen Selbstverständlichkeit davon ausging, daß Politik die Ziele, die sie sich gesetzt hat, grundsätzlich auch zu erreichen vermöge, sofern nur die richtigen Maßnahmen ergriffen werden" (Kaufmann/Rosewitz 1983: 32). Wie die Policy-Forschung auch gehen die Umsetzungsverantwortlichen deutlich von der Phasigkeit und Mehrstufigkeit des politischen Prozesses aus, von der Möglichkeit des Lernens der Beteiligten aus den Ergebnissen späterer Phasen durch Evaluation, von einem erheblichen Maß an Kontingenz zwischen den einzelnen Phasen dessen, was als politischer Prozeß verstanden wird.

sondert einzugehen sein. Freiwillige Mitarbeit *muß* indes nicht zu den Mitgliedschaftsanforderungen gehören. Als *Demokratie* soll jenes Verfahren zur Erreichung verbindlicher Entscheidungen bezeichnet werden, "das jedem Mitglied unabhängig von der Höhe seines Einsatzes die gleichen Möglichkeiten zur Beteiligung an den Entscheidungsprozessen bietet" (Horch 1992: 46). Das *Autonomiekriterium* schließlich hebt darauf ab, daß die Organisation nicht von übergeordneten Institutionen kontrolliert und beherrscht wird, sondern im wesentlichen selbstgesetzten Zielen ihrer Mitglieder folgt. Dieses Kriterium bedeutet nicht zwangsläufig zugleich Autarkie in finanzieller Hinsicht. So sind bezüglich des Autonomiekriteriums gewisse Abstriche dadurch zu machen, daß die örtlichen Vereine in das übergeordnete Modellprogramm eingebunden sind und damit finanziell abhängig und inhaltlich zu einem gewissen Grad kontrolliert werden. Ansonsten treffen die Kriterien auf die einzelnen Projekte zu.

Grundsätzlich gelten sie sowohl für Genossenschaften als auch für Vereine, deren Übereinstimmungen und Unterschiede im folgenden zu erörtern sind. Von den Vorgaben her ist eine Seniorengenossenschaft "als eine Genossenschaft anzusehen, die sowohl dem Konzept der Doppelnatur als auch der Interpretation als System entspricht" (Mändle o.J.: 5). Analyse, normative Bestimmung und Wirkungsannahmen verschränken sich in der weitergehenden Interpretation durch Hummel: "Seniorengenossenschaften bilden verbindliche, aber noch steuerbare und überschaubare Organisationsformen. Sie halten Handlungsmotivationen der Älteren wach und aufrecht. Sie reduzieren die Komplexität unüberschaubarer Hilfesysteme" (Hummel 1991a: 23).

Auf der Erscheinungsebene fällt zunächst auf, daß die baden-württembergischen Seniorengenossenschaften mehrheitlich zunächst das Rechtskleid des eingetragenen Vereins anstreben oder annehmen, zumeist mit dem Ziel der Gemeinnützigkeit. Daß überhaupt eine institutionalisierte Form für die Verfolgung der Gruppenziele angestrebt wurde, war aufgrund der langfristig angelegten Zielsetzungen bei fast allen Initiativen keine Frage. Daß sie in der Regel so früh angestrebt wurde, unterscheidet sie von vielen Selbsthilfeinitiativen. In der ursprünglichen Konzeption wurde zwar die eingetragene Genossenschaft als Rechts-

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

form favorisiert, die Seniorengenossenschaft wird aber zugleich allgemeiner beschrieben als "Versuch, bewährte Strukturen genossenschaftlicher Tradition mit neuen Elementen zu verknüpfen" (Arbeitsgruppe 1990: 5).

Schon in der Konzeption, bei deren Erarbeitung Anhänger der Genossenschaftsidee eine gewichtige Position einnahmen, werden andere Rechtsformen in Betracht gezogen mit der Maßgabe, dann allerdings die Geschäftsgrundsätze der Mitgliederförderung und der demokratischen Selbstverwaltung in der Satzung festzuschreiben.³⁵ Mändle beschreibt in seinem Grundsatzpapier den Aspekt der Mitgliederförderung folgendermaßen: Sie "ist gegenüber den Genossenschaftsmitgliedern durch den Geschäftsbetrieb vorzunehmen. Sie wird grundsätzlich darin bestehen, daß zum einen eine qualitativ verbesserte Versorgung der zu betreuenden Senioren mit bestimmten Leistungen erfolgt oder zum anderen eine Verringerung finanzieller Aufwendungen für deren Haushaltsführung eintritt; natürlich könnte die Mitgliederförderung auch in einer Qualitätsverbesserung des Leistungsangebotes und dessen Kostensenkung zugleich zu erblicken sein" (Mändle o.J.: 6).

Zunächst also werden bedarfswirtschaftliche Ziele formuliert. Falls Profit erzielt werden würde, wäre er gemäß den Zielen der Mitgliederförderung einzusetzen. Er könnte investiert oder zur Senkung der Mitgliedschaftsbeiträge und -gebühren verwendet werden. Eines allerdings ist wichtig zu betonen. Wie bei vielen anderen freiwilligen Vereinigungen auch erschöpft sich der Beitrag der Seniorengenossenschaften nicht nur

35 Die Ausschreibung gibt vor: "Für eine gemeinnützige Tätigkeit der Seniorengenossenschaft eignen sich verschiedene Rechtsformen. Es sind dies eingetragene Genossenschaften, eingetragene Vereine oder auch die GmbH". In den konkreten Projekten wird teilweise explizit die Option einer späteren Genossenschaftsgründung satzungsmäßig erwähnt, teilweise aber auch frühzeitig während des Konstituierungsprozesses ausgeschlossen. Ein beteiligtes Projekt (Frauenwohnprojekt) strebte eine Vereinsgründung zunächst nicht an. In einer ausführlichen diesbezüglichen Diskussion waren die Mitglieder der sowieso zahlenmäßig kleinen Gruppe sich einig, daß die eventuellen Vorteile den sicheren Aufwand nicht überwiegen würden.

in der Mitgliederförderung. Ansätze ökonomischer Theorie sprechen von der Erstellung sogenannter nichtmarktfähiger Kollektivgüter.³⁶

Mit der Wahl einer Institutionalierungs- und Rechtsform sind Implikationen auf mehreren Ebenen verbunden. Sie werden in einem ersten Durchgang kurz zusammengefaßt bezüglich der Anforderungen und Möglichkeiten in bezug auf Ressourcen bei Gründung und laufendem Betrieb und die Abwägung der Angemessenheit in bezug auf die vorgenommenen Ziele. Letzterer Aspekt betrifft sowohl den Geschäftsbereich als auch die politischen und sozio-kulturellen Vorstellungen und Ziele.

Ein zentraler Erklärungsansatz für die Wahl der Vereinsform ist sicher, daß sich die Seniorengenossenschaften in ihrem momentanen Entwicklungsstand kaum der Absicherung materieller Problemlagen oder der Entwicklung investiver Vorhaben verschrieben haben. Das verbindet sie eher mit der sozialen Selbsthilfelandchaft insgesamt, unterscheidet sie aber von jener Selbsthilfe, die sich noch in den 50er Jahren im Genossenschaftswesen umsetzte. Umgekehrt läßt sich natürlich fragen, ob nicht auch die Vereinsform in den Augen möglicher Kapitalgeber und investitionsbezogener Kooperationspartner die entsprechenden Bedingungen erfüllen könnte.

Vor diesem Hintergrund geben offensichtlich ganz pragmatische Gründe den Ausschlag. Die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft scheint eine beträchtliche Hürde darzustellen. Sie braucht Zeit - mehr, als viele der in den Startlöchern ungeduldig Wartenden gerade unter den älteren Akteuren hinzunehmen bereit sind. Sie braucht Know-how - anderes, als es die meisten sowohl der organisationserfahrenen Älteren als auch der vielfach beteiligten Akteure aus diversen Verwaltungen oder Verbänden mitbringen. Ohne eine professionelle angestellte Geschäftsführung könnten sich die meisten Akteure die Gründung und Aufrechterhaltung einer Genossenschaft nicht vorstellen. Ob die diesbezüglichen Hemmnisse im einzelnen bekannt sein mögen oder nicht ist hierbei zunächst zweitrangig, die Einschätzung ist entscheidend. Insbe-

36 "Nicht 'marktfähig' sind solche Güter, von deren Konsum, wenn sie einmal hergestellt sind, Personen, die sich nicht an den Produktionskosten beteiligen, nicht oder nur unter großem Aufwand ausgeschlossen werden können" (Horch 1992: 51).

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

sondere die Tätigkeit der genossenschaftlichen Prüfungsverbände bei Registrierung der Genossenschaft³⁷ wird als ein Problem zum Teil rechtlicher, zum Teil soziokultureller Natur - jedenfalls deutlich als "Bremsfunktion" (Döse 1992: 253) - wahrgenommen.

Als bedeutender Vorteil der Vereinsform wird ein weiterer Aspekt hervorgehoben: Ein e.V. zeichnet sich dadurch aus, daß die Aktivitäten bereits mit einer geringen Mitgliederanzahl aufgenommen werden können, daß selbst größere Mitgliederschwankungen ohne Einfluß auf die Stabilität der äußeren rechtlichen Form bleiben. Damit ist der Faktor der "Gruppengröße" angesprochen, die von ca. 15 bis zu mehreren hundert Mitgliedern variiert.

Jene bei Genossenschaften hohen Standards bezüglich Verbindlichkeit und Sicherheit, die durch die beschriebenen Formen von Kontrolle zu sichern versucht werden und mit aufwendigen Entscheidungsstrukturen einhergehen, werden als Strukturmerkmale bislang entweder als verzichtbar erachtet oder aber als gegen die spezifischen Äußerungsformen von Selbstorganisation gerichtet, wie sie Ältere sich wünschen. Ein kurzfristig naheliegenderes ökonomisches Erfordernis deckt auch der e.V. ab: nämlich als Arbeitgeber fungieren zu können sowie Sachleistungen von Dritten empfangen und verwalten zu können.

Die mit Institutionalisationsformen verbundenen prozeduralen Aspekte haben inhaltliche Korrelate, so verweisen sie bspw. auf die *politische*

37 Nach deutschem Genossenschaftsrecht geht der Eintragung eine doppelte materielle Wirtschaftlichkeitsprüfung voraus: zum einen die Prüfung durch das Registergericht (§ 11a GenG), zum anderen die Prüfung durch den zuständigen genossenschaftlichen Prüfungsverband (§ 11 Abs. 2 Ziff. 4 GenG), in dem die einzutragende Genossenschaft Mitglied sein muß (§ 54 GenG). "Der Prüfungsverband begutachtet dabei, 'ob nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Genossenschaft, eine Gefährdung der Belange der Genossen oder der Gläubiger der Genossenschaft zu besorgen ist'. Gerade diese Koppelung von Zwangsmitgliedschaft und genossenschaftlicher Gründungsprüfung scheint sich für Genossenschaften neuer Art als Hürde zu erweisen" (Döse 1992: 253). Döse verdeutlicht am Beispiel der alternativen Öko-Bank, inwiefern die Prüfungsverbände bei Ausübung ihres Ermessens nicht nur reine Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte, sondern auch kulturelle und politische Bewertungsmaßstäbe einbringen, die innovative, vom Herkömmlichen abweichende Unternehmenskonzepte tendenziell ablehnen.

Seite von Genossenschaftlichkeit. Hier ist der Partizipationsgedanke anzusprechen, der in dem alten Prinzip: "ein Genosse - eine Stimme" in Verbindung mit institutionalisierten Beteiligungsformen immerhin als genossenschaftliches Essential seinen Ausdruck findet. Dem Partizipationsbedürfnis scheint demgegenüber in der bis heute erreichten Entwicklungsphase der Seniorengenossenschaften - angesichts der begrenzten Größenverhältnisse, des starken Gemeinwesenbezuges und der Zusammensetzung der beteiligten Akteure - zum einen auch durch die Vereinsstruktur, zum anderen durch den Überhang solcher Aushandlungsprozesse, die in überschaubaren Gruppen auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und/oder persönlicher Bekanntschaft stattfinden, ausreichend Rechnung getragen. Diese Struktur gilt naturgemäß besonders stark in den auf Verbindlichkeit aufbauenden Initiativgruppen für gemeinschaftliches Wohnen.

Die Institutionalisierungsform Verein stand schon historisch in der Regel in einem engen Zusammenhang zu inhaltlichen Zielsetzungen und sozio-kulturellen Ausdrucksformen. Es ist ein verkürztes Verständnis, wenn heute beim Stichwort Verein allzusehr der Geselligkeits- und Freizeitaspekt die Assoziationen bestimmt. Auch in historischer Perspektive ist festzustellen, daß Vereine immer auch zu einem bedeutenden Teil "solidarische Zusammenschlüsse (waren; U.O.), um die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, gleichgültig, ob es sich dabei um Vereine der Arbeiter oder der Unternehmer handelte. Ferner traten viele Vereine mit dem Ziel auf, für das Gemeinwohl nützlich zu sein" (Richter 1985: 97). Dazu gehörte - damals wie heute - ein Mindestmaß geteilter Lebenslage oder Situationseinschätzung, es erforderte "ein Bewußtsein gleicher sozialer Lage von den Betroffenen und solidarische Haltung, um sozialen Mißständen ein Ende zu setzen" (Richter 1985: 97).

Vereine sind schon von daher nicht nur Organisationsformen. Es lassen sich noch grundsätzlichere Aspekte anfügen. Sie sind für Richter zugleich ein "Symbol für prosoziales Verhalten, Wunsch nach Geselligkeit, Organisation des Freizeitlebens und Nicht-Eingriffnahme des Staates. Freiwillige Vereinigungen sind sicher kein politisches System, sind aber typisch für eine bestimmte politische und wirtschaftliche Kultur, sie sind an sich noch kein eigenes Sozialsystem, sind aber typisch für ein

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

bestimmtes Sozialsystem, das zum Beispiel keine Gliederung in Stände oder Kasten besitzt. Deshalb symbolisieren sie verschiedene Systeme" (Richter 1985: 76).³⁸

In soziokultureller Hinsicht konvergieren Vereine und Genossenschaften weitgehend. Insofern zeigen die genannten Umsetzungsmerkmale, daß eigentlich Genossenschaftsmerkmale - entgegen des vordergründigen Widerspruchs der Wahl der Vereinsform - gerade im Rekurs auf die Ideen der kollektiven Selbsthilfe und gemeinwohlorientierter Solidarität bestehen. Gemeinsame Kennzeichen sind die Emphase auf Freiwilligkeit in Mitgliedschaft und Mitarbeit sowie in der partizipativen Struktur und der angestrebten Unabhängigkeit. Strukturell sind speziellere genossenschaftliche Anknüpfungspunkte angelegt in den Versuchen, interne, gebrauchswertorientierte und konkurrenzgeschützte "Märkte" - z.B. mit Hilfe der Börsen und des Zeittauschmechanismus - zu konstituieren. Auf die hier ebenfalls zu erwähnende Kapitalbildungsfunktion wird noch einzugehen sein.

38 Der Autor bietet darüberhinaus höchst basale Chiffren an, um die Charakteristik freiwilliger Vereinigungen zu verdeutlichen: "Vereine stehen für Kontaktnahme, Berufserfolg, prosoziales Verhalten einerseits, wie andererseits Familie für Liebe und Sexualität steht" (Richter 1985: 76f.). Diese Identität symbolisieren sie u.a. durch selbstgeschaffene Symbole, sie sind nicht nur typisch für eine bestimmte Kultur, sondern zeichnen sich darüberhinaus selbst durch "gemeinsame Produktion von Kultur" (Lengkeek 1992: 32) aus. Hinsichtlich der verallgemeinernden Aussagen zu soziokulturellen Verständnissen freiwilliger Vereinigungen ist nicht auszuschließen, daß sie - in einer geschlechtsdifferenzierenden Betrachtung - bezüglich der Frauen zu relativieren wären. Vgl. Halves (1989: 139).

2.3 Aspekte der Organisationsentwicklung

Organisationssoziologisch betrachtet trifft der Versuch, mittels einer "von oben" implementierten sozialpolitischen Programmstruktur im hier diskutierten Feld innovative Institutionen zu schaffen, auf ausgesprochen problematische Rahmenbedingungen. Dies gilt insbesondere angesichts seiner anspruchsvollen Ziele (die von jenen der Vor-Ort-Akteure abweichen können) - vom Versuch der dauerhaften Rekrutierung *freiwilliger* Mitarbeit einer anspruchsvollen und selbstbewußten Zielgruppe für eine Dienstleistungserbringung in jedenfalls teilweise hochsensiblen Feldern über die Initiierung anspruchsvoller Verbundprojekte im Schnittpunkt von Stadtteilsanierung, Schaffung altengerechter integrativer Wohnmöglichkeiten und Entwicklung von und Beteiligung an entsprechenden "maßgeschneiderten" Dienstleistungsangeboten bis hin zur Aufgabe, dies alles in einem Feld der Politik zu bewerkstelligen, das - gerade in Deutschland - durch zersplitterte politische Zuständigkeiten, konkurrierende Träger und korporatistische Strukturen hochgradig vermachet ist.³⁹

Im vorangegangenen Abschnitt wurde gezeigt, inwiefern gerade bezüglich der entwickelten Institutionalisierungs- und Rechtsform mehrheitlich einfacheren Lösungen der Vorzug gegeben wurde, deren Regelungsdichte jedenfalls zu Beginn niedrig gehalten werden kann. Darin liegt sowohl eine Stärke als auch ein längerfristiges Strukturproblem, das etwa im Selbsthilfebereich wohlbekannt ist. Im wesentlichen besteht es in der Balancierung eines je angemessenen Institutionalisierungsprozesses.⁴⁰ Hinzu kommen Anforderungen bezüglich der dauerhaften Or-

39 Vgl. den Überblick zur bundesdeutschen "Arbeitsteilung" im Kontext ihrer historischen Herausbildung bei Dieck (1993).

40 Ein Teil der Leistungen, die Selbsthilfegruppen für sich und oder für andere erbringen, beruht darauf, daß dem Formalisierungsprinzip des Sozialstaats nicht Rechnung getragen werden muß. Entlastend für den Einzelnen wie für das Gemeinwesen als Ganzes wirken diese Leistungen, weil sie sich in informellen Räumen entfalten, in denen die sozialen Beziehungen häufig nicht rechtlich

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

ganisation von Ressourcen, Leistungen und Diensten im Horizont von Verlässlichkeit, Kontinuität, Reichweite und Qualitätssicherung. Fragen wir nur nach der Zeitperspektive als einem wichtigen Unterscheidungsmerkmal innerhalb der Selbsthilfeszusammenschlüsse (vgl. Halves 1989: 139), so ist diese dem Willen nach übereinstimmend als langfristig zu bezeichnen.

Jenseits der Option unterschiedlicher Rechtsformen und dem Vorhandensein durchgängig langfristiger Zeitperspektiven stellt sich mithin die Frage, welche *Merkmale der Institutionalisation und Organisationsentwicklung* hervorgebracht und als notwendig erachtet werden, um die Arrangements arbeitsfähig zu machen und zu halten. Das bezieht sich insbesondere auf die personellen Ressourcen - für die konkreten Dienstleistungen bis hin zu Organisation, Management, Matching, Fortbildung, Supervision, MitarbeiterInnen- und Freiwilligenführung - sowie die Ausstattung mit materiellen Ressourcen.

Bei den *personellen Ressourcen* für die konkreten Dienstleistungen wird bislang zuallererst auf *freiwillige, nicht erwerbsfähige Mitarbeit* gebaut. Dies entspricht den Vorgaben.⁴¹ An einigen Beispielen wird deutlich, wie weit das diesbezügliche Spektrum ist. Zunächst wurden in einem Ort die ersten Einsätze gleich von Vorstandsmitgliedern übernommen. Dort wurde zwischenzeitlich auch mit geringbezahlten Aussiedlerfrauen gearbeitet. In einem anderen Ort wurden gezielt Personen zur

fixiert sind oder allenfalls Rechtsformen des bürgerlichen Rechts (wie der eingetragene Verein) übernommen werden, um förderungsfähig zu sein. Den Institutionalisierungsprozeß als Gruppenprozeß zeit- und gruppenadäquat in der Schwebe zu halten, ist ein äußerst fragiles Unterfangen. "Tritt eine Arbeitsteilung in der Gruppe zu früh ein, so okkupieren einzelne Gruppenmitglieder Aufgaben und Organisationskompetenzen und behindern damit das Selbstentfaltungsbedürfnis anderer oder begünstigen Trittbrettfahrermentalitäten. Umgekehrt zerfällt eine Gruppe relativ rasch, wenn sie ihre Arbeit nicht strukturieren kann" (Braun/Opielka 1992: 62).

41 Die Arbeitsgruppe formulierte lapidar, daß "nur dort, wo die Betreuungsfunktion aus technischen oder Qualifikationsgründen nicht durch die genossenschaftliche Gruppe geleistet werden kann, auf das beim genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb angestellte Personal oder auf den Zukauf der von anderen Organisationen angebotenen Grunddienste zurückzugreifen" (Arbeitsgruppe 1990: 11) ist.

Mitarbeit in der genossenschaftlichen Tagespflege eingeworben. In einer weiteren Initiative stand - jedenfalls in der aktiven ersten Phase der Entwicklung einer dortigen Seniorengenossenschaft - nicht nur die Rekrutierung zusätzlicher Freiwilliger, sondern auch die Erschließung zusätzlicher bzw. neuer Hilfetätigkeiten nach Form und Inhalt für im Umfeld der Nachbarschaftshilfe bereits vorhandene Ehrenamtliche an. Einen Sonderfall stellt wieder jene schon länger bestehende Gruppierung dar, deren rund 40 Mitglieder allesamt aktive sind.

Aber es gibt auch erste Ansätze einer *Teilverberuflichung*. In einem seniorengenossenschaftlichen Verein wurde zielstrebig darauf hin gearbeitet, für ein Segment des Dienstleistungsangebotes eine professionelle Kraft einzustellen.⁴² Interessanterweise finden sich im Haushaltsplanentwurf jener Seniorengenossenschaft Rückstellungen für 200 Stunden pro Monat, die mit DM 10,- bewertet sind.⁴³ In einem Fall wird über ABM- und Wiedereingliederungsmittel eine Sozialarbeiterin für eine befristete Zeit für den Bereich nachgehender und rehabilitativer Hilfen nach Krankenhausaufenthalt eingestellt. Semiprofessionelle Arbeitsressourcen bestanden für eine je begrenzte Zeit in zwei Modellorten in Gestalt sozialpädagogischer Praktikantinnen.

Leitungs- und Organisationsfunktionen stellen sich als Anforderung ständig neu in den unterschiedlichen Prozeßphasen der Organisationsentwicklung. Auf die Entstehungsphase ist nicht mehr weiter einzugehen. Wie bei jeder anderen Initiative auch stand vor der Erlangung einer

42 Dies ist eine Entscheidung, die durchaus deutlich das Problembewußtsein der dortigen (kommunalpolitisch dominierten) Akteure widerspiegelt, insofern diese starke Professionalisierung aus sachlichen Gründen jedenfalls nicht zwingend wäre.

43 Diese Angabe gilt für das Jahr 1992. Ein Jahr später wird eine Reduzierung auf DM 8,- von der örtlichen Verwaltung vorgeschlagen. Die Rückstellungen sollen Kaufkraft für den Fall der Rückerstattungsansprüche heute Aktiver absichern. Die Einschätzung des Sachverständigenkreises, daß sich "die forcierte Entwicklung von Zeitkonten ... (nur?) da durchgesetzt (habe; U.O.), wo die Gemeinde für geleistete Stunden DM-Beträge gutschreibt, damit offenbar 'Sicherheiten' gewährleistet werden" (Stellungnahme 1993: 4), ist empirisch lediglich durch eine hohe TeilnehmerInnenzahl in der besagten Gemeinde gestützt. Dagegen spricht wenig dafür, von einer Kausalbeziehung ausgehen zu können.

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

gewissen Arbeitsfähigkeit die Überwindung der Eintrittsschwelle.⁴⁴ Hier werden unterschiedliche Wege beschritten. Werden diese Funktionen in einem Ort stark von den Repräsentanten der Gemeindeverwaltung unter Rückgriff auf deren Apparat übernommen⁴⁵, existieren daneben ganz auf freitätiger, ehrenamtlicher Tätigkeit basierende Gremien. Teilweise wird ein ehrenamtlicher und von Älteren dominierter Vorstand von einem Beirat unterstützt, in dem die Altenhilfeanbieter, die Kirchen oder auch die Wissenschaft vertreten sind. Es existieren sowohl Beiräte, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden als auch solche, deren Mitglieder qua Delegation von vorher bestimmten Vereinigungen bzw. Institutionen entsandt werden.

Mischformen zwischen Selbstorganisation, freitätiger Mitarbeit und beruflich-professionellem Personaleinsatz existieren mancherorts in Form der Zuarbeit von SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen, denen bspw. vom gemeinsamen Träger entsprechende Aufgaben übertragen wurden.⁴⁶ Unterstützung für Leitungs- und Organisationsberatung erfolgte einerseits direkt - durch intensive Bereisung und Beratung der Projektorte seitens der Mitarbeiter der Geschäftsstelle -, andererseits indirekt vor dem Hintergrund eines Konzepts der Vernetzung, in dem sich die Geschäftsstelle weitgehend auf Organisations- und Moderationsaufgaben beschränkte. Inhaltlich und von der TeilnehmerInnenstruktur her unterschiedlich geschnitten - zwischen sehr allgemeinen und speziellen The-

44 Das heißt "die Frage, ob die personellen und materiellen Ressourcen gefunden werden können, die nötig sind, um all die Arbeit zu leisten, die vor dem eigentlich gemeinten sozialen Engagement liegt" (Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 42f.). Übertragbare Grundraster für Informationsvermittlung, Entscheidungsfindung und Aufgabenverteilung wurden nicht vorgegeben, obwohl dies in manchen Teilbereichen möglich und vermutlich sinnvoll gewesen wäre, aber wegen des Postulats der Selbstorganisation weitgehend vermieden wurde.

45 Hier hat bspw. der Bürgermeister den Vorsitz der Senioren genossenschaft, der Sozialamtsleiter einen Großteil der Organisationsaufgaben übernommen.

46 In einem Projekt wurde allerdings vor diesem Hintergrund lange versäumt, eine tragfähige Mitbestimmungsstruktur und -kultur auszubilden. Durch die Gründung eines Vereins wird dort versucht, sowohl darauf eine Antwort zu geben als auch auf die bislang kaum überwindbare Beschränktheit der Gruppengröße - die freilich von vielen Beteiligten in erster Linie als positiv erlebt wurde und wird.

men, breit eingeladen bzw. nach Funktionen - wurde ein Modell gegenseitigen Lernens favorisiert, das sich z.B. auch in der regelmäßigen Publikation eines eigenen "Infodienstes" niederschlägt.⁴⁷

Eine *eigene professionelle Personalausstattung* wird in Initiativen, die weitgehend auf freiwilliger Mitarbeit beruhen, in der Regel vor allem aus vier Gründen für vorteilhaft erachtet. *Erstens* bietet sie der Initiative die Möglichkeit, von Arbeiten entlastet zu werden, für die es keine oder geringere freiwillige Motivation gibt (z.B. Organisation und Verwaltung). *Zweitens* erlaubt erst sie es in der Regel, die zeitliche Erreichbarkeit in wünschenswertem Maße auszudehnen. Ein *dritter* Aspekt besteht darin, daß sie es erleichtert bzw. erst möglich macht, daß eine den meisten Beteiligten persönlich bekannte Vertrauensperson existiert, und *viertens* läßt sich die Initiative selbst durch eine systematischere Berücksichtigung solcher Bereiche der Arbeit sichern, die den Bestand (an Aufgaben, Mitteln und MitarbeiterInnen) sichern (vgl. Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 64ff.).

Eigenes Personal - mit je unterschiedlicher Aufgabenbeschreibung im organisatorischen Bereich - besitzen oder besaßen zeitweise mehrere Projekte. Ein weiterer Weg besteht in dem Modell der Einbindung mehrerer Projekte in das *DPWV-Verbandsnetzwerk*, das professionellen Sachverstand und ein Kontingent vom Sozialministerium dafür bezahlter Arbeitskapazität in Gestalt eines Mitarbeiters des Paritätischen Bildungswerks (Stuttgart) zur Seite hat. Diese Funktion bedeutet im wesentlichen Organisationsberatung, daneben konkrete Leistungen der Öffentlichkeitsarbeit, pädagogischer Moderation, Multiplikatorenarbeit und Fortbildung, u.a. mit den Schwerpunkten Erfahrungsaustausch und Konzeptionsentwicklung. So werden in einem der zu diesem "Netzwerk" gehörenden Projektorte Kontakte der Seniorengenossenschaft etwa auf der kommunalpolitischen Ebene maßgeblich durch diesen DPWV-Mitarbeiter wahrgenommen. Zugleich hat er dort bspw. in Zusammenarbeit mit Architekten den Nutzungs- und Finanzierungsvorschlag für ein

47 Es ist kaum nötig zu erwähnen, daß all diese Maßnahmen neben dem Ziel der Information und Qualifizierung auch Ermutigung, Motivierung und die Ausbildung einer Corporate Identity anzielen.

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

Familienzentrum erarbeitet. Die in der DPWV-Konstruktion zusammengefaßten Initiativen wiederum unterscheiden sich untereinander stark bezüglich ihrer Akteursstrukturen.⁴⁸

Die Qualifizierung der beruflichen Profis in den Seniorengenossenschaften ist in verschiedenen Ausprägungen ein besonderes Anliegen der Geschäftsstelle. Eine Reihe eigener Veranstaltungen finden speziell für sie statt, oft unter explizitem Einbezug relevanter freitätiger Akteure. Professionelle Unterstützung für ehrenamtliche Akteure könnte schließlich auch in der Form von Supervision erfolgen, wurde aber bislang nur in einem Falle erwogen.

Zu den angesprochenen, weitergehenden Funktionen der *Mitarbeiter- und Freiwilligenführung* sowie der Organisation einerseits der Zugänglichkeit für Gebende und Nehmende, andererseits der Einsatzleitung läßt sich zum gegebenen Zeitpunkt noch wenig sagen. Teilweise wird der "Publikumsverkehr" auf solche Stellen verwiesen, die neben ihrer eigenen Funktion (z.B. Gemeindeverwaltung oder Seniorenratsbüro) auch für die Belange der Seniorengenossenschaft ansprechbar sind. Anderswo stehen Vorstandsmitglieder oder aktive Mitglieder regelmäßig am Telefon als Anlaufstelle zur Verfügung, oder es wird eine Kontaktstelle in einem Altenwohnheim eingerichtet.⁴⁹

Finanzielle Ressourcen: In sehr unterschiedlichem Maße werden Mitgliedsbeiträge als Finanzierungsquellen herangezogen. Gebühren existieren bspw. bei der Abgabe von Essen auf Rädern in einem Modellort. In den meisten Fällen wurden nach entsprechenden Haushaltsanträgen den Projekten Mittel vom Sozialministerium zur Verfügung gestellt, die sich in der Regel als Anschubfinanzierung für Sach- und Erstausrüstungskosten verstehen lassen. Diese Mittel sind 1994 ausgelaufen (vgl.

48 Die intermediäre Unterstützungsform dieser Konstruktion wurde - dies kann hier nur angedeutet werden - von den jeweiligen Initiativen teilweise nicht nur begrüßt, teilweise wird der Mitarbeiter in Konkurrenz zum Sozialministerium eingeschätzt.

49 Die Stärke der Gestaltung durch (potentiell) Betroffene bzw. Ältere zeigt sich etwa darin, mit welcher hoher Sensibilität für Details in einem Ort darüber nachgedacht wird, wie die Kontaktstelle mit Blick auf potentielle aber oft extrem verunsicherte Hilfesuchende ausgestaltet werden sollte.

Frenz/Hummel 1993: 10). Teilweise gibt es Zuwendungen von seiten der Kommunen. In mindestens zwei Fällen wurden darüberhinaus erste Gespräche mit Kostenträgern (Krankenkassen und Sozialämtern) bzgl. eventueller Kostenübernahmen bei bestimmten Dienstleistungen begonnen.⁵⁰

Die Frage nach *räumlichen Ressourcen* stellt für die meisten Projekte bislang noch ein ungelöstes Problem dar. In den Orten, wo dies nicht der Fall ist, erhalten die Aktivitäten oft eine große Schubkraft. Räume sind notwendig für eine Geschäftsstelle und für Gruppen-, Mitglieder- oder Aktiventreffen sowie für konkrete Dienstleistungen.⁵¹

In den unterschiedlichen Lösungen spiegelt sich nicht nur das extrem unterschiedliche Niveau erfahrener Unterstützung durch Verbände, Kirchen oder Kommunen. Es wird auch das konzeptionelle Selbstverständnis bezüglich möglicher Kooperationen und Vernetzungsmöglichkeiten

50 Zur Problematik der unterschiedlichen Finanzierungsquellen freiwilliger Vereinigungen vgl. den Überblick bei Horch (1992: 55ff.).

51 Einige Beispiele mögen die unterschiedlichen Lösungen und Entwicklungsstände deutlich machen. In einer Kleinstadt wird ein zentral gelegenes Haus durch die Stadt erworben, wobei vom Bürgermeister erwogen wird, dort räumlich sowohl eine Begegnungsstätte als auch die IAV-Stelle (Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstelle) anzusiedeln. Der die Seniorengenosenschaft vorbereitende Seniorenrat in einer Großstadt residiert mit einem Büro im neuen Stadthaus, in dem schon die Abendakademie (Volkshochschule) untergebracht ist. Die Akzeptanz dieses Büros wird sicher verstärkt durch die regelmäßigen Öffnungszeiten des Seniorenrats als auch durch die dort stattfindenden Beratungsaktivitäten des VdK. Räumlichkeiten allerdings für die geplanten Hilfeleistungen - sei es die Nähstube oder eine Werkstatt - bestehen noch nicht. Ähnliches gilt für die o.g. Nutzung des städtischen Sozialzentrums durch eine andere Initiative, dessen Nachbarn unter dem gleichen Dach z.B. das katholische und das evangelische Gemeindezentrum sind, in einem Haus, in dem bereits ein warmer Mittagstisch für Ältere besteht.

Ein Besuchs- und Handwerkerdienst kann - vorläufig - Räume des Diakonischen Werks bzw. des Caritasverbands nutzen zu Gruppensitzungen und als Werkstatt. Im Zusammenhang mit einer geplanten stärkeren Stadtteilorientierung sind Gespräche mit den Begegnungsstätten in Gang. In einem anderen Projekt steht die Raumfrage deshalb besonders im Mittelpunkt, da sich hier der Hauptkonzeptionspunkt auf die Verwirklichung eines Familienzentrums, für das ein ehemaliges Kino besonders geeignet schien, richtet.

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

sowie bezüglich wahrgenommener Wünsche und Bedürfnisse Älterer deutlich.

Öffentlichkeitsarbeit und Werbung sind als höchst wichtiges Instrument, um bürgerschaftliches Engagement zu stimulieren, insbesondere von der übergeordneten Geschäftsstelle erkannt und betrieben worden. Auf dieser Ebene werden - im Kontext dessen, was den Akteuren im Sozialbereich oder bei den freigemeinnützigen Trägern bislang dazu eingefallen ist - aufwendige und professionelle Methoden angewandt, die sich einer großen Bandbreite an Medien, Anlässen und Zielgruppen bedienen. Die lokalen Initiativen dagegen betreiben Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zwar mit großer Unterschiedlichkeit, insgesamt aber eher rudimentär. Chancenreich scheint indes die Gleichzeitigkeit und Komplementarität von überregionaler Öffentlichkeitsarbeit mit regionaler und lokaler Ausstrahlung einerseits und gestreut verfügbaren Möglichkeiten andererseits, sich konkret mit einer Initiative zu identifizieren, sich über sie zu informieren oder sich in ihr zu engagieren (vgl. Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 62ff.).

Eine ganze Klasse wichtiger Transaktionsprobleme ergibt sich mit Bezug auf die *Zusammenführung von Angebot und Nachfrage*. Abhängig auch von den infrastrukturellen und personellen Ressourcen lassen sich aktive von passiven Varianten unterscheiden. Dazwischen existieren durchaus Mischformen. Die Wahl der einen oder anderen Form ist nicht nur von den Ressourcen abhängig, sie weisen jeweils auch unterschiedliche Vor- und Nachteile auf. Zur *informationellen Verarbeitung* von Anfragen und Angeboten in beiden Vermittlungsformen wird an einigen Orten seit Beginn über Computereinsatz nachgedacht, bspw. hinsichtlich geplanter Kontaktbörsen.⁵²

Eine wichtige weitere Variante der Organisationsentwicklung könnten neue Formen der *Verknüpfung des Tauschnetzes* mit dem Sektor der Wohlfahrtsdienste einerseits und dem Sektor des regulären marktlichen Bedarfsausgleichs andererseits werden. Hierunter wäre mehr zu verste-

52 Einen entsprechenden Auftrag zur Teilentwicklung geeigneter Software hatte die Geschäftsstelle des Sozialministeriums bereits vergeben und eine Präsentation vor Mitgliedern zweier Modellprojekte durchgeführt.

hen als gegenwärtig als "Vernetzung" gehandelt wird⁵³, aber auch letztere ist ein wichtiges Merkmal der Organisationsentwicklung. Auf diesem Feld geht es insbesondere um die Etablierung von Kooperations- und Abstimmungsbeziehungen im lokalen bzw. regionalen Bereich. Teilweise bestanden diese schon vor der Aufnahme seniorengenossenschaftlicher Aktivitäten, andernorts stellte die Seniorengenossenschaft den entscheidenden Anstoß zur Aufnahme entsprechender Gespräche dar. Ob allerdings Seniorengenossenschaften mit ihren begrenzten Ressourcen - zumal wenn sie ohne eigene professionelle Personalausstattung arbeiten - hier auch in längerer zeitlicher Perspektive tragfähig gestalten bzw. zumindest mitwirken können, ist noch offen.

Eine Reihe der bis hier referierten Merkmale der Entwicklung von Organisationen haben Eingang in die in der einschlägigen Diskussion häufig vorzufindenden Versuche gefunden, Selbsthilfeszusammenschlüsse zu typologisieren. Braun/Opielka (1992: 43ff.) etwa unterscheiden Selbsthilfegruppen von Betroffenen, außenorientierte Selbsthilfegruppen (bzw. Selbsthilfevereinigungen), Selbsthilfeinitiativen sowie Selbsthilfeprojekte (vgl. ähnlich, aber mit nur drei Typen Halves 1989). In diesen Unterscheidungen ist jenseits der Ziele, Aktivitäten und organisationaler Merkmale des weiteren die Frage nach der Außenorientierung - darauf wird im folgenden Absatz wie auch im Schlußkapitel einzugehen sein - und schließlich der je unterschiedliche Gesellschaftsbezug thematisiert. Gerade der letztere Aspekt ist eine differenziertere Betrachtung wert, die über die im wesentlichen deskriptiv-analytische Ebene dieses Kapitels hinausgeht.

Eine klassische Problemstellung der Vereins-, Genossenschafts- und Dritte-Sektor-Forschung ist zwar auch hinsichtlich der Seniorengenos-

53 Es gibt schon in den untersuchten internationalen Beispielen eine Reihe unterschiedlicher Verknüpfungsmodi. Nur als zwei Beispiele: In dem amerikanischen Service-Credit-Modell können die für geleistete Hilfen "erworbenen" Gutscheine an andere Assoziationen und Vereine übertragen werden, die sie dann zur 'Honorierung' von Diensten im Rahmen eines tendenziell durchaus 'flächendeckenden' Netzes von freiwilligen Laienhilfen weiterverwenden können" (Offe/Heinze 1990: 163). Anders gelagert ist der Fall jener in einem Programm existierenden Komponente von Pflichtarbeit, die in einer High-School organisiert wird.

senschaften von hohem Interesse, wird aber hier ausgeklammert bis auf wenige Bemerkungen: Es handelt sich um das *Transformationsproblem* (vgl. dazu Horch 1992: 55ff.), d.h. die Frage danach, inwieweit Transformationsprozesse freiwilliger Vereinigungen in Richtung auf Kommerzialisierung, Bürokratisierung und Oligarchisierung auftreten und inwieweit sie quasi gesetzmäßig aufgrund der konstitutiven Qualitäten auftreten *müssen*. Diese Gefahr scheint vor dem Hintergrund der teilweise zunehmenden Anbindung an kommunale oder verbandliche Instanzen (und den dadurch zu erwartenden Autonomieverlust) sowie der auf mehreren Ebenen angelegten Formalisierungstendenzen im Falle der Senioren-genossenschaften durchaus nicht gering zu sein.

2.4 Aktivitäten im Feld sozialer Dienstleistungen

Auch die Darstellung der Aktivitäten im Feld sozialer Dienstleistungen läßt sich sinnvollerweise nicht gänzlich gereinigt von Aussagen bezüglich Zielorientierungen und Wirkungsannahmen bewerkstelligen, die über eine rein deskriptive Einordnung hinausgehen. Genauere Analysen bezüglich des Stellenwerts der senioren-genossenschaftlichen Dienstleistungsfunktion erfolgen im Abschnitt D.

Das Spektrum der Aktivitäten ist weit. Bezüglich der Leistungen reicht es von rehabilitationsorientierten, ganzheitlich ausgerichteten Hilfen in der Krankenhausnachsorge oder der Initiierung einer teilberuflichen Tagespflegeeinrichtung über die Einrichtung eines generationsübergreifenden Begegnungszentrums bis hin zu Versuchen der Kombination ähnlich heterogener Projekte, die etwa ein vielseitiges Angebot freiwilliger Hilfen gleichzeitig mit der altengerechten Sanierung und Infrastrukturverbesserung eines Stadtteils voranzutreiben versucht. Damit variiert auch ihre räumliche Orientierung - alle Initiativen arbeiten aber innerhalb gemeinwesenbezogener Grenzen.

Nach Tätigkeiten sortiert decken die Senioren-genossenschaften zusammengenommen ein relativ breites Spektrum ab, das sich auf die folgenden Kategorien bezieht, die mit Beispielen illustriert werden. In vielen

Bereichen ist dabei eine Überschneidung oder Ergänzung zu den Leistungen der ambulanten Sozial- und Pflegedienste zu konstatieren.

Rehabilitations-, krankheits- und pflegebezogene Dienstleistungen: Anders als bspw. bei den Service-Credit-Programmen in den USA stellen zwar bei den Seniorengenossenschaften demographische und gesundheitliche Faktoren den vorrangigen Begründungsstrang für soziale Dienste dar, Pflegetätigkeiten i.e.S. aber werden als Aufgabe für die Freiwilligen ausgeklammert außer in spezifischen Settings, auf die noch eingegangen wird.⁵⁴ In der o.g. Tagespflegeeinrichtung wird an fünf Tagen in der Woche die Möglichkeit geboten, nicht-bettlägerige aber häufig psychisch veränderte oder verwirrte ältere Menschen tagsüber zu betreuen. Ein selbsthilfenahes Projekt bietet eine Tagesbetreuung für demente Alte an.

Die Krankenhausnachsorge in einem anderen Ort versucht, ein Angebot zu bieten, das in der deutschen Arbeitsteilung zwischen ambulanten Diensten und krankenkassenfinanziertem Gesundheitswesen aus mehreren Gründen schlicht fehlt.⁵⁵ Zumindest ihrem konzeptionellen Zuschnitt und Anspruch nach ist die Krankenhausnachsorge ein qualitativ neuartiges Dienstleistungsangebot, dessen faktische innovative Qualität indes nur empirisch zu überprüfen wäre. Hierbei würde insbesondere der Beitrag in rehabilitativer Hinsicht interessieren. In einer Reihe von Projektorten sind dienstleistungsbezogene Überschneidungen mit den

54 Vgl. zu den diesbezüglichen Informationen zu den amerikanischen Service-Credit-Modellen Offe/Heinze (1990: 171ff.). Die beiden Autoren plädieren auch bei der Konzeption des Modells Kooperationsring dafür, jedenfalls in der experimentell-praktischen Erprobung den Schwerpunkt "auf 'Jedermannstätigkeiten' zu legen und 'riskante', hohe und spezifische Qualifikationen voraussetzende (z.B. gesundheitsbezogene ...) Arbeiten nur vorsichtig und ausnahmsweise einzubeziehen" (Offe/Heinze 1990: 309).

55 Hier wirken die Finanzierungsstrukturen zusammen mit einer unterentwickelten Geriatrie, wenig leistungsfähigen Haushaltsdiensten, nicht funktionierenden Kooperationsstrukturen und Krankenhaussozialdiensten, die entweder extrem überlastet sind oder sich nicht zuständig fühlen für die Übergangssituation: teilweise halten sie ihre Aufgabe für beendet mit dem Verlassen des Gebäudes durch den Patienten.

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

Nachbarschaftshilfen und Sozialstationen gegeben, wenn sich das Angebot z.B. auch auf grundpflegerische Tätigkeiten erstreckt.

Handwerkliche Hilfen sowie *Hilfen im Garten* zählen zwar nicht im engeren Sinne zu sozialen Dienstleistungen, können aber einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung autonomer Lebensführung in der eigenen Häuslichkeit leisten. Im Gegensatz zu den vorgenannten pflegerischen Diensten existieren in diesem Bereich in der Regel kommerzielle Angebote. In vielen Fällen sind allerdings die Hürden, diese in Anspruch zu nehmen relativ groß, in erster Linie aus Kostengründen. Eine Senioren-genossenschaft ist speziell aus einem Handwerksdienst hervorgegangen, andere haben dies Angebot von vornherein in ihrem Angebotskatalog ausgewiesen, ein dritter Typus führt es im Kontext der Hobby- und Wissensbörsen ein.⁵⁶

Haushaltshilfen werden in mehreren Senioren-genossenschaften angeboten. Konkret orientiert sich das Angebot in der ganzen Breite an den Nachfragen und den Fähig- und Fertigkeiten der AnbieterInnen. Dem Anspruch nach wird ein umfassendes Angebot angezielt, das im Einzelfall auch verhindern soll, daß aufgrund von Zuständigkeitsabgrenzungen eine Vielfalt unterschiedlicher Dienste - und damit Helferspersonen - ins Haus kommen müssen. In einigen Projekten werden allerdings genau solche Grenzziehungen ebenfalls getroffen, z.B. indem Putzdienste ausgeschlossen werden. Inwiefern gerade die vielfach besonders erwünschten bzw. notwendigen Hilfen bei schweren und körperlich anstrengenden Arbeiten (vgl. Stiefel 1985: 166ff.) von den senioren-genossenschaftlichen HelferInnen angeboten werden können, ist noch nicht absehbar.

Wiederum in mehrfacher Hinsicht nur unbefriedigend abgedeckt ist ein weiteres wichtiges Angebot der meisten Senioren-genossenschaften: *Fahrdienste* und *Mobilitätshilfen* wie etwa *Begleitungen*. Komparative

56 Handwerkliche und Gartenhilfen haben auch in anderen Versuchen organisierter Austauschnetze einen hohen Stellenwert (vgl. Offe/Heinze 1990: 209ff.), da offensichtlich gerade bei ihnen die formelle Ökonomie zu einer adäquaten Bedürfnisbefriedigung nicht in der Lage ist. Dies kann viele Gründe haben: zu hohe Preise, die Nichtbefriedigung sehr spezieller Wünsche, der Mangel an Zutrauen zu angemessener Erledigung usw.

Vorteile gegenüber den konkurrierenden Anbietern fahrzeuggestützter Dienste (öffentlicher Personennahverkehr, kommerzielle Taxiunternehmen, Krankentransporte) ergeben sich insbesondere bei den Kosten (Vergleich zum Taxi), bei der bloßen Erreichbarkeit bzw. dem Service (Vergleich zum ÖPNV), möglicherweise auch bei der Bekanntheit, Niedrigschwelligkeit und Inanspruchnahme (Vergleich zum Krankentransport). Vorteile bei Begleiddiensten können sich ergeben aus schlicht gar nicht vorhandenen Alternativen und den Kosten. Mindestens genauso wichtig aber ist in vielen Fällen die mit der persönlichen Begleitung verbundene Ermutigung, bestimmte Veranstaltungen oder Möglichkeiten auf dieser Basis überhaupt erst wahrzunehmen. Eine Seniorengenossenschaft betreibt einen Mahlzeitendienst.⁵⁷

Eine "weichere" Form der Dienstleistung besteht im Bereich der Besuchsdienste, der Hilfen zur Freizeitgestaltung und der Gesellungsangebote - seien sie in Komm- oder Gehstruktur organisiert. Fehlen hier Möglichkeiten, diese Bedürfnisse im sozialen Nahraum zwischen Angehörigen und Nachbarn usw. zu befriedigen, nehmen sich ihnen in organisierter Form auf breiterer Front lediglich die Institutionen offener Altenarbeit an. Ihre Problematik ist bekannt. Sie weisen eine für größer werdende Gruppen offenbar immer weniger attraktive Programmstruktur auf, sie müssen erreichbar sein und sie setzen voraus, aufgesucht zu werden, wobei für große Gruppen potentieller BesucherInnen hohe Schwellenängste dies verhindern.⁵⁸ Als aufsuchendes Angebot kommen die neben wenigen modellartigen Versuchen zugehender Sozialarbeit (vgl. Karl u.a. 1990) lediglich sporadisch existierenden Besuchsdienste in Betracht. Ihre Aktivitäten sind allerdings oft auf die BewohnerInnen von Heimen oder KrankenhauspatientInnen beschränkt oder sie sind einmalig anlaßbezogen, z.B. Hausbesuche zu runden Geburtstagen.

57 Als Alternative zu dem bereits vorher bestehenden System eines anderen Anbieters, das einmal wöchentlich gefrorene Mahlzeiten für die ganze Woche beinhaltet, wird hier warmes Essen täglich angeliefert. Betont wird die damit verbundene Möglichkeit eines direkten regelmäßigen Kontaktes zu den EmpfängerInnen, der zugleich zeitstrukturierend wirkt.

58 Vgl. den Versuch einer vitalisierenden Neukonzeptionsdebatte durch die Veröffentlichung der BAG der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW 1992).

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

Diese Verengung versuchen einige Seniorengenossenschaften aufzulösen.

Vielfach sind keine aufwendigeren Aktivitäten im Zentrum dieser "Dienstleistung", sondern Beziehungsaspekte wie Zuhören, Verständnis zeigen und Signale persönlicher Wertschätzung und Gegenseitigkeit, das Element der Zeitstrukturierung u.v.a.m. Hierzu gehören auch bewältigungsorientierte Hilfestellungen bei der Trauerbegleitung, wobei die Sterbebegleitung gerade in Deutschland noch ein Schattendasein führt. Beiden Hilfen nehmen sich Seniorengenossenschaften an, ebenso wie Sitzwachen im Krankenhaus.

Greifbarer sind die Wirkungen der Ansätze, *generationenübergreifende Angebote* zu machen. In mehreren Orten wird versucht, Kinderbetreuung durch "Leihomas und -opas" anzuregen, eher kulturell und pädagogisch orientiert sind Aktivitäten in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendhäusern sowie die Anknüpfung an die Formen des Erzählcafés. Handelt es sich dabei teilweise zwar um eine Dienstleistung für andere Sozialberufler, so ist in bezug auf die AdressatInnen eher von einem Initiativcharakter auszugehen. Der ambitionierte Versuch, ein von vornherein generationenübergreifend angelegtes Familienzentrum⁵⁹ in einem Projektort zu verwirklichen, konnte leider nicht umgesetzt werden.

Viele Seniorengenossenschaften bieten *Beratungsdienste* sowie *Hilfen bei Schriftverkehr oder Behördengängen* an. Mit Blick auf komplexer werdende Herausforderungen in Sachen "Administration des Alltagslebens" sind auf diesen Gebieten auch eine Reihe von Professionen tätig. Als Beispiele seien SteuerberaterInnen, Rechtsanwälte, Anlage- und VersicherungsberaterInnen usw. genannt. Sie übernehmen gewissermaßen die sekundäre Bearbeitung von Beratung zu Dienstleistungen, wie sie Banken, Sozialadministration, Kommunen oder Sozialversicherungen im Programm haben. Gerade viele Ältere fühlen sich den daraus entstehenden Anforderungen nicht gewachsen: Ausfüllen von Formularen und Anträgen, Einhalten von Terminen, Umgang mit Behörden, Zurechtfinden in unklaren Zuständigkeiten usw. Manche der "primären

59 Zu Erfahrungen und Erfolgen dieses Ansatzes im Rahmen der Modellphase der Familien- und Nachbarschaftszentren vgl. Helbrecht-Jordan/Pettinger (1991).

Dienstleistungsinstitutionen" haben sich darauf eingestellt und bewußt auch bezüglich der Zielgruppe der Älteren ihre Beratungsaktivitäten ausgeweitet. Ein gutes Beispiel hierfür sind Banken sowie Krankenkassen, Gegenbeispiele finden sich insbesondere in öffentlichen Behörden (z.B. Sachgebiete Soziales und Finanzen). Aber selbst bei bestehenden Beratungsmöglichkeiten scheitert eine Inanspruchnahme an Faktoren wie vermuteten Eigeninteressen, ungestützter oder erfahrener mangelnder Zeit, fehlender Geduld oder Einfühlungsvermögen usw. Seniorengenossenschaften bieten sozusagen "Senior-ExpertInnen" für entsprechende Bedarfe an.

Der *Verbleib in ihrer eigenen Wohnung* stellt sich für manche Ältere dann infrage, wenn relativ unspektakuläre und vergleichsweise einfache Verrichtungen nicht mehr selber zu erledigen sind. Dazu kann der Einkauf von Dingen gehören, die im Ort nicht zu haben sind oder das Ausführen des Hundes. Weder setzen solche Hilfen eine anspruchsvollere Qualifikation voraus noch bedeuten sie unbedingt den Eintritt in den intimen Bereich der Wohnung. Wichtig dagegen sind Zuverlässigkeit, teilweise eine gewisse Flexibilität. Ähnliche Hilfen werden natürlich vielfach auch dann benötigt, wenn nicht der häusliche Verbleib auf dem Spiel steht. Vielleicht ermöglichen sie erst ein Verreisen, vielleicht können erst mit ihrer Hilfe essentielle Lebensvollzüge aufrechterhalten werden - sei es das Behalten eines Haustieres, o.ä.

Es versteht sich von selbst, daß viele der hier getrennt kategorisierten Leistungen fließende Grenzen haben. Damit ist ein wichtiges Spezifikum des Leistungsangebots verknüpft. Indem es auf eher unspezifischen Qualifikationen aufbaut, indem z.B. im Unterschied zu den ambulanten Diensten jedenfalls in den meisten Feldern keine sozialrechtlichen Normierungen oder Kostenübernahmebestimmungen starre Zuständigkeitsgrenzen befördern und in dem Maße, in dem auch konzeptionell ein anderes Muster von Aufgabenzuschnitt bewußt angestrebt wird, könnten sich spezifische Vorteile ergeben, von denen beispielhaft nur drei angegriffen werden sollen.

Es werden zwar - *erstens* - anlaßbezogen zunächst nur partielle Hilfen gegeben, aus denen sich im Kontext einer vertrauensvollen HelferIn-EmpfängerIn-Beziehung völlig andere Hilfen entwickeln können. Eine

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

Stärke könnte - *zweitens* - in der Niedrigschwelligkeit der Hilfeanlässe liegen. *Drittens*: Was auch aus vielen anderen Hilfebeziehungen bekannt ist (z.B. Hausarzt oder Hausnotrufsystem), wiederholt sich hier wieder. Die zum Anlaß der Aufnahme einer Hilfebeziehung oder Aktualisierung eines Hilfewunsches geäußerten Bedarfslagen erweisen sich bald als "Nebenschauplätze" eigentlicher Hilfenotwendigkeiten. Diese wiederum liegen häufig entweder auf psychosozialen Gebiet oder bedürfen struktureller Abhilfe (z.B. in Form einer Wohnungsanpassung).

2.5 Das Konzept "Zeitgutschrift" und seine konkrete Ausgestaltung

2.5.1 Konzepte mit unterschiedlichen Zielen

Das Bezugsproblem der "Zeitwährung" wurde in allgemeiner Weise einmal folgendermaßen gefaßt: "Es fehlt (...) - im biographischen Längsschnitt betrachtet - an 'Zeitbanken' oder 'Speicherhäusern', in welche gleichsam die Überschüsse der 'sieben fetten Jahre' eingelagert und aus denen sie während der 'sieben mageren Jahre' entnommen werden können; erst recht fehlt die Möglichkeit eines 'Zeitkredits', den man in den mageren Jahren aufnehmen und in den fetten zurückzahlen würde. Und ebenso fehlt es an geeigneten Verfahren des Bedarfsausgleichs, der im sozialen Querschnitt zwischen 'zeitarmen' und 'zeitreichen' Haushaltstypen zum beiderseitigen Vorteil stattfinden könnte" (Offe/Heinze 1990: 35). Abstrakt ausgedrückt handelt es sich bei dem Konzept einer Zeitwährung um den Versuch, eingebrachte Leistungen oder Aktivitäten den jeweiligen ErbringerInnen auf einem "Zeitkonto" gutzuschreiben. Die Gutschrift soll im Bedarfsfalle zum äquivalenten Bezug von Dienstleistungen der Seniorengenossenschaft berechtigen und institutionalisiert damit die Erwartung gegenseitigen, dauerhaft konservierbaren Hilfeversprechens.

Die Faszination der Idee mitsamt ihren typischen inhaltlichen Aufladungen kommt in den schlichtesten Lesarten am deutlichsten zum Ausdruck: Nach dem Muster eines möglicherweise auch "langfristig anspar-

baren und später verzehrbaren 'Zeit-Kontos' wären (...) Lösungen denkbar, die sich einerseits für den 'Verrentungsschock' der 'jungen Alten' und ihren plötzlichen und erzwungenen Rückzug aus der beruflichen Arbeit, andererseits für das ebenso intensiv diskutierte Problem vermehrter Pflegebedürftigkeit der ältesten Bevölkerungsgruppen als Abhilfe anbieten" (Offe/Heinze 1990: 302). Der konzeptionelle "Vater" mehrerer Service-Credit-Modelle unterstreicht diese Lesart, indem er ebenfalls über die Funktion eines reinen Allokationsmechanismus hinausweist: "Wir können anfangen, unsere sozialen Probleme zu lösen, indem wir ein neues Tauschmedium schaffen, das es erlaubt, bislang ungenutzte persönliche Zeit in marktgängige Guthaben umzusetzen, die reale Kaufkraft erzeugen" (Cahn 1990: 127).⁶⁰ Wie oben angedeutet, wird oft genug gerade Pflege Tätigkeit als Inhalt der Dienstleistungen angeführt: "In theory, service credit banking emphasizes the provision of long-term care services to an impaired population by a relatively healthy population" (Feder/Howard/Scanlon o.J.: 36).

Angesichts der damit aufgeworfenen umfassenden Erwartungen auf höchst heterogenen Ebenen soll das mit "Zeitwährung" bezeichnete "Medium" zunächst auf die ihm zugrundeliegenden Prämissen hin untersucht werden. Ein weiterer Fragenkomplex bezieht sich auf die damit zusammenhängenden Ausgestaltungsoptionen mitsamt ihren steuerungstheoretischen Hintergründen. Schließlich sollen in knapper Form andernorts und zu anderen Zeiten gewonnene Erfahrungen dokumentiert und auf ihre Verallgemeinerbarkeit hin befragt werden.

Es existiert keine breitere Diskussion über Theorie, Empirie und Potential einer Zeitwährung. Einen Impuls bekam die deutschsprachige

60 Neben den Chancen, die sich aus der lokalen Umsetzbarkeit hinsichtlich einer raschen, angepaßten und pragmatischen Entwicklung ergeben, hebt Cahn folgende Merkmale hervor: "Es gibt keinen 'Statusverlust', wenn man Zertifikate für ein Leistungsguthaben verdient, während Stigmatisierungseffekte durchaus eintreten könnten, wenn man zu einem gesetzlich bestimmten Mindestlohn arbeitet. (...) Insofern Gesellschaften immer schon 'moralische' Kriterien benutzen, um die Verteilung des von der Gesellschaft produzierten Reichtums zu bestimmen, erlaubt es diese Währung den Bürgern, sich als Urheber aktiver Beiträge und als Produzent zu verstehen - und nicht nur als Menschen, die eines Almosens gewürdigt werden" (Cahn 1990: 127).

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

Auseinandersetzung allerdings durch zwei 1990 erschienene Bände von Offe und Heinze (Offe/Heinze 1990; Heinze/Offe 1990).⁶¹ In ihnen wird die Zeitwährung als Steuerungstypus und Ressource erörtert unter Rückgriff auf unterschiedliche disziplinäre Zugänge. Die dort breit und informiert geführte Diskussion bezüglich der soziologischen und sozio-ökonomischen Dimensionen soll hier nicht verdoppelt werden. Sie dient als Hintergrund für den nachfolgenden Versuch, auf einer mittleren Abstraktionsebene die Einführung einer Zeitwährung im Feld der Arbeit mit Älteren zu analysieren.

Die Zeitwährung ist zu untersuchen als ein neues Steuerungs- und Verteilungsinstrument im *Kontext freiwilliger Vereinigungen*. Diesen gegenüber scheint es wesensfremd, wenn nicht sogar unverträglich zu sein, was im Vergleich zur erwerbswirtschaftlichen Logik deutlich wird: "Das Mitglied einer Vereinigung erhält für seinen Beitrag ein Recht, mögliche Leistungen der Vereinigung in Anspruch zu nehmen oder profitiert sonst vom möglichen Erfolg der Vereinigung, ohne daß gesichert sein muß, daß dies in einem Äquivalenzverhältnis zu seinem Beitrag steht. Die Input-Output-Beziehungen eines erwerbswirtschaftlichen Betriebes laufen dagegen idealtypisch über Märkte, erfolgen also nach dem Äquivalenzprinzip. Als Alternativen hierzu gibt es das Prinzip der Gleichverteilung der Ergebnisse und das solidarische Prinzip: 'Jedem nach seinen Bedürfnissen'. Beide spielen in freiwilligen Vereinigungen typischerweise eine Rolle" (Horch 1992: 51).

Nun wird allerdings im vorliegenden Text davon ausgegangen, daß es sich bei der durch die Zeitwährung konstituierten Input-Output-Relationen bestenfalls um *mehrfach gebrochene und abgeschwächte Äquivalenzbeziehungen* handelt. Als solche werden sie - und zwar in ih-

61 Offe und Heinze diskutieren sowohl theoretisch als auch auf der Grundlage empirischer Befunde verschiedene Formen von Austauschmodellen, die mit Zeitgutschriften operieren. Sie beziehen sich auf Projekte insbesondere aus den USA, Kanada und den Niederlanden. Die dort vorhandenen Versuche als auch das vorgeschlagene Modell des Kooperationsrings beschränken sich in der Regel nicht auf die ältere Bevölkerung. Breit rezipiert wurde bereits der vier Jahre vorher erschienene Aufsatz der beiden Autoren (Offe/Heinze 1986). Es mangelt nicht an AutorInnen, die den Gedanken des Kooperationsrings seither propagieren, vgl. Rauschenbach/Müller/Otto (1992); Teichert (1993: 268f.).

rer Geltungskraft auf Teilbereiche des Interaktionsgeschehens innerhalb der Vereinigung eingeschränkt - als zusätzliches Steuerungsprinzip integriert, wobei in der Realität zu großen Teilen insbesondere von deren gegenseitiger Durchdringung und Mischung ausgegangen werden sollte. Auf dieser Folie erscheinen Zeitgutschriften zunächst als eine nicht unbedeutende Verstärkung jenes "Hauptcharakteristikums freiwilliger Vereinigungen, daß sie im Bezug auf viele soziale Struktureigenschaften eine spannungsreiche Zwischenstellung einnehmen" (Horch 1992: 61).

Schon bezüglich der *Zielvorstellungen*, die in den einzelnen Modellen im Vordergrund stehen, gehen die Vorstellungen weit auseinander. Ein Pol - idealtypisch zugespitzt - wird durch die Leitlinie repräsentiert, die Zeitgutschrift in erster Linie zu einem Medium der Gewinnung von Mitarbeit auszugestalten und zu nutzen. Ausgangspunkt ist der Diskurs des Mangels, der vor allem *Dienstleistungslücken* identifiziert und prognostiziert, weshalb die Anreizfunktion nach Maßgabe der Bedarfe ganz oben an steht. Erfolgskriterium wäre in diesem Falle die Einwerbung und dauerhafte Einbindung eines möglichst breiten Tätigkeitsvolumens, um die Lücken zu schließen. Ob dies funktioniert, ist die eine Frage. Eine andere Sache ist die Bewertung der allgemeinen Wohlfahrtseffekte, insbesondere auch unter Verteilungsgesichtspunkten, die freilich vor dem Hintergrund der Lückentheorie nachrangig werden.

Von diesem "extremen" Typus sind bezüglich der leitenden Zielbestimmungen erhebliche Abweichungen vorzufinden. Sie verdichten sich in je unterschiedlicher Kombination und Gewichtung zu unterschiedlichen Sichtweisen differenzierter Problemkonstellationen. So rückt teilweise sehr viel stärker die "EmpfängerInnen"-Perspektive in den Vordergrund, die besonders auf deren Ausgangsbedingungen (Ressourcen, familiäre und Netzwerk-Einbindung, demographisch bedingte Lebenslagen, Problematik des Hilfeannahmens usw.) und die entsprechenden Verteilungserfordernisse verweist.

Diese Orientierung eines Zeitgutschriftmodells kann zusammenkommen mit jener, in der vor allem Bezug auf die ErbringerInnenperspektive genommen wird, auf das Eigeninteresse der Beteiligten an bestimmten Tätigkeitsarrangements und -inhalten und auf deren spezifisch gefärbtes Streben nach eigener Sicherheit. Die Gestaltung der Zeitgut-

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

schrift läßt sich hier eher davon leiten, Engagement um dessen Eigenwert willen zu ermöglichen und von den Ansprüchlichkeiten, Fähigkeiten und Wünschen der "Aktiven" auszugehen. Handelt es sich also in der Tat um "eine Währung, die für spezifische soziale Probleme und spezifische Bevölkerungsgruppen 'maßgeschneidert' werden kann, und zwar allein durch Festlegungen darüber, welche Dienste geleistet werden sollen und für wen; ist es eine Währung, die ausdrücklich eingerichtet werden kann, um gegenseitige Selbsthilfe, die Familie, ausgedehnte Familienunterstützungssysteme und vielfältige Formen nachbarlichen Verhaltens zu belohnen" (Cahn 1990: 127)?

2.5.2 Wie läßt sich Selbsthilfe und Solidarität konkret verregeln?

Ihre Konkretisierung erfahren die Leitziele in *institutionellen Regelungen*, deren wichtigste im folgenden kurz beschrieben und in ihrer Bedeutung skizziert werden.

Die Kategorie des *einbezogenen Tätigkeits- und Hilfspektrums und der Zielgruppe* fragt danach, ob - am einen Pol - darauf abgezielt werden soll, "möglichst vielen (tatsächlichen und potentiellen) Mitgliedern (...) möglichst häufig bei einer möglichst breiten Palette von Tätigkeiten Gelegenheit einerseits zum eigenen Engagement, andererseits zur qualitativ und kostenmäßig zufriedenstellenden Bedarfsdeckung zu eröffnen" (Offe/Heinze 1990: 308f.), um einerseits das quantitative Ziel breiter Beteiligung zu erreichen, andererseits die Wahrscheinlichkeit zu mehren, daß Nachfragen nach Leistungen das jeweils passende Angebot gegenübersteht und umgekehrt? Werden damit vielleicht auch Tätigkeiten und Leistungen einbezogen, die nicht unbedingt einem dringlichen Bedarf entsprechen, sondern "nur" dem besseren oder leichteren Leben dienen? Am anderen Pol der Möglichkeiten sind die "Ein-Gut-Ökonomien", in denen Haushalte sich gegenseitig mit *einer* mehr oder weniger standardisierten Leistung versorgen.

In den Seniorengenossenschaften wird bislang die größte Aufmerksamkeit dem vermeintlich dringlicheren Spektrum versorgungsorien-

tierter Hilfeleistungen zuteil, am deutlichsten bspw. in jenem Projekt, in dem seniorengenossenschaftlich-freiwilliges Engagement zunächst nur in der Mitwirkung in der Tagespflege vorgesehen ist. In einem anderen Ort werden die versorgungsorientierten Dienste explizit und absichtlich preislich höher bewertet. Wichtige neue Schwerpunktsetzungen sind bezüglich dieser versorgungsorientierten Perspektive allerdings von der seit einiger Zeit mit hoher Intensität betriebenen Entwicklungsarbeit für die Verankerung des *Börsengedankens* und entsprechende Institutionalisierungen zu erwarten.

Zwischen Ein-Gut-Ökonomien und solchen, die einen möglichst hohen Grad der Diversifikation zu erreichen suchen, existieren "mittlere" Begrenzungsregeln z.B. in Form der Nichteinbeziehung komplexerer oder qualifikationsintensiver Leistungen. Entsprechende Festlegungen haben für die Entwicklungsperspektiven große Tragweite, wenn man bedenkt, "daß nur ein ausgesprochen 'multifunktionales' Tauschnetz bei größeren und (z.B. nach Alter und Sozialstatus) heterogenen Bevölkerungsgruppen den Anreiz zur Beteiligung hervorrufen wird, und daß deswegen nur ein funktional 'diffuses' Netz in die Größenordnung hineinwachsen kann, in der es sich ohne kostspielige öffentliche Subvention stabilisieren kann" (Offe/Heinze 1990: 187).

Anrechnungsfragen: Ein ganzes Bündel von Überlegungen kreist darum, wie mit Leistungen und Hilfen zu verfahren ist, die bereits in unentgeltlicher Form (Vereinsaktivitäten, Ehrenamt, spontane Hilfen) oder aber z.B. von Familienangehörigen erbracht werden. So wird fast überall irgendwann das Problem diskutiert, was passiert, wenn pflegende Angehörige auf die Idee kommen könnten, ihre Dienste anderswo und dann gegen Verrechnung zu leisten.⁶²

Altersgrenzen sind ein wichtiges und naheliegendes Beispiel für kategoriale Schließungsregeln. Sie werden von der Modellkonzeption nicht vorgeschrieben. Die Ausschreibung fordert lediglich, daß die Seniorengenossenschaft "sich bei Mitgliedern und DienstleistungsnutzerInnen

62 Die Geschäftsordnung eines Ortes regelt: "Leistungen, die von einem in gerader Linie bis zum dritten Grade Verwandten oder von dessen Ehegatten erbracht werden, sind nicht zu entschädigen, sofern diese überwiegend der verwandten Person zugute kommen".

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

überwiegend aus älteren Menschen zusammensetzt" (Ausschreibung 1990: 6). Die Diskussion von Altersgrenzen und deren mögliche Verregelung bezüglich der Zeitgutschrift wird davon bestimmt, ob eher die ErbringerInnenseite im Vordergrund steht oder die Ausrichtung als Altenhilfeeinrichtung.

Teilweise wird daran gedacht, eventuell nur für die NehmerInnenseite ein Mindestalter festzulegen. Die Aktivität der einen krankheitsbezogenen Selbsthilfegruppe im Seniorenengagementsprogramm bezieht sich explizit auf alle Alter, die von Demenz betroffen werden können. Wie bei der Erörterung des Leistungsspektrums haben Entscheidungen bezüglich Zugangskriterien auf der Leistungs- und EmpfängerInnenseite systematische Auswirkungen auf die sozialpolitische Leistungsfähigkeit des Austauschnetzes - dies insbesondere mit Blick auf die gesellschaftliche Einkommens- und Vermögensverteilung wie hinsichtlich des biographischen Längsschnitts.⁶³

Die Altersgrenze ist nur eines möglicher *Ausschlusskriterien* für Mitglieder, Gebende und Nehmende. So wird diskutiert, ob auch Nichtmitglieder LeistungsempfängerInnen werden können (vgl. entschieden Arnold/Mändle 1991), oder wie mit auswärtigen Interessierten verfahren wird.⁶⁴

63 Offe und Heinze formulieren eine Art Gesetzmäßigkeit: "Austauschnetze der hier untersuchten Art (können; U.O.) unter normativen und sozialpolitischen Gesichtspunkten nur dann relevant und attraktiv sein (...), wenn es gelingt, eine sachliche, soziale und zeitliche 'Mischstruktur' zu realisieren. Das bedeutet konkret, daß die Transaktionen die soziale Grenze zwischen denen, die 'viel Zeit und wenig Geld' haben, und denen, für die das Umgekehrte gilt, ebenso überspannen müßten, wie die Grenze zwischen den Anbietern und Nachfragern verschiedener Leistungskategorien und in der Zeitdimension die Grenze zwischen Lebensaltern. (...) Hier ergeben sich (...) schwierige Konstruktionsprobleme, deren erfolgreiche Lösung freilich nur ein weiteres Paradox zutage treten lassen würde: das Paradox nämlich, daß sozialpolitisch attraktive Problemlösungen nur von Strategien zu *erwarten* sind, die sich nicht auf die Lösung von sozialpolitischen Problemen (z.B. im Armuts- und Pflegebereich) spezialisieren und *beschränken*" (Offe/Heinze 1990: 267f.; Herv. i.T.).

64 Die bisher vorliegenden Vorschläge sehen unterschiedliche Regelungen vor. In einem ersten Projekt sollen LeistungsnehmerInnen Mitglieder sein oder werden. In einem zweiten Projekt ist die Mitgliedschaft für den Hilfeanspruch Voraus-

Noch weiter ins Detail gehen Überlegungen zu *Gültigkeitseinschränkungen*, die bis hin zu *Bedarfsüberprüfungen* reichen. So wird mit großem Ernst diskutiert, Hilfeempfang nur bei Vorliegen bestimmter Mindesthilfsbedürftigkeit oder gar Pflegebedürftigkeit zuzulassen. Von einem Handwerkerdienst werden schon bisher Einsätze dann abgelehnt, wenn der Eindruck besteht, daß die Nachfrager sehr wohlhabend sind und das Angebot von ihnen mißbraucht werden soll. Auch "Ansparzeiten" nach Maßgabe des Lebensalters oder Wertsteigerungen je nach Ansparzeit werden erwogen. Tendenziell engen solche Überlegungen das Modell auf versorgende, betreuende, eher pflegenähere Tätigkeitspektren ein, verlegen den Charakter hin auf *Altenhilfe* und appellieren an den Gedanken der Vorsorge für bzw. Versicherung vor eigener Hilfsbedürftigkeit.

Ganz anders etwa argumentieren Verfechter eines *Wertverfallsmechanismus*, die die Umlaufgeschwindigkeit und die Zahl der Transaktionen erhöhen wollen. Diese Möglichkeit wird allerdings in den Modellorten nicht diskutiert (vgl. zu Theorie und internationaler Empirie Offe/Heinze 1990: 215). In einer solchen Ausrichtung rückt dann auch die hierzulande sehr stark diskutierte *Vertrauenssicherung* auf der Seite der AnbieterInnen eher in den Hintergrund, die Frage danach, wie eine Einlösungsgarantie auf erworbene Dienstleistungsansprüche gegeben werden kann.

Es ist deutlich, daß dieses Problem insgesamt eher von Vorständen und Beiräten - vermutlich aber auch von Nicht-Aktiven - thematisiert wird, als von den Aktivitätsbereiten selbst. Die "Delegiertendiskussion" ist inzwischen stark dadurch bestimmt worden, daß K. Hummel in diesem Punkt gerne auf ausländische Erfahrungen verweist, denen zufolge nur ein vergleichsweise geringer Anteil von Zeitgutschriften schließlich tatsächlich eingelöst wird. Manche Modelle vertrauen auf die monetäre Deckung geleisteter Hilfen auf dem Genossenschaftskonto; an einem Ort wurde halboffiziell überlegt, ob gegebenenfalls die öffentliche Hand

setzung. In einem dritten Projekt wird über die Preise gesteuert: Sie betragen für Hilfeempfang DM 10,- für Nichtmitglieder und DM 6,50 für Mitglieder. Auch die Ausschreibung schloß "Tarifstaffelungen (...) nach Mitgliedschaft und Einkommen der Dienstleistungsnehmer" (Ausschreibung 1990: 5) nicht aus.

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

eine Art Ausfallbürgschaft übernehmen könnte, etwa durch die Finanzierung wohlfahrtsverbandlicher Dienste, die bei eigenen Leistungsgrenzen zugekauft werden könnten.

Ein anderes Feld, auf dem Vertrauen zu sichern ist, ist das der Qualität der Leistungen. Maßnahmen zur *Qualitätssicherung* wurden bislang in den Seniorengenossenschaften nicht entwickelt (vgl. zu diesem Problem Offe/Heinze 1990: 299ff.).

Wie bei jedem Tauschmedium sind die *Preisbildung* und die *Konvertierbarkeit* von zentraler Bedeutung. Die Ausschreibung bestimmt lapidar: "Die Seniorengenossenschaften erheben für ihre Dienstleistungen Entgelte. Diese sollen kostengerecht kalkuliert und marktangemessen festgelegt werden" (Ausschreibung 1990: 5). Mehrere Seniorengenossenschaften diskutieren Modelle, nach denen die HilfeempfängerInnen für unterschiedliche Dienste differenzierte Preise zu zahlen haben, die HilfegeberInnen je nach Leistungskategorie mal Zeitgutscheine, mal Geldbeträge erhalten; weitere Differenzierungen werden für Mitglieder und Nichtmitglieder vorgeschlagen. Damit würden weite Teile des Tausches auf beiden Seiten von der Marktlogik bestimmt.⁶⁵

In allen Projekten wird die Diskussion um den "Wert" der erbrachten Arbeit für GeberInnen und NehmerInnen mit großem Engagement geführt.⁶⁶ Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle schlagen auf der Kostenseite

65 Offe/Heinze (1990: 131ff.) dokumentieren und diskutieren ein kanadisches Modell, in dem die Gegenleistung teils in Geld-, teils in einer alternativen Nebenwährung ("green dollars") aufgeteilt werden kann.

66 Das Projekt mit der diesbezüglich stärksten Differenzierung sieht folgende Regelungen vor: Die EmpfängerInnen haben gemäß den Vorstellungen des Vorstands für unterschiedliche Hilfekategorien unterschiedliche Preise zu zahlen: Der erste Entwurf nach langen Verhandlungen im Vorstand unterscheidet unter dem Stichwort "betreutes Wohnen" die eher verbindlichen hauswirtschaftlichen Hilfen, für die der höchste Betrag, nämlich DM 12,-, von den HilfeempfängerInnen zu zahlen wären. Im Bereich, wo "sonstige Hilfen (...) erwünscht aber nicht garantiert erbracht werden müssen", werden DM 6,- (für Beratung, Vorlesen oder Sitzwachen) bis DM 8,50 (für handwerkliche Hilfsdienste) vorgeschlagen. Die "Tagesbetreuung", die eher auch als Unterstützung für pflegende Angehörige konzipiert ist, kostet DM 7,-: für "Dasein" und die "Erledigung von Arbeit für und um den Pflegenden".

In einem anderen Projekt kosten die unterschiedlichen Leistungen einheitlich

einen durchsichtigen und durchgängigen Satz von DM 10,- vor (Stand 1991). Dieses Argument entspringt auch dem Gedanken einer frühzeitigen Normierung abgrenzbarer qualitätsgesicherter Leistungen mit Blick auf eventuelle Kostenübernahmen etwa durch Krankenkassen oder den Sozialhilfeträger. Bei manchen Orten ist zu berücksichtigen, daß z.B. die Sozialstationen neue Preisfestsetzungen für ihre Dienstleistungen im Gefolge der Gesundheitsreform- und Pflegeversicherungsgesetzgebung gerade erst vornehmen, bisweilen werden Tarife in Absprache mit den örtlichen Nachbarschaftshilfen festgelegt.

Ein weiterer Aspekt, der bei der Preisdiskussion vor Ort eine gewichtige Rolle spielt, ist das Argument der Konkurrenz in bezug auf andere, insbesondere aber kommerzielle Anbieter. Es wird naturgemäß ganz besonders für Fahr- und Handwerksdienste debattiert, Gespräche mit Industrie- und Handelskammern sind vielerorts erfolgt.

Die auch von Offe und Heinze mit gewichtigen Argumenten vorgeschlagene "reine" Lösung, nur *Zeit gegen Zeit* ohne "Preis"differenzierungen zu verrechnen und ohne Konvertierbarkeit in Geld zu ermöglichen (vgl. Offe/Heinze 1990: 318ff.), stößt zwar offenkundig bei vielen Interessierten auf große Sympathie, wird aber bislang nirgends erwogen.⁶⁷ Dies ist umso erstaunlicher, als auch die "reine" Lösung letztlich auf ein Modell kommunikativ vermittelten Marktausgleichs hinausläuft.

Verteilungsrelevant und emotionsbeladen sind schließlich die Fragen der *Übertragbarkeit* und der *Vererbbarkeit*: Dürfen Jüngere für ihre An-

den nur nach Mitgliedschaft differenzierten Satz von DM 10,- bzw. DM 6,50. Die HelferInnen bekommen pauschal pro Stunde DM 4,- als Auslagenersatz, darüberhinaus wird ihnen eine Stunde als Dienstleistungsanspruch gutgeschrieben. Der überschüssige Geldbetrag geht an die Genossenschaftskasse.

67 Bereits in einer frühen Phase der Diskussion (März 1991) bekannten aktive Nachbarschaftshelferinnen in einem Projektort im einkommensstarken Stuttgarter Nahraum, daß eine Zeitgutschrift im Vergleich zum damals gültigen Satz der Nachbarschaftshilfe (DM 11,50 für die ErbringerInnen) durchaus attraktiver wäre. Eine Sonderstellung nimmt die dortige Seniorengenossenschaft mit ihrer in hohem Maße auf die Tagespflege orientierten Geschäftsordnung ein, die bestimmt, daß Entschädigungen in Geld ausgeschlossen sind: "Der Verein strebt an, Leistungen mit Gegenleistungen zu vergüten. Er behält sich eine Entschädigung in Sachleistungen (...) vor", der örtliche Seniorengenossenschaftsbeirat nennt als diesbezügliches Beispiel Ausflüge.

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

gehörigen Ansprüche ansparen? Sollten Übertragungen nur zu Lebzeiten zugelassen werden? Wäre nicht anstatt der personengebundenen Übertragbarkeit die Spendenmöglichkeit in einen anonymen Fonds als einziger Übertragungsmodus der bessere Weg? Wären nicht unverheiratet zusammenlebende Paare Eheleuten gleichzustellen?⁶⁸

Als "Lohn" für Leistung wird nicht nur Dienstleistungsanspruch diskutiert. Als weitere *Gratifikationen* und damit als Anreize sind Vorzugsregelungen bei der Heimplatzvergabe ebenso im Gespräch - und üben in der Öffentlichkeit große Faszination aus - wie anspruchsvoll gestaltete, bisweilen kombinierte, Reise-, Fortbildungs- und überregionale Begegnungsangebote etwa von seiten der Geschäftsstelle schon Realität.⁶⁹

Ein weiteres und vieldiskutiertes Merkmal ist die *regionale Ausdehnung des Geltungsbereichs*. Die diesbezügliche empirische Tatsache einer im Alter eher geringen Wohn-Mobilität qualifiziert die WortführerInnen einer möglichst gleich grenzüberschreitenden Übertragbarkeit entweder als noch aktive Angehörige der höher mobilen Berufe, als überdurchschnittlich situierte Ältere oder als überzeugte Anhänger modernisierter Institutionen gerade im Altenbereich, die Optionalität in jeder Hinsicht in Orientierung an marktförmigen Modellen zu optimieren versuchen.

Bleibt noch die *technisch-organisatorische Realisierung und Ausgestaltung*, die für Bekanntheit, Motivation, Passung zwischen Angebot und Nachfrage und Schwellenüberwindung nicht belanglos ist. Sie reicht

68 In einer Seniorengenossenschaft wurde festgelegt, daß beim Ausscheiden aus der Genossenschaft sowohl die Einlage als auch der Wert der nicht ausgelösten Arbeitsleistungen zurückerstattet wird. Die Geschäftsordnung eines anderen Ortes bestimmt: "Die beim Verein erworbenen Ansprüche auf Gegenleistungen sind übertragbar und zwar zwischen Ehegatten, sofern beide Mitglieder sind; von Kindern auf Eltern oder umgekehrt, sofern bei allen Beteiligten eine Mitgliedschaft vorliegt". Von der Mitgliederversammlung wurde die letztgenannte Bestimmung zusätzlich auf Stiefkinder und Stiefeltern ausgedehnt.

69 Auf die geringe Reichweite von Bildungsangeboten sei hier nur hingewiesen, vgl. Schütz/Tews (1991: 65 ff.). Entsprechende Veranstaltungen werden vom MAGS als Projektträger entwickelt und insbesondere für Genossenschaftsmitglieder angeboten und gesponsort.

vom Design eventuellen Computereinsatzes⁷⁰ über Werbe- und Öffentlichkeitsstrategien bis zu Transparenz der und Vertrauen in die Regelungen, die Erreichbarkeit einer Einsatzzentrale oder Börse usw.

Es ist beim Gesamtkomplex der Zeitgutschrift deutlich geworden, daß neben "technischen" Aspekten (wie dem Verwaltungsaufwand etc.) insbesondere die vermuteten motivationalen Wirkungen als Kriterium der Ausgestaltung im Vordergrund stehen. Denn bei der Zeitwährung handelt es sich ja nicht in erster Linie um ein neutrales Allokationsverfahren, sondern - jedenfalls vor dem Hintergrund sozialpolitischer Erwägungen - um ein Anreiz-, Mobilisierungs- und Identifikationsprogramm. Angesichts dessen, daß im deutschen Sprachraum nur sehr spärliche Erfahrungen vergleichbarer Institutionen existieren und die sonstigen Evaluationen entweder nicht rezipiert oder für nicht übertragbar gehalten werden, wird

70 Einerseits wird bereits Software erarbeitet, andererseits werden ganz schlichte Modelle praktiziert (Rapportbücher in einem Ort) oder vorgeschlagen (Modell Kirchenbildchen/Märchenkleben in einem anderen Projekt). Die schon mehrfach zitierte Geschäftsordnung bestimmt: "Arbeitsleistungen der Vereinsmitglieder werden auf einem Zeitkonto erfaßt. Eine Arbeitsstunde entspricht einer Punkteanzahl auf dem Zeitkonto von 4 Punkten. Arbeitsleistungen unter einer Viertelstunde werden nicht erfaßt. Die Arbeitszeit ist auf einem speziellen Vordruck einzutragen, von der zuständigen Leiterin der Tagespflege abzuzeichnen und dem jeweiligen Geschäftsführer zur Erfassung zu übergeben".

B Institutionalisation und konkrete Arbeit

im wesentlichen mit impliziten Wirkungsannahmen operiert, die sämtlich im Kontext der Thematisierung ökonomischer Kalküle stehen. Dies wird nochmals Thema eines eigenen Abschnitts sein.

C Innovationslinien der Altenpolitik im Kontext der internationalen Diskussion - am Beispiel Pflege

Explizit soll dem international vergleichenden Ansatz in dieser Arbeit breitere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dafür sprechen gewichtige Gründe: Im internationalen Vergleich lassen sich Eigenheiten nationaler Wohlfahrtspolitiken und "Wohlfahrtskulturen" (Kaufmann 1989) besonders deutlich herausarbeiten. Ähnlich gilt dies für politische Umorientierungen z.B. angesichts des "Growth to limits" (vgl. Flora 1986). Auf diese Weise lassen sich die nationalen Selbstverständlichkeiten relativieren und die Interessen- und Zweckzusammenhänge, in denen sie stehen, besser offenlegen.

Gerade in den international wenig verflochtenen Bereichen, zu denen im großen und ganzen die sozialen personenbezogenen Dienstleistungen im allgemeinen genauso gehören wie die Altenhilfe/Altenarbeit im besonderen, entwickeln sich höchst verschiedene Arbeits- und Lösungsansätze auch bei vergleichbaren Problemlagen. Dies gilt für Regelangebote ebenso wie für experimentelle und Modellprogramme. Es findet in den meisten Bereichen kein systematischer Transfer von entsprechendem Wissen statt. Der Erfahrungsaustausch auf der Ebene von Ausbildung, Verbänden und Einzelinstitutionen ist marginal und punktuell. Gleiches gilt überwiegend auch im Bereich der Sozialwissenschaften - mit Bezug auf unser Thema krasser für jene Forschungsansätze und Disziplinen, die den Kern einer Sozialarbeitswissenschaft ausmachen könnten, als für die Sozialpolitikforschung und die Gerontologie. Innerhalb Europas gibt es natürlich im Rahmen der Integrationstendenzen eine Reihe weiterer Gründe, sowohl nationale Eigenheiten und Dis-

kurse wie länderübergreifende Entwicklungen differenziert zur Kenntnis zu nehmen (vgl. zur international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung M.G. Schmidt 1993).

Einige Stichworte machen beispielhaft deutlich, wie relevant die Felder sind, auf denen die deutsche Rezeption auswärtiger Erfahrungs- und Wissensbestände erst allmählich beginnt: Community Care⁷¹; methodische Orientierung am Case Management (vgl. z.B. die Arbeiten von Wendt 1988; 1991); Rekrutierung von und Arbeit mit Freiwilligen (vgl. als deutsche Arbeiten z.B. Paulwitz 1988; Olk 1991). International vergleichende Forschungen zur verbandlichen Wohlfahrtspflege liegen kaum vor (vgl. als Ausnahme den schon älteren Band von Bauer/Thränhardt 1987). Im Bereich relevanter sozialwissenschaftlicher Theoriebildung wäre bspw. die soziale Netzwerk- und Social-support-Forschung zu nennen, deren Rezeption im deutschen Sprachraum bezüglich Sozialer Arbeit sich bisher entweder auf allgemeinere Arbeiten oder aber solche zu Arbeitsfeldern beschränkt, die jedenfalls nicht Altenarbeit sind (vgl. die Beiträge in Dewe/Wohlfahrt 1991. Auf die Ausnahmen wird in Kap. D 6 hingewiesen).

Die im folgenden angestellten Überlegungen im Kontext internationalen Vergleichs beschränken sich im wesentlichen auf ein abgrenzbares Politikfeld: Pflege und Pflegebedürftigkeit. Auch hierfür sprechen gewichtige Gründe: Die öffentliche Diskussion signalisiert in besonders hohem Maße Handlungsbedarf, die demographische Situation untermauert diesen, das Feld ist strukturiert durch hohe Professionalisierung und hohen Kapitaleinsatz auf der einen (der stationären) Seite und im Medizinsystem, hohe Belastung und Privatisierung zugleich auf der anderen Seite, dem informellen und familialen Bereich. Am Bedarfsfeld Pflege läßt sich besonders deutlich herausarbeiten, welches wohlfahrtsstaatliche Selbstverständnis in den verschiedenen Ländern herrscht, welche Form der "Arbeitsteilung" konzipiert und realisiert wird vor dem Hintergrund welcher Wertideen. Schließlich lassen sich gewählte Politikstrate-

71 Vgl. zu Ideengeschichte und Begriffskritik im Kontext britischer Sozialpolitik Bulmer (1987: 9ff.). Auf einige der widersprüchlichen mit dem Konzept verbundenen Aspekte wird noch einzugehen sein.

C Innovation im internationalen Kontext

gien bezüglich ihrer tatsächlichen Wirkungen (mitsamt ungeplanter oder negativer Effekte) untersuchen und vergleichen. Nicht zuletzt spricht das Vorliegen aktueller fundierter Studien für die Wahl des Themenbereiches.

1 Zum Interpretationsansatz des Welfare mix

Eine Autorengemeinschaft mehrerer renommierter Autoren legte Anfang der neunziger Jahre eine Reihe von stark beachteten Ergebnissen zum Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit im Rahmen eines Konzeptes eines "welfare mix" bzw. einer "mixed economy of welfare"⁷² vor.⁷³ Darin stellen sie fest, daß die Gründe, warum gerade im Bereich alter Menschen sozialpolitische Maßnahmen und Veränderungen besonders drastisch sind, auf der Hand liegen und sich in den betrachteten Staaten ähneln. Mit etwas größeren Nuancen ließe sich dies ebenso für diejenigen europäischen Länder feststellen, die hier nicht berücksichtigt sind, ähnlich auch etwa für Kanada und die Vereinigten Staaten. Es sind die demographischen Verschiebungen, insbesondere die Zahl der Hoch- und Höchstalttrigen, es ist deren Relation zur Gruppe der häufig pflegeleistenden jüngeren Alten, sowie die Zahlenverhältnisse der "aktiven" zu den "inaktiven" Bevölkerungsteilen. Auf mittlere Sicht werden all diese Befunde zwar große Anstrengungen erfordern, aber "sicherlich keine unüberwindlichen Probleme aufwerfen, solange der Wille besteht, Ressourcen entsprechend umzuleiten" (Baldock/Evers 1991a: 28).

72 Einen knappen, typologisierend orientierenden Überblick über die "fascinating variety of organizational and economic arrangements for the delivery, funding and regulation of welfare" (226) bietet Knapp (1989).

73 Vgl. die drei Sammelbände Kraan u.a. (1990) zum Thema lokaler Innovationen im Feld häuslicher Pflege Älterer und des jeweiligen sozialpolitischen Kontextes in den Niederlanden, Schweden und England/Wales; Evers/Wintersberger (1990) mit den Beiträgen von neun Forschungsteams aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Österreich, Polen, Schweden zu "Shifts in the welfare mix" und ihren "impact on work, social services and welfare policies" sowie die Ergebnisse des Nachfolgeprojekts Evers/Svetlik (1993) über konzeptionelle Präzisierungen des Welfare mix Ansatzes sowie Fallstudien aus Finnland, Großbritannien, Israel, Kanada, Österreich, Polen, Slovenien und Ungarn. Deutschsprachig sind zugänglich Baldock/Evers (1991, 1991a); Evers (1992). Baldock/Evers (1991a) diskutieren die Befunde darüberhinaus auch im Hinblick auf die Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Einen wichtigeren Faktor, so stellen die Autoren weiter fest, "stellt wahrscheinlich der finanzielle und ideologische Druck dar. Es wird weiterhin angenommen, daß Staatsausgaben für alte Menschen nicht mit deren zahlenmäßigem Zuwachs Schritt halten können. Neue Wege werden daher gefunden werden müssen, um auf ihre Ansprüche und Bedürfnisse antworten zu können. Zwar sind pflegebedürftige alte Menschen selbst zu wenige, um als Wählergruppe von Bedeutung zu sein; umso bedeutsamer ist es aber vor diesem Hintergrund, daß sich in der übrigen Bevölkerung ein verstärktes Problembewußtsein darüber einstellt, daß die Pflege alter Menschen heute zwar ein Randproblem erscheinen mag, aber auf längere Sicht eine Kernfrage darstellt, die uns alle betrifft. Die Kohorte der pflegebedürftigen alten Menschen ändert sich naturgemäß sehr rasch. Pflegebedürftigkeit im Alter ist ein Lebensumstand, von dem wenige Menschen über einen längeren Zeitraum, die meisten aber irgendwann einmal betroffen sind. Rechnet man überdies jene hinzu, die sich mit der Verpflichtung konfrontiert sehen, alte Menschen zu pflegen, dann zeichnet sich das Ausmaß des Problems deutlicher ab - wenn schon nicht für Politiker und ihre Wähler, so doch für Sozialwissenschaftler".

Die Autorengruppe räumt ein, daß natürlich zwischen den untersuchten Ländern, ihren Wohlfahrtssystemen allgemein, aber auch - spezieller - ihren Sozial- und Pflegesystemen sowie den sie prägenden ideologischen Grundannahmen bedeutende Unterschiede bestehen. Dennoch konzentrieren sich ihnenzufolge die Kontextveränderungen ebenso wie die Reformen auf ähnliche Brennpunkte⁷⁴, womit sich eine Art gemeinsamer Agenda ausmachen läßt, die vom Problemfokus her gesehen im wesentlichen folgende Aspekte beinhaltet:

Erstens "a special interest in those dimensions of the social sphere and its informal economies, which are represented by collective actors

74 Die Veränderungen des Kontextes von Wohlfahrtsstaatlichkeit - vom Ende des Wachstumsglaubens über die Neustrukturierung von Erwerbsarbeit und Impulse feministischer Kritik bis zur Infragestellung bisher konsolidiert geglaubter Mittel und Ziele des Wohlfahrtsstaates - trägt Miller (1990: 371ff.) vor dem Hintergrund der Beiträge des ersten Sammelbandes (Evers/Wintersberger 1990) zusammen.

C Ansatz des Welfare mix

and their organizations. A considerable part of them, by changing the relationships between the role of (market) economy, state welfare performances and the contributions of households and individuals represent that type of social innovations which most of the research teams dealt with" (Evers 1990a: 15). *Zweitens*: Die Frage "how to make social services run better in terms of costs and quality if we accept that 'informal work' and personal social services are specific types of action to which the inherited market or state type of rationality cannot be applied" (Evers 1990a: 17). *Drittens*: "With respect to what kind of future concept of work does one analyze the increasing dissolution of the inherited role of employment as a key element for welfare and people's well-being? What kind of future concept of social service provision is guiding one's analysis of new patterns of interaction between formal services and people's involvement?" (Evers 1990a: 20). Ein *vierter* fundamentaler Fragenkomplex schließlich betrifft die "possibilities of coping with the bads and goods, the losses and newly opened up choices linked with deregulation in employment and social services" (Evers 1990a: 23).

Es lassen sich einige große Trends benennen, die die Eckpunkte dieser wohlfahrtsstaatlichen Agenda ausmachen, und die deshalb geeignet scheinen, die Darstellung dieses Kapitels zu gliedern. Festgestellt werden:

- ein "Wandel in der Auffassung der Rolle des Staates und seiner öffentlichen Institutionen hin zur stärkeren Betonung von Maßnahmen, die sich weniger am Leitbild der sozialen Sicherung und mehr am Leitbild der 'Hilfe zur Selbsthilfe' orientieren;
- die Bereitschaft, privatwirtschaftlichen Lösungsansätzen und Marktlogiken mehr Raum zu geben;
- die Betonung der Rolle freier Träger, Vereinigungen und Initiativen sowie eine größere Aufmerksamkeit für den Beitrag sozialer Unterstützungsnetzwerke, der Angehörigen und dabei insbesondere der Frauen, bei Pflege- und Hilfsbedürftigkeit im Alter" (Baldock/Evers 1991a: 29).
- Diese Orientierung schlägt sich insbesondere in einem Umbau von Dienstleistungen im sozialen Bereich nieder.

- Über diese vier von der Forschergruppe vorgeschlagenen Bündel von Neuorientierungen hinaus soll ein fünfter Aspekt systematisch gesondert betrachtet werden, da sich offenkundig - und dies nicht nur in Deutschland - auf ihn eigene und abgrenzbare Diskurse und sozialpolitische Interventionen beziehen. Es geht um den Sektor der Freiwilligenarbeit und die damit zusammenhängenden Politiken.

Insgesamt läßt sich die These formulieren, daß im Rahmen dieser Agenda individuelle Verantwortung gegenüber kollektiver Risikoträgerschaft aufgewertet wird. Damit sind - immerhin in einem Zentralbereich wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung - ambivalente Implikationen verbunden. "Daß nämlich mehr individuelle Verantwortung sowohl mehr eigene Entscheidungsfreiheit als auch mehr Lasten und Pflichten einschließen kann, daß sie dem Einzelnen mehr Mitgestaltungsrecht bei der Findung angemessener Arrangements im Umgang mit Altersrisiken vermitteln, aber ihn bei Verlust bisheriger sozialer Anrechte auch hilfloser und ohnmächtiger werden lassen kann - genau das wird zu zeigen sein. Das Abwägen zwischen Freiheit und Sicherheit, aber auch das demagogische Ausspielen des einen Bereiches von Anrechten und Bürgerrechten gegen den anderen kennzeichnet die heutige sozialpolitische Auseinandersetzung - auch und gerade im Bereich von Pflege und Hilfen für alte Menschen und ihre helfenden Angehörigen. Daß es sich dabei nicht um ein einfaches Nullsummenspiel handelt, macht wohl auch die weitere Auseinandersetzung ebenso schwierig wie spannend" (Baldock/Evers 1991a: 29).

Der hier gewählte Untersuchungsansatz beansprucht also, sowohl die Gefahren als auch die Chancen der Umorientierungen im Politikfeld Pflege identifizieren zu können. Mittels unterschiedlicher Instrumente zwischen Diskursanalysen, Analysen der unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Analysen des politikinduzierten Outcome werden Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchlichkeiten faßbar. Damit ist eine differenzierte Basis für Bewertungen des Impact gegeben, also der tatsächlichen Wirkungen im Lebensfeld der Betroffenen: der Modifikation von Handlungsmöglichkeiten, des Pflegeumfangs und der Pflegeintensität, der Zufriedenheit mit der Situation. Die Ergebnisse bauen auf vielfältigen vorgängigen Untersuchungen auf, wie sie in unterschiedlichen Diszipli-

C Ansatz des Welfare mix

nen und Ländern seit Jahren vorgelegt werden. Sie verarbeiten ebenso politische wie wissenschaftliche Diskurse. Manches ist infolgedessen keineswegs besonders neu oder originell. Hier wird der Ansatz der Forschergruppe deshalb gewählt, weil er gleichzeitig einen breitangelegten und konsistenten Bezugsrahmen für die Veränderungsprozesse des und im Wohlfahrtsstaat sowie vergleichende empirische Informationen bietet.

Daneben existieren eine große Zahl alternativer, sich teilweise überschneidender Deutungsangebote, die allerdings häufig in der eindimensionalen Bestimmung hochdifferenzierter Prozesse deren Widersprüchlichkeit nur begrenzt zu begreifen in der Lage sind. Dazu wären z.B. die Kritik an umfassender Reprivatisierung und Familialisierung ebenso zu zählen wie die Kritik an der Entprofessionalisierung und Laisierung sozialer Dienste (vgl. Bäcker 1979), an der Deregulierung des Sozialen oder auch die Entlarvung des Neuen oder Neo-Konservatismus (vgl. Dubiel 1985; aus geschlechtsspezifischer Perspektive Hooyman 1990). Zu nennen wären weiterhin die Kritik am abnehmenden Grenznutzen und den negativen Effekten der medizinischen und psychosozialen Versorgung (z.B. Illich 1976; 1979) oder an der im Namen allgemeiner und spezieller Wohlfahrt betriebenen weitergehenden Verrechtlichung zentraler Lebensbereiche bei gleichzeitiger Ausweitung der situativen Anwendung von Verordnungen auf dem Verwaltungswege (vgl. Voigt 1983).⁷⁵

Die aufgeführten Dimensionen des Wandels in Auffassung und Praxis der Sozialpolitik scheinen geeignet, Trends vergleichend zu markieren. Zugleich lässt sich mit ihrer Hilfe das Programm Seniorengenossenschaften als hochaktuell ausgerichtetes kennzeichnen, das nicht nur in

75 Zur britischen "Welfare pluralism"-Debatte vgl. z.B. van Til (1988: 122ff.). Der Welfare-mix-Ansatz ist kompatibel mit einer Reihe disziplinär unterschiedlich verorteter analytischer Instrumente, mehr noch: er bedarf zu seiner differenzierten Einlösung derer Expertise. So erführe er - um nur ein Beispiel zu nennen - im Sozialrecht wichtige Präzisierungen durch die Untersuchung von internalisierenden bzw. externalisierenden Lösungen für soziale Probleme auf einerseits der gesellschaftlichen (privatrechtlichen), andererseits der staatlichen (öffentlich-rechtlichen) Seite (vgl. Zacher 1991; 1992: 313ff.).

seinen konkreten Ergebnissen sondern mehr noch vielleicht in dem Bündel an "Botschaften", die es transportiert, Trendsetterfunktion in Deutschland erlangen könnte. Im folgenden werden die Ergebnisse der Welfare-mix-Forschung kurz vorgestellt und lediglich der besseren Verständlichkeit halber an Länderbeispielen verdeutlicht, um sie dann als Folie für die Entwicklungstrends in Deutschland und - als Spezialaspekt - für die wohlfahrtspolitische Verortung der Seniorenengossenschaften fruchtbar zu machen.

2 Die Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

2.1 Das Konzept des Enabling state

Der normative Begriff des "Enabling state" steht für einen mehr oder weniger umfassenden ideologischen Bezugsrahmen, der sich von liberalistischen Positionen eines Nachwächterstaates ebenso unterscheidet wie von Konzepten der "Verstaatlichung" weitreichender Risikovorsorge und Versorgung, politisch möglicherweise aber umso besser legitimieren läßt: Die Parole lautet "enabling not providing" (vgl. Ridley 1988), staatliche Politik soll sich im wesentlichen nicht selbst um die Erstellung des konkreten Bedarfsausgleichs - etwa im Feld Pflege - kümmern, sondern vielmehr Rahmenbedingungen, Anreize und Wettbewerb schaffen, die die Pflegeversorgung durch den Markt, individuelle Vorsorge und die Gemeinschaft fördern.

Am Beispiel Großbritanniens läßt sich ein solcher Umsteuerungsprozeß besonders eindringlich veranschaulichen. Den entsprechenden Reformen gingen hier - wie in den anderen Ländern mit Ausnahme Deutschlands auch - heftige Debatten voraus, die einerseits in dem Griffiths-Report "Community Care: agenda for action" (Griffiths 1988) ihren Ausdruck fanden und umgekehrt durch seine Veröffentlichung im März 1988 neue Nahrung erhielten.⁷⁶

Der Griffiths Report hebt zwar einerseits die Leistungen des informellen, gemeinnützigen und privaten Sektors im Pflegebereich hervor, betont jedoch nachdrücklich neue diesbezügliche Verantwortlichkeiten staatlicher Politik in Sachen Planung und Versorgung: "Die Vorschläge gehen davon aus, (...) daß es die vordringlichste Aufgabe öffentlicher Dienstleistungen ist, dieses Netzwerk an informellen Helfern zu unterstützen und, wo möglich, zu stärken. Dies kann erreicht werden, indem

76 Inhaltliche Akzentsetzungen werden teilweise noch deutlicher in vorhergehenden Berichten. Vgl. dazu genauer Walker (1989); Wistow u.a. (1992); Olk (1991).

öffentliche Einrichtungen solche bestehenden und möglichen Netzwerke und Initiativen sichtbar machen, die Bedürfnisse der Helfer und Betreuten aufgreifen und entsprechende maßgeschneiderte Unterstützungsleistungen anbieten" (Griffiths 1988, Abs. 3.2., zit. nach Baldock/Evers 1991a: 31).

Um das Enabling-Konstrukt sowohl genauer operationalisieren als auch analysieren zu können, sind verschiedene Adressaten- und Handlungsebenen zu unterscheiden. Wistow u.a. fragen mit Blick auf die gewünschte Transition "from providing to enabling", "who is being enabled, to what end and by whom" (Wistow u.a. 1992: 38). Sie sehen drei Enabling-Modelle: "Enabling as *personal* development" zielt auf die Maximierung der Potentiale der Individuen. Zwei Aspekte heben die Autoren hervor: das Modell "implies enabling individual users and carers to influence the design and delivery of services so as to improve their welfare and let them participate in 'ordinary' lifestyles. It implies too a commitment to develop services which enable carers not only to care but also to share in patterns of everyday living" (Wistow u.a. 1992: 38).⁷⁷

Im Kontrast zur vorgenannten Emphase auf die individuelle Ermächtigung fokussiert das zweite Modell "Enabling as *community* development" auf gemeinwesenbezogene Anstrengungen. "It contains two central elements: first, the mobilization and support of community-based resources, especially those of the informal and local voluntary sector, to foster participation and democratize decision making; and second, a role for social services authorities based less on direct service provision and more on shaping the wider range of resources available within their communities" (Wistow u.a. 1992: 39). Die dritte Dimension wird als "Enabling as *market* development" bezeichnet und soll in gewisser Weise die "'mixed economy' of care" sowohl hervorbringen als auch managen. Letzterer Punkt kann als übergeordnete Funktion identifiziert werden. "The term 'managing a mixed economy' implies diversity of supply and a purchasing function capable of specifying requirements in terms of identified need, together with systematic procedures through which an ap-

77 Das hier aufscheinende Postulat wird als wichtiger Aspekt eines Normalisierungskonzepts später nochmals zu vertiefen sein.

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

propriate volume, mix and quality of supply can be purchased and monitored" (Wistow u.a. 1992: 40f.). Kurzformeln für das Credo des Enabling state wie "public support for private responsibility" (Gilbert 1993: 93) verführen demgegenüber zu einem personal-privat verengten Verständnis.

Auf der Grundlage der gewonnenen Kriterien wird rasch deutlich, wie sehr bei der Einschmelzung des Griffiths'schen Ausgangspunktes in ein entsprechendes Regierungskonzept die Verschränkung der sozialen Schutz- und Betreuungsfunktionen des Staates mit den Ansprüchen auf Eigeninitiative und privat-informelle Hilfsverpflichtungen verwässert wird, so daß nur noch einseitig die Rechte pflegeabhängiger Personen auf freie Wahl, Vielfalt und Autonomie übrigbleiben. "Die beiden Dokumente setzen unterschiedliche Akzente. Während der Griffiths-Report konsequent die Verantwortlichkeiten staatlicher Politik im Rahmen eines 'Enabling'-Konzeptes zu umschreiben versucht, liest sich das Reformprogramm der Regierung wie der Versuch, sich mithilfe eines solchen Konzeptes eben dieser Verantwortung zu entziehen" (Baldock/Evers 1991a: 31).⁷⁸ Für die Umsetzung allerdings zeigen erste Implementationsstudien, daß sich offenbar eine beträchtliche Beharrungskraft der Institutionen entfaltet.

Auch in Deutschland hat spätestens mit dem Regierungswechsel Anfang der achtziger Jahre eine neue Runde der Auseinandersetzung über das begonnen, was als Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips gelten soll. Insofern sich dahinter keineswegs eine Norm, sondern vielmehr der Appell verbirgt, eine Vielzahl sozialer Zwecke und Werte zu realisieren, ergibt sich eine beträchtliche Variationsbreite entsprechender Vorstellungen. Und zwar mit Bezug auf jede einzelne der "klassischen" inhaltlichen Dimensionen: die Garantie des Existenzminimums, mehr Gleichheit, soziale Sicherheit, Mehrung des Wohlstands und Ausbreitung der Teilhabe daran (vgl. zur Vieldeutigkeit sozialer Ziele Zacher 1992: 318).

Dies ist bezüglich der Debatte um die Balance von privaten, sozialen und staatlich-öffentlichen Verantwortlichkeiten ebenso zu berücksichti-

78 Daß die lokale Umsetzung der entscheidende Faktor in vieler Hinsicht - vom Tempo über Ausmaß und Tiefe bis zur Betroffenenbeteiligung - ist und über Qualitäten letztlich hier entschieden wird, zeigen Wistow u.a. (1992) am Beispiel von 24 untersuchten "local authority social service departments".

gen wie die Tatsache, daß Deutschland im Rahmen seiner "Hilfe zur Selbsthilfe"-Strategie aufgrund einer ganzen Reihe von Besonderheiten eine gewisse Randposition einnimmt. Hier läßt sich - im Unterschied etwa zu den untersuchten Nachbarländern - nicht in diesem Maß von einer generellen Verschiebung der Sichtweise sozialer Aufgaben sprechen.

So wird kommunale Altenhilfe und Altenpolitik von einer Vielzahl unterschiedlicher Träger, Organisationen und Vereine gestaltet. Im Rahmen der Subsidiaritätsregelungen des BSHG tragen die kommunalen Träger der Altenhilfe zwar eine besondere Verantwortung für die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit entsprechenden Angeboten und Diensten. Die eigentliche Erbringung der Leistungen wird jedoch von nicht-öffentlichen Trägern gewährleistet. Die bei weitem wichtigste Rolle spielten dabei bislang die großen frei-gemeinnützigen Träger der Wohlfahrtspflege. Zwischen ihnen von Wettbewerb auszugehen, trafe die Logik der Verteilung von Aufgaben allerdings sicher nicht, viel eher ist es angemessen, von Domänenpolitik zu sprechen (vgl. Hegner 1992). In vieler Hinsicht weist gerade die bundesrepublikanische Altenpolitik nur eine bruchstückhafte Verrechtlichung auf. Auf der kommunalen Ebene ist sie als diffus, zufällig und beliebig strukturiert zu charakterisieren. Steuerung und Lenkung finden in korporatistischen Kontexten von Sozialverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden und Sozialunternehmungen statt, nicht nachvollziehbar und nicht kontrollierbar.

So weist insbesondere das Sozialhilferecht sowieso bereits eine subsidiäre Struktur auf und versteht sich als Ausfallbürge gemäß dem Prinzip der Nachrangigkeit. Das Versorgungsprinzip beschränkt sich im wesentlichen auf die Beamten, während ein mit bescheidenen Solidarelementen angereichertes Versicherungsprinzip als Hauptleitlinie sozialstaatlicher Ratio beschworen wird und entsprechend stark entwickelt ist. Im Spezialfall des Pflegerisikos läßt sich bislang bestenfalls eine "graduelle Sozialisierung" konstatieren, die indes, jedenfalls in der Sozialhilfe, höchst problematische Steuerungsimpulse hinsichtlich des Bezugsrahmens des Enabling state aufweist.

Erst allmählich lassen sich erste Anzeichen einer Pluralisierung der Angebotsträger erkennen. Schließlich wäre als Sonderheit die Rand-

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

ständigkeit des Selbsthilfesektors zu nennen, die generell, aber auch ganz besonders mit Blick auf den Altenbereich zutrifft. Wenngleich also mit einer Reihe spezifischer und unterscheidender Merkmale behaftet, gilt für Deutschland das gleiche wie für die Wohlfahrtsgefüge in den anderen europäischen Staaten. Aufgrund einer mehrdimensionalen Bedingungslage sind sie - insbesondere in der Leistungssparte sozialer Dienste - mit einer Grundsatzfrage konfrontiert, in den Worten von Evers: "Glaubt man, die Geschlossenheit herkömmlicher Systeme mit relativ wenigen Trägern und starker öffentlicher Dominanz bewahren zu können, oder ist nicht der Trend zu mehr Anbietervielfalt, Unübersichtlichkeit und Fragmentierung auf den sozialen Märkten bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich?" (Evers 1992: 5).

Hintergrund dafür sind nicht nur übernationale Strukturvorgaben, wie sie sich etwa durch die Öffnung des europäischen Binnenmarktes ergeben haben oder das sich in Ost und West bahnbrechende umfassendere Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Mindestens ebenso wichtig ist eine unübersichtliche, politisch höchst unterschiedlichen Lagern zuzurechnende Kritik an der Effektivität und Effizienz hergebrachter Bedarfsdeckung durch standardisierte und universalisierte Leistungen. Die Rede vom Wohlfahrtsmix bezeichnet in diesem Kontext nicht nur einen analytischen Ansatz, sondern ist mit der Perspektive des Enabling state auch zentral für eine neue Programmatik der Kombination von Staat, Markt und Selbstorganisation (vgl. Hegner 1990).

Unter dieser Perspektive sind Seniorengenossenschaften in mehreren Bezügen fruchtbar zu interpretieren.

2.2 Marktorientierung im Wohlfahrtssektor

Ein zentraler Fluchtpunkt der Kritik an hergebrachten Formen der Wohlfahrtsproduktion ist die Stärkung der Marktorientierung auch auf ihrem Gebiet.⁷⁹ Es läßt sich für die letzten 15-20 Jahre ein wachsender Enthusiasmus für die - vereinfacht ausgedrückt - Anwendung des Preismechanismus bei den Wohlfahrtsgütern in sehr vielen Feldern feststellen, die z.B. auch bei Pflegediensten greifen soll.⁸⁰ So allgemein gilt dies offensichtlich länderübergreifend. Eine Untersuchung der jüngsten Gesundheitsreformen in Europa argumentiert, daß "es Anzeichen einer Konvergenz hin zu einem öffentlichen Vertragsmodell gibt. Immer mehr baut man auf den Markt und marktähnliche Beziehungen, die es dem Staat ermöglichen, aus einer gewissen Distanz zu regulieren" (Hurst 1991: 19; zit. nach der Übersetzung von Le Grand 1993: 225). Als deutscher Beleg des programmatischen politiknahen Diskurses sei Dettling zitiert, der eine "radikale Reform nach der Devise: mehr ökonomische Rationalität in das sozialstaatliche Handeln (fordert; U.O.). Von der Bildung bis hin zur Organisation der sozialen und Pflegedienste braucht der Sozialstaat mehr Wettbewerb und mehr Konsumenten-souveränität" (Dettling 1993).

Angesichts der weitreichenden Folgen stärkerer Durchmarktung stehen den befürwortenden Stimmen auch krass ablehnende Plädoyers gegenüber, die eine Fortführung und Weiterentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Inklusion beschwören. Dazwischen drücken sich ambivalente Standpunkte aus, die darauf aufmerksam machen, daß die ordnungspolitisch ausgerichtete Debatte weithin formel- und bekenntnishaft geführt wird, anstatt Kriterien für eine balancierte Weiterentwicklung des Welfare mix bereitzustellen. "Die Frage nach 'mehr Markt in der Altenhilfe' ist

79 Da im folgenden im wesentlichen weiterhin die Dienstleistungen im Zentrum stehen, sei hier auf eine Kritik entsprechender Bestrebungen im Bereich der monetären Sicherungssysteme nur verwiesen. Vgl. z.B. Dieck/Naegele (1990).

80 Le Grand (1993: 225) weist indes mit Literaturangaben darauf hin, daß dieses erneute Interesse an Märkten weder überraschend noch allzu neu ist. Insbesondere bezüglich der Gesundheitsversorgung reicht die Debatte über den "Public Private Mix" weiter zurück.

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

(a) verharmlosend, weil hier suggeriert wird, als gäbe es bereits ein bißchen Altenhilfemarkt. Sie ist (b) viel zu pragmatisch formuliert und lädt deshalb geradezu dazu ein, enervierende Glaubenssätze in Permanenz zu wiederholen. Aus meiner Perspektive geht es (...) sehr viel mehr um die Debatte, wann Teilpopulationen dauerhaft aus Normalverhältnissen der Gesellschaft exkommuniziert werden und warum. Wenn im Zuge der Beantwortung dann auch Rationalisierungen in der Dienstleistungsproduktion greifen, wäre das eine hochwillkommene Nebenfolge" (R. Schmidt 1993: 14).

Bevor in diese Debatte eingestiegen wird, soll zunächst rekonstruiert werden, welche Implikationen mit den unterschiedlichen "Markt"-Begriffen verbunden sind. Daran anschließend wird deren analytisches Potential zur Kritik der deutschen Situation herangezogen, um auf dieser Folie die Herausforderung hinsichtlich einer Stärkung von Marktkräften zu umreißen. Dabei ist es ebenso notwendig, einige länderbezogene Anmerkungen zu machen wie vor einer Verengung auf einen dualistischen Blickwinkel zu warnen, der lediglich Verschiebungsprozesse zwischen Markt und Staat betrachtet.

Die Argumente pro Marktorientierung thematisieren sowohl die technisch-instrumentelle Ebene der größeren Effizienz marktlicher Allokation sowie - damit verbunden - rechtsförmig privater Erbringung (vgl. zu deren systematisch unterscheidbaren finanziellen Entlastungsmechanismen Bauer 1988: 491f.) angesichts knapper Mittel sowie eine nicht-öffentlichen Erbringern zugeschriebene höhere Innovationsfähigkeit (vgl. Knapp 1989: 236f.) als auch jenen fundamentalen Aspekt, der "insbesondere mit den persönlichen und politischen Bürgerrechten angesprochen wird: das persönliche Recht auf die Wahl der Hilfen und Pflegen, die ich unabhängig von den Urteilen anderer bekommen möchte und die demokratische Komponente, die darin liegen soll, daß die Macht frei entscheidender Konsumenten die Anbietermacht von Bürokratien mit Monopolen zu untergraben vermag bzw. konkurrierende private Anbieter dazu zwingt, sich den Konsumentenwünschen unterzuordnen" (Baldock/Evers 1991a: 35).⁸¹

81 Eine die wichtigsten Argumente zusammenfassende Darstellung zugunsten ei-

Um eine Verengung von vornherein zu vermeiden, bedarf es einer Vorbemerkung. Marktorientierung muß keineswegs immer mit der Form einer an eigenen Gewinn-Interessen ausgerichteten Privatisierung verbunden sein.⁸² Gerade im Gesundheitswesen, aber auch in weiteren wohlfahrtsstaatlichen Institutionalisierungsbereichen gilt, daß "in den meisten Fällen (...) die Marktlösungen (...) nicht die Einführung eines 'reinen' Marktes in das Finanzierungs- und Versorgungssystem (implizieren; U.O.). Eher sehen sie im allgemeinen eine Art internen Marktes vor, in dessen Rahmen die Finanzierung des Gesundheitssystems weitgehend in den Händen des Staates bleibt, dieser aber eine Form von 'managed competition' im Versorgungssystem etabliert" (Le Grand 1993: 226). Diese Differenzierung aber ist im Rahmen der öffentlichen Debatte keineswegs immer ausgewiesen.

Zunächst wird deshalb auf Vorstellungen eines direkten Marktmodells eingegangen, bei dem die EndverbraucherInnen als EinkäuferInnen vorgestellt werden. Außerdem ist an dieser Stelle zumindest zu trennen zwischen dem "härteren" Bereich Gesundheit und Pflege einerseits, dem "weicheren" Bereich der Freizeitaktivitäten, Tätigkeits- und Begegnungswünsche andererseits, der weiter unten besprochen wird.

nes "mix of private and public sector involvement in the provision and delivery of social services" bietet Culpitt (1992: 136ff.).

82 Däubler unterscheidet fünf weitere auch auf soziale Dienstleistungen anwendbare Privatisierungsarten, die zwar rechtsförmig von der (Gewinn-) Privatisierung streng zu unterscheiden sind, unter dem Gesichtspunkt des Effekts und der Finalität aber als "ein *Mittel* der 'Ökonomisierung der Staatstätigkeit'" (Däubler 1980: 34f.) gewertet werden: die formelle Privatisierung, die vorliegt, wenn die öffentliche Hand Aufgaben z.B. auf eine Eigengesellschaft überträgt, die unter ihrem maßgeblichen Einfluß steht; die Übernahme marktwirtschaftlicher Prinzipien in den Staatsapparat, die gegeben ist, wenn innerhalb des öffentlichen Dienstes eine Rationalisierung der Arbeitsbedingungen nach privatunternehmerischen Grundsätzen stattfindet; die Ersetzung staatlicher Instanzen durch private Einrichtungen (z.B. die 'autonome' Entwicklung von Schiedsgerichten); die gesetzliche Inpflichtnahme des Bürgers, wenn diesem z.B. auf gesetzlichem Wege auferlegt wird, für saubere und schneefreie Gehwege zu sorgen; die Partizipation betroffener Bürger an Verwaltungsentscheidungen (vgl. Däubler 1980: 27ff.).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

Es lassen sich in systematischer Weise die Bedingungen zusammentragen, die Märkte erfüllen müssen, wenn sie Effizienz fördern sollen. Es ist dies zunächst die *Marktstruktur*, die realen Wettbewerb erlauben muß. Geht man von den altenpolitischen Zielen der Stützung von Autonomie und Selbständigkeit und einem Erfordernis ganzheitlich orientierter Hilfen unter Einfluß von Prävention und Rehabilitation aus, so zeigen sich im Bereich pflegebedürftiger alter Menschen schnell die Grenzen einer Übertragbarkeit des marktlichen Effizienzversprechens und der positiven Effekte von KonsumentInnensouveränität. Um nur die drei wichtigsten zu nennen: In punkto sozialer Ungleichheit etwa wären - vorausgesetzt dies sei politischer Wille - *erstens* Antworten auf die Frage zu finden, wie in Sachen Gesundheit oder Pflege quer durch die soziale Hierarchie eine annähernd gleiche "Kaufkraft" geschaffen werden soll, wie sie in der Regel in diesem Versorgungssegment Ziel von Sozialversicherungslösungen ist.⁸³

Eine *zweite* Dimension besteht einerseits in der sozialen Kompetenz, die notwendig ist, um die "richtigen" gesundheitlichen Hilfen einzukaufen, andererseits wiederum in einer systematischen Vorbedingung, die diese Kompetenz fundieren muß: "In Märkten - handele es sich um Quasi-Märkte oder andere - sollten genaue *Informationen* über Kosten, Preise, Qualität und andere Gütermerkmale für alle Beteiligten verfügbar sein" (Le Grand 1993: 235; Herv. i.T.). Denn erst auf dieser Basis könnte sich das Credo marktlicher VerbraucherInnensouveränität auch in einem qualitativen Gewinn niederschlagen.

Die "Spezifik des Gutes Gesundheit und die Charakteristik vieler seiner Nachfrager" (Baldock/Evers 1991a: 36) legt entschiedene Zweifel an entsprechenden Rationalitätsfortschritten nahe. "Kaum irgendwo (ist; U.O.) der Abstand zwischen dem Idealbild des rational entscheidenden, vollinformierten Konsumenten und den real Betroffenen so groß (...) wie bei alten Menschen, die plötzlich von einer Krankheit mit folgender Hilfe- und Pflegeabhängigkeit überrascht werden" (Evers/Leichsenring/Pruck-

83 Natürlich hängt die tatsächliche Einlösung des Gleichheitspostulats von einer Reihe wichtiger anderer Faktoren wie etwa regionalen Versorgungsdisparitäten ab, darauf ist hier aber nicht näher einzugehen.

ner 1993: 43). *Schließlich* sind weitere Zweifel daran angebracht, ob jene privaten Agenturen inhärente Tendenz in diesem Sektor außer Kraft gesetzt werden könnte, die dazu führt, daß solche KonsumentInnen- bzw. KlientInnen-Gruppen bevorzugt werden, bei denen die größte Erfolgswahrscheinlichkeit zu erwarten ist und entsprechend jene vernachlässigt werden, die zu den "schwierigeren Fällen" gehören und bei denen die Dienstleistung aufwendiger und mühsamer zu erbringen ist (vgl. Culpitt 1992: 135). Die reklamierte höhere Innovationsfähigkeit aber wäre gerade hier dringend notwendig.

Vergleicht man die konkurrierenden Steuerungssysteme, so besteht das Dilemma darin, daß die herkömmlichen Lösungen auch in ihren hochentwickelten Formen, wie sie etwa in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden zu finden sind, die angerissenen Allokations- und Optimierungsaufgaben nur sehr partiell zu lösen imstande sind. Der vorherrschende Zuteilungstypus, professionelle Entscheidungen über zu gewährende Leistungen mit einer sozialen Absicherung durch die Sozialversicherung zu koppeln, hat eine eigene Dynamik geschaffen, deren Auswirkungen in Teilbereichen krisenhafte Ausmaße angenommen haben. Dabei ist im Kontext der vorliegenden Thematik hervorzuheben, daß die Dynamik des Wachstums der Gesundheitskosten nur zu einem vergleichsweise kleinen Teil auf die Altersverschiebung der demographischen Struktur zurückgeht (vgl. Krämer 1992: 573ff.).

Hinter dieser Form von Dienstleistungsstrategie steht ein in vieler Hinsicht undurchsichtiges Mischmodell aus Planung, öffentlicher Nachfrage und direkter Leistungserbringung seitens teils privater, teils im hoheitlichen Auftrag handelnder Anbieter. Aufgrund widersprüchlicher Steuerungsimpulse entsteht ein "künstlicher Gesundheitsmarkt", dessen Akteure sich keineswegs als preisbewußt erweisen. Dieser Befund trifft aufgrund der Aufbringungs- und Entgeltregelungen gleichermaßen auf die DienstleistungskonsumentInnen und die VerteilerInnen (medizinisches und pflegerisches Personal) zu, "da ihre Unkosten weitgehend oder oft zur Gänze von der Versicherung abgedeckt werden, und sie selbst keinerlei Kontrolle über deren Preis haben - das von den Ökonomen als 'moral hazard' bezeichnete Problem. Den Anbietern werden umgekehrt oft Anreize geboten, kostspieligere statt kostengünstigere

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

Formen der Behandlung anzuwenden" (Baldock/Evers 1991a: 36), um so ihre individuellen Einkommen oder institutionellen Einnahmen zu maximieren.⁸⁴ Diese Ausgangslage widerspricht dem marktlichen Erfordernis, in angemessen motivierter Weise auf "Marktsignale" zu reagieren: Alle Anbieter sollten bestrebt sein, ihren Profit zu maximieren oder zumindest ihre Kosten zu minimieren, auf der Käuferseite sollte es das Ziel sein, die Wohlfahrt der Benutzer der betreffenden Dienstleistungen zu maximieren (vgl. Le Grand 1993: 239ff.).

Im Geflecht normierender Finanzierungsregelungen, sich in bestimmten Sektoren eben nicht ausbildenden Wettbewerbs, intransparenten Leistungen in inhaltlich komplexen Feldern und einer - jedenfalls durch die Stärkung der Marktlogik - nicht grundsätzlich abgeschwächten Definitionsmacht von Professionellen bleibt offensichtlich eine größere individuelle Wahlfreiheit weiterhin ein Fernziel.

Mit Bezug auf die empirischen Erfahrungen deutet manches darauf hin, daß diese höchst problematische Allokation ebenso wie vergleichbare Muster in anderen Ländern umgestellt wird auf andere, aber unter Bedarfs- und Gerechtigkeitskriterien nicht minder problematische, die sich bspw. durch eine Diskriminierung der (teureren) Kranken zugunsten der (billigeren) Gesunden auszeichnen. In dieser Situation wird die Rolle staatlicher Stellen und ihr Interventionsmuster neu formatiert. Entsprechende Pole lassen sich innerhalb Westeuropas wiederum an Beispielen ablesen, die sich auch auf das Verhältnis zwischen Geld- und Dienstleistungen beziehen. In Großbritannien lassen die Umrisse einer doppelten Strategie eine verschärfte Spaltung erwarten. Nur noch die Minderheit der offiziell unterhalb der Armutsgrenze lebenden alten Menschen kommen in den "Genuß" einer selektiven staatlichen Pflegevorsorge, die anderen haben ihre Ersparnisse bis auf einen kleinen Rest einzubringen (vgl. zur Kritik Walker 1991). In den Worten des Griffiths-Report: "Indem man diejenigen, die fähig sind, selbst voranzuplanen, darin unterstützt, könnte man dazu beitragen, daß sichergestellt ist, daß

84 Es existieren eine Reihe von Befunden, die bezüglich der KonsumentInnen von Gesundheitsleistungen auch den umgekehrten Befund stützen: vielfach werden Leistungen nicht oder - im Sinne der Unterstellung des nutzenmaximierenden homo oeconomicus - nur suboptimal ausgenutzt, vgl. Mayer u.a. (1992: 735).

die öffentlichen Mittel auf diejenigen mit den vergleichsweise größten Notlagen konzentriert werden" (Griffiths 1988: 22; zit. nach Baldock/Evers 1991: 243). Der zweite Aspekt der Strategie ist die Auslagerung von Pflegediensten an "nichtstaatliche Anbieter, die innerhalb bestimmter Qualitätsstandards, die bisher nicht näher bestimmt sind, aber aller Wahrscheinlichkeit nach minimal sein werden, in einen Kostenwettbewerb treten" (Baldock/Evers 1991a: 38). Auch hier ist Großbritannien Vorreiter, insofern die Privatisierung der Pflege alter Menschen im Vergleich zu den europäischen Ländern am weitesten ausgeprägt ist.⁸⁵

Selbst in Schweden, im Paradiesland universalisierter öffentlicher Dienstleistungssysteme, das im Feld der Pflege über ein vergleichsweise gut fundiertes und hoch entwickeltes Niveau von Diensten verfügt, wird nicht nur die Realisierbarkeit eines Aufrechterhaltens dieses Standards in Frage gestellt und mithin die ungewollte Erosion der universalistischen Verpflichtungen des Wohlfahrtssystems akut, es wird darüberhinaus grundsätzlich die Frage gestellt, inwieweit die Orientierung einer "Aufrechterhaltung eines sozialpolitischen Regimes im Pflegebereich, das ganz und gar auf den rechtlich kodifizierten Werten der Versorgungssicherheit gegründet ist und dem mithin Marktelemente und die Figur des (mit)entscheidenden und (mit)verantwortlichen einzelnen 'Konsumenten' oder 'Bürger' zunächst grundsätzlich fremd sind" (Baldock/Evers 1991a: 38), dem Wandel von Werten und Wünschen noch angemessen ist. Dahinter verbirgt sich beträchtliche politische Sprengkraft. Denn "ein solches System wird dann am ehesten in Frage gestellt, wenn es die Wünsche derjenigen Konsumenten und Bürger nicht mehr erfüllen kann, die sowohl willens wie in der Lage wären, für ihren besonderen Bedarf auch individuell zu zahlen" (Baldock/Evers 1991a: 38).

Die Situation in der Bundesrepublik unterscheidet sich durch die weiterhin starke Stellung der Wohlfahrtsverbände und den spezifischen Modus ihrer Aufgabenübernahme ebenso wie die weitgehende Außerkraftsetzung des sonst in der Sozialversicherung vorherrschenden Äqui-

85 Le Grand (1993) untersucht die entsprechenden Reformen im Bereich des National Health Service und weist nach, zu welchem geringem Grade die fundamentalen Bedingungen für eine Quasi-Markt-Effizienz erfüllt sind.

valenzprinzips in der Krankenversicherung.⁸⁶ Von anderen Ländern unterscheidet sie sich durch die weiterhin breit konsentrierte Überzeugung, daß gerade im Gesundheitssektor ein zufriedenstellendes Angebot in weitgehend öffentlicher Regie erreicht werden kann ebenso, wie durch die noch fast vollständige Abwesenheit von innovativen Konzepten bspw. im Sektor der managementorientierten Unterstützung privater, häuslicher Pflegearrangements.

Die über zwanzig Jahre dauernden Auseinandersetzungen um die Absicherung des Pflegerisikos in Deutschland spiegeln das Spektrum der angedeuteten unterschiedlichen Aufgabenzuweisungen von Verpflichtungen und Anrechten breit wider, sowohl was den Grad und die Modalitäten der finanziellen Regelungen als auch den Stellenwert von Qualitätssicherung betrifft (vgl. als Überblick über die Debatte Dieck 1992a). Ein offensichtlich stärker werdendes Marktsegment ließe sich sowohl aus der Gesundheitsreformgesetzgebung als auch aus der Pflegeversicherung herauslesen. Es besteht in einer Wahlmöglichkeit für Pflegepersonen zwischen Pflegegeld oder der Bezahlung einer zeitlich limitierten professionellen Dienstleistung auf etwas erhöhtem Kostenniveau. Die Ausgestaltung trennt auch hier abstrakte Wahlmöglichkeit von substantiell erhöhter Wahlfreiheit.⁸⁷

Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um zu verdeutlichen, wie sehr das Postulat einer stärkeren Orientierung an Marktmechanismen

86 Die Möglichkeiten, *innerhalb* der Wohlfahrtsverbände durch Sozialmanagement und Vernetzung Effizienzsteigerungen zu erreichen, scheinen allerdings begrenzt. Vgl. zu dieser "Ökonomie der Ineffizienz" Seibel (1992: 15ff.).

87 Die Regelungen seien am GRG verdeutlicht, die Pflegeversicherung verfolgt im wesentlichen eine ähnliche Logik. Seit Anfang 1989 können Leistungen bei Urlaub oder Verhinderung der Pflegeperson für längstens vier Wochen pro Kalenderjahr und maximal in Höhe von DM 1800.- gewährt werden, sofern die Pflege mindestens zwölf Monate geleistet worden ist. Seit 1991 wird eine häusliche Pflegehilfe (Grundpflege und Haushaltshilfe) von maximal 25 Einsätzen pro Monat zu je einer Stunde und bei Aufwendungen der Krankenkassen von maximal DM 750.- pro Monat gewährt. Alternativ werden Geldleistungen von maximal DM 400.- gezahlt, sofern Schwerpflegebedürftige die Pflege durch eine Pflegeperson in geeigneter Weise und im benötigten Umfang selbst sicherstellen können. Zu den Regelungen und ihrer Kritik vgl. detailliert Kettler (1992).

im Bereich der sozialen Dienste die entwickelten Wohlfahrtsstaaten in grundsätzlicher Weise herausfordert. Neben der Strategie der Ablehnung aufgrund der mit ihr verbundenen Umverteilungsrisiken ergibt sich die schwierige Option, "nach neuen Kompromissen zwischen öffentlicher und individueller 'Planungshoheit' und Risikoverantwortung in Sachen Lebens-, Gesundheits-, Hilfe- und Pflegeplanung zu schauen.

So läßt sich etwa argumentieren, daß mehr marktvermittelte Bürgerfreiheit auch neue und zusätzliche öffentliche Pflichten und individuelle Anrechte begründen kann; z.B. auf verlässliche Beratungsdienste, die Information und Kompetenz im Umgang mit den bereits heute schon unübersichtlichen Märkten an Hilfe- und Pflegedienstleistungen vermitteln" (Baldock/Evers 1991a: 39). Die Autoren der Studie sehen hierin einen wichtigen Ansatzpunkt im Rahmen des o.g. "Enabling-state"-Konzepts: "der mit mehr individueller Entscheidungsfreiheit verknüpften sozialen Differenzierung von Chancen durch die Realisierung eines sozialen Grundrechts auf Information und Beratung entgegenzutreten" (Baldock/Evers 1991a: 39). Werden marktförmige Allokationsmechanismen bei Pflege und Diensten stärker, so muß Qualitätssicherung - wie ungewohnt dies im sozialen Bereich noch ist - auch als Verbraucherschutz gedacht werden, durchaus unter Beteiligung Älterer (vgl. Naegele 1994: 237f.).

Es liegt auf der Hand, daß weitere Elemente hinzukommen müssen. Auf dieser allgemeinen Ebene kommen wir allerdings erst am Ende der Arbeit auf diese Balanceproblematik zurück, da sie den Hintergrund für einen großen Teil der im folgenden unter unterschiedlichen Gesichtspunkten entfalteten Auseinandersetzungen über Neuorientierungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit mit Blick auf ältere Menschen bildet.

Ohne dies in internationaler Perspektive genauer vertiefen zu wollen, lassen sich in jenem "weicheren" Bereich der Altenpolitik, der nicht Versorgungspolitik ist, ähnliche Prozesse nachzeichnen. Nachdem es in der Bundesrepublik vor gerade zwei Jahrzehnten als Fortschritt gefeiert wurde, einen öffentlich verantworteten Bereich "offener Altenhilfe" geschaffen und allmählich verbreitet zu haben, ist nun auch hier die Diskussion über Zuständigkeiten aus mehreren Gründen in vollem Gange: Natürlich zwingt auch hier die Kostenkrise zur Beschränkung auf Pflicht-

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

aufgaben. Dieser Trend wirkt sich besonders problematisch aus, da er zusammenfällt mit Akzeptanzproblemen bei herkömmlichen Formen wie Altenclubs und Begegnungsstättenarbeit. Auf der anderen Seite wird ein anwachsendes Potential zahlungskräftiger konsumgewohnter Teile der Altenbevölkerung identifiziert, das bei jenen Phänomenen eine Rolle spielt, die mit den "neuen Alten" umschrieben werden.

Vor diesem Hintergrund findet eine Entdeckung der Älteren durch den Markt selbst statt. Offensichtlich suchen viele in dieser Bevölkerungsgruppe Rollen wie KonsumentIn, TouristIn, BildungsbürgerIn statt klientelisierte Versorgung mit oder ohne Aktivierungsanspruch, was von den Anbietern als Anknüpfungspunkt teilweise durchaus aufgenommen wird, um bspw. Schwellenängste zu verringern. Dies Element spiegelt sich wiederum in einem allmählich an Breite - teilweise auch an Erfahrungssättigung - gewinnenden Diskurs über Marktelemente, die auch in den öffentlich verantworteten Bereichen Eingang finden müßten, einem noch in der Tradition der Fürsorge stehenden Sektor - Stichworte sind hier Qualitätssteigerung durch höhere Mittel, die explizite partiell stattfindende Einführung von Kostenpreisen, das Plädoyer für dosierte Konkurrenz im Horizont von Pluralisierung usw.

Die Seniorengenossenschaften nehmen den Markt-Trend in vielen Facetten auf und verstehen sich darüberhinaus auch explizit als Promotor einer entsprechenden Idee. Allerdings sind die Konturen verschwommen. Bisweilen werden eher verschiedene Versatzstücke kombiniert, deren Gesamtratio teilweise widersprüchlich ist. Schon mit dem Label Genossenschaften knüpfen sie an eine u.a. aus dem ökonomischen Bereich stammende Wirtschaftsform an, dasselbe gilt für die Förderung des Börsenmodells bei freiwillig erbrachten Tätigkeiten. Das Nachdenken über Gratifikationen für ErbringerInnen findet seinen deutlichsten Niederschlag in der Erprobung einer Mediatisierung durch Zeitgutschriften, auf der anderen Seite wird nachdrücklich auf die Erhebung von Preisen für NutzerInnen geachtet, was nicht nur zur Refinanzierung, sondern ganz bewußt zur Absetzung von klientelen Fürsorgerollen beitragen soll. Dazu paßt, daß deutlich eine konzeptionelle Zurückstellung von Verteilungsaspekten erfolgt.

Einige Merkmale lassen sich durchaus auf der Folie einer managed economy ausdeuten, seien es die intermediär konzipierten partiell marktorientierten Arbeits- und Kooperationsformen der Geschäftsstelle, die Flankierungsanstrengungen beim Projekt eines marktfinanzierten Pflegeheims in politischer und sozialintegrativer Hinsicht oder die von der Zentrale aus engagiert unternommenen Versuche fachlich bezogener Qualifizierungsarbeit. Nicht zuletzt wird natürlich das ganze Arsenal "moderner Instrumente" angewandt, die teilweise der Sache, zu einem guten Teil aber auch dem "Outfit" geschuldet sind. Von der Vermittlung von Sponsoring⁸⁸ und Kontakten zu Industrie-Initiativen über das Experimentieren mit der Einführung neuer Technologien bis hin zu einer marketingorientierten Öffentlichkeitsarbeit. Angesichts der Heterogenität der Elemente ist es nicht abwegig, die Marktorientierung in erster Linie als ein öffentlichkeitsorientiertes Diskurselement zu betrachten, das "neue" Vorstellungen und Bilder kommender Ordnungsmodelle transportieren und vorbereiten soll.

In der Argumentation bis hierher wurde - der öffentlichen Diskussion folgend - so getan, als ob es ein klares Segment von Aktivitäten gäbe, die für eine marktvermittelte Allokation in Frage kämen. Eine überaus problematische Kardinalfrage aber besteht darin, inwieweit auch die - im folgenden Abschnitt näher zu thematisierenden - Leistungen des "privaten" und "informellen" Sektors nach - vorsichtig ausgedrückt - marktähnlichen Gesichtspunkten bewertet werden müßten. Nur die gesellschaftlich tief verankerte Erwartung gegenüber Frauen als selbstverständliche Pflegepersonen für Anverwandte verhindert, daß nachdrücklicher das Fundament in Frage gestellt wird, auf dem die sozialstaatlichen und Marktaktivitäten aufbauen. "Why in the development of longterm care policies are family caregivers, primarily women, treated as unpaid service providers rather than rewarded as beneficiaries of policies? Why is the 'informal network' preferred over professional care, even though family members, faced with inadequate support options, may have to al-

88 Dies wird inzwischen auch von anderen Initiativen im Wohlfahrtssektor und im Bereich freiwilligen sozialen Engagements versucht, vgl. als Beispiel die "fundraising"-Aktivitäten des Treffpunkt Hilfsbereitschaft (vgl. Müller-Kohlenberg/Kardorff/Kraimer 1993: 170f.).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

ter radically their lives to provide care? Why is family caregiving romanticized and institutional care seen as an undesirable last resort, even in instances of family histories of abuse, neglect or abandonment, or current situations of caregiver stress? Why are issues of justice and equity ignored, by expecting sacrifice of an individual who simply has the misfortune of a relative becoming ill?" (Hooyman 1990: 227f.). Würde man sich der Devise der Marktorientierung in einer so verstandenen Radikalität stellen, müßten die vielfältigen individuellen "Kosten" privater Pflege (vgl. zu diesem Ansatz Hooyman 1990: 226ff.) ganz neu berücksichtigt werden.

Ob oder bis zu welchen Grenzen dies wünschenswert ist, ist eine andere Sache. Denn die Fragen verweisen auf eine Grundsatzauseinandersetzung, wie sie vor allem im Kontext der Frauenbewegung geführt wird. Ein exponierter Standpunkt lautet folgendermaßen: "Die Vorstellung, daß Hausarbeit und Familienpflege sich der (...) Marktgesetzlichkeit bis zu einem gewissen Grade entzieht, verdient bewahrt und zur Grundlage einer Strategie gemacht zu werden, innerhalb derer sich die Privatsphäre, ob nun in der sozialen Form der Familie oder nicht, als Widerstandsmoment gegen das Verwertungsfiel halten oder besser noch stabilisieren, ausbauen (kann; U.O.) (...). Es geht nicht darum, daß Frauen es seien, die das persönliche Zusammenleben vor dem Imperialismus der Tausch-Logik retten - nur darum, daß diese Rettung statt habe. Männer sollten an ihr gleichermaßen mitwirken, Frauen aber nicht so tun, als existiere das Problem nicht. Zwar ist es zwei Jahrzehnte lang auf ihre Kosten gelöst worden, aber es verschwindet nicht, wenn die Frauen sich jetzt weigern, die Kosten weiterhin zu tragen" (Sichtermann 1987: 31f.; 58).

Gerade in den bislang marktferneren Sphären wie jenen des informellen Bereichs ist das Plädoyer für "mehr Markt" offensichtlich in dieser "Bekennnisqualität" entweder gefährlich oder nichtssagend oder es zielt an den tatsächlichen Problemen vorbei. Statt dessen wären die Kriterien der Optionalität und der Autonomie an alle Steuerungsprinzipien anzulegen, schließlich sieht sich die "Privatsphäre" nicht nur dem Marktplädoyer, sondern auch einer u.a. auf sie gerichteten, zunehmend differenzierten Staatstätigkeit gegenüber.

2.3. Politik des informellen Sektors

Ein drittes Element des übergreifenden "Mega-Trends" (Evers 1992) hin zum "Enabling-state"-Konzept ist die Aufwertung der Rolle freier gemeinnütziger Träger und des informellen Bereichs. Auf den ersten Teilaspekt ist hier nicht - jedenfalls nicht in international vergleichender Perspektive - näher einzugehen, zumal seine Thematisierung ein solides Fundament aus grundsätzlichen Informationen zu den national stark differierenden Ausgangslagen erfordern würde.⁸⁹ Für Deutschland stellt er sich zudem aufgrund der historisch gewachsenen Sonderstellung der freigemeinnützigen Wohlfahrtspflege als nicht so gewichtig dar.

Der zweite Teilaspekt aber ist im hier zu verhandelnden Kontext zentral. Auch andere vergleichende Untersuchungen heben ihn als gemeinsames Merkmal der Entwicklung in unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten hervor: "In their different ways all of them make assumptions about the roles to be played by women and informal carers (also often women), and in the 1990s it looks as if that role is going to be of increasing importance, with increased pressures on those performing it" (Cochrane 1993: 16).

Wieder soll wesentlich auf den Pflegebereich eingegangen werden. Es wird zunächst verdeutlicht, wie kurz die Aufmerksamkeit für den informellen Bereich erst währt und welche empirischen Phänomene hier bestimmend sind. Einige Aspekte werden etwas genauer betrachtet, von

89 Die diesbezügliche sozialwissenschaftliche Diskussion wird insbesondere unter dem Stichwort des "third sector" (vgl. Anheier/Seibel 1992; van Til 1988) bzw. des "intermediären Bereichs" (Evers 1990) geführt. Gefahren und Chancen für den freigemeinnützigen Sektor werden diskutiert bei Culpitt (1992: 115ff.). Die systematische Rezeption dieser Ansätze in Deutschland hinkt der internationalen Diskussion wiederum um einige Zeit hinterher, was auch durch die Sonderstellung der verbandlichen Wohlfahrtspflege und die diesbezüglich unbefriedigende Forschungslage erklärlich ist - mithin aber eben auch die historische Partialeinlösung dieses Postulats widerspiegelt. Zur Zuständigkeitsabgrenzung zwischen öffentlichen und freien Trägern nach dem Prinzip der "institutionalisierten Subsidiarität" vgl. Heinze/Olk (1981); Schulte (1990).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

denen angenommen wird, daß sie für die künftige Entwicklung einer explizit auf den informellen Bereich gerichteten Politik besonders bedeutsam sind. Das Problem der Nichtinanspruchnahme sozialer Hilfen gehört ebenso dazu wie die Besorgnis, die sich bezüglich der Pflegebereitschaft der Frauen auf deren Erwerbsverhalten richtet und die - erweitert - auf die Thematik sich verändernder Rollenselbstverständnisse und Arbeitsteilungsmodi verweist. Vor diesem Hintergrund wird entwickelt, worauf sich eine neue Politik des informellen Sektors bezieht und auf was für einer Konzeptualisierung der Relation zwischen informellem Bereich und öffentlichen sozialen Hilfen sie aufbaut. Knappe Beispiele verdeutlichen schließlich exemplarisch sozialpolitische Konkretisierungen im Deutschland der letzten Jahre und geben nicht nur Anlaß zu konkreter Kritik, sondern auch zu hoher Sensibilität gegenüber schädlichen und untauglichen Politiken.

Die Einsicht, daß der Großteil der Pflege von pflegeabhängigen Erwachsenen nie "vom Staat" bzw. seinen Agenturen geleistet wurde, ist relativ jung. Nicht nur in Deutschland beruht sie u.a. auf einer Reihe öffentlich finanzierter empirischer Untersuchungen, die das Ausmaß (vgl. Kap. B 1.2) und den spezifischen Charakter informeller Pflege zum Gegenstand hatten. Frauenbewegung und Frauenforschung spielten und spielen bis heute eine entscheidende Rolle bei der Forcierung eines öffentlichen Diskurses über dies Thema und die daraus zu ziehenden Konsequenzen (vgl. bspw. Finch/Groves 1983). "The feminist critique of formal care policies remains the most potent force pushing for alternative approaches to care" (Walker 1987: 378). Es mußte erst einmal ein Bewußtsein dafür geschaffen werden,

- was das Spezifikum privater Pflege und Sorgearbeit ausmacht⁹⁰,
- zu welchem Anteil die Lastenübernahme bei den schwierigeren und kontinuierlich zu erbringenden Leistungen von den Angehörigen getragen wird⁹¹,

90 Vgl. die instruktive definitorische Abgrenzung zwischen "Personal Services", "Care-giving-work", "Caring based on balanced reciprocity" und "Spontaneous care" - nicht nur bezogen auf ältere Menschen - entlang der Kriterien von Status, Abhängigkeit und Reziprozität bei Waerness (1984: 69ff.).

- welches Ausmaß diese Last überhaupt besitzt, insbesondere in Form der häuslichen Pflege⁹²,
- welche Belastungen sich für die Pflegepersonen daraus ergeben (vgl. BMFuS 1993: 177ff.; Olk/Heinze/Wohlfahrt 1991: 157ff.; Urlaub 1989),
- welche überragende Rolle hierbei insbesondere die Frauen spielen: "family care is a euphemism for care by female kin" (Walker 1987: 377)⁹³,

91 Der Anteil der häuslich Versorgten an der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen wurde insbesondere durch die Socialdata-Studie von 1978 (Brög u.a. 1980) ins öffentliche Bewußtsein gehoben. Aus der neueren Infratest-Studie, die als Nachfolgeuntersuchung, allerdings mit anderem Forschungsdesign, verstanden werden kann, und in mehrstufigem Verfahren seit 1992 veröffentlicht wird (vgl. Infratest 1992), läßt sich dieses Datum auf der Grundlage des bisher vorgelegten Materials lediglich bei Kenntnis der Zahlen stationär versorgter Personen aus den auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Zahlen der Pflegebedürftigen ermitteln (vgl. Infratest 1992: 7ff.). In der häuslichen Versorgung stellt "die Pflege durch die Familie (...) nach wie vor das Rückgrat der Versorgung von Personen mit regelmäßigem Pflegebedarf (...) dar" (Infratest 1992: 43). Von diesen Personen verfügen 77% über eine Hauptpflegeperson, die in fast allen Fällen eine eng verwandte Person ist.

Um den Blick nicht nur auf die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen zu verengen, ist etwa die große Studie von Grunow und MitarbeiterInnen anzuführen, in der herausgearbeitet wird, daß der überwiegende Anteil anfallender gesundheitsbezogener Hilfeaktivitäten ohne professionelle Unterstützung im Alltag - also in der Regel im Familienalltag - realisiert wird. Gemäß dieser Untersuchung werden professionelle Hilfesysteme nur in 13% der krankheitsbezogenen Routineanlässe und 3% der im Untersuchungszeitraum aufgetretenen Akuterkrankungen und Befindlichkeitsstörungen zur Bewältigung herangezogen. Vgl. Grunow u.a. (1983) sowie Engfer/Grunow (1987). Zur Lastenübernahme durch Angehörige bei chronischer Krankheit vgl. die Beiträge in Badura (1981).

92 In Deutschland wurden auf breiter Basis empirische Daten wiederum erstmalig zugänglich in Gestalt der Socialdata-Studie (Brög u.a. 1980). Weitere Datenquellen sind der Wohlfahrtssurvey, das sozioökonomische Panel (vgl. Olk/Heinze/Wohlfahrt 1991), eine Reihe deutscher regionaler und ausländischer Studien (vgl. die Übersicht im Altenbericht 1991: 61ff.) sowie die differenzierte Auswertung von österreichischen Mikrozensus-Daten von 1987, die auf dem Konzept der "activities of daily living" beruhen, bei Kytir/Münz (1992; 1992b).

93 Die Infratest-Untersuchung weist aus, daß in den Fällen von Pflegebedürftigkeit mit Hauptpflegepersonen es zu 83% die Frauen in der Familie sind, die die

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

- hier zuallererst die Generation der auch schon älteren Töchter und Schwiegertöchter (vgl. für die BRD vor allem Wand 1986, außerdem Bracker u.a. 1988), die teilweise durch die extreme Belastung selbst gesundheitliche Beeinträchtigungen bis hin zu eigener Pflegebedürftigkeit in Kauf nehmen,
- wie häufig von einer "de facto-Singularisierung der innerfamilialen Altenhilfe und -pflege" (BMFuS 1994: 192) auszugehen ist,
- wie sehr haushaltsexterne und nicht verwandte Bezugspersonen nur bei eher anlaß- und aufgabenbezogenen Hilfeleistungen größere Bedeutung erlangen.

In weiteren Analysen wurde deutlich gemacht, in welchem geringem Umfang und wie spät pflegende Haushalte unterstützende Angebote des formellen Sektors in Anspruch nehmen (vgl. z.B. Bruder u.a. 1981). "Eine Ursache für Nicht-Inanspruchnahme sozialer Dienste bei (...) Pflegebedürftigkeit liegt sicherlich darin begründet, daß keine entsprechenden Einrichtungen in der Nachbarschaft vorhanden sind" (Infratest 1992: 49)⁹⁴, aber selbst wenn sie wohnumfeldnah verfügbar sind, wird unver-

pflegerischen Tätigkeiten ausführen (vgl. Infratest 1992: 43f.). An einer Regionalstudie macht Wenger (1990) allerdings erste Änderungen fest. Zur Pflegebereitschaft von Männern vgl. für die Bundesrepublik Lambrecht/Bracker (1992). Der fünfte Familienbericht geht von einer ungebrochenen Dominanz geschlechtsspezifischer Zuschreibungsprozesse aus (vgl. BMFuS 1994: 192f.). Die Infrateststudie liefert außer der Feststellung, daß "bei den Männern (...), wenn überhaupt, nur der Ehemann als Hauptpflegeperson von Bedeutung" (Infratest 1992: 43) ist, leider noch keine genaueren Auswertungen. Unterschiede bestehen nicht nur in der Faktizität, sondern insbesondere auch in der Qualität, wenn Männer Pflegeaufgaben übernehmen. Sie reichen von der aufgewandten Zeit über Inhaltsschwerpunkte (z.B. eher Aufgaben der Entscheidungsfindung, des finanziellen Managements und der Herstellung von Verbindungen zu externen Ressourcen und Hilfen) bis zur Bereitschaft, individuelle Anpassungen im Erwerbsverhalten vorzunehmen. Vgl. Neal u.a. (1993).

94 Bezogen auf die Gesamtzahl der Personen mit regelmäßigem Pflegebedarf nehmen rund 33% soziale Dienste in Anspruch, bei ständigem Bedarf sind es 43%, bei täglichem Bedarf 27% und bei mehrfach wöchentlichem Bedarf 36%, was bei Infratest so kommentiert wird: "Bedenkt man, welche Belastungen mit der Pflege verbunden sind, so ist die Inanspruchnahme sicherlich nicht als optimal zu bewerten" (Infratest 1992: 49). Die Bevölkerungsstudie in Mannheim von Cooper und Sosna (1983) weist aus, daß 4,1% der - nicht nur pflegebedürft-

hältnismäßig wenig von ihnen Gebrauch gemacht (vgl. Bender 1993). Mikroanalysen konnten darüberhinaus zeigen, welche Barrieren zwischen den lebensweltlich geprägten Erwartungen und dem Selbstverständnis der Pflegenden einerseits und der funktionalen Orientierung der Fachdienste und Entlastungsangebote andererseits bestehen (vgl. z.B. Steiner-Hummel 1991; Zellhuber/Steiner-Hummel 1991). Es existieren sogar Untersuchungen, die belegen, daß in vielen Fällen die Tatsache vorhandener Dienste-Unterstützung das Gegenteil von Streßreduzierung bedeuten kann (vgl. die sekundärempirische Datendiskussion bei Neal u.a. 1993: 125f.). Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erscheint der Kontrast zwischen der Inanspruchnahme und dem geäußerten darüberhinausgehenden Hilfebedarf⁹⁵ nicht mehr als Widerspruch, sondern als deutliches Anzeichen für eine mangelnde Bedarfsangemessenheit der Allokation und Ausgestaltung sozialer Hilfen und Dienste.

Es wurde danach gefragt, welchen Einfluß die steigende Frauenerwerbstätigkeit (vgl. zum Vergleich zwischen den EG-Ländern Rürup/Sesselmeier 1993: 43) auf die Übernahme von häuslichen Pflegeaufgaben hat. Die hierzu vorliegenden Forschungsergebnisse beantworten viele Fragen noch nicht.⁹⁶ Die Annahme einer mit höherer Erwerbsbetei-

tigen - über 65jährigen regelmäßig, 9,6% mindestens einmal im Laufe eines Jahres von MitarbeiterInnen einer Sozialstation aufgesucht wurden. Demgegenüber befinden sich die auf die ältere Bevölkerung bezogenen Konsultationsraten von Ärzten auf hohem Niveau. Vgl. die bei Häfner (1992: 171) angegebene Literatur sowie MAGFS (1983: 41); MAGFS (1986: 48).

95 Gemäß dem Sozioökonomischen Panel gibt rund ein Drittel der hier relevanten Untersuchungsgruppe an, in ihrem Haushalt wären zusätzliche Hilfen wünschenswert (24%) oder sogar unabdingbar (11%). Vgl. Thiede (1989).

96 Einen aktuellen Literaturüberblick zu Untersuchungen über erwerbstätige Pflegepersonen geben Neal u.a. (1993; bezüglich älterer Pflegebedürftiger vgl. S. 115ff.) Die Infratest-Untersuchung befragte - bezüglich des vorliegenden Textes in umgekehrter Logik - die Hauptpflegepersonen nach den Konsequenzen für eigene Erwerbstätigkeit. Die Ergebnisse geben als Querschnittsdaten indes nur eine eingeschränkte Antwort. Konzentrieren wir uns nur auf die Fälle regelmäßigen Pflegebedarfes, so waren 46% der Pflegepersonen schon zu Beginn nicht erwerbstätig, 13% gaben die Erwerbstätigkeit auf, 10% schränkten sie ein und 19% behielten sie unverändert bei. Bezogen auf die gravierendste Pflegeklasse ständigen Pflegebedarfes lauten die Anteile 41%/27%/13%/7%. Der in beiden

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

ligung direkt einhergehenden geringeren Pflegebereitschaft trifft die komplizierten Zusammenhänge und vielfältigen individuellen Vereinbarungsversuche offensichtlich nicht. Hier gilt ebenso wie bei der in der öffentlichen Diskussion vielfach emotional und zukunfts pessimistisch thematisierten allgemeineren Frage nach Wandlungen bezüglich allgemeiner Bereitschaften, daß Differenzierung nottut.

Erst die Lebenslaufperspektive, wie sie gerade auch feministisch orientierte Forschung zum breit verstandenen Problembereich weiblicher Sorge- und Pflegearbeit zugrundelegt, legt den Kontext frei, in dem diese Bereitschaft häufig aktualisiert werden muß. "Today's young women have both a very strong commitment to care and a strong preference for equal opportunities in the public sphere. Such conflicting objectives are intensified by the fact that, for most women, caregiving for dependents is not a single time-limited episode, but spans the life course. Many women experience a career of presumably 'natural' stages of caregiving, beginning with motherhood, then middle-age responsibilities for an older relative, and extending into old-age responsibilities of caring for disabled husbands. In addition, women often care for more than one generation. Such multiple responsibilities become even more complicated when women within remarriages are caring for extended blended families and

Zahlenreihen relativ gering erscheinende AufgeberInnen- und ReduziererInnen-Anteil käme bezogen auf die Basis der Erwerbstätigen schon sehr viel klarer zum Ausdruck (Daten nach Infratest 1992: 46). Der Bericht faßt zusammen, "daß Hauptpflegepersonen, die zu Beginn ihrer Pflegetätigkeit erwerbstätig waren, allenfalls bei Pflege von Personen mit 'leichterem' Pflegebedarf weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Die Gruppe derjenigen, die trotz Pflege weiterhin erwerbstätig sind, erscheint vor dem Hintergrund des Umfangs der zu leistenden Pflegetätigkeit als besondere Problemgruppe, vor allem, wenn eine Aufgabe der beruflichen Tätigkeit aus Gründen der Existenzsicherung nicht möglich ist" (Infratest 1992: 47). Mit Bezug auf die Frage nach dem Einfluß der steigenden Frauenerwerbstätigkeit ist noch aufschlußreich, daß von denjenigen Pflegepersonen, die eine Person mit regelmäßigem Pflegebedarf im Haushalt betreuen, 46% bereits zu Beginn der Pflege nicht erwerbstätig waren, im Vergleich zu 38% derjenigen, die nur einen unregelmäßigen Pflegebedarf zu befriedigen haben.

Zum insgesamt vergleichbaren Erwerbsverhalten pflegender und nichtpflegender Frauen vgl. für die USA Brody u.a. (1984).

former in-laws. Although the particular constellation of caregiving demands varies by generations and family structure, the societal denigration of caregiving services can lock women into socially powerless positions throughout their lives, thereby creating tremendous costs for them" (Hooyman 1990: 227).⁹⁷

Obwohl es damit und vor dem Hintergrund der oben referierten Daten ein "empirisch widerlegtes Vorurteil (ist; U.O.), daß die alten Menschen von ihren Nachkommenschaftsfamilien zur Zeit weitgehend im Stich gelassen werden" (Rosenmayr 1992: 479), gibt es also eine Reihe von Gründen, die dafür sprechen, daß die Fähigkeit, den alten Familienmitgliedern in ausreichendem Maß Stützung und Betreuung zukommen zu lassen, in Zukunft abnehmen und noch stärker belastet werden wird.⁹⁸ Diese wiederum ist nur eine Komponente eines Wandlungsprozesses, der häufig sehr viel umfassender konzipiert wird: "In dem Maß, wie der Individualisierungsschub die weibliche Normalbiographie erreicht, auch Frauen den Anforderungen und Verheißungen der 'selbstentworfenen Biographie' unterstellt - in dem Maße werden die Grundkoordinaten im

97 Diese Pflichtenübernahme kann in späteren Lebensabschnitten in Situationen kumulieren, in denen *gleichzeitig* multiple Pflegerollen gegenüber verschiedenen Angehörigen unterschiedlicher Generationen - und dies teilweise noch "neben" Erwerbstätigkeit - ausgefüllt werden. Vgl. Neal u.a. (1993: 140ff.)

98 Während diese Argumentation sozialstrukturelle - und damit viele Ressourcen betreffende - Veränderungsprozesse in den Vordergrund rückt, überrascht der sozialen Netzwerken gewidmete Beitrag innerhalb des 1. Altenberichts der deutschen Bundesregierung mit der vorwiegenden Stützung auf Allensbacher Meinungsumfrageergebnisse, die dort im Sinne der Wertwandelhypothese und mithin einem Brüchigwerden der Pflegebereitschaft interpretiert werden. "Der Wertewandel, wie er sich zwischen 1967 und 1972 in der Bundesrepublik abgezeichnet hat, hat nicht nur die Generationskluft sehr vergrößert. Er hat außerdem bestimmte Einstellungen, die notwendig sind, um das Verhältnis zwischen den alten Menschen und ihren Familien positiv zu gestalten, beeinträchtigt. Das gilt besonders in der Verstärkung hedonistischer Werte, während altruistische Werte 'ganz für andere da zu sein, anderen zu helfen' am Ende der Rangskala des Lebenssinns stehen" (Altenbericht 1991: 130). Die Aussagekraft dieser Ergebnisse ist angesichts der komplizierten Prozesse, die real im Prozeß der Übernahme häuslicher Pflegeaufgaben ablaufen, mit gewichtigen Einschränkungen zu relativieren. Schließlich ist unverständlich, wie auf eine geschlechtsbezogene Differenzierung verzichtet werden kann.

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

Verhältnis von Frau und Familie nachhaltig tangiert. Dann werden Frauen kaum mehr all diese Versorgungsleistungen erbringen können, wohl auch nicht mehr wollen. Kurz, jene Solidarität, die früher den Frauen zugewiesen wurde, kann nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden, im Gegenteil: Sie wird allmählich prekär" (Beck-Gernsheim 1991: 64).⁹⁹

Rosenmayr fügt dies zeitdiagnostisch in die Entwicklung zu einer "Familie à la carte" ein und zieht ein ähnliches Resümee: "Solidarität, die als Stützung oder Pflege aktiv wird, kann nicht mehr fraglos vorausgesetzt werden, es bedarf der Abwägung und Verhandlung" (Rosenmayr 1992: 480).¹⁰⁰ Interessanterweise zeigt - wiederum als Beispiel - gerade die Diskussion über mögliche positive Effekte von Erwerbstätigkeit auf die Pflege angehöriger Älterer im Kontext der Theorieansätze multipler Rollen (vgl. Neal u.a. 1993: 128f.); Stoller/Pugliesi 1989), daß häusliche Pfl egetätigkeit gerade dann mit den Ansprüchen gesellschaftlicher Modernisierung vereinbar bleiben kann, wenn sie als Gegengewicht, Puffer und abgesetzten Erfahrungsraum Teilelemente einer "selbstentworfenen Biographie" - als Verheißung *und* Anforderung - individuell gestaltbar erscheinen läßt.

Angesichts des gesellschaftlichen Umfangs und der individuell exorbitanten Lastenübernahme einerseits, den gesellschaftlichen (Frauenerwerb, demographische Verschiebungen wie kinderlose Alte etc.) und in-

99 Es wird in diesem Zusammenhang häufig so getan, als ob dies eine Entweder-Oder-Entscheidung darstellen würde. Wiederum läßt sich dies am Beispiel erwerbstätiger Pflegepersonen verdeutlichen. Im Vergleich zu Nichterwerbstätigen wird zwangsläufig die für Pflege aufgewandte Zeit signifikant geringer, was bei bestimmten Pflegebedarfen zwar unversöhnlich kollidieren kann, ansonsten aber weder allgemeine Rückschlüsse über die Qualität der geleisteten Pflege, noch über die Dauerhaftigkeit und das Streßpotential der Pflegebeziehung zuläßt. Vgl. dazu Neal u.a. (1993: 30ff.; 114ff.).

100 Rosenmayr geht nicht einlinig von einem Nachlassen individueller Solidaritäten oder nur von soziodemographischen Verschiebungen aus, sondern differenziert, daß "die Gesamtsolidarität der Familien sich auflöst und Teilbeziehungen von einzelnen Familienmitgliedern an deren Stelle treten. Somit wird die Familie sich als ein weniger tragfähiges und belastbares Gerüst der gesellschaftlichen Infrastruktur darstellen" (Rosenmayr 1990: 179).

dividuellen Umbrüchen andererseits wurde die öffentliche Politik des Umgangs mit den familialen Pflege- und Hilfpotentialen zum drängenden Thema. Dies insbesondere hinsichtlich der Frauen. Denn nur "solange häusliche Hilfe und Pflege als deren selbstverständliche Pflicht angesehen wurde, konnte man ein de facto residuales öffentliches System von Hilfen und Pflegeangeboten (...) als vollständiges 'bedarfsdeckendes' System begreifen" (Baldock/Evers 1991a: 42).¹⁰¹ Bis die Einsicht, daß dies heute bestimmt nicht mehr so gesehen werden kann, bis zu den Instanzen sozialstaatlicher Intervention durchgedrungen sein wird und entsprechende Konsequenzen gezogen werden, wird noch einige Zeit vergehen.

Um es am Beispiel der ambulanten Dienste und Sozialstationen zu illustrieren: Ihr bisheriges Leitbild scheint spätestens zukünftig nicht mehr tragfähig: "Um die Pflege der Familie zu unterstützen, wird die Fachkraft tätig. Die Annahme ist, staatlich gestützte Leistung könne subsidiär an vorhandene soziale Netzwerke anknüpfen. Weder die sozialen Unternehmen noch die Pflegekraft der Familie, weder das sachgemäße Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage, noch die gelingende Kooperation von Laien und Fachkräften in der Altenarbeit, kann in Zukunft stillschweigend vorausgesetzt werden" (Hummel 1993: 217).

Neue Leitbilder entwickeln sich freilich in einem vielfältig strukturierten Kräftefeld. Bezugspunkt der Neuformatierung einer modernen Pflegepolitik wurde in erster Linie die vielfältig und in allen Ländern heraufbeschworene "Dienstleistungslücke" (vgl. Olk 1992: 27ff.), verkürzt gesagt also die Scherenbewegung zwischen wachsenden Hilfebedarfen auf der einen und abnehmenden Ressourcen auf der anderen Seite (Verringerung des Erwerbspotentials, abnehmende gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit usw.). Daraus ergibt sich das "Substitutionsdilemma": nach Art und Umfang nicht die Ressourcen aufbringen zu können, um die wachsenden Lücken im in seiner Bedeutung erkannten informellen Bedarfsausgleichssystem durch professionelle Dienste substituieren

101 Zum Leitbild punktueller Ergänzung zur familialen Hilfe vgl. Dieck (1987), zur übergreifenden Kritik des entsprechenden Sozialstaatsverständnisses vgl. stellvertretend für eine breite Diskussion Ostner (1990).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

zu können, wobei die "Frage nach den 'kulturellen' Anrechten alter hilfs- und pflegebedürftiger Menschen auf persönliche Zuwendung, die nur in Grenzen professionell substituierbar ist, noch hinzukommt" (Baldock/Evers 1991a: 43).¹⁰²

Ein zweiter Bezugspunkt ergibt sich aus der anderen Seite der Partner in der Pflegebeziehung, d.h. den ErbringerInnen. "Die Chance und (...) das gesetzlich verbürgte Anrecht von Frauen, Pflege nicht mangels (professioneller) Alternativen leisten zu müssen, sondern solche Pflegeverpflichtungen nur freiwillig einzugehen und sie gegebenenfalls an professionelle öffentliche Dienste weitergeben zu können" (Baldock/Evers 1991a: 42) - dieser (bestenfalls im schwedischen System angenäherte) Fluchtpunkt ergäbe sich aus einem universalistisch wohlfahrtsstaatlichen Verständnis einer Politik des informellen Sektors. Die Untersuchungen in den nichtskandinavischen Ländern machen deutlich, daß dieser Bezugspunkt nur sehr partiell ebenfalls die empirisch vorfindbaren Spielarten entsprechender Neuorientierung bestimmt. Und wenn, dann allzu häufig nur als Reflex auf die Einsicht, daß die Dimension der Freiwilligkeit nicht nur entscheidenden Einfluß auf die Qualität der Hilfeleistungen hat - im Negativfalle "gefährliche Pflege" und auch Gewalt (vgl. Eastman 1985) begünstigen kann - sondern auch auf die Aufrechterhaltung der Bereitschaft zur häuslichen Pflege über längere und lange Zeiten.

Beide Einsichten fokussieren in einem zentralen Punkt in einer generellen Aufwertung häuslicher Pflege. Sie werden ergänzt durch die Kritik an stationären Einrichtungen und formellen Diensten, wie sie auch die sozialwissenschaftliche Diskussion seit nunmehr Jahrzehnten beschäftigt - nur als Beispiel seien die Forschungen zu Hospitalisierungseffekten bei stationär Versorgten oder die Kritik bürokratischer Komplexität und Nicht-Responsivität genannt.

Die in diesem Kontext konzipierten sozialpolitischen Antwortversuche beziehen sämtliche Interventionsformen (vgl. Kaufmann 1982a) mit ein. Bezüglich der sozialen Geldleistungen werden für Deutschland als be-

102 Daß die Annahme einer Substitutionsbeziehung nicht nur politisch hochproblematisch ist, sondern auch einer systematischen Analyse nicht standhält, ist hier nur im Verweis auf Vertreter einer diesbezüglich inzwischen breiter ausgearbeiteten Debatte zu thematisieren: vgl. z.B. Olk (1985); DeFriese/Woomert (1992).

merkenswerte Innovation bspw. die Anrechnung von Pflegezeiten im Rahmen der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (vgl. Alber 1991: 14f.; zu den Regelungen und ihrer Kritik vgl. Gläss/Otto 1990) oder die schon angeführte Wahlmöglichkeit von Pflegegeld anstatt von Dienstleistungen im Rahmen des Gesundheitsreformgesetzes sowie neuerdings in der Pflegeversicherung hervorgehoben. Daß hiermit keine entschiedene und substantielle Umorientierung angebahnt wurde, verdeutlicht der eng gezogene Leistungsrahmen und die durch die einschlägige Institutionalisierung der Definitionsmacht bezüglich des Kreises der Leistungsberechtigten sogar noch hinter den Erwartungen zurückgebliebene Zahl der Begünstigten.

Dieser Einwand ist umso ernster zu nehmen, wenn daran erinnert wird, welche ideologiegeladenen Abwehrkämpfe um all diese Innovationen gefochten werden. Und es gehört zu der höchst widersprüchlichen Diskurssituation, daß aus dem einschlägigen Standardrepertoire das Argument einer durch finanzielle Vergünstigungen *schwindenden* Familienpflegebereitschaft neben Finanzierungsfragen weitaus die prominenteste Rolle spielt (vgl. die Dokumentation von Stellungnahmen bei Dieck 1992a: 57ff.).

Von einem Postulat der Mündigkeit oder KonsumentInnensouveränität ist all dies weit entfernt. Im Kontext der oben behandelten Marktorientierung handelt es sich hier nicht nur um allenfalls partielle Einstiege, sondern um eine ganz massive Ausnutzung des Kräfteungleichgewichts in diesem "Markt". Dieck resümiert: "Familien erhalten finanzielle Pflegeanreize weit unterhalb der Kostenschwelle professioneller Pflegedienste. Zugleich werden sie mit Kosten belastet, sofern sie die Pflegeleistungen zu Hause nicht erbringen" (Dieck 1992a: 59).¹⁰³

Es liegt auf der Hand, daß Geldleistungspolitik allein einer als so vieldimensional und relevant erkannten Problemlage nicht gerecht werden

103 Wieder am Beispiel der Sonderregelung im Rahmen der Gesundheitsreformgesetzgebung: "Bereits zum Zeitpunkt des Gesetzeserlasses war klar, daß die festgelegten Kosten pro Leistung diese maximal zur Hälfte abdecken würden (...). Tritt eine umfassende familiäre/informelle Pflege an die Stelle professioneller Pflege, so erhält der Pflegebedürftige DM 400.- pro Monat - ein Finanzanreiz auf unterstem Wert-Niveau für die Familie" (Dieck 1992a: 59).

kann. "The problem of care for carers (...) (is) the most serious of all. If we really want the informal system of care to be both effective and informal there is probably a point beyond which its problems cannot be solved by money. Informal carers themselves normally see that point as imminent. What they themselves seem to feel they need in order to see through the tasks they have taken on are: (1) occasional relief from their solitary responsibilities for others; (2) insurance against the consequences of the possible mistakes they might make; (3) affirmation of the value of what they are doing; (4) information (again) about how to do what they are doing more safely, thoroughly and economically; (5) attention to their own problems and (6) company" (Abrams/Bulmer 1985: 14).¹⁰⁴ Selbst in einem so differenzierten Zugang zum Problem des pfleglichen Umgangs mit Pflegenden fehlt allerdings eine erst langsam ins Bewußtsein dringende Einsicht: Wenn wir einerseits von zunehmender Erwerbstätigkeit von - auch potentiellen - Pflegepersonen und andererseits von dem empirischen Befund schon älterer und verrenteter Angehöriger ausgehen müssen, so wird eine grundsätzlich differenzierte Förderpolitik erforderlich, die z.B. für die einen mehr die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in den Vordergrund zu stellen hätte, für die anderen das Zurechtkommen mit dem eigenen Gesundheitszustand (vgl. BMFuS 1994: 194).

Auf den Umbau sozialer Dienstleistungen im Horizont einer "Politik des informellen Sektors" wird ausführlich im nächsten Kapitel eingegangen. Internationale Belege sollen an dieser Stelle nicht beschrieben sondern lediglich in ihrer Quintessenz herangezogen werden, die ein kundiger langjähriger Beobachter aus ihnen zieht. Walker (1987) beschreibt den Prozeß der allmählichen und widersprüchlichen Umorientierung im Kontext von main-stream-Debatten einerseits und divergenten Interessen und Diskursen andererseits prototypisch für Großbritannien. Und er hält eine "cautionary note" für notwendig, die hier als Prüfstein für die weitere Argumentation zitiert werden soll:

104 Hervorzuheben ist, daß die nur unbefriedigend ins Deutsche übersetzbare Frage "who cares the carers" z.B. in diesem britischen Beitrag bereits vor Jahren explizit auch auf freiwillige HelferInnen und sonstige Nicht-Verwandte im Feld pflegenaher Hilfen bezogen wurde.

"We are searching for practical solutions to one of the most important and pressing contemporary human and social problems - the rising need for support, care, or 'tending' - at a time when there is explicit political opposition and sometimes outright hostility to further expenditure on the welfare state. There is a danger, therefore, that informal support networks will be seized on as the panacea for all of the difficulties of the welfare state. There are signs already, for example, that 'informal support networks', 'volunteerism', and 'neighborhoodism' are taking on the same idealistic connotations as 'community care' (...). So, it is necessary to be aware of the limitations as well as the strengths of informal support networks if we are contribute to the construction of a responsible social policy in response to the growing need for care. Furthermore, there is a related risk that in the desire to promote informal networks, other sources of social support and care will be overlooked or downgraded, especially the formal sector (and the extent of any interdependence between the informal and the formal), in the belief that what occurs in 'natural' or 'primary' relationships is necessarily not only the most effective form of care but also able to withstand precisely the same sort of social and economic problems that bedevil state services. This raises a further question: how far are current social policies compatible with the enlargement of the caring capacity of the community?" (Walker 1987: 370). Es kann also gerade keine Strategie der Reprivatisierung aus einer konsequenten Anwendung des hier vorgeschlagenen Analysemodells abgeleitet werden.

2.4 Umbau sozialer Dienstleistungen

Die zu Beginn dieses Kapitels genannte internationale Untersuchung identifiziert ein übergreifendes Muster eines Umbaus des Gefüges sozialer Dienstleistungen insgesamt, der sich nicht zwangsläufig nur mit Altenhilfe und schon gar nicht nur mit Veränderungen im Sektor der Altenpflegedienste verknüpft. Dieses Muster scheint darüberhinaus auch als Folie für deren Interpretation geeignet zu sein. Ausgangspunkt ist dabei die These, daß die generelle Aufwertung häuslicher Pflege zwar ganz gewiß der Verstärkung von Hauspflegediensten und -hilfen bedarf, daß aber eine Reihe weiterer bedeutsamer Bedingungen darüber entscheiden, ob die Strategie Erfolg hat. Als Fragen formuliert:

- Was sind die Gründe für öffentliche und individuelle Präferenzen in Richtung stationärer Versorgung?
- Welchen Qualitätsmaßstäben muß eine Hauspflege genügen, die auch der intensiveren stationären Versorgung gleichwertige Alternativen bieten will (vgl. Baldock/Evers 1991: 236).

Hintergrund für Trendbestimmungen mit Bezug auf die deutsche Situation ist der Status quo mit seiner klassischen Fragmentierung des politisch-administrativen Handelns: "Die Hilfe örtlicher Sozialverwaltungen ist selektiv organisiert, die Unübersichtlichkeit von Hilfezuständigkeiten, -angeboten und -anlässen, die mangelnde Berücksichtigung von Problemsyndromen sowie partielle Fehlversorgung und Fehlplatzierung durch institutionengesteuerte Selektionsprozesse führen zu Formen der Unter-, Fehl- und Überversorgung einzelner Gruppen im Alter, mit der Folge der Benachteiligung vor allem der schwächsten Teile der Alterspopulation, bei denen unterschiedliche Problemaspekte kumulieren (...).

Altenhilfe (oder allgemeiner: Alterssozialpolitik) stellt sich daher auch auf der Ebene der Gemeinden und Kreise zumindest bislang als ein auch für Experten nur noch schwer durchschaubares Konglomerat von spezialisierten Diensten und Angeboten unterschiedlichster Träger, Verwaltungseinheiten und Berufsgruppen dar. Die sozialrechtliche Auseinanderdividierung von Krankheit und Pflegebedürftigkeit, professions-spezifische Problemzugänge, institutionelle Eigenlogiken sowie ökonomische

mische Kalküle verbinden sich zu einem Gesamtergebnis, das durch Partikularismus, bürokratische Rigiditäten und gruppenspezifische hierarchische Versorgungsformen gekennzeichnet ist" (Heinze/Olk/ Wohlfahrt 1992: 48).

Was hier entlang deutscher Besonderheiten kritisiert wird, trifft *im Effekt* nicht nur hier zu. Und die Kritik wird da, wo die Versorgung ihre AdressatInnen erreicht, keineswegs gegenstandslos. "Eine Gesamtbewertung der in den verschiedenen europäischen Ländern betriebenen Politik der häuslichen Hilfs- und Pflegedienste gelangt zu ambivalenten Ergebnissen" (Guillemard 1992: 625). Guillemard stellt diesbezüglich das Kriterium der Autonomie in den Vordergrund. Zwar habe diese Politik ihren Zielgruppen vielfältige Dienste zugänglich gemacht, die vormals über die Warenkreisläufe nicht zu erlangen gewesen seien. Aber inzwischen seien auch die Grenzen und negativen Effekte dieser Politik deutlich herausgearbeitet worden: "Diese Programme der häuslichen Hilfs- und Pflegedienste (haben es; U.O.) trotz guter Absichten und greifbarer Vorteile für die Empfänger nicht vermocht (...), die Autonomie der älteren Bevölkerungsgruppen wirklich zu erhalten und zu vergrößern" (Guillemard 1992: 626).

Gerade die wohlfahrtsstaatliche Produktions- und Zuteilungslogik habe eine neue kategorisierende Definition des älteren Menschen als Empfänger von Dienstleistungen bewirkt. Diese werden nach Art und Umfang durch andere festgelegt, binden die Älteren in ein Netz nicht-gegenseitiger Austauschbeziehungen ein, das weder Gestaltungsmöglichkeiten noch Wahlfreiheiten zulässt. "Durch die Nicht-Gegenseitigkeit wird für diese Altersgruppe gesellschaftlich eine abhängige Stellung konstruiert. Anstatt den Autonomieverlust zu verhindern, haben diese Programme paradoxerweise eher dazu beigetragen, die gesellschaftliche Konstruktion des Alters als eine Zeit der Abhängigkeit und der verringerten Selbstbestimmung noch zu verstärken" (Guillemard 1992: 625).

Eine solche Situationsanalyse legt Handlungsbedarf auf sehr vielen Ebenen nahe, von den Finanzierungszuständigkeiten über Trägerkonstruktionen bis hin zu fachlichen Orientierungen. Teilweise, weil dieser erkannt wird, teilweise, weil andere Faktoren wirken, ergibt sich - wenn auch zunächst oft eher an den Rändern - ständiger Wandel. Im folgen-

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

den wird in Anlehnung an die vergleichenden Untersuchungen die These vertreten, daß sich einige Muster des Wandels in Großtrends zusammenfassen lassen. Sie sollen knapp umrissen und mit einigen Beispielen verdeutlicht werden. Ein Stück weit wird damit eine Konkretisierung der drei bis hier verdeutlichten Perspektiven des Enabling state, der Marktorientierung und der "Politik des informellen Sektors" eingelöst.

2.4.1 Flexiblere Formen der Dienstleistungsproduktion

Der erste Großtrend in der Neubalancierung des Welfare Mix führt von *standardisierten zu flexiblen Formen der Dienstleistungsproduktion*. Einige Kennzeichen dieser Entwicklung sind (nach Baldock/Evers 1991: 233):

<i>traditionell vorherrschende Orientierungen</i>	<i>neu entstehende Orientierungen</i>
institutionalisiert/zentralisiert	Hausversorgung/"gestreute Angebote" vor Ort
standardisiert/seriell	flexibilisiert/individueller und im Zeitablauf variierender Zuschnitt
rigide, kollektiv verbindliche Zeiteinteilungen	individuell angepaßte/unterschiedliche Zeiteinteilungen; jederzeitige Verfügbarkeit
unkoordinierte Leistungserbringung nach	nutzerorientierte unterschiedliche Bündelung/
Produzenten-/Trägerinteressen	Koordinierung/Management der Leistungen

In der Bundesrepublik Deutschland läuft eine mit diesem Muster weitgehend kongruente Reformdebatte, die sich gleichermaßen auf den stationären, teilstationären wie den ambulanten Bereich bezieht. Ihren konsequentesten Ausdruck findet sie beispielweise in den Betreuungskonzepten der neuen Formen betreuten Wohnens oder der Einführung von "Pfleger à la carte" in bestehenden Alten- und Pflegeheimen. Hier und im

ambulanten Bereich werden "maßgeschneiderte Dienste" angestrebt. Kurzzeit- und Tagespflegen verdanken ihre Entstehung entsprechenden Bemühungen. Im Sinne einer dynamischen Anpassung an immer neue Situationen wird z.B. der Abschied von versorgungsorientierten "Einbahnstraßen" (Institutionalisierungskarrieren) gefordert, wozu z.B. auch das aktive Offenhalten eines Rückwegs nach Zeiten institutioneller Versorgung gehört.

Die institutionellen und finanziellen Hürden sind allerdings beträchtlich. Da die qualitativen Impulse häufig gerade von alternativen, gemeinnützig organisierten Initiativen kommen, wiegt deren Problem, sich innerhalb lokal gewachsener Versorgungsstrukturen und -kartelle zu etablieren, besonders schwer. "Es spricht vieles dafür, daß sich die Kommunen mit solchen innovativen Trägern schwertun. Auf flächendeckende Versorgung mit Sozialstationen setzende Förderrichtlinien behindern die Entwicklung ambulanter Initiativen. Alternative Pflegedienste, die auf die Schließung qualitativer Versorgungsdefizite abzielen, die von den (...) Sozialstationen nicht abgedeckt werden, gelten als nicht förderungswürdig (...). Zudem fehlen den Kommunen bislang die Anreize, ambulante Initiativen, die mit einem umfassenden Leistungsangebot eine Alternative zur Heimunterbringung darstellen, zu fördern" (Heinze/ Olk/Wohlfahrt 1992: 49).¹⁰⁵

Wenn man so will, kann man sagen, daß bereits die Implementation der Sozialstationen in vielen Aspekten den hier beschriebenen Trend vorwegnahm. Inzwischen allerdings sind seine Kriterien dazu geeignet, sie in ihrer gegenwärtigen Verfassung substantiell zu kritisieren - vom fehlenden Gemeinwesenbezug über mangelnde zeitliche Flexibilität bis hin zur vernachlässigten fallbezogenen Bündelung und Vernetzung von Diensten.

In diesem Zusammenhang sind auch die - im internationalen Vergleich nur als zaghaft zu bezeichnenden - Bemühungen zu nennen, Ansätze eines Case Management in der Arbeit mit und Versorgung von Älteren

¹⁰⁵ Hintergrund sind eindeutig falsch gesetzte Steuerungsimpulse, da entsprechende Kosten von den Kommunen übernommen werden müßten, während für stationäre Unterbringung der überörtliche Sozialhilfeträger zuständig ist. Die existierenden Umlageverfahren setzen keine systematischen Impulse dagegen.

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

zu entwickeln. Beispiele hierfür sind eben bezeichnenderweise nicht die Sozialstationen, sondern vor allem Modellversuche¹⁰⁶ oder einzelne innovative Dienste¹⁰⁷, daneben teilweise auch Landesprogramme. Die kontroverse Debatte über den spezifischen Nutzen sozialarbeiterischer Expertise bezüglich einer auch sozialen Anamnese (vgl. z.B. Bäcker u.a. 1989: 170) verweist auf qualifikationsbezogene und professionspolitische Korrelate, die sich entscheidend als hinderliche oder förderliche Bedingungen erweisen können. Bei all diesen Ansätzen ist zu betonen, daß noch keineswegs die für die diskutierte Umorientierung notwendige Grundausstattung (z.B. in bezug auf Tagespflegen, Rehabilitationseinrichtungen, Kurzzeitpflegen etc.) zur Verfügung steht.

Dennoch sind die grundsätzlicheren Herausforderungen zu erkennen: "Es geht darum, die Handlungsmuster und Charakteristiken des bisherigen, gewissermaßen nach industriellem 'Vorbild' entwickelten Musters von Dienstleistungsproduktion mit ihren dementsprechend standardisierten und einseitig von der Produzentenseite geprägten Angeboten zu überwinden" (Baldock/Evers 1991: 238). Verkompliziert werden entsprechende Forderungen dadurch, daß ein dynamisches Verständnis sozialer Hilfen sich verabschieden muß von der professionalistisch verengten Vorstellung eines isolierten Klienten als Gegenüber. Noch dessen Aufwertung zu einem Konsumenten blendet - jedenfalls für viele Hilfebeziehungen - unzulässig die vielfach involvierten informellen UnterstützungspartnerInnen aus. Sie sind aber gerade im Hilfenetz Älterer in den meisten Bedarfssituationen die wichtigsten Instanzen. Daran knüpft sich ein weiterer übergreifender Trend "von der stillschweigenden Nutzung zur ausdrücklichen Interaktion mit informellen Unterstützungsnetzwerken" an.

106 Vgl. in Baden-Württemberg z.B. den Sozialpsychiatrischen Dienst für ältere Menschen in Nürtingen (vgl. Kreuzer/Veltin 1991), den Landesmodellversuch zur häuslichen Pflege (vgl. Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart 1992) usw.

107 Vgl. z.B. die Darstellung und Diskussion der ärztlichen Beratungsstelle für ältere Bürger und ihre Angehörigen bei Schultze-Jena (1986).

2.4.2 Interaktion mit statt Ausnutzung von informellen Unterstützungszustellen

Als Bezugsrahmen für die Konzeptualisierung des formellen und informellen Bereichs und deren Zusammenwirkens im Feld der Pflege können nach Twigg drei idealtypische, eher schematische Modelle des gegenseitigen Umgangs unterschieden werden. Die Abfolge dieser Typen zeichnet recht genau den Perspektivenwechsel nach, der konzeptionell den hier zu verhandelnden Trend fundieren könnte. "In these frames of reference the relationships between the formal and informal shifts. In the first - the model of carers as resources - the informal sector provides the objective background to provision. It represents the *given* against which agencies act, and against which they structure their services. It is a frame of reference that has a neutral quality to it. Agencies relate to the informal sector as an object-like reality. They read the situation, and act in its context. Their primary concern is to understand the nature of the phenomenon, but they have essentially *no obligation* towards it.

In the second model - that of carers as co-workers - the informal sector has, as it were, moved over from its object-like and separate status into that where there is a slightly uneasy intermingling between the formal and informal sectors. Here the world of informal care is still something separate from that of formal provision, but it has become the object of social service support. Agencies here no longer simply aim to observe and understand a phenomenon, but relate more actively to it, enabling, encouraging and supporting carers, but in an essentially co-opting and instrumental way. Lastly, in the third frame of reference - that of carers as co-clients - the informal sector has moved over into the ambit of agencies, and carers have become fully integrated into the concerns of agencies. With this they become the subject of obligation for the agency, which can no longer simply regard them as resources to be exploited or workers to be co-opted, but has to recognize a different and essentially obligatory relationship" (Twigg 1989: 61; Herv. i.T.).

Basal für diesen Perspektivenwechsel ist die oben benannte Überwindung der Vorstellung informeller Hilfen als selbstverständlicher Voraussetzung für die Dienste des Sozial- und Medizinsystems, die sich in resi-

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

dualer Funktion verstehen - d.h. erst dort und dann eingreifen, wo informelle entweder nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen. "Angesichts der Leistungsgrenzen der öffentlichen Systeme und der wachsenden Korrosion sozialer Netze konzentrieren sich die Fragen demgegenüber heute viel stärker auf die Analyse solcher Netzwerke (...), ihrer Funktionsvoraussetzungen und die Möglichkeiten und Grenzen (...) der unterstützenden Kooperation mit ihnen" (Baldock/Evers 1991: 238f.).

Daraus ergeben sich Veränderungen in der Diagnose von Problemstellungen und Selbsthilfefähigkeiten ebenso wie die im Begriff der Pflegepersonen als Co-clients gemeinte Verschiebung der AdressatInnen von Unterstützung bei gegebenen Netzwerkbezügen und die Aushandlung von passenden und tragfähigen Arbeitsteilungen, die die möglichen Beiträge und die Perspektive der Netzwerkpersonen explizit miteinbeziehen. Die Umorientierung läßt sich in folgender Matrix (nach Baldock/Evers 1991) fassen.

<i>traditionell vorherrschende Orientierungen</i>	<i>neu entstehende Orientierungen</i>
<i>Adressat:</i> isolierter Klient	Koproduzent, Mitentscheider, Teil eines Unterstützungsnetzwerks
<i>Beiträge informeller Pflegepersonen:</i> Pflicht oder Privatangelegenheit unproblematisierte Voraussetzung professioneller Systeme Status informell, nicht explizit geregelt geregelter Status	sozial bedeutsame Wahlhandlung Bestandteil eines öffentliche und private Beiträge integrierenden Arrangements zunehmend öffentlichkeitsvermittelter/
<i>Interaktion zwischen formellen und informellen Beiträgen:</i> nacheinander geschaltet/entflochten vorwiegend substitutiv nach professionell vorgeschriebenem Konzept	simultan/eng verflochten ergänzend und unterstützend im Rahmen eines auszuhandelnden Arrangements

Auch hier handelt es sich nicht um einen planmäßig durchgeführten Gesamtentwurf, sondern um einen widerspruchsvollen Prozeß, der nur

langsam und voller Ungleichzeitigkeiten Konturen annimmt. Seine Hintergründe sind ebenso heterogen wie seine konkreten Ergebnisse - im Sinne politischer Outputs -, von den Wirkungen im Lebensfeld der AdressatInnen ganz zu schweigen. Als Hintergründe wären zu benennen:

- eine sich langsam wandelnde Einstellung der betroffenen Menschen zur Inanspruchnahme von Diensten und die allmähliche Verbreiterung des Teils der Bevölkerung, der damit Erfahrungen gemacht hat,
- die Definition eigener Erziehungs- und Sorgetätigkeit als einer "sozial bedeutsamen Tätigkeit, die nach Umfang, Orientierung und Inhalt oft mit professionellen Helfern geteilt und ausgehandelt werden muß und als Arbeit Unterstützung und Anerkennung verdient" (Evers 1992: 4),
- die sich durchsetzende Einsicht, daß keineswegs fehlende Pflegebereitschaft das Problem ist: "As far as the family is concerned, its full potential is already being utilized. There is no evidence of a significant pool of potential family carers. (The major exception of course is men, who are not normatively designated as carers, a fact that should attract both research and family)" (Walker 1987: 379),
- die Politisierung bestimmter privater Tätigkeiten und Probleme - wie z.B. der häuslichen Pflege Älterer - in Verbindung mit der Gerontologisierung entsprechender politischer Diskurse (vgl. Dieck 1993),
- in Folge die vergleichsweise rasche Durchsetzung von Forderungen, wie sie in der Formel "Hilfe für die Helfer", in der Frage "wer pflegt die Pflegenden" (vgl. Hedtke-Becker 1990) oder der Forderung nach "Familien stützenden statt Familien nützenden Politikansätzen" (Bäcker u.a. 1989: 169ff.) zum Ausdruck kommen - Formen, deren inhaltliche Konkretisierung noch aussteht,
- die eindeutig positiven Erfahrungen aus kooperationsorientiert konzipierten Einrichtungstypen und Arbeitsformen.¹⁰⁸

108 Vgl. z.B. das Fazit der jüngst veröffentlichten Untersuchung zu Modelleinrichtungen der Kurzzeitpflege: Es erwies sich "eine enge Kooperation zwischen Kurzzeitpflege, den Angehörigen der Gäste und den übrigen Einrichtungen wie Personen der örtlichen und regionalen Versorgungskette als sehr hilfreich bei der Bewältigung der gestellten Aufgaben: Kurzzeitpflege ist umso besser, je

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

Eher am Rande spielen sich Veränderungen ab, deren empirische Wirksamkeit zwar nicht erforscht ist, die aber vermutlich nicht vernachlässigbare Herausforderungen darstellen. Die stete Verbreiterung des Anteils von Angehörigen sozialpädagogischer Berufe ist hier ebenso folgenreich (vgl. hierzu Rauschenbach 1992), wie die Verarbeitung jener Elemente sozialwissenschaftlicher Theorieentwicklung, die die Mikrobedingungen des "informellen Wohlfahrtsstaats" (Olk 1985) zum Thema haben: Theorien sozialer Unterstützung in sozialen Netzwerken. Deren differenzierte Analyse machte nicht nur auf den immensen positiven Beitrag von "privaten Hilfenetzen" (Schubert 1990) als "Unterstützungsnetzwerken" (vgl. Keupp 1987) deutlich, sondern auch auf deren Grenzen, was für den hier gewählten Perspektivenwechsel und dessen realistische Anwendung wie Beurteilung von entscheidender Bedeutung ist:

- Viele "Netzwerke" weisen geringe bis geringste Größen auf, teilweise bestehen sie aus nur einer Helfersperson. Zumindest ist bezüglich der Hauptverantwortung für die Betreuung de facto oft nur eine Angehörige zuständig.
- Aufgrund der verschiedenen Rollen und normativen Gehalte ergeben sich differenzierte Leistungsfähigkeiten und -grenzen im Vergleich der unterschiedlichen Kategorien von Personen innerhalb sozialer Netzwerke: Freunden und Nachbarn kommt eher eine unterstützende Funktion in außerhäuslichen Hilfen (Gartenarbeit, Einkäufe) oder in vorübergehenden Krankheitsfällen zu als in der persönlichen Pflegearbeit und kontinuierlicher haushaltlicher Aufgabenübernahme, insbesondere wenn es sich um beschwerliche oder Langzeithilfen handelt (vgl. den Datenüberblick bei Olk/Heinze/Wohlfahrt (1991: 155ff.).
- Gegenüber früheren Forschungsansätzen einer sektoralen Entgegensetzung von formeller und informeller Pflege gewinnen Konzepte der gegenseitigen Abhängigkeit und Durchdringung an Gewicht.¹⁰⁹ Dies

besser ihre Eingliederung in das soziale Umfeld der Gäste wie in die örtliche und regionale Versorgungskette gelingt. (...) Systematische Angehörigenarbeit ist daher ebenso wichtig wie die Einbeziehung aller örtlichen und regionalen Ressourcen in eine umfassende Koordination und Kooperation" (Heinemann-Knoch/Claussen/Korte 1992: 44f.).

109 Dabei lassen sich häufig idealtypisch die zwei Muster einer "partnerschaftlich-

bildet sich zum einen Teil ab in der sozialen Netzwerk- und Unterstützungsforschung, zum anderen Teil wird es durch dynamische Konzeptualisierungen von deren VertreterInnen in besonders fruchtbarer Weise vorangetrieben.

Aber auch eine allgemeinere Strategie der "ausdrücklichen Interaktion mit informellen Unterstützungsnetzwerken" ist nicht per se ein Erfolg. Twigg macht auf Widersprüchlichkeiten aufmerksam, wobei sie betont, daß die "contradictions (...) are inherent ones, implicit within the structure of the various relationships and the demands placed upon them, and there is no simple resolution to these tensions" (Twigg 1989: 62):

- die Spannung zwischen Prävention und Substitution,
- Spannung, ob Pflegepersonen unterstützt werden, um die Fortsetzung ihrer Pflegetätigkeit zu sichern oder ihr Wohlbefinden zu verbessern,
- Zielbestimmung: Sollen die Dienste auf diejenigen ausgerichtet werden, die die höchste Belastung tragen oder auf diejenigen, die am anfälligsten dafür sind, die Pflegetätigkeit aufzugeben?
- Problem der ungleichen Behandlung, wenn Familie X Unterstützung erhält, weil ein Abbruch der häuslichen Pflegeanstrengung befürchtet werden muß, Familie Y dagegen nicht, obwohl sie unter den gleichen objektiven Bedingungen lebt, aber nicht diese Dringlichkeit ausdrückt.

Die allgemeineren Zielbestimmungen sind damit leichter zu formulieren, als die individuellen, situationalen und regionalen Herausforderungen zu balancieren sind: "Es werden Formen geteilter Verantwortlichkeit gefun-

komplementären" und einer kontinuumsbezogenen Konzeptualisierung unterscheiden. Sie seien durch zwei in typischer Weise argumentierende Positionen gekennzeichnet. *Erstens*: "The social services seek to interweave their help so as to use and strengthen the help already given, make good the limitations and meet the needs. It is not a question of the social services plugging the gaps but rather of their working with *society* to enable *society* to close the gap" (Bayley 1973: 343). *Zweitens*: "At the informal end are personal needs involving affectual relationships, emotional interaction, intellectual stimulation, straddling informal and formal are needs for personal and physical maintenance, such as washing, toileting, moving about, eating etc. A little further on is the need for housing, the need to be productive, and ultimately the need for full security in terms of specialized medical and rehabilitative services, residential care, and for total income support" (Graycar 1983: 385).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

den werden müssen, die auf der wechselseitigen Ergänzung der Leistungsfähigkeit der Familie und den sozialstaatlichen Gesundheits- und Sozialdiensten beruhen" (Rosenmayr 1992: 480).

Die Neuorientierung im Verhältnis der Dienstleistungsträger zu den "Unterstützungsnetzwerken" ist mit Sicherheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für deren Aufrechterhaltung und Qualität. Reicht dies aber - so ist kritisch zu fragen - angesichts der mit Individualisierung und Pluralisierung recht undramatisch benannten Änderungen in Lebensformen und Beziehungskonstellationen? Reicht dies auch noch in Zukunft für jene wachsenden Minderheiten, die in Konstellationen von "Teilzeitgemeinschaften" (Imhof 1988: 57) und "postfamiliären Familien" (Rosenmayr 1992) leben?¹¹⁰

Indem der Perspektivenwechsel eher nicht aufgrund einer klaren Konzeption zustandekommt, sondern als Ergebnis eines weithin ungeplanten und unabgestimmten Prozesses mit allen daraus resultierenden Gegenläufigkeiten und negativen Begleiteffekten zu betrachten ist, birgt er die Gefahr, speziell bei entsprechenden politischen Interessenkonstellationen sich qualitativ in sein Gegenteil zu verkehren. Einfallsschneisen für entsprechende Interventionen gibt es dazu genug, weshalb die pessimistische Variante - wiederum mit Walker - auf einen Nenner gebracht werden soll: "A policy based on encouraging more informal care while reducing the scope and effectiveness of the formal sector will be counterproductive, increase the costs falling on already hard-pressed carers

110 Beck-Gernsheim weist darauf hin, daß bislang völlig ungeklärt ist, wie sich die heute konstatierten Konstellationen der Pluralisierung und Individualisierung im Alter gestalten. Man könne "Spekulationen anstellen: Manche Beziehungen werden dann längst der Vergangenheit angehören (aus dem Lebensabschnittsgefährten wird qua Definition kaum der Gefährte des Alters). Andere Beziehungsformen mögen sich im Alter als wenig praktisch, wenig funktionsfähig erweisen (das 'Living apart together' wird schwierig, sobald das Außer-Haus-Gehen mühsamer wird, der Mobilitätsradius schrumpft). Für Paare ohne Kinder wird der große Einschnitt kommen, wenn ein Partner stirbt, wenn der Überlebende (in der Regel die Überlebende, nämlich die Frau) alleine dasteht. (...) Welche Möglichkeiten jenseits der traditionellen Familie gibt es, im Alter Unterstützung und Betreuung zu finden? Werden da, wo die alten Formen nicht mehr existieren, sich neue entwickeln?" (Beck-Gernsheim 1993: 263f.).

(perhaps resulting in individual breakdown), reduce the choices available to disabled people and carers, and produce increasing resistance to caring on the part of female kin" (Walker 1987: 380). Hier stellt sich also die Frage nach Qualitätssicherung des Balancierungsprojektes in einer mixed economy of welfare ebenso dringlich wie angesichts der nachfolgend beschriebenen Dynamik.

2.4.3 Private Verantwortung im Kontext eines neuen organisierten Pluralismus

Auf den dritten und vierten großen Themenblock der international vergleichenden Untersuchung soll hier nicht so ausführlich eingegangen werden. Es werden im wesentlichen zwei Trends identifiziert im Kontext einer Neuorientierung der Sozial- und Gesundheitspolitik: "Von unizentrischen öffentlichen Systemen oder verstreut gewachsenen Verantwortlichkeiten zu einem organisierten Pluralismus und wachsenden privaten Verantwortlichkeiten" sowie "von der Trennung zu einer verstärkten Integration sozialer und wirtschaftlicher Aspekte bei Planung, Erbringung und Bewertung von Einrichtungen" (vgl. Baldock/Evers 1991: 240ff.).

traditionell vorherrschende Orientierungen

Verantwortung von Risiken und Betrieb von Einrichtungen weitgehend in öffentlicher Hand bzw. über diverse Organisationen und Träger verstreut
weitgehend uniformierte Regelung der Einrichtungen und Angebote

universell orientierte Regelung der Einrichtungen und Angebote

neu entstehende Orientierungen

organisierter und geplanter Pluralismus v. Trägerschaften und Verantwortlichkeiten; Aufwertung privater Verantwortung und kommerzieller Akteure
lokal unterschiedliche Konzepte und Angebote innerhalb eines nationalen Rahmenkonzepts
selektive und zielgruppenorientierte Konzepte und Angebote

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

Sind damit die Umriss des entstehenden Systems mit Bezug auf seine Gestalt beschrieben, so kommen im nächsten Schritt entsprechende Steuerungsinstrumente in den Blick, die die Lücken des in den Hintergrund tretenden "sorgenden Staats" (de Swaan 1993) schließen sollen.

2.4.4 Integrierte Steuerung fachlicher und wirtschaftlicher Aspekte

traditionell vorherrschende Orientierungen

prinzipiell nicht begrenztes und konzeptionell bedarfsgesteuertes Wachstum der Leistungssysteme

Einführung von Kostenkriterien ex-post und/oder durch präskriptive Regelungen bei öffentlichen Trägern

Verankerung auf der Ebene der generellen Verwaltung/Trägerorganisation

neu entstehende Orientierungen

explizite Einführung von Kostengrenzen, Prioritäten und Effizienzmaßstäben

systematische Integration durch Einbau v. Anreizeffekten bei allen beteiligten Akteuren

zusätzlich auf der Mikroebene einzelner fachlicher Entscheidungen über (Pflege-)leistungen und -arrangements

Zum momentanen Zeitpunkt ist es leichter und präziser möglich zu bestimmen, was damit nicht gemeint ist, nämlich bloße Deregulierung und eine Freigabe der Qualitätsmaßstäbe - insbesondere nach unten. Eine Kardinalfrage besteht darin, wie die sozialen Aspekte so "integriert" werden können, daß sie entscheidendes Kriterium bleiben. Eine zweite Frage thematisiert den Realgehalt des angezielten "Pluralismus", insofern die Gefahr einer lediglich neu aufgeteilten Domänenlandschaft nicht von der Hand zu weisen ist, auch angesichts der analysierten Steuerungsparadoxien von "mehr Markt" im sozialen Bereich. Eine dritte Frage bezieht sich auf ein ganzes Bündel von Problemen, die mit der Umsetzung in geeignete Planungs-, Steuerungs- und Aushandlungsinstrumentarien zusammenhängen. Über die Schiene der Kostenanreize hinaus lassen sich zumindest in Deutschland wenig ermutigende Ansätze fachlich-planvoll organisierender und verantwortender Instanzen erken-

nen, die einlösen könnten, was als unverzichtbare andere Seite des Pluralismus hier mit ihm zusammengeklammert wird. Genau an diesem Punkt aber wird über die tatsächliche Qualität eines "organisierten Pluralismus" und "managed competition" entschieden.

Wurden u.a. Mängel des Dienstleistungssystems, selbst in seiner "modernen" Variante der ambulant-vor-stationär-Strategie, als Ausgangspunkt der neuen Trends benannt, so sollte inzwischen deutlich geworden sein, daß deren Kritik sich jedenfalls im Schwerpunkt nicht auf strukturell unausweichliche Komponenten der Fremdhilfe an sich, sondern auf empirisch aufgedeckte Mängel der Parzellierung und Loslösung vom Lebenskontext der älteren Menschen richtet. In nicht aufbauenden arbeitsteilig geschnittenen Programmen wird die Person in eine Vielzahl von Bedürfnissen aufgespalten. Die Umsetzung der Orientierung an häuslicher Hilfe geriet in diese Sackgasse insbesondere durch das Korsett von Kostendämpfungsbestrebungen sowie die Dualität zwischen dem gesundheitlichen und sozialen Bereich.

2.5 Politik der Freiwilligenarbeit

Wurde die Darstellung der letzten Abschnitte entlang der Ergebnisse einer international vergleichenden Studie entwickelt, so soll ein vierter darüberhinausgehender Aspekt hinzugenommen werden. Es sind - so läßt er sich thesenhaft zusammenfassen - in allen europäischen Ländern zunehmende sozialpolitische Reformervwartungen und -aktivitäten feststellbar, die sich auf einen spezifischen Ausschnitt des informellen Sektors bzw. der im Altenbereich als politische Strategie erkennbaren "Selbsthilfe- und Aktivitätsförderung" (Dieck 1993: 206) richten: das freiwillig unentgeltliche soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Um gerade im deutschsprachigen Raum nicht von vornherein mißverstanden zu werden, ist zuallererst eine Anmerkung zur gewählten Begrifflichkeit zu machen: Zunächst einmal sollen darunter all jene Aktivitätsformen gefaßt werden, die sich sowohl von der familialen Eigenhilfe als auch von der beruflich-entgeltlichen Dienstleistungsarbeit unterscheiden (vgl. ausführlich Olk 1992). "Kennzeichnend für sämtliche freiwilli-

gen sozialen Tätigkeiten ist (...), daß sie weder aufgrund einer wie auch immer begründeten Pflicht zur Hilfeleistung noch zum Zwecke der Erzielung eines Erwerbseinkommens, sondern ausschließlich als freiwilliger Beitrag mittelbar oder unmittelbar betroffener Bürger zum Wohl bestimmter Gruppen bzw. zum Gemeinwohl erbracht werden. Hiermit ist keineswegs gesagt, daß Personen, die 'freiwillige soziale Tätigkeiten' leisten, überhaupt keine Gratifikationserwartungen hegen, wie dies im Altruismus im engeren Sinne unterstellt wird: entscheidend ist nur, daß sich diese Erwartungen jedenfalls nicht auf ein unmittelbares monetäres Entgelt (im Sinne eines quid pro-quo-Austausches) beziehen" (Olk 1990: 246).

Damit ist eine Abgrenzung zu den Hilfen im sozialen Nahraum ebenso gegeben wie die Vermeidung der jeweiligen vielfach mißverständlichen Konnotationen jener zwei Begriffe, die die Pole der deutschen Diskussion darstellen: Selbsthilfe und Ehrenamt. Bis auf Randbereiche der Selbsthilfe kann der Begriff freiwilliger sozialer Tätigkeiten als übergreifender Begriff für beide Kategorien gefaßt werden, ohne die Probleme fortzuschreiben, die bspw. die mittlerweile viele Jahre währende Kritik des Begriffs des sozialen Ehrenamts (vgl. als frühen Beleg z.B. die bei Schmachtenberg 1980: 18f. angegebene Literatur) herausgearbeitet hat.

Sowohl die Begrifflichkeit als auch viele Beispiele beziehen sich auf den angelsächsischen Voluntarism (vgl. zur Begriffsdefinition van Til 1988: 5ff.) sowie Voluntary action, Volunteering und Voluntary associations als normative Konzepte. Die deutsche Rezeption der sich dahinter verbergenden Praxis und ihrer sozialwissenschaftlichen Thematisierung ist schleppend.¹¹¹ Mit Bezug auf Programme, Ziele, Institutionen und Methoden kann auf die Originalliteratur insbesondere in den angelsächsischen Ländern verwiesen werden. Lediglich an einem im Kontext dieses Kapitels besonders interessierenden Ausschnitt soll die Breite der gemeinten Tätigkeits- und Organisationsformen sowie Einsatzfelder deskriptiv verdeutlicht werden.

111 Es sind nur wenige deutschsprachige Arbeiten, die hierbei eine Ausnahme darstellen. Vgl. z.B. zu systematischen Arbeitsansätzen mit Volunteers an amerikanischen Beispielen Paulwitz (1988) und als Report über Freiwilligenarbeit in England Olk (1991).

Olk hat in einem Report über den Volunteer-Sektor in England dortige Projekte zusammengetragen, die in unterschiedlicher Weise versuchen, Ehrenamtlichenförderung und deren Einsatz in innovativen Settings pflegenaher Tätigkeit mit Älteren zu verbinden (vgl. Olk 1991: 68ff.). In einer Reihe von Projekten wird mit dem Einsatz materieller Anreize zur Mobilisierung von ehrenamtlichen oder freiwilligen Hilfen experimentiert. Häufig handelt es sich dabei um bezahlte NachbarschaftshelferInnen (paid volunteers), denen z.B. ein bestimmter Grundbetrag dafür gezahlt wird, daß sie Älteren in deren Wohnungen helfen. Daneben gibt es "äußerst ambitionierte" (Olk 1991: 69) Vorhaben, denen es um das Aufweichen der Grenzen zwischen Heimunterbringung, Tagespflegeeinrichtungen und der Pflege in der eigenen Häuslichkeit geht.

Betont wird vielfach eine ausgeprägte Verzahnung zwischen freiwilligen HelferInnen und dem professionellen System in wohnbereichsbezogenen Programmen der Sozial- und Altenarbeit, teilweise werden explizit Zuständigkeiten auch finanzieller Art auf SozialarbeiterInnen verlagert, zu deren zentralen Aufgaben u.a. der Einsatz der Freiwilligen mit all seinen Einzelfacetten gehört. Ebenfalls in vielen Fällen ist die Bündelung höchst verschiedener Einzelaktivitäten zu neuartigen Programmpaketen bemerkenswert, was für die Befriedigung der beteiligten Freiwilligen ebenso wichtig ist wie für die "Kundschaft".¹¹²

112 Olk berichtet bspw. von einem Projekt, in dem den freiwilligen FahrerInnen bei ehrenamtlichen Fahrdiensten eine wichtige Rolle zukommt: "Das Programm selbst umfaßt eine ganze Kette von miteinander verknüpften Bausteinen, die von Lunch-Clubs über Tagespflege in nachbarschaftsnahen Clubs und einem (...) Zentrum für geistig verwirrte Alte bis hin zur vorübergehenden Heimunterbringung reichen. Damit dieses Programmpaket erfolgreich sein kann, ist eine gut funktionierende Transportinfrastruktur unerlässlich. In diesem Fall basiert sie auf dem Einsatz freiwilliger Helfer, und sogar die Einsatzpläne und die Koordination werden von einem ehrenamtlichen Helfer gemanagt. (...) Auch die Abstimmung mit den am (Gesamt-) Programm beteiligten SozialarbeiterInnen klappt reibungslos. Die ehrenamtlichen HelferInnen fühlen sich als Teil des professionellen Systems und es macht ihnen offensichtlich Freude, eine persönliche Beziehung zu den alten Menschen aufzubauen, denen sie helfen" (Olk 1991: 71).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

Sehen wir hier einmal ab von den weitreichenden Kontextdiskursen, von denen einige in anderen Abschnitten thematisiert wurden - von der Frauenforschung über einen ökonomistischen Strang der Sozialdebatte bis hin zur kritischen Beleuchtung des Stellenwerts der Wohlfahrtsverbände u.v.a.m. - so lassen sich zentrale Dimensionen des neueren Strangs einer Förderung der Freiwilligenarbeit in Deutschland eher summarisch bezeichnen. Sie beziehen sich zu einem Teil auf ausdifferenziertere Fachdiskussionen, die allerdings im wesentlichen auf die Themen Selbsthilfe¹¹³ und Selbsthilfeförderung¹¹⁴ sowie - schwerpunktmäßig mit anderen AkteurInnen - Ehrenamtlichkeit zielen.

Eine "Politik der Freiwilligenarbeit" existierte in Deutschland schon sehr lange, allerdings im wesentlichen als durch das Subsidiaritätsprinzip begründete Sonderform. "Mobilisierung, Gewinnung, Qualifizierung und Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter gehörten bis heute zu den 'klassischen' Aufgaben freier Wohlfahrtspflege. Der Staat bzw. die Kommunen beschränken sich daher in dieser Hinsicht zumeist darauf, die freien

113 Es ist allerdings einzuschränken, daß Selbsthilfe im Zusammenhang mit der Altersproblematik in der sozialwissenschaftlichen Diskussion vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wurde. Über längere Zeit war man angewiesen auf zwei ältere Studien (Gronemeyer/Bahr 1979 und DZA 1982) sowie einige spärliche Aufsatz- und Buchabhandlungen (vgl. z.B. Schmelz 1991; Halves 1989; Zeman 1986 und 1988). Größeres Interesse fanden im Kontext der Aufmerksamkeit für die sogenannten "Neuen sozialen Bewegungen" Selbsthilfeinitiativen wie bspw. die Grauen Panther (vgl. etwa Dohnicht-Fluck 1984). Allgemeinere Auseinandersetzungen mit der Selbsthilfebewegung widmeten dem altersbezogenen Aspekt bestenfalls einige Randbemerkungen (vgl. als Beispiel Vilmar/Runge 1986). Jüngst wurde eine empirische Studie des Landes Nordrhein-Westfalen vorgelegt, die aktuelles empirisches Material bietet (Reggentin/Dettbarn-Reggentin 1992).

114 Auch hier ist eine solche Einschränkung analog zu machen. So wird etwa im Endbericht des Bundesprogramms zur Selbsthilfegruppenförderung in einer Fußnote angemerkt, daß "Altenselbsthilfe bisher eine quantitativ geringe Rolle spielte und viele Altengruppen eher quartiersbezogen wirkten. (...) Entwicklungen wie die Seniorengenossenschaften und die Seniorenbüros würden allerdings darauf hindeuten, "daß künftig die Altenselbsthilfe als ein eigenständiger Selbsthilfebereich zu fassen sein wird" (Braun/Opielka 1992: 52). Zur Selbsthilfeförderung vgl. den Überblick bei Heinze/Olk/Wohlfahrt (1992: 28ff.), zur Selbsthilfeförderung durch Kontaktstellen vgl. Braun/Greife (1989).

Träger bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen, indem sie ihnen finanzielle Subventionen zukommen lassen. Erst seitdem das öffentliche Interesse an der Nutzung der Ressource 'ehrenamtliches Engagement' angestiegen ist, gerät diese eingespielte Aufgabenverteilung in Bewegung" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 24).

So läßt sich zeigen, daß schon seit den siebziger Jahren Bestrebungen einer Förderung von Freiwilligenarbeit auch auf Länder- und Bundesebene intensiviert wurden. Es handelt sich dabei jedoch bezeichnenderweise in der Regel um Modellprojekte, damals insbesondere im Horizont einer Ausweitung des sozialen Ehrenamts.¹¹⁵ Eine breitere Diskussion hingegen, die insbesondere auch die sich traditionell als Hauptorganisatoren des ehrenamtlichen sozialen Engagements verstehenden Wohlfahrtsverbände einbeziehen würde, kann kaum ausgemacht werden.¹¹⁶ Beide Stränge zusammengenommen aber lassen sich über die vergangenen drei Jahrzehnte immerhin relativ regelmäßig Beiträge zu einer Diskussion über die Förderung ehrenamtlichen Engagements finden (vgl. z.B. Aves u.a. 1973; Kosmale 1967 usw.). In historischer Perspektive wären sie dabei nach von Kondratowitz (1983) lediglich als jüngster Schub periodisch wiederkehrender Ehrenamtsthematisierungen zu interpretieren.

115 Vgl. bspw. die durch das damalige BMJFG geförderten Modellprojekte: Büro für Stadtplanung und Sozialforschung (1979); Schmachtenberg (1980); Backes (1982); Geiger/Göpfert (1982). Bei diesen ist augenfällig, "daß mittels der Verknüpfung von kreierten Modellprojekten, die die zu untersuchenden Felder überhaupt erst bereiteten mit Begleitforschungsaufträgen, die Effizienz und prinzipielle Übertragbarkeit evaluieren sollten, der Ehrenamtsdiskurs durchgängig eine Akzentuierung auf die Entwicklung und Erprobung von Handlungsstrategien erhielt, die soziale Dienste, Bildungsinstitutionen und berufliche Mitarbeiter (Fachkräfte) anregen und berücksichtigen sollten, wenn sie sich mit Erfolgsaussicht darum bemühen wollen, Elemente der Ehrenamtlichkeit, der Nachbarschaftshilfe und auch der Selbstorganisation in ihre Arbeitszusammenhänge und Leistungsperspektiven einzubeziehen" (Schmidt 1991: 11).

116 Eine wichtige Ausnahme wird von Bock (1976) repräsentiert. Zur Interpretation dieses frühen Beitrages im Licht der bzw. Kontrast zur Strukturwandel-Argumentation, wie sie insbesondere von Olk vorgetragen wird, vgl. Schmidt (1991: 1ff.).

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

In der jüngsten Zeit waren dabei die Vorreiter auf der politischen Ebene der Berliner Sozialsenator Fink, Dettling (damals BMJFG) und andere. Breitere Aufmerksamkeit erlangten insbesondere die Programme im Rahmen der "neuen" Berliner Sozialpolitik.¹¹⁷ Der "neue Generationenvertrag" (Fink 1988) hat eine "neue Kultur des Helfens" zur Grundlage. "Er bietet den ideologischen Überbau für eine verstärkte oder zumindest nicht nachlassende Inpflichtnahme von Einzelpersonen für soziale Dienstleistungen außerhalb ihres engen familialen Bereiches, dem sie sich jenseits aller Politik verbunden fühlen. Doch hat die Politik in ihrem Versuch einer Übermittlung von Sinnvorstellungen und Verpflichtungsgefühlen wenig mehr in der Hand, als sie ohnehin für die (...) Aktivitäts- und Selbsthilfeförderung einsetzt. Im Kontext dieser Diskussion zur Altenpolitik ist hervorzuheben, daß auch die Alten explizit als Helfende und Gebende angesprochen werden, ganz im Sinne des aktiven, die Gesellschaft mitgestaltenden alten Menschen" (Dieck 1993: 208).

Betrachtet man die bis heute herausgebildeten Förderanstrengungen, so lassen sich in der Infrastrukturpolitik zur Förderung ehrenamtlichen sozialen Engagements zwei Konflikt- bzw. Bruchlinien ausmachen: nämlich einmal die "Trennung zwischen Förderung von Selbsthilfe einerseits und Förderung von Ehrenamt andererseits sowie zweitens die Aufspaltung in eine Politik der fachübergreifenden Querschnittsförderung von Selbsthilfe und Ehrenamt sowie eine sektorale Politik der Förderung, die das freiwillige Engagement in bestimmten Politikfeldern unterstützt" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 27).

Eine wenigstens in Ansätzen auch in Deutschland ausgebildete und in Maßen kontinuierliche Förderungspolitik hat sich im wesentlichen auf Selbsthilfe und dort auf zwei Instrumente konzentriert: Zum einen die direkte finanzielle Förderung durch die Bereitstellung entsprechender haushaltlicher Mittel, zum anderen die infrastrukturelle Förderung von Selbsthilfe durch die Einrichtung sogenannter "Selbsthilfe Kontakt- und Ressourcenstellen" (vgl. dazu ausführlich Olk 1990: 251ff.). Untersucht man die Förderpolitik allerdings nach Finanzvolumen und Fördermodali-

117 Vgl. z.B. die Dokumentation des großen 1984 abgehaltenen Berliner Kongresses "Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik" (Fink 1985).

täten, ergibt sich, daß "eine erhebliche Diskrepanz zwischen der politischen Thematisierung und symbolischen Anerkennung von Selbsthilfegruppen und -initiativen und ihrer tatsächlichen materiellen Unterstützung besteht" (Olk 1990: 253). Im Kontext des Kontaktstellenansatzes läßt sich registrieren, daß sich ein geschlossenes Berufs- und Kompetenzprofil von SelbsthilfegruppenunterstützerInnen herausbildet. Auf Möglichkeiten, mit und mithilfe von Selbsthilfegruppen zu arbeiten, wird im Zusammenhang des Netzwerkansatzes eingegangen werden.

Neben den genannten Instrumenten bestehen in dem disparaten Bereich von Förderungsbemühungen einige Kristallisationspunkte der Diskussion, die im wesentlichen wie folgt umrissen werden können.

Im Kontext der Debatte um den Strukturwandel des Ehrenamtes und im Feld der Selbsthilfe um die "Staatsknete" geht es auch um *Bezahlung*. In vielen Ländern nicht nur in Europa existieren heute eine Fülle von Praktiken einer Vergütung für freiwillige Mitarbeit. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich pragmatisch entwickelt haben, daß sie öffentlich eher wenig diskutiert werden und zumeist nicht - jedenfalls nicht erkennbar - als Teil einer kohärenten Strategie angesehen werden können. Evers/Leichsenring/Pruckner (1993a: 232) stellen in einer vergleichenden Studie über Pflegegelder und Vergütungen für freiwillige Mitarbeit bezüglich der letzteren fest, daß sie sich als relevante Praxis in der großen Mehrheit der untersuchten Länder deutlich verbreitet haben.

Die Charakterisierung der Bezahlungsmodi als pragmatisch herausgebildet entschlüsselt sich zwischen den Polen von Anreizabsicht und Gerechtigkeitsmotiven. Nicht immer werden sinnvolle Kompromisse geschlossen, weshalb eine entscheidende Leitfrage für künftige Arrangements lauten müßte: "Wie könnten speziell solche Regelungen und Maßnahmen für den Bereich der vergüteten freiwilligen Mitarbeit aussehen, die helfen, die Unterschiede und Grenzen zu unerwünschten Praktiken und Arbeitsformen deutlicher zu ziehen (also z.B. zur oft wenig respektierten, gesicherten und entlohnten Hilfsarbeit/geringfügigen Arbeit als zwangsweiser Praxis gegenüber Frauen, die sich hier aus Mangel an Alternativen oft gezwungenermaßen verdingen)?" (Evers/Leichsenring/Pruckner 1993a: 233). Mit den Pflegegeldern ist bereits eine Brücke geschlagen zu Formen, bei denen es sich nicht unbedingt um di-

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

rekte Bezahlung, sondern auch um weitergefaßte *sozialrechtliche Absicherungen* handelt.

Sowohl auf der Grundlage von Rekrutierungs- als auch Gerechtigkeitszielen wird die Debatte geweitet unter dem Label *Gratifikationen*, worunter die unterschiedlichsten Elemente verstanden werden. Das reicht von öffentlichen Anerkennungen bis zu gemeinsamen Essen oder Sachgeschenken, von dem Angebot geselliger oder kultureller Veranstaltungen bis zu Schulung, Bildung und Begleitung. Auch diese Elemente dienen in diesem Kontext nicht nur oder nicht einmal vorwiegend einer Verfachlichung der Arbeit, sondern zielen darauf, durch eine Verbesserung der als nicht angemessen erachteten Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement Rekrutierung zu unterstützen (vgl. den Überblick über Initiativen insbesondere von Länderseite Schmidt 1991: 8ff.). Schließlich wird noch der Prozeßnutzen der Arbeit unter Gratifikationsgesichtspunkten deutlich zu machen versucht, indem nicht nur auf das Muster "helfender Hände" abgezielt wird, sondern daneben auf den "Eigenwert" der Arbeit. Inhaltlich gesehen ergibt sich in unterschwelliger oder expliziter Thematisierung ein wichtiger Sonderdiskurs über *Freiwilligenarbeit im Bereich der Pflege* (vgl. Abrams/Bulmer 1985; Olk 1991: 66ff.). Dabei werden freiwillige Tätigkeiten sowohl als Lernfeld z.B. für spätere häusliche Pflege in den Blick genommen wie der umgekehrte Sachverhalt.

Die Situation in Baden-Württemberg läßt sich mit dem Hinweis zusammenfassen, daß sich eine ganze Reihe von Projekten unter die Politik der Freiwilligenarbeit subsumieren lassen. Und eines davon stellen die Seniorengenossenschaften dar, die sowohl bezüglich der genannten Instrumente als auch der Kristallisationspunkte der Debatte mit einem breiten Profil entsprechender Ansätze experimentieren.

Insofern sich all die genannten Elemente auch auf staatliche Strategien beziehen, ist immer deren Doppelcharakter in Rechnung zu stellen. "Das Ziel staatlichen Werbens ist dabei immer ein zweidimensionales: Einerseits sollen Kampagnen den Trägern sozialer Dienste ehrenamtliche Mitarbeiter zuführen, andererseits aber ist mit der Ehrenamtswerbung auch die Propagierung einer sozialpolitischen Leitlinie verbunden,

C Agenda wohlfahrtspolitischen Umbaus

die sich absetzt von der Ausweitung sozialstaatlicher Interventionen"
(Schmidt 1991: 7).

3 Zusammenfassung und Bewertung

Eine wichtige Dimension der bis hierher identifizierten "Shifts" konnte und sollte nicht beantwortet werden, die Frage nach deren empirischer Wirkungsmächtigkeit. "As is frequent with social innovation, the issue is whether the experiment is a forerunner of broad policy changes or becomes encapsulated, restricted to a narrow slice of the policy arena and gradually declining in significance as it placates critics of mainstream policies" (Miller 1990: 384f.).

Geleistet werden sollte zunächst eine Identifizierung und Konturierung von "Trends", neuen ordnungspolitischen Mustern und dahinter sich ankündigenden "Paradigmenwechseln" im Feld sozialer Wohlfahrt auf der Basis internationalen Vergleichs. Der damit geschaffene Bezugsrahmen soll es ermöglichen, die Vielfalt heterogener und widersprüchlicher Einzelelemente wohlfahrtsstaatlichen Umbaus in Ansätzen einer Gesamtbeurteilung zuzuführen.

Aus dem zusammenfassenden Bericht der internationalen Untersuchung seien abschließen lediglich einige kurze Hinweise zum Problemfeld Beharrung und Wandel angeführt. "Except the UK, which has undergone consciously-initiated drastic social changes, in nearly all other countries there seem to exist what the Italian (...) paper has called a 'jammed up' situation and a high degree of immobility on the central levels of decision-making and in the care areas of societies' institutions and organized interests. At the same time the papers feature micro-types of social innovations as a complementary side of this phenomenon. It is remarkable that state action, interventions and programmes of big social organizations linked to such micro-innovations are mostly labelled as 'time limited', 'provisional' and an exception from general rules to be still safeguarded. In such a situation it is a most crucial question, to perceive correctly the complicated links between 'normal' patterns and dissidence, tradition and innovation, which become visible here" (Evers/Wintersberger 1990a: 407).

"The difficulties in sharing care between family members, friends, neighbours and the state should not be underestimated (...). But there are some initiatives which suggest that it is possible to provide care to elderly people with disabilities in the community without increasing the burden on female kin. (...) But the need to share care more equitably between the state and family and especially between family members has yet to be faced squarely by policy-makers" (Walker 1983: 128).

D Differenzierung und Neuformatierung sozialer Altenarbeit - am Beispiel Seniorengenossenschaften

In unterschiedlichen Zugriffen wurde versucht, Seniorengenossenschaften in ihrer spezifischen Qualität einzufangen: beschreibend nach Programm und Gestalt - eng am Modell entlang -, verortend in internationalen Trends - im Kontext allgemeiner wohlfahrtsstaatlicher oder altersbezogener Modelle und Politikansätze. Damit ist einerseits die Informationsbasis zu dem Modellprojekt, andererseits auch ein allgemeiner sozialpolitikorientierter Bezugsrahmen geschaffen. In diesem Teil der Arbeit sollen in einer Zusammenschau die eingangs formulierten "Kardinalfragen" wiederaufgenommen werden. Es werden die wichtigsten Funktionen bestimmt, die jene Initiativen und Ansätze, für die die Seniorengenossenschaften hier als exemplarisches Beispiel begriffen werden, aufweisen bzw. ihrem konzeptionellen Potential nach aufweisen könnten. In ihrer Kombination und Verschränkung innerhalb der einzelnen Initiativen erhalten sie je unterschiedliche Gewichtung.

Es sind Funktionen, die sie keineswegs exklusiv übernehmen. Deshalb werden sie in diesem Kapitel von vornherein im Kontext einer breit verstandenen Arbeit (auch) mit Älteren bzw. Sozialpolitik (auch) für Ältere verhandelt. Je nach Funktion kommen damit unterschiedliche konkurrierende Institutionen und Settings als Bezugspunkte in den Blick. In erster Linie sind das die professionellen sozialen Dienste, die Organisationen ehrenamtlicher Arbeit, aber auch das Erwerbsarbeitssystem, die Institutionen sozialer Sicherung und am anderen Pol die Sphären des sozialen Nahraums.¹¹⁸

118 Einige der Funktionen finden sich wieder in der Kategorisierung der wichtigsten

Handlungsfelder in Selbsthilfeszusammenschlüssen (vgl. Halves/Trojan/Wetendorf 1987). "Selbsterhaltung der Gruppe' umfaßt diejenigen Handlungen, die auf die Gründung, den Erhalt und die Weiterentwicklung einer Gruppe abzielen und nicht primär anderen Handlungsfeldern zuzuordnen sind, z.B. Mitgliederrekrutierung oder Ressourcensicherung. (...) 'Gegenseitige Hilfe'.

D Neuformatierung sozialer Altenarbeit

umfaßt den wechselseitigen Erfahrungsaustausch und die wechselseitige Unterstützung zur Bewältigung der gemeinsamen Probleme. (...) 'Interessenvertretung' beinhaltet jene Handlungen der Gruppe oder der Gruppenvertreter, die die offiziellen oder inoffiziellen Ziele der Selbsthilfegruppen gegenüber dem formellen System und der übrigen Umwelt durchsetzen sollen. 'Geselligkeit' umfaßt diejenigen Handlungen der Gruppenteilnehmer, die primär der gemeinsamen Freizeitgestaltung dienen. 'Fremdhilfe' ist die Hilfestellung von Gruppenmitgliedern für andere Menschen (insbesondere Gleichbetroffene) in und außerhalb der Gruppe, ohne daß die Helfenden Gegenleistungen erwarten" (Halves 1989: 142). Sowohl die Betonung auf Handlungen und mithin der intentionale Charakter, die Ausblendung unbewußter Wirkungen, die einem engeren Selbsthilfebegriff geschuldete inhaltliche Akzentsetzung und die damit für unseren Kontext einhergehende mangelnde Trennschärfe lassen eine bloße Adaption dieses Kategoriensystems als nicht geeignet erscheinen

D Neuformatierung sozialer Altenarbeit

Mit der Zusammenschau ist der Anspruch verbunden, zum einen ein differenzierteres Bild augenblicklich erfolgender wohlfahrtsstaatlicher Modernisierungsprozesse zu erlangen, zum anderen anhand deren theoretischer Analyse in Ansätzen auch politische Kriterien zu deren Bewertung zu gewinnen, um Forderungen zu deren Gestaltung anzuschließen.

1 Engagement zwischen Selbsthilfe, Ehrenamt, Bürgerinitiativen und Staatstätigkeit

Bevor die einzelnen Funktionen herausgearbeitet werden, ist in einem ersten Schritt zunächst eine vorläufige Klärung der Sozialform zwischen Initiative und Institution und des Engagementtypus zwischen Selbsthilfe, sozialer Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftlichem Einsatz zu unternehmen. Die Seniorengenossenschaften werden als Initiativen von Menschen gesehen, die einerseits sozialpolitische Funktionen (z.B. als Bedarfsausgleichssysteme) erfüllen, andererseits ein eigenes - nur teilweise auf den Wohlfahrtsstaat bezogenes - Selbstverständnis artikulieren. Die allgemeinste These in diesem Kapitel lautet, daß im Verhältnis zu Selbsthilfeinitiativen, sozialem Ehrenamt und Bürgerinitiativen eindeutige Abgrenzungen selten möglich, dynamische Überschneidungen dagegen in vieler Hinsicht festzustellen sind.

Wieder ist ein Stück weit Diskursanalyse notwendig, ohne daß eine solche hier weitergehend einzulösen wäre. Denn zwischen ideologischem Anspruch und empirischer Gestalt herrscht nicht zwangsläufig Übereinstimmung.

Vier Themenkomplexe werden beleuchtet, als Fragen formuliert: Erstens: Welchen Stellenwert hat das Postulat der Selbstorganisation und der autonomen Gestaltung von Inhalten, Prozessen und Formen? Zweitens: Inwieweit ist solche Selbststeuerung auch Selbstläufer bzw. welche Form von Formalisierung oder Förderung benötigt sie? Drittens: Wie lassen sich die neuen Initiativen im Koordinatensystem von Selbsthilfe, Ehrenamt und Bürgerinitiativen verorten, insbesondere auch mit Blick auf die eingenommenen Rollen der Beteiligten? Viertens: Ist jenes Amalgam aus freiwilligem Sozialengagement und politikorientierter Verantwortungsübernahme Element eines sich abzeichnenden Umbaus sozialstaatlichen Demokratie- und Gesellschaftsverständnisses?

1.1 Selbstorganisation und autonome Gestaltung

Insbesondere der Aspekt der Selbstorganisation wurde betont, die Anknüpfung an das Genossenschaftswesen aber auch die gesamte Semantik rund um die Programm- und Ausschreibungspapiere sowie die Geschäftsstelleninformationen unterstreichen dies. Bis heute wird daran festgehalten, allerdings wird Selbstorganisation inzwischen weniger als Rezept denn als Weg und anspruchsvolles Lernziel formuliert.¹¹⁹

Selbstorganisation im umfassenderen Sinne aber geht über Selbstverwaltung hinaus, wenn sie auf Demokratie, Mitgestaltung und Selbstbestimmung bezogen wird. In diesem Verständnis macht es Sinn, die gesellschaftliche und die individuelle Dimension zu trennen. "Die auf kollektive Artikulation orientierten Ansätze stellen an den Einzelnen den Anspruch, Formen von Solidarität, Hilfe, gemeinsamer Interessenvertretung und Teilhabe mitsamt entsprechender Institutionen individuell mitzutragen. Die von der Freiheit des Einzelnen ausgehenden Ansätze mit ihren Ansprüchen auf die Herstellung von mehr persönlichen Freiheiten zielen hingegen eher darauf ab, diesen durch institutionelle Arrangements von spezifischen Anforderungen, Gehorsamsregeln oder Verpflichtungen und Beschränkungen zu befreien und zu entlasten" (Evers/Leichsenring/Pruckner 1993: 25f.).

Auch von dieser Dimensionierung her stoßen wir wieder auf die "breitbandige", schwer begrenzbar Konzeptionscharakteristik der Seniorengenossenschaften. Wenn das Programm also - wie vorn gezeigt - im Kontext von Seniorenselbsthilfe konzipiert wird, ist dies ein extrem aufgeladener und gewiteter Begriff von Selbsthilfe. So finden sich sowohl auf der Ebene abstrakter Zielformulierungen als auch in konkreten Aktivitäten die gesellschaftliche *und* die individuelle Dimension. Ausbuchtabiert sollen sie in autonomer Gestaltung werden, die sich auf Inhalte, Prozesse und Formen erstrecken sollen.

119 "Die Bereitschaft zum gegenseitigen sozialen Tausch wächst deutlich, während die Ernüchterung über die Mühen einer umfassenden Selbstverwaltung von Projekten, Agenturen und Diensten anhält - dies zeigt das Projekt 'Seniorengenossenschaften' in Baden-Württemberg" (Hummel 1993: 225).

D Neuartiger Engagementtypus

Auch Selbstorganisation und autonome Gestaltung bewegt sich nicht im luftleeren Raum, trifft auf mehr oder minder förderliche Rahmenbedingungen und ist beeinflussbar. Für die Bereiche des sozialen Nahraums und der freiwilligen sozialen Tätigkeiten ist eine entsprechende politische Aufmerksamkeit gezeigt worden. Mit anderen bekannten Modellen der Förderung von Selbsthilfe und informellen Aktivitäten haben die Seniorengenossenschaften in der ersten Förderphase direkte Finanzmittel und Hilfen in Form von Infrastruktur (Geschäftsstelle, Bildungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote) usw. gemein. Darüberhinaus versucht die Geschäftsstelle in vieler Beziehung, überregional auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen hinzuwirken. Auf der Grundlage der Einsicht, daß ohne Förderung vieles nicht geht, mit mancher Förderung allerdings manches kaputt geht, wäre es interessant, die Geschäftsstellentätigkeit genauer z.B. unter Gesichtspunkten des Empowerment zu evaluieren. In vieler Hinsicht scheinen hier eigenwillige und vielversprechende Ansätze vorzuliegen. Dem steht eine Einschätzung der vordergründigen Erfolge nicht unbedingt entgegen.

Die bisherige - ja noch relativ kurze - Phase einschätzend, formuliert der Sachverständigenkreis: "Die Seniorengenossenschaften wurden (...) kein 'Selbstläufer', es kam bisher nicht zu einer Breitenbewegung oder gar zu einer 'flächendeckenden' Multiplikation" (Stellungnahme 1993: 3). Angesichts dessen, daß es sich um *gestützte* Formen von Selbstorganisation handelt, ist nicht ausgeschlossen, daß in mittelfristiger Perspektive ein eher disparates Feld übrigbleibt, in dem einige der Initiativen stagnieren, andere sich eher spezialisieren und nur wenige neu gegründet werden, falls die ständige Moderation seitens des Sozialministeriums wegfiel. Auch mit Blick auf die Seniorengenossenschaften darf die insgesamt große Resonanz und mitgliederbezogene Expansion nicht dazu verleiten, sich die Dynamik einer autonomen sozialen Bewegung "von unten" vorzustellen.

1.2 Institutionalisierung und Rollen zwischen Selbsthilfe, Ehrenamt und Bürgerinitiativen

Kategoriale Typenbildungen, um die drei Typen Selbsthilfe, Ehrenamt und Bürgerinitiativen bzw. auch weiter ausdifferenzierte Sozialformen voneinander abzugrenzen, sind weit verbreitet. Auch in der vorliegenden Untersuchung wird mit ihnen gearbeitet. Es wird hier die These vertreten, daß sie in analytischer Hinsicht weiterhin Sinn machen, in der Konfrontation mit der empirischen Realität aber in immer größeren Bereichen nicht mehr greifen. Angesichts dessen, daß sie sich je auf ein ganzes Bündel von Dimensionen beziehen, von deren gesamten Merkmalsausprägungen sie in der Regel je eine bestimmte Variationsbreite oder gar nur einen Pol eingrenzen, gehorchen ihnen die real vorfindlichen Personen, ihre Verhaltensäußerungen und Motivationshorizonte nicht mehr.

An den Seniorengenossenschaften läßt sich zeigen, daß dies genauso von der Seite der Institutionen bzw. Organisationen her geschieht. Eine allgemeine These lautet: Die Institutionalisierungsform versucht, gemeinwesenorientiert Selbsthilfe-, Ehrenamts- und Bürgerinitiativfunktionen zu bündeln. In einem Teil agieren die Initiativen vorwiegend im politischen System, zu einem anderen Teil sind sie direkt in der ökonomischen Leistungserstellung i.e.S. tätig, ein dritter schließlich läßt sich am ehesten mit Bezug auf individuelle und kollektive soziale Integration fassen. Im Kontext der weiter oben getroffenen Unterscheidung von Teilhabedimensionen zählen Seniorengenossenschaften somit zu jener "Reihe von jüngeren Projekten, die (...) Anstöße zu neuen zeitgemäßen Formen eines gemeinschaftlichen Engagements geben wollen, bei denen gleichzeitig auf individuelle Interessen Bedacht genommen wird" (Evers/Leichsenring/Pruckner 1993: 32).

In dieser Situation werden höchst verschiedene begriffliche Strategien vorgeschlagen. Sehr häufig wird weiterhin an den die Engagementformen bisher dimensionierenden hergebrachten Bezeichnungen festgehalten und versucht, ihnen je ureigene Merkmale oder Merkmalskataloge zuzudefinieren. So werden teilweise richtig und sensibel beobachtete

D Neuartiger Engagementtypus

Entwicklungen unbeholfen in Begriffsvorschlägen zurechtfrisirt. Dies soll an zwei Beiträgen zur sozialen Selbsthilfe verdeutlicht werden.

Für Vilmar und Runge ist der Wille zur autonomen gesellschaftlichen Gestaltung Grundlage aller sozialen Selbsthilfe. Als "Kernsubstanz aus Hunderten von Gruppenberichten" filtern sie den "Aufbruch aus dem Untertanenstatus, Patientenstatus, Arbeitnehmerstatus - ja sogar den Aufbruch aus dem Status des Protestierenden, (...) in den Status des gesellschaftlich Gestaltenden, selbst ein Stück humanerer Gesellschaft schaffenden" (Vilmar/Runge 1986: 21) heraus. Bei aller Vielfalt und Breite in Zielen, Form usw. sei dieser Aspekt das allen Initiativen Gemeinsame. Dieses Postulat der autonomen gesellschaftlichen Gestaltung erlaubt in sinnvoller Weise auch eine Konturierung der Senioren-genossenschaften. Es paßt zu deren ebenfalls um Selbstorganisation und Autonomie herumkonstruierten Selbsthilfebegriff. Es birgt aber ebenso die Schwierigkeiten eines sich analytisch ausgebenden aber letztlich programmatisch aufgeladenen Selbsthilfebegriffs.

Das gleiche Autorenpaar versucht an anderer Stelle einen ähnlich strukturierten Versuch, der indes in der Benennung von acht Handlungsnormen zunächst noch normativer angereichert scheint. Sieht man von den programmatisch hochbesetzten Leitbegriffen ab, so wird im Grunde eine ganze Klasse von Engagementtypen beschrieben, die vielfache Mischungsverhältnisse und Schwerpunktsetzungen aufweisen können. Wiederum würde dieser Zugriff auf Senioren-genossenschaften recht präzise passen.¹²⁰ Allerdings wird an ihm noch deutlicher, daß ein

120 "Autonomie: Handeln aufgrund selbstbestimmter Vereinigung (...), nicht veranlaßt und geleistet von einer Organisationszentrale; *Selbstgestaltung*: Handeln als freiwilliges Mitgestalten, nicht nur Mitbestimmung gesellschaftlicher Tatbestände (...); *Solidarität (Sozialengagement)*: Handeln nicht nur für sich, sondern auch für andere bzw. ein größeres Gemeinsames (...); *Betroffenheit*: Handeln in einem überschaubaren, von den Handelnden kompetent mitgestaltbaren gesellschaftlichen Bereich (...); *Graswurzelrevolution* (...); *Basisdemokratie* (...); *Kooperationsbereitschaft*: Handeln, das die kritische Zusammenarbeit mit kooperationswilligen Verwaltungen und Verbänden nicht ausschließt (...), vor allem die finanzielle Förderung (...) von Seiten des Staates; *Subsidiarität* (Dezentralisierung): Handeln, das sozialstaatliche Leistungen nicht zu ersetzen, sondern umzugestalten versucht; durch Abbau zentralistischer (...) (und; U.O.)

solcher Selbsthilfe-Begriffscluster eher die politischen Ladungen zu fassen vermag. Für sozialwissenschaftliche Analyse ist er zu sperrig. Beiträge zur Altenselbsthilfe sind mit dem gleichen Dilemma behaftet (vgl. z.B. Schmelz 1991: 80f.). Schließt man sich einer solchen Typologie allerdings in der Absicht an, um von vornherein - wenn es um Motivationen geht - insbesondere Gemengelagen in ihrer Komposition besser analysieren zu können, so erübrigt sich die Frage nach "reinen" Typen des Altruismus oder Egoismus. Statt dessen ist fruchtbarer auszugehen von "motivational multiplicity" (van Til 1988: 25).¹²¹

Damit sind Seniorengenossenschaften einzuordnen in eine - trotz aller für Deutschland komparativ zu verzeichnenden Verzögerung - in vielen Städten und Gemeinden existierende Selbsthilfe-, Projekt- und Initiativszene, die Evers/Leichsenring/Pruckner (1993: 33) wiederum mit Blick auf die gesellschaftliche bzw. individuelle Identität so abgrenzen: "Von den traditionellen Vereinen unterscheidet sie oft der größere Platz, den hier gesellschaftspolitische Anliegen einnehmen, sowie das Selbstverständnis, 'neue Dinge' anzugehen; von den Teilhabekonzepten der Demokratisierungsphase unterscheidet sie, daß Selbstfindung und Gruppenidentität eine wichtige Rolle spielen. Viele dieser Gruppen mischen sich durchaus ein, wollen Unterstützung oder Antworten von der etablierten Politik, aber sie lassen sich Rhythmus und Thematik einer solchen gemeinsamen politischen Beteiligung nicht von der Politik diktieren".

Gemengelagen zeichnen auch die verfügbaren Rollen aus, die von verschiedenen Personen in über die Zeit je wechselnden Überlagerungen und Schwerpunktsetzungen übernommen werden. Denn Ältere treten in Seniorengenossenschaften in höchst unterschiedlichen Rollen auf, nicht nur als KlientInnen oder HelfenehmerInnen einerseits, HelferInnen andererseits, sondern zugleich in der Staatsbürgerrolle, als KonsumentInnen usw. Nacheinander oder auch gleichzeitig können durchaus entgegengesetzte Rollen - gerade bezüglich sozialer Hilfen - aktualisiert werden (vgl. Hummel 1993a: 269). Für eine moderne Altenarbeit ist

Aufbau dezentraler, autonomer, gesellschaftlicher Selbstorganisation oder Mitarbeit aktiver Bürger" (Vilmar/Runge 1986: 51).

121 Van Til zeigt in einem Review, daß dies auch Ergebnis der wichtigeren Forschungen zu Motivationen von Volunteers ist, vgl. van Til (1988: 24ff.).

D Neuartiger Engagementtypus

dieser Aspekt von richtungsweisender Bedeutung. Riley und Riley machen die "Optimierung von Rollenmöglichkeiten für alte Menschen" zum Bezugspunkt einer allgemein konzipierten Strategie, um die Qualität des Alterns zu erhöhen. In analytischer Hinsicht bauen sie auf dem "zentralen Dilemma der Diskrepanz zwischen den Stärken und Fähigkeiten einer wachsenden Anzahl alter Menschen in den westlichen Industrienationen und den unangemessenen Rollenstrukturen (auf; U.O.), die diese Gesellschaften für die Anwendung, Belohnung und Erhaltung dieser Fähigkeiten bereitstellen" (Riley/Riley 1992: 437).

Dieses Charakteristikum in Verbindung mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit und des reziproken Austausches ist für die Seniorengesellschaften zentral und - zumindest in der Klarheit der Formulierung eines diesbezüglichen Anspruchs - relativ selten.¹²²

122 Koch-Arzberger/Schumacher unterstreichen einen solchen Befund auf der Grundlage einer Sichtung entsprechender Forschungen zu Modellprojekten und Initiativen. "Aus unseren Untersuchungsergebnissen läßt sich mit einiger Sicherheit schließen, daß der Versuch einer Auflösung der starren Rollenteilung in Helfer einerseits und Hilfsbedürftige andererseits die grundlegendste sozialpolitische Neuerung im Konzept der 'Privaten Unterstützungsnetze' und damit Herausforderung für die praktische Arbeit ist. Gegenseitigkeit und Austausch von Leistungen haben wir ausschließlich gefunden bei Selbsthilfegruppen im engeren Sinne, d.h. bezogen auf eine gleichartige Problemlage, die die Mitglieder der Initiative verbindet" (Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 67).

1.3 Neuer Typus bürgerschaftlicher Verantwortungsübernahme

Spätestens mit dem Erstarren des Neokonservatismus läuft wieder der Paradigmenstreit bezüglich der normativen Grundlagen des Wohlfahrtsstaates verstärkt an. Er hat - wie in den Auseinandersetzungen um den Wohlfahrtsmix deutlich wurde - nicht nur vielfältige Wirkungen auf Begründungsmuster und Praxis des Umbaus von Sozialstaatlichkeit, sondern diese wirken wiederum auf ihn zurück. Im Zentrum steht die Auseinandersetzung um soziale Rechte, die eine lange Tradition hat (vgl. Marshall 1964), und um das Verhältnis zwischen gesellschaftlich-öffentlicher und privater Sphäre.

Inzwischen existieren neben einer deutlich als neokonservativ zu bezeichnenden Position (vgl. zu deren Kritik Dubiel 1985) Ansätze, die deren Herausforderung kritisch aber offensiv anzunehmen trachten. Um der wohlfahrtsstaatlichen Idee sozialer Rechte willen bemühen sie sich um Schritte zu einer "neuen Theorie sozialer Verpflichtung" (vgl. Culpitt 1992) - explizit auch unter dem Aspekt der Wechselseitigkeit. Hierfür gibt es u.a. auch handfest politische Gründe: "As long as the current paradigm of welfare remains focused solely on arbitrary and autonomous claim rights and develops no theory of social obligation the defensive reaction of those without will continue" (Culpitt 1992: 33).

Was in den Bemühungen rund um das Berliner Plädoyer für einen neuen Generationenvertrag zwar angelegt war, aber offensichtlich in eher kleinteilige spezialisierte Engagements mündete, scheint in den Seniorengenossenschaften in der Tat neu und umfassender aggregiert: "Zweifellos stellen die Seniorengenossenschaften eine neue Form bürgerschaftlicher Beteiligung Älterer dar. Daß Ältere selbst sich stärker beteiligen, sie ihre Interessen artikulieren und auch entwickeln sollen - hierüber besteht heute weitgehender Konsens. Dieses bürgerschaftliche Engagement wird offenbar auch in den Orten mit Seniorengenossenschaften begrüßt und positiv bewertet" (Stellungnahme 1993: 2).

Die allgemeinere und inzwischen fast schon traditionsreiche Debatte über den Stellenwert partizipationsorientierter (neuer) sozialer Bewegungen soll hier nicht vertieft werden. Bemerkenswert ist sicher das Auf-

D Neuartiger Engagementtypus

treten der Älteren in diesem Kontext in der bereits angerissenen Mischung aus politischen Protestansätzen und politischer Mitarbeit, aus Selbstbestimmung und Fremdhilfe. Seniorengenossenschaften sind hier zu verstehen als Vertreter der gerade in Deutschland relativ selten anzutreffenden "community"-orientierten Bewegungen im Altenbereich, die entweder lokal oder sozial an der Schnittstelle zwischen dem privat-gemeinschaftlichen und dem gesellschaftlichen Bereich operieren, also zwischen Nachbarschaft und lokaler Stadt(-teil)-Öffentlichkeit, oder im Grenzbereich zwischen den Bedürfnissen einer bestimmten kulturellen Gemeinschaft und gesamtgesellschaftlich vermittelten Anspruchs- und Toleranzräumen. Das weist über Gray Panthers, Seniorenbeiräte usw. in mehreren Dimensionen hinaus.

Auf einen weiteren Akzent soll hier noch etwas genauer eingegangen werden, da er die besonderen qualitativen Herausforderungen in einem entwickelten Wohlfahrtsstaat im Umbruch deutlich anzeigt. Faszinierend zu Beginn der Entwicklung der Seniorengenossenschaften war der bürgerschaftliche Diskurs über den Umgang mit wachsendem Pflege- und Hilfebedarf. Er wurde teilweise - in einer Spezialisierungs- und Vereinigungsbewegung - überführt in lokal spezifische Spezialvorhaben oder Institutionen.

Das mag im Sinne einer Konsolidierung für eine gewisse Phase notwendig sein, die Frage aber stellt sich immer neu: Wo sind heute die Teilöffentlichkeiten zwischen dem privaten Management in Pflegesituationen einerseits, dem Sicherungssystem andererseits? Dem Potential nach könnten Seniorengenossenschaften dazu beitragen. Sie "decken z.T. auch Versorgungslücken. Dies reicht bis zu den professionellen Altenhilfeangeboten im schwierigsten Versorgungsbereich, der Bewältigung von Pflegebedürftigkeit durch dafür geschaffene institutionalisierte, bürgerschaftliche Formen. Dies sollte als kultureller Fortschritt interpretiert werden: es gibt zwar Selbstorganisationen von Angehörigen, fachlich geleitete Gruppen für Angehörige - dies sind jedoch nur Teilöffentlichkeiten. Pflege nicht nur als individuelles, als Angehörigen- und dann Professionellen-Problem, sondern auch als gemeinschaftliches Problem zu sehen und gemeinsam zu bewältigen, hat dagegen eine neue Qualität" (Stellungnahme 1993: 3).

In der Verschränkung der beiden hier dokumentierten Diskurse wird ein Begriff bürgerschaftlichen Engagements deutlich, der offensichtlich über die bloße Förderung von "Mithilfe" hinaus geht. Auch hier passen die Seniorengenossenschaften geradezu prototypisch in einen inzwischen eben keineswegs nur mehr von konservativer Seite vorgetragenen Diskurs (vgl. Hummel 1993a). "Unsere Gesellschaft wird angesichts der wachsenden Herausforderungen durch Massenarbeitslosigkeit, Armut und demographischer Entwicklung einerseits sowie drohender Sozialstaatskrise andererseits künftig zunehmend auf freiwilliges soziales Engagement angewiesen sein; ein Engagement, das nicht als Alternative oder Substitut zur erforderlichen Modernisierung professioneller Hilfen, wohl aber als eine notwendige Ergänzung betrachtet werden muß, als Ausdruck einer lebendigen demokratischen Bürgergesellschaft" (Sengling 1993: 10; vgl. Hummel 1993a).

Es sollte nicht übersehen werden, daß die Einbeziehung der Älteren auch in diesen Prozeß einen wichtigen Schritt zur Normalisierung des Altenstatus darstellt. Die Herausbildung eines kollektiven Einstellungswandels gegenüber den Älteren wird nicht zuletzt davon abhängen, was und in welchen Rollen sie zur Gesellschaft beitragen könnten und sollten (vgl. Bengtson/Schütze 1992: 514).¹²³

123 Dieser Ansatz hat - schon bezogen auf die Vergangenheit und Gegenwart - eine Reihe empirischer Argumentationen veranlaßt. Die konzeptionellen Bezugspunkte variieren zwar, regelmäßig aber steht ein Produktivitätsaspekt im Vordergrund. Vgl. z.B. die jüngste deutsche Debatte um die Produktivität des Alters (Knopf/Schäffter/ Schmidt 1989), oder die Präsentation einer größeren amerikanischen Studie, die resümiert, "that today's older adults do contribute in productive ways to this society by performing formal volunteer work and providing informal help to family members and friends at levels of effort roughly comparable to those for young and middle-aged adults" (Herzog u.a. 1989: 137). Das verwendete Konzept produktiver Aktivität hat allerdings einen ökonomistischen Bias, denn es faßt zusammen "activities that earn or save money or (...) help others in ways for which a market value can plausibly be imputed. Productive activities thus include paid work in both the regular und irregular economy, and work inside and outside the household. (...) Out come benefits are implied in our definition and are represented by the market value of the activity and by a subjective assessment of benefits" (Herzog u.a. 1989: 130f.).

D Neuartiger Engagementtypus

In diesem ersten Abschnitt wurde als Ausgangspunkt hervorgehoben, daß Engagement nicht nur Output in Form von Dienstleistung bedeutet, daß vielmehr ein breiter Diskurs zwischen allgemeiner politisch-gesellschaftlicher Kultur, neuer geistig-moralischer Wende und praktisch orientierter Modernisierungsdebatte damit verbunden wird. Diesem breit angelegten Diskurs stehen Auseinandersetzungen um Partialfunktionen gegenüber.

Sechs solcher Funktionen werden im folgenden bezeichnet und diskutiert. Ihre Abgrenzung und Gewinnung beruht teilweise auf den Schwerpunktsetzungen des Senioren-genossenschaftsprogramms, teilweise stärker auf Themenkonjunkturen der sozialpolitisch und praktisch-gerontologisch ausgerichteten Diskussion, teilweise eher auf sozialwissenschaftlich und sozialgerontologisch ausgearbeiteten Konzepten. Eine solche "Mischsystematik" mag in theoretischer Hinsicht zunächst unbefriedigend erscheinen, erweist sich aber im Sinne einer dann auch praktisch wendbaren bewertenden Zusammenfassung als fruchtbar und anschließfähig.

2 Senioren-genossenschaften als Dienstleistungsinstitution

Die Dienstleistungen, die im Rahmen freiwilliger oder ehrenamtlicher Hilfeinitiativen erbracht werden, stehen aus mehreren Gründen im Rampenlicht des Interesses der verschiedenen Seiten. Verwiesen sei hier nur auf entsprechende Hoffnungen für den pflegenahen oder sogar den Pflegebereich. Als Dienstleistungen werden hier im folgenden jene "Produkte" bezeichnet, die bei den "EndabnehmerInnen" ankommen und auf einen als "altenspezifisch" angenommenen "Bedarf" bezogen sind.

In einer ersten Bilanzierung nach zweieinhalb Jahren wird gebremst. "Falls mit dem Genossenschaftsgedanken Erwartungen im Sinne 'Alte helfen, sorgen für, pflegen Alte' ausdrücklich verbunden waren, dann wird dies durch die Praxis der Senioren-genossenschaften nur sehr begrenzt eingelöst. Allerdings dürften solche Erwartungen auch nicht als sehr realistisch einzuschätzen gewesen sein" (Stellungnahme 1993: 4). Das Spektrum der Dienstleistungen geht freilich - wie weiter oben beschrieben - weit über pflegeorientierte Dienste hinaus. Es soll an dieser Stelle weder ein weiterer Katalog möglicher Betätigungen zusammengestellt werden¹²⁴, noch soll die Abschätzung möglicher Effekte im Dienstleistungsbereich dadurch geleistet werden, daß isoliert Handreichungen gezählt oder Einsatzstunden aufsummiert werden - das wird

124 Vgl. hierzu bspw. mit Blick auf das Zwischenfeld von gesundheits- und sozial-pflegerischem Bereich das Positionspapier des Deutschen Vereins zur sozialen Ehrenamtlichkeit (Arbeitskreis 1988: 207). Aufgrund des Status dieses Textes, seiner typischen Aussage bzgl. der Funktionszuweisung sowie seines Arbeitsfeldbezuges seien einige Passagen wiedergegeben: "Ehrenamtliche Hilfe tritt neben die hauptamtliche Hilfe; diese kann durch ehrenamtliche Hilfe nicht ersetzt werden. (...) Ehrenamtliche Helfer sollen insbesondere Fähigkeiten zur Selbsthilfe unterstützen, Gefühl menschlicher Nähe vermitteln, darüber hinaus Hilfen im psychosozialen Bereich, Entlastung pflegender Angehöriger, Unterstützung bei Hilfen im pflegerischen Bereich, Hilfen für die Zeit nach einem Krankenhausaufenthalt leisten" (Arbeitskreis 1988: 207). Vgl. mit Blick auf Ehrenamtliche in der Versorgung chronisch Kranker Prümel-Philippson (1990).

D Dienstleistungsfunktion

der Sache nämlich nicht gerecht. Im folgenden geht es vielmehr um die analytische Prüfung zentraler Wirkungsannahmen im Dienstleistungsbereich.

Die Hoffnungen bezüglich der Dienstleistungsfunktion lassen sich in einer ersten Annäherung in sechs Diskursen zusammenfassen, die sich allerdings vielfältig überlagern. In begrifflicher Hinsicht wird dabei rasch deutlich, daß sich die öffentlichen Diskurse zum großen Teil zwar mit Bezug auf das Konstrukt sozialer Dienstleistung fassen lassen, eine wirkungsanalytische Perspektive aber nach einem begrifflich-theoretischen Rahmen verlangt, der den Impact nicht im Output der sichtbaren Leistungen erschöpft sieht, der nicht nur "konkrete", sondern auch "symbolische" Ressourcen (vgl. dazu Deimer/ Jaufmann/Pfaff 1987: 259) zu berücksichtigen in der Lage ist und der besser die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen "HilfgeberInnen" und "HilfenehmerInnen" miteinander verknüpfbar macht. Vor diesem Hintergrund muß ein solcher Analyserahmen unverzichtbarerweise auch die Dynamik der "Entstehung" von sozialen Problemen bzw. Hilfenotwendigkeiten einschließlich den zugrundeliegenden Definitionsprozessen zu berücksichtigen in der Lage sein.

Schließlich sind - auf der Basis eines dynamischen Verständnisses von Welfare mix fast überflüssig zu betonen - isolierende Aussagen ohne die Berücksichtigung der basalen Interdependenzen zu vermeiden. Für das Ehrenamt hat Schmidt dies so formuliert: "Eine Isolierung des Ehrenamts aus (1) dem Gesamtzusammenhang des Sozialengagements führt ebenso zu analytischen Verkürzungen, weil Verschiebungen innerhalb unterschiedlicher Äußerungsformen aus dem Blick geraten, wie (2) die Abkoppelung der ehrenamtlichen Mitarbeiter und ihrer Leistungen aus dem Insgesamt der Personalentwicklung vor dem Hintergrund der jeweiligen Leistungsfinanzierung" (Schmidt 1991: 24). Folgende sechs Diskurse werden voneinander abgegrenzt:

Erstens: In direkter oder vermittelter Form wird erwartet, freiwillig erbrachte Hilfen könnten berufliche Dienste partiell substituieren, entweder in direkter Erbringerkonkurrenz in der gleichen Tätigkeit, im Abdecken eines offenkundigen, aber nicht aufgenommenen Bedarfs, oder vermittelt der ohne freiwilliges Engagement nicht umsetzbaren allgemeinen

Präferenz für die ambulante Versorgungsalternative (*Substitution*). Hintergrund dieser Argumentation ist in der Regel die Diagnose einer sich dramatisierenden "Dienstleistungslücke".

Zweitens: Freiwilliges Engagement scheint die Chance zu einer Dienstausweitung zu bieten, insofern Angebote ins Auge gefaßt werden, die weder von der klassischen Altenhilfe noch über den Markt abgedeckt werden (*Dienstausweitung*).

Drittens: Eng damit verbunden ist die Erwartung einer Qualitätsverbesserung. Sei es durch die Integration bürgerschaftlichen freiwilligen Engagements und beruflicher Kompetenzen wie in der Tagespflege oder Wohnungsberatung, sei es im ganzheitlichen Zuschnitt bspw. hauswirtschaftlicher Hilfen, sei es in neuen Formen der "Koproduktion" von Dienstleistungen (*Qualitätsverbesserung*).

Viertens: Die zuletzt genannten Hilfen verweisen auf eine weitere wichtige Dimension: Es wäre abzuschätzen, inwiefern mit den neuen Initiativen jene Älteren zu erreichen sind, die bislang "unsichtbar" bleiben, insofern sie trotz Beeinträchtigungen bzw. "Bedarf" nicht als Nachfrager von Hilfen oder Angeboten auftauchen ("*Dunkelziffer-Überwindung*").

Soweit die vier von unterschiedlicher Seite vorgebrachten tendentiell hoffnungsvollen Diskurse. Eine fünfte Bestimmung der Dienstleistungsfunktion soll hier - nicht nur der Vollständigkeit halber - auch noch überprüft werden.

Fünftens: Schießlich ist nicht von vornherein auszuschließen, daß die in auf freitätiger Mitarbeit beruhenden Initiativen erstellten Dienste hinsichtlich der relevanten altenpolitischen Bedarfslagen eine qualitativ und quantitativ zu vernachlässigende Größe darstellen. Dies würde bedeuten, daß sie weder andere Leistungen ersetzen und überflüssig machen, noch zusätzliche, neuartige Dienste zuwege bringen noch in der Qualität der Angebote bedeutendere Fortschritte im Vergleich zu konkurrierenden Leistungen für sich reklamieren können ("*Nullsummenspiel*").

Auch diese Lesart läßt sich nochmals anders akzentuieren. Es gibt viele bislang mit großer Selbstverständlichkeit von Älteren übernommene Aufgaben; gerade ältere Frauen erbringen bspw. einen großen Anteil sowohl der Betreuung von kleinen Kindern, von der Pflege Älterer gar nicht zu reden. Wenn es stimmt, daß die Gesellschaft sich dar-

D Dienstleistungsfunktion

auf einstellen müssen wird, daß ältere Menschen in Zukunft in geringerem Maße bereit sein werden, diese Dienste für andere ungefragt und unbelohnt zu übernehmen (vgl. in diesem Sinne Mayer u.a. 1992: 747), so käme Initiativen ein hoher Stellenwert zu, die - jenseits der Substitution durch professionelle Dienste - einen Beitrag dazu zu leisten in der Lage sind, entsprechende Bereitschaften zu pflegen oder neu zu wecken. Diese Funktion wäre insofern präziser mit dem Begriff "*Dienstleistungssicherung*" zu belegen als mit dem des Nullsummenspiels.

Sechstens: In Anknüpfung an diese wie auch die erste Option ("Substitution") wäre noch eine weitere analytisch zu unterscheiden, die freilich zumeist als Befürchtung vorgetragen wird. Führen die Aktivitäten neuer Hilfezusammenschlüsse - anstatt daß sie beruflich-bezahlte Dienste überflüssig machen - nicht viel eher zu einem ruinösen Wettbewerb mit gleichfalls unbezahlt (oder geringbezahlt) agierenden Initiativen usw.? (*Konkurrenz im informellen Sektor*).¹²⁵

Es lassen sich eine Reihe von Kriterien erörtern, die sich aus dem institutionellen Setting, der konzeptionellen Gestaltung, den personellen Qualitäten u.a.m. ergeben:

2.1 Substitution

Die politische Brisanz gerade des in diesem Abschnitt zu verhandelnden Problems liegt auf der Hand. Als negative Befürchtung akzentuiert, speist sie sich daraus, "daß das Modell zum Anlaß und Vorwand genommen werden könnte, die ohnehin unter starken Kürzungsdruck geratenen Wohlfahrtsdienste weiter abzubauen und einer vermeintlich spontanen Substitution durch Mechanismen tauschförmiger Selbsthilfe auszuliefern" (Offe/Heinze 1990: 165).

¹²⁵ Mit Bezug auf Selbsthilfegruppen und freiwillige Fremdhilfe hat Schulz-Nieswandt (1989: 20ff.) eine in Teilen vergleichbare Typologie vorgelegt. Sie beschränkt sich allerdings auf die Abschätzung der Wirkungen auf öffentliche Leistungssysteme. Dieser Bezugspunkt ermöglicht zwar eine stringenter Abgrenzung, blendet aber wichtige qualitative Aspekte aus. Unterschieden werden: Substitution, Addition, Komplementarität, Innovation und Kumulation.

Ausgangspunkt aller systematischen Überlegungen über Substitution ist ein gegebenes Maß an Bedarf und an Bedarfsdeckung durch beruflich-bezahlte Dienste. Substitution bedeutet in der Regel die zumindest partielle Ersetzung dieses Bedarfsausgleichsmodus durch andere. Das heißt nun aber keineswegs simpel - auf der Leistungsebene - die Ersetzung beruflich-bezahlter Dienstleistungen durch informelle, ehrenamtliche und/oder unbezahlte Leistungen, ebensowenig unbedingt - auf der arbeitsmarktlichen Ebene - den Wegfall ganzer Arbeitsplätze.

Einige Fragen mögen verdeutlichen, welche dynamische Beziehung mit wie vielen Einflußgrößen hinter dem Substitution genannten Vorgang steckt: Was heißt im konkreten Fall Bedarf zwischen Bedürfnis, Nachfrage und harter "objektiver" Bedarfslage? Existieren valide Kriterien zur Unterscheidung von "weichem" und "hartem" Bedarf? Was bedeutet Bedarfsdeckung zwischen der "Produktion von Fürsorglichkeit" (Wolff 1983), subjektiver Zufriedenheit und Problemlösung i.S. von Ursachenbeseitigung? Welchen Einfluß gibt es auf die Entstehung bzw. Aktualisierung des Bedarfs? Wie ist jener "Latenzbereich" beschaffen, innerhalb dessen Bedarf zwar angelegt ist, nicht aber sichtbar geäußert oder als solcher akzeptiert wird? Welche Wege und Möglichkeiten der - z.B. administrativen - "Filterung" von Bedarf gibt es im Kontext von sozialstaatlichen Anrechten einerseits, Bedarfsüberprüfungen andererseits? Sprechen sie nicht in ganz wesentlichen Fällen dafür, daß im sozialen Bereich häufig nicht ein quantitativ meßbarer Bedarf, sondern vielmehr politisch gesetzte Prioritäten und Kostenüberlegungen darüber entscheiden, wieviel professionelle Arbeitskraft im sozialen Bereich eingesetzt wird?¹²⁶

126 Trotz der Zentralität der Fragestellung nach Bedarf im sozialen und psychosozialen Bereich soll sie nicht theoretisch aufgenommen werden. Ihren Stellenwert unterstreichend sollen lediglich drei weiterführende Hinweise gegeben werden.

Culpitt (1992: 48ff.) zeigt die zentrale Stellung der Auseinandersetzung über die "Natur" sozialer und gesellschaftlicher Bedürfnisse und die angemessene Reaktion auf deren unterschiedlich geartete Expression im Paradigmenstreit über wünschbare Konturen von Wohlfahrtsstaatlichkeit. "These 'organizing assumptions' about what is 'real' need have dictated the nature of the welfare state and changing responses to it" (Culpitt 1992: 48). In Übereinstimmung mit gebräuchlichen Typologien unterscheidet er "normative need" (d.h. was Experten bzw.

D Dienstleistungsfunktion

An drei Feldern soll beispielhaft dem Substitutionssachverhalt nachgegangen werden, um schließlich ein prominentes Argument zu überprüfen, das aus grundsätzlichen Erwägungen heraus von geringsten Substitutionsmöglichkeiten durch den Einsatz Ehrenamtlicher ausgeht. Aus der hier gewählten Perspektive wird dagegen das "Arbeitsplatzargument" ebensowenig überprüft wie jene immer noch häufig bemühte "krisentheoretische Argumentation", die auf der Basis eines - mit Bezug auf die soeben formulierten Fragen reichlich wenig komplexen - unterstellten Wirkungszusammenhangs "eine Verschärfung vorhandener sozialer Probleme in Kauf nimmt, damit in der Bevölkerung ein Bewußtsein über die in dieser Theorie als notwendig erachteten grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen geweckt wird" (Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 70).

Möglicherweise war es gerade das Feld der hauswirtschaftlichen Dienste im Privathaushalt (vgl. zu diesem Bedarfsfeld Stiefel 1986; MAGFS 1983; 1986 sowie Brandt 1988), auf dem der direkteste Ersetzungseffekt erwartet wurde - erwartet im Doppelsinne: erhofft und für möglich gehalten (vgl. ebenso Bulmer 1987: 178ff.). Denn Unterstützung und Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Haushaltsführung ist ein klassisches Einsatzfeld sonstiger ehrenamtlicher Arbeit. Die Tatsache, daß das Landessozialministerium 1993 ein Flächenprogramm zur För-

Professionelle als Bedarf in einer gegebenen Situation wahrnehmen), "felt need" (von den Individuen selbst wahrgenommener Bedarf), "expressed need" oder "demand" (d.h. als Nachfrage nach Hilfe oder Dienstleistung geäußelter gefühlter Bedarf) und schließlich "comparative need" (d.h. Bedarf, der durch außenstehende Beurteilung bei NichtleistungsempfängerInnen in solchen Umständen beobachtet wird, unter denen andere Individuen Leistungen erhalten (vgl. Culpitt 1992: 58ff., 146ff.).

Auch in der Sozialarbeit wird weithin - höchst unterschiedlich motiviert - von der Unbestimmbarkeit des Bedarfs nach Sozialarbeit ausgegangen (vgl. Olk 1986). Dies führt zu politisch und fachlich folgenreichen Unklarheiten bei der Entwicklung oder Implementation oder Verteidigung sozialarbeiterischer Interventionen, da eine schlüssige Begründung für Adäquanz und Effektivität sowie Effizienz nicht gegeben werden kann. Eine immerhin in Ansätzen ausgearbeitete Theoriediskussion existiert dagegen zur gesellschaftlichen Funktionsbestimmung des Dienstleistungssektors im allgemeinen (vgl. Berger/Offe 1984a) sowie von sozialen Dienstleistungen (vgl. Olk 1986).

derung und zum Ausbau hauswirtschaftlicher Dienste aufgelegt hat, kann durchaus so gewertet werden, daß diesbezügliche Hoffnungen gegenüber den Seniorengenossenschaften nun zurückgezogen werden,¹²⁷ aber auch, daß die bisherige Verkennung der Bedeutung hauswirtschaftlicher Dienste in der Bundesrepublik (vgl. Bäcker u.a. 1989: 170) einer angemesseneren Einschätzung weicht. Die Regelungen in der Pflegeversicherung unterstreichen dies.

Als auch sozialstaatlich höchst bedeutsames Bedarfsfeld konturiert es sich durch verstärkt geäußerte Nachfrage, im Lichte international vergleichender Untersuchungen des Versorgungsniveaus sowie der Exper-

127 Eine sinnvolle Aufgliederung in einzelne Hilfebereiche erlaubt die Infratest-Studie, die zum hauswirtschaftlichen und sozial-kommunikativen Bereich folgende Ergebnisse zusammenfaßt: "Regelmäßiger Pflegebedarf ist mit Hilfebedarf in den elementarsten Bereichen der hauswirtschaftlichen Versorgung verknüpft. Personen mit ständigem Pflegebedarf sind faktisch hilflos in allen Bereichen der hauswirtschaftlichen Verrichtungen. Bei dieser Gruppe sind die Einschränkungen so elementar, daß in fast allen Fällen (97-99%) keine Eigenleistungen in diesem Bereich mehr möglich sind. Ähnlich verhält es sich bei Personen mit täglichem Pflegebedarf: auch diese können sich unmöglich ohne fremde Hilfe im Haushalt selbst versorgen: so können sich 77% keine Mahlzeiten zubereiten, 90% unmöglich Lebensmittel einkaufen und 86% ihre Wohnung nicht säubern, Personen mit mehrfach wöchentlichem Pflegebedarf können hingegen zu 49% noch Eigenleistungen in der Küche erbringen. 75% aus dieser Gruppe können aber ebenfalls unmöglich alleine die Wohnung säubern.

Einschränkungen in vergleichbarem Umfang weisen Pflegebedürftige bei sozialkommunikativ gelagerten Aktivitäten auf, obwohl eine eindeutige Abgrenzung zum hauswirtschaftlichen Bereich so sicher nicht möglich ist. Personen mit ständigem Pflegebedarf sind auch hier weitgehend hilflos, so können 85% nicht mehr alleine telefonieren und 95% ihre finanziellen Dinge nicht mehr regeln. Gewisse Abstufungen ergeben sich bei den Personen mit täglichem Bedarf: hier können 49% nicht alleine telefonieren und 74% unmöglich ohne fremde Hilfe finanzielle Dinge regeln. Personen mit mehrfach wöchentlichem Pflegebedarf weisen die geringsten Einschränkungen auf. Aus dieser Gruppe können erst 20% nicht mehr telefonieren, 42% können hingegen nicht mehr allein ihre Finanzen regeln. Insgesamt sind es die 'nach außen gerichteten Tätigkeiten', die sowohl Mobilitätsanforderungen stellen, als auch kommunikative Fertigkeiten verlangen (etwa das Einkaufen oder die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel), die von den regelmäßig Pflegebedürftigen zu mehr als 80% nicht mehr ausgeführt werden können" (Infratest 1992: 37).

D Dienstleistungsfunktion

tise dezidiert sozialwissenschaftlicher Untersuchungen ebenso wie derjenigen der Sozialprofessionellen vor Ort. Substitution ist vor allem deshalb nicht zu konstatieren, weil einerseits die konkret erbrachten Leistungen im Umfang, Verfügbarkeit, Erwartbarkeit usw. zu gering sind und andererseits es bislang wenig zu substituieren gibt. Grundsätzlich aber wäre dies ein Feld, bei dem angesichts der möglicherweise entwickelbaren Leistungsprofile ein entsprechendes Muster zustandekommen könnte.

An einem anderen Beispiel ließe sich verdeutlichen, daß in Grenzfällen auch eine positive Variante von Substitution denkbar ist. So haben sich im Altenhilfereich Dienstleistungen etabliert, deren Inanspruchnahme keiner Kontrolle unterliegt, die mit Blick auf Selbsthilfepotentiale aber als zumindest nicht hilfreich, wenn nicht gar als problemverstärkend eingeschätzt werden. Dafür steht bspw. die wachsende Kritik am Essen auf Rädern (vgl. Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart 1992: 176f.). Das Angebot von stationären Mittagstischen seitens einiger Seniorengossenschaften ist eine Konsequenz daraus.¹²⁸ Substitution ist also auch im sehr weit verstandenen Sinne möglich, daß professionelle Dienste verzichtbar werden durch die - als präventiv zu verstehende - Stützung von Selbständigkeit und Kompetenz einerseits, als Ersetzung einer bei genauerem Hinsehen zwar nachgefragten aber nicht bedarfsangemessenen Dienstleistung andererseits. Das ist keineswegs verallgemeinerbar im Sinne negativer Effekt von Diensten auf Kompetenz und Autonomie. In politischer Hinsicht kann das nicht stark genug betont werden. "Die Förderung der Selbständigkeit im Alter innerhalb der angestammten Wohnumgebung (...) ist kein vordergründiges Mittel der Kostensenkung, sondern Ausdruck einer Wertentscheidung - sie wird eher mehr Mittel erfordern" (Mayer u.a. 1992: 727).

Zu überprüfen wäre aufgrund des öffentlichen Interesses nochmals gesondert die Frage nach dem Übernahmepotential von Pflegeleistungen durch Freiwillige¹²⁹, auf das sich durchaus Substitutionshoff-

128 Daß allerdings in einem anderen Modellort ein mobiler Essensdienst neu geschaffen wird zeigt, daß eine klare dienstleistungsbezogene Konzeption und Orientierung auf das Gesamtprogramm bezogen keineswegs entwickelt ist.

129 Diese Hoffnungen nehmen auch in der Konzeption der Arbeitsgruppe Senioren-

nungen richteten.¹³⁰ Entsprechende politische Strategien wären nicht neu (vgl. die Kritik an der bei ihr so genannten "Selbsthilfe- und Aktivitätsförderung" bei Dieck 1993: 209). Eine häufige Ausprägung bezieht sich auf die politische Prioritierung des ambulanten Sektors und baut argumentativ häufig auf dem Sachverhalt von Fehlbelegungen in stationären Einrichtungen (hier im übrigen heute zuallererst Akutkrankenhäusern) auf. In der Regel verbergen sich hinter diesem Problem meistens mehrere Ursachen - immerhin ist anzumerken, daß Mängel in der Vernetzung mit der häuslichen Pflege dabei eine wichtige Rolle spielen.¹³¹ In den meisten Versuchen, in denen Ehrenamtliche in einem sehr breiten Spektrum und auch in verbindlichen Funktionen mit Zielgruppen arbeiten, die auch Pflegebedarf aufweisen, wird die eigentliche Pflege Tätigkeit allerdings als Einsatzbereich in der Regel ausgeklammert (vgl. z.B. Prümel-Philippson 1985: 102f.). Das ist allerdings ein empirischer Einwand, kein systematischer. Wiederum ist es hilfreich, das Schreckgespenst Pflegebedürftigkeit mit Blick auf unterschiedliche Grade, benötigte Hilfen etc. zu differenzieren.¹³²

genossenschaften entscheidenden Stellenwert ein. Der Schriftsatz ist allerdings mehrfach zumindest mißverständlich, insofern er das Ende des von ihm so genannten "Vorphlegefalls" mit dem "Notwendigwerden" einer stationären oder teilstationären Behandlung und Pflege koppelt. Gerade die besonders prekäre häusliche Versorgung schwerer und schwerster Pflegebedürftigkeit gerät damit aus dem Blick.

130 Dies wird besonders deutlich in der parlamentarischen Anfrage der FDP/DVP-Fraktion im Landtag, in der die Landesregierung ersucht wird "zu berichten, wie sie die Situation der Seniorengenossenschaften und der Modelle, bei denen junge Senioren im Pflegebereich tätig sind, um sich gewissermaßen eigenes Pflegeguthaben anzusparen, beurteilt" (LT-Drs. 11/289 vom 14.8.1992).

131 Vgl. die bei Bäcker u.a. (1989: 99ff.) referierten Befunde. Ohne eine adäquate Gewichtung vernehmen zu können, ist konstatierbar, daß fast die Hälfte derer Ursachenausprägungen in der häuslichen bzw. ambulanten Sphäre zu verorten sind. Dazu gehören das mangelnde Angebot häuslicher Pflegedienste, die nicht mögliche Pflege durch Angehörige, die fehlende Bereitschaft der Angehörigen zur Pflege, fehlende Mittel zur Finanzierung häuslicher Pflege, unzureichende ambulante medizinische Versorgung sowie verkehrsmäßig schlechte Erreichbarkeit von medizinisch/pflegerischen Versorgungseinrichtungen.

132 Die Hauptaussagen der Infratest-Studie zur häuslichen Pflege werden so zusammengefaßt: "Personen mit ständigem Pflegebedarf sind bei fast allen

D Dienstleistungsfunktion

Eine Voraussetzung der Annahme einer möglichen Substitutionsbeziehung zwischen freiwilligem Sozialengagement und sozialen Diensten besteht darin, daß sich beide Formen überhaupt auf die gleichen Aktivitäts- und Bedarfsfelder beziehen. Was den Rahmen enger Verwandtschaftsverhältnisse angeht, ist vielfach belegt worden, daß hier in großem Umfang auf *alle* Hilfeanforderungen reagiert wird. Bei freiwilligen HelferInnen jenseits des durch andere Reziprozitätsregeln gebundenen sozialen Nahraums i.e.S. gilt dies so nicht. Hier bestehen systematische Grenzen, angefangen von unterschiedlichen Wohnorten über die Angst vor Betreuungs- und Behandlungsfehlern bis hin zu Intimitätsschranken.¹³³ Insofern strukturieren sich auch Substitutionsmöglichkeiten anders als im Rekurs auf die sogenannte Familiensubsidarität.

Jenseits einer solchen Differenzierung realer Möglichkeiten auch bei vorhandenen Aktivitätspotentialen richtet sich ein zweiter Einwand genau auf diese letzteren. Problematisch daran ist nun nicht nur das Niveau erzielbarer Leistungen, das auf der Basis einer realistischen Einschätzung vermittels Älterer zustande kommen kann, sondern darüberhinaus eine Art "politischer Substitution". Eine ganze Reihe früherer Beispiele zeigt, daß es wohl sozialpolitisch negative Folgen einer unangemessen - da unrealistisch - positiv gefärbten Sicht des Alters, seiner Aktivitätspotentiale und daraus entspringender Substitutionsreserven gibt. "Aktivitätspotentiale älterer Menschen wurden hochgehandelt, als die Bundespolitik noch nicht bereit war, eine hinreichende Basissicherung bei

körperbezogenen Basisaktivitäten weitgehend hilflos. So sind für 98% das tägliche sich Waschen, für 97% das Bett verlassen oder für 88% Wasser- und Stuhlhalten ohne fremde Hilfe nicht mehr möglich. Zwei von drei Personen (66%) können allein keine Mahlzeiten aufnehmen, drei von vier Personen (74%) benötigen andauernde Aufsicht, können also unmöglich allein zu Hause bleiben. Bei den Personen mit täglichem Pflegebedarf sind die Einschränkungen etwas differenzierter zu bewerten: 58% können sich nicht mehr alleine waschen, 32% sich nicht mehr kämmen oder rasieren und 30% nicht mehr an- und ausziehen. 32% haben kontinuierlichen Betreuungs- oder Aufsichtsbedarf. Bei mehrfach wöchentlichem Pflegebedarf ist es vor allem zu 40% das Duschen und Waschen oder zu 49% das Treppensteigen, das allein ohne Hilfe nicht möglich ist" (Infratest 1992: 31). Ergänzende Daten bei MAGFS (1986: 50ff.).

133 Vgl. die ausführliche Erörterung der systematischen Grenzen von Substitutionsbeziehungen zwischen unterschiedlichen Primärgruppen bei Litwak (1985).

Pflegebedürftigkeit durchzusetzen. Wir nennen dies eine kompensatorische Politik, die an der Oberfläche des Altersbildes operiert und die sozialen Grundprobleme und Benachteiligungen wenn nicht auszublenden, so doch herunterzustufen sucht in der öffentlichen Diskussion. Die Wahrnehmung des sozialen Problems wird zum Gegenstand der Politik, nicht das soziale Problem selbst" (Dieck 1993: 209).

Es existieren nicht erst seit der erhöhten Aufmerksamkeit für das soziale Ehrenamt eine lange Reihe von Abgrenzungsversuchen, die - teilweise gerade vor dem Hintergrund des beschriebenen Diskurses auch politisch motiviert - durch eine grundsätzliche Argumentation das Substitutionspotential bestreiten, das Ehrenamtliche bezüglich professioneller Dienste haben könnten. In einem Papier, das der Vorstand des Deutschen Vereins 1988 verabschiedete, heißt es entsprechend schon in der Vorbemerkung: "Ehrenamtliche Hilfe darf kein kostensparender Ersatz für sozialstaatliche Leistungen sein" (Arbeitskreis 1988: 206).

Im weiteren wird diese Forderung begründet. "Zu den Grenzen, die im Wesen der Ehrenamtlichen liegen, gehört, daß Ehrenamtliche nicht ständig verbindlich einbezogen werden können; in zeitlicher, körperlicher und emotionaler Hinsicht nur begrenzt belastbar sind; gerade bei 'unangenehmen' oder schwierigen, langwierigen Fällen fachlich nicht genügend qualifiziert sind (sofern sie nicht Fachkräfte sind) und von ihnen daher nur sehr begrenzt Ausdauer erwartet werden kann" (Arbeitskreis 1988: 206). Für diese Aktivitäten sei nun einmal kennzeichnend - so eine vielfach variierte sozialwissenschaftliche Ergänzung -, "daß sie im Hinblick auf die Quantität des Angebotes und die Qualität der erbrachten Hilfeleistungen weniger verlässlich und verbindlich sind. Dies ist nicht zuletzt darin begründet, daß die Erbringer solcher Leistungen nicht ausschließlich, und gelegentlich sogar eher sekundär, an den Endprodukten, sondern vielmehr am 'Prozeßnutzen' des Tätigwerdens interessiert sind" (Olk 1990: 261).

Für diese "wesensmäßigen Grenzen" lassen sich zwar viele Belege anführen, durch ihre klarere Identifizierung werden sie aber auch - im guten wie im schlechten Sinne - Gegenstand darauf bezogener Intervention, von Protoprofessionalisierung und Schulung über Supervision bis hin zu vielen anderen Merkmalen der MitarbeiterInnenführung. Dies stellt

D Dienstleistungsfunktion

die "Grenzen" ebenso zur Disposition wie manche empirischen Erfahrungen sie in Frage stellen.

Im Bereich der Seniorengenossenschaften wäre hier die vielfach beachtete Tagespflege anzuführen. Selbst bei zu konstatierender nur sparsamer Ausschöpfung der genannten Intensivierungsressourcen ist jedenfalls im Zusammenwirken mit der professionellen Kraft ein hohes Maß an Verbindlichkeit, Belastbarkeit und Ausdauer zu vermelden und dies in einem Bereich, der mit seinem hohen Anteil an hochaltrigen und dementen Personen zu den belastenderen zu zählen ist. Bezüglich des hier untersuchten Dienstleistungsbeitrags führt die seniorengenossenschaftliche Initiative vermutlich zu einer Konsolidierung des bestehenden, stark auf freiwilliger Mitarbeit aufbauenden Modells. Es macht somit eine sonst vermutlich notwendig gewordene und - gemäß der sonst vorfindlichen Tagespflegen - noch stärker verberuflichte Einrichtung überflüssig, was unter Absehung der zeitlichen Sukzession als partielle Substitution bezeichnet werden könnte. Zum gegebenen Zeitpunkt allerdings führt es zu jenem Phänomen, das als Dienstausweitung im nächsten Abschnitt thematisiert wird.

2.2 Dienstausweitung

In der Beschreibung der Dienstleistungsvorhaben wurde deutlich gemacht, daß sich darunter auch solche befinden, die weder von der klassischen Altenhilfe noch über den Markt abgedeckt werden¹³⁴ oder bislang vernachlässigte Bereiche wie häusliche Unterstützung und Rehabilitation nach Krankenhausaufenthalt. An einigen Beispielen sei dies verdeutlicht. Das mehrfach aufgenommene Beispiel der Reparaturdienste ist im Prinzip bekannt (vgl. Perbandt-Brun 1991): Bezüglich ihres "eigentlichen" Produkts kann es zwar sein, daß mit ihrer Hilfe möglicherweise manche Bedarfe befriedigt werden, die sonst unerledigt blieben, in sozialpolitischem Interesse ist auf ihre verteilungspolitische Dimension aufmerksam zu machen, bedeutsamer aber könnte ein "Neben"-Effekt sein. Reparaturdienste transportieren zugleich Kontakt- und Aktivierungsmöglichkeiten und bedeuten bisweilen den niedrighwelligen Einstieg in ganz andere psycho-soziale Hilfen. Das Beispiel Sterbebegleitung stellt eine Aktivität dar, die von Seniorengenossenschaften aufgenommen wird, weil sie eine Verdrängung des Themas konstatieren und es als ein passendes Aktionsfeld für freitätiges Engagement halten. Weitere Aktivitäten für und mit bislang vernachlässigten Zielgruppen richten sich auf ältere Ausländer (vgl. zur Problemstellung Bäcker u.a. 1989: 39ff.; Rothe 1992; Dietzel-Papakyriakou 1993) oder ältere Landwirte ohne Nachfolgeneration auf dem Hof.

Im Kontext dessen, was andernorts versucht wird - teilweise ebenfalls in Modellprojekten -, sind manche Ansätze dennoch eher eng zugeschnitten. Aus Berlin bspw. wird von einem Fahrdienst berichtet, der auf die spezielle Gruppe der EmpfängerInnen intensiver Hauspflege ausgerichtet ist. Ihnen, die besonders von Isolation und Desintegration bedroht sind, soll einmal pro Woche ermöglicht werden, im Stadtteilzentrum "unter Leute zu kommen", Konflikte der Hilfeabhängigkeit und -beziehung zu besprechen usw. Auch in einem solchen Dienst ist ein mehrfacher Ef-

134 Dahinter verbirgt sich eine klassische These, die häufig mit Blick auf die *Ursachen* der Entstehung von Selbsthilfe angeführt wird, Braun/Opielka (1992: 20) bezeichnen sie als die "quantitative Defizithese".

D Dienstleistungsfunktion

fekt beobachtbar: Von der Zeitstrukturierung über die Möglichkeit, die Angemessenheit der Hilfen zu thematisieren bis zum damit eröffneten Tätigkeitsfeld für freiwillige HelferInnen usw. (vgl. Mencke/Wissert 1988). Die eher schlichte Dienstleistung eines Fahrdienstes, die hier als einzige ausgeweitet wird, zieht damit offensichtlich wichtige Synergieeffekte nach sich.

Hausbesuche durch Besuchsdienste (im häuslichen wie im Heimbereich) gehören eher zu den klassischen Feldern ehrenamtlicher Hilfen. Auf diese Form sozialer Ehrenamtlichkeit gerichtete Förderprogramme reichen weit zurück.¹³⁵ Insbesondere bei nicht-mobilen Älteren eröffnen sie wichtige Möglichkeiten: "Je nach Schweregrad der Erkrankung, psychischer Stabilität und sozialen Gegebenheiten ergibt sich der Schwerpunkt der ehrenamtlichen Betreuung/Versorgung: vom 'Klönchnack' über tatkräftige Unterstützung im Haushalt bis hin zu quasi-therapeutischer Intervention reicht die Palette an erforderlichem Einsatz. Unterstützung bei Antragstellungen, Widersprüchen oder Eingaben steht hierbei gleichberechtigt neben dem Ausbessern von Kleidungsstücken oder der Planung wie Vorbereitung einer Kaffeetafel für Verwandte oder Bekannte" (Prümel-Philippson 1990: 101). Besuchsdienstaktivitäten bedeuten in dem Maße eine Dienstausweitung, in dem es gelingt, ihr Potential dadurch zu verstärken, daß sie in "moderneren" und für neue Kreise attraktiveren Formen für Engagement werben. Denn gerade Besuchsdienste werden hartnäckig - teils zurecht, teils zuunrecht - mit einem "muffigen" Bild "grüner Damen" verbunden.

Auch an den Besuchsdiensten läßt sich jene mit ehrenamtlichen MitarbeiterInnen offensichtlich besonders häufig verbundene Funktion verdeutlichen, die den Zugang zu den "eigentlichen" Problemlagen über den Umweg konkreter, enger umrissener Angebote eröffnet, indem gerade den Ehrenamtlichen eine breite, funktional wenig spezifische Hilfe zugetraut und zugemutet wird: In vielen Fällen ist der Wunsch nach Zuwendung der eigentliche Beweggrund, eine Nachbarschaftshilfe, einen

135 Vgl. Büro für Stadtplanung und Sozialforschung (1979); Schmachtenberg (1980). Zu einer Untersuchung von Helferkreisen der Kirchengemeinden vgl. Braun/Marx (1986).

Besuchsdienst oder einen Helferkreis in Anspruch zu nehmen. Immer wieder stellen HelferInnen fest, "daß sie zwar vordergründig zur Verrichtung hauswirtschaftlicher Aufgaben gerufen werden, daß es den alten Menschen im Grunde aber darum geht, drei oder vier Stunden in der Woche jemanden um sich zu haben, dem er aus seinem Leben erzählen oder mit dem er über seine Sorgen und Ängste sprechen kann" (Braun/Marx 1987: 100).

Ein ähnliches Potential liegt in den Möglichkeiten, die gerade freiwillige HelferInnen haben, um Schranken des Mißtrauens zu überwinden, die häufig verhindern, daß dringend notwendige Hilfen im hauswirtschaftlichen oder im pflegerischen Bereich in Anspruch genommen werden. "Die Zuwendung zum alten Menschen, welche die Entwicklung von Vertrauen begünstigt, (ist; U.O.) eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft, andere Hilfeangebote sozialer Dienste und nichtprofessioneller Einrichtungen anzunehmen. Die Entwicklung eines solchen Vertrauens ist freilich gewöhnlich ein langwieriger Prozeß, der viel Einfühlungsvermögen, Geduld und Zeit verlangt. Angesichts knapp kalkulierter Einsatzpläne dürften Mitarbeiter der ambulanten Kranken- und Altenpflege in der Regel kaum in der Lage sein, in so aufwendiger Weise auf einen alten Menschen einzugehen" (Braun/Marx 1987: 100).

Auf ein wichtiges, aber sehr sensibles Feld ist hier etwas näher einzugehen. Die Rehabilitation in der poststationären Phase bzw. die Versorgung mit ambulanten therapeutischen Diensten ist nicht nur ein Feld, in dem ein großer unabgedeckter Bedarf festzustellen ist, es ist zudem ein Bereich, der noch da, wo Hilfen überhaupt bestehen, qualitativ und quantitativ unterentwickelt ist.¹³⁶ Dieser Tatbestand hängt auch zentral mit der sich erst langsam durchsetzenden Einsicht der Plastizität von Alterungsprozessen und teilweisen Reversibilität von - der Altersgebrechlichkeit zugeschriebenen - Hilfebedarfen zusammen.

Der Befund defizitärer Angebote gilt jedenfalls dann, wenn ein Begriff sozialer Rehabilitation im Kontext sozialer Gerontologie zugrundegelegt wird. Veelken unterscheidet drei Stufen einer solchen Rehabilitation: die

¹³⁶ Vgl. zu diesem Befund z.B. Bäcker u.a. (1989: 125). Zu den Ergebnissen einer der ganz wenigen einschlägigen Studien vgl. Findl/Klaushofer/Koller (1992).

D Dienstleistungsfunktion

"soweit mögliche Wiederherstellung und Besserung des körperlich-seelischen Befindens (Reaktivierung), die Aufhebung der durch die Krankheit bedingten Isolation (Resozialisierung) und die Ermöglichung des Austauschs mit der gesellschaftlichen Umwelt (Reintegration)" (Veelken 1988: 130). Mitwirkung in einer so verstandenen Rehabilitation ginge dann freilich weit über das hinaus, was der Deutsche Verein unter "Hilfen für die Zeit nach einem Krankenhausaufenthalt" faßt: "Ehrenamtliche unterstützen hier z.B. durch Besuche, Erledigung von Einkäufen, Hilfen am Krankenbett, Entlastung von Hausarbeit, Beaufsichtigung von Kindern u.ä." (Arbeitskreis 1988: 207).

Auf ein solches verengtes Helferverständnis muß sich nichtberufliches Engagement nicht begrenzen, wie die seniorengenossenschaftlichen Erfahrungen zeigen.¹³⁷ Am Beispiel der Nachsorgeaktivitäten nach Krankenhausaufenthalten läßt sich aber dennoch eine Grenze des freiwilli-

137 Daß entsprechende Umsetzungsmaßnahmen nur "tastend" vorankommen, zeigt Meyle (1993). Als Horizont entsprechender Bemühungen sei nochmals Veelken angeführt, dessen Ansatz die vielfältigen Möglichkeiten freiwilligen Engagements in diesem Feld zeigt. "Reaktivierung bedeutet die Wiederherstellung und Einübung von Lebensfertigkeiten, die zur weiteren Gesunderhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit notwendig erscheinen, sowie den Neuerwerb von Kompetenzen im Lebensbezug" (Veelken 1988: 130). Hervorgehoben wird mit Bezug gerade auf ältere Menschen das Fehlen von Informationen und Möglichkeiten, während des stationären Aufenthalts erlebte und gelernte Formen der Rehabilitation in der poststationären Lebensphase weiter durchzuführen. Der Stellenwert von Resozialisierung als Aufhebung von Isolation und Ermöglichung neuer Kontakte ergibt sich gemäß Veelken aus der oft generellen Abnahme von Kontakten zu Freunden und Bekannten im Alter, die sich durch konkrete Krankheiten häufig verschlechtern und nach Klinikaufenthalten vielfach nicht wieder aufgenommen werden. "Reintegration meint den Einbezug in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang und dadurch die Ermöglichung weiterer Prozesse tertiärer Sozialisationen. Oft ist nur der kranke Körper im Blickfeld (...), aber kranke Ältere bleiben weiterhin Menschen mit Körper, Geist und Seele. Die bestehenden Dienste müssen erweitert werden, um die Sicht der menschlichen Ganzheit auch in der Nachsorgephase weiter zu beachten. Es besteht; U.O.) (...) eine starke Diskrepanz (...) zwischen weiterhin vorhandenen Wünschen und dem gesellschaftlichen Angebot" (Veelken 1988: 130f.). In allen drei Bereichen werden die Möglichkeiten hervorgehoben, die sich für ältere Ehrenamtliche ergeben (vgl. Veelken 1988: 132ff.).

gen Engagements verdeutlichen. Angesichts des völlig unzureichenden Ausbaus geriatrischer Spezialangebote ebenso wie der ungenügenden Berücksichtigung und Umsetzung geriatrischen Wissens kommt eine rehabilitativ orientierte Nachsorge in der Regel dann zu spät, wenn sie nach der Entlassung ansetzt: Bereits in der Geriatrie muß die gezielte Rehabilitation mit der Diagnostik und der kurativen Therapie parallel laufen, sollen Folgeschäden vermieden werden. Strukturelle Versäumnisse während des stationären Aufenthaltes lassen sich schon mit den Möglichkeiten ambulanter Dienste - mehr noch mit denen freiwilliger HelferInnen - nicht oder nur in begrenztem Maße ausgleichen.¹³⁸ Engagieren sich letztere dennoch in diesem Feld, müßten sie es zugleich als ihre Daueraufgabe akzeptieren, diese strukturellen Grenzen bewußt zu halten.

Teilweise handelt es sich beim Gesichtspunkt Diensteausweitung um Felder, die bekannterweise verstärkt werden müssen, bei bestimmten Bereichen läßt sich - so lautet eine weitere These - ihrem Aufgreifen Pionierfunktion zuschreiben, insofern dadurch auch ein Beitrag geleistet wird, Bedarfslücken zu erkennen und zu bearbeiten. Neuartige Initiativen und die beteiligten Älteren könnten damit eine wichtige Rolle bei der Einlösung dessen einnehmen, was Bäcker u.a. als generelles Prinzip für eine zukünftige Altenarbeit formulieren: "Zu klären, wo der 'Seniorenmarkt' Blindstellen aufweist, die angesichts gravierender Problemlagen von Altersteilpopulationen fachlich und politisch nicht zu akzeptieren sind, oder wo auf diesem Markt Ausgrenzungsmechanismen greifen, die einer Teilklientel den Zugang verwehren" (Bäcker u.a. 1989: 259).

Schon in den bislang genannten Beispielen hat das Angebot von Dienstleistungen Auswirkungen auf Nachfrage und Bedarf im entsprechenden Feld. Die Veränderungsdynamik kann aber ebenso in umgekehrter Reihenfolge beobachtet werden. Eine Diensteausweitung läßt sich nicht nur aufgrund ausgeweiteten Angebots denken, sondern ebenso aufgrund erweiterter Nachfrage. Die Probleme des Hilfesuchverhaltens und des Hilfeannehmens sind bisher von sozialwissenschaftlicher

138 Vgl. die Problemanalyse und Veränderungsvorschläge mit Bezug auf die ambulanten Dienste bei Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart (1992: 181ff.).

D Dienstleistungsfunktion

Forschung eher nur am Rande thematisiert worden. Hier soll lediglich ein direkter und ein indirekter Wirkungseffekt selbsthilfenahen Engagements angesprochen werden. Angesichts der bisher vorliegenden Erklärungsversuche (vgl. Bösch 1988: 42f.) läßt sich feststellen, daß gerade unterhalb professionell-beruflicher Hilfe das Maß an Gegenseitigkeit eine entscheidende Determinante für Hilfeempfang darstellt - insbesondere in jenen Segmenten, die nicht manifester harter Bedarf sind. Die entsprechende Herausforderung besteht entweder darin, Einrichtungen zu schaffen, die Möglichkeiten der Ausbalancierung von Reziprozität anbieten oder aber solche, die nach anderen Regeln funktionieren - in denen z.B. die Gesetze der Reziprozität aufgehoben sind.¹³⁹ Auf einen ganz anderen nachfrageinduzierten Effekt von Engagement weist Schulz-Nieswandt (1989: 18ff.) hin. Im Gegensatz zur Substitutionsannahme ist z.B. über Kompetenzsteigerungen usw. von einem Kumulationseffekt der Inanspruchnahme auch anderer Leistungssysteme auszugehen.

Ein Fall einer Dienstausweitung, die im Kontext erweiterter Nachfrage stattfindet, wäre allerdings mit Bezug auf ihre sozialpolitische Beurteilung

139 In manchen einschlägigen Modellversuchen wird dies erkannt. Vgl. Hondrich/Koch-Arzberger (1992: 56f.). Bösch 1988 erläutert diesen Gedanken am Beispiel eines schweizerischen städtischen Nachbarschaftshilfeförderungsprojektes. Durch solche Einrichtungen mit modifizierten Reziprozitätsregeln "kann vielleicht eine zusätzliche Gruppe präventiv erreicht werden: (...) Alle jene, die bei der Hilfe auf Gegenseitigkeit nicht (mehr) mithalten können und auf einseitige Hilfe angewiesen sind. In erster Linie (...) die alten Menschen, die keine Kinder haben, gegenüber denen von früher her noch 'Guthaben' an Hilfe vorhanden sind. Ebenso aber (...) jüngere Menschen (...), die keine freien Ressourcen an Zeit, Kraft oder Geld haben, z.B. (...) Alleinerziehende, berufstätige Eltern und viele andere. Eine Vermittlungsstelle für Hilfe, wie sie (...) initiiert wurde, dürfte eine solche Einrichtung sein, die neue Regeln setzt: 1. Es besteht die Hoffnung, daß durch die Einrichtung und Zielsetzung einer solchen Institution ein Enttabuisierungsprozeß für einseitiges Hilfeannehmen in Gang gesetzt werden kann. 2. Durch die zentrale Vermittlung andererseits wird insgesamt eine Gegenseitigkeit erreicht, die zwischen zwei Individuen viel schwerer zu etablieren wäre. In der Vielfalt der Angebote und Bedürfnisse dürfte es leichter sein, zwischen erbrachter und erhaltener Leistung einen Ausgleich zu schaffen" (Bösch 1988: 43).

angemessener als Substitution zu verstehen. Wenn angesichts eines bspw. demographisch bedingten erhöhten Bedarfs in bestimmten Feldern, bei gleichzeitig stagnierender oder zurückgehender Aufgabenübernahme durch öffentliche Instanzen, die so entstehende Lücke durch ein ausgeweitetes Angebot im informellen Bereich ausgeglichen wird.

2.3 Qualitätsverbesserung

Die Versorgung der Mitglieder mit bedarfswirtschaftlichen Diensten in angemessener (oder komparativ besserer) Qualität stand - wie oben gezeigt wurde - explizit im Zentrum der konzeptionellen Überlegungen zur Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs der Seniorengenossenschaften. Auch beim Aspekt der Qualität sozialstaatlicher - oder auch marktlicher - Dienstleistungen ist darauf hinzuweisen, daß deren Inadäquanz im Zentrum eines der gängigen Erklärungsansätze für die Entstehung sozialer Selbsthilfe steht (vgl. Braun/Opielka 1992: 21). Entsprechende Diskurse in der Vergangenheit bezogen sich auf die Kritik bürokratischer Dienstleistungserbringung, entmündigender Expertenherrschaft oder technokratischer Gesundheitsversorgung. Die Forschung hat zwar in der Zwischenzeit differenziertere Instrumente entwickelt, die Qualitätsfrage zu diskutieren, die Realität bei den Älteren bleibt aber weit hinter diesen Erkenntnissen zurück.

Die Vermutung qualitätsrelevanter Unterschiede zu professionell bzw. beruflich-bezahlt erbrachten Diensten ist im wesentlichen zentriert um die Rollenmöglichkeiten, die informellen HelferInnen offenstehen, die Beziehungsmuster, die eine größere Spannbreite (insbesondere hinsichtlich partikularistischer Beziehungen) zulassen und damit Wirkungen ermöglichen sowie das Muster von Komplementarität bzw. Koproduktion, das im Interaktionsgeflecht und Ressourcentransfer zwischen den "Profis" einerseits, den Betroffenen und - nicht zuletzt - ihren Netzwerkpersonen andererseits zu gestalten ist.

Leitfragen wären mithin 1) die Qualität der "eigentlichen" Dienstleistung mit der Konzentration auf den sich zumeist in direkter Interaktion vollziehenden uno-actu-Prozeß und 2) die Identifizierung von über reine

D Dienstleistungsfunktion

Dienstleistungen hinausgehenden Beiträgen für eine "nicht kolonisierende 'Entwicklungspolitik' für den informellen Bereich" (Baldock/Evers 1991: 249), also für familiäre Netzwerke, für Pflegepersonen usw. Denn hier sind, so lautet eine zentrale These in Anknüpfung an das Kapitel über den Wohlfahrtsmix, wichtige Beiträge möglich, um die Blockaden eines statischen Subsidiaritätsverständnisses qualitativ zu überwinden. Wiederum an einigen Beispielen, die um ihres breiteren Spektrums willen nicht auf die Seniorengenossenschaften begrenzt werden, seien die Fragen verdeutlicht und überprüft.

Die andere bzw. bessere Qualität sozialer Arbeit war schon in der Vergangenheit mehrfach Bezugspunkt von Modellvorhaben oder Innovationsversuchen im Selbsthilfe- und Ehrenamtsbereich. Prämisse des z.B. bei Jülich (1985) dokumentierten Modells zur Ehrenamtsförderung ist mit Verweis auf schon den damaligen Forschungsstand, "daß ehrenamtliche Helfer Professionelle zwar nicht ersetzen, aber für einen qualitativen Ausbau der Dienste genutzt werden können, da sich durch den Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter qualitativ neue, komplementäre Hilfsangebote entwickeln lassen, die über eine aktive Einbeziehung der 'Betroffenen' Selbsthilfekräfte stärken und mobilisieren" (Jülich 1985: 111).

Bezüglich der Besuchsdienstaktivitäten im Rahmen des von Schmachtenberg (1980) wissenschaftlich begleiteten BMJFG-Modellversuchs wird hervorgehoben, daß die freiwilligen HelferInnen für die Heimbewohner "i.d.R. eine neue Bezugsperson dar(stellen; U.O.). Die Möglichkeiten der Aktivierung gehen über das weithin bekannte Maß hinaus. Es wird eben nicht nur eine Beschäftigungs- oder Bewegungs- bzw. Ergotherapie um ihrer selbst willen (...) und ohne genaue Bedürfnisvorlage betrieben, sondern die Hilfe setzt an einem ganz anderen Punkt an. Der alte Mensch als individuelle Person mit Wünschen, Bedürfnissen und Gefühlen wird Ausgangspunkt der sozialen Arbeit" (Schmachtenberg 1980: 273).

Der Rollen aspekt läßt sich am Beispiel des Beratungsbereichs verdeutlichen, wo Aktivitäten von besonderem Interesse sind, die sich mit einer besonders anspruchsvollen und schwierigen Klientel konfrontiert sehen; solchen Personen nämlich, die vom professionellen Bereich be-

reits enttäuscht oder zumindest sensibilisiert wurden.¹⁴⁰ Hier haben freitägige MitarbeiterInnen in puncto Authentizität, Vertrauenswürdigkeit und gegebenenfalls Glaubwürdigkeit potentiell besondere Möglichkeiten, die anderen verschlossen sein können.

Diese Qualität ist nicht nur in sozialer Ehrenamtlichkeit als Potential angelegt, sondern ergibt sich beim Übergang zu selbsthilfenäheren Formen in nochmals anderen und möglicherweise noch stärkeren Ausprägungen, was insbesondere bei alltagsnahen Hilfeformen zum Tragen kommt.¹⁴¹ Beispiele könnten sein, wenn ältere, beeinträchtigte Personen selbst Beratung anbieten oder Patenschaften übernehmen (zu Erfahrungen aus dem Bereich chronisch Kranker vgl. Prümel-Philippsen 1990: 101f.) Auch Telefonketten gehen in ihrer Wirkung über Notrufsysteme in einem nach vorliegenden Untersuchungen entscheidenden Aspekt hinaus: Sie verbinden kommunikative Aspekte mit dem reinen Hilfeleistungsaspekt (gerade diese Hilfemöglichkeit ist aber nach MAGFS 1986: 79 nur 18% der Älteren bekannt). Diese Verbindung kann durchaus auch in professionellen Diensten gelingen, allerdings engen z.B. die finanzierungsrechtlichen Rahmenbedingungen den diesbezüglichen Spielraum ebenso stark ein wie es vermutlich der mit Erwerbsarbeit verbundene Umgang mit Zeitstrukturen tut.¹⁴²

Im pflegenahen oder Pflegebereich scheinen die interessantesten Aspekte von Institutionen wie den Seniorengenossenschaften im komplementären Beitrag zu den Leistungen der professionellen Dienste zu bestehen. Dies ist vor dem Hintergrund der Bewältigungs- und soziale

140 Prümel-Philippsen (1990) weist darauf hin, was dieser Tatbestand für den Einsatz von Ehrenamtlichen und deren erforderliche Kompetenz bzw. Qualifizierung bedeutet. Er bezieht sich auf die Arbeit mit chronisch Kranken im Rahmen der Rheuma-Liga.

141 Bezüglich von Beratungsdiensten weist Mändle darauf hin, daß es "für alte Menschen (...) in hohem Maße wichtig ist, eine Bezugsperson oder Bezugsinstitution zu haben, an die sie sich vertrauensvoll wegen eines Rates wenden können" (Mändle o.J.: 7).

142 Selbst bei einer Aufhebung dieser Restriktionen, wie sie bspw. unter Modellbedingungen erprobt wurde, sind die Grenzen des Eingehens von Profis auf psychosoziale Bedarfslagen eng gesetzt, vgl. Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart (1992: 165).

D Dienstleistungsfunktion

Unterstützungsforschung nicht verwunderlich und wird später aufgrund der Bedeutung des Sachverhalts als Netzwerkfunktion nochmals gesondert thematisiert. So stellen die Autoren einer jüngst veröffentlichten Studie über ambulante Dienste für Pflegebedürftige fest: "Bei ähnlich intensiver Pflege und Versorgung ist bei fehlender Einbettung in informelle soziale Netzwerke eine deutlich ungünstigere Gesundheitsentwicklung zu verzeichnen" (Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart 1992: 122).¹⁴³

Qualität hängt - dies wird schon an diesen Beispielen deutlich - in starkem Maße von der Rollenausprägung und der erreichten Beziehungsqualität im Hilfeprozeß ab. Das erschöpft sich nicht nur in einer großen Bandbreite von Interaktionsstilen. Wie ehrenamtliches kann auch seniorenengenossenschaftliches Helfen hier alle Formen annehmen, dieser Aspekt wurde bspw. von Abrahams anhand des Widow-to-widow outreach program beschrieben: "Helping styles range along a varying continuum of social distance. (...) At one end of this range the social distance maintained between helper and recipient approximates that of the professional/client relationship. At the other end of the range, as social distance diminishes, the mutual help relationship approaches that of friendship" (Abrahams 1976: 247).

Mehr Nähe ist dabei keineswegs zwangsläufig der Schlüssel für mehr Qualität. Unter diesem Gesichtspunkt kann z.B. auch die Einführung von Honorierungen oder Verrechnungsmedien wie der Zeitgutschrift in bestimmten Konstellationen die Hilfebeziehung verbessern, indem sie vom Problem der Reziprozitätsbalance entlastet wird. Es wird deutlich, daß unterschieden werden muß nach Hilfeanlässen und Bedarfssituation, nach der Verfügbarkeit alternativer Angebote und deren Qualität, nach Vorerfahrungen und Compliance und je anderen wichtigen Faktoren. Daraus ergibt sich, daß zwar informelle Hilfen eine Reihe von im bisherigen Hilfesystem unterentwickelten Chancen bergen, zugleich aber weniger ein allgemeines Plädoyer für mehr informelles Handeln in mehr

143 Die im selben Kontext entstandene Studie zu Modelleinrichtungen der Kurzzeitpflege argumentiert in ähnlicher Weise, vgl. Heinemann-Knoch/Claussen/Korte (1992: 44f.).

Bereichen Sinn macht, als vielmehr die Forderung der Paßförmigkeit jeweiliger Hilfe- und Unterstützungsbezüge.¹⁴⁴

Das Paßformkonzept gilt indes nicht nur für informelle oder Netzwerk-hilfen. Die Qualität des Hilfeprozesses in belasteteren Lebenssituationen entscheidet sich nicht zuletzt im Maß der Abstimmung der verschiedenen Hilfen. Gerade im Pflegebereich fehlt noch weitgehend "ein koordiniertes Ineinandergreifen der Hilfen und Dienstleistungen, das Ausrichten an gemeinsam entwickelten Pflegestandards, das Arbeiten auf ein formuliertes Pflegeziel hin, welches u.U. auch darin bestehen kann, die Hilfeleistungen überflüssig werden zu lassen" (Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart 1992: 176). Welchen Beitrag hierzu freiwillige MitarbeiterInnen leisten können, ist noch kaum erprobt als Einsatzfeld für die private Koordination, das ehrenamtliche Case-Management. Allerdings läßt sich auf diesem Wege in keiner Weise das Vernetzungserfordernis einlösen

144 Auf der Basis vergleichender Forschungen wurden Theorien vorgelegt, die komparative Leistungsvorteile der dort zumeist als Laienhandeln bezeichneten Dienstleistung gegenüber der Arbeit ausgebildeter Fachkräfte festzustellen versuchen. Diese Argumentation verfolgt im deutschen Sprachraum insbesondere Müller-Kohlenberg mit Bezug auf Meta-Analysen. Die These einer möglichen Qualitätsverbesserung würde darunter vor allem Carkhuff (1968) untermauern, der eine tendenzielle Überlegenheit der Laien gegenüber den Ausgebildeten feststellt. Diese ergebe sich aus einer unterschiedlichen Arbeitsweise: "Der Angehörige eines helfenden Berufsstandes handele im Bewußtsein seiner Rolle, ausgerichtet an Techniken und Theorien, er fokussiere auf kognitive und elaborierte Systeme. Der Laie verfüge dagegen über weniger Expertentum; er sei mehr in Kontakt mit seiner eigenen Unsicherheit und weniger an Klarstellungen interessiert. (...) Er versuche einfach 'to stay with and be with the client'. Ihm bleibe insofern auch das Rollendilemma erspart, das aus der Bemühung um Distanz herrührt und insofern verhindert, sich voll und intensiv in die Alltagsproblematik des Hilfesuchenden hineinzubegeben" (Müller-Kohlenberg/Kardorff/Kraimer 1993: 12). Schwerpunktmäßig geht es um Untersuchungen zu Klienten aus dem stationären oder ambulanten psychiatrischen Bereich. Es wird offensichtlich von einer dyadischen Hilfebeziehung ausgegangen, allerdings teilweise auch nach Gruppen- versus Einzelhilfesettings unterschieden. Koproduktionen mit anderen Bezugspersonen bleiben weitgehend außer Betracht. Daß entsprechende Argumentationen auch geradezu zur Programmatik des sozialen Ehrenamtes gehören, läßt sich an Verlautbarungen der Verbände, an Konzeptionen usw. weit zurückverfolgen. Vgl. nur als Bsp. Arbeitskreis (1988: 207).

D Dienstleistungsfunktion

oder gegenstandslos machen. Und absehbar ist, wie rasch die Grenzen Ehrenamtlicher in der Konfrontation mit zersplittert und arbeitsteilig arbeitenden Profis erreicht sein können, die die Notwendigkeit entsprechender Koordination und Kooperation teilweise seit langer Zeit hartnäckig ignorieren.

Auf der Grundlage der ersten drei Funktionsbereiche im Feld sozialer Dienstleistungen läßt sich ein erstes Fazit ziehen. Mit Blick auf das in Seniorengenossenschaften vornehmlich erstellte Hilfsangebot scheinen Schwerpunkte bei den Dimensionen Qualitätsverbesserung und Dienstausweitung zu verorten sein. Hier liegen sowohl die Hauptanstrengungen als auch die wichtigsten Potentiale.¹⁴⁵

Würde die nüchterne Dienstleistungsperspektive für einen Moment aufgeweitet, so ergäbe sich ein sehr grundsätzlicher zusätzlicher Strang. Über die formulierten Qualitätsaspekte hinaus lassen sich eine Reihe von Diskussionsbeiträgen zusammenfassen, die die bürgerschaftliche Partizipation in konkreter sozialer Hilfe - mal in zeitdiagnostischer, mal in kulturpessimistischer Diktion - zum Maßstab von Menschlichkeit schlechthin - die andernfalls verschwände - erheben. Die Hilfequalität im einzelnen interessiert dabei nur am Rande. "Pflegernotstand und Altenhilfemängel zehren erheblich am Vertrauen und zehren am Tabu, ob es eine staatliche Versorgungsstrategie ohne gesellschaftliches Engagement für den dramatischen Wandel der sozialen Netzwerke geben kann. Anders formuliert: Geld ohne Personal, Infrastruktur ohne Bürger, Hilfe ohne Helfer, Kontakte ohne Menschen, nehmen das Bild Gronemeyers

145 In Übereinstimmung damit stehen Befunde ähnlicher Initiativen. Feder/Howard/Scanlon etwa dokumentieren eine Rangliste erstellter Dienste in Service-Credit-Projekten, die von "companionship/friendly visiting" angeführt wird und dann nach einigem Abstand noch starke Felder beim Haushalt-in-Ordnung-bringen, bei Begleitungen, Einkäufen, Mahlzeitenzubereitung und Transport- bzw. Fahrdiensten enthält (vgl. Feder/Howard/Scanlon o.J.: 10). Die Befragung der HilfeempfängerInnen unterstützt die These eines verbundenen Effektes der *Dienstausweitung auf der Basis anderer Qualität*: "Services provided under the program appear to represent new service delivery, not a replacement of services otherwise received. Three quarters of the programs recipients report getting more service now than before participating in the program - almost half, much more than before" (Feder/Howard/Scanlon o.J.: 12).

('Entfernung vom Wolfsrudel') - von den Waschstraßen in den rationalisierten Altenheimen auf" (Hummel 1993: 219).

Die schon angesprochene Rede von der Bürgergesellschaft wäre also zu übersetzen auch auf der Ebene der Altenarbeit und Altenhilfe. Die Qualität der durch sie erreichbaren Integration und Versorgung hängt davon ab, inwieweit sich Hilfen und Dienste wieder "vergesellschaften" lassen. Wie beschrieben, wird dies Ziel von Protagonisten und Kommentatoren auch mit Seniorengenossenschaften in Verbindung gebracht; deren Beitrag in evaluativer Absicht beurteilen zu können ist heute allerdings gewiß (noch) nicht möglich.

2.4 Dunkelziffer-Überwindung und Inanspruchnahme

Daß das Problem der Nichtinanspruchnahme real und gewichtig ist, läßt sich daran zeigen, daß selbst im Feld verstärkter Hilfe- und Pflegebedürftigkeit weiterhin davon auszugehen ist, daß nur eine Minderheit dieser Personen von ambulanten Diensten besucht wird. Allerdings kann über deren Anteil nur spekuliert werden, solange aktuelle und abgesicherte Daten noch fehlen (vgl. Brandt/Göpfert-Divivier/Schweikart 1992: 163; 174f.; 177).¹⁴⁶ Dennoch läßt sich sagen, daß professionelle Hilfen gerade in diesem Bereich oft erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die innerfamiliären Probleme und Leidenserfahrungen einen erheblichen Chronifizierungs- und Kumulationsprozeß durchlaufen haben.

Die Dunkelzifferproblematik bezieht sich auf diejenigen Individuen bzw. Haushalte, die trotz empfundener Bedarfslage (felt needs) keine Nachfrage anmelden (expressed needs). Für dieses Phänomen existieren eine Reihe von Erklärungsansätzen.¹⁴⁷ Nichtinanspruchnahme in

146 Daten zur Nichtinanspruchnahme sozialer Dienste bei Pflegebedürftigkeit wurden bereits im Kapitel zur Politik des informellen Sektors präsentiert.

147 Eine Theorie der Inanspruchnahme sozialer Dienste hat Wirth (1982) vorgelegt. Er macht systematisch auf den wichtigen Sachverhalt aufmerksam, daß auch Inanspruchnahme nur sinnvoll *als Prozeß* zu rekonstruieren ist, dessen Deter-

D Dienstleistungsfunktion

der Altenhilfe hängt zusammen mit deren beiden Aspekten: dem Alter und der Hilfe. Genauer betrachtet verbergen sich hinter "dem Alter" differenzierbare Kohorten, Einstellungen und Zeitgeisteffekte, die den Bezug zu sozialstaatlichen Angeboten zur Hilfe und Pflege in je unterschiedlicher Weise prägen (vgl. Evers/Leichsenring/Pruckner 1993: 18ff.). Der andere relevante Aspekt verweist auf die Prägung dieses Bereichs durch die Sozialhilfe. "Bedürftigkeit (...) wird nur in harten Bedarfslagen von den Mitgliedern der Altenpopulation eingestanden, ihre Offenlegung in Kauf genommen. Freizeitbetätigung, gesellschaftliche Partizipation, Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens sind offenbar nicht Gegenstand so harter Bedarfsausprägungen, daß sie für größere Gruppen tolerabel erscheinen lassen, sich dem 'Geruch der Bedürftigkeit' auszusetzen" (Bäcker u.a. 1989: 258). Dies gilt besonders dort, wo es die Hilfe mit innerfamilialen Auseinandersetzungsprozessen zu tun hat.

Daß sich der Geruch der Bedürftigkeit abschwächt, ist nicht unbedingt wahrscheinlich. Vor dem Hintergrund von Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen auch im Alter kommen eher einander verstärkende Effekte in Gang: "Je mehr sich Aktivität erlaubende und fördernde, Gestaltung zulassende, Bildung vermittelnde und Erfahrungswissen abfragende, aber auch Rekreation und körperliche Aktivität bietende Erlebnisbereiche für ältere Menschen aus der Altenarbeit fortbewegen, umso stärker wächst die relative Benachteiligung jener, die an dieser Bewegung - die auch Fortschritt ist - nicht partizipieren können" (Bäcker u.a. 1989: 258).

Wenn dahinter eine "zunehmende Bewertung der Altenarbeit und ihrer Angebote gegen den Hintergrund einer lebendigen, differenzierten und durchaus attraktiven gesellschaftlichen Normalität des soziokulturellen Lebens" (Bäcker u.a. 1989: 258) steht, stellt sich die Frage, inwiefern Abhilfe durch eine verstärkte Öffnung der Altenhilfe zu erwarten wäre. Allerdings spricht gerade angesichts der angeführten und historisch verfestigten residualen Verortung der Altenhilfe einiges gegen den Ansatz eines Einbaus auch soziokultureller Integrationsfelder in den Rahmen ihrer Einrichtungen. Gerade von hier aus ergibt sich die Attraktivität dies-

minanten mithin in verschiedenen Phasen verschiedene sind.

bezüglich unbelasteter Marktlösungen. Allerdings läßt sich auch unterhalb solcher Neuzuschneide einiges tun, wie die Praxis zeigt. Dezentrale Organisationsformen werden ebenso erprobt wie die Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen vor Ort, in Verbindung mit genauer Kenntnis der Verhältnisse im Stadtteil wird erwartet, daß auf diese Weise zumindest partiell eine Art Geh-Struktur zu realisieren ist.

Neben diesen grundsätzlichen Überlegungen zur Problematik der Fürsorgenähe stehen weitere Ursachen der Nichtinanspruchnahmeproblematik, die mit einigen empirischen Hinweisen verdeutlicht werden sollen. Inanspruchnahme von sozialen Hilfen und Einrichtungen hängt ab von deren Kenntnis. Und diese ist selbst bei den am besten eingeführten Einrichtungen für Ältere bei eben diesen noch keineswegs umfassend.¹⁴⁸

Inanspruchnahme hängt darüberhinaus vermutlich ab von der Selektivität der Angebote, Hilfen und Dienste. Ganz allgemein gesprochen müssen zunächst empfundene Bedarfe als bearbeitbare "portioniert" und definiert werden und dann entsprechende Instanzen als Adressaten erkannt werden. Die hohe Konsultation von Hausärzten, auf die bereits hingewiesen wurde, kann in diesem Zusammenhang interpretiert werden. Demgegenüber zeichnen sich Angebote der Sozialverwaltungen ebenso wie der freien Träger für ältere Menschen in der Regel durch Unüberschaubarkeit, Arbeitsteilung und Spezialisierung aus. Deren Nebeneinander in verschiedener Trägerschaft überlagert die Situation nochmals.

Als weitere Elemente kommen die wahrgenommene oder unterstellte Problemlösungskompetenz der im Feld agierenden Professionen - bzw. derjenigen unter ihnen, die aus individueller Sicht bekannt sind und potentiell in Frage kämen - sowie die entweder unüberschaubare oder nicht vorhandene Kostenübernahme hinzu. Auf dieser Folie erklärt sich das Ergebnis der einschlägigen Studie von Cooper und Sosna (1983),

148 Zu einer differenzierten Analyse des Informationsverhaltens bezüglich organisierter Hilfen vgl. Stiefel (1985: 297ff.). Gut die Hälfte kennt Sozialstationen (55%), "Essen auf Rädern" (55%) und das Sozialamt (52%), die Nachbarschaftshilfe nur noch 38% und mobile Hilfsdienste 28% (vgl. MAGFF 1983; 1986).

D Dienstleistungsfunktion

gemäß der der Anteil jener Personen an der Altenbevölkerung, die Sozialarbeiter oder Sozialdienst im engeren Sinne konsultieren, mit 0,6% sehr gering ist, obwohl dort darauf hingewiesen wird, daß ein guter Ausbaustand dieser Dienste vorliegt.¹⁴⁹ Angebote einerseits und die Mentalitäten und Einstellungen auf seiten der (potentiellen) NutzerInnen andererseits sowie Reziprozitätsbalancen innerhalb von Haushalten, Familienkontexten oder Ehebeziehungen sind in einer komplizierten Wechselbeziehung verstrickt, die nur schwer aufzubrechen ist.¹⁵⁰

Bemühungen, all diese Schwellen zu minimieren, betreffen zunächst überwiegend konzeptionelle Entscheidungen für den Bereich der beruflich-bezahlten Altenarbeit. Allerdings hat gerade die genauere Kenntnis der professioneller Hilfe zumeist vorgelagerten vielfachen Unterstützung im sozialen Netzwerk auch hier dessen stärkere Einbeziehung stimuliert. Gerade weil dies für ihn nicht gilt, soll es an einem vielrezipierten Arbeitsansatz auf der Grundlage einer ebenso vielrezipierten Sozialarbeitstheorie verdeutlicht werden: an zugehenden Angeboten, die sonst immer wieder erfolgreich von oder mit Ehrenamtlichen durchgeführt werden.

Ihre diesbezüglichen spezifischen Möglichkeiten sind sinnvoll als Gemeinwesenarbeit entlang der Kategorien der territorialen, kategorialen und funktionalen Gemeinwesenarbeit zu begreifen (vgl. Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980). Mit Blick auf die *territoriale* Dimension kann das der Stadtteil als mögliche räumliche Einheit ebenso sein wie größere Räume (etwa in Gestalt der Versorgungsgebiete im Rahmen der Diskussion um ambulante Arbeitsgemeinschaften o.ä.) oder kleinere Einheiten, z.B.

149 Häfner kommentiert demgegenüber gewiß etwas unterkomplex, aber in Übereinstimmung mit Teilen der Fachmeinung anderer Disziplinen: "Die vielfältigen Bedürfnisse nach sozialen Hilfen, die im hohen Lebensalter bei abnehmender Kapazität zur selbständigen Lebensbewältigung steil zunehmen, ließen erwarten, daß die sozialen Dienste einen fühlbaren Beitrag zur sozialen Unterstützung und Versorgung alter Menschen leisten. Daß dieser Beitrag nicht erbracht wird, hat wahrscheinlich mit zwei Gründen zu tun: der Abneigung alter Menschen gegenüber sozialen Hilfen und der überspezialisierten Ausbildung von Sozialarbeitern, die weder spezifische Kenntnisse noch Motivation für Hilfestellungen im Alter vermittelt" (Häfner 1992: 171f.).

150 Vgl. hierzu die Ergebnisse der qualitativen Studie zur Gesundheitsselfhilfe durch Laien bei Grunow/Breitkopf/Grunow-Lutter (1984; insb. 134ff.).

Straßenzüge, Wohnblocks, Altenwohnanlagen oder Heime. "Ziele einer territorialen Gemeinwesen- und Altenarbeit sind das (Wieder)-Herstellen einer Öffentlichkeit und tragfähigen Kommunikation zwischen den Mitgliedern der kategorialen Zielgruppen und den Einwohnern des Gemeinwesens. (...) Allgemeine Ziele dieses Ansatzes sind Basis- und Bürgernähe der professionell Arbeitenden" (Karl u.a. 1990: 313). Besonders gute Voraussetzungen dafür bieten Ehrenamtliche als "intermediäre" Personen.

Die *kategoriale* Dimension hinsichtlich zugehender Arbeitsformen hängt mit möglichen Zielgruppen der Arbeit zusammen. Neben sozioökonomischen Kriterien kommen noch weitere in Betracht, um AdressatInnenkategorien zu bestimmen: Natürlich sind dies Varianten von "Risiko- und Problemgruppen" nach anderen Definitionskriterien (z.B. bei Partnerverlust, Krankenhausentlassung usw.) und weitere Altersgruppen (z.B. ältere Arbeitnehmer, Vorruhestandler, Frauen in der 'leeres-Nest'-Phase usw.). Hinzu kommen aber "soziale Netzwerke (Familien, Verwandtschaften, Nachbarschaften im generationenübergreifenden Kontext), Organisationen und Vereine, in denen verschiedene Altersgruppen vertreten sind, Personengruppen, die mit alternden Menschen zu tun haben (Ehrenamtliche, Professionelle, Dienstleistungserbringer u.ä.). Die Anlässe und Orte der zugehenden Altenarbeit, aus denen Gesprächs- und Beratungssituationen (und Hilfeleistungen; U.O.) entstehen können, sind demnach offener und breiter gestreut als bei einem ausschließlichen Zugang zu 'Problemgruppen'" (Karl u.a. 1990: 313f.). Viele dieser Anlässe und Orte sind "sowieso" Teil des Netzwerks von freiwilligen HelferInnen, weshalb diese häufig eine viel direktere und "unverdächtigere" Zugangsmöglichkeit haben als Professionelle.

Die *funktionale* Dimension bezieht sich auf den thematischen Zugang zur kategorialen Gruppe in einem bestimmten räumlichen Kontext. Das Spektrum vielfältiger Projekte umfaßt als Anknüpfungspunkte bspw. Befragungen über die Lebenssituation, Erzähl- und Erinnerungsarbeit, die Wohnungssituation, die Gesundheitsvorsorge, die sozioökonomische Situation, kritische Lebensereignisse, die familiäre Situation und lebenszyklische Einschnitte (Geburtstage, Hochzeiten, Jubiläen etc.) - wie z.B. in der kirchlichen Gemeindeförderung praktiziert, Interessensgebiete (wie

D Dienstleistungsfunktion

z.B. in den Hobby- und Wissensbörsen). Es wird zurecht darauf hingewiesen, daß damit keineswegs einer erneuten Aufsplitterung der Lebensbereiche und einer noch verfeinert arbeitsteiligen Bearbeitung von Finanz-, Gesundheits- und psychosozialen Problemen Vorschub geleistet werden soll. Die genannten Einzeldimensionen sind statt dessen organisierende "Einstiege", um auf den gesamten Lebenszusammenhang zuzugehen (vgl. Karl u.a. 1990: 315). Bei fast allen von ihnen sind Ehrenamtliche bzw. freiwillige MitarbeiterInnen in besonderem Maße integrierbar.

In vielen Projekten wurde im Vorfeld von bezahlt-beruflichen Hilfen versucht, eine Schwellenverringering durch Sprechzeiten oder Beratungsstunden bei Freiwilligen zu erreichen, die nicht unbedingt in öffentlichen Gebäuden stattfinden müssen, sondern auch bei den HelferInnen zuhause angesiedelt sein können. Entsprechende Potenzen wurden weiter oben unter dem Gesichtspunkt der Qualitätsverbesserung als eigenständige Prozesse diskutiert, können aber ebenso als Brücke zu professionellen Diensten wichtige Zwischenschritte darstellen.

Schwellenverringering und organisierende Einstiege, Zwischenformen von privater und öffentlicher Begegnung - das ist zugleich das Erfolgsrezept der Arbeit in Zentren, wie sie insbesondere als Mütter- oder Familien- und Nachbarschaftszentren bekannt geworden sind. Sie als Dienstleistung zu begreifen führt am wesentlichen vorbei, insofern in dieser Arbeit am Anfang offene Beziehungs- und Netzwerkangebote stehen, aus deren unverbindlichem Rahmen heraus später auch "Dienstleistungen" auf Austauschbasis oder gegen Entgelt - und nötigenfalls ebenso wieder "Linkages" zu beruflichen Diensten - entstehen können.

Die Auflösung klarer HelferIn-KlientIn-Attributionen als eines der zentralen Merkmale dieser Interventionsform kann in noch radikalerer Form instrumentalisiert werden. So läßt sich auf die Stigmatisierungstheorie bei gesundheitlich weniger Beeinträchtigten mit einer Vertauschung der Rollen antworten, bspw. dem Angebot von Volunteer-Rollen an jene Personen, die eventuell als HilfesucherInnen nie aufgetaucht wären, aber möglicherweise den Haupteffekt aus der "Hilfebeziehung" ziehen (vgl. Abrahams 1976). "Persons are placed in a volunteer role in order that they themselves might be helped and one of the main correlates of a

volunteering role is increased self-esteem" (Perry 1983: 116). Daran anknüpfende Konzepte haben lange Tradition. Schon Riessmann (1965) nennt den Prozeß, in dem Menschen, die ursprünglich in der Position des Dienstleistungs- oder Hilfeempfängers sind und dann in eine Helfer- bzw. Volunteerrolle überführt werden "the helper-therapy-principle".

Auf die Rollenproblematik und die mit ihr verbundenen Reziprozitätsaspekte hat die Zeitgutschrift auch in diesem Kontext Einfluß. Aus der Sicht der EmpfängerInnen von Hilfeleistungen könnte sie dazu führen, daß sie sich "nicht in eindeutiger und oftmals stigmatisierender Weise als Objekte 'guter Taten' anderer, sondern mindestens teilweise auch als Inhaber berechtigter Ansprüche auf Hilfe fühlen können - wenn auch diese Ansprüche nicht auf eigenen Geldleistungen, d.h. Käufen, Versicherungsbeiträgen, Steuern, sondern auf eigenen früheren Hilfsleistungen, Anspruchsübertragungen Dritter oder schließlich auf Gegenleistungen beruhen, welche die Helfer selbst zukünftig in Anspruch nehmen können" (Offe/Heinze 1990: 165). So trägt die Zeitgutschrift mit ihrer teilweisen Ersetzung der Transfer- durch die Tauschlogik zur einstiegsweisen Integration befreiender Marktelemente bei.

Der Vollständigkeit halber ist ein Aspekt zugehender Arbeit zu reflektieren, der diese zwar nicht per se disqualifiziert, aber Vorbehalte aufkeimen lassen könnte. Jene Tradition, ehrenamtliche BürgerInnen in zugehender Arbeit mit Hilfebefugnissen und Kontrollaufgaben auszurüsten, geht zurück auf das Elberfelder System der Armenpflege. Die Berliner Sozialkommissionen variieren diese Ambivalenz im Laufe ihrer Entwicklung und unterschiedlich akzentuierten behördlichen Überformungen, legen sie aber nie ab (vgl. Bendkowski/ Pormann 1984).

2.5 Nullsummenspiel/Dienstleistungssicherung

Die theoretisch immerhin mögliche Bestimmung der Effekte von Senioren-genossenschaften oder ähnlichen Initiativen als "dienstleistungsneutral" könnte präziser auf der Grundlage von Ergebnissen erfolgen, in denen die vier vorgenannten Funktionen operationalisiert sind. Solange solche Ergebnisse nicht verfügbar sind, wäre bestenfalls eine Trendbeurteilung möglich.

Mit dem Verweis auf ein bislang geringes Dienstleistungsvolumen allerdings läßt sich angesichts der vorgeschlagenen Differenzierung unter Einbezug "weicher" Dienstleistungsfunktionen die Neutralitätsvermutung nicht stichhaltig untermauern - eine Vermutung immerhin, die politisch als Belanglosigkeitsvermutung vorgetragen wird. Auch jenseits einer schon erfolgten Einlösung scheinen die Potenzen gerade der drei Kriterien der Dienststeausweitung, der Qualitätsverbesserung und der Überwindung problematischer Nichtinanspruchnahme von Diensten so bedeutsam, daß sie dringlich weiter zu fördern sind. Und in der Tat sind sie es nicht unbedingt im Horizont verbesserter Lebensverhältnisse der Älteren, sondern angesichts zunehmenden Problemdrucks im Horizont ihrer Sicherung.

2.6 Konkurrenz im informellen Sektor

Die letzte hier zu prüfende Funktionsbestimmung ist als negative in der Diskussion: Konkurrenz zum unentgeltlichen Ehrenamt, Überangebot bei bestimmten Tätigkeitsbereichen, Untergrabung der Hilfbereitschaft im sozialen Nahraum und in der Nachbarschaft lauten die Befürchtungen neben unzähligen weiteren Variationen des immer gleichen Themas. Angesichts der bis hier zusammengetragenen Rahmenbedingungen für Unterstützungs- und Tätigkeitsbereitschaft sind sie entweder sozialwissenschaftlich nicht haltbar oder sie greifen zu kurz. Wenn Konkurrenz - so die hier vertretene These - zu mehr Aktivitäten insgesamt führt, weil Wahlmöglichkeiten entstehen, wenn sie aufgrund dieser Wahlmöglichkeiten zu einer Modernisierung im Sinne von Bedürfnisangemessenheit führen, wenn also Konkurrenz nicht im Sinne von Verdrängung, sondern gegenseitiger Befruchtung verstanden würde, so käme dies nicht nur dem tatsächlichen Zusammenhang näher, sondern würde ihn noch fördern.

Trotz des Bemühens, einen dynamischen Dienstleistungsbegriff zu wählen, läßt dessen notwendig konkretistischer Bias die Analyse und das Begreifen vieler relevanter Phänomene im Horizont von Hilfe und sozialer Unterstützung nur unbefriedigend zu. Der Dienstleistungsfokus lenkt das Augenmerk zu sehr auf ein Gesamtausmaß an Leistungen, der Stellenwert dessen, *wer in welchen Situationen* und in *welchen "Koproduktions"-Verhältnissen* vor dem Hintergrund *welcher Beziehung* hilft, ist in diesem Konzept nicht angemessen zu begreifen.

Der gewählte Dienstleistungsfokus schärft indessen die sozialpolitische Argumentation. Es ergeben sich zwar einige qualitativ hochrelevante Effekte aus dem hier thematisierten Hilfenetzwerk, mit Bezug auf harte Bedarfsausprägungen aber sollte deutlich geworden sein, daß ihr Beitrag auch bei einer verstärkten Förderung und Mobilisierung notwendig begrenzt bleibt. Mit Olk wäre zu resümieren: "Nur wenn darauf verzichtet wird, Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement ausschließlich unter dem Aspekt der kurzfristigen Schließung von 'Dienstleistungslücken' zu instrumentalisieren, kann deren Förderung und Unterstützung sinnvoll und hilfreich sein. (...) Dies macht allerdings weder den quantitativen

D Dienstleistungsfunktion

Ausbau und die qualitative Reform öffentlicher sozialer Dienste noch die Suche nach zusätzlichen und innovativen Arrangements des Bedarfsausgleichs überflüssig" (Olk 1990: 262).

Angesichts der gewählten Thematisierung der Dienstleistungsfunktion darf nicht aus dem Blick geraten, was bei dem zentralen Kriterium der Qualitätsverbesserung angedeutet wurde. In vielen Bedarfskonstellationen und Hilfesettings scheint die Verfügbarkeit arbeitsteilig erbrachter zusätzlicher oder auch besserer Dienstleistungsressourcen dringend notwendig zu sein, sie kann aber ein grundsätzliches Problem der deutschen Helfelandschaft - gerade im Kontext ambulanter Hilfen in der Häuslichkeit - nicht lösen: die fehlende, auf den individuellen Fall zugeschnittene umsichtige Koordination der Hilfen, die letztlich über die Gesamtqualität des Hilfeprozesses entscheidet.

3 Rekrutierungsfunktion

Konnte man vor einem Jahrzehnt noch feststellen: "Older persons have traditionally been thought of as recipients of social services instead of volunteers or providers of services" (Perry 1983: 108), so gilt dies heute sicher nicht mehr. Für die bundesrepublikanische Diskussion wurde mit dem Großtrend einer "Politik des informellen Sektors" und unter dem - altersbezogenen - Verweis auf die "Produktivität des Alters" bereits auf entsprechende Neuorientierungen hingewiesen. Wiewohl die entsprechenden Projekte und Initiativen zu einem Teil jedenfalls ihren Zielbestimmungen nach hauptsächlich darauf gerichtet sein mögen, "die Älteren aus dem gesellschaftlichen Abseits zu holen und ihnen Möglichkeiten für sinnvolle Selbstverwirklichung zu schaffen" (Kohli u.a. 1993: 22), bedeuten sie zugleich eine normativ aufgeladene Verhaltenserwartung. Sie werden vor dem Hintergrund der Ausformung neuer wohlfahrtspluralistischer Ordnungskonzepte zunehmend eingefügt in ernst gefärbte Zeitdiagnostik, Konrad Hummel spricht bereits vom "Sozialstaatsmythos vom 'gesicherten' Alter, wo doch jede Statistik zeigt, daß der Staatsapparat alleine die helfenden Hände nicht mehr zusammenbringen wird" (Hummel 1993: 221).

Angesichts solcher Argumentation zeichnet sich hinter der unschuldigen Verbindung des individuell Angenehmen mit dem gesellschaftlich Nützlichen deutlich eine "Umkehrung der Diskursfronten ab: Wer nicht aktivitätswillig ist, verfehlt seine Aufgabe" (Kohli u.a. 1993: 22). Im Kontext des "Alterslast"-Diskurses scheint dies ganz besonders für die Älteren zu gelten.

Welche zusätzlichen Funktionen im Rahmen einer breiten Wohlfahrtsstaats-Thematisierung all diese Diskussionslinien noch haben mögen - ein vorrangiges Ziel ist gewiß die Schaffung eines geistig-moralischen Klimas für Bürgerengagement und Freiwilligenarbeit. Dies ist die eine Seite der hier entwickelten doppelten Argumentation. Darüberhinaus wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, daß die Reichweite reiner appellativer und persuasiver Programme und normativen Drucks oder die

D Rekrutierungsfunktion

Propagierung "neuer" Solidarität - wie sie auch das Seniorengenossenschaftsprogramm auszeichnet - allein nicht ausreichend ist, dauerhaftes und irgendwann im Sinne von Dienstleistungen "nützliches" Engagement abzurufen bzw. zu erzeugen. Dies gilt für jüngere und ältere Menschen gleichermaßen.

Entsprechende Zweifel werden auch mit Blick auf die baden-württembergischen Modelle geäußert: "Die Seniorengenossenschaften (...) und die vom Seniorenministerium geplanten Seniorenbüros müssen erst noch den Nachweis erbringen, ob sie Solidarität mit den hilfebedürftigen Älteren mobilisieren können angesichts so vieler um Solidarität konkurrierender Anlässe und Zielgruppen. Motivation zum Handeln aus einer Notlage zu begründen und damit Schlimmem zu entgehen, war schon immer der zweitbeste Weg" (Trilling 1992: 202). Allerdings bedeutet ja das diskursive Anknüpfen an Solidarität keineswegs, daß nur diesbezügliche Motivationen in der Tätigkeit aktualisiert werden können. Außerdem operiert das Programm selbst auch mit multiplen Anknüpfungspunkten. Und noch ein Einwand ist vorzubringen, insofern auch viele gutgemeinte Angebote, die auf den Solidaritätsappell verzichten, nicht recht ankommen. Ob dies eher mit stigmatisierender Fürsorge oder segregierender Altersmonokultur oder beidem zu tun hat, wird noch zu diskutieren sein.

Solange eine umfassendere Theorie des Sich-freiwillig-Engagierens noch nicht vorhanden ist, können hier nur Bausteine in Anwendung auf unser spezielleres Problem geliefert werden. Drei Aspekte sollen erörtert werden: zunächst der allgemeinere Diskurs über Motivationslagen bei Freiwilligen, dann die Incentivedebatte, schließlich die Zeitgutschrift unter Mobilisierungs- und Rekrutierungsgesichtspunkten. Auf den noch davor liegenden Bereich, der institutionell z.B. durch Vermittlungsstellen (Volunteer Bureaux nach US-amerikanischem oder englischem Vorbild), bezüglich seiner Funktionen mit Information, Werbung oder Allokation/Matching gekennzeichnet werden kann, wird nur am Rande eingegangen, auf seine Bedeutung aber hiermit explizit verwiesen. Gleiches gilt für die Konstrukte des Altruismus, der Wohltätigkeitsnorm, der Tradi-

tion, des Zwangs/der Verpflichtung und der Reziprozität, die hier jedenfalls nicht systematisch verhandelt werden.¹⁵¹

3.1 Zwischen Selbstbezug und Hilfe für Andere

Den meisten Untersuchungen zur Motivation Ehrenamtlicher und Freiwilliger wie auch vielen Beiträgen zum Interpretationsansatz "neuer Ehrenamtlichkeit" liegt mit der Unterscheidung von Typen ein Konzept zugrunde, das einen wichtigen Aspekt nicht ausreichend berücksichtigt: Ein freiwilliges Engagement aufzunehmen, auszuüben und aufrechtzuerhalten oder in andere Bahnen zu lenken, muß als ein biographischer *Prozeß* verstanden werden, der in unterscheidbaren Phasen verläuft (vgl. Morrow-Howell/Mui 1989). Unter anderem aus diesem Grunde scheint die empirische Wissensbasis so unbefriedigend zu sein: "Studies of the motives of volunteers have shown that it is notoriously difficult to pinpoint accurately the reasons for participation in voluntary work" (Bulmer 1987: 170).

Rekrutierungsbemühungen müssen einer solchen Prozeßhaftigkeit gerecht werden. Mit Blick auf die Datenlage, die keine Aussagen zum Volunteerverhalten im biographischen Längsschnitt erlaubt, stellt Chambré die folgenden Fragen für weitere Forschungen: "What kinds of non-volunteers become volunteers in old age? What types of recruitment techniques are most effective in recruiting 'new' aged volunteers? To what extent do senior citizen volunteer programs reinforce behavior patterns of earlier stages in the life cycle and to what extent do they recruit 'new' aged volunteers?" (Chambré 1984: 297). Um das Phänomen zunächst besser verstehen zu können und auf dieser Basis Schlußfolgerungen hinsichtlich des Rekrutierungsproblems zu ziehen, wird auf die

151 Sie werden vor dem Hintergrund der jeweils wichtigen sozialwissenschaftlichen Vertreter ausführlich z.B. bei Bulmer (1987: 148ff.) - hier als motivationale Basis für informelle Sorge- und Pflegearbeit - diskutiert.

D Rekrutierungsfunktion

drei Ansätze der "Neuen Ehrenamtlichkeit", einer biographietheoretischen Analyse und des Rollenkonstrukts eingegangen.

Im Schnittfeld von Tätigkeits- und Rollen aspekt, von Lernerfahrungen, Netzwerkeinbindung und Sinnbezügen lassen sich unschwer Überschneidungen seniorengenossenschaftlicher Merkmale mit dem Konzept "neuer Ehrenamtlichkeit" feststellen. Neben einem hohen Maß an Selbständigkeit und Autonomie bei der Gestaltung der Arbeitsfelder, der Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben nicht als Reaktion auf fremde Handlungsanforderungen, sondern als "Resultat eines reflexiven Prozesses, bei dem (die Person; U.O.) entscheidet, ob sie eine Aufgabe übernimmt" (Glinka/Jakob 1992: 11), sowie einer zumindest teilweise hinzukommenden Distanz zu Amtskirche und Verbänden steht im Zentrum des "neuen Ehrenamtes" die eigentümliche Dynamik zwischen Fremdhilfe und selbstbezogenen Motiven. "Die Freiräume bei der Gestaltung des ehrenamtlichen Arbeitsfeldes eröffnen Perspektiven für Lernprozesse und neue Erfahrungen - Erfahrungen im Handeln mit dem Klienten und auch Erfahrungen in der Folge von Gruppenprozessen in dem Kreis der ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen. Das ehrenamtliche Engagement ist *nicht* lediglich eine Pflichterfüllung (...), sondern die (...) Tätigkeit wird (...) mit selbstbezogenen Sinnbezügen begründet. Die ehrenamtlichen Aktivitäten erhalten als Feld für die Selbsterfahrung Bedeutung. Die Gruppe der ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen wird zum Forum für Prozesse der Reflexion und Selbstthematizierung. Darüber hinaus erhält die Gruppe auch als Gemeinschaft und Freundeskreis Bedeutung. Diese *Verknüpfung des ehrenamtlichen Engagements mit selbstbezogenen Aspekten*, die Inanspruchnahme des Engagements für Prozesse der Selbsterfahrung und Persönlichkeitsentwicklung, auch dies ist Kennzeichen eines neuen Ehrenamtes" (Glinka/Jakob 1992: 11; Herv. i.T.).¹⁵²

152 In dieser Formulierung ist angelegt, daß es kein geschlossenes Konzept "neuer Ehrenamtlichkeit" gibt. Der eher positiven Konnotation des Selbstbezuges entgegen wird bspw. von einer sozial- und frauenpolitisch argumentierenden Position aus auf die wachsenden Widersprüchlichkeiten hingewiesen, wenn neue Ehrenamtlichkeit mit folgenden Merkmalen charakterisiert wird: "Geringfügige Bezahlung und damit Grenzüberschreitung hin zu ungeschützter, schlecht

In den meisten Konzeptionen "neuer" Ehrenamtlichkeit ist indes die Komponente des Selbstbezuges sehr verschwommen, wenn zu sehr bspw. auf eigene Problembearbeitung¹⁵³, Selbstverwirklichung oder auf Gratifikationen (vgl. Rauschenbach/Müller/Otto 1992) gesetzt wird. Ein kürzlich vorgelegter ausgearbeiteter Begriffsvorschlag des "Selbstbezuges" setzt deshalb systematisch an einer biographischen Perspektive an (vgl. Jakob 1989; 1993; Glinka/Jakob 1992). "Um eine Vermischung von Ehrenamt und Selbsthilfe als unterschiedliche Hilfeformen in den wissenschaftlichen Begrifflichkeiten zu vermeiden, ist es angemessen, statt von 'Selbsthilfe' in den ehrenamtlichen Tätigkeiten von einem Selbstbezug zu sprechen. Der Begriff des Selbstbezuges ermöglicht eine Benennung des Phänomens, wonach das ehrenamtliche Engagement für die eigene Person in Anspruch genommen wird. Dies impliziert Möglichkeiten einer Selbst-Hilfe im Sinne der persönlichen Problembearbeitung. Mit dem Begriff des Selbstbezugs werden darüber hinaus aber auch Dimensionen der Selbstthematization sowie der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung im ehrenamtlichen Engagement erfaßt" (Jakob 1993: 267f.).

bezahlter 'Erwerbsarbeit'; regelmäßige Qualifizierung (zu Beginn und begleitend der Arbeit), Trend zur Fachlichkeit, zur Halb-Professionalität; ausgeklügelte und gezielte Strategien zur Motivation Ehrenamtlicher, z.T. parallel Förderung nach Mehrarbeit der Hauptamtlichen; finanzielle Anreize an Freie Träger für den Einsatz Ehrenamtlicher; Entwicklung zum 'Ersatz-Arbeitsverhältnis' für Erwerbslose, für vorzeitig in den Ruhestand versetzte, im Alter nicht ausgefüllte Personengruppen; Auseinanderdriften von symbolischer Bedeutung des Ehrenamtes als - im Idealfall - freiwillige, freigestaltbare, ganzheitliche, unbezahlte, spontane und zweckfreie Hilfe von Mensch zu Mensch auf der einen Seite und alltäglicher Erfahrung als 'Arbeitsverhältnis dazwischen' mit Ersatz- und Pufferfunktionen auf der anderen" (Backes 1991: 92).

- 153 Dies ist ein Hauptargument des Müller-Kohlenberg'schen Begriffsvorschlages der "Helferrückwirkung". "Auf eine Kurzformel gebracht, lautet die These (...): Helfer 'profitieren' durch ihre Hilfeleistungen oft mehr als der Hilfeempfänger. Die Persönlichkeitsförderung der Helfer bezieht sich etwa auf Gebiete wie Zufriedenheit, Rehabilitation, Selbstkonzept oder Kompetenzerweiterung in bestimmten Bereichen. Der Empfänger, der das *Ziel* von Hilfeleistungen ist, ist zugleich auch *Medium* von Hilfe (für den Helfer)" (Müller-Kohlenberg 1990: 212).

D Rekrutierungsfunktion

Auf der Grundlage des Konzepts des Selbstbezugs wird eine Typologie von Erscheinungsformen ehrenamtlichen Engagements vorgeschlagen. Sie zeigt "Vielfalt und Differenziertheit sozialkultureller Varianten ehrenamtlichen Engagements: Anhand einer Sinnorientierung des Dienstes und der Pflichterfüllung wird mit ehrenamtlichen Aktivitäten biographische Kontinuität geschaffen (...). Mit der Übernahme von Ehrenämtern kann ein sozialer Aufstieg verbunden sein ('Karriereverlauf mit Ehrenämtern'). In krisenhaften biographischen Verläufen kann das Engagement zur eigenen Problembearbeitung und Suche nach Identität genutzt werden (...). Mit ehrenamtlichem Engagement wird ein Handlungstableau geschaffen, das Prozesse der Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung ermöglicht ('Die Realisierung eigener biographischer Themen mit ehrenamtlichen Tätigkeiten')" (Jakob 1993: 261). Daneben gibt es Engagements, die nur eine eingeschränkte oder verschobene biographische Relevanz erhalten und kurzfristige Ereignisse bleiben.

Das häufig angewandte Rollenkonzept in einer Fassung von Rollenvielfalt und -durchlässigkeit ist durchaus geeignet, diesen Grundgedanken zu integrieren. Es könnte eine wichtige Grundlage dafür sein, der Vielfältigkeit von Ansprüchen des Selbstbezugs ebenso gerecht zu werden wie der Anpassung im Verlaufe ehrenamtlicher Biographien. "A multi-purpose structure can, through a variety of specialized groups, occasions for meeting and complementary caring services, permit its volunteers and clients to move from one role to another quite easily within the comfortable framework of a diverse interchange of information, concern, company and mutual affirmation. Which is something single task schemes, however efficient, cannot hope to emulate. Even in informal care there may be important economies of scale" (Abrams/ Bulmer 1985: 15).

Nehmen wir die genannten Vorschläge zusammenfassend bezüglich umsetzungsorientierter Konsequenzen in den Blick, so bieten sich als umfassendste aber wenig konkrete Perspektive die Schlußfolgerungen des biographischen Ansatzes an. Es "muß den ehrenamtlich Tätigen von Seiten der Verbände und Organisationen zugestanden werden, daß sie mit ihrem Engagement auch eigene biographische Realisierungen verfolgen. Die Rahmenbedingungen für ein soziales Engagement müs-

sen in der Weise gestaltet werden, daß sie den Ehrenamtlichen die Realisierung eigener biographischer Themen ermöglichen. Das Ehrenamt muß Möglichkeiten der Selbstentfaltung und auch der Selbst-Hilfe für die ehrenamtlich Tätigen bereithalten" (Jakob 1993: 285). Mit Bezug auf eine prozeßgerechte Umsetzung dieser Perspektive bleiben die Folgerungen vielleicht notwendigerweise sehr allgemein.

"Die Biographie der ehrenamtlich Tätigen, ihre Erfahrungen und Erwartungen, muß zu einer Kategorie werden, die bereits bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter und bei der innerverbandlichen Organisation des Engagements in den Blick genommen wird. Für die Gewinnung neuer Mitarbeiter bedeutet dies, daß eine Passung zwischen den Anforderungen des ehrenamtlichen Aufgabenfeldes und den Sinnorientierungen und biographischen Planungen des oder der Ehrenamtlichen vorliegen muß. Dabei stellt sich als arbeitsorganisatorische Anforderung an die Verbände und Organisationen, die Rahmenbedingungen derart zu gestalten, daß eine Balance zwischen der Realisierung selbstbezogener Aspekte für die Ehrenamtlichen und der Unterstützung Hilfebedürftiger möglich wird" (Jakob 1993: 285).

Dies bedeutet konzeptionelle Grundsatzorientierungen etwa beim zugrundegelegten Verständnis von Ehrenamt ebenso wie die häufig notwendige Begleitung des "Ehrenamtlichkeitsprozesses" einzelner HelferInnen. Um anzudeuten, was damit gemeint sein könnte, sei jeweils nur ein Beispiel genannt.

Müller-Kohlenberg/Kardorff/Kraimer (1993: 168f.) weisen auf Konzepte des Treffpunkt Hilfsbereitschaft hin, "die darauf hinauslaufen, freiwilliges Sozialengagement nicht ausschließlich von der Seite des 'Mangels' (notwendige Hilfeleistungen für Hilfebedürftige) her aufzugreifen, sondern im Rahmen allgemeiner sozialer Bedürfnisse zu verorten. Neben sozialer Einbindung, psychosozialer Stützung und Freizeitgestaltung gelangen damit auch soziokulturelle Aspekte in den Blick. Die Überlegung geht davon aus, daß das Aufgreifen sozialer und kultureller Bedürfnisse selbst (...) einen wesentlichen Aspekt sozialer Hilfe darstellt. (...) Freiwilliges Sozialengagement greift damit auch auf andere als Helfermotive und andere als (explizit wahrgenommene) Helferfähigkeiten zurück. Der Grundgedanke dieser Überlegungen zielt auf die Stärken lokaler Vernet-

D Rekrutierungsfunktion

zung, in deren Rahmen freiwilliges Sozialengagement in Bürgerengagement übergeht".

Systematisch konzipierte Versuche einer Rekrutierung und Integration neuer Mitarbeit existieren bislang bestenfalls in Ansätzen. Literatur und weiter entwickelte Initiativen insbesondere im "volunteererfahreneren" Ausland rekurrieren in diesem Zusammenhang in der Regel auf Modelle, die diesen Vorgang als Prozeß mit unterscheidbaren Stufen rekonstruieren. Auf diesen Stufen sind unterschiedliche Strategien anzuwenden, um die potentiellen MitarbeiterInnen - um es mit einer den Sachverhalt relativ präzise treffenden umgangssprachlichen Wendung auszudrücken - "da abzuholen, wo sie stehen" (vgl. Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 58f.; Paulwitz 1988: 151ff.). Besondere Stärken können vor dem Hintergrund dieser Überlegungen solche Institutionen entfalten, die Personen nicht nur von Beginn an als potentielle MitarbeiterInnen betrachten, sondern ihnen unterschiedliche Rollen zwischen BesucherInnen, KonsumentInnen und Aktiven erlauben. Auf dieser Grundlage, wie sie bspw. für Zentrumsansätze zutrifft und als Arbeitsprinzip erkannt und genutzt wird (vgl. die Analyse des Phasenmodells bei Helbrecht-Jordan 1991: 90ff.; Rieken 1991), scheint sich das Übereinstimmungserfordernis besonders wirkungsvoll und angemessen zu entfalten, was sich auf die Zufriedenheit der Beteiligten und die Qualität der Arbeit gleichermaßen günstig auswirkt.

Bei anderen Personen, die auch in solchen Formen nicht von sich aus geeignete Einstiege in und Formen des freiwilligen Engagements finden, ergäbe sich im Eingehen auf biographische Orientierungen und paßgerechte Angebote im Einzelfall eine neue wichtige Funktion in Initiativen, die freiwilliges Engagement organisieren. Sie bringt zugleich qualifikatorische Herausforderungen mit sich. Und sie bedeutet ein weiteres. Eine "kategoriale" Rekrutierungsstrategie wird auch in Zukunft nur sehr bedingt Erfolg haben. Sie kann nur wirken, wenn eben die kategorialen Themen - von kritischen Lebensereignissen bis zum Geschlecht - als biographische Themen Bedeutung haben. Vor dem Hintergrund biographieorientiert analysierbarer Typen gilt dies aber offensichtlich nur für einen Teil. Dies ist etwa angesichts der neuerdings verstärkt unter-

nommenen Versuche, freiwilliges Engagement für Männer attraktiver zu machen, in Rechnung zu stellen.¹⁵⁴

Umgekehrt bedeutet dies aber ebenso, daß auch problematische Tätigkeiten nicht per se als ungeeignet bezüglich einer Rekrutierung freiwilliger MitarbeiterInnen angesehen werden sollten. Hier ist sehr genau bei den angebotenen bzw. nachgefragten Arbeitsinhalten sowie den mit ihnen verbundenen Bedeutungsinhalten hinzusehen. Um dies anhand des weiterhin pauschal als besonders wenig attraktiv betrachteten Feldes der Übernahme von Pflegeaufgaben¹⁵⁵ zu verdeutlichen, wird auf eine

154 Der grundsätzliche von Jakob erhobene Einwand läuft darauf hinaus, daß für die von ihr vorgenommene Differenzierung in verschiedene Typen nicht das Geschlecht die zentrale Kategorie ist, sondern jeder einzelne Typus von Frauen und Männern repräsentiert wird, wobei sich allerdings innerhalb der Typen weibliche und männliche Varianten unterscheiden lassen (vgl. Jakob 1993: 262f.). Die praxisbezogene Frage wurde u.a. schon in einer Reihe anderer Modellprojekte aufgeworfen. Der Berliner Treffpunkt Hilfsbereitschaft berichtet immerhin, daß 45 bis 90% der erreichten Zielgruppe Männer sind, worunter die 20- bis 30jährigen stark repräsentiert sind. Auf der Grundlage der Aussagen von Projektmitarbeitern fassen Heinze/Olk/ Wohlfahrt (1992: 26) zusammen: "Es handelt sich fast durchweg um Erwerbstätige. Sie suchen kompensatorische Erfahrungen gegenüber der beruflichen Tätigkeit, sind in ihrer Freizeit nicht ausgefüllt bzw. wollen durch das Kennenlernen anderer sozialer Welten ihre Abenteuerlust befriedigen bzw. suchen die menschliche Begegnung". Wenn das so zutrifft, dann wäre demgemäß *ein* biographieorientiertes Muster getroffen worden. "Der Versuch des Treffpunkts Hilfsbereitschaft, mit einer Plakataktion 'Man(n) hilft', Männer verstärkt zu freiwilligem sozialem Engagement zu aktivieren, hat keine meßbaren Ergebnisse erbracht. Hier scheint es uns notwendig zu sein, langfristige Strategien zu entwickeln, die den Einstieg in freiwilliges Sozialengagement für Männer attraktiver machen. Konkrete Erfahrungsberichte von Männern scheinen uns hier ein Ansatzpunkt zu sein. Ein anderer Ansatzpunkt ist es, die Handlungsbereiche freiwilligen sozialen Engagements zu erweitern, um damit auch Kompetenzen, die Männer in ihren beruflichen Tätigkeiten erworben haben, herauszufordern" (Kohlenberg/Kardorff/Kraimer 1993: 168). Zur Interpretation der Plakataktion vgl. Heinze/Olk/Wohlfahrt (1992: 26). Koch-Arzberger/Schumacher (1990: 53f.) verweisen einmal mehr auf die Erfahrungen mit Handwerker- oder Senior-Expertendiensten und bestätigen damit den Berliner Grundgedanken.

155 Vgl. z.B. die Ergebnisse eines Modellversuchs zur Gewinnung ehrenamtlicher BesuchshelferInnen, die vergleichsweise höhere Vorbehalte gegenüber Älteren und verstärkt noch gegenüber gerontopsychiatrischen PatientInnen ergaben,

D Rekrutierungsfunktion

Unterscheidung von Waerness zurückgegriffen. Ihr zufolge sind drei unterschiedliche Kategorien des Substrats "Pflegen" auseinanderzuhalten: 1) "Care-giving work connected with growth or results", 2) "Care-giving work connected with stagnation", 3) "Care-giving work connected with deterioration" (vgl. Waerness 1984: 80ff.). Damit sind unterschiedliche Grade an Verbindlichkeit, unterschiedliche Verlaufstypen in zeitlicher Hinsicht bezüglich des Hilfenbedarfs, unterschiedliche Formen und Ausmaße von erwart- bzw. vermutbaren Erfolgserlebnissen, Anerkennung und Befriedigung verbunden.

Ein Merkmal der sich allmählich herausbildenden Versuche, Freiwillige für dieses heterogene Feld zu gewinnen, scheint einerseits die Betonung der "wachstumsorientierten" Bereiche (wie etwa die Rehabilitation nach Krankenhausaufenthalt) zu sein, andererseits der Versuch, die beiden anderen Kategorien aufzuwerten und ein Stück weit umzudeuten. So wird der Akzent in Tagespflegeaktivitäten auf Rehabilitationspotentiale gelegt und in Kursen und Materialien wird noch das Thema Sterben in positiver Weise aufzugreifen versucht - im Gleichklang übrigens mit Teilen der gerontologischen Literatur, die "Wachstum" als Haltung und Erfahrungsmodus im Alter in den Vordergrund stellt (vgl. etwa Veelken 1990; Imhof 1988: 289ff.; Rosenmayr 1990). Und es paßt dazu, daß eine ganze Reihe von Beiträgen auch aus feministischer Sicht gerade mit Blick auf die ehrenamtliche Mitarbeit von Frauen in der Altenarbeit darauf hinweisen, daß das Leitbild der Arbeit *für* Alte im Gegensatz zu demjenigen der Arbeit *mit* Alten immer weniger trägt (vgl. Notz 1988).¹⁵⁶

vgl. GSD (1987: 33). Zum Einsatz bei psychisch kranken alten Menschen vgl. Lohfer/Lohfer/Muschter (1982).

156 Die nordrhein-westfälische Altersselbsthilfgruppenuntersuchung bietet ein altersdifferenzierendes Interpretationsangebot ihrer Daten, bezogen auf den dort untersuchten Tätigkeitsausschnitt: "Die bis zu drei Jahre alten Gruppen verweisen bereits vermehrt auf Teilnehmer im Alter von ca. 60 Jahren (...). Die von dieser Altersgruppe ausgewählten Bereiche liegen verstärkt in den Gesprächs-(psycho-soziales), Kultur- und Gesundheitsgruppen. Bis zum Alter von 65 Jahren werden vermehrt Tätigkeiten im nachberuflichen Bereich gesucht, während darüberhinaus für 65 Jahre und ältere Personen gemeinwesen- bzw. sozialbezogene Tätigkeiten einen bevorzugten Gruppenzugang bedeuten. Abweichungen von diesen Durchschnittswerten zeigen sich in allen Bereichen und

Wird der biographische Ansatz auf Seniorengenossenschaften angewandt, stellt sich die Frage, inwieweit es ihnen auch im Vergleich zu anderen Institutionen gelingt, ein höheres Maß an Übereinstimmung zwischen den Deutungsangeboten und organisatorischen Rahmenbedingungen einerseits und den subjektiven Perspektiven und Sinnbezügen der Ehrenamtlichen andererseits herzustellen (vgl. Jakob/Olk 1991: 232f.; Glinka/Jakob 1992: 11f.).

3.2 Zum Stellenwert von Anreizen und Gratifikationen

Große Teile der öffentlichen Diskussion sowie ein wichtiger Strang der Analyse des Neuen Ehrenamtes setzen in einer vieldiskutierten Dimension analytisch wie praktisch auf ein vergleichsweise schlichtes Programm in Form von "Anreizen". Sie spielen in der Wohlfahrtsökonomie eine wichtige Rolle und werden als Idealtypus in der Regel von anderen Steuerungstypen unterschieden.

"Im Anschluß an Neuberger und Duffy (1976: 65ff.) können Entscheidungsträger (1) durch Tradition oder Gewohnheit, (2) durch eigennutzorientierte Anreize, (3) durch solidaritätsorientierte Anreize oder (4) durch Zwang motiviert sein. Darüber hinaus ist in der Anreizstruktur stets zwischen materiellen und immateriellen Reizen zu unterscheiden (...). Die dominanten Anreize im Fall der altruistischen Gruppen sind Tradition (1) und Solidarität (3), im Falle der Selbsthilfegruppen Eigennutz (2) und Solidarität (3). Darüberhinaus gewinnen in beiden Fällen die immateriellen Anreize einen besonderen Stellenwert. Wenngleich auch bisweilen altruistischen Gruppen das Eigennutzmotiv zugeschrieben wird, bleibt (bei freiwilligen Vereinigungen; U.O.) als wesentliche Schlußfolgerung die im Vergleich zu anderen Leistungsträgern größere Bedeutung des Solidaritätsmotivs und der immateriellen Anreize bestehen" (Badelt 1984: 50f.).

belegen eine hohe individuell motivierte Nutzung der Altenselbsthilfegruppen" (Reggentin/Dettbarn-Reggentin 1992: 4).

D Rekrutierungsfunktion

Eine solche kategoriale Bestimmung mag dazu dienen, Institutionen nach dem hauptsächlichen Typus der Handlungssteuerung zu unterscheiden, den im letzten Abschnitt entwickelten Forderungen nach adäquaten Differenzierungen im Kontext des Rekrutierungsbemühens genügt sie offensichtlich keinesfalls. So scheint für die Phänomene "neuer" Ehrenamtlichkeit die Durchdringung mit Eigennutzmotiven zentral, aber das für den Anreizmechanismus zentrale Konzept des Eigennutzes ist den Motivationsbündeln im sozialen Bereich nur in Ausschnitten angemessen. Es ist sehr viel enger angelegt als das Konzept des Selbstbezugs. Schließlich scheinen die gegenseitigen Durchdringungen der einzelnen Steuerungstypen empirisch die wichtigsten, analytisch die herausforderndsten und sozialpolitisch die zukunftsträchtigsten zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst zu fragen, was als eigennutzorientierte Anreize bezeichnet wird. Zuerst handelt es sich um materielle Anreize, die als Sach- oder Geldleistungen anfallen können. Wie uneindeutig beide Kategorien bezüglich ihres Rekrutierungspotentials sind, kann bspw. daran verdeutlicht werden, welchen durchaus nicht übergeordneten Platz sie selbst bei nachberuflicher *Erwerbsarbeit* in der Motivationshierarchie einnehmen.¹⁵⁷ Das spricht dafür, daß gerade auch beim Thema finanzieller Anreize jene unterstellte Unverträglichkeit mit anderen Motivationsressourcen in Frage gestellt werden muß, die zum Standardrepertoire der VerteidigerInnen des "alten" Ehrenamtes gehört.

Und auch das in seiner Popularität nicht nachlassende "Dambruchtheorem", dem gemäß der als gesellschaftliche, relativ homogen strukturierte Institution vorgestellte Sektor sozialen Ehrenamts durch das Vordringen schon kleiner Dosen von Eigennutzorientierung und darauf bezogener Gratifikationen erodieren müsse, ist wenig überzeugend. "Auf

157 "Daß nicht die nackte Existenznot, ja nicht einmal vorwiegend materielle Erwägungen die Erwerbswünsche von Rentnern hervorrufen, beweist die Nachfrage nach den Gründen, warum man sich eine Nebenerbstätigkeit wünscht. Nur 13% der Befragten geben an, daß die Rente nicht reicht, 20% wollen sich mehr leisten können. Dagegen spielt der Wunsch nach Kontakt zu anderen Menschen bei 42% der Rentner eine Rolle, 34% wollen eine sinnvolle Arbeit tun, 32% sagen, daß ihnen Arbeit einfach Spaß macht" (Hondrich u.a. 1988: 97).

der Ebene idealtypisch unterstellter Wirkungsbedingungen widersprechen sich die Anreizlogiken von Überzeugungsprogrammen und finanziellen Anreizen. Entweder gelingt es, die Bindung an übergreifende Werte (wie etwa das Ethos des Gemeinsinns oder die Solidarität mit den Unterprivilegierten etc.) zu aktualisieren mit der Folge, daß finanzielle Belohnungen für das soziale Engagement kontraproduktiv bzw. bestenfalls unschädlich wirken würden. Oder aber die Individuen ziehen materielle Gratifikationen vor, was aber wiederum einschließen würde, daß der Appell an gemeinsame Wertbindungen folgenlos bleiben müßte. In der Realität einer hochgradig pluralisierten und individualisierten Gesellschaft können sich allerdings die Effekte beider Programmtypen aufsummieren. Dies wäre dann zu erwarten, wenn einzelne Personen(-gruppen) aufgrund unterschiedlicher Präferenzen auf die gegenläufigen Anreizsysteme verschieden reagieren" (Olk 1990: 256).

Hinter der o.g. Residualkategorie immaterieller Anreize verbirgt sich höchst Verschiedenartiges. Ein wichtiger Aspekt besteht in der Dimension sozialer Kontakte, eines Gruppenzusammenhangs oder Gemeinschaftserlebens.¹⁵⁸ Zu den immateriellen Anreizen kann auch die äußere Ausgestaltung der Einrichtung gezählt werden, wobei es in vielen Fällen schon ein bedeutender Fortschritt wäre, wenn negative Anreize vermieden würden.¹⁵⁹ Interessant daran ist die übergreifende Beobachtung.

158 In vielen Programmen und Initiativen freiwilligen Engagements wird sehr auf diese "Gratifikation" geachtet. In Seniorengenossenschaften ist dies sehr unterschiedlich zu konstatieren, was zugleich heißen soll, daß die diesbezüglichen konzeptionellen Potentiale noch keineswegs erschöpft sind, während die professionell angeleiteten Service-Credit-Programme diesem Thema große Wichtigkeit beimessen. "Since service credit volunteers serve in people's homes, and not in a group setting, the sense of belonging to and recognition by a community that comes with most volunteer programs is not intrinsic to the service credit design. Program managers make explicit efforts to create that community, to ensure volunteer satisfaction and continued participation. Regular telephone contact, encouragement to visit the office, periodic training sessions/meetings, and quarterly parties or social gatherings (...) were the primary mechanisms employed" (Feder/Howard/Scanlon o.J.).

159 Die "Ausstrahlung" von Einrichtungen, ihr "Outfit" und Erscheinungsbild und die mit ihnen assoziierten Werte und Vorstellungen gelangen erst allmählich ins Blickfeld in einem Bereich, der so lange so weitgehend von den Verbänden der

D Rekrutierungsfunktion

Es existiert offensichtlich inzwischen eine sich immer weiter durchsetzende "Gratifikations- und Anreizsemantik", die auf soziale Ehrenamtlichkeit gerichtet ist. Einen inhaltlichen gemeinsamen Nenner dahinter zu identifizieren scheint kaum möglich, es sei denn er bestehe - strukturell - in der Forderung nach Diversifikation/Pluralisierung und - individualsbezogen - situationaler/personaler Passung der Gratifikationen.¹⁶⁰ Auch wenn das Plädoyer für ein breites Angebot differenzierter

freien Wohlfahrtspflege gestaltet wurde. Die Entwicklungsfähigkeit entsprechender Institutionen hängt insbesondere davon ab, "ob und inwieweit sie sich von dem klassischen Image der Sozialorganisation lösen können. Deshalb wird auch (beim Beispiel des Berliner Treffpunkt Hilfsbereitschaft; U.O.) für die konzeptionelle Selbstverortung die Metapher der Reisebüros gewählt. Ebenso wie die Leute in ein Reisebüro mit bestimmten Urlaubsträumen hereinkommen und sich aus der Palette der 'Traumangebote' das für sie interessante herausuchen, so sollten auch die potentiellen Kunden des Treffpunkts mit bestimmten Träumen über ihr 'Abenteuer in fremden Sozialwelten' kommen, und es ist dann die Aufgabe des Vermittlungsbüros, diese Träume mit dem Angebot an Verwirklichungsmöglichkeiten abzugleichen, und erforderlichenfalls auch bestimmte Idealvorstellungen auf die Ebene der Wirklichkeit herunterzutransformieren. Dies bedeutet andererseits, daß das Vermittlungsbüro dazu gezwungen ist, die Zielinstitutionen darin zu unterstützen, bestimmte Standards der Arbeit (wie etwa ihre Formen der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen, ihre Außendarstellung etc.) auf einem qualitativ hohen Stand zu halten. Stichworte hierzu wären 'Good Job Design' sowie 'Staff Commitment'" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 27). In baulicher Hinsicht wird gefordert, daß die Einrichtungen durch große Schau- fenster mit Auslagen signalisieren, daß sie niedrigschwellig und unverbindlich sind. Eine räumliche Nachbarschaft zu Banken, Fitneß-Zentren und Reisebüros ist ausdrücklich erwünscht. Auf diese Weise soll deutlich gemacht werden, daß solche Treffpunkte mit anderen Freizeiteinrichtungen um die disponible Zeit der Bevölkerung konkurrieren.

160 Müller/Rauschenbach/Otto (1992) argumentieren relativ "greifbar" zugunsten von symbolischen und materiellen Gratifikationen. Rieken analysiert Engagementverläufe in Familien- und Nachbarschaftszentren im Kontext von "Beweggründen, die an das Belohnungs- und Anreizsystem des Zentrums gebunden sind" (Rieken 1991: 47), worunter Kontakt, Anerkennung, Zugehörigkeit und Gleichberechtigung - mitsamt ihrer Wirkungen - ebenso gefaßt werden wie Rahmenprinzipien in Form freier Zeiteinteilung und Wahlfreiheit in den Aufgaben und schließlich Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeit in unterschiedlich verbindlichen Formen der Verantwortungsübernahme und in unterschiedlichen Graden an Öffentlichkeit. Neben diesen "Gratifikationen" sind Anreize

Anreize materieller und immaterieller und gemischter Art der Absicht nach bei vielen ProtagonistInnen einer quasi-mechanistischen und in einer solchen Fassung wenig plausiblen Anreizlogik entspringt, kann es der Wirkung nach durchaus zu den intendierten Effekten beitragen. Aus der oben thematisierten biographieanalytischen Perspektive heraus kann sich durch plurale Gratifikationsangebote ihre Chance erhöhen, im Zusammenhang mit spezifischen biographischen Ereigniskonstellationen handlungsrelevant zu werden.

3.3 Zeitgutschrift und Anreizfunktion

"Ältere Menschen kann man sich selbst überlassen, oder aber Betriebe, Gemeinden, freie Träger gründen gemeinsam Seniorengenossenschaften, die die Zeit und die Bereitschaften der jungen Alten nutzen, die auf diese Weise etwas Sinnvolles für andere tun und sich so vielleicht auch noch 'Anrechte' erwerben können, damit ihnen später ähnlich geschehe" (Dettling 1993). Das aufgeschlossen formulierte Plädoyer enthüllt das schlichte Argument: "Anrechte" als Anreize, um latent vorhandene Antriebe produktiv werden zu lassen.

In diesem Abschnitt wird der Mechanismus des Zeittausches auf der Grundlage von Gutschriften auf seine Qualität als Steuerungsmedium betrachtet. Der gewählte Blickwinkel entspricht der in dem Zitat aufscheinenden öffentlichen Aufmerksamkeit.

pekuniärer Art lediglich ein Typus. Für Mütterzentren ebenso wie für Familien- und Nachbarschaftszentren gilt, daß sie für sehr viel mehr stehen als nur für die Befriedigung des Eigennutzmotivs. Wenn hier für bestimmte Aufgaben im Zusammenhang der Einrichtung Honorare gezahlt werden, so werden sie weniger als äquivalenter "Lohn" im Muster von Erwerbsarbeit interpretiert, sondern eher als Legitimation für eine Betätigung im öffentlichen Raum sowie als gesellschaftliche Anerkennung von Hausfrauen- und Erziehungstätigkeit. Die Geltungskraft dieser Interpretation variiert natürlich zwischen den einzelnen Personen sehr stark, es scheint so, daß gerade die in traditionellen sozialen Ehrenämtern unterdurchschnittlich repräsentierten Gruppen mit dadurch mobilisiert werden können.

D Rekrutierungsfunktion

Der Zeittausch läßt sich als spezifisches Allokationsinstrument auf der Basis eigennutzorientierter Kalküle betrachten und aktualisiert eine in modernen Gesellschaften oft verdrängte Tatsache. Die "Leistungsübermittlung durch regulären Kauf ist (...) weder in der Vergangenheit noch der Gegenwart moderner Gesellschaften die einzige institutionelle Form, in der die Ergebnisse produktiver Tätigkeit des einen Partners mit den Bedürfnissen des anderen Partners in Kontakt gebracht werden" (Offe/Heinze 1990: 280). Alternativen bestehen nicht nur in Form der sozialwissenschaftlich unterscheidbaren beiden Grundformen des sozialen Zwangs einerseits und der normativ fundierten Verpflichtung andererseits, sondern auch in den Grenzen der dritten Form, des Tausches.

Wird also eine alternative Form gewählt, so knüpfen sich daran im wesentlichen zwei grundsätzliche Problemkomplexe. *Erstens* ist zu fragen, inwiefern das in Frage stehende gesellschaftliche Feld die Applikation der Tauschlogik "verträgt" bzw. mit welchen positiven und/oder negativen Effekten zu rechnen ist. *Zweitens* ist zu fragen, weshalb nicht gleich das Geldmedium zum Einsatz kommen soll, bzw. - offener gefragt - "ob *innerhalb* der durchaus variantenreichen Familie institutioneller Formen, deren Gemeinsamkeit im individuellen, freiwilligen und vorteilsorientierten *Tausch* besteht, Effizienzvorteile für einzelne Unterkategorien des Tausches gegenüber anderen Typen des Tausches begründet werden können" (Offe/Heinze 1990: 281; Herv. i.T.).

Ordnungs- und sozialpolitisch ist der ganze Komplex von hohem Interesse. In der vorliegenden Arbeit indes wird er nicht systematisch behandelt (vgl. hierzu Offe/Heinze 1990: 264ff.). Während einzelne diesbezügliche Aspekte - bspw. Wirkungen auf Hilfeinanspruchnahme oder Qualitäten auf der Basis einer spezifischen "Mischung" mit solidarischen Anteilen - an unterschiedlichen Stellen der Arbeit thematisiert werden, gilt eine ausführlichere Betrachtung einer der zentralen Fragen, dem Motivations- und Anreizproblem. Schließlich war dies einer der zentralen Bezugspunkte bei der Konzipierung des Zeittausches.

Zunächst sollen einige theoretische Überlegungen zu seiner Leistungsfähigkeit angestellt werden. Die Zeitleistung von HelferInnen begründet eine Form von Kaufkraft, einen zeitäquivalenten Anspruch auf Gegenleistung. Die verdiente Kaufkraft - ob in Geld oder in Leistungs-

guthaben - ist "eine extrinsische Belohnung, d.h. man erhält sie unabhängig davon, ob die Arbeit einen persönlich befriedigt oder nicht. Wenn die Arbeitsstunde dem Leistenden die inflationsgesicherte Fähigkeit verleiht, eine Arbeitsstunde von jemand anderem zu kaufen, scheint der Austausch gleichwertig und die extrinsische Belohnung äquivalent. Im Vergleich dazu kann man mit dem Lohn einer Arbeitsstunde niemals eine identische Arbeitsstunde eines anderen kaufen, wenn Verwaltungskosten, fortlaufende fixe Kosten, Profite und Steuern eingerechnet werden.

Auf den ersten Blick scheint daher die in Form von Leistungsguthaben gebotene extrinsische Bezahlung durchaus konkurrenzfähig zu sein, aber diese positive Einschätzung ändert sich sehr schnell, wenn man bedenkt, daß der Umfang der Leistungen, die man für Leistungsguthaben kaufen kann, begrenzt ist. (...) Wenn man jedoch Leistungsguthaben als ein Mittel ansieht, die eigene Gewißheit über die tatsächliche Verfügbarkeit von Dienstleistungen zu erhöhen, oder als einen Weg, in der Lage zu sein, sein Leben ohne von Verwandten oder von Sozialbürokratien auferlegte Zeitpläne einzurichten, werden Leistungsguthaben zu einer Form der Versicherung und verbürgen größere Unabhängigkeit in der Zeiteinteilung" (Cahn 1990: 138f.).

Es kommt nun ein wichtiger Aspekt hinzu. Bestimmte Leistungen sind schon heute und mehr noch in Zukunft auf dem geldvermittelten Dienstleistungsmarkt nicht zu haben und durch Waren und Güter nicht zu substituieren. Dieser Bereich wurde bislang vorrangig durch Solidarität und normative Verpflichtung - zum Teil in marginalen Formen der flankierenden Ergänzung durch Geldleistungen - gesteuert, in Teilbereichen beansprucht hier die Zeitwährung nun zusätzliche Geltung. In einem Segment, in dem absehbar zunehmend Knappheitsrelationen herrschen, ohne daß die Nachfrage in nennenswertem Umfange preiselastisch ist, soll ein zusätzliches Angebot individuell nurmehr erlangbar sein, wenn vorgängig - gegebenenfalls auch später - ein gleichartiges Angebot nach Sektor (Engagement im "Sozialen", "Hilfeleistung") und Zeit (als Hauptqualitätskriterium) erstellt wurde. Falls damit die Zugänglichkeit zu entsprechenden Leistungen *vermittels Geld* zurückgedrängt würde, nähme die Ausweitung des Zeittausches - gesellschaftlich betrachtet - ein Stück

D Rekrutierungsfunktion

weit die generalisierende Abstraktion des Kommunikationsmediums Geld (vgl. Luhmann 1981: 94ff.) wieder zurück.

Weitere Wirkungen knüpfen daran an, daß das Austauschprinzip gerade in seinen symbolisch gebrochenen Formen ein Stück weit das hergebrachte Denken einer klaren Trennung zwischen Gebenden und Nehmenden aufhebt. Auch die dort als Hilfsbedürftige kategorisierten Personen sind vielfach potentiell in der Lage, bestimmte Aufgaben zu übernehmen, bei RollstuhlfahrerInnen bspw. können dies Beratungshilfen ebenso gut sein wie die Teilnahme an Telefonketten o.ä.¹⁶¹

Nicht erst angesichts der Knappheits-Visionen, sondern schon im Kontext des Status quo wird deutlich, weshalb der Sicherheitsaspekt so hoch beachtet wird. Er muß interpretiert werden auch vor dem Hintergrund der Wahrnehmung der je eigenen Alterssicherung mit Blick auf Einkommen, insbesondere aber die sichere Erwartbarkeit sozialer Dienstleistungen. Angesichts des spezifisch deutschen Problems, daß die Finanzierung des Pflegesektors im Rahmen des Staates bis heute weitgehend Aufgabe der kommunalen "Armenpflege" ist, werden hier Defizite antizipiert.

Gerade der Sicherheitsaspekt gab und gibt immer wieder Anlaß, die Leistungsfähigkeit des neuen Modells in Frage zu stellen. Legt man eine ordnungsgemäß äquivalenzorientierte Rückerstattung als alleiniges Erfolgskriterium an, so hat diese Kritik gewiß ihre Berechtigung. Genau dies aber wäre eine gänzlich unangemessene Verengung. Die hier vertretende These geht dahin, daß es sich beim Zeittauschmodell um eine *bestenfalls partielle Einführung expliziter Marktlogik* in den zwischenmenschlichen Bereich handelt, die durch vielfache Inkonsistenzen und durch eine eher symbolische Handhabung gebrochen wird.

Ansätze strengen äquivalenten Tausches werden in der Programmatik in korrespondierender Weise auch begrifflich entschärft: "Die Bürgergesellschaft braucht die Fähigkeiten des Tauschens, nicht die Fähigkeiten

161 Aber selbst diese dienstleistungsorientierte Perspektive wäre - dies als Vorgriff auf deren Reformulierung durch die Netzwerkperspektive - in einer Weise zu erweitern, damit etwa das Hilfreiche einer "Rekrutierung als NetzwerkpartnerIn" in seiner Relevanz in den Blick kommt, was beim klassischen Dienste-Ansatz unmöglich scheint.

der Erwerbsarbeit" (Hummel 1993a: 268). Zugleich werden vielfache weitere Tauschwerte einbezogen, die eine strengere Tauschlogik abschwächen. "In den meisten Initiativen werden die Stunden aufgeschrieben und dokumentiert, die die Mitglieder leisten. Die Mitglieder erhalten nur in wenigen Fällen Geld ausbezahlt. Der direkte Tausch von Zeit und Fähigkeiten steht im Mittelpunkt. Selbst wenn der unmittelbare Zeit-tausch nicht zustande kommt, weil entweder die freiwillig Engagierten derzeit kein 'austauschbares' Bedürfnis oder der Verein örtlich dies nicht bieten kann, wird damit doch gleichzeitig eine Perspektive auf die Zukunft eröffnet. Die Erwartung ist, gesellschaftlich wirksam zu sein, indem man Vorbild für das Verhalten nachfolgender Generationen ist" (Hummel 1993a: 269). Das Zeitkonto wird so als Symbol lebensweltlich ausgedeutet. Es ist Katalysator in den Auseinandersetzungen um ein modernisiertes freiwilliges Engagement, Kristallisationspunkt für die Themen gesellschaftlicher Anerkennung und für Gerechtigkeitsvorstellungen.

In mancher Hinsicht wiederholen sich die Diskussionen, die um paid volunteers bzw. die Geringbezahlung von Ehrenamt geführt werden. Belebt und bereichert wurden diese durch die Modellversuche der Mütter- bzw. Familien- und Nachbarschaftszentren, die explizit die Honorierung bestimmter Tätigkeiten vorsahen. Die daraus gewonnenen Erfahrungen machten in differenzierter Weise die widersprüchliche Charakteristik der Bezahlung deutlich. Negativaspekte wie die kritisierte Übernahme einer (männlichen) erwerbszentrierten Wertehierarchie und die Quantifizierung von Engagement und positive Auswirkungen wie die Stützung der Einkommenssituation von dem Erwerbsarbeitsmarkt fernstehenden Gruppen, die demonstrative (aber immer eben auch "unvollständige") Aufwertung bestimmter Tätigkeitsbereiche (auch z.B. als Rechtfertigung gegenüber abwehrenden Ehemännern usw.) und die durch die rund um die Honorierung entstandene Diskussions- und Veröffentlichungsnotwendigkeit (vgl. zu diesem Themenkomplex Jaeckel 1992; Marsh 1991) finden sämtlich ihre Entsprechung in der Diskussion um Zeitgut-schriften.

Auch Offe und Heinze wehren eine verbreitete ähnliche Kritik ab mit dem Argument, es werde sich erweisen, "daß die 'pessimistischen' An-

D Rekrutierungsfunktion

nahmen der ökonomischen Modellanalyse, die einen Zusammenbruch solcher Tauschsysteme voraussagt, sehr wohl durch menschliche Fähigkeiten zur Kommunikation, Verständigung und Bewertung sozialer Beziehungen widerlegt werden können. Umgekehrt zeigt sich, daß die Einführung tausch- und marktähnlicher Arrangements der Bedarfsdeckung keineswegs dazu führen muß, daß für Tugenden, wie die der wohlwollenden Sorge für seine Mitmenschen und der Solidarität, nun plötzlich kein Platz mehr bliebe und alle Beziehungen in sich zwangsläufig in solche der 'gefühllosen baren Zahlung' und der egoistischen Maximierung eigener Vorteile verwandeln. Weit davon entfernt, diesen Tugenden den Boden zu entziehen, erzeugt ein Tauscharrangement (wie der Kooperationsring; U.O.) geradezu vermehrte Gelegenheiten zu ihrer Entfaltung und Betätigung" (Offe/Heinze 1990: 321).

Wenngleich auch der zeitdiagnostische Ausgangspunkt mit demjenigen des "alten" Ehrenamtes konvergiert, sind die Schlußfolgerungen andere, indem die Mehrdimensionalität in freiwilligen Engagements aktualisierter Motivationen und Bedürfnisse ausdrücklich erkannt, akzeptiert und gefördert wird. Es "bestehen erhebliche Zweifel, ob altruistische Motive selbstlosen Helfens auch in 'modernen' Sozialstrukturen noch hinreichend verbreitet und streßresistent sein werden, um die auf sie angewiesenen Leistungsprogramme der Wohlfahrtsverbände zu tragen.

In Tauschsystemen vom Typ des Kooperationsringes wären solche altruistischen Motive zwar immer noch notwendige, aber nicht mehr *alleinige* Grundlage für Pflege-, Hilfs- und Unterstützungsleistungen; die entsprechenden Motive und 'sozialmoralischen' Dispositionen würden deshalb sozusagen 'geschont' und vor Überanstrengungen geschützt. Dank der Möglichkeit, mit solchen Tätigkeiten Gutscheine zu erwerben, schließt die Sorge für den Mitmenschen die Möglichkeit nicht mehr aus, daß *gleichzeitig* und in einem von Person zu Person und von Fall zu Fall wechselnden Mischungsverhältnis auch eigene Interessen verfolgt werden" (Offe/Heinze 1990: 345; Herv. i.T.).

Die amerikanischen Modelle und Experimente mit vergleichbaren Tauschnetzen stellen einige bestätigende empirische Informationen bereit. Den Einfluß der Zeitgutschriften als Anreiz isolieren zu wollen, ist momentan nicht möglich und m.W. in keinem der entsprechenden Modelle

überzeugend gelungen. Feder/Howard/Scanlon werten zwei Erkenntnisquellen aus, einerseits die Antworten der ProgrammteilnehmerInnen auf die Frage nach Gründen fürs Mitmachen, andererseits die berichteten Erfahrungen der Programmmanager. Danach befragt, weshalb sie Dienste leisten, geben nur 13% "um credits zu erlangen" an, dagegen 64% "um anderen zu helfen" und weitere 33% nahmen teil, um aktiv zu bleiben oder um mit anderen SeniorInnen und Freiwilligen zusammenzukommen.

Die Ergebnisse der Versuche haben praxisorientierte Konsequenzen. "This result is not inconsistent with service credit proponent's view of the impact a credit might have. The credit is not intended to *replace* altruism or other reasons for voluntarism; rather, it is intended to supplement them - to provide an extra added push toward participation". Die Programmmanager beschreiben Schwierigkeiten mit Werbung über das Austauschkonzept, weil "Angst sich nicht verkaufe". In diesem Sinne erfolgversprechendere Botschaften "tended to focus instead on the opportunity for valued service or participation in a community - a message more consistent with a volunteer program than as a means of selfprotection" (Feder/Howard/Scanlon o.J.: 25). Eine weitere Besonderheit verbindet das Service-Credit-Programm mit den Seniorengenossenschaften: "Even in developing the credit or banking aspects of the program, sites emphasized the establishment of informal relationships among volunteers and not a mechanistic, rule-based approach" (Feder/Howard/Scanlon o.J.: 30).

Vor diesem Hintergrund sind all jene Kritiken zu relativieren, die diesen Modellen den Ökonomismus ankreiden.¹⁶² Die besondere Qualität liegt

162 Vgl. z.B. die Kritik von Buer am Modell der Kooperationsringe von Offe/Heinze: "Den informellen Sektor der Eigenarbeit (...) wollen sie aus der Grauzone herausholen, indem sie die Grundprinzipien bürgerlicher Ökonomie erneut nutzen: Das Motiv der Teilnahme soll der Nutzen für sich wie für andere sein. Sie können sich nicht vorstellen, daß auch altruistische Motive tragfähig sein können. Dementsprechend werden die Ergebnisse der Selbsthilfeforschung (vor allem auch der Forschungen zum Social Support) völlig unzureichend zur Kenntnis genommen. (...) Landauer, Buber und die Gemeinschaftsexperimente werden (...) nicht bedacht. So bleibt dieses Modell völlig ökonomistisch. Es setzt letztlich nicht auf den Kooperationsgedanken, sondern auf den individuellen Ei-

D Rekrutierungsfunktion

doch gerade in der *unvollständigen* Ökonomisierung, der großzügig pauschalisierenden Zeitäquivalenz. "Leistungsguthaben unterscheiden sich von Geld durch den Wert, der im sozialen Austausch *zwangsläufig* der nicht-monetären oder 'intrinsischen' Belohnungskomponente beigemessen wird. Bezahlung in Leistungsguthaben gibt nicht vor, eine vollständige Kompensation (...) zu bieten - allein schon aus dem Grund nicht, weil man mit Leistungsguthaben nicht die ganze Palette von Gütern und Dienstleistungen kaufen kann. (...) Das Fehlen eines Preismechanismus und die beschränkte Verwendbarkeit der Leistungsguthaben muß ausgeglichen werden durch den 'Lohn', der im Helfen selbst liegt". (..) "Die ökonomische Durchführbarkeit von Leistungsguthaben hängt von einem (...) Kalkül ab (...), demzufolge Personen, die Leistungsguthaben verdienen, nach Marktstandards 'unterbezahlt' werden - wenn intrinsische Belohnungen nicht mitgerechnet werden" (Cahn 1990: 137f.; Herv. i.T.).

Dies hat offensichtlich Auswirkungen auf verschiedene Aspekte sowohl auf seiten der Gebenden wie der Nehmenden: Das Versorgungspotential von Service-Credit-Netzen könnte, so die Vermutung von Cahn, auch "durch den psychologischen Effekt wachsen, daß durch die egalisierende Wirkung der zeitlichen Verrechnungseinheit (...) die Anbieterstigmatisierung entfällt. Die Vermutung ist, daß unter solchen Bedingungen die beteiligten Personen sich durchaus zur Erledigung von Arbeiten bereitfinden, die sie, falls sie sie beruflich erledigen müßten, wegen ihres 'erniedrigenden' und 'unterbezahlten' Charakters niemals übernehmen würden. Die Gutscheinvährung hätte demnach den Effekt, Statureinbußen zu neutralisieren" (Offe/Heinze 1990: 163). "There ist no loss of status in accepting a form of compensation that is valuable but expressly incomplete. Price represents a 'market judgement' of worth; service credits are non-judgemental except to the extent that they confer social approval of an unquantified and unquantifiable amount" (Cahn 1987: 24; zit. nach Offe/Heinze 1990: 163f.).

gennutz. Das Interesse an autonomen, unterstützenden Wechselbeziehungen wird nicht zur Kenntnis genommen. Sie versuchen also, den Gesellschaftsmodus dem spontan vorhandenen Bundesmodus überzustülpen. Sie erweisen sich damit als etatistische Sozialpolitiker" (Buer 1993: 281).

Aufgrund der auch bei Zeitgutschriften zu vermeldenden öffentlichen Aufregung um die andere Seite eventuellen Rekrutierungserfolgs ist auf die Befürchtung, es könne eine Erosion altruistischer Motivationen eintreten, nochmals mit einem spezifischen Argument einzugehen. "Normalerweise (...) wird diese Befürchtung in die Besorgnis eingekleidet, daß solche Arrangements nur dazu führen würden, einem ohnehin verbreiteten Egoismus weiter Vorschub zu leisten und auf diese Weise die Versorgungsprobleme im Feld der einfachen sozialen Dienste weiter zu verschärfen statt zu bewältigen" (Offe/Heinze 1990: 164). "Diese Befürchtungen und Besorgnisse sind deshalb wenig stichhaltig, weil (...) ja nicht die altruistischen Motive selbst geschwächt und gleichsam für 'überflüssig' erklärt werden; was vielmehr geschwächt und tendenziell ausgeräumt wird, ist die *institutionelle Separierung* von 'Markt' und 'Gemeinschaft', oder von tauschrational verfolgten Eigeninteressen und solidarisch erfüllten normativen Verpflichtungen" (Offe/Heinze 1990: 164).

Ausgestaltungsvarianten wurden weiter vorne diskutiert. Sie scheinen in vieler Hinsicht eher etwas über die Modelldesigner auszusagen als für tatsächliche Wirkungen verantwortlich zu sein.¹⁶³ Unter Rekrutierungsgesichtspunkten scheinen die mit der Zeitgutschrift verbundenen Symbole und Steuerungssignale in der Tat neuartige Potenzen zu bieten, die indes bestenfalls als zusätzliche zu bewerten sind. Sie nehmen Bedürfnisse nach Sicherheit, Werthaltigkeit und Öffentlichkeit auf, transportieren die Vorstellung einer rege tauschenden Gesellschaft und verflüssigen viele jener heute schwer überwindbaren Trennlinien, die die prozeßhafte Anpassung sozialer Engagementformen an eigene Wünsche erschweren.

163 Vgl. die bei Feder/Howard/Scanlon (o.J.: 39) erörterten Strategien, die Bedeutung der Service credits sichtbar und glaubwürdig zu machen.

4 Befähigungsfunktion zwischen Qualifizierung und Sozialmanagement

Zwar wurden im vorangegangenen Abschnitt eine Reihe von Gesichtspunkten berührt, die in hohem Maße über die Motivationslage auf die Qualität der Arbeit Einfluß haben, dennoch war die Argumentation in erster Linie auf das Kriterium des Rekrutierungserfolges bezogen. Interessanterweise gilt dies in der öffentlichen und fachlichen Diskussion ähnlich für Fortbildungen Ehrenamtlicher, die häufig primär unter motivationale Gesichtspunkte gestellt werden.

Aus der Sicht Sozialer Arbeit (vgl. Rauschenbach 1992) und der Altenhilfe wird demgegenüber das Prinzip des "wer will, der darf" und das Credo der alten Ehrenamtlichkeit: "helfen lernt, wer hilft" kritisch hinterfragt.¹⁶⁴ "Was unter quantitativ begründeten Erfordernissen - so eine möglichst breit angelegte, variantenreiche Mitgliederrekrutierung zu betreiben angesichts des demographisch hochgerechneten, zukünftigen Pflegebedarfs - nicht zwingend kritische Einwände provozieren muß, ist hingegen vor dem Hintergrund der (...) gerade auch qualitativ gesteigerten inhaltlichen Anforderungen an soziale Dienste für Ältere (...) durchaus noch ambivalent" (Schmidt 1991: 34). An diesem Punkt setzen Bildungs- und Führungsbemühungen im Horizont einer *Qualifizierung der Arbeit*¹⁶⁵ an. Der Bezugspunkt der Qualifizierung und Befähigung Freiwilliger im sozialen Bereich weist allerdings weitere bedeutsame Dimensionen auf.

164 Letztgenannter Aspekt ist nicht von vornherein nur ein Ausdruck mangelnder Einsicht in die fachlichen Erfordernisse Sozialer Arbeit oder konservative Abwehrstrategie. Es haben solche Ansätze lange Tradition, die das Zutrauen von Volunteer-Tätigkeiten als Befähigung verstehen und differenziert evaluieren. Vgl. z.B. die Beschreibung diesbezüglicher Typen bei Abrahams (1976).

165 Unter Qualifizierung werden im folgenden zusammenfassend Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen verstanden.

So gibt es eine lange Tradition unterschiedlicher Qualifizierungsmodelle in der Arbeit mit älteren Ehrenamtlichen.¹⁶⁶ Von Anfang an existieren unterschiedliche, teilweise sich ergänzende, teilweise miteinander konkurrierende Bezugspunkte. Soll Qualifizierung in erster Linie in den Dienst von Wissenserwerb, Fachkompetenz und Handlungswissen gestellt werden oder soll schon die Konzeption insbesondere Selbstentwicklung und persönlichen Orientierungsbedarf berücksichtigen? Ist Fortbildung orientiert am betrieblichen Ablauf oder geht es ihr auch um Gratifikation und Ernstnehmen der HelferInnen als Personen? Die Fragen machen auf eine grundsätzliche Ambivalenz aufmerksam, die auch mit Bezug auf ihre wohlfahrtspolitischen Implikationen zu diskutieren ist. Pointiert gefragt: Führt fachbezogene Ehrenamtlichen-Qualifizierung dazu, sie in die Sackgasse der "Profis zweiter Klasse" hineinzumanövrieren, statt sie als BürgerInnen ernstzunehmen? Diese Alternative findet ihre Entsprechung in der Gegenüberstellung von Dienstleistungsperspektive und Selbstbezug.

Positionen in dieser Auseinandersetzung ergeben sich keineswegs nur etwa aus sozialpolitischen Einstellungen. Der Dienstleistungsperspektive lassen sich arbeitsbezogener Problemdruck und fachliche Anforderungen zuordnen. Neben den aus ökonomischen Beweggründen heraus geführten Abwehrgefechten von SozialberuflerInnen gegen Ehrenamtliche ergeben sich als Hintergründe in der Zusammenarbeitspraxis häufig Rollenunsicherheiten, Identitätskonflikte und Kompetenzprobleme. Es liegt auf der Hand, daß sich dieses Problemfeld strukturiert vor dem Hintergrund des jeweils erlangten Grades an Verberuflichung und Verfachlichung des jeweiligen Arbeitsbereiches. Darauf kann hier allerdings nur hingewiesen werden.¹⁶⁷ Obwohl diese Konflikte alt sind und immer neu aufbrechen, werden vielfach keine oder nur zögerlich Konsequenzen ergriffen.

166 Vgl. nur als Beispiele die Schilderungen entsprechender Konzeptionen bei GSD (1987); Niederfranke (1991) sowie Baer/Veelken (1983). Als aktueller Beitrag liegt Veelken/Dallinger/Waßmuth (1992) vor.

167 Vgl. zu entsprechenden Entwicklungen im Bereich der Altenhilfe Schmidt (1991) mit Blick sowohl auf berufliche wie auch ehrenamtliche HelferInnen.

D Befähigungsfunktion

Manche in Bildungs- und Begleitungsmaßnahmen thematisierten Probleme wurzeln freilich in grundsätzlicheren Defiziten der Arbeit mit Freiwilligen. Es kann davon ausgegangen werden, daß die unterschiedlichsten Formen von Qualifizierung zu einem großen Teil sekundäre Problembearbeitungsfunktionen erfüllen. Nur ein Punkt soll diesbezüglich herausgestrichen werden, der sich nicht zuletzt auf Auswertungen des Volunteering in den USA stützt. "Arbeitsbedingungen und Tätigkeitsmerkmale müssen für Volunteers beinahe noch sorgfältiger als für bezahlte Arbeitnehmer überdacht, geplant, vorbereitet und in Absprache mit ihnen verbindlich mit Rechten und Pflichten festgelegt werden" (Paulwitz 1988: 163).¹⁶⁸

Fehlende Anleitung, Begleitung oder Teamarbeit innerhalb der Arbeit schlagen sich sekundär in Bedürfnissen nach externer Hilfestellung nieder, wobei vermutlich in vielen Fällen das eher gutausgebaute Fort- und Weiterbildungsangebot auch dort in Anspruch genommen wird, wo bei gegebenem sekundären Problembearbeitungsbedarf andere Formen sinnvoller und effektiver wirken könnten. Daß die grundlegenden primären Funktionen der Arbeit mit Freiwilligen in weiten Teilen so ungenügend wahrgenommen werden, liegt in Deutschland auch an der unterentwickelten sozialen Infrastruktur. "Aufgaben der fachlichen Anleitung und Fortbildung, der Beratung und Information, des gemeinsamen Erfahrungsaustausches und vor allem der Vermittlung potentiell Hilfsbereiter an Hilfebedürftige können nur geleistet werden, wenn eine geeignete Infrastruktur von Treffpunkten, Vermittlungsbörsen, Einrichtungen und Diensten entwickelt wird" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 24).

Die im Kontext der sozialwissenschaftlichen Verbändeforschung zunehmend vertretene These eines Strukturwandels des sozialen Ehrenamtes wird in den Organisationen durchaus ernstgenommen. Ebenso vor dem Hintergrund einer konstatierten abnehmenden Fähigkeit intermediärer Institutionen, ehrenamtliches Engagement dauerhaft an sich

168 In amerikanischen Service-Credit-Programmen wird dies ebenso ernst genommen: "Getting volunteers to provide services takes more than finding people willing to sign up. Sites screen their volunteers, identify their skills and appropriateness for matches, and prepare them to deal with the frail through interviews and training programs" (Feder/Howard/Scanlon o.J.).

zu binden wie angesichts der beschriebenen Problemstellung, wird häufiger auf Konzepte und Lösungsmodelle des Sozialmanagements zurückgegriffen. Allerdings wird "erst allmählich (...) anerkannt, daß auch der Umgang mit Ehrenamtlichen 'an der Basis' eine zunehmend wichtiger werdende Managementaufgabe darstellt" (Jakob/Olk 1991: 229). Damit ist aber zugleich vor Fallstricken zu warnen, die sich aus einer unkritischen Adaption ergeben.

Es "kennzeichnet Konzepte des Sozialmanagements, daß sie überwiegend daran orientiert sind, Begriffe und Denkkategorien aus der Managementlehre privater Unternehmungen auf den Bereich freigemeinnütziger Verbände zu übertragen. Sie beleuchten daher das Problem des verbandlichen Umgangs mit Ehrenamtlichen aus der Perspektive ökonomischer Effizienz. Wenn es aber zutrifft, daß die sich verändernden Relationen zwischen Ehrenamt und freier Wohlfahrtspflege (...) mit übergreifenden sozialstrukturellen und sozialkulturellen Entwicklungen zu tun haben und als ein konkreter Ausdruck genereller Organisationsprobleme (...) intermediärer Organisationen in modernen Gesellschaften zu gelten haben, dann scheint es (...) dringend geboten, diese Problemstellung nicht vorschnell zu verengen und sozialtechnologisch zu verkürzen, wie es gelegentlich in der 'Sozialmanagement'-Debatte zu beobachten ist" (Jakob/Olk 1991: 229). Und mit Blick auf die konkreten Handlungs- und Bindungsprobleme in freiwilligen Engagements käme es ebenfalls sehr auf die Qualität des Ansatzes und seine Konkretisierung an. Denn neben Konzepten sind hier - wie z.B. von den Amerikanern zu lernen ist - sehr intensiv Kompetenzen zwischen Gesprächsführung, Menschenkenntnis, Einfühlungsvermögen und Kasuistik anzuwenden.

Aus dem Gesagten lassen sich zwei Folgerungen formulieren. Außerhalb des eigentlichen Arbeitssettings angesiedelte Qualifizierungsmaßnahmen für Freiwillige finden ihre Grenzen da, wo sie behebbare Defizite nicht ändern können. Allerdings bieten sie hier Bewältigungshilfen und tragen möglicherweise über Bewußtmachung zu einer Änderung bei. Und innerhalb des Arbeitssettings finden selbst bei qualifizierter Anwendung fortgeschrittener Arbeitsmethoden mit Freiwilligen Probleme ihren

D Befähigungsfunktion

Niederschlag, die wiederum außerhalb dieser Sphäre liegen. Dies aber ist ein klassisches Thema Sozialer Arbeit.

Für Qualifizierungsmaßnahmen legt sich eine Rückbesinnung auf ihre Stärken nahe. Einmal die fachbezogenen Aspekte beiseite gelassen, sollte sie vor allem ermöglichen, die Passung zwischen den gewählten Engagements und biographisch-selbstbezogenen Wünschen und Ansprüchen zu verbessern. In vielen Feldern - so ist anzunehmen - ist das nicht nur ein gewichtiger Beitrag zur Verbesserung der Arbeit selbst, sondern werden damit zugleich die Organisationen freiwilliger Tätigkeiten wirksam herausgefordert, um ihrer sozialen Basisressource willen die Rekrutierungs-, Einsatz- und Anleitungsbedingungen angemessen zu verändern und anzupassen.

Qualifizierung ist als differenziertes Programm zu entwickeln, das sich sehr weitgehend an den Interessen der TeilnehmerInnen zu orientieren hat. Gerade bei der Arbeit mit Älteren sollte Raum gegeben werden für Fragen der Lebensorientierung und Entwicklung von Sinnbezügen, für Körpererfahrungen und kulturell-expressive Erfahrungen. Gruppenprozesse spielen hier eine wichtige Rolle. Als AdressatInnen sind nicht nur einzelne Individuen anzusprechen, sondern auch Gruppen, in denen miteinander - oder im schlechteren Falle: nebeneinanderher - gearbeitet wird.¹⁶⁹ Denn es ist zur Genüge bekannt, welche wichtige Bedingung bei bestimmten Aufgaben die Gruppe als Rückhalt darstellt (vgl. zu entsprechenden Erfahrungen bei Besuchsdiensten GSD 1987).

Aus den Erfahrungen mit Selbsthilfegruppenförderung könnte gelernt werden, welchen Stellenwert und welche Anforderungen mit Initiativen oder Projekten als Adressaten verbunden sind. Denn es spricht vieles dafür, nicht nur direkte Qualifizierung, sondern eine Art Mediatorensystem auszubauen.

Ausgestaltungsfragen schließen sich auch mit Blick darauf an, welche subsidiäre Ebene mit Bezug auf welche Funktionen leistungsfähig ist.

¹⁶⁹ In diesem Programm schließt sich der Kreis durchaus zu Bestimmungsversuchen (sozial-) pädagogischer Altenarbeit, die systematisch Bildung in weiterem Sinne zu deren Ausgangspunkt machen. Dies ist in der vorliegenden Arbeit explizit nicht der Fall, verhindert aber in den Ergebnissen Konvergenzen natürlich nicht.

Das Argument der Enteignung lokaler Kultur durch überregionale Bildungsarbeit muß mit überregionaler Träger- oder Veranstalterschaft keineswegs zwingend verbunden sein, außerdem ist es zu relativieren, solange die genannten Vor-Ort-Probleme bestehen. Auf die Senioren-genossenschaften angewandt: In einer solchen Situation kann eine Einrichtung wie die Geschäftsstelle der Senioren-genossenschaften oder jener Mitarbeiter beim Paritätischen Bildungswerk sinnvoll verschiedene Aufgaben übernehmen, von Krisenintervention und dem Versuch, Ingroup-Schließungen zu verhindern über den Austausch von Informationen und insbesondere die Vernetzung von AkteurInnen bis zur Anregung neuer Ideen.¹⁷⁰

170 Ob das Ministerium diese Aufgabe selber übernehmen soll, ist dabei offen. Diesbezügliche Kriterien liegen zwischen der Frage nach resultierender Kontraproduktivität, der finanziellen Sicherung einer entsprechenden Funktion und der Überlegung der Aufwertung durch die "Insignien" des Staates.

5 Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

Wie ungenügend auch immer - auch in Deutschland existieren unterschiedliche Formen nachberuflicher Tätigkeitsfelder.¹⁷¹ Allerdings scheint das Angebot nach Vorkommen, Verteilung und Vielfalt und die Nachfrage weit auseinanderzuklaffen. Nur als Beleg für die Relevanz der Fragestellung sei auf ein Ergebnis der Stuttgarter Studie über Hilfebedürftigkeit älterer Menschen im Privathaushalt verwiesen. Hier wurde zu einer Liste mit 9 Antwortvorgaben gefragt, was davon die Situation der Befragten am ehesten verbessern würde. "Eine sinnvolle Beschäftigung" wurde von 18,9% der Befragten auf dem ersten Rangplatz genannt und war damit bedeutend wichtiger als irgendeine der anderen Antwortvorgaben (vgl. Stiefel 1983: 382).

171 Vgl. den Überblick bei Bäcker u.a. (1989: 245 ff.). Wenn in diesem Abschnitt in der Regel von nachberuflichen Tätigkeitsfeldern gesprochen wird, so aufgrund des sachlichen und begrifflichen Mainstreams der Diskussion. Es sei darauf hingewiesen, daß Mitwirkung in Initiativen wie den Seniorengenossenschaften den Abschluß der Erwerbsphase keineswegs voraussetzen, sondern im Gegenteil einen Teil ihrer Stärke der Beteiligung noch erwerbsaktiver Personen verdanken. Manche Gesichtspunkte des im folgenden Erörterten liegen vor dem Hintergrund der Antizipation des Erwerbsendes bei diesen Gruppen ähnlich, auf andere richtet sich eine Spezialdiskussion, die hier nicht entfaltet wird.

5.1 Arbeit und Aktivität als klassische gerontologische Bezugspunkte

Arbeit hat im menschlichen Leben einen hohen Stellenwert. Für die industrialisierten Gesellschaften gilt dies in spezifischer Weise und beschäftigt Philosophie, Soziologie und Psychologie seit langem, seit der Debatte um die "Arbeitsgesellschaft" noch verstärkt. Mit Blick auf Arbeit formuliert Arendt: "Mühe und Plage können aus dem menschlichen Leben nicht entfernt werden, ohne die menschliche Existenz mitzuverändern; sie sind nicht Symptome einer Störung, sondern eher die Art und Weise, in welcher das Leben selbst mitsamt der Notwendigkeit, an die es gebunden ist, sich kundgibt. Das 'leichte Leben der Götter' würde für die Sterblichen ein lebloses Leben sein" (Arendt 1981: 108f.).

Dieser Gedanke sei diesem Abschnitt ebenso vorangestellt wie ein zweiter - obgleich beide sich indirekt aus vielfältigen Argumentationen der vorliegenden Arbeit bereits ergeben: Es wird gegenüber einer einseitigen Verengung davon ausgegangen, daß Arbeit keineswegs die einzige Vergesellschaftungsform darstellt und daß sich das Gewicht der verschiedenen Formen wandelt, im Lebenslauf wie auch im historischen Verlauf. Weitere Formen, die neben Arbeit bedeutsam sind, und eine eigenständige Prägungskraft haben können, sind vor allem: Familie und Verwandtschaft, soziale Netzwerke außerhalb von Arbeit und Familie (z.B. im Rahmen von Nachbarschaft und Freundschaft) sowie Freizeit und Konsum (einschließlich des Konsums von Massenmedien und Kulturangeboten) (vgl. Kohli 1992: 233). Kohli macht darauf aufmerksam, daß auch noch die "intermediären Institutionen" zwischen Individuum und Gesellschaft dazu gerechnet werden könnten (Vereine, Verbände, Parteien, soziale Bewegungen und Kirchen), die allerdings zu einem Teil ihrerseits nach wie vor von den Bedingungen der Erwerbsarbeit abhängig sind.

Dies zu betonen ist wichtig, da schon bei den "klassischen" Alterstheorien die Auseinandersetzung darüber, welchen Stellenwert Aktivität i.w.S. bzw. Erwerbsarbeit i.e.S. im Erleben Älterer einnehmen, durchaus zentral war. Der Ansatzpunkt für die theoretischen insbesondere soziologischen Debatten war die Ausgliederung des höheren Alters aus den

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

Strukturen der Arbeitsgesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Verallgemeinerung des modernen Ruhestands vollzog.¹⁷² Dies wurde zunächst allerdings vor allem als Problem für die alternden Individuen gesehen und nur sehr bedingt als Dimension der Gesellschaftsstruktur.¹⁷³ Schäuble differenziert die Inhalte im Alltagsleben, die der Statuswechsel zur nachberuflichen Phase jedenfalls in potentiell problematischer Hinsicht bedeutet: 1) Ökonomischer Verlust (insbesondere für Frauen), 2) Status-, Prestige- und Verantwortungsverlust, 3) Verlust von Sozialkontakten und Gemeinschaftserleben, 4) Verengung und Veränderung des alltäglichen Lebensraums, 5) Verlust des Alltagsrhythmus, 6) Identitäts- und Lebenssinnverlust, 7) Verlust des emotionalen Spannungsbogens von Arbeit und Freizeit (vgl. Schäuble 1989: 43ff.).

In manchen Untersuchungen werden verheerende Auswirkungen ("devastating effects"; Perry 1983: 108) in Form von vermindertem Selbstwertgefühl festgestellt. Die Individuen geraten in Identitätskonflikte ohne die früher durch berufliche Tätigkeiten prädominierten Rollen und empfinden sich als weniger bedeutsam für ihre Zeitgenossen. Eine ganze Reihe von Studien zeigen, daß im Erwerbsprozeß stehende Personen glücklicher und ausgeglichener sind. Differenziert wird dieser allgemeine Befund durch das Maß an sozialer Partizipation, das für die Menschen nach der Berufsaufgabe über ihre Lebenssituation und ihr Lebensgefühl mitbestimmt.

An diesem Punkt setzt ein zentraler Gedanke ein: die Frage nach dem Potential nachberuflicher Tätigkeitsfelder, die nach Wegfall der Erwerbsarbeit nicht oder nicht ausreichend ausgefüllten Funktionen zu übernehmen. Dieser Gedanke wird im folgenden verfolgt. Er ist kompatibel mit dem oben unter Rekrutierungsgesichtspunkten erörterten biographieanalytischen Ansatz des Selbstbezuges. In dessen Horizont vertieft er gewissermaßen einen der, strukturell gesehen, wichtigsten Spezialaspekte: Die These, "that adjustment of the elderly would be improved if there were more alternatives to work such as opportunities for so-

172 Vgl. zum Ruhestand als Teil der Institutionalisierung des Lebenslaufs Kohli (1981; 1985).

173 Dies macht bspw. Kohli (1992: 234ff.) in einer auf diesen Aspekt zentrierten Darstellung der Alterstheorien deutlich.

cial participation" (Perry 1983: 108). Perry verweist auf jene Funktionen der Arbeitswelt, die gemäß Havighurst im Freizeitsektor verankert werden müßten, um ihn in seiner Bedeutung zu bereichern: "Social participation, routinization of life activity, creative respect" (Perry 1983: 108). Und er fügt hinzu: "The volunteer role has the potential of meeting many if not all of the above functions" (Perry 1983: 109).

Vor diesem Hintergrund ist es zu sehen, wie sehr sich bis heute gerade die Aktivitätskonzepte - zumeist wird im Singular von der Aktivitätstheorie gesprochen - als Anknüpfungspunkt für die Propagierung freiwilligen Engagements unverminderter Attraktivität erfreuen.¹⁷⁴ Für die aktuelle Situation ist festzustellen, daß es in der Gerontologie eine weiterhin unentschiedene Auseinandersetzung ist, ob die Berufsaufgabe zur von Burgess 1960 beschriebenen Roleless role führt oder die nachberufliche Lebensphase heute eine Erleichterung oder gar eine Befreiung, gesellschaftlich - im Kontext von Vorruhestandsregelungen - "eine Zukunft im Sinne einer anerkannten Lebensform" (Kohli u.a. 1989: 20), darstellt.

Heute dominiert ein modifizierter Aktivitätsdiskurs, der nun zusätzlich durch die Ressourcenargumentation gespeist und konzeptionell um den Institutionenaspekt und gesellschaftsstrukturelle Begründungsmuster erweitert wird. Es wird dabei häufig mit der Ausdifferenzierung einer neuen Altersgruppe (vgl. Karl 1991) und dem Übergang von der Drei- zu einer Vierteilung des Lebenslaufs argumentiert. In typischer Weise formulieren dies bspw. Mayer u.a.: "Neuere Generationen der 'jungen Alten' werden gesünder, besser ausgebildet, beruflich qualifizierter, politisch kompetenter, selbständiger und individualisierter in ihrer Lebensgestaltung sein. Ältere Menschen nehmen trotz dieser zunehmenden Potentiale im Durchschnitt nicht entsprechend ihren Fähigkeiten am Leben der Gesellschaft teil. Es findet eine Art 'vergangenheitsbezogener

174 Zur Überprüfung des Argumentationsmusters in einer Sekundäranalyse von Daten von 1974 vgl. Chambré (1984). Eines ihrer Hauptergebnisse lautet, daß ältere Volunteers in der Mehrzahl solche Personen sind, die im Laufe ihres Engagements alt geworden sind, d.h., daß "their involvement is a continuation of behavior patterns established earlier in life. This would mean that an alternative perspective, continuity theory, is appropriate for understanding this area of behavior" (Chambré 1984: 297).

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

statistischer Diskriminierung' statt. Die Zurechnung von Leistungsfähigkeit und Leistungsansprüchen erfolgt immer noch auf der Grundlage der durchschnittlichen Alterssituation früherer Generationen. Die Überwindung dieses zeitlichen Auseinanderklaffens zwischen institutionellen Arrangements und den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen ist daher zentrales Ziel einer Altenpolitik" (Mayer u.a. 1992: 727).

5.2 Rahmenbedingungen für Arbeit und Aktivität im Alter

Die Debatte um außerfamiliale Tätigkeitsangebote für Ältere geht in der Regel, was die Rahmenbedingungen angeht, von einem sich verbreiternden nachberuflichen, potentiell aktivitätsbereiten Lebensabschnitt aus - sich verbreiternd mit Bezug auf die Zahl der Betroffenen wie die zeitliche Ausdehnung: Immer mehr Menschen werden in immer früherem Alter "Ruheständler" und haben zugleich auch zum Lebensende hin eine immer länger werdende Phase vor sich (vgl. zu einem Datenüberblick Kohli 1992: 238ff.; Bäker/Naegele 1993; 1993a). Analysiert wird dieser Sachverhalt mit den Konzepten von "Verjüngung", "Entberuflichung" und "Hochaltrigkeit" (Tews 1990; 1993), beschrieben mit dem Konzept des dritten von vier Lebensaltern oder der Rede von den jungen Alten (vgl. Schäuble 1989).

Die Dynamik dieser sozio-ökonomischen Entwicklung beruht in besonderer Weise auf sozialen und Arbeitsmarktprozessen. Thomae bringt diesen Sachverhalt auf den Punkt: Es ergibt sich "aus den Diskussionen über die Probleme des 'älteren Arbeitnehmers' und über jene der Altersgrenze eine wichtige Bestätigung der sozialen Relativität jedes Denkens und Redens über das Altern. Nicht biologische, medizinische oder psychologische Fakten, sondern die jeweilige Interessenlage von Politik und Wirtschaft entscheiden darüber, wer 'alt' und damit 'unproduktiv' ist" (Thomae 1988: 15f.).

Die "Verjüngung" und "Entberuflichung" der vergangenen Jahre ist über die Verallgemeinerung des "normalen" Ruhestands hinaus zu einem wesentlichen Teil auf die Institution des Vorruhestands zurückzuführen. Die durch sie induzierte Verjüngung des Alters scheint im Vergleich mit

den künftig sich verbreiternden Formen eines früheren Ausstiegs immerhin einige Vorteile aufzuweisen (vgl. die entsprechende Diskussion bei Kohli u.a. 1989; Kohli/Wolf 1987). Für die Zukunft ist offensichtlich eine Trendwende zu registrieren: "Wenn die häufig anzutreffende Einschätzung, daß nach Aufgabe des Vorruhestands der Andrang auf die anderen Pfade - vor allem diejenigen über Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit - entsprechend zunehmen wird' (Kohli u.a. 1989: 8), dann ist dies als Rückschritt zu werten, denn es sind die schlechteren Pfade, die verstärkt wieder beschritten werden müssen. Das demographische Altern der Erwerbspersonen in den 90er Jahren wird betriebliche und Arbeitslosigkeitsprobleme Älterer eher verstärken. Häufiger werdende Berufstätigkeit auch der älteren Frauen erhöht auch deren Betroffenheit. Auch ihr Lebenslauf wird noch stärker durch Berufstätigkeit und Berufsaufgabe geprägt werden. Strukturelle Zwänge werden die Auseinandersetzung mit dieser Thematik erhöhen. Die 'Eigenständigkeit der Alterslebensphase' wird sich weiter ausdifferenzieren. Weiterhin zu erwartende frühe Berufsaufgabe in den 90er Jahren bei verlängerter Altersphase insgesamt wird die Dynamik des 'jungen Alters' - mehr oder minder freiwillig - auch auf individueller Ebene erhöhen. Und bisherige Entwicklungen lassen - positiv - weitere 'gesellschaftliche' Angebote für dieses junge Alter erwarten. Frühe Berufsaufgabe als eine Voraussetzung zu besserer Bewältigung dieser 'eigenständigeren' Lebensphase? Man könnte es so sehen" (Tews 1990a: 164).

Für eine bestimmte Gruppe jedenfalls. Es läßt sich gerade mit Blick auf das arbeitsmarktbedingte - mehr oder minder freiwillige - vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mit gutem Grund der Gegenstandspunkt formulieren. Gesellschaftliche Tätigkeitsangebote als eine Art "Ersatzarbeitsplatz" (Backes 1985: 392), die in der Not akzeptiert werden (vgl. in diesem Sinne auch Dieck/Naegele 1990; Naegele 1991), als billiger Ersatz für die Bereitstellung bezahlter Arbeitsplätze bis zum selbstgewählten Zeitpunkt der teilweisen oder vollständigen Erwerbsaufgabe.¹⁷⁵ Diese arbeitsmarkt- und altpolitisch relevante Diskussion sollte

175 Zum Trend der Funktionalisierung des Ruhestands für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vgl. Kohli (1992a) sowie in internationaler Perspektive die

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

bei der Konzipierung und dem Angebot nachberuflicher Tätigkeitsfelder wachgehalten werden, um einer mißbräuchlichen Instrumentalisierung entgegenzutreten.

In einer Beziehung ist die gesellschaftspolitische Argumentation bei Tätigkeitsangeboten für Ältere einfacher als bei anderen Bevölkerungsgruppen, seien dies Frauen im Erwerbsalter oder Arbeitslose: Die Eröffnung von Arrangements, die soziale Beteiligung und gegebenenfalls auch Erzielung von Tauschwerten ermöglichen, muß sich - außer in ihrer Instrumentalisierbarkeit für unfreiwillige Ruhestandspolitiken und der Ausstrahlung in immer frühere Altersstufen - eben in der Regel nicht gegen den Einwand verteidigen, sie zementiere die Trennung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Die mit all den analysierten Problemen behaftete kategoriale Aussteuerung des Alters aus dem Erwerbsleben ohne nennenswerte gesellschaftliche Aktivitätsangebote besteht gerade in Deutschland sowieso und mit inzwischen langer Tradition. Um hier weiterzukommen scheint es sehr viel erfolgsversprechender, statt auf das Leiden an nichtvorhandenen Alternativen auf deren Möglichkeiten zu setzen, Leistungsfähigkeit und hohe Kompetenz ebenso zu demonstrieren wie andere Modi sinnvoller, produktiver und freiwilliger Aufgabenübernahme.

Neben der wichtige Altersphänomene erst konstituierenden "sozialen Uhr" (Thomae 1988: 14), wie sie insbesondere durch die Ruhestandspolitik geprägt wird und den zweiten grundlegenden Statuswechsel der "Pensionierung als Eltern"¹⁷⁶, sind indes noch weitere wichtige Rahmenbedingungen zu nennen. Kurz zusammengefaßt: Erfahrungen, Kompetenzen und vielfältige Ressourcen heutiger - und mehr noch: kommender - Kohorten älterer Menschen begünstigen die Unterhaltung bzw. Aufnahme nachberuflicher Tätigkeiten.

Die Argumentation ist geläufig und wird deshalb hier nur an ein paar wenigen exemplarischen Stichworten verdeutlicht. Es wird erwartet, daß sich der durchschnittliche Bildungsstand kommender Kohorten ebenso in positiver Weise von früheren und heutigen unterscheidet wie ihr Ge-

Beiträge in Myles/Quadagno (1991).

176 In Abwandlung der Krügerschen Formel der "Pensionierung als Mutter" (Krüger 1983: 39).

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

sundheitszustand im dritten Lebensalter. Bezüglich der Prägung durch ein vorgängiges Arbeitsleben wird ebenso auf die größere Gruppe derer hingewiesen, die durch das Anforderungsprofil günstige Voraussetzungen auch für spätere Kompetenzen und Flexibilität mitbringen wie auf die Tatsache, daß aufgrund der insbesondere seit dem 2. Weltkrieg zu konstatierenden Zunahme individuell disponibler (betrieblicher und außerbetrieblicher) Zeit auch die Fähigkeit im Umgang mit ihr zugenommen haben. Mindestens ebenso wichtig scheinen die jenseits des Erwerbssektors kultivierten Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen. Damit sind - als wichtiger, hier interessierender Sonderaspekt - auch soziale Erfahrungen gemeint, wie sie etwa ehrenamtliche Tätigkeiten und Pflegeerfahrungen im familialen Kontext darstellen.

Die Grenzlinien sind in all diesen Aspekten zunehmend weniger streng entlang der Geschlechterdimension zu ziehen. Eine besonders bedeutsame Frage ist indes, was diesbezüglich die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen bedeutet. Durch diesen Prozeß werden freilich die Differenzen zwischen den Geschlechtern auch in bezug auf die nachberufliche Tätigkeitsfrage keineswegs obsolet. Denn bspw. die Verarbeitung des Ruhestandsbeginns oder das Hinübergleiten in die nachelterliche Phase im Familienzyklus läßt sich vermutlich nur in einem geschlechtsspezifischen Bezugsrahmen angemessen verstehen.¹⁷⁷

Kohli akzentuiert entsprechende qualitative Veränderungen jenseits der demographischen Feminisierung so: "Der Verlust der Erwerbsposition bedeutet für die Männer - überspitzt gesagt - eine strukturelle 'Feminisierung'. Sie finden sich stärker auf die Ehe und Haushaltsführung als alltägliche Ordnungsschemata verwiesen. Es entspricht dieser Veränderung ihrer Lebenslage, daß sie sich - wenn man die entsprechenden Be-

177 Konzeptionell hierzu vgl. Arber/Ginn (1991). Es "galten die Perspektiven von Frauen im Alter lange Zeit - im Spiegel gerontologischer Fragestellungen, aber auch im Alltagsverständnis - nicht als problematisch. Sie waren deshalb kein Thema. Mit der angeblichen Kontinuität des im Hause und für andere Tätigseins wurde Frauen eine unproblematische Beschäftigungs- oder gar Freizeitsituation für ihr mittleres und höheres Alter nachgesagt. Somit blieben Themen wie Freizeit oder Bewältigung des Beschäftigungsverlustes im Alter im wesentlichen auf die männliche Perspektive beschränkt" (Backes 1991: 89).

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

funde von Gutmann (1987) verallgemeinern kann - auch in ihren psychischen Merkmalen 'verweiblichen', während die Frauen sich gleichzeitig 'vermännlichen': Es kommt im Alter zu einer gegenseitigen Annäherung der Geschlechtscharaktere" (Kohli 1992: 252). Was diese These für angemessene Tätigkeitsangebote bedeuten würde, ist nicht leicht zu beantworten. Für manche Älteren legt sie gleichartige Tätigkeiten für beide Geschlechter nahe, für andere aber vermutlich eher eine differenzierende Strategie, die - gewissermaßen komplementär zur konstatierten strukturell induzierten Annäherung - gerade den Männern, vielleicht aber auch einer Gruppe von Frauen geschlechtsspezifische Kontinuitätsangebote eröffnet.

Insgesamt ist auch in diesem Bereich ein weiteres Merkmal des Strukturwandels des Alters in Rechnung zu stellen: die Differenzierung und der Wechsel der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Altenpopulation. Die Rahmenbedingungen ermöglichen und verlangen damit vermutlich ein plurales Angebot.

5.3 Dimensionen individueller Bedeutung und Ausgestaltungskonsequenzen

Auf der Basis der Überlegungen zum Stellenwert von Erwerbsarbeit wie auch empirischer Erfahrungen ergibt sich die *individuelle* Bedeutung nachberuflicher Tätigkeitsformen in der Akzentuierung gegenüber all jenen anderen Tätigkeiten, die im Ruhestand - insbesondere im primären Bereich von Familie und Nachbarschaft - üblich sind. Zentral erscheinen folgende Dimensionen.¹⁷⁸

Die *Frage nach biographischer Kontinuität* verweist auf Orientierungen auf Tätigkeit, die sich aus dem Erwerbsleben ebenso ergeben können wie aus Aktivitätsmustern jenseits der Erwerbsarbeit, ob im privaten o-

178 Deren Darstellung erfolgt in den ersten drei Punkten in Anlehnung an Kohli u.a. (1993: 39ff.). Eine alternative Möglichkeit besteht darin, die Dimensionen aus den Veränderungen abzuleiten, die mit der Berufsaufgabe einhergehen, etwa im Anschluß an die o.g. 7 Funktionsbereiche nach Schäuble (1989).

der im öffentlichen Raum. Insbesondere für Männer gilt: "Die Diskontinuität, die mit dem Übergang in den Ruhestand gesetzt ist, kann eine Bedrohung der bisherigen Lebenskonstruktion bedeuten. Sie kann aber auch eine Chance sein: Der legitime Abschluß des Erwerbslebens schafft einen neuen Kontext, in dem erwerbsförmige oder erwerbsähnliche Tätigkeiten unter Entlastung von diesen Zwängen möglich sind" (Kohli u.a. 1993: 40).

Ein zentraler Punkt für die Kontinuität in der Sinnkonstituierung ist dabei der Aspekt nachberuflicher Leistung, die sich im entberuflichten Alter anders als durch Erwerbstätigkeit konkretisieren muß (vgl. Tews 1990a: 158) und die mit den Erfahrungen von Status, Prestige und Verantwortung zusammenhängt. Kontinuität wird also in den seltensten Fällen die Form des lediglich in quantitativer Hinsicht reduzierten Weitermachens annehmen - Männer bspw. als Handwerker im Einmannbetrieb. Offensichtlich bedarf in vielen Fällen qualitative Kontinuität institutioneller Diskontinuität. Kohli u.a. heben hervor, daß "gerade der Bruch, der durch den Übergang in den Ruhestand gesetzt wird, (...) durch seine kulturelle und sozialpolitische Institutionalisierung als Teil der Normalbiographie die Möglichkeit zu einem Neubeginn, zu einer 'späten Freiheit' (Rosenmayr; ...) (schafft; U.O.), die in anderer Form an Bisheriges anknüpft und damit biographische Kontinuität stiftet" (Kohli u.a. 1993: 288).

Mit Bezug auf *soziale Interaktionen* ist vor allem die Einbindung Älterer in geregelte Interaktionszusammenhänge von Interesse, womit Erfahrungen ermöglicht werden, die für viele Ältere aufgrund des Wegfalls von Erwerbsarbeit tendenziell unzugänglicher oder seltener werden. Auf gemeinsame arbeitsteilige Problembewältigung gerichtete Interaktionen einschließlich resultierender Kooperations- oder Konflikterfahrungen sind ebenso erforderlich und möglich wie solche diffusen oder expressiven Charakters. Am Beispiel vieler Genossenschaften läßt sich diese Multidimensionalität zeigen. So war und ist neben ökonomischen Zwecksetzungen gerade deren "Genossenschaftskultur" mit Gesellung, Begegnung und Festivitäten ein bestimmendes Merkmal, auf die Bedeutung von Gruppenprozessen wurde bereits mehrfach hingewiesen. Am Feld der Selbsthilfe und Selbstorganisation kann demgegenüber das Spannungsfeld zwischen den "geregelten Interaktionszusammenhän-

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

gen" und den diesbezüglichen Gestaltungsspielräumen verdeutlicht werden.

Sehr viel weiter oben wurden die Vorbehalte gegenüber statisch erscheinenden Rechts- und Organisationsformen erläutert. Hier ist nochmals darauf einzugehen, weil diese Formen Einfluß auf den möglichen Korridor sozialer Interaktionen haben, und in vielfacher Weise deren Qualität präformieren. Halves (1989: 139f.) erklärt sich die hohe Attraktivität von Altenselbsthilfeszusammenschlüssen gerade für Frauen im Vergleich etwa zu Gewerkschaften oder Seniorenbeiräten so, "daß es einerseits mit der Organisationsform, die eben nicht von vornherein bestimmt ist, und andererseits mit den Zielen, die in der Arbeit gemeinsam gefunden werden müssen zusammenhängt (...). Nicht zuletzt ist das offene Beziehungsgeflecht dafür verantwortlich, das nicht durch festgeschriebene Hierarchien geprägt ist, sondern durch jedes einzelne Mitglied immer wieder neu hergestellt werden muß".

Auch die *Erfahrungen gesellschaftlicher Veränderungen* vermitteln sich zu einem relevanten Teil und in besonderer sozialisatorischer Intensität in und durch Erwerbsarbeit. Gelegenheitsstrukturen zu mehr oder weniger organisierter Tätigkeit im Kontext gesellschaftlicher Nützlichkeit und in Auseinandersetzung mit anderen Menschen und gesellschaftlichen Instanzen machen auch Älteren solche Erfahrungsfelder zugänglich - und zwar in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Sie "konfrontieren mit Veränderungen, die von weitreichenden technischen Neuerungen (etwa den verschiedenen Spielarten der EDV) bis zu politischen und kulturellen (etwa den neuen sozialen Bewegungen oder dem neuen Verhältnis zwischen den Geschlechtern) reichen. Solchen Veränderungen ausgesetzt zu sein - d.h. Neues zu lernen und selbstverständliche Überzeugungen aufzugeben - kann eine Belastung sein, führt aber auch zu einer Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten" (Kohli u.a. 1993: 41). Hier liegt denn auch der Unterschied zu pädagogisch animierten folgenlosen "Spielwiesen" im Sinne von Aktivierungsprogrammen, Hobbyismus oder Beschäftigungstherapie. Bei Tätigkeitsangeboten mit Realbezug werden Erfahrungen "nicht interesselos angehäuft, sondern stehen in engem Zusammenhang mit den relevanten praktischen Probleme-

men und dem damit gesetzten Handlungsdruck; wo dieser fehlt, bleibt es bei passiver Rezeption" (Kohli u.a. 1993: 41).¹⁷⁹

Von den individuellen Bedeutungsdimensionen her wurden Stellenwert und Gestaltungsaspekte von Tätigkeit in jener länger werdenden Phase neu errungener "Freizeit" diskutiert, in der insgesamt nur wenige soziale Normen existieren (vgl. Tews 1990). So ergibt sich daraus, daß der Bezugspunkt des Tätigwerdens nicht zu eng gefaßt und insbesondere nicht zu sehr mit "Zeitvertreib" oder bloßer Beschäftigung konnotiert werden darf. Er soll hier die Dimensionen der *produktiven Aufgabenübernahme* ebenso beinhalten wie den Gestaltungsaspekt in bezug auf das individuelle und gesellschaftliche Leben (vgl. in diesem Sinne Riley/Riley 1992). Die Funktionsbestimmung in *gesellschaftlicher* Beziehung wurde bereits als Charakteristikum der eigentümlichen Zwischenstellung im Rahmen einer Bürgerinitiativen, Selbsthilfeaktivitäten und ehrenamtliche Dienste unterscheidenden Typologie diskutiert. In *individueller* Perspektive legt sich ein ähnlicher Befund nahe. Die Tätigkeitsdimension mag sich zwar nach außen hin pluralisieren und ausdifferenzieren, dies bedeutet aber nicht unbedingt eine Segmentierung ihrer individualsbezogenen Funktion. Eher trifft der gegenteilige Befund zu. Es wird zunehmend die Aktualisierung sehr unterschiedlicher und sich wandelnder Selbstbezüge möglich - und eingefordert.

So überrascht es nicht, wenn sich dies bspw. von der Seite der Entwicklungstendenzen in der Selbsthilfebewegung verdeutlichen läßt: "Seit rund 10 Jahren sehen wir ergänzend zu den Selbsthilfegruppen, die auf Defizite reagieren, weitere Motivlagen, gemeinschaftlich in höherem Erwachsenenalter sich neuen Aufgaben und kulturellen Betätigungen zuzuwenden. Die Attraktivität, sein Leben selbst zu gestalten, neue Lern-

179 Neben den Aspekten der biographischen Kontinuität, der sozialen Interaktionen und der Erfahrungen gesellschaftlicher Veränderungen diskutieren Kohli u.a. (1993) die Dimensionen der Identität, der zeitlichen Strukturierung des Alltags und der biographischen Antizipation und Planung. Diese Dimensionen wie auch jene bei ihnen nur erwähnte der Ausstattung mit Einkommen - im Falle der Seniorenengossenschaften müßte allgemeiner wohl von Tauschwerten gesprochen werden - und den darüber vermittelten Konsum- und Partizipationschancen werden implizit in dieser Arbeit im Abschnit über die Rekrutierungsfunktion verhandelt.

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

felder zu erobern und die Zeit nach dem Erwerbsleben, den Ruhestand als produktiv zu betrachten und somit außerhalb der Zwänge des Arbeitslebens für sich selbst und in Angelegenheiten der Gesellschaft tätig zu werden, wird von immer mehr Älteren wahrgenommen" (Reggentin/Dettbarn-Reggentin 1992: 31).

In gewisser Weise quer zu den bisher erörterten Dimensionen liegt die Frage nach den Tätigkeitsinhalten. Ihre Bedeutung und Attraktivität erweist sich im Verhältnis zu den bis hierher thematisierten Bedeutungsdimensionen. Es liegt auf der Hand, daß hier in dynamischer Prozessierung das gelten muß, was beim Rekrutierungsprozeß eingeklagt wird. Es geht nicht um die hektische Erfindung immer neuer Tätigkeiten und Modelle, sondern um deren Paßform - und das heißt aktiv: Anpassung an konkrete Lagen und Personen.

Wird der Akzent von der Rekrutierungsfunktion wegverlagert und der *Eigenwert des Tätigwerdens* für die Aktiven stärker beachtet, so erscheint auch die Dauerhaftigkeit des Engagements in anderem Licht und fordert die Organisationen von ehrenamtlicher und freiwilliger sozialer Arbeit grundsätzlich heraus: "The helping experience fosters self-growth at differing rates and in different ways for the helper, which again has implications for his future in or outside the program. The mutual help program has to accomodate both the volunteers who through time are likely to become more committed to the program and those whose self-growth will move them out to other interests and activities. For the volunteers who stay in the program, opportunities must be created to enable them to move into new roles and responsibilities as time goes on. At the same time, the program must also allow for constant turnover as those who develop new interests move on. Mutual helping involves a fluid process which motivates the participants to become reengaged in various ways, and the program must be flexible enough to accomodate this process" (Abrahams 1976: 258).

Es gilt mithin, sich von einer lange gepflegten Vorstellung zu verabschieden, dergemäß nur das dauerhafte Engagement als Erfolg bewertet wird. Noch nicht einmal von der Perspektive der Institutionen ist diese Haltung zwingend, in gesellschaftlicher Hinsicht ist sie sogar dringend revisionsbedürftig. Modernisierung der Altenarbeit und des Sektors frei-

willigen Engagements heißt, mit entsprechenden Pluralisierungs- und Individualisierungseffekten umgehen zu lernen. Statt über Fluktuation und den "Durchlauferhitzer"-Effekt zu jammern, wäre die dahinterliegende Verflüssigung von engagementbezogenen biographischen Prozessen als Herausforderung zu begreifen und mit Organisationsanstrengungen und Formen Sozialer Arbeit zu beantworten, die ihnen entsprechen. Auch diesem Aspekt nehmen sich Seniorengenossenschaften, wenn auch unter vielen Konservatismen und Ungleichzeitigkeiten an der Basis, in Ansätzen an. Allerdings werden sie durch eine noch häufig durchschlagende Rekrutierungsperspektive "alter" Lesart darin immer wieder zurückgeworfen.

5.4 Vorschläge und Zukunftsüberlegungen im Kontext übergeordneter Sozialpolitik

Die sozialpolitische Bedeutung der Eröffnung von Tätigkeitsangeboten wird noch zögernd realisiert. "Auch wenn die Frage nach der Bedeutung von Tätigkeiten im Ruhestand heute erst eine Minderheit betrifft, ist sie für die Zukunft von großer Tragweite. Da sich (...) mit jeder Kohorte die Voraussetzungen für Aktivität (...) verbessern, ist damit zu rechnen, daß die Diskrepanz zwischen Aktivitätspotential und sozial abverlangter bzw. ermöglichter Aktivität weiter zunehmen wird" (Kohli u.a. 1993: 30). Vorhandene Vorschläge bzw. Bemühungen setzen an verschiedenen Punkten an. Sie thematisieren einerseits unterschiedliche Politikfelder und Interventionsformen und betreffen andererseits unterschiedliche Phasen des Prozesses nachberuflicher Tätigkeit zwischen Vorbereitung, Aufnahme und Aufrechterhaltung.

Die strukturellen Rahmenbedingungen - darauf ist hier nur knapp einzugehen - gibt die Institutionalisierung der Erwerbsarbeit, ihrer Arbeitsorganisation und ihrer Arbeitszeitregimes vor. Die Perspektiven einer Neugestaltung der Erwerbsarbeit im Alter und des Übergangs in den Ruhestand stellen sich diesbezüglich eher ernüchternd dar. Auch aus

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

gerontologischer Perspektive wäre ein "Gesamtkonzept zur Gestaltung von Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit in Ausrichtung an lebenszyklisch unterschiedliche Zeitbedürfnisse und -präferenzen unter Einbeziehung des 'gleitenden Ruhestandes'" (Bäcker/ Naegele 1993a: 143) notwendig.

Eine Reihe von Vorschlägen stellen dabei einen engen Bezug zwischen der Bewältigung von und dem Umgang mit Rollenverlusten einerseits, der globalen Aufrechterhaltung von Kompetenz und Selbständigkeit andererseits her. "Präventive Ansätze zur besseren Bewältigung von Funktionsverlusten und Rollenlosigkeit liegen in einem (...) viel früheren Einüben dieser Situation. Ein entscheidendes Instrument dafür ist (...) die Arbeitszeitpolitik, insbesondere als Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit Bildungsangeboten. Eher kompensatorische Ansätze liegen auch in den Konzepten von Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die das Ziel verfolgen müßten, eine Stärkung der auf die Bewältigung von Alltagssituationen gerichteten Eigenkompetenzen zu bewirken. Dies ist die zentrale Voraussetzung zur Aufrechterhaltung von Selbsthilfepotentialen im Alter. Insgesamt ist die Bewältigung von Funktions- und Rollenverlusten im Alter auch nicht mehr nur ein Thema für die traditionelle Altershilfe. Es muß zukünftig (...) viel stärker darum gehen, das Thema Alter in andere Politikbereiche, so (...) in die Kultur-, die Freizeit- und die Bildungspolitik einzuführen (Veelken 1990). Dies entspricht auch (...) viel stärker den tatsächlichen Lebensinteressen der (...) 'jungen Alten'" (Naegele 1992: 228).

Ein häufiges Argumentationsmuster besteht in der Forderung altersspezifischer Beschäftigungsmöglichkeiten. Es klingt indes segmentierender als nötig, wenn die Autoren des Bandes der Akademie der Wissenschaften schreiben: "Aus der Sicht der Gerontologie wäre (...) ein spezifischer 'Arbeitsmarkt' teils bezahlter, teils unbezahlter Tätigkeiten für ältere Menschen jenseits der Ruhestandsgrenze wünschenswert, der den spezifischen Motiven und Fähigkeiten älterer Menschen gerecht wird. In den USA gibt es bspw. schon einen großen Markt für ehrenamtliche Tätigkeiten, in denen ältere Menschen ihre beruflichen Kompetenzen weiterverwenden können, und einen Markt für Altersvolontäre,

D Gelegenheitsstruktur zum Tätigwerden

der nicht notwendigerweise etwas mit der früheren Berufstätigkeit zu tun hat" (Mayer u.a. 1992: 747).

Es wäre allerdings zu wünschen, daß die darin angelegte Abkopplung des Alters - wie gut gemeint oder ungewollt auch immer - verhindert wird, wo immer möglich. Denn die Altersgesellschaft ist nicht allein schon durch die Verallgemeinerung des Ruhestands keine Arbeitsgesellschaft mehr. Eine nicht nur konsumvermittelte Teilhabe Älterer kommt daran nicht vorbei. Insofern ist Schmidt zuzustimmen wenn er vorausblickend schreibt: "Die Reform des Alters zielt auf die Modernisierung des Alters ab: auf seine partielle Wiedereinbindung in die Logik moderner Existenz und auf seine - vielleicht später - Reintegration in Erwerbskontexte bei Leistungsfähigkeit, Gesundheit und Arbeitsmarktnachfrage" (R. Schmidt 1993: 14).

Für sehr viel mehr Menschen als heute müßte es sich allerdings um sehr viel flexiblere und dynamischere Gelegenheitsstrukturen *zwischen* den beiden Optionen des Sonderaltersarbeitsmarktes und der Re-Erwerbsintegration handeln: Um Möglichkeiten zum Tätigsein, die den individuellen Motivationslagen ebenso entsprechen wie einem gesellschaftlich transportierten Produktivitätsdruck und das auf der Basis sozialpolitisch fundierter Wahlfreiheit.

6. Altenarbeit als multiple Netzwerkintervention

Schon konzeptionell, mehr noch in der Umsetzung, haben sich Seniorenengossenschaften von dem bisher gültigen Mainstream-Postulat wohlfahrtsstaatlicher Politik verabschiedet, zentral geplante und standardisierte Konzepte zu implementieren. Im Kapitel über die Welfare-mix-Debatte wurden entsprechende ordnungspolitische Umorientierungen als sich verbreiternde dargestellt und in ihren Konsequenzen vor allem im auf Pflegebedürftigkeit gerichteten Politikfeld genauer analysiert und auf übergreifende Maximen bezogen. Die Dimensionierung von Handlungen der ProgrammteilnehmerInnen als Dienstleistung war ebenfalls von dem Interesse geleitet, ein offensichtlich zu statisches Verständnis von Hilfe im Sozialstaat am Beispiel der Seniorenengossenschaften aufzubrechen und dynamisch zu erweitern. An vielen anderen Stellen der vorliegenden Arbeit ließe sich dies Bemühen in ähnlicher Weise aufzeigen.

In den folgenden Abschnitten wird vorgeschlagen, in diesem Feld, in dem es darum geht, auf die Besonderheiten sozial aktiver Handlungspotentiale unmittelbar "vor Ort" Rücksicht zu nehmen und zwischen Institutionen, solidarischer Selbsthilfe und familialen Lebenswelten zu vermitteln, die neuartigen Typen sozialstaatlich, sozialpädagogisch oder durch Initiativen angestoßener Intervention als Netzwerkintervention zu begreifen.

Originell ist dieser Vorschlag auf den ersten Blick gewiß nicht, knüpft er doch an gängige bis modische Argumentationen und eine ebensolche Begrifflichkeit an - dies wird im ersten Abschnitt deutlich. Zugrundegelegt wird dagegen beim hier gemachten Vorschlag nicht ein metaphorisch gemeinter Begriff von "kleinen Netzen" o.ä. sondern die neuere sozialwissenschaftliche soziale Netzwerkforschung, die im zweiten Abschnitt umrissen wird. Die darauffolgenden Teile versuchen, das so umrissene und notwendig sehr umfassende und "unhandliche" Feld für sozialpolitische und sozialpädagogische Intervention dadurch aufzuschließen, daß verschiedene Ebenen als Ansatzpunkte für als Netzwerkarbeit verstandene Intervention voneinander abgegrenzt werden. Sie dienen gleicher-

maßen als Folie für ein vertieftes Verständnis von Seniorengenossenschaften wie für eine entsprechend verstandene Präsentation und Dimensionierung wichtiger oder innovativer Kontextinitiativen im deutschen wie im ausländischen Raum.

6.1 Zum seniorengenossenschaftlichen Diskurs der Herausforderung durch Netzwerkmbrüche

Ein wichtiger Strang in der Begündung von vielen gesellungs- aber auch dienstleistungsorientierten Initiativen und Modellen argumentiert implizit oder explizit regelmäßig im Kontext der Analyse sozialer Netzwerke von Älteren. Seniorengenossenschaften machen da keine Ausnahme - weder in den Programmschriften zum Modellbeginn noch in den späteren Schriften ihrer Protagonisten. Hummel beschreibt in einer differenzierten Lesart eine sich erst langsam durchsetzende Problemsicht auf die Wandlungen der Netzwerkbezüge, die zudem als Herausforderungen für die sozialen Dienste erst in ihrer Tragweite erkannt werden müssen. Er verdeutlicht es am Leitbild der ambulanten Dienste und Sozialstationen: "Um die Pflege der Familie zu unterstützen, wird die Fachkraft tätig. Die Annahme ist, staatlich gestützte Leistung könne subsidiär an vorhandene soziale Netzwerke anknüpfen. Weder die sozialen Unternehmen noch die Pflegekraft der Familie, weder das sachgemäße Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage noch die gelingende Kooperation von Laien und Fachkräften in der Altenarbeit kann in Zukunft stillschweigend vorausgesetzt werden" (Hummel 1993: 217).

Seine damit eine Reihe wichtiger Ebenen miteinander verknüpfende Problemanalyse schließt mit dem Satz: "Soziale Netzwerke sind in dramatischen Umbrüchen" und liest sich im einzelnen so: "Dem 60jährigen Rentner steht auch eine hochbetagte Generation der über 80jährigen Rentner/innen gegenüber. Dieser wiederum steht in den Ballungsgebieten eine jüngere Generation gegenüber, die fast zur Hälfte aus nichtdeutschen Staatsbürgern besteht. Frauen sind nach einer immer

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

kürzer werdenden Kinderphase erwerbstätig - und volkswirtschaftlich sollen sie es unter dem Gesichtspunkt der Sozialabgaben auch sein - und stehen der Nachbarschaftshilfe und dem Ehrenamt nicht mehr in dem Umfange zur Verfügung. Der Haus- und Hofbesitzer kann aufgrund gesteigener Mobilität seiner qualifizierten Kinder nicht mit familiärer Versorgung im Haus oder am Heimatort rechnen" (Hummel 1993: 217). In zeitdiagnostischer Pointierung macht er auf die mangelnde Kompensation durch Inklusionssysteme des Wohlfahrtsstaates deutlich, deren mechanische Solidarität subjektiv als defizitär erlebt wird: Mitglied einer Rentenversicherung zu sein reiche nicht mehr aus, um als Alleinstehender nach einem Krankenhausaufenthalt zuhause warm empfangen zu werden. Andere AutorInnen verbinden im wesentlichen die zwei Argumente der demographischen Wandlungsprozesse mit der Diagnose zurückgehender Hilfbereitschaft in informellen wie in ehrenamtlichen Settings. In dem Abschnitt über die senioren-genossenschaftliche Programmatik sind entsprechende Belege angeführt worden.¹⁸⁰

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß eine ganz eigene Semantik das Projekt begleitet, die im wesentlichen den programmatischen Anspruch transportiert, die Familie zu ergänzen und/oder zu ersetzen. Die Karriere des Begriffes der Netzwerke in allen möglichen und unmöglichen Zusammenhängen gehört ebenso dazu wie diejenige des Schlagwortes der "Wahlverwandtschaften" usw.

Dieser Diskurs ist indes nicht auf den politiknahen Bereich begrenzt. Im Kontext der Debatte um den Strukturwandel des Alters ist die Netzwerkorientierung schon fast zu einem Allgemeinplatz geworden: "Besondere Herausforderungen bringt die (...) Singularisierung des Alters mit sich. In ihrem Gefolge nehmen Risiken wie Isolation und Einsamkeit im Alter zu, infolgedessen auch die psychischen Erkrankungen. Insgesamt sind mehr ältere Menschen auf mehr Hilfe von außen angewiesen. Damit wächst u.a. der Bedarf an kommunikativen Angeboten, an Maßnahmen zur Stärkung und Erhaltung von familialen und nachbarschaftli-

180 Daß in vielen Beiträgen zur Netzwerkproblematik an empirischen Befunden vorbeargumentiert wird, ist hier nur festzustellen. Diese sind teilweise nicht eindeutig interpretierbar, teilweise legen sie zumindest Differenzierung nahe. Indem simplifizierende Erosionsbefunde verbreitet werden, wird der Blick auf differenziertere und dann interventionsrelevante Entwicklungen vielfach verstellt.

chen Kontakten. Informelle Beziehungsnetze werden zunehmend wichtiger und müssen aufgebaut oder stabilisiert werden. Hier liegen z.B. wichtige neue Arbeitsfelder für die gemeindebezogene Sozialarbeit. (...) Es geht also künftig sehr viel stärker um Gemeinwesenarbeit" (Naegele 1992: 229). Und mit Erweiterung auf nicht explizit sozialpolitische Politikfelder: "Es geht künftig noch stärker als heute um die Erhaltung von bestehenden Sozialstrukturen mit dem Nebeneffekt der Aufrechterhaltung von vorhandenen Kontakten und Kommunikationsmöglichkeiten" (Naegele 1992: 229).

Globale oder standardisierbare Rezepte indes scheinen hier nicht weiterzuhelfen. "Für die sozialpolitische Intervention läßt sich (...) ein einheitliches oder typisches Anforderungsprofil für die Netzwerkförderung nur schwer bestimmen. Es existieren zu viele unterschiedliche Konfigurationen, die sich zudem nur selten zu einem einheitlichen Bild 'verdichten' lassen, als daß sie als Orientierung für standardisierbare 'professionelle' Interventions- und Koordinationsleistungen gelten könnten" (Olk/Heinze/Wohlfahrt 1991: 168f.).

Noch in diesen Zitaten kommt der Defizitdiskurs zum Tragen, den auch die fortschrittlichere Sozialpolitikwissenschaft nicht verleugnen kann. Eine dynamische Betrachtung von Netzwerken und sozialer Unterstützung könnte dagegen durchaus ein breiteres sozialstaatliches Selbstverständnis fundieren. Es trifft aber offensichtlich zu, daß "die Überlegung, daß zur Stärkung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit jenseits der Verteilung von Rechten und Geldern auch die Stiftung und Förderung sozialer Beziehungen und Netze öffentliche Aufgabe sein könnte, (...) bislang wenig verbreitet und kaum politisch folgenreich vertreten worden" (Evers/Leichsenring/Pruckner 1993: 41) ist. Eine solche Verankerung weitergehender wohlfahrtspolitischer Zielbestimmungen würde deutlich über Netzwerkförderung als Krisenpuffer hinaus gehen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß sie über das Reservat von Modellversuchen kaum hinausreicht.

6.2 "Hilfe" im Licht sozialer Netzwerk- und Unterstützungstheorien

Mit Bezug auf Netzwerke und soziale Unterstützung ist - wie wir auch in unserem Themenbereich gesehen haben - die semantische Verwirrung groß. Sowohl der starke Rekurs auf Netzmodelle im hier untersuchten Programm als auch die deutlich gewordene Schwierigkeit, das Hilfreiche, Unterstützende und Integrierende einer intermediären Einrichtung wie der Seniorengenossenschaft bspw. als *Dienstleistung* im Kontext von Bedarf oder *Integration* im Kontext von Arbeit rekonstruieren zu wollen, lassen es sinnvoll erscheinen, das Potential *sozialwissenschaftlicher* Netzwerk- und Unterstützungstheorien auf dessen Analyse anzuwenden. Denn wie in kaum einem anderen Themenbereich überlagern und verstärken sich wissenschaftliche Konzeptionen, alltagsweltliche Visionen einer besseren, gemeinschaftlicheren Welt und eine neokonservative Konzeption und Praxis der Verschärfung gesellschaftlicher Verteilungsprozesse unter dem Mantel "neuer", "solidarischer" Gesellschaftsmodelle. Und das stellt angesichts einer ökonomisch und politisch verschärften Krise des Sozialstaats eine durchaus explosive und mißbräuchliche Diskursformation dar.

In diesem Abschnitt soll lediglich eine kurzgefaßte Erläuterung der wichtigsten Theoriebestandteile und ihrer Begriffe gegeben werden, um danach ein Modell vorzustellen, das geeignet scheint, sowohl die Implementationsanstrengungen im Zuge der Modellkonkretisierung als auch das Geschehen in den Projektorten selbst ebenso als Netzwerkförderung zu verstehen¹⁸¹, wie einen Großteil des Gesamtfeldes Sozialer Arbeit mit und für Altere(n).

Konzeption und Realität der Seniorengenossenschaften mit dem analytischen Instrumentarium der Netzwerk- und Unterstützungsforschung zu rekonstruieren, macht in mehrfacher Weise Sinn. Es wird die These vertreten, daß die Seniorengenossenschaften ein ganz bestimmtes

181 Der vorgängige Policy-Prozeß steht hier nicht zur Debatte, obgleich jüngst ein breit angelegter Sammelband zur Policy-Analyse mit dem programmatischen Untertitel "Kritik und Neuorientierung" dokumentiert, daß gerade auch in diesem Gebiet neue Impulse durch die Netzwerkforschung gesetzt wurden und werden, vgl. Héritier (1993).

Muster sozialer Vernetzung und sozialer Unterstützung transportieren. Es ist in dynamischer Weise in Bezug zu bringen zu den Konzepten der sozialen Eigenhilfe, Selbsthilfe und des ehrenamtlichen sozialen Engagements, um die je spezifischen strukturellen Merkmale, Entwicklungstendenzen und eigentümlichen Leistungspotentiale (-stärken und -schwächen) fassen zu können. In einer Reihe von Kontinuumsmodellen sozialpolitischer Bedarfsausgleichssysteme¹⁸² werden diese und ähnliche Dimensionierungen verwandt, um die dualistischen Modelle eines formellen und informellen Bereichs zu überwinden. Die damit verbundenen schwer überwindlichen begrifflichen Probleme erlaubt die hier vorgeschlagene theoretische Perspektive ebenso zu klären wie sie eine Verbindung dieser struktur- bzw. funktionsorientierten Betrachtung mit mikrosozialen Fragestellungen ermöglicht. Schließlich läßt sich das senioren-genossenschaftliche Modell daraufhin beurteilen, ob es die in diesem Feld möglichen Potentiale aktiver, dezidiert netzwerkorientierter Politik sinnvoll nutzt.

Mit der Netzwerkperspektive scheint "endlich eine Gelegenheit gegeben, sich weder im 'gesellschaftlich Allgemeinen' zu verlieren, noch auf den Einzelnen oder die einzelne Familie zu bornieren und deren gesellschaftliche Bestimmtheit sowie die ihrer Probleme aus dem Auge zu verlieren. Im Netzwerkkonzept angelegt ist die Möglichkeit, sich ein differenziertes Bild von den Beziehungsgeflechten und ihren komplexen psychischen und sozialen Dimensionen und Funktionen zu machen, und zwar ausgehend von einem konkreten, z.B. betroffenen Individuum und/oder bezogen auf ein ganzes, z.B. belastendes oder belastetes System. Das Aufkommen der sozialen Netzwerkperspektive ist somit auch eine konsequente Weiterentwicklung systemorientierter Sichtweisen in der sozialpädagogischen und pädagogischen Arbeit" (Nestmann 1989: 110). Wenn diese Auffassung zutrifft, so würde eine so verstandene Netzwerkperspektive im wesentlichen genau das einlösen, was immer

182 Vgl. Rauschenbach/Müller/Otto (1992); Olk (1992); Bulmer (1987: 17ff.; 72ff.); Litwak (1985; insbes. 24ff.).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

wieder im Rahmen von Konzepten der Analyse sozialen Handelns als sozialer Alltäglichkeit zu fassen versucht wurde.¹⁸³

Die Netzwerkperspektive erlaubt es, das professionelle System und die in ihm ablaufenden Dienstleistungsbeziehungen zu den Problemen, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen in ihrer Lebenswelt in Beziehung zu setzen. Sie erlaubt es, in einem integrierten Konzept der Frage nachzugehen, welche Schutz-, Bewältigungs- und Unterstützungsfunktionen verschiedene Netzwerktypen erfüllen können. Für diese Perspektive hat Keupp im deutschen Sprachraum die Formel des "Unterstützungszernetzes" geprägt (anglo-amerikanisch: "Social Support Networks"; vgl. Whittacker/Garbarino 1983).

Auf die *strukturbezogenen* Versuche, Netzwerke zu erfassen - bis hin zu mathematischen und graphentheoretischen Verfahren -, soll hier aus im wesentlichen folgenden Gründen nicht näher eingegangen werden. Es wird davon ausgegangen, daß rein quantifizierende Verfahren ungeeignet sind, die soziale Qualität von Netzwerken zu begreifen. Unter der Perspektive der "Hilfe" kommt der Transfer von Ressourcen in den Blick, der maßgeblich zur Entstehung von Social Support beiträgt - und natürlich zu einem guten Teil von der strukturellen Komposition des Netzwerks abhängt. Als Wirkung verstanden entfaltet sich diese Kategorie indes erst vor dem Hintergrund der subjektiven Interpretation der Betroffenen von dem ihnen zur Verfügung stehenden Support und ihrer Zufriedenheit damit. Dieser subjektive Aspekt wird in vieler Hinsicht als entscheidend bezüglich positiver oder negativer Auswirkungen auf Wohlbefinden erachtet.¹⁸⁴

183 Vgl. z.B. zum Thema Selbsthilfe den diesbezüglichen Vorschlag von Grunow (1981), der typische Formen sozialer Alltäglichkeit als "Figurationen" zu analysieren versucht und dabei explizit bestimmte Support- und Netzwerkansätze zu überwinden sucht. Deren dort vorgebrachte Kritik scheint allerdings auf dynamische Modelle nicht zuzutreffen.

184 Zu diesen Ansätzen vgl. z.B. die bei Nestmann (1988: 51f.) angegebenen AutorInnen, insbesondere den Hinweis auf die Untersuchung alter Menschen von Ward, Sherman und Lagory (1984), die für diese Gruppe von einem deutlichen Zusammenhang von Wohlbefinden und subjektiver Wahrnehmung von sozialen Bezügen und Unterstützungen ausgehen, während objektive Netzwerkdimensionen sich als davon relativ unabhängig erwiesen.

Wohlbefinden kann - am einen Pol - bei unbelastetem Alltagsleben ebenso als Zielbestimmung dienen, wie - am anderen Pol - in belasteten Lebenslagen, bei Streß, Krisen oder angesichts kritischer Lebensereignisse. Der Belastungsperspektive wird allerdings zumeist als Kategorie positiver Verarbeitung *Bewältigung* gegenübergestellt.

Das Ressourcenkonzept soll zunächst in diesem Sinne eingeführt werden. Zur Beurteilung der Fähigkeit des Einzelnen zur Streßbewältigung (coping ability) lassen sich von den Bewältigungshandlungen und -kognitionen analytisch die Bewältigungsmittel bzw. -ressourcen und hierbei wiederum interne und externe Ressourcen unterscheiden. Zu den internen Ressourcen zählen z.B. fachliche Qualifikation und soziale Kompetenz. Zu den externen Ressourcen zählen etwa der individuelle Handlungsspielraum und das Geflecht sozialer Beziehungen zu Familienmitgliedern, Freunden, Arbeitskollegen und anderen Personen.

Gemäß dem Ressourcenkonzept fällt es einem Individuum umso leichter bzw. gelingt es ihm umso besser, Streß zu bewältigen, je mehr bzw. je mehr angemessene interne und externe Ressourcen ihm zur Verfügung stehen. Eine solche vorsichtige Formulierung ist angebracht, um nicht einem verkürzten Ressourcenverständnis aufzusitzen, das insbesondere mit Blick auf die sozialen Netzwerkbeziehungen einfach umso größeren Support unterstellt, je mehr solcher Beziehungen vorhanden sind oder je direkter sie sind.¹⁸⁵ Statt dessen ist - ausgehend von der Netzwerk-Analyse - auszugehen von der "asymmetric, multifaceted nature of ties and the importance of structural patterns. By treating the content of these ties as flows of resources, it transforms the study of support into supportive resources, and it links the allocation of these resources to large-scale social phenomena" (Wellman 1981: 179).

185 Vgl. kritisch insbesondere Wellman (1981), Gottlieb (1981a: 203ff.) und Gräbe (1991): "In dieser Konzeption schließen sich Sozialbeziehungen und Streß gegenseitig aus, sowohl die Alltagserfahrung als auch die (...) Definition von Streß zeigen jedoch, daß ein nicht unerheblicher Anteil von Streß aus sozialen Beziehungen herrührt. Soziale Beziehungen sind nicht einseitig in eine Dichotomie von Support und Streß einzuordnen, sondern sie sind vielschichtig, oft widersprüchlich sowohl in sich selbst als auch im Verhältnis zu anderen sozialen Bezügen, in denen sich der einzelne bewegt" (Gräbe 1991: 350).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

Die Konstrukte des Social Support beziehen meist - wenn auch in unterschiedlicher Konzeptualisierung und Intensität - die Beziehungsqualitäten, deren normativen Kontext und deren Bewertung mit ein. Diese Differenzierungen sind für Hilfesuche und Hilfeleistung gleichermaßen relevant (vgl. z.B. Cicirelli 1991; Lüschen 1988; Wand 1986). Im Kontext von Interventionsüberlegungen ist darüberhinaus die Kategorie der Uni- bzw. Multiplexität von hohem Interesse, da sie eine Reihe von Anknüpfungsmöglichkeiten bergen kann.¹⁸⁶ Auf der Basis des übereinstimmenden Befunds, daß soziale Unterstützung ein multidimensionales Konstrukt ist, existiert eine Vielzahl von Klassifikationsmodellen von Support-Formen sowie bereits eine Vielzahl darauf bezogener Systematisierungsversuche.

Es handelt sich dabei in der Regel um Taxanomien von Interaktionsinhalten, die als Ressourcen verstanden werden. Hier wäre insofern darauf zu verweisen, daß sie implizit oder explizit auf Ressourcentheorien aufbauen, die in allgemeinsten Weise davon ausgehen, daß "a resource' is defined as anything that can be transmitted from one person to another" (Foa/Foa 1976: 101). Dieser Ressourcenbegriff ist disziplinär eng sowohl mit der Austauschtheorie als auch der Transferökonomie verbunden. Inhaltlich gesehen hat eine solche Rede von Ressourcen den Vorteil, daß sie zunächst weder normative noch wirkungsanalytische Aussagen trifft. Sie kennzeichnet, "was" dem oder der InteraktionspartnerIn übermittelt wird. Dabei wird zunächst nichts darüber ausgesagt, "wie" dies geschieht und wie es "ankommt".

186 Multiplexität mit Bezug auf Netzwerke thematisiert den Sachverhalt, inwiefern die Relationen zwischen den einzelnen Netzwerkeinheiten bzw. Personen sich nur auf einen ganz bestimmten Typ von Inhalt (uniplexe oder auch single-stranded Relation) oder auf eine unterschiedliche Zahl von Inhalten beziehen. Daneben kann das Ausmaß der Multiplexität auch anhand der Anzahl verschiedener Rollen-Relationen bestimmt werden, also mit Blick auf die mehrfache Verkettung von zwei Personen z.B. als Nachbar, Verwandter, Kollege, Freizeitpartner, Mitglied einer Organisation, Partei, Kirche o.ä. "More than one role relationship can link two persons, and more than one type of resource may flow between them (...). Each tie may contain a different package of such resources as emotional help, personal service, material assistance, financial aid, social brokerage, and empathetic understanding" (Wellman 1981: 184). Vgl. zum Kriterium der Multiplexität ausführlich Schenk (1984: 67ff.).

In Anlehnung an Foa und Foa (1976) lassen sich sechs Klassen von Ressourcen mit einer jeweils zugehörigen inhaltlichen Bandbreite unterscheiden: *"Zuneigung* ('Love'): gefühlsmäßige Zuneigung oder Bindung, Wärme, Behaglichkeit, Trost, 'Nähe'; *Status*: Prestige, Hochachtung bzw. Wertschätzung, Aufmerksamkeit; *Information*: Meinungen, Unterweisungen, Beratung, Aufklärung; *Geld*: jegliche Form von Zahlungsmitteln; *Güter*: sämtliche tangiblen Produkte und Materialien; *Dienstleistungen*: jegliche Leistungen, die zugunsten des Körpers oder der Besitzer einer Person erbracht werden" (Deimer/Jaufmann/Pfaff 1987: 259). Der analytischen Isolierung einzelner Ressourcen gegenüber ist zu betonen, daß in Interaktionsprozessen in der Regel ein Transfer mehrerer Ressourcen gleichzeitig stattfindet.

Den Ressourcenkategorien lassen sich Support-Funktionen zuordnen. Klare begrifflich-theoretische Trennlinien zwischen beiden Konzepten lösen sich dabei in der Literatur häufig auf. Die größte verbreiteter Einteilungen unterscheidet nur in emotionalen oder psychologischen Support einerseits und instrumentellen Support andererseits. Am anderen Ende liegen Arbeiten vor, die eine je differenzierte Anzahl diskreter Hilfskategorien innerhalb von Grobeinteilungen benennen. Dazwischen liegen Typologien wie diejenige von Badura, der informelle Hilfeleistungen folgendermaßen unterscheidet:

1. Emotionale Unterstützung (verbal/non-verbal); 2. Soziale Unterstützung (im Sinne von sozialer Anerkennung); 3. Praktische Hilfe (personen-, gegenstands- und aufgabenbezogen); 4. Finanzielle Unterstützung und 5. Informationen (Tips, Rat, Hinweise auf formelle Hilfen etc.) (vgl. Badura 1981).¹⁸⁷

187 In anderen Dimensionierungen werden die Akzente verschoben, z.B. bei Wills, der - bei ebenfalls fünf unterschiedenen Hauptdimensionen - die instrumentell-materiellen Dimensionen in einer einzigen Kategorie zusammenzieht, aber eine weitere psychosoziale Interaktionsdimension benennt. Er unterscheidet 1. Emotionalen Support oder Stützung des Selbstwertgefühls durch intime, vertrauensvolle Beziehungen, in denen persönliche Probleme besprochen werden können; 2. Status Support durch als gesellschaftlich wichtig angesehene Verbindungen; 3. Informationssupport durch Beziehungen, mit denen Informationen und Ratschläge erlangt werden können; 4. Instrumenteller oder materieller Support durch praktische Hilfeleistungen wie Hilfe im Haushalt, Kinderbetreuung, finan-

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

Andere Autoren beschreiben die erstgenannte Kategorie der emotionalen Unterstützung häufig auch als "Appraisal Support" oder differenzieren die hiermit gemeinten eher psychologischen Social-Support-Formen in Appraisal Support, also Beurteilungsunterstützung und Emotional Support, also auf sozialemotionale Bedürfnisse gerichtete Unterstützung. "Dahinter steht die Annahme, daß Unterstützung indirekt vor negativen Konsequenzen eines krisenhaften Ereignisses schützt, indem sie das Selbstwertgefühl eines Individuums stärkt und auf diese Weise eine effektivere Mobilisierung von Ressourcen im Copingprozeß ermöglicht" (Kaufmann u.a. 1989: 22).¹⁸⁸

In der Regel wird davon ausgegangen, daß die verschiedenen Netzwerkverbindungen, d.h. Partnerschaft, Verwandtschaft, Freundschaft, Nachbarschaft usw., ihre jeweiligen Stärken typischerweise in jeweiligen Kombinationen von Unterstützungsbeiträgen haben (vgl. mit Bezug auf Ältere typisch Litwak 1985). Diese kategorial ansetzende Erkenntnis ist für die nachfolgend diskutierte Netzwerkarbeit ebenso wichtig - weil sie in vielen Bereichen Substitutionsüberlegungen als unrealistisch oder schädlich identifiziert - wie ihre Einschränkung mit Blick auf die empirisch-reale Vielfalt und die gegenseitigen Durchdringungen der Typen z.B. im Laufe langer Beziehungsdauern (vgl. Bulmer 1987: 78ff.).

Drei Aspekte sind besonders hervorzuheben, weil sie in vielen Untersuchungen vernachlässigt werden und in unserem Zusammenhang von hohem Interesse sind. *Erstens*: Untersuchungen zu (positiven) Wirkungen sozialer Netzwerke beziehen sich im wesentlichen auf Krisen, kritische Lebensereignisse oder Streßsituationen. Allein durch ihre Netzwerkimtegration können Individuen weniger häufig und weniger schwer belastende Lebensereignisse erfahren. Von verschiedenen AutorInnen werden positive Rückwirkungen von Social Support auch für das Alltagsleben ohne außergewöhnliche Belastungen, für Selbstbewußtsein, Identitätsentwicklung und Wohlbefinden nachgewiesen. In diesem Zusammenhang wird versucht, das theoretische Netzwerkkonzept für eine all-

zielles Ausborgen usw.; 5. schließlich Support durch Geselligkeit und soziale Aktivitäten (vgl. Wills 1985: 67 ff.).

188 Kaufmann u.a. (1989: 22) stellen in einer Übersicht die verschiedenen Systematisierungsversuche von Unterstützungsformen zusammen.

gemeinere Rekonstruktion individueller Sozialisationsprozesse fruchtbar zu machen (vgl. Nestmann 1989: 111ff.).

Zweitens: Die schlichte, aber wichtige Erkenntnis, daß Netzwerke keineswegs immer "supportive" sind (vgl. zu negativen Effekten Nestmann 1988: 90ff.; Wellman 1981; Gräbe 1991), wird etwa in all jenen Untersuchungen nicht berücksichtigt, die soziale Unterstützung mit jeglicher sozialer Interaktion gleichsetzen und in Form allgemeiner Netzwerkstrukturen definieren. Entsprechend operationalisierte empirische Forschungen begnügen sich dann mit dem Aufweis der Anzahl der Kontakte zu anderen, der Häufigkeit der Interaktionen usw. Auf diese Problematik ist das "Paßformkonzept" ein Antwortversuch, das auf der Basis umfassender Sekundäranalysen von Social-Support-Untersuchungen davon ausgeht, daß es entscheidend ist, "die Bedürfnisse und das Passen der zur Verfügung stehenden Hilfe auf diese Bedürfnisse zu erfassen. Die Differenz zwischen Ideal- und Istzustand scheint (...) eine bessere Vorhersagegröße als absolute Maße von aktueller Unterstützung" (Nestmann 1988: 55).

Drittens: Netzwerkressourcen und verfügbare Unterstützungsleistungen sind mit Bezug auf entsprechende Bedarfe problematisch verteilt. Es lassen sich eine Reihe von diesbezüglichen Risikogruppen identifizieren, Ältere gehören in besonderem Maße dazu (Diewald 1990).

Schon diese wenigen Hinweise zu den einander ergänzenden Konzepten des sozialen Netzwerkes und der sozialen Unterstützung machen plausibel, warum sie Anlaß gaben zu der international betrachtet immensen Empirieproduktion, die bis heute vorliegt. Dennoch muß für den spezielleren Anwendungsfall festgestellt werden: "Empirical knowledge about the social networks of older people is in short supply in Germany" (Alber 1991: 35).¹⁸⁹

189 Ein allgemeiner Überblick über den Forschungsstand wird in dieser Arbeit nicht gegeben, statt dessen auf entsprechende neuere Literatur verwiesen: Kaufmann u.a. (1989); Windisch (1992); Schenk (1990); ReichenWallner/Glatzer/Bös (1991); BMFuS (1993: 118-136); Bulmer (1987: 72ff.); Rogne/Eustis (1990). Zur sozialen Unterstützung unverheirateter kinderloser alter Frauen vgl. Goldberg u.a. (1990).

6.3 Netzwerkintervention

Auf der Grundlage der lediglich ansatzweise benannten Kritik an einer Position des "Je mehr desto besser" beim Thema Netzwerkunterstützung ergibt sich für die Forschung ebenso wie für praktisches Handeln eine differenzierte Frage: "Which people with what skills on what occasions ought to be mobilized on behalf of persons with what skills and help-seeking preferences?" (Gottlieb 1981a: 228). Es existieren hinsichtlich eines Methodeninventars der Netzwerk- und sozialen Unterstützungsförderung bereits mehrere Systematisierungsversuche der verschiedenen Interventionsstrategien¹⁹⁰, allerdings mit unterschiedlicher Qualität und Reichweite.

Im folgenden sollen in Anlehnung an einen solchen Vorschlag von Nestmann (1989: 113ff.) acht Ansatzpunkte netzwerkorientierter (sozial-)pädagogischer Intervention unterschieden und u.a. auf das Potential von Institutionen wie jene der Seniorengenossenschaften adaptiert werden. Dabei werden als AkteurInnen nicht nur, bzw. noch nicht einmal in erster Linie, die in ihnen teilweise tätigen professionellen Fachkräfte sowie die AkteurInnen in der Altenarbeit und den beteiligten Institutionen der Sozialpolitik betrachtet, sondern auch die beteiligten Älteren selbst. Die Interventionen beziehen sich nicht notwendigerweise auf schon eingetretene Krisen und Bedarfslagen, sondern sind zu einem großen Teil auch als präventive Arbeit konzipierbar.¹⁹¹ Die Seniorengenossenschaften in dieser Perspektive erscheinen einmal mehr als intermediäre Instanz: im Vernetzungsprozeß teils Impuls, teils Instrument; teils Subjekt, teils Objekt; teils Weg, teils Ziel.

Fünf dieser acht Ansatzpunkte setzen an informellen Bezügen an, zwei weitere am formellen Hilfesystem und seinem Verhältnis zu sozia-

190 Vgl. Nestmann (1989); Forschungsverbund (1987: 105ff.); Kaufmann u.a. (1989); Keupp (1987: 43ff.); Trojan u.a. (1987); Puch (1988); Buer (1988); Pan-koke (1983; 1986). Mit Bezug speziell auf Ältere vgl. Hooymann (1983); Biegel/Shore/Gordon (1984); Bulmer (1987: 108ff.); Pilisuk/Minkler (1989); Nothbaum/Leidig (1991). Zum Paßformkonzept nach Shinn u.a. vgl. Nestmann (1988: 36 ff.); Röhrle/Stark (1985: 38ff.).

191 Zur Überprüfung diesbezüglicher Interventionsstrategien vgl. Gottlieb (1981a).

len Netzwerken, ein letzter schließlich an dem, was deren gemeinsame Umwelt in sozialer, infrastruktureller und institutioneller Hinsicht darstellt, weshalb von einer "ökologischen Interventionsform" (Kaufmann 1982a) gesprochen werden kann.¹⁹² Die Trennschärfe der Interventionstypen ist notwendigerweise begrenzt, was aber ihre heuristische Potenz nicht schmälert.

6.3.1 Netzwerkintervention auf der Ebene informeller Bezüge

Eine *erste* Ebene betrifft die vorhandenen persönlichen und alltäglichen Netzwerke selbst in all jenen Fällen, in denen sie den Unterstützungsbedürfnissen und -ansprüchen ihrer Mitglieder nicht oder nicht in angemessener und befriedigender Weise nachkommen oder in denen eine Steigerung ihres Potentials erreichbar ist. Die Gründe für das Ungenügen können vielfältig sein und sowohl die strukturelle als auch die interaktionelle bzw. funktionsbezogene Dimension betreffen, wobei beide Aspekte sich vor dem Hintergrund des normativen Kontextes der Bindungen abspielen.¹⁹³ Zeitlich fallen entsprechende Defizite häufig mit dem Auftreten kritischer Lebensereignisse zusammen.¹⁹⁴

192 Mit Ausnahme der letztgenannten werden in den Ausführungen besonders Interventionen der - in Abwandlung von Kaufmanns Typendifferenzierung - pädagogischen und psychosozialen Form erörtert. Aufgrund des besonderen Augenmerks auf sozialpädagogische und kommunal-gemeinwesenorientierte Handlungsstrategien kann hier nur darauf hingewiesen werden, in welchem Maße Selbsthilfe- und Unterstützungspotentiale darüberhinaus von der ökonomischen und rechtlichen Interventionsform abhängig sind.

193 Nestmann weist auf den Stellenwert der individuellen Unterstützungserwartung und deren Strukturierung durch den normativen Kontext am Beispiel von Untersuchungen zu Freundes- und Familiensupport hin. Vor allem in Krisen "muß die Familie (...) Unterstützung bereitstellen. Es ist zu ihrem eigenen Besten, es wird erwartet, gilt als 'natürlich' und selbstverständlich und geschieht es nicht, gilt es als äußerst ungewöhnlich. Es trifft dann die Betroffenen besonders hart, weil geradezu einer 'Pflicht' nicht nachgekommen wird. Erfolgt eine Unterstützung, wird sie andererseits als 'nichts Besonderes' betrachtet. (...) Für die Familie und insbesondere für die (...) Partner existieren relativ strikte Erwar-

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

Nehmen wir auf beiden Ebenen die problematischste Situation an - ein Fall, der immer häufiger eintreten wird -, so ergibt sich ein schlichtes Faktum, das gleichwohl in der altenhilfepolitischen Diskussion zu wenig berücksichtigt wird: "Sind keine 'pflegefähigen' Familienmitglieder verfügbar, so kann familiäre Pflege nicht geleistet werden" (Bäcker u.a. 1989: 151). Übergänge zu kaum weniger problematischen Situationen sind fließend: Mit Bezug auf die erstgenannte - strukturelle - Dimension kann dies eine wenig leistungsfähige Netzwerkkomposition sein oder auf stark gebundene Ressourcen verweisen.¹⁹⁵ Entsprechend kann die positive Unterstützung durch "eigene Ängste, Belastungen, Stigmatisierungen von Problembereichen oder Befürchtungen von Abhängigkeiten oder Ausnützung" (Nestmann 1989: 116) geschmälert oder verunmöglicht oder aber als nicht hilfreich erfahren werden.

tungsregeln. Fremde hingegen müssen nicht helfen (...). Es existiert keine Verpflichtung oder berechnete Forderung. Wenn dann allerdings trotzdem Unterstützung gegeben wird, wird dies besonders positiv vermerkt (...). Nicht gegebener Familiensupport hat (...) nach dieser These (...) weit negativere Effekte auf Wohlbefinden als nicht gegebener Freundessupport" (Nestmann 1988: 59). Was dieses Verhältnis zusätzlich spannungsgeladen werden läßt, ist, daß die Einlösung oder Nicht-Einlösung von Erwartungen auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen beurteilt wird. Rosenmayr weist auf eigene Untersuchungen hin, die "zeigen, daß die Älteren die Hilfe, die sie selber einander geben, überschätzen, während die Kinder diese Selbsthilfe unterschätzen und die eigene Hilfe für die alten Eltern sehr hoch bewerten. Auffallend ist die starke Nichtübereinstimmung in der wechselseitigen Einschätzung. Durch den Vergleich der Aussagen ergibt sich, daß alle Beteiligten dazu neigen, sich in ihrer eigenen Aktivität zu überschätzen" (Rosenmayr 1990: 177). Grunow/Breitkopf/Grunow-Lutter (1984: 136ff.) analysieren am Beispiel der Gesundheitsselbsthilfe insbesondere zwischen Ehepartnern empirisch, welchen besonderen Verpflichtungsgrad innerhalb der Familie die Reziprozitätsnorm zu begründen scheint.

194 Bei Älteren wird dieses Problem häufig verstärkt durch eine Abnahme von Netzwerkbezügen einerseits, das Abnehmen ihrer Leistungsfähigkeit aufgrund von Altersstruktureffekten andererseits.

195 Am Beispiel älterer, mobilitätsbeeinträchtigter Netzwerkpersonen läßt sich der keineswegs irrelevante Spezialfall verdeutlichen, daß leistungsbereite und geeignete NetzwerkpartnerInnen zur Verfügung stehen, aber aufgrund des Fehlens relativ schlichter äußerer Ressourcen - in diesem Falle Mobilitätshilfen - ihr Potential nicht entfalten können.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen lassen sich auch die Anstrengungen einer Förderung alltäglicher unterstützender Milieus auf die beiden Ebenen einerseits einer strukturellen Veränderung der persönlichen Netzwerke und andererseits einer Verbesserung der unterstützenden Interaktionen zentrieren, die in sozialen Netzwerken ablaufen. Ein zwischen diesen beiden Polen liegender Ansatz versucht, in verschiedener Weise die Reziprozitätsbalance so zu verschieben, daß vorfindliche scharfe Trennungen von Gebenden und Nehmenden aufgeweicht werden oder von vornherein vermieden werden. Dieser Aspekt - das sei auch mit Bezug auf die im folgenden entwickelten Konzeptionsebenen und seinen darin durchgängig vorhandenen Stellenwert vorweggenommen - kann nicht hoch genug bewertet werden.¹⁹⁶ Es können von ihm Impulse gleichermaßen für Hilfeannahmeverhalten wie Beziehungsqualität und Leistungsbereitschaft ausgehen.¹⁹⁷

Interaktionsbezogene Ansätze erscheinen in vielen Fällen der diskutierten Interventionsmodelle als Formen von Familientherapie oder systemischer Therapie. Interessant und Verwirrung stiftend ist die Tatsache, daß ausgerechnet Arbeitsansätze, die sich explizit als *Netzwerk-Therapie* bezeichnen, ein extrem breites Interventionspektrum für sich in Anspruch nehmen mit entsprechend breiten professionellen Rollen- und Kompetenzprofilen.¹⁹⁸ Das Konzept der individuellen Netzwerkberatung ist hier also nur *ein* bekannteres Beispiel.

196 Die Reziprozitätsthematik betrifft sämtliche Unterstützungsfelder. Sie kulminiert in langandauernden Pflegebeziehungen, aus deren extrem ungleichgewichtiger, nichtreziproker Natur sich ein "Support Gap" (Belle 1982) ergibt: Die Pflegepersonen geben häufig sehr viel mehr soziale Unterstützung, als sie in einer Gesamtbilanzierung erfahren.

197 Für die Seniorenengenschaften wurde dieses Bemühen weiter oben schon beschrieben. Auch andere Innovationsversuche integrieren entsprechende Ansätze explizit, vgl. Koch-Arzberger/Schumacher (1990: 18).

198 "The practice of network therapy can be divided into five domains: network coaching, partial network assembly, full-scale network assembly, community network therapy and network construction. The role of the therapist varies across domains. Working with an individual or family, one acts as a coach or advisor on network relations. When the unit of intervention is as partial assembly (a group of 5 to 20 interrelated people who are not all of the same household), the therapist acts as a mediator and arbitrator. The therapist who

D. Altenarbeit als Netzwerkintervention

Anpassungsprozesse auf der erstgenannten Ebene finden ständig statt und lassen teilweise auch erkennen, in welcher Weise sie befördert werden können.¹⁹⁹ Schlichte Regeln in der Weise, daß Dichte, Ausmaß, Größe oder sonstige Merkmale sozialer Kontakte und Unterstützung wie Interaktionshäufigkeit Kriterium für deren Güte und ihr Zusammenpassen und mithin im Sinne gesteigerter Netzwerkleistung zu maximieren sind, erweisen sich als unangemessen. Zumindest müssen diese strukturellen Charakteristika im Kontext von Aufgaben auf ihre Passung untersucht werden, wie dies bspw. dem "Principle of Matching Task and Group Structures" bei Litwak (1985: 31ff.) zugrundeliegt.²⁰⁰ In jedem Falle ergibt sich die Forderung nach hoher Sensibilität, Behutsamkeit und entsprechender Handlungskompetenz.

Ansatzpunkt auf diesem ersten Level sind in den meisten Fällen egozentrierte Netzwerke, entsprechende Programme lassen sich als "direkte Netzwerkförderung" bezeichnen, da sie "sich direkt an Gefährdete bzw. Hilfsbedürftige ('Endadressaten') richten" (Trojan u.a. 1987: 306).

Das Merkmal *direkter* Netzwerkförderung trifft auch für die *zweite* Ebene zu, bei der es darum geht, künstliche Netzwerke oder Unterstützungsbezüge neu zu schaffen. So wurde in der Unterstützungsforschung bspw. gezeigt, daß zur Lösung von Lebensproblemen vorhandene Netzwerke häufig keinen ausreichenden Beitrag leisten, weil die

assembles full-scale network assemblies of 20 to over 80 people takes the position of shaman or tribal healer. Community mental health strategies require that the network therapist take a community organizer role. Network construction, in which the therapist helps clients to build healthy new network structures, employs strategies from the four other domains and from techniques of group psychotherapy" (Kliman/Trimble 1983: 282f.).

199 Z.B. berichten Stoller/Pugliesi (1988) auf der Grundlage einer kleineren aber aufschlußreichen Langzeitstudie (an jeweils beiden der 7 Jahre auseinanderliegenden Meßzeitpunkte konnten immerhin 173 Personen interviewt werden) über den Wandel der Netzwerkkomposition bei älteren Menschen im Zusammenhang mit gesundheitlichen oder funktionalen Beeinträchtigungen. Es wird gezeigt, in welcher Weise es in der Regel gelingt, im Verschlechterungsprozeß auch entferntere Netzwerkressourcen zu nutzen.

200 Er unterscheidet mit Blick auf den informellen Bereich Aufgaben je nach dem, ob sie Nähe oder Distanz, langfristige oder kurzfristige Verbindlichkeit, große oder kleine Gruppen, geteilte oder verschiedenartige Life Styles und internalisierte und affektive oder instrumentelle Motivation erfordern.

Distanz zu den Problemen entweder zu gering (bei Familienkonflikten) oder aber zu groß ist (z.B. bei Übergängen in neue Lebensphasen wie Berufsaufgabe oder Verwitwung). Relative Anonymität im ersten, gleiche Betroffenheit im zweiten Falle finden sich häufig nur außerhalb existierender Netzwerke. Das ist deshalb so gravierend, weil gerade in den Lebensphasen, die von Rollenwechseln, Übergang in neue Identitäten usw. geprägt sind, Funktionen der sozialen Unterstützung durch soziale Netzwerke von besonderer Bedeutung zu sein scheinen.

Im Übergangsfeld zwischen der ersten und der hier verhandelten zweiten Klasse von Förderungsstrategien liegen Versuche, einzelfallbezogen die Gewinnung von neuen Netzwerkpersonen zwischen Bekanntschaft und Freundschaft zu unterstützen. Interventionen reichen von therapieorientierten Hilfen bis hin zu indirekten Formen bspw. der Bereitstellung und Moderierung geselliger Settings. Auf die besonders gelagerte Problemstellung, im Alter neue Beziehungen aufzubauen, sei hier nur hingewiesen. Es sind bezüglich der möglichen Unterstützungspotentiale sowohl Kohorten- und Sozialisationseffekte bezüglich des Charakters und der Ausgestaltung von Freundschaften in Rechnung zu stellen, als auch die klare Erkenntnis, daß der Wegfall langjähriger WeggefährtInnen nicht umstandslos durch neuerworbene Bekannte "substituiert" werden kann.

Eine - jedenfalls zunächst - dem klassischen Paradigma der Hilfe verpflichtete Strategie besteht in der Vermittlung von Ehrenamtlichen. "A volunteer linking strategy (...) may be invoked in situations where there is limited personal support. Here, an attempt is made to match the client with volunteer supporters, not previously known to him or her, who have had personal experience of the problem the client faces or who are willing to provide help" (Bulmer 1987: 113).

Ein weiterer und geläufiger Vertreter diesen Typus' von Netzwerkarbeit ist die in vielen Feldern praktizierte Selbsthilfegruppenförderung (vgl. Braun/ Opielka 1992). Aktivierung, Initiierung und Stabilisierung von Selbsthilfeaktivitäten in Unterstützungsgruppen organisiert sich im Kern um unterschiedliche Formen von Gleichbetroffenheit. Gleiche oder ähnliche Probleme, Leiden etc. zu haben, gleiche Schäden, gesundheitsschädliche Angewohnheiten, Abhängigkeiten etc. überwinden zu wollen,

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

das eigene Leben neu gestalten zu wollen oder mit neuen belastenden Lebenskonstellationen umgehen lernen zu wollen - dies alles kann bei aller Heterogenität als Gleichbetroffenheit gefaßt werden und bildet den Erfahrungs- und Motivationshintergrund für Selbsthilfegruppenpotentiale. Es existieren allerdings auch Situationen, angesichts derer von "Betroffenheit" zu sprechen fragwürdig ist, da die in der Situation stehenden Personen ein Bewußtsein ihrer Betroffenheit zuerst entwickeln müssen. Auch dies ist ein Fall für sensible professionelle Netzwerkförderung (vgl. zu einer kritischen Analyse des Konzeptes der "Betroffenheit" Forschungsverbund 1987: 4ff.). Zwei Problemkomplexe seien etwas näher beleuchtet. Der erste betrifft die Häufung *bestimmter* kritischer Lebenslagen bei älteren Menschen, der zweite den Wunsch nach sozialer Integration.

Besondere Herausforderungen für Netzwerke Älterer und ihre Unterstützungsleistung lassen sich mithilfe der Theorie kritischer Lebensereignisse erfassen. Hier setzt die Strategie einer "problem"- oder "risikospezifischen" Anregung und Unterstützung von Gruppen an. Auch bei einer differentiellen Betrachtung ist die Betroffenheit Älterer z.B. vom Verlust des Ehepartners, dem Vorversterben nahestehender Freunde und Verwandten ebenso signifikant höher als in anderen Lebensaltern wie die Konfrontation mit bestimmten Krankheiten und den damit verbundenen Lebenssituationen (bspw. Krankenhausaufenthalt und nachgehende Anpassungsanforderungen oder Mobilitätsverlust).

Entsprechende Krisen heben sich gegenüber früheren Lebensphasen häufig durch kumulative Effekte mit weiteren Belastungen, massiveren Charakter und eine andere Antizipation von Zukunftsverläufen ab. Den Coping-Fähigkeiten kommt in diesem Kontext besonderer Stellenwert zu. Für Selbsthilfe(gruppen)förderung legt er differenzierte Strategien nahe. Neben "klassischen" Selbsthilfegruppen mit Bezug auf eine bestimmte Krankheit - um nur jeweils ein Beispiel für viele zu nennen - existieren vereinzelt Ansätze, die gerade jene älteren Personen im Blick haben, die multidimensionale Problemlagen aufweisen und deshalb nicht nur einen besonderen Bedarf haben, sondern in der Regel beson-

ders niedrige Selbsthilfe- und Vernetzungspotentiale mobilisieren können.²⁰¹

Bei bestimmten kritischen Lebensereignissen oder Rollenübergängen scheinen dagegen insbesondere Formen wichtig, wie sie Trojan u.a. (1987: 308f.) als "Unterstützungsgruppen" bezeichnen.²⁰² Als Beispiel im seniorengenossenschaftlichen Umfeld ließe sich z.B. das "Spurwechsel"-Programm (vgl. Niederfranke 1991) anführen, das Interessierte in einem zeitlich limitierten Kursprogramm zusammenbringt. Von den Inhalten und Hauptzielen her verweist es auf einen gesondert hervorzuhebenden Aspekt:

Auch in der Eingrenzung speziell auf Ältere lassen sich sehr verschiedene Tätigkeitsschwerpunkte und Inhalte beleuchten. Zu einem bedeutenden Teil gruppieren sie sich um gesundheitliche Belastungen und kritische Lebensereignisse. Darüberhinaus sind es gerade in dieser Alters-

201 Das Kasseler Modellprojekt "zugehende stadtteilorientierte Beratung älterer Menschen" geht zunächst davon aus, "daß ältere Menschen, die sich in besonders benachteiligten Lebenssituationen befinden, häufig die ihnen zustehenden Ansprüche an das soziale Sicherungssystem nicht geltend machen und verfügbare Hilfsangebote nicht wahrnehmen" (Karl u.a. 1990: 28). Im Vordergrund steht die Erreichung älterer und alter Menschen eines eingegrenzten Stadtteils mit kumulierenden Problemlagen. Diese führen in einer Art sich selbst verstärkender Spirale zur geringen Inanspruchnahme von Hilfen der verschiedensten Art, worauf ansetzend an Beratung und Information mit spezifischen Angeboten reagiert werden soll, "die auf der Basis zugehender Beratung auch die Aktivierung und Reaktivierung der Selbsthilfepotentiale der älteren Menschen und ihrer Umgebung zum Ziel haben" (Schmitz-Scherzer/Radebold 1983: 1f.). Werden anfangs insbesondere Hausbesuche bei solchen Personen durchgeführt, die in mehreren Problemdimensionen herausgerastert wurden, so wird im weiteren Verlauf dieser Ansatz in ein breiteres Konzept eingebettet, "die Motivierung der Klienten für außerhäusliche Aktivitäten mit anderen Stadtteilbewohnern fokussiert" (Karl u.a. 1990: 35), um insbesondere ein Ziel zu erreichen: Durch einen breiteren Zugang über Bildungs- und Freizeitangebote soll verhindert werden, daß das Auswahlverfahren der Klientel sowie die besondere Zugangsform (das häusliche Aufsuchen) zu einer ungewollten Klientelisierung und Stigmatisierung führt.

202 Diese unterscheiden sich ihnen zufolge insbesondere dadurch, daß sie von Professionellen moderiert werden und ihr Zeithorizont von vornherein begrenzt ist.

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

gruppe die Dimensionen von *Identitätsstiftung, Sinnfindung und sozialer Integration*, die nicht nur Hauptanliegen besonders vieler Selbsthilfegruppen sind (vgl. Reggentin/Dettbarn-Reggentin 1992: 33f.), sondern sich auch als einerseits zunehmend immer wichtigere, andererseits professionell nur begrenzt "bearbeitbare" Dimensionen darstellen. Die Relevanz dieses letztgenannten Selbsthilfebereiches ist mit Bezug auf Ältere besonders offensichtlich. Aus diesem Grund, weil Krisen- und Krankheitsselfhilfe in der Vergangenheit vergleichsweise viel stärker thematisiert worden ist und um einmal mehr jenes Gegengewicht zum Alterslast- und "Not"-Diskurs zu profilieren, wie es die seniorenengossenschaftliche Programmatik in immer neuen Variationen auch versucht, soll hierauf etwas ausführlicher eingegangen werden.

In der deutschen Diskussion ist es insbesondere Zeman, der die möglichen Identitäts- und Integrationsprozesse innerhalb der künstlichen sozialen Netzwerke der Altenselbsthilfegruppen herausgearbeitet hat. "Wo sich erstens Prozesse der sozialen Integration in einer situationsübergreifenden Struktur festigen und wo diese Struktur zweitens autonom von älteren Menschen konstituiert und aufrechterhalten wird, treffen wir auf den Kernbereich kollektiver Altenselbsthilfe. Sie unterscheidet sich sowohl von individuellen Selbsthilfformen wie von sozialen Begegnungen, die zwar auch ihre Selbsthilffeffekte haben können, aber mehr oder weniger zufällig zustande kommen und organisatorisch unverbindlich bleiben. Sie hebt sich ferner von anderen Hilfeformen dadurch ab, daß ihre organisatorische Struktur eine freiwillige und selbstbestimmte Leistung der Mitglieder ist" (Zeman 1988: 225).

Altenselbsthilfegruppen und -organisationen stellen soziale Kontexte dar, in denen sich Integration auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Reichweiten abspielt, bzw. die zur Ausgangsbasis von gesellschaftlichen Integrationsprozessen werden. Es zeigt sich, daß "bereits im Vorfeld der Organisationsgründungen Integrationsprozesse ansetzen, und zwar zunächst im Sinne einer individuellen (psychischen) 'Integrierung' von Bedürfnissen und Kompetenzen, die den Ressourcen aktueller und biographisch zurückreichender Lebenserfahrungen entspringen. Die zugrundeliegende motivationale Dynamik entsteht aus der Diskrepanz zwischen Mangel- und Kompetenzgefühlen, die die Betroffenen erleben und zu überwinden trachten. Hieraus erwachsen die im

eigentlichen Sinne sozialen Prozesse der Integration, sofern sich die Motivationsmuster der späteren Teilnehmer interpersonell kreuzen, verstärken, ergänzen.

Der Radius der Prozesse sozialer Integration reicht von der interaktiven Konstituierung einzelner sozialer Situationen (situative Integration) über die Bildung organisatorisch verbindlicher und vereinzelter Situationen transzendierender Figurationen (Binnenintegration) bis hin zu Versuchen, sich auf der Basis der Altenselbsthilfegruppierungen in der gesellschaftlichen Umwelt zu integrieren (gesellschaftliche Integration)" (Zeman 1988: 225). Wieder stoßen wir auf jenes Merkmal vieler neuer Initiativen, das weiter hinten als partieller Abschied funktional spezialisierter Aufgabentrennung analysiert wird. "Dabei finden wir auf der Ebene organisatorischer Zielsetzung und sozialen Handelns sowohl gruppenmäßige, d.h. primär personenorientierte, als auch im engeren (systemtheoretischen) Sinne organisatorische Zusammenschlüsse, die dem Primat von Zweck und Nutzen folgen" (Zeman 1988: 225f.).

Schließlich läßt sich auch unter dem Gesichtspunkt sozialer Integration jene eigentümliche Verquickung von Hilfe- und Selbsthilfefunktionen verdeutlichen. "Die sozialen Zusammenschlüsse der Altenselbsthilfe sind (...) als 'inszenierte Felder' der integrativen Selbstbalancierung ihrer Teilnehmer zu verstehen. Kollektive Altenselbsthilfe ist eine selbstgeschaffene Nachfragestruktur für soziale Kompetenzen. Ihre Hilfeleistung liegt darin, Integration - und auf der Ebene des Individuums: Identität - zu ermöglichen, indem sie im Zusammenwirken der Mitglieder Handlungs- und Relevanzbereiche eröffnet, die sich in einem Netzwerk unterschiedlich thematisierter Interaktionssituationen konkretisieren, welche dann mit unterschiedlichem Engagement ausgefüllt und gestaltet werden können.

Der *Selbsthilfe*charakter liegt darin, daß diese Bereiche - bis in die jeweiligen Verhaltens- und Rollenanforderungen - autonom gewählt und gestaltet werden können, und daß die Integrationsprozesse und -strukturen, sowie die Sinnhorizonte freiwillig und selbsttätig angestrebt werden" (Zeman 1988: 228; Herv. i.T.). Förderliche Politikbemühungen in diesem Feld sind zwar nicht unmöglich, aber widersprechen herkömmlichen Interventionscharakteristiken. "Eine 'Gemeinschaft der Al-

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

ten' läßt sich ebensowenig organisieren wie eine 'Gemeinschaft der Generationen'. Eine 'künstliche Integration' ist ein Widerspruch in sich - Integration muß gelebt werden. Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit als wesentliche Ziele von Integration (...) brauchen Zeit und fördernde Rahmenbedingungen, um sich entwickeln zu können" (Bäcker u.a. 1989: 258).

Nach der Vertiefung der Netzwerkperspektive in interaktionsbezogener Analyse im Kontext von Altenselbsthilfe soll ein *Zwischenresümée* erfolgen. Bezieht sich dieser zweite, zunächst an problemorientierten Selbsthilfegruppen und dem Integrationsaspekt verdeutlichte Ansatzpunkt in erster Linie auf den Aufbau und die Erweiterung "künstlicher" sozialer Netzwerke, die in unterschiedlich eng geschnittener bis weitgehend aufgeweiteter Einpunktperspektive funktional spezifische Beziehungsnetze rund um Gleichbetroffenheit organisieren, so erschöpfen sich die Wirkungen keineswegs in diesem direkten Effekt. Unter Nichtbeachtung der Abgrenzung je unterschiedlicher Interventionsbezugspunkte soll kurz der mögliche Wirkungszusammenhang in integrierter Perspektive skizziert werden.

Aus den Prinzipien wie Gemeinsamkeit, Dazugehörigkeitsgefühl und Authentizität kann eine dynamische Veränderung der Beziehungsqualität erwachsen, indem die Grenzen zwischen dem Alltag der Gruppenmitglieder und ihren Gruppenaktivitäten verschwimmen, die Beziehungen multiplexer werden. So erweitern sich - als indirekte Folge - die alltäglichen sozialen Netzwerkbezüge über die geschaffenen künstlichen sozialen Netzwerke (vgl. Gottlieb 1985: 296). In der Perspektive des Social Support kann dies bedeuten, daß die Veränderungsziele ebenso stabilisiert wie unterstützende soziale Bezüge im Alter erreicht werden.²⁰³

203 Dieses Bündel an Erkenntnissen hat in anderen Ländern schon sehr viel längere Tradition als in Deutschland. Vgl. z.B. Abrahams (1976): "Mutual help programs offer opportunities for healthy personality growth to both helpers and recipients of help after some traumatic loss experienced by both. The helping experience not only provides a way out of loneliness and anxiety but also a new satisfaction in reaching out to others, expanding commitment beyond the primary group circle, and building meaningful social ties to the community. The programs provide a means of developing new forms of social roles that are

Es "entsteht zudem in einer Generalisierung eine Förderung persönlicher Netzwerkorientierung, das heißt, man ist nach positiven Erfahrungen auch eher bereit, mit anderen, z.B. Freunden, Kollegen oder Nachbarn, gemeinsam etwas zu tun, wenn man erlebt und erfahren hat, daß gegenseitige Hilfe hilft, daß man auch auf informelle Hilfe vertrauen kann" (Nestmann 1989: 118). Dies kann sich auf die Nutzung vorhandener sozialer Netzwerke ebenso beziehen wie auf den Aufbau neuer Netzwerkelemente. Der Erfahrung von Möglichkeiten, in reziproker Perspektive auch selbst etwas in das Netzwerk einbringen zu können, kommt eine hohe Bedeutung hinsichtlich der Bereitschaft zu, im Bedarfsfalle auch auf Netzwerkhilfen zurückzugreifen.²⁰⁴ Darüberhinaus steht sie für die wichtige Erfahrung eigener Selbstentwicklung. "The mutual helping process is dynamic and constantly fluid. Recipients of help move into helping roles, and helpers may change their styles of helping as their own adjustment and growth progresses" (Abrahams 1976: 257).

Neben dieser sozialen Aktivierung beruht die Stärkung persönlicher Netzwerkorientierung auf der Erhöhung der sozialen Kompetenz der Gruppenteilnehmer bezüglich des Umgangs mit problematischen Situationen, Krisen oder Krankheiten, die wiederum eine Entlastung für das sonstige Netzwerk einer Person bedeuten kann - mitsamt dem häufig damit verbundenen Effekt einer wieder wachsenden Tragfähigkeit. Im Kontext der Nachbarschaftszentren wurden diese Prozesse als "Ressourcen-Erweiterung im Kontext sozialer Alltäglichkeit" (Helbrecht-Jordan 1991: 88) bezeichnet. Schließlich wirkt sich häufig eine Selbsthilfegruppe förderlich auf "Kompetenzen und soziale Aktivierung hinsichtlich des Umgangs mit der professionellen Versorgung aus, d.h. sie stellt eine Brücke, eine vermittelnde Instanz zwischen dem professionellen und dem 'Laiensystem' dar" (Trojan u.a. 1987: 299).

Die Perspektive auf die Neuschaffung künstlicher Netzwerke oder Unterstützungsbezüge legt auf mehreren Ebenen Anknüpfungspunkte für

much needed in a society where social isolation and alienation are widely experienced" (Abrahams 1976: 258).

204 Vgl. z.B. die Befragungsergebnisse bei Koch-Arzberger/Schumacher (1990: 104ff.) sowie zu Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung von Familien- und Nachbarschaftszentren Helbrecht-Jordan (1991: 87ff.).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

professionelle Intervention frei. Sie verweist zum einen auf allgemeine Bedingungen, wie sie als Infrastruktur der Selbsthilfeförderung diskutiert werden, zum anderen auf aktive Versuche der Förderung, vom Problemformulierungs- und Gruppengründungsprozeß über die Teilnahme an den Interaktionsprozessen bestehender Gruppen bis hin zur Krisenintervention. Ein breiter Fächer an Interventionsformen kann zum Tragen kommen: in prozeßbezogener Dimension von der Initiierung²⁰⁵ über Beratung und Supervision bis hin zu nachgehender Arbeit, in methodischer Dimension von der Einzelfallberatung über Gruppenarbeit bis hin zu gemeinwesenbezogener Arbeit, in inhaltlicher Dimension von Information bis hin zu materiellen Hilfen oder Unterstützung. Die Intervention kann aber ebenso in der Institutionalisierung von Regeln wie derjenigen des Zeitaustausches bestehen, um spezifische Begrenzungen der bislang auf diesem zweiten Netzwerklevel diskutierten Möglichkeiten zu überwinden.

Die Politik indes sollte sich in der inhaltlichen Dimension weitgehend heraushalten. Inzwischen existiert eine breite Diskussion über mögliche negative Effekte professioneller Selbsthilfegruppenunterstützung ebenso wie daraus resultierende Bemühungen um entsprechende nichtkolonialisierende Modi und professionelle (vgl. die Beiträge in Balke/Thiel 1991) wie politikbezogene Begrenzungsregeln.²⁰⁶ Die Einführung von

205 Nestmann weist darauf hin, daß Professionelle im psychosozialen und sozialmedizinischen Bereich "die einzigartige Gelegenheit haben, über ihre beruflichen Kontakte zu mehreren Klienten mit gleichen Anliegen oder Problemen und deren Bezugspersonen diese in eine gemeinsame soziale Beziehung zusammenzuführen" (Nestmann 1989: 117).

206 Die Förderung helfender, sozialer und kultureller Prozesse ist "eine Frage der Bereitstellung optimaler Rahmenbedingungen und Hilfsmittel, von qualifizierter Anregung, Förderung und Flankierung - nicht jedoch eine Frage der inhaltlichen Gestaltung. Vorgeschriebene Aktivität passiviert, schreckt auf Dauer ab, unterdrückt soziale und kreative Prozesse. Dieser Satz ist anwendbar auf Situationen (...) (und; U.O.) Förderungsprogramme. Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Menschen, sei sie nun professionell begleitet und flankiert oder nicht, bedarf z.T. der öffentlichen Förderung. Die Förderungsprogramme müssen für Änderungen offen bleiben, sie müssen sich (...) den Rahmenbedingungen und nicht den Inhalten der Aktivität verpflichtet fühlen" (Bäcker u.a. 1989: 258f.). Diese Vorstellung trifft für die Seniorengenossenschaften ziemlich genau zu.

multilateralen statt nur bilateralen Austauschbeziehungen, wie sie der Zeittausch u.a. bezweckt, läßt sich vom Geschehen in face-to-face Interaktionen ebenso abgrenzen wie von demjenigen, das in Selbsthilfegruppen schon aufgrund derer in der Regel begrenzter Größe vorherrscht. "An die Stelle der direkten Reziprozität und wechselseitigen Verpflichtung tritt (...) das, was Boulding (...) 'serielle Reziprozität' genannt hat" (Offe/Heinze 1990: 194).

Mit den internen Netzwerkressourcen eine solche Struktur stabilisieren zu wollen, die auch lange Handlungsketten ermöglicht, überfordert sie aus einsichtigen Gründen. Die "serielle Reziprozität stellt sich (...) als eine Kette einseitiger Leistungsübertragungen zwischen verschiedenen Personen dar, und dadurch wird der in der praktischen Interaktion auftretende Verpflichtungseffekt zwischen konkreten Einzelnen möglicherweise unrealisierbar. Denn man schuldet eigene Gegenleistung nicht konkreten Personen, sondern einem abstrakten Netzwerk, und darunter leidet möglicherweise der Verpflichtungseffekt" (Offe/Heinze 1990: 194).

An diese Gedanken knüpft eine *dritte* Strategie an: "eine Ausweitung größerer sozialer Beziehungssysteme über die Verbreitung von netzwerkförderlichen Einstellungen, Klimata und Voraussetzungen" (Nestmann 1989: 118), die als Förderung allgemeiner Netzwerkorientierung bezeichnet werden könnte. Entsprechende Arbeitsprinzipien und Zielsetzungen wären im Kontext der sozialen Arbeit auch in den Konzepten der Gemeinwesenorientierung, des Empowerment (vgl. Stark 1993; Rappaport 1985), des Community Organizing oder der "Community Network Therapy" (vgl. Kliman/Trimble 1983: 293ff.) zu finden. Es geht darum, "allgemein und öffentlich ein Bewußtsein für die Stärken einer Gemeinde zu schaffen, die sozialen Gruppen und die Laienpotentiale, aber auch die professionellen Hilfe- und Versorgungsnetzwerke zu stärken, beide zu verknüpfen, und schließlich diese Verknüpfungen auch auf der Makroebene der politischen und gesellschaftlichen Einflußnahme für bessere Lebensbedingungen und bessere Versorgung der Bevölkerung zu aktivieren" (Nestmann 1989: 118).

Ein Beispiel für diesen Vernetzungsansatz, das sich allerdings mit dem vorgenannten überschneidet, stellt die breit angelegte Strategie der Schaffung neuer sozialer Netze des Modellversuchs "Private Unterstüt-

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

zungsnetze" dar. Explizit wird hier der Austauschgedanke in den Vordergrund gestellt, um eine dynamischere Allokation sozialer Hilfen zu erreichen.²⁰⁷

Ein anderes Beispiel greift auf vorhandene Netzwerke zurück - überschneidet sich mithin mit dem ersten Vernetzungsansatz. Im Projekt LINC (Living Independently through Neighborhood Cooperation) wird eine spezifische kategorial abgrenzbare Netzwerkebene - die Nachbarschaft - in ihrem spezifischen Leistungsvermögen zu befördern versucht.²⁰⁸ In der Bundesrepublik ließe sich das Projekt der "Nachbar-

207 Nach einer vorgeschalteten Forschungsphase wurde 1987 in Bad Vilbel (28000 Einwohner) ein vom BMJFFG geförderter Modellversuch gestartet. "Menschen, die alltägliche Hilfe suchen, sollen mit Menschen zusammengebracht werden, die auf freiwilliger Basis Hilfe anbieten wollen. Der große ungedeckte Bedarf an personalen sozialen Dienstleistungen und die vorhandene Bereitschaft vieler Menschen, sich im sozialen Bereich zu engagieren und anderen zu helfen, müssen zueinanderfinden" (Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 58). Motor ist eine Initiative aus sozial aktiven BürgerInnen im Rechtskleid des e.V. Intensive Öffentlichkeitsarbeit, Sammeln von Angeboten an und Nachfragen nach alltäglichen Hilfen und entsprechende Vermittlungen zwischen Einzelpersonen standen zu Beginn der Arbeit im Vordergrund. Wichtige *Erfahrungen* sind: der rasch nicht mehr ehrenamtlich zu bewältigende Organisationsaufwand; der Versuch, als Einstiegserleichterung offene Treffs anzubieten als regelmäßige Möglichkeit, sich zunächst an einer unverbindlichen Form von Gruppenarbeit zu beteiligen; die Notwendigkeit der Einrichtung eines "Büros" mit einer bezahlten professionellen Kraft, um ebenfalls Schwellen abzubauen: "Die Anonymität, der Grad sozialer Distanz und die Bürokratisierung sollen nicht so hoch sein, daß sie von vornherein abschreckend wirken, sie sollen aber auch nicht zu gering sein. Allzu große soziale Nähe gleich beim Eintritt in ein solches Netz kann Angst vor allzu schneller und starker Bindung und sozialer Kontrolle erzeugen - klassische Abschreckungsfaktoren bei kleinen Gruppen hoher räumlicher und sozialer Dichte, wie etwa bei den traditionellen Nachbarschaftshilfen - aber auch bei (...) ehrenamtlicher Tätigkeit in Kirchen und Wohlfahrtsverbänden" (Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 60); der häufige Fall, daß ein Erstkontakt oft über unverbindliche Informationsfragen o.ä. beginnt, denn "niemand würde kommen und sagen 'ich brauche Kontakt, weil es mir schlecht geht'" (Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 61); die Unterscheidbarkeit bestimmter Helferinnentypen nach Motivationsstrukturen (vgl. Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 61ff.), wobei jene, die sich im engen karitativen Sinne die Rolle des selbstlosen Helfers auserkennen haben, sich als besonders problematisch herausstellen.

208 Die Ausgangsüberlegungen des LINC-Projekts sind zentriert um die Rolle, den Stellenwert und mögliche Entwicklungspotentiale von Nachbarn als Instanzen

schaft Georgenschwaige" in München anführen, das eine umfassende Konzeption zur Stärkung und Revitalisierung nachbarschaftlicher Strukturen in einem "Problemstadtteil" erprobt und nicht vorrangig auf das Alter gerichtet ist (vgl. die Beschreibung in Offe/Heinze 1990: 246ff.; Pieper 1990). Für das benachbarte Ausland ist bspw. das Züricher Projekt einer Vermittlungsstelle für Nachbarschaftshilfe gut dokumentiert, die den Schwerpunkt ihrer Arbeit im wesentlichen in der ehrenamtlichen Vermittlung von Hilfesuchen und Hilfebedarfen sieht und diese mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu flankieren sucht. Auch hier ist intergenerationeller Austausch ein besonderes Anliegen (vgl. Bösch 1988; Meyer-Fehr u.a. 1990; Rothlin 1988). Andere Projekte setzen speziell auf dem Lande an.²⁰⁹

Ein deutsches Beispiel ganz anderer Gestalt läßt sich in Medienkampagnen finden, die als appellative Programme aufzufassen sind. In Deutschland sind insbesondere die Konzepte der Berliner Sozialpolitik unter Ulf Fink bekannt geworden. Am Beispiel des in diesem Kontext ins Leben gerufenen "Treffpunkt Hilfsbereitschaft" läßt sich zeigen, daß im

direkter Hilfe für Ältere. Es wird davon ausgegangen, daß insbesondere mit der höheren Erwerbsbeteiligung eine Verminderung des Hilfepotentials gerade auf Seiten der mittelalten Frauen als traditionellen Haupthilfepersonen einhergeht. Aber: "the potential exists for organizing neighbors to help fill this gap by providing assistance to each other, thereby reducing the stress on family caregivers and the demands made on the formal system". Unbeschadet dieser erweiterbaren nachbarschaftlichen Leistung bleibt der Anschluß an das formale Hilfesystem unverzichtbar "for supplemental assistance available in the more informal neighborhood network" (Pynoos/Hade-Caplan/Fleisher 1984).

209 Vgl. z.B. das Projekt Organizational Volunteers for the Rural Frail Elderly (Young/ Goughler/Larson 1986). Die Ausgangsüberlegungen sind: Trotz verfügbarer ambulanter Dienste ist deren Inanspruchnahme durch die ans Haus gebundenen älteren Menschen gerade in ländlichen und schwach besiedelten Gebieten sehr gering. Um nicht auf diese Weise den Sachzwang zur aufwendigen stationären Unterbringung entstehen zu lassen, ist es entscheidend, die Unsichtbarkeit der großen Gruppe sonst potentieller Heimaspiranten zu durchbrechen, was insbesondere bedeutet, sie *früh* zu identifizieren. Zu den Ausgangsbedingungen ist anzumerken, daß in der Modellregion (Fayette County Area) ein hohes Armutspotential auch und gerade unter den Älteren anzutreffen ist, ebenso ein hohes Potential geographisch und sozial isoliert lebender Menschen.

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

Hinblick auf bestimmte Zielgruppen eine gemeinwesenbezogene Institutionalisierung und Konzeption weder notwendig noch unbedingt nützlich sein muß. Als Erfahrung der neutralen und zentralen Anlaufstelle wird geäußert: "Viele Interessierte suchen nicht den Treffpunkt 'um die Ecke', sondern wichtiger ist ihnen eine Tätigkeit, die interessant und motivierend ist. Ist dieses der Fall, so sind sie auch bereit, längere Wege zurückzulegen, um ihr ehrenamtliches Engagement ausüben zu können" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 26).

Während es durchaus internationale Beispiele gibt, die in noch unspezifischerer Art Motivation und Fähigkeit zum Aufbau und zur "Pflege" der eigenen Netzwerke zu vergrößern trachten, ist im Rahmen der Seniorengenossenschaften im wesentlichen der Versuch zu identifizieren, über Printmedien und in öffentlichen Veranstaltungen für Netzwerke und ihre Neubelebung zu werben.

Netzwerkorientierung und die Förderung sozialer Unterstützungsnutzung steht im Zentrum einer *vierten* Option, im Rahmen von Erziehung, Bildung und Beratung von Personengruppen wie bspw. den Älteren. Entsprechende primärpräventive Aktivitäten richten sich auf die "Qualifizierung von Netzwerkgestaltung, Netzwerkaufbau und -erhaltung sowie zur Wahrnehmung und zur Nutzung von Ressourcen sozialer Unterstützung bei eigenen Coping- und Bewältigungsanstrengungen" (Nestmann 1989: 118).

Dabei ist die Ebene des Individuums ebenso Ansatzpunkt wie diejenige konkreter persönlicher Netzwerke. In Ausnahmefällen können dies auch Netzwerke bestimmter Risikogruppen sein. Auf konkrete Netzwerke bezogene Aktivitäten erlauben es oftmals, "bei *verschiedenen* Mitgliedern soziale Fertigkeiten zu entwickeln, die z.B. zu größerer Bedürfnisangemessenheit oder zu Gegenseitigkeit von Unterstützung führen" (Nestmann 1989: 118). Individuumsbezogene Zielbestimmungen laufen darauf hinaus, "soziale Kompetenzen (...) zu entwickeln, die es den einzelnen erlauben, die vorhandenen Ressourcen zu schaffen, selbst zur sozialen Unterstützung anderer angemessen beizutragen und somit reziproke Systeme alltäglicher gegenseitiger Hilfe aufzubauen" (Nestmann 1989: 118).

Wiederum kann die geteilte Erfahrung von "Betroffenheit" von bestimmten Lebenssituationen Ansatzpunkt netzwerkorientierter Interven-

on werden. Die Schaffung *neuer* Bezüge, wie sie vor allem Selbsthilfegruppen repräsentieren, ist zwar diesbezüglich in vielen Lebensumständen besonders hilfreich, sie ist aber nicht die einzige mögliche Strategie. "Instead of grafting new supportive ties onto the network, intervention focuses on increasing contact with network members who share a similar social role or who have faced a similar stressful life experience" (Gottlieb 1981a: 223f.). Anhand der kritischen Diskussion eines von ihm konzipierten und ausgewerteten Projekts²¹⁰ bei Gottlieb (1981a: 226ff.) werden die möglichen negativen Effekte deutlich, die für ihn grundsätzliche Fragen aufwerfen: "There is no such thing as a 'network for all seasons', just as it is rare to find individuals who are highly adaptive in multiple challenging contexts. Instead, we should begin by asking more detailed questions like, 'what sort of network structure and what sort of network norms are best suited to the adaptive tasks of these people facing this type of life transition?' and 'can we mobilize existing, prosocial sources of support during this period of social readjustment, or should we graft a temporary, new reference community onto the network?' Moreover, we may find, with the network therapists (...), that alterations in the network itself, may be required to promote more competent social responses to members who are seeking help" (Gottlieb 1981a: 227).

Die "Aufrüstung" natürlicher Hilfenetzwerke - seien dies Eltern, Lehrer, Pfarrer oder auch TaxifahrerInnen, BarkeeperInnen, FriseurInnen oder Scheidungsanwälte - durch Schulungs- und Aufklärungsprogramme stellt in diesem Kontext einen Sonderfall dar und wurde bislang im Ausland sehr viel systematischer umgesetzt. Wie die Beispiele zeigen, richten diese Programme sich sowohl auf "normale" BürgerInnen als auch auf Personenkategorien, deren Arbeitsrollen es mit sich bringen, daß sie häufiger Kontakt mit großen Zahlen belasteter Personen haben, die sich ihnen gegenüber mit ihren Problemen anvertrauen.²¹¹ Dabei wurden nicht nur direkte Trainingsmodelle angewandt, sondern in manchen Fäl-

210 Obschon aus dem Bereich junger Eltern eines ersten Kindes, scheint eine Übertragung auf Supportmöglichkeiten im Kontext kritischer Lebensereignisse, die eine umfassende Neuanpassung und Neubalancierung erfordern, möglich.

211 Zu einem deutschsprachigen Literaturüberblick und einer eigenen empirischen Untersuchung vgl. Nestmann (1988).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

len Konzeptionen mehrstufiger Weitergabe von Kompetenzen, die damit breit gestreute netzwerkgestützte Prävention über verbesserten Social Support ermöglichen sollen.²¹²

Netzwerkförderung durch fachliche Unterstützung als "Einbringen fachlichen Wissens zur Aufarbeitung und Ergänzung des Erfahrungsaustauschs unter Laien" (Forschungsverbund 1987: 109) dagegen wird in Deutschland insbesondere im Kontext von Gesundheitsförderung propagiert.

Typisch für einen netzwerkbezogenen Förderungsansatz ist schließlich - *fünftens* - die explizite Stützung des Unterstützungsnetzwerkes. Dieser Aspekt unterscheidet sich von dem zuerst entwickelten nicht in systematischer Weise, eher lenkt er den Blick gezielt auf einen besonders bedeutsamen Ausschnitt der dort erörterten egozentrierten Netzwerke: Unterstützungs- und Pflegepersonen in konkreten Bedarfssituationen. Der Ansatz ist in seiner allgemeinen auch wohlfahrtspolitischen Bedeutung und seiner auch in international vergleichender Perspektive beobachtbaren Karriere bereits erörtert worden. Materielle, zeitliche und infrastrukturelle Ressourcen sind ebenso wichtig wie Kompetenzentwicklung und psychische Bewältigungshilfen angesichts des immensen Streß der Pflegebeziehung.²¹³

Beispiele für den ersten - ressourcenbezogenen - Aspekt reichen von Pflegegeldern bis zu teilstationären Angeboten.²¹⁴ Als Beispiel für den

212 "The project proceeded with the tasks of identifying citizens in each locale who were interested in an appropriate candidates for training in several kinds of helping skills. (...) The training (...) also offered life development and crises intervention skills. Those among the first generation of trainees were expected to return to their communities of origin and extend their learning to local residents who, in turn, would be more effective sources of support within their own natural networks. Through this chain of training, the project staff hoped to radiate more effective helping skills throughout the target locales" (Gottlieb 1981a: 213).

213 Zu einer Analyse von häuslicher Pflege unter dem Aspekt von Streß vgl. Belle (1982); Gräbe (1989: 351); Hooyman (1990: 224ff.).

214 Hinzu können intermediäre Hilfen kommen, wie sie von Heinze/Olk/Wohlfahrt (1992: 54) an einem Beispiel, der "Aktion Pflegepartner", dokumentiert werden, die zwar von Fachkräften der Caritas zusammen mit MitarbeiterInnen der Sozialstationen entwickelt worden ist, aber auf freiwilliger Mitarbeit beruht. Nach

letzten Punkt ist die Förderung von Angehörigengruppen zu nennen (vgl. z.B. Boche 1991). Bis auf das Faktum, daß es sich nicht um die Betroffenen des Primärproblems, sondern um deren NetzwerkpartnerInnen - allzu häufig "unsupported links in a network" (Gottlieb 1981a: 218) - handelt und daß die Gruppen in der Regel angeleitet werden²¹⁵, gilt entsprechend, was im Kontext der o.g. Ausführungen zu Selbsthilfegruppen erörtert wurde. "Insbesondere die Erfahrung, daß ihre bedrängende und einengende Lebenssituation auch von anderen geteilt wird, die gemeinsame Erarbeitung von Leistungsgrenzen und -bereitschaften sowie die Anregungen und Ermutigungen zur Gestaltung von Pflegeverhältnissen können entlastende Handlungsstrategien und neue Impulse auslösen" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 53).

Angehörigengruppen sind auch Thema konzeptioneller Überlegungen bei den Seniorengesellschaften. Die im Alzheimerverein zusammengeschlossenen Personen sind zwar vielfach selbst schon älter, sie finden aber nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Angehörige und Pflegepersonen von Alzheimerkranken zusammen. Mithilfe des Zeitgut-schriftsystems wird versucht, Unterstützung für die UnterstützerInnen in Form von entlastenden Dienstleistungen zu organisieren. Über Erfahrungen läßt sich noch nicht berichten. An diesem Beispiel ließen sich allerdings schon die vorgängigen Probleme und durch sie begründeten Begrenzungen verdeutlichen. "Stellen bereits die Logik familialen Handelns sowie die Zugänglichkeit von Angehörigengruppen wichtige Einflußgrößen für die Nutzungschancen dar, ist es zudem für die Entlastung pflegender Angehöriger von entscheidender Bedeutung, inwieweit es gelingt, die Professionalität der Anleitung und Betreuung sicherzustellen"

dem Vorbild des Babysitting-Prinzips organisiert, ermöglicht sie es pflegenden Angehörigen, stundenweise freizunehmen. "Es haben sich Frauen im Alter zwischen 20 und 70 dazu bereit erklärt, tagsüber zeitlich begrenzte Einsätze bei Pflegebedürftigen durchzuführen. Nach anfänglichen Akzeptanzproblemen wird dieses Angebot inzwischen angenommen". Es werden Unkostensatz und kleine Gratifikationen (gemeinsames Abendessen) gewährt.

- 215 Daß dies zumeist notwendig ist, ergibt sich aus der starken zeitlichen, körperlichen und psychischen Belastung der Hauptpflegepersonen. Allerdings wird in einigen Fällen versucht, aus den zunächst angeleiteten Gruppen nach deren Beendigung autonome Selbsthilfegruppen entstehen zu lassen.

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

(Olk/Heinze/Wohlfahrt 1991: 164f.). Ein weiteres Angebot auf dieser Vernetzungsebene sind die Beratungsstellen für pflegende Angehörige, jedenfalls dann, wenn sie einer sozial-pflegerisch-ganzheitlichen Sichtweise folgen (vgl. Zellhuber/Steiner-Hummel 1990).

Gerade mit Blick auf die besonders schweren und verbindlichen Unterstützungsaufgaben, wie sie in häuslicher Pflege häufig gegeben sind, ist die im Vergleich zur klassischen Einzelfallhilfe eher "indirekte" Hilfe plausiblerweise kein Umweg. Nestmann dramatisiert nicht, wenn er schreibt: "Will eine Gesellschaft ihre Social-Support-Potentiale nicht verspielen, wird sie gezwungen sein, den dominanten informellen Hilferesourcen, d.h. den alltäglichen Helferinnen, die nach aller empirischer Kenntnis nicht einen Bruchteil von der medizinischen, sozialen, psychosozialen und praktischen Unterstützung zurückerhalten, die sie geben, auch praktisch, d.h. materiell, personell, psychologisch und sozial eine bedeutende Förderung und Unterstützung durch professionelle Hilfe zukommen zu lassen" (Nestmann 1989: 119f.).

Aber noch dieses Plädoyer ist zu eindimensional auf Netzwerkhilfe durch Professionelle ausgerichtet. Wenngleich durch die Einordnung in den "Diskurs helfender Hände" schon deutlich geworden ist, wie sehr auch die hier untersuchten Seniorengenossenschaften vor allem mit der Qualifikation ihrer Leistungsseite befaßt sind, ist doch "denkbar, daß sie sich im Laufe der Zeit zudem als Forum verstehen und anbieten, um auf der lokalen Ebene diesen bürgerschaftlichen Pflege-Diskurs zu beflügeln oder in die Gänge zu bringen. (...; Dies wäre; U.O.) ein Handlungsfeld, das Gelegenheit bietet zur unverwechselbaren Profilierung *neben den professionellen und institutionellen* Perspektiven: als sozial engagierte Bürgerinnen und Bürger, die die beschriebene Moderation leisten zur Unterstützung pflegender Familienangehöriger im beschriebenen Sinne" (Schmidt 1992: 196; Herv. i.T.).

Von Arbeitsansätzen der Einzelfallhilfe ist diese Perspektive weit entfernt: NetzwerkerInnen unterstützen Netzwerkbildungen auf lokaler Ebene, um diese zu motivieren und in die Lage zu versetzen, Unterstützungsnetzwerke zu unterstützen. Als seniorengenossenschaftliches Beispiel ist auf die Bemühungen der erwähnten Tagespflege zu verweisen,

die sich wesentlich auch auf eine höhere Einbindung bürgerschaftlichen Engagements richten.²¹⁶

6.3.2 Netzwerkorientierung formeller Hilfesysteme

In diesem Abschnitt geht es nicht um die direkte Arbeit, sondern gewissermaßen um professionelle Bearbeitung professioneller Arbeit. Die bis hier thematisierten Anknüpfungspunkte verweisen nicht nur auf ein hohes Maß an netzwerkbezogener Handlungskompetenz in direkter sozialer Arbeit, wenn sie überzeugend und erfolgreich umgesetzt werden sollen. Sie erfordern zudem Anstrengungen, um die Netzwerkorientierung des Hilfesystems selbst zu stärken. Zwei Ebenen sind zu unterscheiden.

Die eine - in unserer Aufzählung *sechste* - Dimension bezieht sich darauf, daß in allen relevanten Versorgungsinstitutionen die Fachkräfte verstärkt anzuleiten wären, um einerseits existierende informelle Unterstützungsnetzwerke mehr als bisher zu berücksichtigen und einzubeziehen, andererseits höhere Sensibilität hinsichtlich der Entdeckung und Akzeptierung derer Potentiale und Grenzen zu entwickeln. "In Programmen sozialpädagogischer Organisationsentwicklung sind professionelle Handlungsmuster zu etablieren, die sich an existierenden Netzwerkbezügen und Unterstützungsressourcen ausrichten, diese, wo es nötig ist, ergänzen und, wo es möglich ist, deren Ausweitung fördern und deren Bestand stabilisieren" (Nestmann 1989: 119). Einige wenige Praxisbezüge mögen genügen.

Von Gottlieb (1983: 87ff.) wird Aufklärung und Schulung professioneller Mediatoren am Beispiel von Allgemeinärzten verdeutlicht, bei denen es darum gehe, die Bedeutung sozialer Netzwerke und ihrer Unterstützungspotentiale zu erkennen. Die Initiativen sollen einerseits dazu verhelfen, die zwischenmenschlichen Hilfsangebote der Ärzte auszuweiten,

216 Im konkreten Fall ist einzuwenden, daß die netzwerkbezogenen Potentiale noch keineswegs systematisch ausgereizt sind. Zu einem guten Teil verweisen die diesbezüglichen Barrieren auf Defizite bzgl. eines noch zu thematisierenden reflektierten Laien-Profi-Kooperationsmodells

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

andererseits, die Orientierung an der psychosozialen Dimension von medizinischer Praxis zu erweitern.

Das Zutrauen einer höheren Netzwerkkompetenz ist zentraler Hintergrund vieler jener Bestrebungen, die die Anreicherung des medizinisch-pflegerischen Arbeitsfeldes mit sozialpädagogischen Fachkräften oder zumindest entsprechender Fachkompetenz anstreben. Aktuelle Arenen für diesen berufsständisch konfliktreichen Punkt sind z.B. die Ausbildungsgänge der Pflegeberufe oder die Besetzung der baden-württembergischen Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen.

Mit Bezug auf Seniorenengenschaften sind die Gespräche hervorzuheben, die mit den örtlichen Krankenkassen geführt wurden, um zu erreichen, daß die präventiven Möglichkeiten einer Tagespflege für die Besucher ebenso wie für deren Angehörige durch eine Kostenübernahme schon unterhalb der Schwerstpflegebedürftigkeit genutzt werden können. Am Beispiel eines breit angelegten Konzepts systemorientierter sozialer Arbeit mit Älteren wie demjenigen von Brubaker (1987) kann die doppelte Beobachtung illustriert werden: daß zwar netzwerkorientierte Sicht- und Arbeitsweisen - hier in einem systemischen Ansatz - hervorgehoben und empfohlen werden²¹⁷, in ihrer konkreten Ausarbeitung und ihrem Differenzierungsgrad aber weit hinter den damit verbundenen Möglichkeiten zurückbleiben.

Aus dem mehrfach herausgearbeiteten komplementären Charakter des Zusammenwirkens professioneller und informeller Unterstützung (vgl. Lenrow/ Burch 1981) ergibt sich als zentrale - *siebte* - Netzwerkförderungsmöglichkeit die "Linkage"- Strategie: Das Ziel einer *geplanten Verknüpfung professioneller und nicht-professioneller Netzwerke und Unterstützungsressourcen* setzt voraus, daß beide Seiten "in eine Richtung entwickelt werden, sich gegenseitig konstruktiv zu ergänzen. Wechsel-

217 Das erste Hauptkapitel über den Social Systems Approach beginnt folgendermaßen: "Most service providers have become aware of the fact that the majority of the older individuals have developed and maintained social networks. Gerontological literature has provided information about the social supports available to and utilized by the elderly (...). Although service providers are aware that most older people have helping relationships with family and friends, they may relate to clients as individuals separate from their social networks" (Brubaker 1987: 20).

seitiges Lernen und Respekt vor den jeweils komplementären Charakteristika und Qualitäten scheinen am ehesten möglich, wo wechselseitig keine Dominanz, Verwertungsinteressen und Kolonialisierungsbestrebungen vorliegen, weder von seiten der professionellen Helfer noch von seiten organisierter Selbsthilfe" (Nestmann 1989: 119).

Es wird hier also weder einer sektoralen Abgrenzung das Wort geredet noch einer Verwischung von Arbeitsteilung und Unterschieden in den Dimensionen von Kompetenz, Reziprozität, Effizienzorientierung, Zeitstrukturen u.a.m. Es kann sich hierbei auch nicht lediglich um eine Strategie des sowohl als auch im Sinne einer Addition handeln, wie sie offensichtlich hinter dem "Concept of shared functions" steckt, das Brubaker (1987: 60f.) propagiert. Statt dessen geht es um ein dynamisches und kooperatives Modell der Zusammenarbeit im Bewußtsein unterschiedlicher Zuständigkeiten, Möglichkeiten und Leistungsbarrieren. Dabei wird ein gestuftes und durchlässiges System professioneller Dienste und Einrichtungen hier als basale Bedingung nur genannt.

Beide Seiten können "in ihren Potentialen nur zur vollen Entfaltung gebracht werden, wenn jeweils der komplementäre Bereich in seinen Vorteilen einbezogen wird - die informelle Seite z.B. in ihrer Alltagsverflechtung, Gegenseitigkeit, Spontaneität und Ganzheitlichkeit, die professionelle Seite z.B. in ihrer Reflexivität, Distanz, einklagbaren Verbindlichkeit etc." (Nestmann 1989: 119). Eine solche Strategie versichert sich - unterscheidend - der je komparativen Leistungsvor- und -nachteile in grundsätzlicher und konkreter Perspektive (vgl. dazu Deimer/Jaufmann/Pfaff 1987; Litwak 1985) und knüpft - zusammenfügend - auf dieser Basis ein tragfähiges Unterstützungsnetz.

Als genuin sozialpolitische Aufgabe berücksichtigt sie, daß "die mit der Aktivierung primärer sozialer Netze vorhandene Selbststeuerung durch die Betroffenen in einem unüberschaubaren, fragmentierten und lückenhaften Versorgungssystem stattfindet. (...) So sind Entscheidungen über die haushaltsbezogene Bewältigung gesundheitlicher, psychosozialer und ökonomischer Probleme häufig nur vor dem Hintergrund externer Angebote an Dienstleistungen oder an finanziellen und sachlichen Hilfen möglich. Sich dieses Hilfeangebot zu erschließen und im Hinblick auf Zuständigkeiten und Leistungsmöglichkeiten zu bewerten, setzt spe-

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

zifische Kompetenzen und Kenntnisse voraus. Der Übergang von der häuslichen (Selbst-) Hilfe zur externen Hilfe stellt also ein zentrales Koordinationsproblem dar. Es bedarf (...) einer gezielten Qualifizierung und Aktivierung der potentiellen Nutzer, um sie in die Lage zu versetzen, zwischen Hilfen im primären sozialen Netz einerseits und Versorgungsleistungen von Außen andererseits zu vermitteln und deren Leistungen *fallbezogen* zu koordinieren" (Olk/Heinze/Wohlfahrt 1991: 168; Herv. i.T.).

Wird das mehrfach angedeutete Bild einer Kontinuums- oder Komplementaritätsbeziehung zwischen formellen und informellen Beiträgen nicht harmonistisch geglättet, so ist von Diskontinuitäten und Unverträglichkeiten auszugehen, die es notwendig machen, die Eignung eines singulären Prinzips des Linkage, bspw. Balance, infragezustellen.²¹⁸ Denn es existieren schließlich (nach Bulmer 1987: 182ff.) verbreitete und mächtige konkurrierende Muster eines problematisch balancierten Zusammenspiels.

Das erste wird als *Kolonisierung* bezeichnet (mit seinen Spielarten Domination, Appropriation und Co-Option), Beispiele lassen sich unschwer z.B. in traditionellen Formen des Einsatzes Ehrenamtlicher finden. Ein zweites Muster besteht in *Wettbewerb* und *Konflikt* und läuft auf Substitution und Verdrängung heraus. *Koexistenz* heißt in der Regel,

218 Diese Argumentation verkehrt in einer durchaus einleuchtenden Weiterentwicklung das Muster von Litwak, der in geradezu paradigmatischer Weise die prinzipiellen Grenzen der Vereinbarkeit formuliert: "Though modifications in structure of formal organizations and primary groups can minimize and in some cases can eliminate friction, it is still the case that the structure of the majority of formal organizations and the majority of primary groups contain elements that are contradictory. Thus members of the modified extended family still stress noninstrumental orientations of affection and family survival as their central motivational devices, while the majority of the formal organizations must have a strong emphasis on economic motivation and only a minor emphasis on affection and the value of membership ties. If these two groups become too closely intertwined, there would be dangers of introducing nepotism into the organization or instrumentalism into the kinship relationship" (Litwak 1985: 25f.). Es ist kein Wunder, daß eine solche Subsumierung auch jener Bereiche, die gerade im Bereich sozialer Dienstleistung und mithin auch sozialer Arbeit auf kommunikativer Handlung beruhen, unter die Kategorie "formaler Organisationen" im "Balance Principle of Coordination under Conditions of Conflict" (Litwak 1985: 26) mündet.

daß informelle Aktivitäten entweder garnicht als relevante wahrgenommen werden oder einfach neben formellen Aktivitäten und verinselt von ihnen ablaufen, ohne daß ein Konflikt bestünde. Dem Erfordernis einer qualitativen Linkage-Strategie des Interweaving entspricht der Modus der *Kollaboration* (vgl. Bulmer 1987: 187f.). "It is the requirement for give-and-take which makes it so difficult to achieve collaboration in practice. Because of their responsibility and accountability within a bureaucratic organization, formal care-givers tend to push toward the colonization mode, whether they intend to or not. This is why, over time, collaboration tend to move toward other modes of collaboration" (Bulmer 1987: 188). Schließlich wird als letzter Modus *Konfusion* identifiziert.

Einige Arbeitsansätze sollen kurz angedeutet werden. Ein Modell besteht in der Konzeption von Key-Workers bzw. Care-Managern. Ein weiterer spezieller Arbeitsansatz, der relativ hohe Aufmerksamkeit gefunden hat, betrifft die gezielte Zusammenarbeit der Sozialprofessionellen mit "Central Figures" im Gemeinwesen.²¹⁹ Eine sehr umfassende Konzeption verbirgt sich hinter der schon genannten Community Network Therapy.²²⁰

Die Arbeit mit Ehrenamtlichen kann aufgrund deren intermediären Status ebenfalls im Sinne einer bewußten Linkage-Strategie verstanden

219 Vgl. klassisch Collins/Pancoast (1981) sowie Bulmer (1987: 111ff.; 203f.); Nestmann (1986); Kardorff/Stark (1987: 225ff.).

220 "The practice (...) involves the use of many interacting networks within a community. Some networks are client-centered and others are defined by group or professional membership (mental health agencies, youth gangs, church congregations, etc.). The community network therapist develops a position in the community from which to navigate the existing pathways within and between networks, construct new linkages, and generate new patterns in this ever changing social field. Such practice, especially as it involves dealing with service workers, provides one with access to many community groups. Establishing marginal memberships in many groups, the community network therapist becomes a broker and mediator of information and resources among groups and is in a good position to engage in 'networking' for clients. In this process, the network therapist initiates many new linkages among previously unconnected workers and agencies. These ties are often informal and based on shared interests. As such they are well adapted to 'networking' among service workers as well" (Kliman/Trimble 1983: 293).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

werden, ist es aber nicht per se. Schmidt zeigt etwa am Beispiel der ambulanten Hilfen für Ältere, wie stark eher Abgrenzungen generalisierender Art vorherrschen oder Versuche, durch die Definition von Arbeitsschwerpunkten das Terrain für Verbände und Professionelle zu sichern. "In der Praxis bedeutet dieses (fast) ausnahmslos, für Ehrenamt und organisierte Nachbarschaftshilfe 'typische' Aufgabenfelder zuzuschneiden. Sie sind dann eingepaßt in 'Bedarflücken', die sich (...) zwischen professionellen und primären Stützungssystemen auftun. Und sie reflektieren zugleich die Status-quo-Erfahrung von Inkompatibilitäten, die sich im Gefüge zwischen Familie, Ehrenamt und Dienst einstellen, bleibt dieses ungestaltet. Alle diese Bestrebungen, das Ehrenamt hier 'maßgeschneidert' einzupassen, stellen letztlich nichts anderes dar, als konservative Varianten der Ausgestaltung des 'Welfare mix', die sich - nun in traditionellen Bahnen und ohne überschüssige utopische Energie - gleichenfalls verschiedener gesellschaftlicher Ausformungen und Funktionen der Arbeit bedienen" (Schmidt 1991: 22f.).

Das Beispiel der Sozialstationen kann partiell so interpretiert werden. In eindrücklicher Weise zeigt es aber darüberhinaus, wie eine - bei ihnen ursprünglich explizit vorhandene - Verknüpfungsorientierung nicht nur unter die Räder von Aufgabenüberlastung und Refinanzierungsdruck geraten kann (vgl. Grunow/Hegner 1981), sondern auch mangels unterschiedener Konzeptionen seine Potentiale teils verspielt.²²¹

221 So ist zu kritisieren, daß der Leistungsschwerpunkt so stark auf medizinisch-krankenpflegerische Leistungen für pflegebedürftige alte Menschen verengt wurde und noch die hauswirtschaftliche Versorgung nur eine Nebenrolle spielt. "Psycho-soziale Beratung und Unterstützung, soziale Aktivierung sowie die Förderung und Unterstützung nicht-professioneller Hilfen fehlen fast völlig. Selbst in den ambulanten Diensten wird der Patient seiner sozialen Bezüge beraubt und zum isolierten Objekt einer somatisch-krankenpflegerischen Intervention gemacht (hospital at home), statt ihn im Kontext seiner eigenen Bewältigungskompetenzen und seiner sozialen Unterstützungsnetzwerke zu sehen und die Hilfeangebote auf die konkrete Lebenslage abzustimmen. Auch die Selektivität dieser Einrichtungen zugunsten von Fällen leichteren bis mittleren Hilfe- und Pflegebedarfs macht deutlich, daß ambulante Versorgung bestenfalls als punktuelle Ergänzung zur Familienhilfe organisiert ist" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 48).

Die Seniorengenossenschaften betrifft der Argumentationsgang dieser Ebene mindestens in zweifacher Hinsicht. Zum einen sind sie selbst direkter informeller Partner und als solcher gemäß des umrissenen Kooperationsmodells zu akzeptieren und behandeln. Zum anderen vermitteln sie als intermediäre Organisationen zwischen professionellen und lebensweltlichen, zwischen institutionellen und informellen Hilfen.²²² Ihre spezifischen Eigenschaften und Probleme ergeben sich aus der Notwendigkeit, "mit mindestens zwei wichtigen Umwelten zur gleichen Zeit interagieren zu müssen: nach 'unten' mit einer mehr oder weniger 'freiwilligen' Mitgliedschaft oder Klientel - oder allgemeiner: einer der Organisation gegenüber 'primären' Sozial- und Wertestruktur - und nach 'oben' mit einer institutionellen Umgebung, in der sie (mehr oder weniger organisierte) Organisationen unter anderen sind" (Streeck 1987: 4).

6.3.3 Netzwerkorientierung als ökologische Intervention

Ein *achter* und letzter Anknüpfungspunkt wird als sozialökologische Fundierung und Sicherung sozialer Netzwerke und sozialer Unterstützung gefaßt.²²³

222 Zur Funktion von Netzwerkförderung in bezug auf die Vermittlung professioneller Dienste vgl. am Beispiel des LINC-Projekts Pynoos/Hade-Kaplan/Fleisher (1984: 235).

223 Zu einem ganz überwiegenden Teil, so Kaufmann in seiner Typologie sozialpolitischer Interventionsformen, handelt es sich bei dem ökologischen Maßnahmenkomplex um "*räumlich gebundene Angebote*, deren Leistungen einen unmittelbaren Kontakt mit den Leistungsadressaten voraussetzt. Die räumliche Bindung ergibt sich dabei aus Merkmalen sowohl des Angebots wie der Nachfrage: Typischerweise handelt es sich um Einrichtungen mit einer baulichen Grundlage, und zum anderen sind die Adressaten der zu erbringenden Leistungen selbst ortsgebunden; dies ergibt sich bereits aus der Residenzialität menschlicher Existenz (...). Die zu erbringenden Leistungen sind entweder als räumliche Angebote zur Selbstbedienung (...) oder als personenbezogene Dienstleistungen (im Unterschied zu Geld und Waren) nicht beliebig mobilisierbar. (...) Dies berechtigt, die hier erforderlichen sozialpolitischen Interventionen unter dem Gesichtspunkt der *Umweltgestaltung* zu thematisieren" (Kaufmann 1982a: 76; Herv. i.T.).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

Die Netzwerkperspektive selbst hält das analytische Potential bereit, nicht nur Ressourcen *aus* dem sozialen Netzwerk zu verdeutlichen, sondern auch jene zu identifizieren, die als Entstehungs- und Bestandsbedingungen sozialer Netzwerke betrachtet werden müssen und deren Unterstützungsleistung ganz wesentlich beeinflussen.²²⁴ Für professionelle pädagogische Helfer impliziert dies praktisch "z.B. Einsatz für die Erhaltung der Ökologien und Settings, die heute noch bestimmte alltägliche soziale Kontakte und Unterstützungen ermöglichen. Das heißt auch Einmischung und Beteiligung an Planung und Realisierung von öffentlichen Umweltgestaltungs- und Bauvorhaben, um schon von Beginn an eine sozialökologische Netzwerkförderung zu berücksichtigen, aber auch Beteiligung an der Entwicklung institutioneller und organisatorischer Strukturen, die neben natürlicher und bebauter Umwelt die Existenz und Entwicklung sozialer Netzwerke mitbestimmen" (Nestmann 1989: 119). Das direkte Einbringen sozialpädagogischer netzwerkorientierter Expertise ist dabei in vielen Fällen zu ergänzen durch den Versuch, relevante Berufsgruppen und Institutionen entsprechend zu sensibilisieren und zu qualifizieren.

In den Seniorengenossenschaften lassen sich gleich mehrere ehrgeizige Projekte auf diese Interventionsebene beziehen und mithin als Netzwerkförderung analysieren. Sie reichen von Mobilitätsangeboten und Fahrdiensten über den Versuch in einem Projekt, seitens der Seniorengenossenschaft ein altes Kino zu einem generationenverbindenden Familienzentrum (vgl. zu diesem Modell Hebenstreit-Müller/Pettinger 1991 und 1991a) umzufunktionieren bis hin zur maßgeblichen Vor- und Mitarbeit bei einem Stadtteilsanierungsprojekt im Kern einer kleineren Stadt.

Hier findet eine verbundene Stadt- und Sozialplanung unter weitgehender inhaltlicher Ausrichtung an Netzwerkgesichtspunkten statt. Was das im einzelnen inhaltlich bedeutet, kann hier nur angedeutet, nicht aber ausdekliniert werden. So wird aus der Beobachtung des geringen Support-Potentials altershomogener Nachbarschaften (vgl. BMJFFG

224 Entsprechende Zusammenhänge wurden in verschiedenen Forschungs- und Planungszusammenhängen teilweise schon vor mehreren Jahrzehnten thematisiert, von Kaufmann u.a. (1989: 50ff.) werden sie bis zur frühen empirischen Großstadtforschung der Chicagoer Schule zurückverfolgt.

1986: 107ff.) und des bekannten Befunds tendenziell ebenso strukturierter Peer-Beziehungen bei Älteren (vgl. Bulmer 1987: 103f.) heute der Schluß gezogen, sehr viel mehr auf Generationen- und Familienstrukturmischung zu achten (vgl. Bäcker u.a. 1989: 171ff.). Desweiteren wird versucht, fußläufig Begegnungs- und Erholungsmöglichkeiten zu schaffen und durch Verdichtung z.B. Grundlagen für attraktiven öffentlichen Verkehr ebenso zu schaffen wie für gewerbliche und öffentliche Infrastruktur, die die Selbstversorgungsfähigkeit und soziale Integration unterstützt. Mit Bezug auf den letztgenannten indirekten Weg ließe sich bspw. die Zusammenarbeit mit der Architektenkammer oder den Wohnungsgenossenschaften zur Erreichung einer Qualifizierung der Arbeit dieses Berufsstandes hinsichtlich der Belange Älterer anführen.

6.4 Zur Ambivalenz von Netzwerkförderung

Zu Beginn der Diskussion über Netzwerkförderung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sensibel auch negative Effekte sozialer Netzwerke in Rechnung zu stellen sind. Sie beziehen sich nicht nur auf qualitativ schlechte oder kontraproduktive Hilfe, sondern auch auf soziale Kontrolle, auf normative Beeinflussung und auf verstärkende Effekte hinsichtlich sozialer Ungleichheit. Werden soziale Netzwerke zum Gegenstand sozialpolitischer und sozialpädagogischer Intervention gemacht, ergeben sich Möglichkeiten zwischen zwei Polen. Am einen Pol werden die problematischen Wirkungen systematisch in den Dienst entsprechender Konzepte gestellt, am anderen Pol wird versucht, sie auf der Grundlage ihrer Erkenntnis nicht nur nicht zu verstärken, sondern weitmöglichst zu bekämpfen. Relevante Phänomene ergeben sich darüberhinaus in Aktivitäten aus positiver Absicht, aber mit nichtintendierten (oder nicht registrierten) negativen Nebenfolgen. Eine entschiedene Kritik lautet etwa folgendermaßen.

"Die z.B. in den Konzepten der gemeindebezogenen Netzwerkforschung (...) angelegte Auswahl von Schlüsselpersonen als Zugangsweg zu der über traditionelle Angebote nur schwer erreichbaren Klientel (...) und als Schaltstelle zur Verknüpfung (...) professioneller und nichtprofessioneller Hilfe (...) eröffnet nicht nur einen problemnäheren und milieugerechteren Zugang, sondern erweist sich auch als Einfallstor zu einer Protoprofessionalisierung freiwilliger Helfer und Klienten (...), zur Entwertung traditioneller Problembewältigungsmuster (...) und zu Formen einer 'weichen' sozialen Kontrolle ganzer Populationen als potentieller 'Risikopersonen'" (Kardorff 1988: 313).

Daß es auf diesen Einwand keine einfache Antwort geben kann, darauf weist Nestmann dezidiert hin: "Eine generelle Immunisierung und ein universell wirksames Gegengift gegen mißbräuchliche Netzwerkanalysen und Netzwerkinterventionen existieren nicht. Wie für psychosoziale Intervention insgesamt scheinen lediglich Prinzipien wie: die Transparenz von Analyse und Intervention, die Freiwilligkeit und Freiheit vor Interventionszwang, die Möglichkeit des Abwehrens, Abbrechens und

Sich-Entziehens in allen Phasen eines Interventionsprozesses, die Gelegenheit zum Auswählen und zum Wechsel der Interventionsinstanzen, insbesondere aber die entscheidende Beteiligung und Nutzerkontrolle der Betroffenen und Netzwerkmitglieder selbst in analytischen und interventiven Phasen, z.B. durch die Verbindung von professioneller Intervention und Intervention der sozialen Netzwerke selbst (...) Sicherheitsmargen einer netzwerk- und ressourcenorientierten Weiterentwicklung (sozial-)pädagogischer Handlungskompetenz" (Nestmann 1989: 121). Hinzutreten muß eine professionelle Zurückhaltung auf der Basis fachlich-kasuistischer Beurteilung. "There may be some important personal variables concerning people's coping styles, attitudes toward help-seeking, and social skills that ought to be assessed in order to determine the prime candidates for interventions that amplify social supports during stressful life transitions" (Gottlieb 1981a: 228). Kommen all die genannten Kriterien in der Tat zur Geltung, ergibt sich allerdings ein anderes Problem in Gestalt der geringen Breitenwirkung.²²⁵

Mit Kardorff ließe sich einwenden, daß all diese Aspekte bereits seit Jahren in vielfältigen Verschiebungen in den Konzepten der Arbeitsfelder psychosozialer Intervention gemündet sind und man sich dennoch nicht darüber hinwegtäuschen dürfte, "daß trotz aller Bemühungen von einer monologischen zu einer dialogischen und kommunikativen Intervention unter partizipativem Einfluß der Betroffenen zu gelangen, das Definitionsmonopol der Professionellen - trotz der Kritik am Experten - nach wie vor kaum ernsthaft in Frage gestellt, bestenfalls geschwächt ist" (Kardorff 1988: 314). Ob allerdings diese Kritik angesichts des indirekten Charakters der hier skizzierten mehrfach ansetzenden Netzwerkintervention zutrifft, wäre genauer zu überprüfen - auch in der Relation zu anderen Settings sozialpädagogischer und psychosozialer Intervention.

Jenseits dieser Vorbehalte ist der positive Beitrag hervorzuheben, den netzwerkorientiertes Arbeiten potentiell in der momentanen Situation be-

225 Diesbezügliche Zahlen gibt es naturgemäß nur für jenen Bereich, in dem eine deutliche und freiwillige Entscheidung für eine Partizipation am Förderangebot Voraussetzung ist: bei den Selbsthilfegruppen. Vgl. Trojan u.a. (1987: 300); Grunow u.a. (1983); Braun/Opielka (1992).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

reithält. Solange der Stellenwert gerade der intermediären Netzwerkpartner noch immer in wichtigen Bereichen stark unterschätzt wird, solange das medizinische Paradigma weithin noch so bestimmend ist, solange es so viel leichter fällt, Interventionen, die sich an einer traditionellen Helfer-/Klienten-Beziehung orientieren, zu vermitteln, durchzuführen und finanziert zu bekommen, solange vielfach Bekanntheit und Vertrautheit fehlt - gerade verglichen mit den professionellen Instanzen - und solange "die inhaltliche und organisatorische Vielfalt sekundärer Netzwerke, ihre nicht recht einschätzbare Zugänglichkeit und Planbarkeit zu abschreckend für Forscher und Praktiker der Gesundheitsförderung" (Trojan u.a. 1987) und der sozialen Arbeit ist - solange sind solche Programme, die wie die Seniorengenossenschaften offensiv Netzwerke um des persönlichen Wohlbefindens, präventiver, unterstützender und rehabilitativer Überlegungen willen fördern, unverzichtbare und wichtige Initiativen. Bezüglich von Community-Care-Politiken zeigt die Netzwerkperspektive nicht nur, daß ein breites Inventar sinnvoller Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten besteht, sondern auch, daß letztlich die Frage nach dem Potential nicht-verwandtschaftlicher Ressourcen immer entscheidender werden wird.

Schließlich ist - dem Informalisierungsvorwurf entgegen - hervorzuheben, daß die Netzwerkorientierung sich keineswegs in personenbezogenen Interventionen erschöpft, sondern auch dezidiert auf die Veränderung struktureller und institutioneller Rahmenbedingungen zielt. In ihrem mehrdimensionalen Anknüpfen an Leitideen des Community Development sind Seniorengenossenschaften als Gegenimpuls zu verstehen, daß auch heute noch gerade in der Bundesrepublik Deutschland eine fundierte Selbsthilfe- und Netzwerkförderung einen so geringen Stellenwert hat. Eine Beurteilung, die sich dabei nur auf Instrumente konzentriert, wird diesem Impuls nicht gerecht.

In diesem Zusammenhang sind die Kritiker einer Förderungsstrategie des informellen Sektors zu fragen, welche alternativen Vorschläge sie - jenseits von Nonintervention oder einer staatlichen Minimalrolle als professionalistischer Ausfallbürgschaft - anbieten können. So klar ihr

Haupteinwand ist, so unklar ist ihnen offensichtlich die Verfassung des sozialen Fundaments, auf das er baut.²²⁶

Wurde zu Beginn dieses Kapitels der Ausgang vom politisch-programmatischen Netzwerk-Diskurs genommen, so ist hier auf zwei seiner Zentralbegriffe nochmals zurückzukommen: die Rede von "Wahlverwandtschaften" und von "Betroffenheit". Läßt sich die Herausforderung und Perspektive in der Netzwerkproblematik also mit dem Wahlverwandtschaftsbild fassen? Wahlen hinsichtlich von Beziehungen sind möglich und müssen weiter ermöglicht werden. Verwandtschaften werden dünner, der durch die Begriffsverknüpfung suggerierte Versuch ist lohnend, auch solche Beziehungen freigewählt zu knüpfen, die einen Teil des selbstverständlichen Einanderverpflichtetseins enthalten, die Patenschaft einschließen und die zugleich diesen Anspruch als ausschließlich an Verwandte und Angehörige gerichteten entschärfen.

226 Den Generaleinwand, der gegen eine Förderung - hier am Beispiel von institutionalisierten Initiativen wie den Kooperationsringen - vorgebracht wird, lautet, "daß die 'Erfindung' von sozialen Arrangements der Versorgung und des Bedarfsausgleichs nicht zur Angelegenheit des Staates, der Kommunen und der Wissenschaft gemacht werden darf, sondern der spontanen Fähigkeit von Individuen und Assoziationen überlassen werden muß, sich in gegebenen Bedarfs- und Notlagen und mit den ihnen jeweils verfügbaren moralischen und materiellen Ressourcen dadurch zurechtzufinden, daß sie ihre Konsum-, Produktions- und Lebenspraktiken in zweckdienlicher Weise umstellen und anpassen. Einer solchen - konservativ oder libertär akzentuierten - Sichtweise entgeht jedoch, daß im Zuge eben jener marktwirtschaftlichen und etatistisch-professionellen Modernisierungsprozesse, deren Folgeprobleme zu bewältigen sind, auch die soziokulturellen Kompetenzen und Dispositionen teilweise verlorengegangen sind, die für die spontane Erfindung und Nutzung von Formen solidarischer Selbsthilfe und Eigenarbeit und mithin für die Entstehung informeller Netze soziologisch vorausgesetzt werden müssen. In dem Maße, wie diese Diagnose strukturell und soziokulturell verankerter Selbsthilfedefizite zutrifft, die ihrerseits aus Prozessen der Individualisierung, Bürokratisierung und Modernisierung resultieren, macht es offenbar wenig Sinn, traditionelle Sozialtugenden - wie das Ethos der Ehrenamtlichkeit, des guten Nachbarn oder der generalisierten Mütterlichkeit - zur Nachahmung zu empfehlen und im übrigen für politische Enthaltsamkeit und Nicht-Intervention zu plädieren" (Offe/Heinze 1990: 92). Vgl. ähnlich Hondrich/Koch-Arzberger (1992: 50ff.).

D Altenarbeit als Netzwerkintervention

Da aber umgekehrt Freundschaften durch normative Ansprüche - und insbesondere durch solche, die auf die häufigen Altersbedarfe gerichtet sind - schnell überlastet werden können, ist Behutsamkeit angebracht. Wahlfreundschaften sollten vermutlich keinesfalls immer als "Verwandtschaften" überformt - und damit überfordert - werden. Wenn sie dann - wirklich freiwillig - zuverlässig Aufgaben zu übernehmen bereit und in der Lage sind, wäre dies ein bedeutendes Ereignis.²²⁷ Vor allem aber können sie wohl Glücklichein und Wohlbefinden fördern, weil sie wahrscheinlich auch auf einer Ähnlichkeit hinsichtlich der Wert- und Normvorstellungen basieren. Und Nachbarschaften funktionieren häufig genug nur auf der Grundlage einer höchst gering dosierten Intimität und gewahrter Distanz.²²⁸

Der Begriff der Betroffenheit schließlich verweist auf eine weitere problematische Aufladung der Netzwerkförderung. Es ist zu fragen, ob sie die Umdefinition der ganzen Bevölkerung zu "Betroffenen" prozessiert. "Ist die 'Betroffenheit' eine geeignete Kategorie, um Hilfebereitschaft verständlich zu machen, wenn offenbar andere gesellschaftliche Einflüsse, wie die traditionelle Zuweisung von Pflegeaufgaben an die Frauen, zur Erklärung der tatsächlich geleisteten Selbsthilfe sehr viel mehr beitragen? Ist die Kategorie der 'Betroffenheit' vielleicht eine Verlegenheitsauskunft, um den Zusammenschluß zu Selbsthilfegruppen zu interpretieren, in denen sich Menschen zusammenfinden, die vorher einander fremd waren, und die lediglich ein gemeinsames Problem miteinander verbindet? Ist 'Betroffenheit' möglicherweise eine gesellschaftliche Chiffre, um das gemeinsame Handeln von Menschen, die einander fremd sind, zu initiieren, und um ihre gegenseitige Hilfe in einer Gesellschaft zu legitimieren, die Hilfe, zumal unter Fremden, als professionelle Hilfe in großem Maßstab organisiert?" (Forschungsverbund 1987: 6f.).

Eine solche Fassung eines solidaritätsfordernden Betroffenheitsbegriffs verwischt potentiell in entscheidender Weise die tatsächlichen Betroffenheiten. In der Einschmelzung in einem politisch-öffentlichen

227 Zur Diskussion der Mischungsverhältnisse zwischen Zwang, Verpflichtung und freier Wahl vgl. Bulmer (1987: 78ff.).

228 Vgl. zu einer systematischen Betrachtung dieses Verhältnisses von Privatheit und sozialer Sorge und Pflege Bulmer (1987: 90ff.).

Diskurs sind die in den Fragen angelegten Gefahren einer entsprechend konnotierten Netzwerkstrategie deutlich vorhanden. Umgekehrt ist deshalb gerade das analytische Potential gründlicher Netzwerkanalyse zu nutzen, das Betroffenheiten sehr genau zu differenzieren in der Lage ist, das deutlich macht, in welcher Weise Betroffenheit auch mit realen Unterstützungs- und Bewältigungsmöglichkeiten korrespondiert, insbesondere, welche Grenzen aus welcher Art von Betroffenheit resultieren und inwieweit Ungleichheit von Netzwerkressourcen durch darauf bezogene Interventionen noch verstärkt wird.

7 Infrastrukturentwicklung, kollektive Kapitalbildung und individuelle Ansparoption

Anknüpfend etwa an die Aktivitäten und Funktionsweise der traditionsreichen Wohnungsgenossenschaften könnten sich Seniorengenossenschaften - auch jenseits der Dienstleistungsaktivitäten - als stärker ökonomisch orientierte Institutionen verstehen. Die Konzeption schließt dies keineswegs aus.

Einer der Väter der Seniorengenossenschaftskonzeption schreibt: "Jüngere Personen können mit dem Ziel Mitglied der Seniorengenossenschaft werden, eine finanzielle Ansparung auf die genossenschaftlichen Geschäftsanteile durchzuführen, um einen eigenständigen Beitrag zur Alterssicherung zu erbringen. Diese Ansparung im Rahmen der Geschäftsanteile kann auch in der Weise erfolgen, daß durch tätige Mitarbeit im Geschäftsbetrieb der Seniorengenossenschaft das zu beanspruchende Einkommen nicht ausbezahlt, sondern auf das Geschäftsvermögen verrechnet wird" (Mändle o.J.: 5). Hier wird in erster Linie aus der Perspektive individueller Interessen an finanzieller Ansparung im Kontext der Absicherung vor Altersrisiken argumentiert. Sie eröffnen die Perspektive auf einen so noch nicht beschrittenen Weg kollektiver Kapitalbildung, vor dessen Hintergrund nicht nur finanzieller Risikoausgleich denkbar wird, sondern möglicherweise auch genossenschaftliche Projekte altersbezogener Infrastrukturentwicklung.

In dieser Arbeit soll dieser Strang des seniorengenossenschaftlichen Modells lediglich bezüglich einiger systematischer Überlegungen zu seinen Leistungspotentialen sowie einiger unsystematischer Anmerkungen zu seiner politischen Brisanz angesichts von staatlicher Restriktionspolitik auf der einen, privat angesammelten Kapitals auf der anderen Seite betrachtet werden. Zu einem Teil wird damit die Argumentation des darauf folgenden Kapitels bereits vorbereitet. Auf die praktische Seite oder

auf mögliche konkrete Modelle ist - jedenfalls momentan - mangels Umsetzung kein gesondertes Augenmerk zu richten.²²⁹

Jegliche Versuche, an bspw. frühere Mechanismen finanzieller Vorsorge mit kollektivem und solidarischem Risikoausgleich anzuknüpfen, finden im heutigen Deutschland im Kontext sowohl entwickelter staatlicher Sozialleistungssysteme als auch optionaler privater Absicherungsmöglichkeiten statt. Innerhalb dieses Spektrums müßten sie ihre Leistungsfähigkeit ersteinmal beweisen. Komparative Leistungsvorteile sind dabei - jedenfalls für bestimmte Personenkategorien in bestimmten Lebenssituationen - nicht von vornherein auszuschließen. Sie könnten aus unterschiedlichen Charakteristika der hier behandelten Organisations- und Sozialform resultieren.

Es könnte - *erstens* - eine Überlegenheit aufgrund eines günstigeren zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Beitragsleistenden und – empfängerInnen, bzw. zwischen dem Ausmaß von Aufkommen einerseits und Bedarfsaktualisierung andererseits erwartet werden. Träfe dies zu, wäre allerdings die sozialpolitische Leistungsfähigkeit im Sinne der Ausgleichsfunktion zwischen leistungsfähigeren und bedürftigeren Bevölkerungsteilen eng begrenzt. Diesbezügliche Instrumente könnten bspw. Zugangsbeschränkungen ebenso sein, wie eine selektive Informations- und Werbestrategie. Das würde bedeuten, sich nicht einem sozialpolitischen Universalisierungspostulat anzuschließen.

229 Der Entwicklungs- und Diskussionsstand stellt sich folgendermaßen dar: In einigen Projektorten gibt es weder eine öffentliche diesbezügliche Auseinandersetzung, noch interne Planungen. Einen Sonderfall stellen die wohnungsbezogenen Seniorengenossenschaften dar. Allerdings bestehen noch keine klaren Konzeptionen. Die unterschiedlichen Pole markieren einerseits die Vorstellungen eines Frauenwohnprojekts, wo private Vermögen bzw. Immobilienverkaufserlöse anteilig im Realisierungsfalle eingebracht werden sollen, andererseits ein Stadtteilsanierungsprojekt, bei dem in Form der Zusammenarbeit mit der örtlichen Genossenschaftsbank über Kapitalansparmodelle nachgedacht wird. Bei der angesprochenen Frauenwohninitiative besteht eine ähnliche Besonderheit: Eine große örtliche Wohnungsbaugenossenschaft steht Konzeptionsüberlegungen sehr aufgeschlossen gegenüber, die bspw. über die organisatorische Form einer Art Tochtergenossenschaft dazu führen könnten, daß bezüglich Kapitalbildung usw. die ökonomische Potenz der großen Genossenschaft für das seniorengenossenschaftliche Projekt genutzt werden könnte.

D Genossenschaftliche Kapitalfunktion

Auf der Basis der *Sozialform* Genossenschaft könnte es bei einem entsprechenden Maß an Vertrauen, Übersichtlichkeit und Identifikation - *zweitens* - zu einer geringeren Ausnutzung bzw. Inanspruchnahme eigentlich zustehender Leistungen kommen. Um dies zu illustrieren, kann bspw. auf Erfahrungen zum Zeittausch verwiesen werden, denen gemäß es häufig nicht zu einer Beanspruchung der erworbenen "Guthaben" kommt. Diese Argumentation korrespondiert in delikater Weise mit den wohlfahrtspolitischen Kritikmustern des Mißbrauchs, des Moral hazard, der Anspruchs- und Trittbrettfahrermentalität. Von hier aus wiederum erschließt sich die Problematik des zunächst als Leistungsvorteil eingeführten Merkmals.

Dieser könnte sich nur erweisen, wenn die Leistungsberechtigten ihren Anspruch *nicht* automatisiert z.B. in Anknüpfung an leicht objektivierbare Kriterien wie Alter oder Niedrigrenten erhielten. Dann aber finden - zumindest im Segment des problembelasteten Alters - fast unvermeidlich jene Phänomene Eingang in den Prozeß der Leistungsgewährung, die für passiv institutionalisierte Leistungen (vgl. Grauhan/Leibfried 1982) vielfach belegt sind: Von Bedarfsüberprüfungen über Willkürmöglichkeiten bis zur Dunkelzifferproblematik trotz Bedarfs. Es hängt also stark von dem Rekrutierungsmuster ab, inwieweit dies zum Tragen kommen müßte. Denn bezüglich der bessergestellten Älteren könnte Nichtinanspruchnahme ebensogut auf solidarische Motive oder auf ausreichende anderweitige Absicherungen verweisen.

Unabhängig davon, welche Bedingungskonstellationen letztlich für die beiden Faktoren komparativer Vorteile bezüglich der Leistungsfähigkeit ausschlaggebend wären, erwächst die Frage, ob sie auf der Verwendungsseite bspw. für kollektive Güter in Form einer für alle zugänglichen Infrastruktur eingesetzt würde. Diese Option auf der Grundlage von Freiwilligkeit und solidarischer Selbstorganisation wäre in der Tat eine neuartige und chancenreiche Perspektive. Es spricht manches dafür, daß entsprechende Bereitschaften gerade nicht aus der Not entstehen, sondern erst auf der Grundlage einer qualitativ und quantitativ ausreichenden sozialstaatlichen Grundsicherung gedeihen dürften.

Solange eine solche nicht eingelöst ist, ergibt sich ein - *dritter* - Anknüpfungspunkt für eine spezifische Leistungsqualität. Er besteht in der

Unmöglichkeit für bestimmte Personenkategorien, Eingang in die bestehenden Sozialleistungssysteme zu finden, z.B. für nichterwerbstätige Frauen in die gesetzliche Rentenversicherung, z.B. für Personen, denen Einkommenserzielung aufgrund des Arbeitsmarktes oder ihres Alters nicht mehr im erforderlichen Maße gelingt. Dies würde allerdings eine entsprechende Zugänglichkeit voraussetzen. Über die Relevanz des damit erzielbaren Beitrags einer Lebenslagenverbesserung oder Risikoabsorption würde auf sehr verschiedenen Ebenen entschieden, vom Spektrum angebotener Dienstleistungen über die Sicherung eingebrachter Leistungen bis hin zur Faktizität und Qualität solidarischer Ausgleichselemente.

Eine - *vierte* - Leistungsüberlegenheit gegenüber anderen Institutionen könnte aufgrund steuerlicher Vorteile erwartet werden (z.B. weil Dienste als Gegenleistungen mangels erwerbsarbeiterischen Fundaments nicht besteuert werden). Hinzu könnten - *fünftens* - Produktivitätsvorteile durch die direkte Erbringung von Leistungen ohne Zwischenschaltung des Geldmediums kommen. Gegenüber anderen Institutionen wäre als - *sechstes* und abschließendes - Beispiel eine höhere Akzeptanz auf der Erbringungsseite denkbar, insofern zugunsten der überschaubaren Gemeinschaft eine höhere Belastbarkeitselastizität besteht. Anders formuliert: Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß bei vertrauenswürdiger Insitutionalisierung und Führung, einer Geschäftspolitik, die Projekte zwischen Solidarität, Gemeinwesenorientierung und Lebensqualität fördert sowie Strukturen, die angemessene Transparenz und Partizipationschancen in Entscheidung und Nutzen zulassen, eine ganz erhebliche Bereitschaft mobilisiert werden könnte, private Vermögensbestandteile einzubringen.

Alle genannten Potentiale lassen sich keineswegs einfach durch die bloße Wahl einer Institutionalisierungsform erreichen. Auf eine Gefahr muß bei einer übergreifenden Zusammenfassung zweifelsohne aufmerksam gemacht werden, wenn freiwillige Vereinigungen sich in diesem Maße auf Finanzfragen einlassen. "Durch a) Monetarisierung, b) Formalisierung, c) interne Kommerzialisierung und d) Externalisierung ihrer Finanzierung kann die Vereinigung auf der Jagd nach ökonomischen Ressourcen ihre eigentliche soziale Basisressource verlieren,

D Genossenschaftliche Kapitalfunktion

nämlich ihre Mitglieder und ihre Solidarität" (Horch 1991: 61). Und ohne diese würden Seniorengenossenschaften ihre wichtigeren Potenzen verlieren. Neben dem Innenaspekt ergibt sich ein zweiter Problemkomplex aus dem politischen Außenaspekt.

Alle politisch motivierten Thematisierungen der sozialstaatlichen Einkommenssicherungsfunktion sind immer auch auf die mit ihnen transportierten Altersbilder und entsprechende ideologische Gehalte hin zu untersuchen. Das letztlich auch in ökonomischer Hinsicht ressourcenorientierte Altersbild harmoniert mit einer - wie Dieck (1993: 209) es nennt - "verstärkt vorgebrachten Modellfigur des Alters": dem "heute wohlhabenden Rentner oder Pensionär, der mehr Sicherungsleistungen erhält als er eigentlich benötigt. Auszahlungen aus Lebensversicherungsverträgen, die in die Hände alter Menschen gelangen, werden neben sonstigen Vermögenswerten zu einem Aktivposten der Altenpolitik, der es tendenziell erlaubt, die Notwendigkeit von laufenden Einkommensleistungen (via Rentenzahlung z.B.) zur Diskussion zu stellen" (Dieck 1993: 209).

Wird diese Argumentationsfigur zusammenschmolzen mit einer grundsätzlichen Kritik an einem so apostrophierten "Versorgungs- und Versicherungsstaat", wird der grundgesetzliche Eigentumscharakter der Rentenanwartschaften ebenso ausgeblendet wie die hohe Zahl alter Menschen mit niedrigen und Niedrigsteinkommen, so "ist schnell ein Bogen gespannt von der Modellfigur der wohlhabenden alten Menschen zu seiner Pflicht zur Eigenvorsorge. In einer gewagten Uminterpretation sind Rentenanwartschaften nicht länger Teil dieser Eigenvorsorge, sondern (staatliche) Umverteilungsleistungen, die ihre Berechtigung nur noch finden, sofern ein Anteil an der körperlichen Produktion der Nachfolgegenerationen reklamiert werden kann" (Dieck 1993: 210).

Wenn indes auf eine solche Begründungsfigur verzichtet wird und jegliche Substitutionslogik zumal im Bereich dienstleistungsorientierter und monetärer Basissicherung offensiv abgewehrt wird, so spricht vieles dafür, ein solches Experiment zu starten als *zusätzliche* Institution in jenem zwiespältigen Feld zwischen Entstandardisierung und gemeinwesenbezogener Solidarisierung. Für den Fall, daß es in konkreten Orten gelingen sollte, entsprechende Institutionen soziokulturell so breit und zuver-

D Genossenschaftliche Kapitalfunktion

lässig zu verankern, daß sie gewissermaßen die moderne Sammlungsbewegung bürgerschaftlicher Bemühungen im und fürs höhere(n) Lebensalter repräsentiert, richten sich bereits begehrt auf diese Institution als eine, die - salopp gesagt - das Spenden- und Kapitalaufkommen der bisherigen Krankenpflegevereine und Stiftungen und Wohnbaugenossenschaften auf einem neuen Niveau auf sich vereinen könnte. Damit würden sich Initiativen wie den Seniorengenossenschaften noch sehr viel weitergehende Engagements- und Funktionsbereiche eröffnen.

8 Widersprüchliche Elemente und Probleme einer Perspektive wohlfahrtspolitischer Modernisierung

In den folgenden Abschnitten werden die Seniorengenossenschaften als das verstanden, was sie - durch aber auch neben ihre(n) konkreten Ausformungen - auch ganz wesentlich darstellen: Sie sind nicht nur die in den "Prototypen" geronnenen Ideen, sie sind darüberhinaus gewissermaßen eine *Assoziationsfolie mit weiter Ausstrahlung*. Was das bedeuten könnte, soll mit Blick auf den übergreifenden Aspekt wohlfahrtspolitischer Modernisierung in groben Linien angedeutet werden.

Seniorengenossenschaften wie auch eine Reihe anderer der in dieser Arbeit angesprochenen Projekte sprengen traditionelle Grenzen, versuchen verengende Problemfoci aufzubrechen, stellen segmentierende Zuständigkeiten infrage und klagen verbundenes, vernetztes Denken und Handeln ein. Im Trend läßt sich ein deutlicher Abschied von der Einpunktperspektive konstatieren. Das läßt sich besonders deutlich zeigen, wenn versucht wird, die Aktivitäten bspw. einzelnen "Aktionsbereichen" zuzuordnen.²³⁰ Dies gelingt ebensowenig wie eine bloße Zuordnung zu einem Problembereich oder dem Alterssegment. Wiewohl als Altenpolitik konzipiert, läßt sich ein Programm wie dasjenige der Seniorengenossenschaften in deren Grenzen nicht mehr angemessen verorten. Damit zusammenhängend kommt die Überwindung der künstlichen Unterscheidung zwischen Laien-, Fremd- und Selbsthilfe hinzu - eine Perspektive, die sich auch in Selbsthilfegruppen und der auf sie bezogenen Forschung stärker durchsetzt (vgl. Reggentin/Dettbarn-Reggentin 1992: 34ff.).

230 Für den Selbsthilfesektor etwa wurde dies in 6 Ausprägungen abzugrenzen versucht: Lebenswelt; Arbeitswelt; Kultur; Benachteiligte; Diskriminierte; Gesundheit. Vgl. dazu Vilmar/Runge (1988: 68ff.).

Diese Entwicklung kann als Teil eines spezifischen Typus einer Ausdifferenzierung der Altenarbeitslandschaft - mehr noch: des gesamten Wohlfahrtssystems - gesehen werden. Die sich übergreifend abzeichnende Entwicklung bildet sich gewissermaßen im Kleinmaßstab innerhalb der Seniorengenossenschaften selbst ab. Die "große" Politik hat dabei auf die Initiativen ebenso Einfluß wie dies umgekehrt gilt. Dies Muster in ausgewählten Aspekten zu erhellen, ist Absicht des Schlußabschnitts. Es verweist einerseits auf die Entwicklung von Leitvorstellungen und Politikzielen, wie sie anhand der Seniorengenossenschaften benannt werden, andererseits auf die Frage nach übergreifenden Ordnungsprinzipien in der Altenarbeit und nach dem sich herauschälenden Muster der Ausdifferenzierung.

8.1 Ressourcenorientierung, soziale Prävention, Solidarität und Infrastruktur als Leitvorstellungen und Politikziele

Zunächst sollen jene Leitvorstellungen kritisch beleuchtet werden, die zu einem guten Teil die große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und quer über politische Abgrenzungen hinweg möglich gemacht haben. Nachdem der Programmatik der Seniorengenossenschaften ein ausführlicher Teil gewidmet war, sollen darauf aufbauend unter Absehung von Details an dieser Stelle vier Hauptgedanken herausgearbeitet werden.

Erstens: Wie viele Projekte und Initiativen auch verfolgen Seniorengenossenschaften ein spezifisches, ressourcen- und aktivitätsorientiertes Altersbild. Es bildet sich in der aufgezeigten Emphase auf Selbsthilfe ebenso ab wie im Zutrauen eines nennenswerteren Dienstleistungspotentials. Damit tragen sie - positiv - dazu bei, das Defizitbild vom Alter in seiner Geltung abzuschwächen. Zugleich bedeutet dies aber eine Gefahr: Vielfach "konnte gezeigt werden, daß die normative Setzung von hoher Autonomie oder Lebensaktivität für das Alter keine Allgemeingültigkeit hat und Gefahren der Überforderung in sich birgt. Ältere Menschen sind wegen ihrer Kapazitätsverluste oft dazu gezwungen, Unselb-

ständigkeit (Abhängigkeit) als Instrument der eigenständigen Gestaltung von sozialen Beziehungen und ihrer Lebenssituation aktiv einzusetzen. Die Betonung eines aktiven und positiven Alterns als normativer Zielsetzung kann also durchaus negative (Rebound-) Wirkungen für alle diejenigen Alten und ihr Unterstützungssystem haben, die diesem Anspruch nicht gerecht werden können" (Mittelstraß u.a. 1992: 714).²³¹ Denn auch eine wünschenswerte Überwindung des Defizitbildes vom Alter besagt ja nicht, daß von einer künftigen Reduzierung der "klassischen Altersprobleme" ausgegangen werden kann.

Entscheidend wird sein, ob das Ressourcenbild auf ein bloßes Gegenstereotyp zum Negativbild des Alters reduziert wird oder ob es gelingt, sich eben nicht zu weit von den subjektiv erlebten Ambivalenzen der Alterssituationen im Alltag abzuheben und damit als beschönigende Stimmungsmache wahrgenommen zu werden. Dieses Kriterium verweist auf einen impliziten Mechanismus, der sich nicht nur als schwächend, sondern als gefährlich für die Integration des Alters erweist: "Gegenstereotype brauchen die Negativbilder, um sich positiv davon absetzen zu können. Dadurch überwinden sie die negativen Altersklischees nicht, sondern sie fixieren, was sie gleichzeitig kritisieren" (Bäcker u.a. 1989: 257).

Die Ressourcen- und Kompetenzorientierung liegt aber nicht nur mit Blick auf die Lebensphase Alter vor, sondern bezieht sich allgemeiner auf die Abkehr von tradierten Klientenbildern. Zu dem ressourcen- und aktivitätsorientierten Altersbild paßt vor diesem Hintergrund - *zweitens* - eine neue Aufwertung des Präventionsgedankens. Insbesondere in der Formatierung als "soziale Prävention" soll er Leitbildfunktion für eine moderne *soziale Altenarbeit* übernehmen. Soweit wäre dieser Ansatz kompatibel mit einer ganzen Reihe neuerer Entwürfe präventiv ausge-

231 Vgl. die Kritik am Leitbild der "Neuen Alten" bei Dieck/Naegele (1990): "Die Herausstellung der 'Neuen Alten' in Medien und Politik beschreibt weniger eine allgemeine Realität - als sie die 'Unsichtbarkeit des problematischen Alters' bewirkt, Problemlösungsdruck vermindert, die Funktion gesellschaftlicher Befriedung übernimmt. Die Herausstellung des Positiven ebnet den Weg für Maßnahmen der gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Kontrolle der 'Kosten der Alterslast'" (Dieck/Naegele 1990: 54).

richteter Alterssozialpolitik (vgl. z.B. Naegele 1992). Geradezu herausfordernd aber ist die Akzentsetzung auf *Prävention als individueller Aufgabe um gesamtgesellschaftlicher Rationalität willen*. Unschwer läßt sich ein solches Konzept im Rahmen des Enabling-state-Konzepts verorten, ein längeres Zitat liefert deutliches Material: "Ein Teil der Maßnahmen stellt eine Mobilisierung gesellschaftlicher Ressourcen dar. Hände, Köpfe, Fähigkeiten, Gelder, Mitbürger werden stärker als bisher motiviert für den gesellschaftlichen Wandel. Die Gemeinwesen werden stärker als bisher in diese Aufgabenstellung einbezogen. Ein weiterer Teil der Maßnahmen steuert durch Förderung oder Sanktionierung das gesellschaftlich erwünschte Verhalten. Gemeinsam ist diesen Elementen, daß sie den Bürger im Alter handlungsbereit und fähig machen sollen, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Handlungsfähigkeit im Alter ist weder mit Rüstigkeit noch mit Aktivität gleichzusetzen, sondern mit Einsicht, Motivation, Übersicht und bestimmten Fertigkeiten, selbst Hand an Problemlösungen zu legen.

Handlungsfähigkeit im Alter ist (...) in höherem Maße vom sozialen Normensystem und der Infrastruktur der Altenarbeit abhängig als nur Ausfluß lebenslanger Bildungs- und Arbeitsplatzprivilegien oder Arbeitsplatzbenachteiligungen, wie es weite Teile der gerontologischen Fachdiskussion unterstellen. Handlungsfähigkeit ist schließlich und endlich die Fähigkeit, rechtzeitig andere Wege zu gehen oder Probleme überhaupt zu vermeiden, statt sie lösen zu müssen. Darin steckt das Gegenleitbild der Altersfürsorge: soziale Vorsorge durch Zuwachs an Handlungsbereitschaft und Handlungsmöglichkeiten im Alter zu betreiben.

Mit der Auflösung des Defizitbildes vom Alter und der Entstehung einer dritten Lebensphase eröffnet sich die Möglichkeit, Alter und Versorgungsrisiken voneinander zu trennen. Gesamtgesellschaftlich ergibt sich die zwingende Zukunftsaufgabe, diese zu bejahren und Versorgungsrisiken zu vermeiden" (Hummel 1993: 223f.; vgl. ähnlich Hummel 1989: 173f.).

Wie jede Rede von Prävention hat es auch die hier vorliegende Fassung als soziale Prävention schwer, sich gegen andere Konnotationen dieses schillernden und in immer neuen Wellen bemühten Postulats zu akzentuieren. Auffallend ist, daß Prävention hier nicht als Expertenmo-

dell vorgestellt wird, sondern über die Dimensionen Eigeninitiative und Handlungsfähigkeit. In das Expertensystem soll Prävention natürlich ebenso eingehen, sie soll aber auch hier begrenzt und rückgebunden werden bspw. an das Bezugssystem Gemeinwesenarbeit: "Höchste Zeit (...), auch die Qualifikationsbausteine für Berufsbilder präventiver gemeinwesenorientierter Altenarbeit in die Infrastruktur einer Gesellschaft einzufügen, die offen für den sozialen Wandel sein soll" (Hummel 1993: 226f.). Damit enthält die Hummelsche Präventionsvorstellung genau jene Merkmale, denen Rappaport durch den Vorschlag des "Empowerment"-Konzeptes als *Ersatz* für das Präventionsleitziel zum Durchbruch verhelfen will.²³²

Als *dritte* Leitvorstellung klingt die Forderung nach einer *Kultur neuer Solidarität* an. Durch alle Attribute der Fortschrittlichkeit, Freiwilligkeit, Wahlmöglichkeit und neuer Selbstbezüglichkeit schimmert zugleich die moralisierende Aufladung gemeinsinniger Verantwortungsübernahme durch. Sie verbindet sich mit der vorher beschriebenen Präventionsvorstellung und läßt eine neue Facette in der Neuformatierung wohlfahrts-

232 "Die Bedeutungen und Implikationen dieser Ansätze (Empowerment bzw. Prävention; U.O.) unterscheiden sich grundsätzlich. Die Idee der Prävention leitet sich ab von einem Bedürftigkeitsmodell zu versorgender Personengruppen. Sie ist eine Konsequenz aus dem Modell des Wohlfahrtsstaates und der einseitigen Entwicklung sozialer Dienstleistungseinrichtungen. Innerhalb des Kontextes sozialer Dienste und eines Bedürftigkeits- und Abhängigkeitsmodells stellt Prävention die vernünftigste und effizienteste Alternative zu klinischen Diensten dar (...). Anwaltschaft ist eine Alternative, die auf einem Rechtsmodell sozialer Verantwortung beruht (...). Die Grundlagen basieren auf einem Denken in Begriffen des Legalitätsprinzips und des bürgerlichen Rechts, das Menschen als Bürger statt als Kinder sieht. Dieser Ansatz ist genauso folgerichtig wie das Konzept der Prävention, aber auch genauso einseitig. Sowohl Anwaltschaft als auch Prävention sehen die Experten als die 'Meister', die die Antworten wissen und sie ihren Klienten vermitteln. Trotz vieler offensichtlicher Unterschiede in diesen beiden Konzepten ist die Ähnlichkeit in den Rollenbeziehungen auffallend. Was wir brauchen, ist ein Modell, (...) das uns ermöglicht, mit divergenter Vernunft zu denken. Es muß viele verschiedene und widersprüchliche Antworten zu gleicher Zeit ermöglichen, statt mit einer einzigen Lösung auf jedes soziale Problem zuzugehen. Dafür brauchen wir soziale Veränderungen und Engagement. Prävention braucht professionelle Experten, 'empowerment' Mitstreiter sozialer Veränderung" (Rappaport 1985: 270).

staatlichen Selbstverständnisses aufscheinen: "Der Solidaritätsbegriff muß entsprechend weiter gefaßt werden: Füreinander und für andere bereit zu sein, ist das Eine. Verantwortung für sich und die Folgen der eigenen Lebensweise zu übernehmen, Versorgungsprobleme geringer zu halten, das Andere" (Hummel 1993: 224). In diesem Zitat scheint nochmals die ganze moralisierende Schwammigkeit auf, durch deren Nebel hindurch sich ordnungspolitische Vorstellungen aber durchaus konturieren.²³³

Die vierte zusammenfassende Leitvorstellung konkretisiert die Gestalt des Enabling state als *Erstellung und Ausbau sozialer und kommunikativer Infrastruktur*. Ein entsprechender - noch weithin additiver - Katalog ist weiter vorne vorgestellt und bezüglich seiner Breite, was die einbezogenen Interventionsebenen angeht, schon ausführlicher analysiert worden. Dies hat nachhaltigen Einfluß auf adäquate Implementationsstrategien und damit auf den förderlichen kommunal- und sozialpolitischen Kontext ebenso wie auf mögliche Aufgaben und Methoden sowie Handlungsorientierungen sozialer Arbeit in diesem Feld. Auch die "Perspektive Infrastruktur" ist keine Erfindung der Seniorengenossenschaften. Sie findet sich - in je unterschiedlicher Akzentsetzung und Reichweite - bereits in frühen Entwürfen kommunaler Sozialpolitik (vgl. aus der Perspektive Sozialer Arbeit den Sammelband von Müller/Olk/Otto 1981) ebenso wie in neuen Entwürfen "städtischer Wohlfahrtskultur" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 57f.), in einem entsprechenden Ansatz des Community Development oder wiederum im Empowermentkonzept.

Im Abschnitt über Netzwerkeinbindungen wurde verdeutlicht, wie sehr auch soziale Unterstützungssysteme in ihrem Bestand und ihrer Wirksamkeit nur in einer funktionierenden sozialpolitischen Infrastruktur gesi-

233 Bezogen auf (partei-) politische Orientierungen kann es ebenso paradigmatisch für aktuelle Suchbewegungen stehen, stammt es doch von einem ausgewiesenen SPD-Mitglied - abgedruckt in einem von Klose herausgegebenen Band. Es kennzeichnet partielle und probeweise Annäherungen in einer Situation, die nach wie vor dadurch gekennzeichnet ist, daß "die Linke (...) um eine Antwort auf die Frage nach 'unschuldigen' gesellschaftlichen Organisationsformen verlegen (ist; U.O.), die als Anknüpfungspunkte für eine nicht-partikularistische 'neue Subsidiarität' (...) und letztlich als Leitvorstellung für eine heute nur als Paradox formulierbare 'socialist civil society' (...) infrage käme" (Offe/Heinze 1990: 166).

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

chert sind. Es ist deren Ausstattung mit Ressourcen, die letztlich über die Wirksamkeit ebenso mitentscheidet, wie über die Einholung der klassischen wohlfahrtsstaatlichen Ziele von Gleichheit und Gerechtigkeit.

Das Problem scheint im Horizont der Leitziele weniger darin zu bestehen, *ob* staatliche Politik gefordert ist, sondern eher, ob die Gewichte innerhalb der laufenden und künftigen sozialpolitischen Interventionen richtig eingeschätzt werden. "Daß es zukünftig angesichts der Tragweite der Pflegeproblematik darum gehen muß, die Ingredienzien des 'Welfare mix' neu zu bestimmen, ist sicher nicht generell strittig. (...) Ein Balanceverlust (oder ein falsches Mischungsverhältnis) könnte jedoch überall dort eintreten, wo Strategien der Ressourcenerschließung im (flankierten) familialen wie Laiensystem zwar greifen, sie aber zugleich den strukturellen Reformüberhang verdecken oder sich aus diesem thematischen Zusammenhang isolieren. Man stünde dann in einer (ungewollt) 'konservativen' Tradition von Bürgerengagement und Ehrenamt sowie ihrer Dienstbarmachung in Defizitsektoren sozialer Dienste: Aspekte des 'alten' Ehrenamtes könnten dann wiederum über das postulierte 'neue' triumphieren (...). Das sich derzeit andeutende Leitmotiv für diese politisch geprägte Pflege(teil)bewältigungsstrategie (...) kreist um das Motto 'Ältere helfen Alten'. (...) Es wird sich erst noch weisen müssen, ob aus solchen Glasperlenspielen später Kampagnen entwachsen, die praktisch Effekte zeitigen" (Schmidt 1991: 102f.).

Eine ordnungspolitisch "reine" Lehre - das ist aus diesen Überlegungen zu schlußfolgern - kann die Vision eines Staates als "Enabler" und Garant für Menschen, Gemeinschaften und Vereinigungen, autonomere Akteure zu werden, nicht begründen. Denn sie wirft eine folgenreiche Problematik auf: "The more the possibilities for individual and social action are coproduced by political rules, guarantees and interventions, the more the concept of an 'independant' civil society vis-à-vis the state seems to fade. Autonomy can be everless defined as a room of 'state-free' action but as the outcome of a specific regulation of the interactions between the economic, the state-political and the societal" (Evers/Wintersberger 1990a: 405).

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

Aufgrund ihrer Relevanz sollen die - im Programm in einem spezifischen Duktus und einer eigenen Semantik vorgetragenen - Zielbestimmungen in den nächsten Abschnitten mit eher klassisch soziologisch orientierten Überlegungen konfrontiert werden, die sich auf die Geltungskraft "moderner" universalistischer Prinzipien, auf die Reichweite des Normalisierungspostulats im Feld der Arbeit für und mit Älteren und auf den spezifischen Typus der Ausdifferenzierung von Funktionen beziehen.

Die Entwicklung altersbezogener Sozialpolitik und benachbarter Angebote und Leistungen verläuft in zunehmend widersprüchlichen Bahnen. Diesbezüglich werden drei Linien hervorgehoben. Eine erste besteht in Gegenimpulsen zur bisher die wohlfahrtsstaatliche Dynamik weithin prägenden Universalisierungstendenz. Ein zweiter Aspekt läßt sich als damit zusammenhängende Neuaufnahme der prominenten sozialpädagogischen Debatte um das Normalisierungsprinzip gegenüber dem Defizitbezug rekonstruieren, eine dritte aufmerksam zu registrierende Dimension besteht im zunehmenden Gewicht von Institutionen, die sich von der - die Moderne kennzeichnenden - funktional-spezifischen und in Arbeitsteilung erfolgenden Aufgabenerledigung verabschieden und Teilbereiche (wieder) entdifferenzieren.

Wenn es stimmt, daß diese Tendenzen vorbereitende und "Spürhund"-funktion haben, dann läßt sich im Kontext der Welfare-mix-Debatte damit in Ansätzen die allgemeine Auseinandersetzung um die Umrisslinien künftiger Wohlfahrtsstaatlichkeit führen. Die umrissenen Entwicklungslinien stellen zugleich "Übersetzungen" der Zielbestimmungen und deren Analyse dar und legen Ansatzpunkte für Kritik frei.

8.2 Universalisierung und Gruppenbezug

Gemäß der auch in internationaler Hinsicht verfolgten Trends ergibt sich in vielen Bereichen ein partialer - oft genug diskontinuierlich und widersprüchlich verlaufender - Abschied vom Inklusionsprinzip.²³⁴ Läßt sich die These formulieren, daß das wohlfahrtsstaatliche Inklusionsprinzip in dem Maße und in den Bereichen an normativer Geltungskraft und damit zugleich politischer Bedeutung verliert, in dem andere Institutionen leistungsfähiger werden oder erscheinen? Es spricht vieles dafür und die Vagheit der Formulierungen deutet die offensichtliche Problematik an. Einige Hinweise beziehen sich zunächst auf allgemeine Bedingungen wohlfahrtsstaatlicher Inklusion.

Nicht nur aufgrund ihrer begrenzten Leistungsfähigkeit, sondern auch aufgrund konzeptioneller Entscheidungen werden Flächendeckung, Standardisierung und allgemeine Erreichbarkeit durch diese anderen Institutionen in der Regel gar nicht angestrebt. Darüberhinaus wird selbst im regionalen Einzugsbereich vieler dieser neuen Initiativen als Zugangsschranke das Mitgliederprinzip wirksam. Je nach dessen konkreter Regelung birgt es Elemente des Exklusionsprinzips in sich.²³⁵ Die daraus resultierenden Schwierigkeiten wurden in der Literatur intensiv am Fall der Selbsthilfegruppen diskutiert, lassen sich aber ebenso eindrücklich am Fall organisierter Eigenarbeit im Rahmen von Austauschnetzen aufzeigen. Aufgrund der Vorleistungsbedingung könnte es bestehende soziale Ungleichheiten möglicherweise sogar verstärken.²³⁶

234 Der Begriff der Inklusion ist bei Luhmann definiert als "Einbeziehung der Gesamtbevölkerung in die Leistungen der einzelnen gesellschaftlichen Funktionssysteme. Er betrifft einerseits Zugang zu diesen Leistungen, andererseits Abhängigkeit der individuellen Lebensführung von ihnen" (Luhmann 1981: 25).

235 Vgl. zur Problematik dieser Schließungsregel hinsichtlich Netzwerkarbeit Forschungsverbund (1987: 117ff.).

236 "Der wichtigste Unterschied im Vergleich zu den wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen besteht darin, daß tauschförmig organisierte Dienste nicht auf der Basis gesetzlich fixierter Ansprüche erhältlich sind, sondern nur auf der Basis

Dies würde jedenfalls dann gelten, wenn das Austauschprinzip strikt durchgehalten und nicht in einer Weise durch Solidar- oder Transferkomponenten gebrochen werden würde, wie es sowohl die diskutierten ausländischen als auch die ersten seniorengenossenschaftlichen Erfahrungen nahelegen.

Diese allgemeinen Bedingungen werden überlagert durch Geschlechterpolitik. Ohne dies hier genauer ausführen zu können, kann gesagt werden, daß eine der Errungenschaften wohlfahrtspolitischer Modernisierung die schrittweise Angleichung zumindest der Rechte von Frauen an diejenigen der Männer ist. Dies Projekt ist in mehrfacher Weise unabgeschlossen und schon ein Blick auf aktuelle politische Interventionen zeigt die widerspruchsvolle Konkretisierung und den Umfang ungeklärter Verteilungsfragen.²³⁷ Die Thematisierung des Geschlechterverhältnisses folgt in Initiativen wie den Seniorengenossenschaften einem nicht minder widersprüchlichen Muster.²³⁸ In mehrfacher Weise knüpft es an geschlechterbezogene soziale Ungleichheit und "wesensmäßige" Differenzen an - Gewinne und Verluste müßten indes genauer abgeschätzt werden, als dies hier möglich ist.

Beck-Gernsheim weist - hier stellvertretend für andere genannt - darauf hin, daß die Frage des Verhältnisses zwischen den Generationen nicht losgelöst vom Geschlechterverhältnis diskutiert werden kann. "Wenn die traditionellen (...) Formen der Arbeitsteilung zwischen Män-

selbst erbrachter Vor- und Gegenleistungen. Wer zu solchen Vor- oder Gegenleistungen nicht oder nicht dauerhaft in der Lage ist, wird vom möglichen Empfängerkreis von Leistungen dieser Art ausgeschlossen. Das würde Personen ohne die geeigneten Fähigkeiten und Fertigkeiten, vor allem Kranke, Behinderte und manche älteren Personen betreffen, aber ebenso Personen, die nicht über hinreichend freie Zeit verfügen" (Offe/Heinze 1990: 193).

237 Als Beispiele: Die im Niveau allzu geringe Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht, die "Angleichung" der Regelaltersgrenze im Rentenreformgesetz von 1992 auf das Niveau der Männer, die unentschlossene und möglicherweise ganz scheiternde Implementation des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz usw.

238 Beispiele für diese Themen sind etwa ein Frauenwohnprojekt, Männerangebote für freiwillige Tätigkeiten, Leitungs- und administrative Verantwortungsübernahme durch Frauen und frauenangemessener Social Support.

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

nen und Frauen brüchiger werden, wird zugleich auch das Verhältnis zwischen den Generationen prekär. Politik kann nicht mehr stillschweigend der Annahme vertrauen, daß Frauen notfalls immer verfügbar sein werden. Wer die 'Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen' als Aufgabe sieht (...), der wird nicht daran vorbeischaun können, daß es dazu auch einer neuen Solidarität zwischen den Geschlechtern bedarf. Anders gesagt, um den vielzitierten Generationenvertrag auf eine neue Grundlage zu stellen, wird es nötig sein, auch einen neuen Vertrag zwischen den Geschlechtern auszuhandeln. (...) Solidarität zwischen den Generationen wird sich nicht zuletzt daran entscheiden, ob zukünftig auch Männer bereit sind, einen Teil des 'Daseins für Alte' mitzutragen" (Beck-Gernsheim 1993: 268). Dafür bietet eine geschlechterbezogen "neutrale", universalistisch auf abstrakte Gleichheit setzende Politik nur unzureichende und teilweise kontraproduktive Grundlagen (vgl. Fraser 1994: 222ff.).

Ob aus dem teilweisen Abschied von universalistischen Prinzipien, die historisch im sozialen Bereich einem spezifischen Verrechtlichungstypus folgten, in Verbindung mit der in den analysierten Leitzielen aufscheinenden Akzentsetzung auf aktive Beteiligung, Mitarbeit, Selbsthilfe und Selbstorganisation eine Depolitisierung von Wohlfahrtsansprüchen erfolgt, ist schwer zu beurteilen. Wahrscheinlicher wäre eine qualitative Umgestaltung der Ansprüche in Richtung jener "Koproduktions"-muster, wie sie unter dem Stichwort des Welfare mix analysiert wurden. Ein Diskurs - wie er für die Seniorengenossenschaften rekonstruiert wurde - über Verantwortlichkeiten und jeweilige Beiträge der verschiedenen Seiten im Verein mit der Semantik eines "growth to limits" - ein solcher Diskurs scheint dem Schubkraft zu verleihen.

Nun wäre das kein Abschied vom Wohlfahrtsstaat. Zwar wurde die "Universalisierung nach skandinavischem Typus" in verschiedenen Wohlfahrtsstaatsanalysen als fortgeschrittenste Ausprägung beschrieben, es ist aber nicht nur hinsichtlich der deutschen Entwicklung zu bekräftigen, daß an universalistischen Prinzipien orientierte Wohlfahrtsstaatlichkeit bekanntermaßen nie in gleicher umfassender Leistungserbringung für alle bestand. In den meisten Fällen bezieht sie sich auf die Absicherung im Falle des Eintretens bestimmter Tatbestände. Deren

Definition und Operationalisierung nimmt Bezug auf sehr unterschiedliche Kriterien. Das Bedarfsprinzip etwa ist im Bereich von medizinischen oder Pflegeleistungen als Anknüpfungspunkt vorherrschend, eine Kombination aus Äquivalenzprinzip und kategorialer Bedarfsunterstellung bzw. Rechtscodierung im Bereich vieler Geldleistungen. Viele Sparten der Altenhilfe und Altenarbeit schließlich bezogen sich auf *alle*, aber eben alle *Alten*.

Wenn an dem letztgenannten Kriterium - Altersbezug - heute Kritik geübt wird, so ist zu fragen, inwiefern mit der Infragestellung dieser speziellen kategorialen Bedarfsanknüpfung erreichte Rationalitätsgewinne wieder aufs Spiel gesetzt werden. Dahinter verbirgt sich eine Kardinalfrage künftiger Muster von Wohlfahrtsstaatlichkeit, die sehr gewissenhaft mit Bezug auf einzelne Bedürfnisse und Bedarfe abzuwägen ist. Die Kritik am Alterskriterium kommt aus zwei gegensätzlichen Richtungen.

Zum einen aus einer Bedürfnisorientierung: "Eine bedürfnisgerechte Politik für ältere Menschen würde eigentlich die Abkehr von schematischen Altersgrenzen als Kriterien für die Beendigung der Berufstätigkeit, für die Zuweisung von Sozialleistungen, für die Definition von Empfängergruppen und professionellen Dienstleistungen nahelegen. Das ist etwa der Tenor der nordamerikanischen Entwicklungen" (Mayer u.a. 1992: 726). Entsprechende Forderungen lassen sich ironischerweise aber auch gerade aus dem universalistischen normativen Grundverständnis moderner Gesellschaften selbst ableiten, das schließlich wesentlich auf dem Prinzip der individuellen Leistung beruht. Gesellschaftliche Rechte und Pflichten werden diesem Verständnis gemäß maßgeblich aufgrund von erworbenen anstelle von zugeschriebenen Merkmalen zugeteilt (vgl. im Sinne dieser Argumentation Kohli 1992: 241f.).

Verzichtet man indes auf die Zuschreibung eines normierenden Alterskriteriums, kommt man um Zuschreibungsprozesse spätestens im "leistungsferneren" Armutsbereich umso weniger herum. Dies läßt sich am Beispiel der Rentenversicherung verdeutlichen, wo die Doppelgesichtigkeit des Alters auf der Hand liegt. Wiewohl die Rentengrenze maßgeblich an der sozialen Konstruktion des Alters beteiligt ist, hält sie die inzwischen zur Genüge bekannten alternativen Strategien der Konstruktion von Anspruchsberechtigung mitsamt der Definitionsmacht auf Sei-

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

ten der Institution und der Professionellen draußen (vgl. Kardorff 1988: 310ff.): Die individualisierende Kleinarbeitung absicherungsbedürftiger Lebenslagen zu individuellen "Fällen" und die Identifizierung "defizitärer KlientInnen" entlang ihnen zugeschriebener Persönlichkeitsmerkmale.

Die senioren-genossenschaftlichen Postulate der Ressourcen-, Selbsthilfe- und Aktivitätsorientierung weisen deutlich in die Richtung einer Aufwertung erworbener gegenüber zugeschriebenen Merkmalen, seien sie nun als Abwehr des Defizitbildes oder als normative Verhaltenserwartung akzentuiert. Und es spricht angesichts der Rezeption dieser "Botschaft" manches dafür, daß die Entwicklung tragfähiger alternativer Kriterien und sie expedierender Instanzen oder gar eine gesellschaftliche solide verankerte "Politik der Bedürfnisinterpretation" (vgl. Fraser 1994: 229ff.) sehr viel mehr Zeit braucht als auf diesem Diskurs aufbauende Bestrebungen, universalistische Sicherungen ersatzlos zurückzudrängen. Ob ungewollte Nebenfolge oder politisches Ziel - die Gefahr besteht. Schon aus diesen wenigen Hinweisen läßt sich die Herausforderung für eine Neubalancierung des Wohlfahrtsstaates erkennen, die sich aus dem in den Hintergrund rückenden Inklusionsprinzip ergibt.

8.3 Normalisierung und Defizitbezug

Auf diese Struktur - die mit dem Universalisierungsanspruch in entwickelten Wohlfahrtsstaaten einhergehende Verallgemeinerung einer Defizitzuschreibung - beziehen sich kritische Impulse im Horizont eines auf die Älteren bezogenen *Normalisierungsprinzips*.²³⁹ In diesem Kontext wird immer wieder vorgeschlagen, gerade im Bereich sozialer bürgerschaftlicher Initiativen eine genauer umrissene Zielgruppenorientierung aufzugeben, knüpfe sie an weltanschauliche Grundhaltungen oder an einzelne, konkret bestimmte soziale Probleme oder spezifische "Risiko-
gruppen" an.²⁴⁰ Zumindest im Falle weltanschaulicher "Neutralität" lassen sich hier die Seniorengenossenschaften umstandslos hinzurechnen. An ihnen lassen sich exemplarisch weitere Normalisierungsaspekte verdeutlichen. So weist die Ressourcenorientierung in ihre Richtung, wenn sie - was möglich scheint - in einer Weise formuliert wird, die die oben genannten kritischen Einwände gegenstandslos macht und damit dem Normalisierungsprinzip gerecht wird.²⁴¹ Normalisierung wird darüberhinaus als Anerkennung von und Plädoyer für Pluralisierung vorgetragen, was insbesondere im sozio-kulturellen Bereich deutlich wird, sich aber ebensogut im Umgang mit psychiatrischen "Abweichungen" beweisen kann.

Bezüglich der Inklusion durch themen- und zielgruppenunspezifisch konzipierte Unterstützungsnetze ist allerdings ein genauerer Blick erforderlich, um zu verhindern, daß nicht auf dieser argumentativen Grundlage zweifellos erreichte moderne Errungenschaften gerade auch im spe-

239 Vgl. zu dessen - nicht explizit altersbezogener - Definition im Kontext seiner Geschichte und zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit typischen Kritikmustern am Normalisierungsprinzip Wolfensberger (1980a).

240 So etwa in der Konzeption des vom BMJFFG geförderten Modellversuchs "Private Unterstützungsnetze", vgl. Koch-Arzberger/Schumacher (1990: 46ff.).

241 Es ist nicht verwunderlich, daß das Normalisierungsprinzip mehrfach einer - der Logik nach - deckungsgleichen Kritik ausgesetzt wurde. Zu einer konzeptionellen Erwiderung darauf vgl. Wolfensberger (1980a: 94f.).

zialisiert professionellen Bereich pauschal gefährdet werden. Dies wäre Ergebnis einer gründlichen Fehlinterpretation und -anwendung des Normalisierungspostulats, wie es in der vorliegenden Arbeit verstanden wird.

Angesichts seiner vielfach belegbaren Mißverständlichkeit ist diesbezüglich eine definitorische Anmerkung vonnöten. Als Arbeitsprinzip auch für den professionellen Bereich besagt es in einer breit rezipierten Formulierung von Wolfensberger: "Use of culturally normative means (familiar, valued techniques, tools, methods), in order to enable persons life conditions (income, housing, health services etc.) which are at least as good as that of average citizens, and to as much as possible enhance or support their behavior (skills, competencies, etc.), appearances (clothes, grooming etc.), experiences (adjustment, feelings etc.), and status and reputation (labels, attitudes of others, etc.)" (Wolfensberger 1980a: 80).

In unserem Kontext soll insbesondere die Frage in den Mittelpunkt gestellt werden, wie vor dem Hintergrund des Normalisierungsanspruchs ein Bezug auf Alter zu rechtfertigen bzw. zu gestalten ist. Wiederum ist in diesem Punkt eine klare Einschätzung sehr schwierig. Die Kategorie des kalendarischen Alters spielt - dies kennzeichnet den einen Pol - natürlich eine gewichtige Rolle auch bei den Seniorengenossenschaften. Denn die Menschen werden in ihnen - in welchen und wie vielfältigen Rollen auch immer - mehrheitlich *als Ältere* organisiert.²⁴² Angesichts der von diesem Programm selbst ja auch immer neu konstatierten Pluralisierung des Alters und der im Ressourcendiskurs identifizierten großen Gruppe in vielfacher Hinsicht gutausgestatteter Alter scheint dieser Bezug aber ein anachronistisches Charakteristikum zu sein. Denn gerade "das 'autonome Alter' ist dadurch gekennzeichnet, daß für die Subjekte 'Alter' seine handlungssteuernde Kraft und seine Fokusfunktion für Selbstdefinitionen eingebüßt hat. Personen sind im 'autonomen Alter' zwar auch 'alt', zugleich aber vieles mehr (wohlhabend, arm, rüstig, krank, alleinstehend etc.). 'Alter' entwickelt sich begrifflich zusehends in

242 Die Argumentation ist insoweit zu relativieren, als die Beteiligung jüngerer Menschen gemäß den Befunden der wissenschaftlichen Begleitung im Vergleich zu anderen Feldern der Altenarbeit weit überdurchschnittlich ist. Vgl. Otto (1992b).

ein höchst allgemeines Großgruppenmerkmal, das nur dann noch Sinn ergibt, wenn sich weitere Attribute hinzugesellen, um eine intersubjektive Semantik wiederherzustellen" (R. Schmidt 1993: 14). Mit Blick auf die Breite der mit Seniorengenossenschaften tangierten Funktionen und Lebenslagen sollen diese Überlegungen in knapper Form auf drei Problembereiche bezogen werden.

Erstens: In bezug auf Gesellung und Betreuung besteht die größte Gefahr einer Eingrenzung auf Ältere und Alte in mangelnder Nachfrage. Es sind die Ergebnisse anderer Modellprojekte ernstzunehmen, die feststellen, daß sich die "jungen Alten" und "Vorruehändler" eher nicht mit "Senioren"-Angeboten zur Teilnahme motivieren lassen: "Allenfalls akzeptieren sie altersgemischte Freizeitangebote, wie die der Bürgerhäuser, Kommunikationszentren und Nachbarschaftsheime. Mit sicherem Instinkt meiden diese jungen und neuen Alten alle Angebote, die den Ruch der Fürsorge haben; sie sind auch selbständig genug, eigene Interessen zu verfolgen anstatt sich in Aktivierungsprogramme einspannen zu lassen" (Langehennig 1986: 325).

In diesen Bereichen also legt sich Distanz zu kategorial auf Alter bezogenen Angeboten aufgrund der Erfolgskriterien der Nachfrage, Akzeptanz und Zufriedenheit nahe. Sie treffen zusammen mit grundsätzlichen Vorstellungen einer altersintegrierten Gesellschaft. Das innovativste Potential - so läßt sich die entsprechende Überzeugung mit Riley und Riley pointiert zusammenfassen - liegt nicht in der Erweiterung spezieller Rollenmöglichkeiten für ältere Menschen, sondern in der "Entwicklung koexistierender Rollen für Menschen aller Altersstufen in der Gesellschaft" (Riley/Riley 1992: 447). Wie so oft ist es auch hier die Vielgestaltigkeit, Unterschiedlichkeit und Widersprüchlichkeit zwischen den *und* innerhalb der seniorengenossenschaftlichen Projekte, die eine adäquate Beurteilung erschwert. So wird sowohl in Teilen des programmatischen Diskurses als auch in den Aktivitäten mancher Projekte explizit ein solcher Normalisierungsanspruch vertreten - dies kennzeichnet den anderen Pol.²⁴³

243 Ohne es hier genauer untersuchen zu können, kann gesagt werden, daß dies für das spätere Parallelprogramm "Initiative Drittes Lebensalter" in noch stärker-

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

Ein *zweiter* Aspekt bezieht sich auf Behandlungs- oder Versorgungsbedarfe. Wiewohl sich von den beschriebenen Leitbildern der Senioren-genossenschaften her einerseits eine Fixierung auf die problembelasteten Seiten des Alters verbietet, werden andererseits gerade sie - neben vielen positiv besetzten - auch zum Inhalt von Angeboten und Bemühungen gemacht, und zwar nicht nur in strategischer Einstiegsabsicht. Insofern sich diese Angebote auf ja unbestreitbar vorhandene Bedarfe bei konkreten AdressatInnen beziehen, liegt damit eine klare kompensatorische, reaktive Strategie vor. Diese muß - sehen wir einmal von den häufig dahinter verborgenen defizitorientierten Altersbildern ab - einer ansonsten verfolgten Normalisierungsperspektive nicht entgegenstehen. Über ihre diesbezügliche Qualität wird in der konkreten Arbeit entschieden.

Sobald aber - *drittens* - präventive Orientierungen, seien sie medizinischer oder sozialer Art, in den Vordergrund rücken, ist der Versuch, stigmatisierende und Lebensweisen normierend beeinflussende Kategorisierungen und Zuschreibungen zu vermeiden, ungleich komplizierter. Ausnahmen beziehen sich bestenfalls auf allgemeine Gesundheitsförderung oder ähnlich unspezifisch ansetzende Strategien. Auch auf der Basis einer differentiellen Gerontologie ist der Aussage von Mayer u.a. zuzustimmen, daß es "im Hinblick auf präventive Maßnahmen und Aktivitäten (...) durchaus eine gewisse Berechtigung (hat; U.O.), ältere Menschen als eine gemeinsame Risikogruppe anzusehen" (Mayer u.a. 1992: 726). Risiken sind auch in diesem Kontext nicht auf körperbezogene oder medizinische einzuschränken. Risiken beziehen sich u.a. auf die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit, Selbstbestimmung und Kompetenz als häufig bedeutsamsten persönlichen Lebenszielen älterer und alter Menschen. Auch hier entscheidet es sich eher in vielen Details, ob Prävention als unauffällige Normierungsinstanz oder als Normalisierung im Horizont größtmöglicher Autonomie zu bewerten ist.

Es ist schwierig, allgemein anzugeben, was in der Spannung zwischen den beschriebenen Polen bleibt. Jedenfalls stellen sich drängende Fragen. Ist es unmöglich und deshalb ideologisch, wenn ein Angebot gefor-

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

dert und in Aussicht gestellt wird, "das gezielt auf zentrale Bedürfnisse älterer Bürger eingehen kann, gerade weil es nicht auf diese beschränkt bleibt und ohne daß es spezifisch auf die Altersproblematik zugeschnitten ist" (Koch-Arzberger/Schumacher 1990: 49)? "Modelle" oder "Instrumente" können ganz offensichtlich keine per se gültige Antwort sein. Aber vielleicht geht es ja weniger um "Lösungen" dieses Problems als um sensibilisierende Haltungen in Verbindung mit einer möglichst weitgehenden Normalisierung?

Das hieße aber, daß die hier besprochenen Initiativen in erster Linie als "Lernwerkstätten" und Dauerexperimente fruchtbar wären und als Stachel im Fleisch einer verkrusteten, segmentierenden Altenarbeit, daß Netzwerkanreicherung und Diskursimpulse höher bewertet würden, als konkret erstellte Dienste. Für diese Lesart finden sich in dieser Arbeit jedenfalls viele Belege. Zumindest eine Frage ist darüberhinaus gewissenhaft zu prüfen: Sind die positiven Effekte einer solchen Strategie ausreichend groß, um die noch zu diskutierenden negativen Effekte - die Konstituierung eines zwar hinausgeschobenen, dann aber umso defizitärer und problembeladener strukturierten "anderen" Segments - zu rechtfertigen? Auch dafür scheint vieles zu sprechen - jedenfalls, wenn sie bewußt werden und bleiben.

8.4 Funktional diffuse oder spezialisierte Aufgabenübernahme

Der dritte Aspekt organisiert nochmals eine Reihe von in der Arbeit entwickelten Befunden unter modernitätstheoretischer Perspektive. So wurde festgestellt, daß sich in den thematisierten Initiativen strenge Rollentrennungen z.B. mit Bezug auf Selbsthilfe, Ehrenamt oder Bürgerengagement verflüssigen und daß in vielen Varianten Bedingungen finden, die multiplexe Beziehungsgeflechte fördern. Auf der Basis einer kritischen Würdigung von familial-verwandtschaftlichen Settings einerseits und beruflich-bezahlten Spezialdienstleistungen andererseits wurde unter den Gesichtspunkten von sozialer Unterstützung und sozialer Integration insbesondere das große "Feld dazwischen" vermessen.

Am exemplarischen Beispiel der Seniorengenossenschaften und unter einem analytischen Zugriff, der explizit nicht an den Grenzen von Arbeits- und Funktionsteilungen stehen bleiben wollte, wurden die Umrisse von Strategien deutlich, die sich weder in rückwärtsgewandter Refamilialisierung noch in forcierter Formalisierung und Professionalisierung erschöpfen. In diesem Feld scheinen qualitative Potenzen gerade darin zu liegen, daß neue Typen funktional diffuser Aufgabenübernahme institutionalisiert werden, ohne - trotz Wahlverwandtschaftsmetaphorik - nur auf enge Familienmodelle zurückzugreifen und ohne in gemeinschaftliche Regressionen zu verfallen, die romantisierend an "früher", ans "ganze Haus" oder an "das Dorf" anknüpfen.

Nur auf den ersten Blick widersprechen sie einer Gegenwartsdiagnose einer "pluralisierten" und "individualisierten" Gesellschaft. Denn sie nehmen die Zweifel und das Leiden an dieser auf, sie bieten selbstgewählte Mischungsverhältnisse und überhaupt Wahlen, sie ermöglichen - anders als im Regelfall in der Familie - Verbindungen intimer Sorgetätigkeit mit politischen oder öffentlichen Facetten des Engagements usw. Dies alles sind Qualitäten, die offensichtlich für Dienstproduktion und soziale Integration gleichermaßen wichtig sind.

8.5 Professionelle und sozialpolitische Handlungsorientierungen

Angesichts der in diesem Abschnitt entwickelten Kriterien einer Vermeidung von Stigma- und Defizitzuschreibung und einer Strategie der Normalisierung könnte sich zwar als radikales "Arbeitsprinzip" Nonintervention nahelegen, mit Blick auf die mehrfach herausgearbeiteten Stützungs- und Bedarfslagen verbietet es sich aber offenkundig in vielen Segmenten der Arbeit mit und für Ältere. Sehen wir also davon ab, so läßt sich dem Normalisierungsprinzip als inhaltliches Leitziel die aktive Förderung von Selbständigkeit und Unabhängigkeit zuordnen. Im folgenden soll der Blick auf entsprechende Neuorientierungen bei Arbeitsprinzipien und Institutionalisierungen gelenkt werden, bevor an die Debatte angeknüpft wird, ob damit neue Muster sozialer Spaltung einhergehen und wie sie sich konturieren. Die Neuorientierungen werden anhand von zwei Vorschlägen jeweils nur in Aspekten umrissen.

Indem die Verwirklichung des Zieles der Selbständigkeit und Unabhängigkeit zum einen von der persönlichen Lebensführung im Alter und in früheren Lebenssituationen beeinflusst wird, zum anderen von der objektiven Lebenssituation, wird die Konzeption sozialpolitischer und sozialpädagogischer Intervention eine höchst anspruchsvolle Aufgabe, da zunächst nur der letztgenannte Faktor - die objektive Lebenssituation - durch politische Entscheidungen modifizierbar ist.

Die Formulierung von "Ganzheitlichkeit" - wie sie exemplarisch wiederum an den Seniorengenossenschaften verdeutlicht werden kann - wird häufig als Ziel und Arbeitsprinzip hierfür vorgeschlagen. Tatsächlich scheint damit eine Grenzziehung zu vielen, wenn nicht gar den meisten anderen Arbeitsansätzen der Altenhilfe möglich.²⁴⁴ Eine relevante inhalt-

244 Ganzheitlichkeit ist inzwischen Bezugspunkt einer ganzen Reihe konzeptioneller Versuche im Bereich sozialpädagogischer und psychosozialer Intervention. Bekanntere Beispiele sind Germain/Gitterman (1983) mit dem "life-model"

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

liche wie institutionsbezogene Facette wurde in Gestalt der partiell vorfindlichen funktional diffusen Aufgabenübernahme bereits gesondert behandelt. Schon dort wurde die Widersprüchlichkeit deutlich. Das Ganzheitspostulat garantiert noch lange nicht die Entwicklung geeigneter Instrumente und Methoden, die Erzielung entsprechender Wirkungen, deren Qualitätssicherung usw.

Zudem ist es plausiblerweise nicht isoliert in und durch einzelne Institutionen einlösbar. Spätestens bei gravierenden Hilfebedarfen wird es notwendig, systematisch alle adäquaten Hilfeelemente zugänglich zu machen, was beim gegebenen Stand der Institutionalisierung bedeutet, nicht nur die verschiedenen Berufsgruppen, sondern auch die verschiedenen Ebenen der Hilfeinstanzen wie die ambulanten, die teilstationären und die stationären Einrichtungen in den Blick zu nehmen. Wie aus medizinischen, pflegerischen und sozialtherapeutischen, aus psychologischen, kommunikativen und sozialpädagogischen, aus krankengymnastischen, ergotherapeutischen, gerontologischen und gerontopsychiatrischen Einzelexpertisen vernetzte Ressourcen werden können, ist das Hauptthema "fallbezogenen Unterstützungsmanagements" (vgl. zu diesem Konzept Wendt 1991, für die Altenarbeit Steiner-Hummel 1991c).

Die eine - häufig vernachlässigte - Seite des dahinterstehenden fachpolitischen Vernetzungs- bzw. Verbundsystemgedankens wurde als Linkage-Forderung ausführlich behandelt. Die andere - vielfach und unterschiedlichst beschworene - Seite besteht in der Vernetzung der in einem Versorgungsbereich bzw. bezüglich bestimmter Problemlagen tätigen Anbieter. Wie beim Zusammenwirken des professionellen Versorgungssystems mit informellen Unterstützungsnetzwerken wären die Rollen, Beiträge und Modi der Arbeitsteilung über das verbreitete Koordinationspostulat hinaus auszubuchstabieren (vgl. konzeptionell in Ansätzen Hummel 1992). Gerade die letztgenannte Ebene ist sowohl fallbezogen als auch mit Blick auf die Versorgungs- und Zusammenarbeitsstrukturen in der Region eine Dauerherausforderung.²⁴⁵

der sozialen Arbeit, Pankoke (1986) und Becher/Pankoke (1981) mit der "Feldorientierung" und der Förderung "selbstaktiver Felder" sowie die Vertreter einer ökosozialen Sichtweise (z.B. Wendt 1982).

245 Vgl. die Beiträge in Braun u.a. (1992); zur Umsetzung des Netzwerkgedankens

Ganzheitlichkeit also ist ein schwer operationalisierbarer Maßstab. Darüberhinaus birgt er Gefahren, da er auf eine "Erweiterung von Eingriffsräumen" (Kardorff 1988: 311f.) sozialpolitischer und -pädagogischer Intervention hinausläuft. Der Anspruch auf eine solche Erweiterung läuft Gefahr, "sozialtechnisch zu verkümmern, wenn ihm nicht eine ausformulierte politische Beteiligungsvorstellung zugrundeliegt, und sie tendiert zur Transformation in ein Instrument weiterer wissenschaftlich-pädagogischer Kolonialisierung der Lebenswelt und verschärfter sozialer Kontrolle, wenn *nicht* ausreichende sachliche und personelle Mittel zur Verfügung stehen" (Kardorff 1988: 312; Herv. i.T.)

Sowohl hinsichtlich der Partizipationsforderung als auch mit Bezug auf die Prioritierung von Autonomie in der Lebensführung und -gestaltung als normative Richtschnur weisen Seniorengenossenschaften essentielle Begrenzungshilfen gegen negative Effekte einer "ganzheitlichen" Intervention auf. Hinzu kommt, daß diese sich hier nur in geringem Maße in beruflich-professioneller Arbeit entfaltet. Das mag zwar auf den ersten Blick einfach ihr Gewicht - im Guten wie im Schlechten - begrenzen, bedeutet aber zugleich auch eine qualitativ chancenreiche Implementationschiene für ganzheitliche Orientierungen im professionellen Bereich auch in anderen Institutionen. Sie werden z.B. über Vernetzungsvorstellungen fallbezogen in die Einrichtungen hineingetragen.²⁴⁶ Ihre Wichtigkeit besteht zweifelsfrei nicht nur in der sozialen Arbeit, sondern kann ebenso bezüglich der Integration des "sozialen Blicks" in ein vom Medizinsystem und der Gesundheitspflege dominiertes Feld verdeutlicht werden, wo er ein unverzichtbarer Baustein ist.²⁴⁷

in entsprechende infrastrukturelle Einrichtungen und Maßnahmen Heinze/Olk/-Wohlfahrt (1992: 50ff.).

246 Als professionelle Intervention allerdings müssen für ganzheitliche Arbeitsansätze - bei der Netzwerkorientierung wurde darauf bereits kurz eingegangen - Begrenzungsregeln klarer konturiert werden.

247 Entsprechende Bemühungen erhalten momentan auch in Deutschland institutionell gestützten Auftrieb durch den Versuch, nach dem Beispiel des Public-Health-Ansatzes interdisziplinär sich verstehende "Gesundheitswissenschaften" zu konzipieren und institutionalisieren. Vgl. Laaser/Wolters/Kaufmann (1990); Hurrelmann/Laaser (1993). Inwiefern und in welcher Weise entsprechende Orientierung als "sozialpädagogischer Blick" thematisch-methodisch organisiert

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

Wurde Ganzheitlichkeit bis hier im wesentlichen als Arbeitsprinzip für die direkte Arbeit begriffen, so besteht als zweiter Strang notwendiger und diskutierter Neuorientierungen ein fachlich hier übergreifendes Pendant. Sowohl für soziale Altenarbeit wie für die altersbezogene Sozialpolitik besteht auf den Ebenen darüber - von der Sozialplanung bis zur Versorgungspolitik - offensichtlicher Klärungsbedarf, der auch im Zusammenhang mit der Institutionalisierung entsprechender Verantwortlichkeiten zu sehen ist.

Umzusetzen gilt es die hier diskutierten Konzeptionen insbesondere in sozialen Dienstleistungen, mithin naturgemäß im Raum von Gemeinwesen und Kommune. Und dort gibt es Anzeichen dafür, daß jedenfalls vom fachlichen Sachverstand und der Aufmerksamkeit für Lebenslagen Älterer her die Basis für eine gerontologisch informierte und angemessene Politik wächst. Sie trifft allerdings weiter auf die beschriebenen sozialrechtlichen Rigiditäten und fehlsteuernden Kostenregelungen, sie bricht sich in organisationspolitischen Egoismen und Verständigungsproblemen zwischen den Angehörigen verschiedener Ausbildungen und Berufsgruppen.

Umso notwendiger ist gerade auf der Ebene der Kommunen eine Konzertierung und zielgenaue Implementation der vorhandenen Interventionsmöglichkeiten und schließlich deren Veränderung. "Die Pluralisierung lokaler sozialer Handlungs- und Bewußtseinsformen erfordert eine neue Rolle der Kommunen bei der Koordinierung und Moderierung des lokalen 'Wohlfahrtspluralismus', der ihnen zunehmend eine eigeninitiiative Planungs-, Steuerungs- und Finanzierungskompetenz neben anderen Akteuren zuweist" (Heinze/Olk/Wohlfahrt 1992: 58). Dieck skizziert als Konsequenz der von ihr konstatierten "Gerontologisierung" kommunaler Politik: "Es bedarf keiner zentralen Institutionalisierung der Altenpolitik (...), wenn es gelingt, geschlosseneren Konzepte von Altenpolitik zu entwickeln und den Gestaltenden in Politik und Verwaltung als Orientierung und Meßlatte zu präsentieren" (Dieck 1993: 194).

werden können - unter Einbezug von Konzepten der Lebenswelt- und Alltagsorientierung - wird diskutiert in Rauschenbach/Ortmann/Karsten (1993).

Diese Aussage fordert heraus. Denn in der Tat existieren diese "geschlosseneren" Konzepte erst in Ansätzen. U.a. wurde in den letzten Jahren mehrfach versucht, im Rahmen von Landeskonzeptionen und Sozialplanungen die Umrisse zu verdeutlichen. Es ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch zur Forderung nach geschlosseneren Konzepten, wenn eine GutachterInnengruppe 1989 für Nordrhein-Westfalen das Kriterium der Integration durch Offenheit zu profilieren suchte. Diese Programmformel fordert entschieden dazu auf, Differenzierung von Bedarfslagen und Kompetenzen und kategoriale Gleichbetroffenheit im Alter zusammen zu denken.

Offenheit heißt dabei unumgänglich, die Pluralisierung und Differenzierung des Alters als Angelpunkt für kommunale Infrastrukturpolitik für alte Menschen zu erheben. "Altenpolitik, die auf Integration abzielt, kommt nicht umhin, den Lebenssituationen und Lebenslagen aber auch den gelebten Vorstellungen, Normen und Werten bezogen auf das Älterwerden und das Alter in ihrer ganzen Breite offen gegenüberzustehen und - soweit möglich und erforderlich - Barrieren abzubauen, die einer vielfältigen sozialen und kulturellen Artikulation und Gestaltung des Alters im Wege stehen. Altern und das Erleben des höheren Lebensalters beinhalten immer eine Gemeinsamkeit der Individuen auf anthropologischer Ebene und gleichzeitig extreme Differenzierung in allen anderen Hinsichten. Die Schwierigkeit besteht darin, daß Altenpolitik sich beider Aspekte bewußt bleiben muß, um ihre Aufgabe nicht zu verfehlen. Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen muß als praktische Konsequenz abgeleitet werden: Integration läßt sich - und zwar auf allen Ebenen - nur durch Offenheit fördern" (Bäcker u.a. 1989: 257).

Als Fazit mit Bezug auf die Seniorengenossenschaften wird deutlich, daß sie wichtige Teilelemente zu solchen konzeptuellen Ansätzen wie den in zwei Schlagworten angerissenen beizutragen haben. Hinsichtlich methodischer professioneller Intervention indes beschränkt sich dies im wesentlichen auf die besprochenen - zumindest als Potenz angelegten - Elemente partial fortgeschrittenerer Netzwerkorientierung, einer in Umrisse erkennbaren *sozialen* Formatierung von Altenarbeit, im Schnittpunkt beider Aspekte einer Ahnung lebensweltorientierter Hilfe und sozialer Unterstützung und einer - auch professionell zu organisierenden -

teilweisen Bereitstellung von Gelegenheitsstrukturen zur Zusammenführung der allzu oft auch für Ältere getrennten Bereiche des Wohnens, Begegnens, Arbeitens und Unterstützung-Findens. "Geschlossen" allerdings sind diese Mosaiksteine bestenfalls bezüglich des mit ihnen verbundenen Altersbildes. Und gerade die Konfrontation mit dem Normalisierungskonzept, aber auch mit den im folgenden zu erörternden Verteilungs- und Spaltungsimplicationen und ihren Herausforderungen zeigt, in welchem Maße dieser Bereich noch unterentwickelt ist.

8.6 Sozialpolitische Verteilungshorizonte - neue Spaltung?

Im folgenden zusammenfassenden Abschnitt wird zunächst danach gefragt, was es in sozialpolitischer Hinsicht bedeutet, sich auf die skizzierten Polarisierungstendenzen einzulassen und welche ordnungspolitischen Konsequenzen zu entwickeln sind. Im Anschluß daran wird die These vertreten, daß sich gerade im informellen Bereich Verteilungsprobleme ergeben, die sowohl besonders gravierend als auch besonders schwierig zu bearbeiten sind. Das Verhältnis zu und der Zusammenhang mit sozialen Geldleistungen ist aufgrund seiner ansonsten in dieser Arbeit knappen Thematisierung nochmals klarer herauszuarbeiten. An ihm wird häufig die Warnung vor einer bevorstehenden Verschärfung des Verhältnisses ("Krieg") zwischen den Generationen aufgehängt, die auf ihre Plausibilität hin überprüft werden soll, woraus sich schließlich eine übergreifende Forderung ableiten läßt.

Als sozialpolitisches Korrelat würde den bis hier entwickelten Ergebnissen die doppelte Forderung nach "Normalisierung" und Akzeptanz unterschiedlichster Lebensformen im Alter *und* gerontologisch fundierten Versuchen entsprechen, neu sich herausbildende und kategorial mit dem höheren Alter verbundene Bedarfslagen und Interventionsnotwendigkeiten aufzuspüren. Dies Plädoyer wird von Schmidt markant zusammengefaßt: "Das 'autonome Alter' bedarf keiner Sonderinstitutionen. Die sind längst obsolet. Eine Konzentration auf Abhängigkeiten hinge-

gen tut not" (R. Schmidt 1993: 14). Hier endet dann allerdings auch umso abrupter das Normalisierungspostulat. "Die Passage vom 'autonomen' hin zum 'abhängigen Alter' gleicht in wachsendem Maße auch einer spezifischen Grenzüberschreitung: Soziale Differenzierung und Individualisierung wird gesellschaftlich zurückgenommen - Bedarfsannahmen werden gesetzt, Standards durch Experten definiert, Wohnqualitäten fürs Heim kompromißhaft ausgehandelt u.a.m. Objektförderung stärkt die selbsternannte 'Vormundschaftlichkeit' - Subjektförderung erhält dem Individuum seinen Konsumentenstatus und damit seine Marktposition" (R. Schmidt 1993: 14).²⁴⁸

"Offenheit" angesichts dieser Spaltung müßte die Ausrichtung beider Sparten an größerer Optionalität bedeuten: der universalisierenden sozialen Sicherung und der gruppen- oder personenbezogenen Spezialdienste und -einrichtungen. Und einmal mehr besteht die diffizile Aufgabe in einer besseren Balancierung der unterschiedlichen Instrumente und Wege. Gerade im Feld des abhängigen Alters steht eine optionalitätsfördernde Politik in Deutschland erst am Anfang. Eine in diesem in der Fürsorgetradition verwurzelten Arbeits- und Politikfeld differenzierte Einführung von Marktelementen, die - wie das Beispiel, das Schmidt andeutet - so konzipiert sein müßten, daß sie das Freiwilligkeits- und Wahlfreiheitsziel unterfüttern, kann Teil einer entsprechenden übergreifenden Politik sein, sie ist aber kein Patentrezept.

Sowohl im einen wie im anderen Feld bedeutet eine bessere ordnungspolitische Balancierung im gemeinten Sinne unweigerlich eine Umverteilung von Domänen, legt in manchen Bereichen den Rückzug staatlichen Engagements nahe, weist ihm aber keineswegs nur eine Nachwächter-, sondern sehr wohl eine gestaltende Rolle zu. Allerdings wäre diese zu formulieren auf einer klaren und immer wieder zu über-

248 Die britischen Reformen haben sich dieser Zweiteilung in ordnungspolitisch eindeutig auf Effizienz und Kostensenkung zentrierter Konzeption schon am weitesten genähert. Sie kennzeichnen "the shift from a system which was universal in claim if not in practice, to a system which clearly declares to be selective insofar as it concentrates reforms and resources on the most needy or, in home-based care, to those 'border-line cases' which would otherwise move over to the very costly institutional forms of care" (Evers 1991b: 84).

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

prüfenden Analyse der Stärken und Schwächen der jeweiligen Wege und Mittel.

Im "weicheren" Segment der Altenarbeit rund um Gesellung, Aktivität und Integration stellt sich das Problem so, daß die "Zielgruppenunschärfe einerseits und die wachsende Konkurrenz durch den 'Seniorenmarkt' andererseits die Frage an Bedeutung gewinnen (lassen; U.O.), welche Angebote angesichts des Nachrangigkeitsprinzips der Sozialhilfe im Altenhilfe-Rahmen anzubieten wären, welche durch bloßen Anstoß, gegebenenfalls auch durch Anschub(mit)finanzierung in andere Hände gelegt werden könnten, und wo der expandierende 'Seniorenmarkt' soziale Ausgrenzungen vornimmt, die korrigiert werden müssen. Aufgabe gestaltender Politik wird sein, Barrieren des Zugangs zu Angeboten und Barrieren für eine weitere Entfaltung gesellschaftlicher Aktivitätspotentiale abzubauen und wo nötig, fördernd zugunsten der vom Markt ausgegrenzten Zielgruppen zu wirken. Im Falle angezeigter Einflußnahme der Politik wäre grundsätzlich darauf zu achten, daß die Rahmensetzung zur Initiierung von Prozessen der Selbstveränderung und der sozialen Integration weder die Gestaltung des nachberuflichen Lebens präjudizieren darf noch faktisch kann" (Bäcker u.a. 1989: 228f.).

Auf einen entscheidend wichtigen Aspekt ist gesondert hinzuweisen: Werden die qualitativen Herausforderungen ernstgenommen, die sich aus dem analytischen und sozialpolitischen Konzept des Welfare mix ergeben und die in dieser Arbeit durch die Betrachtung der Dienstleistungs- und der Netzwerkförderungsstrategie präzisiert wurden, so zeigt sich rasch, daß eine vereinfachende ordnungspolitische Debatte *das* wohlfahrtspolitische Essential genauso unzulässig verdrängt, wie dies für die Hauptlinien der Versozialstaatlichung gezeigt werden kann: Sie nehmen - ebenso wie die Entwicklungsdynamik des Wirtschaftssystems - zu wenig Rücksicht auf die Funktionsvoraussetzungen privater Unterstützungsnetzwerke und sie berücksichtigen die Eigenart von deren Entwicklungsfähigkeit in zu geringem Maße.

In diesem Kontext werden Verteilungsfragen virulent auf den Ebenen *erstens* der Lastenverteilung innerhalb des informellen Sektors und der sozialen Netzwerke, *zweitens* der in unserer Gesellschaft die Lebenschancen entscheidend prägenden Frage, ob man zu den "Betroffenen" -

sei es als "Angehöriger", sei es als hilfsbedürftige Person ohne Angehörige - zählt und *drittens* der faktischen, diese Verteilungsdimensionen wesentlich überlagernden, Disparität zwischen den Geschlechtern.

Zur *ersten* Verteilungsdimension: Wenn von der Vision einer immer größere Bedarfssektionen abdeckenden Dienstleistungsgesellschaft Abschied genommen wird, so werden jene Schnittstellen, wie sie am Beispiel der Linkage-Problematik im Netzwerkkontext entfaltet wurden, immer zentraler. Angesichts dessen, daß das ganze Spektrum sozialpolitischer Interventionsebenen in den Dienst einer diesbezüglichen Unterstützungspolitik gestellt werden müßte, sind wir etwa gemessen an den vor einem Jahrzehnt von Abrams und Bulmer geforderten Entwicklungen nicht sehr weit gekommen:

"In addition to more experiments with various kinds of payment and financial support and various forms of organization (especially streetwarden and patch arrangements) we need to introduce experiments on a whole range of other measures theoretically conducive to more effective informal care; on various ways of relaxing and redefining the boundaries of formal and informal care; on various ways of keeping care-givers in formed; and on ways and means of providing appropriate forms of care for carers themselves" (Abrams/ Bulmer 1985: 15). Immerhin stellen die Seniorengenossenschaften ein Beispiel hierzu dar.

Entsprechende Ansätze einer Politik des informellen Sektors haben unweigerlich zwei Seiten. Die Intensivierung staatlicher Bestrebungen zur "Ausschöpfung der gesellschaftlichen Ressource 'Mitmachbereitschaft' führt (...) dazu, daß sich die Probleme und Dilemmata sowohl im Bereich der Selbsthilfeaktivitäten als auch des ehrenamtlichen Engagements aneinander annähern und angleichen. (...) Das zentrale Problem einer Politik der Förderung und Unterstützung sowohl von Selbsthilfe als auch von ehrenamtlichem Engagement besteht also darin, einerseits die besondere Produktivität und den 'Eigensinn' solcher Formen freiwilliger sozialer Tätigkeiten erhalten zu müssen, um deren Produktivitätspotential zur Entfaltung bringen zu können, und zugleich Ziele wie flächendeckende Versorgung und Einhaltung eines bestimmten durchschnittlichen Qualitätsniveaus dieser Leistungen zu garantieren" (Olk 1990: 261f.). Eine Unterstützungspolitik hat darüberhinaus sehr genau

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

die Verteilung von Leistungsfähigkeiten, Belastungsgrenzen und Lebensqualität bei allen beteiligten Netzwerkpersonen im Auge zu halten. Die wohlfahrtsstaatlichen Kriterien der Gleichheit und Gerechtigkeit sind hier über bisherige Universalisierungsmuster hinaus qualitativ weiterzuentwickeln (vgl. z.B. den feministischen Gleichheitsansatz bei Fraser 1994a).

Bezüglich der *zweiten* formulierten Verteilungsdimension gilt die Feststellung eines seniorengenossenschaftlichen Beitrags in bescheidenen Ansätzen ebenso, wenngleich auch im wesentlichen beschränkt auf die Ebene eines diesbezüglichen bürgerschaftlichen Pflege-Diskurses.²⁴⁹ Dieser Strang hat indes strategische Bedeutung. "The challenge for our society is to redefine its responsibility to the growing number of caregivers and care-recipients so that caregiving work is equitably shared and the autonomy of caregiver and care-recipient ensured. Such a redistribution is essential to move toward a society where dependent elders are the concern of all, and where individuals are able to receive and to give to others the care that they want and need" (Hooyman 1990: 238).

Es ist die an das Leitziel der Solidarität anknüpfende Forderung einer Neu- und Breiterverteilung der notwendigen Pflege- und Sorgearbeiten, die mit Bezug auf Gleichheit und Gerechtigkeit zwar schon lange auf der Tagesordnung steht, aber offensichtlich erst aufgrund der demographischen Aussichten handlungsauslösende Schubkraft erhielt. Hier ist es vor allem die erst langsam sich durchsetzende Einsicht, daß bei vielen Personen ein familial-verwandtschaftliches oder nachbarschaftliches "Unterstützungsnetz" schlicht nicht zur Verfügung steht, die zusammentrifft mit einer allmählichen Anerkennung der eklatanten Ungleichheit, die sich aus der Verteilung dieser "Betroffenheit" ebenso ergibt, wie derjenigen, plötzlich "pflegende(r) Angehörige(r)" zu sein. Wieder ist es Hooyman (1990: 228), die es auf den Punkt bringt: "Why are issues of justice and equity ignored, by expecting sacrifice of an individual who simply has the misfortune of a relativ becoming ill?".

249 Auf dieses Konzept im Anschluß an Überlegungen von R. Schmidt wurde bereits in den Ausführungen über die Stützung des Unterstützungsnetzwerkes hingewiesen.

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

Das verweist auf die *dritte* Verteilungsdimension. Es braucht leider - betrachtet man bspw. die Diskussionen rund um die Pflegeversicherung - offensichtlich immer noch und immer neu betont zu werden, daß beide Betroffenheiten weit überproportional Frauen betreffen (vgl. Waerness/Ringen 1987). Bezüglich des gerade bei einer "ambulant-vor-stationär" Strategie dringlichen - wie weiter oben mit Beck-Gernsheim formuliert wurde - neuen Geschlechtervertrages ist indes die Ratlosigkeit besonders groß, wie er befördert werden könnte. Sorgende und pflegende Tätigkeiten sind im Kontext der Seniorenengossenschaften ebenso wie anderswo überdeutlich weibliche Domänen (vgl. Otto 1993; 1993a). Auch hier ist, wenn überhaupt, auf der Diskursebene ein erster Schritt gemacht, weitere Hoffnungen richten sich auf eine männergerechtere Ausgestaltung freitätiger Engagementmöglichkeiten, mit Elementen von der veröffentlichenden Zeitgutschrift bis zur Zeitsouveränität usw.

Läßt sich der Dienstleistungsstrategie das weitgehende Ausblenden des informellen Bereichs vorhalten und der Geldleistungsstrategie die in vielen Problem- und Bedarfslagen unzureichende qualitative Angemessenheit, so bleiben sie doch auch für demgegenüber vielfältigere Welfare-mix-Konzeptionen entscheidende wohlfahrtsstaatliche Essentials. Hier soll ein Aspekt wenigstens am Schluß der Arbeit noch hervorgehoben werden. Gerade weil viele, wenn nicht die meisten, der Bestrebungen und Projekte zum Umbau des Wohlfahrtsstaates mehr oder weniger eindeutig seiner Kostenkrise geschuldet sind, ist ihr Verhältnis zur Veränderung sozialer Geldleistungen besonders sorgfältig zu beachten.

Die Bezugspunkte dieser Diskussion sind - ohne durch die Reihenfolge eine Wertung vornehmen zu wollen - neben 1) der Kostenfrage 2) die Gerechtigkeitsdimension, 3) das Effektivitäts- und Effizienzkriterium (einschließlich Überlegungen zu Wirkungen auf Qualitäten), 4) steuerungstheoretische Aspekte (die Incentivedebatte), 5) die Sicherheitsdimension. Die in der Diskussion befindlichen Vorschläge im Feld der Geldleistungen - von der Pflegeversicherung oder der voll eigenständigen Sicherung der Frau (vgl. Krupp 1993; Rolf/Wagner 1990) über eine "Familienversicherung" (vgl. Teichert 1993: 272ff.) oder Sozialversicherungsgutscheine (vgl. Gretschmann u.a. 1989) bis zu Grundsicherungs- oder Grundeinkommensmodellen (vgl. zu Wirkungen auf soziale

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

Dienstleistungen Otto/Opielka 1988) - beziehen sich in je unterschiedlicher Akzentsetzung auf diese Bezugspunkte und stellen damit ein Feld hoher Komplexität dar. Aber auch dienstleistungs- und selbsthilfeorientierte Vorreiterprojekte einer Umbaustrategie wie die Seniorengenossenschaften beziehen sich darauf und haben ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Politik sozialer Geldleistungen - mit Bezug auf die Kapitalfunktion wurde dies bereits deutlich.

Angesichts dessen sind hier nur einige wenige zusätzliche Akzente herauszustellen. Im "härteren" Bedarfsbereich konturieren sich Probleme und Unstimmigkeiten am deutlichsten. Das Beispiel der fehlenden finanziellen Absicherung von Pflegeleistungen steht in eindringlicher Weise für das Ungleichgewicht in der aktuellen Sozialpolitik, zwar - der Kostenfrage geschuldet - die kostenärmeren Optionen voll auszunutzen, aber die materiellen Grundlagen nur völlig ungenügend bereitzustellen.²⁵⁰ Letzteres gilt ebenso für die infrastrukturellen Bedingungen (wie bspw. Kurzzeitpflegen und rehabilitationsorientierte Dienste und Medizin). Hier gibt es einen Kernbestand sozialstaatlich zu garantierender professioneller Versorgung, der mit Bezug auf die Gerechtigkeits- bzw. hier Gleichheitsdimension ebenso dringlich auszubauen ist wie aufgrund fachlich-qualitativer Erfordernisse und zeitüberdauernder Verlässlichkeit.

Gerade der letztgenannte Aspekt ist eine systematisch rekonstruierbare ordnungspolitische Stärke staatlicher Bereitstellung sozialer Güter. Die Sicherheitsdimension beherrscht weitgehend die Diskussion über Status quo und Zukunftsperspektiven der Rentenversicherung aber auch gewichtige Teile der Pflegeversicherungsdiskussion. Sie ist offensichtlich gerade für ältere Menschen ein wichtiges Akzeptanzkriterium gerade da, wo es um eigene Ansprüche geht. Dies gilt im übrigen offensichtlich ebenso für nichtmonetäre Medien, wenn sie künftige Ansprüche absichern sollen - dies haben die Diskussionen über Zeitgutschriften ein-

250 Gerade die Modelle der Äquivalenzzeiten in der Sozialversicherung oder der tax credits im Steuerrecht bewegen sich in dieser Grauzone zwischen der Schaffung von Incentives und/oder Gerechtigkeit. Kriterium gemäß unserer Argumentation müßte - über Armutsverhinderung hinaus - unverzichtbar die Maximierung von Flexibilität und Wahlfreiheit sein.

drucksvoll verdeutlicht. Schließlich wäre die senioren-genossenschaftliche Kapitalfunktion anzuführen, die dies zum einen ebenso dringlich zu berücksichtigen hätte, deren sozialpolitische Funktion aber zum anderen genau aufgrund dieses - nur unter höchst anspruchsvollen Voraussetzungen erfüllbaren - Anspruches möglicherweise sehr viel begrenzter bliebe als beansprucht.

Mit Bezug auf die Gerechtigkeits- und Effizienzdimension haben klassische universalistische Prinzipien keineswegs ausgedient. Dies ist hervorzuheben insbesondere mit Blick auf das Problem der weiblichen Altersarmut, das in Konzeptionen "neuer" Alterssozialpolitiken allzuoft in den Hintergrund gedrängt wird. Aufgrund der vorliegenden Informationen kann zwar davon ausgegangen werden, daß die alte Bevölkerung insgesamt kein höheres Armutsrisiko trägt als der Bevölkerungsdurchschnitt, mithin das Problem begrenzt ist. Das ändert nichts an seiner Dringlichkeit.²⁵¹ Da sonstige Mindestsicherungsmechanismen, wie sie vom Wohngeld bis zu Pfändungsfreigrenzen usw. existieren, das Verarmungsproblem nicht nennenswert entschärfen²⁵², besteht unabwendbar Handlungsbedarf (vgl. Schmähl 1992), zumindest in diesem Feld als weiterer sozialpolitischer Universalisierungsschub.

Schließlich ein Beispiel zur Steuerungsfunktion. In Übereinstimmung mit der bisher verfolgten nüchternen Skepsis gegenüber Versuchen, Sozialverhalten, Hilfebereitschaft oder Solidarität mit sozialpolitischen Interventionsmedien steuern zu wollen, wird auch bei Geldleistungen vor einem entsprechenden überzogenen Optimismus gewarnt. Aus guten Gründen sollte sich Sozialpolitik in diesem Steuerungsanspruch relativ weit zurückhalten und eher eine Leitlinie der Neutralität - im Sinne der

251 Der Bezug zur Gerechtigkeits- und Effizienzdimension läßt sich an den weiter aktuellen Sozialhilfethemen verdeutlichen: zum einen wird über die Angemessenheit des Sozialhilfeniveaus diskutiert, die hausgemachte stigmatisierende Produktion von "Sozialhilfebedürftigkeit" bei HeimbewohnerInnen skandalisiert oder die Nichtabsicherung von Haushalts- und Pflegeleistungen kritisiert, zum anderen über die Einlösung der sozialhilferechtlichen Zielbestimmungen, über negative Effekte seiner spezifischen Institutionalisierung und - mit Blick auf ältere Frauen besonders bedeutsam - die Nichtinanspruchnahmeproblematik.

252 Vgl. zu einer Zusammenstellung aller diesbezüglichen Sozialleistungen und Regelungen Leibfried (1990).

Ermöglichung von Optionalität und Wahlfreiheit - verfolgen. Dies wäre in vielen Bereichen bereits ein Fortschritt gegenüber der heutigen Situation, in der sozial problematisches Verhalten durch marktliche *und* sozialstaatliche Mechanismen tendenziell belohnt wird. Auf der anderen Seite ist verantwortungsbewußt mit dem Sachverhalt umzugehen, daß in manchen Fällen durch Geldleistungen Steuerungseffekte z.B. im Sinne einer Hinführung zu freitätigem Engagement zu erzielen sind, obwohl bezüglich der Gerechtigkeitsdimension die Geldleistung im konkreten Fall weit unterbemessen sein kann.

Die Beispiele mögen genügen, um klarzumachen, wie sehr sich Politikansätze einerseits auf die Geldleistungspolitik beziehen, andererseits gerade auch durch die mit ihnen verbundenen Diskurse gewichtigen Einfluß auf dieses Politikfeld ausüben. Das bedeutet in der Konsequenz, daß Wohlfahrtsstaatlichkeit ihre Qualität im gewählten Mix beweist, Einzelinitiativen diesen Zusammenhang nicht auflösen oder verlassen können, sondern sich in ihm zu verorten und zu begründen haben. Initiativen wie die Seniorengenossenschaften haben offensichtlich unausweichlich jenen Doppelcharakter zwischen Gegenimpuls und komplementärer Funktionsübernahme oder -ergänzung. Sie stehen damit einerseits in der Tradition dessen, was bspw. für die Selbsthilfebewegung als gesellschaftliche Funktionsbestimmung reklamiert wurde.²⁵³

Die Ansprüchlichkeit eines besser balancierten Wohlfahrtsmixprojektes wurde in dieser Arbeit gezeigt, auf mögliche Fallstricke der unkoordinierten Modernisierungsschübe mehrfach hingewiesen. Zugleich wurde Politikentwicklung als widersprüchliches Patchwork rekonstruiert, dessen Effekt dennoch große Trends identifizierbar werden läßt, die die-

253 "Selbsthilfegruppen sensibilisieren das Problembewußtsein für Defizite wie für ungenutzte Chancen, fördern neue Problemdefinitionen, erzwingen durch Konkurrenz angemessenere Problemlösungen oder verwirklichen Lösungen selbst. Von daher dürfte das Selbsthilfepotential im Zeitverlauf je nach gesellschaftlicher Konstellation sowohl insgesamt als auch in einzelnen Handlungsfeldern starken Schwankungen unterliegen. Soziale Selbsthilfe wird in Phasen, in denen Chancen ergriffen, Defizite abgebaut oder Hilfeleistungen gewährt werden, an Bedeutung verlieren - und umgekehrt an Bedeutung gewinnen, wenn individuelle Lebenslagen oder Entfaltungsmöglichkeiten von größeren Teilen der Bevölkerung als unbefriedigend eingeschätzt werden" (Schmelz 1991: 92).

ses Balanceprojekt zwar nicht verhindern, aber auch nicht selbst hervorbringen. Was das als Konsequenz für staatliche Interventionsformen bedeuten könnte, sei hier nur in einem Zitat als Ausblick angerissen.

Guillemard sieht in einer Bewertung europäischer Alternspolitik die Notwendigkeit, eine neue Form der staatlichen Intervention zu entwickeln, die "mehr auf Stimulierung als auf Absicherung ausgerichtet wäre. Neben der unerlässlichen sozialen Sicherung müßte es soziale Interventionsformen geben, die darauf abzielen, die gesellschaftliche Solidarität zu mobilisieren und gemeinnützige Initiativen zu fördern. Es muß gesehen werden, daß eine der Hauptschwierigkeiten, auf die die Realisierung dieser Vorschläge stoßen würde, die Aufstellung eines mittel- oder langfristig koordinierten Aktionsplanes wäre. Gleichzeitig verlangen die kurzfristigen Zwänge, die sich vor allem aus der Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Abhängigkeit der sehr alten Menschen ergeben, Sofortmaßnahmen, die nur schwer mit den langfristigen Orientierungen in Einklang zu bringen sind. Dennoch scheint die kurz-, mittel- und langfristige Konzertierung der Maßnahmen heute eine unabweisbare Forderung zu sein. Der Weg mag lang und steinig sein. Aber es steht so viel auf dem Spiel, daß es sich lohnt, ihn energisch zu beschreiten. Es geht um nichts weniger, als das Alter aufzuwerten, dem Altern gesellschaftliche Bedeutung zu geben und dies in einer Zeit, in der immer mehr Menschen künftig alt und viele sogar sehr alt werden" (Guillemard 1992: 637f.).

Diesem Ziel steht ganz besonders ein prominenter Diskurs entgegen, dessen Gewicht mit einigen Überlegungen überprüft werden soll. Mit den Topoi der "Alterslast" - "Rentnerberg", "Pflegetotstand", "Kostexplosion im Gesundheitswesen" oder "Pflegelawine" - wird häufig die Diagnose eines heraufziehenden "Krieges" zwischen den Generationen verbunden.²⁵⁴

Zwei Tendenzen werden hierzu in der Regel angeführt (vgl. Bengtson/Schütze 1992: 512). Zum einen der Anstieg des - in mehrfacher

254 Vgl. in der deutschen Diskussion insbesondere Gronemeyer (1989). Zur gegenteiligen Einschätzung der Trends auf der Grundlage heutiger empirischer Belege vgl. deren überblickartige Zusammenschau bei Hondrich/Koch-Arzberger (1992: 45ff.), sowie die bei Noelle-Neumann/Rothenberg (1993) referierten Befunde.

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

Hinsicht operationalisierbaren - Belastungsquotienten. Zum andern die zunehmende Wahrnehmung von "Ungerechtigkeit" zwischen den Generationen. Im Vergleich allerdings zur nordamerikanischen Debatte über die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Aufwendungen für die Alten einerseits, die Jungen andererseits und den Gerontozid ist der entsprechende Diskurs hierzulande vergleichsweise schwach.²⁵⁵

Mayer u.a. (1992: 731f.) tragen einige wichtige Gründe dafür zusammen, warum sich dies ihrer Meinung nach nicht entscheidend ändern wird. "Der Grund dafür ist zum einen, daß - im Gegensatz zu den USA - die Aufwendungen für die Alterssicherung und die Krankenversicherung im Alter historisch seit langem hoch akzeptierte Bestandteile des Wohlfahrtsstaates sind und durch das Beitragsprinzip legitimiert werden. Auf der anderen Seite ist auch die staatliche Finanzierung von Leistungen für Schulen und den Familienlastenausgleich ungleich weiter fortgeschritten und stärker institutionalisiert als in den USA. Zudem handelt es sich bei uns jedenfalls noch nicht um einen Konflikt zwischen Alten und Kindern, die unterschiedlichen Rassen und Ethnien angehören". Sie führen als weiteren Grund die völlig anders gelagerte psychologische Strukturierung des intergenerationellen gegenüber anderen Konflikten an, die sich daraus ergibt, daß jeder einzelne sowohl antizipatorisch als auch retrospektiv den gesamten Lebenslauf durchläuft. Daraus ergäbe sich eine völlig unterschiedliche Situation als bspw. beim Konflikt zwischen Geschlechtern oder Rassen. Allerdings könnte die Einkommens- und Vermögensrelation sich u.a. deshalb zuungunsten der Kinder entwickeln, weil aufgrund sinkender Kinderzahlen die Einkommen der älteren Menschen in zunehmend geringerem Maße innerhalb von Haushalten mit Kindern geteilt werden. Resumée: "Obgleich also nicht zu erwarten ist, daß der Generationenkonflikt politisch besonders bedeutsam wird, bleibt dennoch das Problem, ob und in welcher Weise die steigenden Vermögen kommender Altengenerationen in einer gerechten Weise zur

255 Zum Versuch einer soziologisch integrierten Perspektive des Genozids – allerdings ohne ausdrückliche Erwähnung der Altersdimension - vgl. Fein (1990).

Finanzierung der Alterssicherung herangezogen werden können" (Mayer u.a. 1992: 732).²⁵⁶

Die Einbindung älterer Menschen geht aber weit darüber hinaus. An ihr wird es sich möglicherweise entscheiden, ob sogar eine zunehmende Solidarität zwischen den Generationen erwachsen könnte. Bengtson und Schütze beschreiben diese Hoffnung vor dem Hintergrund der Hypothese der "strukturellen Verzögerung". "Heute befinden wir uns hinsichtlich der zunehmenden Langlebigkeit möglicherweise in einer Situation vorübergehender Normenlosigkeit. Vielleicht haben unsere Sozialstrukturen und Normen die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung noch gar nicht eingeholt. Daraus würde folgen, daß in einigen weiteren Jahrzehnten unsere Sozialstrukturen und kulturellen Werte weit genug entwickelt sein werden. Dieses Aufschließen der kulturellen Werte an die soziale Realität könnte es ermöglichen, mehr wirksame Mechanismen zu entwickeln, um in angemessenerer Weise mit einer großen Zahl betagter Menschen umzugehen" (Bengtson/Schütze 1992: 513).

Mit Blick auf den weiterhin beachtlichen Grad an intergenerationeller Solidarität in den Familien, die vielfach untersuchten stabilen und befriedigenden Beziehungen und entsprechend umfangreichen Hilfeleistungen ist die Frage zu stellen, ob nicht ähnliche wie die sich darin spiegelnden handlungsleitenden Normen auch auf der makrosozialen Ebene gefördert werden können. "Gibt es nicht gesellschaftliche bzw. kulturelle Werte wie Fürsorge für die Alten, Reziprozität, Interesse an der eigenen Zukunft, die alle potentiellen, aus der 'Ungerechtigkeit zwischen den Generationen' erwachsenden Konflikte dämpfen oder reduzieren könnten?" (Bengtson/Schütze 1992: 513).

Auf diese Werte beziehen sich Seniorengenossenschaften deutlich. Sie gehen dabei teils bekannte, teils unübliche Wege - sehen sich aber allemal "am Anfang des Weges" (Motto der Landesideenbörse Älterwer-

256 Zu einer volkswirtschaftlich informierten, verhalten optimistischen Beurteilung der weiteren "Finanzierbarkeit" der Gesundheitskosten in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Mayer u.a. (1992: 734ff.).

D Elemente und Perspektiven wohlfahrtspolitischer Modernisierung

den in Stuttgart, September 1992). Sie überschreiten in mehrfacher Hinsicht die Grenzen, die sowohl für die traditionellen Felder von Altenarbeit wie für die Altenselbsthilfe typisch sind. Sie "implementieren Zielsetzungen, programmatische Orientierungen und Qualifikationsprofile aus anderen (fortgeschritteneren) Bereichen, in denen sich kulturelle Sozialarbeit, soziale Kulturarbeit, Pädagogik und Bildungsarbeit begrifflich unscharf und unübersichtlich aber kreativ und produktiv mischen" (Bäcker u.a. 1989: 244). Zugleich binden sie Ältere vielfältig ein in die Suche nach neuen Umgangs-, Arbeits- und Austauschformen.

"Die wichtigsten und interessantesten Aspekte des Gemeindelebens sind ihrem Wesen nach paradox. Auf paradoxe Weise erfordern soziale Probleme, daß die Experten sich an Laien wenden, um die vielen verschiedenen und selbst widersprüchlichen Lösungen zu entdecken, die sie einsetzen, um ihr Leben selbst zu bestimmen. Durch dieses Lernen, das echte Kooperation erfordert, und das durch einen Sinn für Dringlichkeit entfacht ist, können wir vielleicht dazu beitragen, solche Programme und politischen Maßnahmen zu entwickeln, die es anderen ermöglichen, Lebensräume und Selbstbestimmung über ihr Leben zu finden" (Rappaport 1985: 274f.).

Senioren-genossenschaften sind ebenso Ausdruck einer veränderten sozialen Praxis wie sie eine solche auch in anderen Bereichen weiterzutreiben suchen. Sie setzen auf Mobilisierung von Fähigkeiten, auf aktive Gestaltung eigener Lebensräume, auf Partizipation in einem nicht institutionell verengten Sinne. Sie zeichnen sich aus durch den "Verzicht auf pädagogische Fertigprodukte" (Herriger 1992: 233). Für die Sozialprofessionellen bedeutet nicht nur dieser Aspekt zunächst einmal eine Verunsicherung, sollen sie doch die Sicherheiten erprobter Handlungs- und Rollenkonzepte aufgeben und sich offen auf ungewohnte und in ihrer Dynamik kaum vorhersehbare Entwicklungsprozesse im sozialen Feld einlassen. Das Anliegen, die Menschen bei ihrer Suche nach selbstbestimmten Lebensweisen zu unterstützen und ihnen einen schöpferischen Umgang mit belastenden Lebenssituationen durch das Stiften von neuen sozialen Zusammenhängen möglich zu machen, ist als Leitprinzip Sozialer Arbeit mit Älteren noch keineswegs umfassend durchgesetzt.

Literatur

Abkürzungen: ArchsozArb = Archiv für Wissenschaft und Praxis sozialer Arbeit; BldW = Blätter der Wohlfahrtspflege; KZfSS = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie; NDV = Nachrichtendienst des Deutschen Vereins; np = Neue Praxis; SozSich = Soziale Sicherheit; SF = Sozialer Fortschritt; TUP = Theorie und Praxis sozialer Arbeit; ZGerontol = Zeitschrift für Gerontologie

- Abrams, Ph./Bulmer, M. 1985: Policies to promote informal Social Care: Some Reflections on Voluntary Action, Neighbourhood Involvement, and Neighbourhood Care, in: Ageing and Society, 5. Jg., S. 1-18
- Abrahams, R.B. 1976: Mutual Helping. Styles of Caregiving in a Mutual Aid Program - the Widowed Service Line, in: Caplan, G./Killilea, M. (Hg.), Support Systems and Mutual Help. N.Y.
- AG Gesundheitsanalysen und soziale Konzepte an der FU Berlin und interdisziplinäre AG für angewandte soziale Gerontologie an der GHS Kassel (Hg.) 1991: Alte Menschen in der Stadt und auf dem Lande. Berlin
- Alber, J. 1990: Ausmaß und Ursachen des Pflegenotstandes in der Bundesrepublik, in: Staatswissenschaft und Staatspraxis, 3. Jg., S. 335-362
- Alber, J. 1991: Social and economic Policies and older People. National Report Germany (Report for the European Community Actions on older People), vv. Ms. Konstanz
- Allbus 1982: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung. Universität Köln 1983
- Altern als Chance und Herausforderung 1988: Bericht der gleichnamigen Kommission, erstellt im Auftrag der Landesregierung Baden Württemberg. Stuttgart
- Anheier, H.K. 1992: Voluntary Associations in den USA, in: Zimmer (1992: 257-276)
- Anheier, H.K./Seibel, W. (Hg.) 1990: The third Sector: Comparative Studies of Non-profit Organizations. Berlin/N.Y.
- Arbeitsgruppe Seniorengenossenschaften beim Staatsministerium Baden-Württemberg 1990: Die Seniorengenossenschaft. Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage, vv. Ms. Stuttgart
- Arbeitskreis Ambulante sozialpflegerische Dienste 1988: Ehrenamtliche Kräfte im Rahmen ambulanter sozialpflegerischer Dienste (Positionspapier), in: NDV, 68. Jg., S. 206-208
- Arber, S./Ginn, J. 1991: Gender and later Life. A sociological Analysis of Resources and Constraints. London u.a.
- Arendt, H. 1981: Vita activa oder vom tätigen Leben. München

- Arnold, E./Mändle, E. 1991: "Zukunftsmodell Seniorengenossenschaft" - Wesen, Aufgaben und mögliche Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, in: MAGFF (1991: 57-62)
- Asam, W.H. (Hg.) 1992: Neue Alten-Politik: Sicherung der Pflege durch Sozialplanung. Freiburg
- Asam, W.H./Heck, M. (Hg.) 1983: Soziale Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Aktuelle Forschungsergebnisse und Situationsdiagnosen. München
- Ausschreibung für ein Modellprogramm Seniorengenossenschaften in Baden-Württemberg (Ausschreibung) 1990, in: MAGFF (1991: 3-6)
- Aves, G.M. u.a. 1973: Freie Mitarbeiter in sozialen Diensten. Freiburg
- Backes, G. 1982: Entwicklung und Erprobung ehrenamtlicher Dienste in der Altenhilfe eines Landkreises. Bericht über die wissenschaftliche Begleitung eines vom BMJFG geförderten Modellvorhabens im Erftkreis. Köln
- Backes, G. 1985: Ehrenamtliche Dienste in der Sozialpolitik - Folgen für die Frauen, in: WSI-Mitteilungen, 38. Jg., S. 386-393
- Backes, G. 1987: Frauen und soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe. Augsburg
- Backes, G. 1991: Ehrenamtliche Arbeit älterer und alter Frauen - ein Beitrag zu ihrer sozialen Integration?, in: Ifg-Frauenforschung, 9. Jg., S. 89-100
- Backes, G./Krüger, D. (Hg.) 1983: "Ausgedient!?" Lebensperspektiven von älteren Frauen. Bielefeld
- Backhaus-Maul, H./Olk, Th. 1991: Intermediäre Institutionen und die Transformation kommunaler Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform, 37. Jg., Heft 11/12
- Badelt, Chr. 1984: Laienarbeit in der Sozialpolitik - eine ordnungstheoretische Analyse, in: Fürstenberg, F. (Hg.), Selbsthilfe als ordnungspolitische Aufgabe. Baden-Baden, S. 37-58
- Badura, B. (Hg.) 1981: Soziale Unterstützung und chronische Krankheit. Zum Stand sozialepidemiologischer Forschung. Ffm
- Badura, B./Ferber, Chr.v. (Hg.) 1981: Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen. München/Wien
- Bäcker, G. 1979: Entprofessionalisierung und Laisierung sozialer Dienste - richtungsweisende Perspektiven oder konservativer Rückzug?, in: WSI-Mitteilungen, 32. Jg., S. 526-537
- Bäcker, G. 1983: Ehrenamtliche Dienste - Probleme aus sozialpolitischer Sicht, in: SozSich, 32. Jg., S. 105-110
- Bäcker, G./Naegele, G. 1993: Geht die Entberuflichung des Alters zu Ende? - Perspektiven einer Neuorganisation der Alterserwerbsarbeit, in: Naegele/Tews (1993: 135-157)
- Bäcker, G./Naegele, G. 1993a: Alternde Gesellschaft und Erwerbstätigkeit. Modelle zum Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Köln
- Bäcker, G. u.a. 1989: Ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten zur Lage der älteren Menschen und zur Altenpolitik in NRW. Düsseldorf

- Bäcker, G. u.a. 1989a: Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 2 Bde.
- Baer, H./Veelken, L. 1983: Weiterbildung als Vorbereitung für eine nachbarschaftliche Tätigkeit in der Altenhilfe/Altenbildung, in: Schmidt (1983: 159-180)
- Baldock, J./Evers, A. 1991: Beiträge zu einer neuen Dienstleistungskultur - Beispiele aus dem Bereich der Altenpflege in den Niederlanden, Schweden und England, in: Soziale Welt, 42. Jg., S. 232-257
- Baldock, J./Evers, A. 1991a: Bürgerrechte und pflegebedürftige alte Menschen - Gefahren und Chancen sozialpolitischer Neuorientierungen im internationalen Vergleich, in: Journal für Sozialforschung, 31. Jg., S. 25-49
- Baldock, J./Evers, A. 1991b: On Social Innovation - a short Introduction, in: Kraan u.a. (1991: 87-92)
- Balke, K./Thiel, W. (Hg.) 1991: Jenseits des Helfens. Professionelle unterstützen Selbsthilfegruppen. Freiburg
- Baltes, P.B./Baltes, M. 1992: Gerontologie: Begriff, Herausforderung und Brennpunkte, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 1-34)
- Baltes, P.B./Mittelstraß, J. (Hg.) 1992: Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung (Forschungsbericht 5 der Akademie der Wissenschaften zu Berlin). Berlin/N.Y.
- Baltes, P.B./Mittelstraß, J. 1992a: Vorwort, in: Baltes/Mittelstraß (1992: I-XIV)
- Bauer, R. 1988: Verbesserung durch Laien? - Zur Kritik der Privatisierung sozialer Dienste, in: Leviathan, 16. Jg., S. 488-500
- Bauer, R. 1992: Vereine und das intermediäre Hilfe- und Dienstleistungssystem, in: Zimmer (1992: 151-169)
- Bauer, R./Tränhardt, A. (Hg.) 1987: Verbandliche Wohlfahrtspflege im internationalen Vergleich. Opladen
- Bayley, M.J. 1973: Mental Handicap and Community Care. London
- Becher, B./Pankoke, E. 1981: Sozialadministration und selbstaktive Felder, in: Arch-sozArb, 12. Jg., S. 219-239
- Bechtler, H. (Hg.) 1991: Gruppenarbeit mit älteren Menschen. Freiburg
- Beck-Gernsheim, E. 1991: Frauen - die heimliche Ressource der Sozialpolitik? Plädoyer für andere Formen der Solidarität, in: WSI-Mitteilungen, 44. Jg., S. 58-66
- Beck-Gernsheim, E. 1993: Apparate pflegen nicht. Zur Zukunft des Alters, in: Klose (1993: 258-279)
- Belle, D. 1982: The Stress of Caring: Women as Providers of Social Support, in: Goldberger, L./Breznitz, S. (Hg.), The Handbook of Stress. N.Y.
- Bender, D. 1993: Versorgung von hilfs- und pflegebedürftigen Angehörigen in Mehrgenerationenfamilien, unv. Ms. (DJI). München
- Bengtson, V.L./Schütze, Y. 1992: Altern und Generationsbeziehungen: Aussichten für das kommende Jahrhundert, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 492-517)

- Berger, J./Offe, C. 1984: Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips, in: Offe (1984: 87-117)
- Berger, J./Offe, C. 1984a: Die Entwicklungsdynamik des Dienstleistungssektors, in: Offe (1984: 229-270)
- Biegel, D.E./Shore, B.K./Gordon, E. 1984: Building Support Networks for the Elderly. Theory and Applications. Beverly Hills u.a.
- Binstock, R.H./George, L.K. (Hg.) 1990: Aging and the Social Sciences, 3. Aufl. San Diego u.a.
- Boche, U. 1991: Gesprächsgruppen für Angehörige von psychisch kranken alten Menschen, in: Bechtler (1991: 168-182)
- Bock, T. 1976: Ehrenamtliche Mitarbeiter als Partner in sozialen Diensten neu entdeckt, in: BldW, 123. Jg., S. 211-212
- Bösch, J. 1988: Nachbarschaftshilfe-Förderung in der Stadt, in: Psychosozial, 35. Jg., S. 30-44
- Bollnow, O.F. 1962: Das hohe Alter, in: Neue Sammlung, 2. Jg., S. 385-396
- Bollnow, O.F. 1966: Krise und neuer Anfang (insb. Kap. III: Das hohe Alter - die Aufgabe einer Gerontagogik usw.). Heidelberg
- Boulet, J./Krauss, J./Oelschlägel, D. 1980: Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip - eine Grundlegung. Bielefeld
- Bracker, M. u.a. 1988: Die Pflegebereitschaft der Töchter. Zwischen Pflichterfüllung und eigenen Lebensansprüchen (hgg. von der Bevollmächtigten der hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten). Wiesbaden
- Brandt, H. 1988: Haushaltshilfen für alte Menschen. Hilfebedarf, Leistungsrecht und Stellenwert (2 Teile), in: Mitteilungen zur Altenhilfe, 25. Jg., Heft 3: S. 12-17, Heft 4: S. 13-23
- Brandt, F./Göpfert-Divivier, W./Schweikart, R. 1992: Ambulante Dienste für Pflegebedürftige. Stuttgart u.a.
- Brandt, F./Göpfert-Divivier, W./Schweikart, R. 1992a: Pflege alter Menschen. Verbesserung der Versorgung alter, kranker und pflegebedürftiger Menschen (Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs des MAGS Ba-Wü). Stuttgart
- Braun, H./Articus, St. 1985: Zwischen ehrenamtlichem Engagement und unterbezahlter Arbeit. Zur Struktur und Funktionsweise 'organisierter Nachbarschaftshilfe', in: NDV, 65. Jg., S. 317-328
- Braun, H./Marx, M.-L. 1986: Altenhilfe in der Kirchengemeinde. Eine Studie zur Tätigkeit von Helferkreisen, in: Mitteilungen zur Altenhilfe, 23. Jg., Nr. 3, S. 44-54
- Braun, H./Marx, M.-L. 1987: Nichtprofessionelle Altenhilfe. Einsatzfelder, Arbeitsweisen, Verhältnis zu anderen Diensten, in: NDV, 67. Jg., S. 99-103
- Braun, H. u.a. (Hg.) 1992: Vernetzung in Altenarbeit und Altenpolitik. Probleme und Perspektiven in der neuen Bundesrepublik. Köln
- Braun, J./Greiwe, A. 1989: Kontaktstellen und Selbsthilfe. Bilanz und Perspektiven der Selbsthilfeförderung in Städten und ländlichen Regionen. Köln u.a.

- Braun, J./Röhrig, P. 1987: Praxis der Selbsthilfeförderung. Das freiwillige soziale Engagement am Beispiel von 4 Städten. Ffm/N.Y.
- Braun, J./Opielka, M. 1992: Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen. Abschlußbericht der Begleitforschung zum Modellprogramm "Informations- und Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen". Stuttgart u.a.
- Brody, E.M. u.a. 1984: Women who help elderly Mothers: Do Work and Parent Care compete? (Paper presented at the 37th Annual Scientific Meeting of the Gerontological Society of America). San Antonio, TX
- Brög, W. u.a. 1980: Anzahl und Situation zu Hause lebender Pflegebedürftiger. Stuttgart u.a.
- Brubaker, E. 1987: Working with the Elderly. Newbury Park u.a.
- Bruder, J. u.a. 1981: Beziehungen zwischen Patienten und ihren Familienangehörigen bei chronischen Erkrankungen des höheren Lebensalters (Bericht an die DFG, Eigendruck). Hamburg
- Brumlik, M./Brunkhorst, H. (Hg.) 1993: Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Ffm
- Buer, F. 1988: Soziale Netze, selbstaktive Felder, Sozialökologie & Co., in: np, 18. Jg., S. 95-110
- Buer, F. 1993: Familiäre Netzwerke - die bürgerliche Familie zwischen Individualisierung und Solidarisierung, in: Reichwein, R./Cramer, A./Buer, F. 1993: Umbrüche in der Privatsphäre. Familie und Haushalt zwischen Politik, Ökonomie und sozialen Netzen. Bielefeld, S. 229-300
- Büro für Stadtplanung und Sozialforschung 1979: Freiwillige Mitarbeiter in Alten- und Altenpflegeheimen in Stuttgart. Modellversuch, Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung (im Auftrag des BMJFG und der Stadt Stuttgart). Stuttgart
- Bulmer, M. 1987: The social Basis of Community Care. London
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) 1992: Altenbegegnung als soziale Lebenshilfe. Diskussionsbeitrag zu Zielgruppen, Inhalten und Perspektiven qualifizierter Altenbegegnungsstätten. Bonn
- Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS) 1993: 1. Teilbericht der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 1. Altenberichts der Bundesregierung. Bonn
- Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) 1986: Vierter Familienbericht. Die Situation der älteren Menschen in der Familie. Bonn
- Burgess, E. 1960: Aging in Western Societies. Chicago
- Cahn, E.S. 1987: The Time Dollar, vv. Ms. Miami
- Cahn, E.S. 1990: Service Credits: Eine neue Währung für den Wohlfahrtsstaat, in: Heinze/Offe (1990: 125-146)
- Carkhuff, R.R. 1968: Differential Functioning of Lay and Professional Helpers, in: Journal of Counseling Psychology, 15. Jg., S. 117-126

- Chambré, S.M. 1984: Is Volunteering a Substitute for Role Loss in Old Age? An empirical Test of Activity Theory, in: *the gerontologist*, 24. Jg., S. 292-298
- Cicirelli, V.G. 1991: Adult Children's Help to Aging Parents: Attachment and Altruism, in: Montada, L./Bierhoff, H.W. (Hg.), *Altruism in Social Systems*. Lewiston
- Cochrane, A. 1993: Comparative Approaches and Social Policy, in: Cochrane, A./Clarke, J. (Hg.), *Comparing Welfare States: Britain in international Context*. London u.a., S. 1-18
- Collins, A.H./Pancoast 1981: *Das soziale Netz der Nachbarschaft als Partner professioneller Hilfe*. Freiburg
- Cooper, B./Sosna, U. 1983: Psychische Erkrankung in der Altenbevölkerung, in: *Nervenarzt*, 54. Jg., S. 239-249
- Culpitt, I. 1992: *Welfare and Citizenship. Beyond the Crises of the Welfare State?* London u.a.
- DeFriese, G.H./Woomert, A. 1992: Informal and Formal Health Care Systems Serving older Persons, in: Ory/Abeles/Lipman (1992: 57-82)
- de Swaan, A. 1993: *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Ffm/N.Y.
- Deimer, K./Jaufmann, D./Pfaff, M. 1987: Komparative Evaluation sozialpolitischer Trägersysteme und Leistungsformen - ein Zwischenfazit, in: Kaufmann, F.-X. (Hg.), *Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe*. München, S. 255-272
- Dettling, W. 1993: Die Phantasie an die Macht. Sozialstaat: Leere Kassen zwingen Kritiker und Anhänger zur Umorientierung. Neue Konzepte sind nötig, in: *Die Zeit*, Nr. 44 vom 29.10.
- Dewe, B./Wohlfahrt, N. (Hg.) 1991: *Netzwerkförderung und soziale Arbeit. Empirische Analysen in ausgewählten Handlungs- und Politikfeldern*. Bielefeld
- Dieck, M. 1987: Patienten- und Klientenstrukturen von Diensten des Sozial- und Gesundheitswesens für ältere Menschen, Pflegeleistungen innerhalb der Familie, in: Dieck, M./Heinemann-Knoch, M./Rijke, J. (Hg.), *Alte Menschen in Pflegeverhältnissen (Materialien zum 4. Familienbericht, Bd. 3)*. München, S. 1-154
- Dieck, M. 1992: Besondere Perspektiven des Alterns und des Alters im vereinten Deutschland, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 640-667)
- Dieck, M. 1992a: Sozialpolitische Diskussion rund um die Sicherung bei Pflegebedürftigkeit in Westdeutschland, in: *Kytir/Mün"zeiz* (1992a: 43-70)
- Dieck, M. 1993: Entwicklungslinien der Altenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klose (1993: 187-212)
- Dieck, M./Naegele, G. 1990: "Matthäus-Prinzip" contra "Neue Alte", in: *Deutscher Caritasverband (Hg.), Caritas '90: Jahrbuch*. Freiburg
- Dieck, M./Steinack, R. 1987: *Gesellschaftliche Integration, soziale Interaktion, materielle und immaterielle Ressourcen: Aspekte der Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/Dublin
- Dieck, M./Naegele, G./Schmidt, R. (Hg.) 1985: *"Freigesetzte" Arbeitnehmer im 6. Lebensjahrzehnt - eine neue Ruhestandsgeneration?* Berlin

- Diewald, M. 1990: Pluralisierung oder Polarisierung? Empirische Ergebnisse zur gesellschaftlichen Bedeutung von Familien und Netzwerkbeziehungen in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform, 36. Jg., S. 746ff.
- Dinkel, R.H. 1992: Demographische Alterung: Ein Überblick unter besonderer Berücksichtigung der Mortalitätsentwicklungen, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 62-93)
- Dietzel-Papakyriakou, M. 1993: Altern in der Migration. Stuttgart
- Döse, A. 1992: Genossenschaften in Europa - eine Perspektive für Frauen?, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 15. Jg., S. 245-254
- Dohnicht-Fluck, B. 1984: Runzlige Radikale. Graue Panther in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Hannover
- Dubiel, H. 1985: Was ist Neokonservatismus. Ffm
- Eastman, E. 1985: Gewalt gegen alte Menschen. Freiburg
- Engfer, R./Grunow, D. 1987: Gesundheitsbezogenes Alltagshandeln im Lebenslauf. Bielefeld
- Evers, A. 1990: Im intermediären Bereich - Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt, in: Journal für Sozialforschung, 30. Jg., S. 189-210
- Evers, A. 1990a: Shifts in the Welfare Mix - Introducing a New Approach for the Study of Transformations in Welfare and Social Policy, in: Evers/Wintersberger (1990: 7-30)
- Evers, A. 1991a: Bürgerrechte und pflegebedürftige alte Menschen - Gefahren und Chancen sozialpolitischer Neuorientierungen im internationalen Vergleich, in: Journal für Sozialforschung, 31. Jg., S. 25-49
- Evers, A. 1991b: Concluding Remarks on the Significance of the Existing Policy Frameworks and the Planned Reforms - Similarities and Differences in Problems, Perceptions and Concepts, in: Kraan (1991: 73-85)
- Evers, A. 1992: Megatrends im Wohlfahrtsmix: Soziale Dienstleistungen zwischen Deregulierung und Neugestaltung, in: BldW, 139. Jg., S. 3-7
- Evers, A./Svetlik, I. (Hg.) 1993: Balancing Pluralism. New Welfare Mixes in Care for the Elderly. Aldershot
- Evers, A./Wintersberger, H. (Hg.) 1990: Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies. Ffm
- Evers, A./Wintersberger, H. 1990a: Main Findings and common Orientations in the national Reports, in: Evers/Wintersberger (1990: 389-409)
- Evers, A./Leichsenring, K./Pruckner, B. 1993: Alt genug, um selbst zu entscheiden. Internationale Modelle für mehr Demokratie in Altenhilfe und Altenpolitik. Freiburg
- Evers, A./Leichsenring, K./Pruckner, B. 1993a: "Was nichts kostet, ist nichts wert". Pflegegelder und Vergütungen freiwilliger Mitarbeit im internationalen Vergleich, in: NDV, 73. Jg., S. 119-123; S. 155-163; S. 191-193; S. 230-233
- Feder, J./Howard, J./Scanlon, W. o.J.: Helping Oneself by helping Others. Evaluation of a Service Credit Banking Demonstration, vv. MS. o.O.

- Fein, H. 1990: Genocide: A Sociological Perspective, in: Current Sociology, 38. Jg., Nr. 1
- Finch, J./Groves, D. (Hg.) 1983: A Labour of Love: Women, Work and Caring. London
- Findl, I./Klaushofer, K./Koller, K. 1992: Rehabilitation alter Menschen im Krankenhaus - und was dann?, in: Kytir/Münz (1992a: 137-156)
- Fink, U. (Hg.) 1985: Neue Wege in der Sozial- und Gesellschaftspolitik. Selbsthilfe, Nachbarschaft, freie und lokale Initiativen (Dokumentation des gleichnamigen Kongresses). Berlin
- Fink, U. 1988: Der neue Generationenvertrag. Ich für Dich. Die Zukunft der sozialen Dienste. München
- Flora, P. 1986 (Hg.): Growth to limits. The Western European Welfare States since World War II, 2 Bde. Berlin
- Flynn, R.J./Nitsch, K.E. (Hg.) 1980: Normalization, Social-Integration and Community Services. Baltimore
- Foa, E.B./Foa, U.G. 1976: Resource theory of Social Exchange, in: Thibaut, J.W./Spence, J.T./Carson, R.C. (Hg.), Contemporary Topics in Social Psychology. Morristown/N.Y., S. 99-131
- Forschungsverbund Laienpotential, Patientenaktivierung und Gesundheitsselfhilfe 1987: Gesundheitsselfhilfe und professionelle Dienstleistungen. Soziologische Grundlagen einer bürgerorientierten Gesundheitspolitik. Berlin u.a.
- Fraser, N. 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Ffm
- Fraser, N. 1994a: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment, in: Honneth, A. (Hg.), Pathologien des Sozialen. Ffm
- Frenz, U./Hummel, K. 1993: Selbsthilfe und bürgerschaftliche Altenpolitik, vv. Ms. Stuttgart
- Funk, H./Winter, R. 1993: Das modernisierte Ehrenamt. Selbstentfaltung und Anerkennung für junge Frauen und Männer im Lebenszusammenhang des Jugendverbandes. Neuss-Holzheim
- Geiger, M./Göpfert, W. 1982: Soziales Engagement von Hausfrauen. Auswertung eines Modellversuchs zur Förderung ehrenamtlichen Engagements von Hausfrauen. Saarbrücken
- Germain, C./Gitterman, A. 1983: Praktische Sozialarbeit - das "Life Model" der sozialen Arbeit. Stuttgart
- Gesellschaft für sozialen Fortschritt 1989: Ehrenamtliche soziale Dienstleistungen. Stuttgart u.a.
- Gesellschaft für Systemforschung und Dienstleistungen im Gesundheitswesen (GSD) (1987): Unterstützung des Einsatzes ehrenamtlicher Helfer in den Berliner Krankenhäusern und Krankenheimen, vv. Forschungsbericht. Berlin
- Gilbert, N. 1993: From "Welfare" to "Enabling" State, in: Evers/Svetlik (1993: 89-102)

- Gitschmann, P. 1987: Alterssozialpolitik auf kommunaler Ebene - Rahmenbedingungen und Strukturen. Handlungsbedarf, Planung und aktuelle Entwicklungen in der Krise des Sozialstaats. Berlin
- Gläss, H./Otto, U. 1989: Denn nur eines ist die Rente - sicher, in: Widersprüche, 9. Jg., Heft 32, S. 51-59
- Glinka, J./Jakob, G. 1992: Die Lebensgeschichten von Frau Gnade und Frau Glück - zwei Varianten ehrenamtlichen Engagements, in: Kaleidoskop. Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Halle-Köthen, Heft 2, S. 7-12
- Goldberg, G. u.a. 1990: Unverheiratete, kinderlose alte Frauen und ihre soziale Unterstützung, in: Schmerl, Chr./Nestmann, F. (Hg.), Ist Geben seliger denn Nehmen? Ffm/N.Y., S. 215-242
- Gottlieb, B.H. (Hg.) 1981: Social Networks and Social Support. Beverly Hills/London
- Gottlieb, B.H. 1981a: Preventive Interventions involving Social Networks and Social Support, in: Gottlieb (1981: 201-232)
- Gottlieb, B.H. 1983: Social Support Strategies. London/Beverley Hills
- Gottlieb, B.H. 1985: Assessing and Strengthening the Impact of Social Support on Mental Health, in: Social Work, 30. Jg., S. 293-300
- Gräbe, S. 1991: Reziprozität und Stress in 'Support'-Netzwerken. Neue Perspektiven in der familiensoziologischen Netzwerkforschung, in: KZfSS, 43. Jg., S. 344-356
- Grauhan, R.R./Leibfried, St. 1982: Die Sozialverwaltung zwischen politischer Herrschaft und politischer Produktion, in: Müller, S. u.a. (Hg.), Handlungskompetenz in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Bd. 2. Bielefeld, S. 205-218
- Graycar, A. 1983: Informal, Voluntary and Statutory Services: The complex Relationship, in: British Journal of Social Work, 13. Jg., S. 379-393
- Gretschmann, K. u.a. 1989: Neue Technologien und soziale Sicherung. Antworten auf Herausforderungen des Wohlfahrtsstaates. Maschinensteuer - Mindestsicherung - Sozialgutscheine. Opladen
- Griffiths, R. 1988: Community Care: Agenda for Action. London
- Gronemeyer, R. 1989: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Düsseldorf
- Gronemeyer, R./Bahr, H.E. (Hg.) 1979: Niemand ist zu alt. Ffm
- Gross, P. 1990: Selbsthilfe und Selbstverantwortung als normative Leitideen der Sozialpolitik, in: Sachße/Engelhardt (1990: 85-105)
- Grunow, D. 1981: Formen sozialer Alltäglichkeit: Selbsthilfe im Gesundheitswesen, in: Badura/Ferber (1981: 125-146)
- Grunow, D./Hegner, F. 1981: Sozialstationen im Bereich der ambulanten Sozial- und Gesundheitspflege, in: Badura/Ferber (1981: 39-66)
- Grunow, D. u.a. 1983: Gesundheitsselbsthilfe im Alltag. Stuttgart
- Grunow, D./Breitkopf, H./Grunow-Lutter, V. 1984: Gesundheitsselbsthilfe durch Laien: Erfahrungen, Motive, Kompetenzen. Ergebnisse einer qualitativen Intensivstudie. Bielefeld

- Guillemard, A.-M. 1992: Europäische Perspektiven der Alterspolitik, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 614-639)
- Gutberlet, G./Hauser, R. 1991: Armut im Alter - ein lösbares Problem, in: Deutscher Caritasverband (Hg.), Caritas '92: Jahrbuch. Freiburg, S. 23-30
- Gutmann, D. 1987: Reclaimed Powers. N.Y.
- Hafner, I. 1992: Wer hilft, wer stützt im Notfall? Anforderungen an die künftigen Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen im Land, in: Im Blick, Heft 1, S. 10
- Häfner, H. 1992: Psychiatrie des höheren Lebensalters, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 151-179)
- Halves, E. 1989: Altenselbsthilfeszusammenschlüsse: Was wollen und was können sie für die Lebenssituation alter Menschen bedeuten?, in: Kleiber, D./Filsinger, D. (Hg.), Altern bewältigen und helfen. Psychosoziale Projekte zur Hilfe und Selbsthilfe. Heidelberg, S. 137-150
- Halves, E./Trojan, A./Wetendorf, H.W. 1987: Handlungsfelder und Entwicklungsphasen von Selbsthilfegruppen, in: Kaufmann, F.-X. (Hg.), Gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Intervention: Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe. München, S. 175-199
- Hanesch, W. u.a. 1994: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek
- Hauser, R./Hübinger, W. 1993: Arme unter uns. Caritas-Armutsuntersuchung, 2 Bde. Freiburg
- Hebenstreit-Müller, S./Müller, B. 1990: Sozialpädagogik und Selbsthilfeunterstützung. Das Beispiel Familienselbsthilfe, in: Sozialpädagogik, 32. Jg., S. 202-211
- Hebenstreit-Müller, S./Pettinger, R. (Hg.) 1991: Miteinander lernen, leben, engagieren - neue soziale Netze für Familien. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung von Familien- und Nachbarschaftszentren. Hannover
- Hebenstreit-Müller, S./Pettinger, R. (Hg.) 1991a: Organisation, Förderung und Vernetzung von Familienselbsthilfe. Erfahrungen aus einem Modellversuch mit Familien- und Nachbarschaftszentren. Hannover
- Hedtke-Becker, A. 1990: Die Pflegenden pflegen. Freiburg
- Hegner, F. 1990: Wohlfahrtsmix und Versorgungsketten. Soziale Dienstleistungen der Zukunft müssen als Kombination von Staat, Markt und Selbstorganisation erbracht werden, in: BldW, 137. Jg., S. 125-127
- Hegner, F. 1992: Organisations-"Domänen" der Wohlfahrtsverbände. Veränderungen und unscharfe Konturen, in: Zeitschrift für Sozialreform, 38. Jg., S. 165-190
- Heinemann-Knoch, M./Claussen, F./Korte, E. 1992: Modelleinrichtungen der Kurzzeitpflege. Stuttgart u.a.
- Heinze, R.G./Offe, C. (Hg.) 1990: Formen der Eigenarbeit. Opladen
- Heinze, R.G./Olk, Th. 1981: Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion, in: KZfSS, 33. Jg., S. 94-114
- Heinze, R.G./Olk, Th./Wohlfahrt, N. 1992: Von der traditionellen Sozialpolitik zur neuen Wohlfahrtskultur? Freiwilliges soziales Engagement und lokale Infrastruktur (ILS-Schriften Nr. 64). Duisburg

- Helbrecht-Jordan, J. 1991: "Das Zentrum gibt keine Behandlung, es ist Behandlung - das Familienzentrum Neunkirchen im Spannungsfeld von Fremd- und Selbsthilfe, in: Hebenstreit-Müller/Pettinger (1991a: 86-99)
- Helbrecht-Jordan, J./Pettinger, R. 1991: "Jung und Alt unter einem Dach" - Vom Mit-, Neben- und Gegeneinander der Generationen in den Familien- und Nachbarschaftszentren, in: Hebenstreit-Müller/Pettinger (1991: 227-245)
- Héritier, A. (Hg.) 1993: Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS-Sonderheft 24). Opladen
- Héritier, A. 1993a: Einleitung. Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung, in: Héritier (1993: 225-244)
- Herriger, N. 1992: Empowerment - eine neue Zauberformel der Sozialen Arbeit?, in: Soziale Arbeit, 41. Jg., S. 231-235
- Herzog, A.R. u.a. 1989: Age Differences in Productive Activities, in: Journal of Gerontology, 44. Jg., S. 129-138
- Hondrich, K.O./Koch-Arzberger, C. 1992: Solidarität in der modernen Gesellschaft. Ffm
- Hooyman, N.R. 1990: Women as Caregivers of the Elderly. Implications for Social Welfare Policy and Practice, in: Biegel, D.E./Blum, A. (Hg.), Aging and Caregiving. Theory, Research and Policy. Newbury Park u.a., S. 221-241
- Horch, H.-D. 1988: Ressourcenzusammensetzung und Oligarchisierung freiwilliger Vereinigungen, in: KZfSS, 40. Jg., S. 527-550
- Horch, H.-D. 1992: Zur Sozioökonomie freiwilliger Vereinigungen, in: Zimmer (1992: 43-75)
- Horch, H.-D. 1992a: Geld, Macht und Engagement in freiwilligen Vereinigungen. Grundlagen einer Wirtschaftssoziologie von Non-Profit-Organisationen. Berlin
- Hummel, K. 1988: Das Ehrenamt in der gemeinwesenorientierten Altenarbeit, in: Evangelische Impulse, 10. Jg., S. 16-17
- Hummel, K. 1989: Handeln oder behandelt werden. Lebensstile und Lebensnöte älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland - Perspektiven einer sozialen Kommunalpolitik für alle, in: BldW, 136. Jg., S. 171-174
- Hummel, K. 1990: Seniorenengossenschaften - das Ende der Ruhestandsideologie?, in: Altenpflege, 15. Jg.
- Hummel, K. 1991: Zeit tauschen - miteinander leben. Neue Perspektiven von Seniorenengossenschaften, in: Lewkowicz, M. (Hg.), Neues Denken in der sozialen Arbeit. Freiburg
- Hummel, K. 1991a: Neues Engagement im Alter, in: Evangelische Impulse, 13. Jg., Heft 1, S. 21-23
- Hummel, K. 1992: Netzwerke in der Altenarbeit, in: Braun u.a. (1992: 66-73)
- Hummel, K. 1993: Öffnet die Altenarbeit. Zur sozialen Infrastruktur gemeinwesenorientierter Altenarbeit, in: Klose (1993: 213-227)

- Hummel, K. 1993a: Lebenskultur und soziale Unterstützung durch gemeinschaftliches Handeln. Die Bürgergesellschaft verlangt eine andere Kultur des Helfens - die Fähigkeiten des Tauschens müssen gelernt werden, in: BldW, 140. Jg., S. 267-269
- Hurrelmann, K./Laaser, U. (Hg.) 1993: Gesundheitswissenschaften. Handbuch für Lehre, Forschung und Praxis. Weinheim/Basel
- Hurst, J. 1991: Reforming Health Care in seven European Nations, in: Health Affairs, 10. Jg., S. 39-59
- Illich, I. 1976: Die Nemesis der Medizin. Ffm
- Illich, I. 1979: Entmündigung durch Experten. Zur Kritik der Dienstleistungsberufe. Reinbek
- Imhof, A.E. 1988: Die Lebenszeit. Vom aufgeschobenen Tod und von der Kunst des Lebens. München
- Infratest Sozialforschung 1992: Hilfe- und Pflegebedarf in Deutschland. Schnellbericht zur Repräsentativerhebung im Rahmen des Forschungsprojekts "Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung". München
- ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) 1992: Kommunikative Infrastruktur und soziale Prävention im Alter in Baden-Württemberg, vv. Ms. Stuttgart
- Jaeckel, M. 1992: Mütterzentren - eine erfolgreiche Alternative zum Ehrenamt, in: Müller/ Rauschenbach (1992: 161-170)
- Jakob, G. 1989: Ehrenamtliche Arbeit im Dienst des Selbst - Eine Fallrekonstruktion anhand der Biographie einer Mitarbeiterin, in: Grounded. Arbeiten aus der Sozialforschung, 2. Jg., Heft 2, S. 1-46
- Jakob, G. 1993: Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen
- Jakob, G./Olk, Th. 1991: Personalmanagement für Ehrenamtliche, in: Caritas, S. 227-234
- Janich, H. 1991: Die regionale Mobilität alter Menschen. Neuere Ergebnisse der Wanderungsforschung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3+4, S. 137-148
- Jann, W. 1981: Kategorien der Policy Forschung (Speyerer Arbeitshefte 37). Speyer
- Jülich, P. 1985: Ehrenamtliche Dienste in einem Landkreis, in: Garms-Homolová, V./ Hoffmann, A. (Hg.), Professionalisierung und Laisierung in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung alter Menschen. Kassel
- Karl, F. 1993: Sozialarbeit in der Altenhilfe. Freiburg
- Karl, F. u.a. 1990: Modellprojekt "Zugehende stadtteilorientierte Beratung älterer Menschen". Stuttgart u.a.
- Karl, F.D. (Hg.) 1991: Die Älteren - zur Lebenssituation der 55-70jährigen. Bonn
- Kardorff, E.v. 1988: Intervention: Kritik und Perspektiven, in: Hörmann, G./Nestmann, F. (Hg.), Handbuch der psychosozialen Intervention. Opladen
- Kardorff, E.v./Stark, W. 1987: Zur Verknüpfung professioneller und alltäglicher Hilfenetze, in: Keupp/Röhrle (1987: 219-244)

- Kardorff, E.v. u.a. (Hg.) 1989: Zwischen Netzwerk und Lebenswelt. Soziale Unterstützung im Wandel. München
- Karolus, St. 1992: Altenhilfe als gemeinwesenorientierter Ansatz - ein kleiner, aber hoffnungsvoller Versuch im Ortenaukreis, in: NDV, 72. Jg., S. 53-56
- Kaufmann, F.-X. (Hg.) 1982: Staatliche Sozialpolitik und Familie. München/Wien
- Kaufmann, F.-X. 1982a: Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention, in: Kaufmann (1982: 49-86)
- Kaufmann, F.-X. 1989: Wohlfahrtskultur - ein neues Nasobem?, in: Hoffmann-Nowotny, H.J. (Hg.), Kultur und Gesellschaft. Zürich, S. 383-385
- Kaufmann, F.-X./Rosewitz, B. 1983: Typisierung und Klassifikation politischer Maßnahmen, in: Mayntz, R. (Hg.), Implementation politischer Programme. Opladen, S. 25-49
- Kaufmann, F.-X. u.a. 1989: Netzwerkbeziehungen von Familien. Wiesbaden
- Kettler, U. 1992: Institutionalisierte Dienste zur Versorgung chronisch kranker alter Menschen. Perspektiven kommunaler Altenhilfe als integrierter Bestandteil regionaler Gesundheitsversorgung. Köln
- Keupp, H. 1987: Soziale Netzwerke - eine Metapher des gesellschaftlichen Umbruchs, in: Keupp/Röhrle (1987: 11-53)
- Keupp, H. 1991: Sozialisation durch psychosoziale Praxis, in: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, 4. neub. Aufl. Weinheim/Basel, S. 467-491
- Keupp, H./Röhrle, B. (Hg.) 1987: Soziale Netzwerke. Ffm/N.Y.
- Kliman, J./Trimble, D.W. 1983: Network Therapy, in: Wolman, B.B./Stricker, G. (Hg.), Handbook of Family and Marital Therapy. London/N.Y., S. 277-314
- Klose, H.-U. (Hg.) 1993: Altern der Gesellschaft. Antworten auf den demographischen Wandel. Köln
- Klose, H.-U. 1993a: Die Zukunft hat schon begonnen. Überlegungen zur Bewältigung des demographischen Wandels, in: Klose (1993: 7-26)
- Klose, H.-U. (Hg.) 1993b: Altern hat Zukunft. Bevölkerungsentwicklung und dynamische Wirtschaft. Opladen
- Knapp, M. 1989: Private and Voluntary Welfare, in: McCarthy (1989: 225-252)
- Knopf, D./Schäffter, O./Schmidt, R. (Hg.) 1989: Produktivität des Alters. Berlin
- Koch-Arzberger, C./Schumacher, J. 1990: Private Unterstützungsnetzwerke. Stuttgart u.a.
- Koch-Straube, U. 1990: Brauchen Alte Sozialarbeit?, in: Sozial extra, 14. Jg., S. 19-21
- Kohler, W. 1992: Neuordnung der ambulanten Dienste in Baden-Württemberg, in: Asam (1992: 80-92)
- Kohli, M. 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente, in: KZfSS, 37. Jg., S. 1-29

- Kohli, M./Wolf, J. 1987: Altersgrenzen im Schnittpunkt von betrieblichen Interessen und individueller Lebensplanung. Das Beispiel des Vorruhestandes, in: Soziale Welt, 38. Jg., S. 92-109
- Kohli, M. u.a. 1989: Je früher - desto besser? Die Verkürzung des Arbeitslebens am Beispiel des Vorruhestandes in der chemischen Industrie. Berlin
- Kohli, M. 1992: Altern in soziologischer Perspektive, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 231-259)
- Kohli, M. 1992a: Altersgrenzen als Manövriermasse? Das Verhältnis von Erwerbsleben und Ruhestand in einer alternden Gesellschaft, in: Strümpel, B./Dierkes, M. (Hg.), Innovation und Beharrung in der Alterspolitik. Stuttgart
- Kohli, M. u.a. 1993: Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby. Opladen
- Kondratowitz, H.J.v. 1983: Soziales Ehrenamt und gesellschaftliche Rationalisierung. Historische Entwicklungslinien ehrenamtlicher sozialer Arbeit in Deutschland, in: Schmidt (1983: 237-296)
- Kosmale, A.F. 1967: Bereiche ehrenamtlicher Mitarbeit in der sozialen Arbeit und Kategorien ehrenamtlicher Mitarbeit, in: Reschke, H. (Hg.), Die Aufgaben und die Ausbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Sozialarbeit. Ffm, S. 17-25
- Kraan, R. u.a. 1990: Care for the Elderly. Significant Innovations in three European Countries. Ffm/N.Y.
- Krämer, W. 1992: Altern und Gesundheitswesen: Probleme und Lösungen aus der Sicht der Gesundheitsökonomie, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 563-580)
- Kreuzer, S./Veltin, A. 1991: Sozialpsychiatrischer Dienst für alte Menschen Nürtingen (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Bd. 1). Baden-Baden
- Krüger, D. 1983: Lebensrealität und Lebensorientierung von Frauen in der Nachkindephase, in: Backes/Krüger (1983: 37-69)
- Krupp, H.-J. 1993: Mindestsicherung im Alter - im gesellschaftlichen Wandel erst recht notwendig, in: Klose (1993: 172-187)
- Kytir, J. 1992: Alter und Pflege - eine demographische "Zeitbombe", in: Kytir/Münz (1992a: 1-10)
- Kytir, J./Münz, R. 1992: Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter. Eine österreichische Untersuchung, in: Imhof, A.E. (Hg.) 1992: Leben wir zu lange? Köln u.a., S. 81-101
- Kytir, J./Münz, R. (Hg.) 1992a: Alter und Pflege. Argumente für eine soziale Absicherung des Pflegerisikos. Berlin
- Kytir, J./Münz, R. 1992b: Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter - empirische Evidenzen, in: Kytir/Münz (1992a: 71-104)
- Laaser, U./Wolters, P./Kaufmann, F.-X. (Hg.) 1990: Gesundheitswissenschaften und öffentliche Gesundheitsförderung. Berlin u.a.
- Lambrecht, P./Bracker, M. 1992: Die Pflegebereitschaft von Männern: 50 Jahre kann man nicht einfach beiseite schieben. Kassel
- Langehennig, M. 1986: Altentagesstätte - Sozialpädagogische Aktivierungsprogramme in der Krise, in: Schmidt, R. (Hg.), Ausbildung und Praxisfelder für Sozialarbeit/Sozialpädagogik in der Altenarbeit. Berlin

- Le Grand, J. 1993: Ein Wandel in der Verwendung von Policy-Instrumenten: Quasi-Märkte und Gesundheitspolitik, in: Héritier (1993: 9-36)
- Leibfried, S. 1990: Soziale Grundsicherung. Das Bedarfsprinzip in der Sozial- und Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik, in: Vobruba, G. (Hg.), Strukturwandel der Sozialpolitik. Ffm, S. 182-232
- Leisering, L. 1992: Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung. Ffm/N.Y.
- Leitgedanken zur Initiative Drittes Lebensalter 1993 (überarbeitetes "Memorandum" des Euroforums in Bad Boll, Jan. 1993), vv. Ms. Stuttgart
- Lengkeek, J. 1992: Vereine als Ort der Vergemeinschaftung? Eine soziologische Perspektive, in: Zimmer (1992: 19-42)
- Lenrow, P.B./Burch, R.W. 1981: Mutual Aid and professional Services. Opposing or Complementary, in: Gottlieb (1981: 233-257)
- Litwak, E. 1985: Helping the Elderly. The complementary Roles of Informal Networks and formal Systems. N.Y./London
- Lohfer, Chr./Lohfer, P./Muschter, W. 1982: Laien- und Selbsthilfe bei psychisch kranken alten Menschen. Evaluationskriterien für die Überprüfung der Wirksamkeit des Einsatzes ehrenamtlicher Laienhelfer unter Einbeziehung von Selbsthilfegruppen, Wohngemeinschaften und Nachbarschaftsgruppen (Forschungsbericht). Kopenhagen/Hamburg
- Lüschen, G. 1988: Familial-verwandtschaftliche Netzwerke, in: Nave-Herz, R. (Hg.), Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, S. 145-172
- Luhmann, N. 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München/Wien
- Mändle, E. o.J.: Seniorengenossenschaften - Wesen und Funktionen, vv. Ms. o.O.
- Marsh, E. 1991: Familien- und Nachbarschaftszentren im Spannungsfeld bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit, in: Hebenstreit-Müller/Pettinger (1991: 71-90)
- Marshall, T.H. 1964: Class, Citizenship and Social Development. Garden City
- Mayer, K.U. u.a. 1992: Gesellschaft, Politik und Altern, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 721-758)
- Mayr-Kleffel, V. 1991: Frauen und ihre sozialen Netzwerke. Auf der Suche nach einer verlorenen Ressource. Opladen
- McCarthy, M. (Hg.) 1989: The new Politics of Welfare. An Agenda for the 1990s? London u.a.
- Mc Knight, J. 1979: Professionelle Dienstleistungen und entmündigende Hilfe, in: Illich (1979: 37-56)
- Mencke, H./Wissert, M. 1988: Soziale Reintegration alter Menschen in der ambulanten Versorgung. Konzeptionelle Erweiterung der Hauspflege und häuslichen Krankenpflege in Berlin-Kreuzberg, in: Soziale Arbeit, 37. Jg., S. 104-108

- Meyer-Fehr, P. u.a. 1990: Sozialer Hintergrund und Bedeutung von organisierter, freiwilliger Nachbarschaftshilfe, in: Öffentliches Gesundheitswesen, 52. Jg., S. 69-76
- Meyle, A. 1993: Kurzstudie zur Arbeit der Seniorengenossenschaft Ravensburg e.V. - mit Schwerpunkt Krankenhausnachsorge (im Auftrag des MAGS BaWü). Pliezhausen
- Mieskes, H. 1970: Geragogik - Pädagogik des Alters und des alternden Menschen, in: Pädagogische Rundschau, 24. Jg., S. 90-101
- Mieskes, H. 1971: Geragogik - ihr Begriff und ihre Aufgaben innerhalb der Gerontologie, in: aktuelle Gerontologie, 1. Jg., S. 279-283
- Miller, S.M. 1990: The Evolving Welfare State Mixes, in: Evers/Wintersberger (1990: 371-387)
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Frauen BaWü (MAGFF) 1991: Selbsthilfe im Alter. Neue Wege. Stuttgart
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung BaWü (MAGFS) 1983: Lebenssituationen älterer Menschen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung in Baden-Württemberg. Stuttgart
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung BaWü (MAGFS) 1986: Ältere Menschen in Großstädten. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung in Baden-Württemberg. Stuttgart
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung BaWü (MAGS) 1992: Initiative 3. Lebensalter. Älter werden in Europa, Seniorengenossenschaften, 2. Landesideenbörse. Stuttgart
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung BaWü (MAGS): Seniorengenossenschaften als Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Eine Dokumentation. Stuttgart
- Mittelstraß, J. u.a. 1992: Wissenschaft und Altern, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 695-720)
- Morrow-Howell, N./Mui, A. 1989: Elderly Volunteers: Reasons for Initiating and Terminating Service, in: Journal of Gerontological Social Work, 13. Jg., S. 21-34
- Müller, S./Rauschenbach, Th. (Hg.) 1992: Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif, 2. unv. Aufl. Weinheim/München
- Müller, S./Olk, Th./Otto, H.-U. (Hg.): Sozialarbeit als soziale Kommunalpolitik. Ansätze zur aktiven Gestaltung lokaler Lebensbedingungen (np Sonderheft 6). Neuwied
- Müller-Kohlenberg, H. 1990: Die Helferrückwirkung. Was profitiert der Helfer von seiner Hilfeleistung?, in: Heinze/Offe (1990: 212-224)
- Müller-Kohlenberg, H./Kardorff, E.v./Kraimer, K. 1993: Soziales Engagement in Ost und West. Eine Berliner Studie. Berlin
- Myles, J./Quadagno, J. (Hg.) 1992: States, Labor Markets, and the Future of Old-Age Policy. Philadelphia
- Naegele, G. 1991: Anforderungen an eine zukunftsorientierte Altenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Ebene, in: TUP, 42. Jg., S. 418-425

- Naegele, G. 1992: Aspekte einer präventiven Alterspolitik, in: Soziale Arbeit, 41. Jg., S. 222-230
- Naegele, G. 1994: Zur Forderung nach mehr Beteiligung älterer Menschen am öffentlichen und politischen Leben - zwischen Fiktion und Realität, in: SF, 43. Jg., S. 232-238
- Naegele, G./Tews, H.P. (Hg.) 1993: Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Alternende Gesellschaft - Folgen für die Politik. Opladen
- Naegele, G./Tews, H.P. 1993a: Theorieansätze und -kritik zur Altersentwicklung - neue und alte sozialpolitische Orientierungen, in: Naegele/Tews (1993: 329-367)
- Neal, M.B. u.a. 1993: Balancing Work and Caregiving for Children, Adults and Elders. Newbury Park u.a.
- Nestmann, F. 1986: "Beichtvater", "Kummerkastentante" und "seelische Müllkippe". Natürliche Helfer in Dienstleistungsberufen, in: Klingemann, H. (Hg.), Selbsthilfe und Laienhilfe. Alternativen einer Gesundheitspolitik der Zukunft? Lausanne, S. 74-90
- Nestmann, F. 1988: Die alltäglichen Helfer. Berlin/N.Y.
- Nestmann, F. 1989: Förderung sozialer Netzwerke - eine Perspektive pädagogischer Handlungskompetenz?, in: np, 19. Jg., S. 107-123
- Neuberger, E./Duffy, W. 1976: Comparative Economic Systems: A Decision Making Approach. Boston u.a.
- Niederfranke, A. 1991: Neue Chancen nach der Lebensmitte - Spurwechsel? Orientierungskurs für Frauen. Stuttgart
- Noberini, M./Berman, R. 1984: Barter to beat inflation: Developing a Neighborhood Network for swapping Services on Behalf of the Aged, in: the gerontologist, 24. Jg., S. 467-470
- Noelle-Neumann, E./Rothenberg, W. 1993: Erfahrungen und Einstellungen zum Alter, in: Klose (1993b: 199-221)
- Nothbaum-Leiding, B. 1991: Gemeindenahe Netzwerkförderung - eine Strategie zur Lösung des sozialpolitischen Problems ambulanter Versorgung älterer Menschen auf dem Land?, in: Dewe/Wohlfahrt (1991: 95-129)
- Notz, G. 1988: Nicht zum alten Eisen gehören ... Frauen als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen in der Altenarbeit, in: Evangelische Impulse, 10. Jg., Heft 9, S. 9-11
- Notz, G. 1989: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen. Freiburg
- Offe, C. 1984: Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Ffm
- Offe, C./Heinze, R.G. 1986: Am Arbeitsmarkt vorbei. Überlegungen zur Neubestimmung 'haushaltlicher' Wohlfahrtsproduktion in ihrem Verhältnis zwischen Markt und Staat, in: Leviathan, 14. Jg., S. 471-495
- Offe, C./Heinze, R.G. 1990: Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Ffm/N.Y.

- Olk, Th. 1985: Der informelle Wohlfahrtsstaat - Beziehungsprobleme zwischen Sozialarbeit und nichtprofessionellem Helfesektor, in: Olk, O./Otto, H.U. (Hg.), Der Wohlfahrtsstaat in der Wende. Weinheim/München
- Olk, Th. 1986: Abschied vom Experten. Weinheim/München
- Olk, Th. 1990: Förderung und Unterstützung freiwilliger sozialer Tätigkeiten - eine neue Aufgabe für den Sozialstaat?, in: Heinze/Offe (1990: 244-265)
- Olk, Th. 1991: Ehrenamtliche Arbeit in England. Freiburg
- Olk, Th. 1992: Zwischen Hausarbeit und Beruf. Ehrenamtliches Engagement in der aktuellen sozialpolitischen Diskussion, in: Müller/Rauschenbach (1992: 19-36)
- Olk, Th./Heinze, R.G./Wohlfahrt, N. 1991: Zur Produktion sozialer Dienste in privaten Haushalten, in: Gräbe, S. (Hg.), Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor. Ffm/-N.Y., S. 153-172
- Opielka, M. 1992: Risiko und Gemeinschaft, in: np, 22. Jg., S. 471-484
- Ostner, I. 1990: Der partikularistische Sozialstaat - das Beispiel der Frauen, in: Dressel, W. u.a. (Hg.), Lebenslauf, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik (BeitrAB 133). Nürnberg
- Oswald, W.D. u.a. (Hg.) 1991: Gerontologie. Medizinische, psychologische und sozialwissenschaftliche Grundbegriffe, 2. Aufl. Stuttgart u.a.
- Ory, M.G./Abeles, R.P./Lipman, P.D. (Hg.) 1992: Aging, Health and Behavior. Newbury Park u.a.
- Otto, U. 1992: Sozialintegration plus Dienstproduktion. "Seniorengenossenschaften" als altenpolitischer Innovationsversuch, in: ArchSozArb, 23. Jg., S. 112-135
- Otto, U. 1992a: Seniorengenossenschaften Baden-Württemberg, in: Evangelische Impulse, 14. Jg., S. 34-36
- Otto, U. 1992b: Wir sind die Seniorengenossenschaften. Die Mitglieder und ihre Einstellungen. Ergebnisse einer Befragung, in: MAGS (1992: 216-253)
- Otto, U. 1993: Freiwilliges Engagement in einer Seniorengenossenschaft. Drei Fallstudien (Tagespflege Köngen; Freiburg; Riedlingen), vv. Ms. Tübingen
- Otto, U. 1993a: Endbericht-Schwerpunkt: Empirische Erhebungen. Themenbereiche: Zeittausch, Ehrenamt, Bürgerengagement, vv. Ms. Tübingen
- Otto, U. 1995: Freiwilliges Engagement in der Pflege Nicht-Angehöriger?, vv. Ms. Tübingen
- Otto, U. 1995a: Das Geschäft selbst in die Hand nehmen. Entgrenzte Selbsthilfe, in: Schweppe, C. (Hg.), Altsein - einmal anders. Weinheim/München (i.V.)
- Otto, U./Opielka, M. 1988: Grundeinkommen und Sozialarbeit, in: np, 18. Jg., S. 181-211
- Pankoke, E. 1983: Präventive Vernetzung. Zu Handlungskonzepten aktivierender Sozialarbeit, in: ArchsozArb, 14. Jg., S. 115-118
- Pankoke, E. 1986: Schwächen und Stärken familialer Vernetzung. Rat und Hilfe zur Entwicklung von Lebenszusammenhängen, in: ArchSozArb, 17. Jg., S. 202-220
- Paulwitz, I. 1988: Freiwillige in sozialen Diensten. Volunteers und Professionelle im Wohlfahrtssektor der USA. Weinheim/München

- Paulwitz, I. 1992: Volunteers. Freiwillige Soziale Arbeit in den USA, in: Müller/Rauschenbach (1992: 195-205)
- Perbandt-Brun, H. 1991: Erfahrungswissen angewandt - Der Reparaturdienst von Älteren für Ältere, in: Bechtler (1991: 182-193)
- Perry, W.H. 1983: The Willingness of Persons 60 or Over to Volunteer: Implications for the Social Services, in: Journal of Gerontological Social Work, 5. Jg., S. 107-118
- Pfrogner, H.-H. 1992: Praxisfeld Geragogik, in: Badry, E./Buchka, M./Knapp, R. (Hg.), Pädagogische Grundlagen und Arbeitsfelder. Neuwied, S. 343-353
- Pilisuk, M./Minkler, M. 1980: Supportive Networks: Life Ties for the Elderly, in: Journal of Social Issues, 36. Jg., S. 95-116
- Prümel-Philippson, U. 1990: Der Einsatz von Ehrenamtlichen in der Versorgung von chronisch Kranken, in: Breitkopf, H./Wohlfahrt, N. (Hg.), Sozialpolitik jenseits von Markt und Staat? Bielefeld, S. 91-117
- Puch, H.J. 1988: Inszenierte Gemeinschaften. Ffm u.a.
- Pynoos, J./Hade-Kaplan, B./Fleisher, D. 1984: Intergenerational Neighborhood Networks. A Basis for Aiding the frail Elderly, in: The Gerontologist, 24. Jg., S. 233-237
- Rappaport, J. 1985: Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit: Ein sozialpolitisches Konzept des 'empowerment' anstelle präventiver Ansätze, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, Nr. 2., 17. Jg., S. 257-278
- Rauschenbach, Th. 1992: Freiwilligendienste - eine Alternative zum Zivildienst und zum sozialen Pflichtjahr? Formen sozialen Engagements im Wandel, in: ArchSozArb, 23. Jg., S. 254-277
- Rauschenbach, Th./Müller, S./Otto, U. 1992: Vom öffentlichen und privaten Nutzen des sozialen Ehrenamtes, in: Müller/Rauschenbach (1992: 223-242)
- Rauschenbach, Th./Ortmann, F./Karsten, M.-E. (Hg.) 1993: Der sozialpädagogische Blick. Lebensweltorientierte Methoden in der Sozialen Arbeit. Weinheim/München
- Reggatin, H./Dettbarn-Reggatin, J. 1992: Selbsthilfegruppen älterer Menschen. Bestandsaufnahme im Bereich der Altenselbsthilfe in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
- Reichenwallner, M./Glatzer, W./Bös, M. 1991: Die Einbindung älterer Menschen in familiäre, nachbarschaftliche und andere soziale Netzwerke in bezug auf empfangene und geleistete materielle und immaterielle Unterstützung und Hilfen, in: DZA (Hg.), Expertisen zum 1. Teilbericht zur Erstellung des 1. Altenberichts der Bundesregierung. Berlin, S. 1-56
- Richter, R. 1985: Soziokulturelle Dimensionen freiwilliger Vereinigungen. München.
- Ridley, N. 1988: The local Right: Enabling not Providing. London
- Rieken, I. 1991: Wege zur gesellschaftlichen Partizipation - zwischen Engagement und Disengagement von Frauen in Familien- und Nachbarschaftszentren, in: Hebenstreit-Müller/Pettinger (1991a: 46-63)

- Riessmann, F. 1965: The Helper Therapy Principle, in: *Social Work*, 10. Jg., S. 27-32
- Riley, M.W./Riley, J.W. 1992: Individuelles und gesellschaftliches Potential des Alterns, in: *Baltes/Mittelstraß* (1992: 437-460)
- Röhrle, B./Stark, W. 1985: Soziale Stützsysteme und Netzwerke im Kontext klinisch-psychologischer Praxis, in: *Röhrle/Stark* (1985: 29-41)
- Rogne, L./Eustis, N.N. 1990: *Support Systems for the Familyless Elderly*. London
- Rolf, G./Wagner, G. 1990: Alterssicherung und sozialer Wandel in Deutschland, in: *WSI-Mitteilungen*, 43. Jg., S. 509-519
- Rosenmayr, L. 1990: *Die Kräfte des Alters*. Wien
- Rosenmayr, L. 1992: Sexualität, Partnerschaft und Familie älterer Menschen, in: *Baltes/Mittelstraß* (1992: 461-491)
- Rothe, A. 1992: *Altern in der Fremde - Neue Herausforderungen an die soziale Arbeit*. Kassel
- Rothlin, S. 1988: Der Aufbau einer Vermittlungsstelle für Nachbarschaftshilfe, in: *Psychosozial*, 35. Jg., S. 45-54
- Rürup, B./Sesselmeier, W. 1993: Schrumpfende und alternde deutsche Bevölkerung. Arbeitsmarktpolitische Perspektiven und Optionen, in: *Klose* (1993: 27-50)
- Ruffini, J.L./Todd, H.F. 1979: A Network Model for Leadership Development among the Elderly, in: *the gerontologist*, 19. Jg., S. 158-162
- Sachße, C./Engelhardt, H.T. (Hg.) 1990: *Sicherheit und Freiheit*. Ffm
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen 1990: *Herausforderungen und Perspektiven der Gesundheitsversorgung*. Jahresgutachten. Baden-Baden
- Schäuble, G. 1989: *Die schönsten Jahre des Lebens? Lebenslagen und Alltagsrhythmen von jungen Alten*. Stuttgart
- Schenk, M. 1984: *Soziale Netzwerke und Kommunikation*. Tübingen
- Schmachtenberg, W. 1980: *Modelle ehrenamtlicher Mitarbeit in der Altenhilfe*. Stuttgart u.a.
- Schmähl, W. (Hg.) 1992: *Mindestsicherung im Alter*. Ffm/N.Y.
- Schmelz, C. 1991: Selbsthilfebewegung im Alter, in: *Howe, J. u.a. (Hg.), Lehrbuch der psychologischen und sozialen Alternswissenschaft*. Bd. 3: *Hilfe und Unterstützung für ältere Menschen*. Heidelberg
- Schmidt, M.G. 1993: Theorien in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, in: *Héritier* (1993: 371-393)
- Schmidt, R. (Hg.) 1983: *Ehrenamtliche Dienste in der Altenhilfe*. Berlin
- Schmidt, R. (Hg.) 1986: *Ausbildung und Praxisfelder für Sozialarbeit/Sozialpädagogik in der Altenarbeit*. Berlin
- Schmidt, R. 1987: *Mikroanalyse ehrenamtlicher Altenarbeit im Gemeinwesen: Die Sozialkommissionen in Berlin-Neukölln*. Berlin
- Schmidt, R. 1991: *Altenhilfe - (k)ein Geschäft für Profis? Sekundäranalytische Studien zur Altenhilfeentwicklung seit Mitte der 70er Jahre am Beispiel Bayerns*. Berlin

- Schmidt, R. 1992: Seniorengenossenschaften und Pflegemanagement, in: MAGS (1992: 190ff.)
- Schmidt, R. 1993: Zehn Aussagen zur Modernisierung des Alters und deren Konsequenzen für die Dienstleistungsproduktion in der Altenhilfe, in: SOCIAL-Management, 2. Jg., S. 13-14
- Schmitz-Scherzer, R./Radebold, H. 1983: Forschungsantrag "Zugehende stadtteilorientierte Beratung älterer und alter Menschen" (FB Sozialwesen/Interdisziplinäre AG für angewandte soziale Gerontologie). GHS Kassel
- Schubert, H.J. 1990: Private Hilfenetze. Solidaritätspotentiale von Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft. Ergebnisse einer egozentrierten Netzwerkanalyse. Hannover
- Schütz, R.M./Tews, H.P. 1991: Ältere Menschen in Schleswig-Holstein. Ergebnisse einer Befragung. Kiel
- Schulte, B. 1990: Das Verhältnis zwischen öffentlichen und freien Trägern in internationaler Perspektive, in: Münder, J./Kreft, D. (Hg.), Subsidiarität heute. Münster, S. 44-60
- Schultze-Jena, H. 1986: Interventionen bei Angehörigen von hilfebedürftigen Älteren, in: Hirsch, R./Krauß, B. (Hg.), Gerontopsychiatrie und Altenarbeit. Berlin
- Schwitzer, K.P. 1992: Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/92
- Seibel, W. 1992: Besondere Managementrisiken bei Wohlfahrtsverbänden, in TUP, 43. Jg., S. 10-19
- Sengling, D. 1993: Erwartet werden Leistungen, kaum aber soziale Tugenden. Zwischen Ehrenamt und Sozialmanagement, in: FR vom 12.8.1993, S. 10
- Sichtermann, B. 1987: Frauenarbeit. Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation. Berlin
- Smith, H./Brown, H. 1992: Defending Community Care: Can Normalization do the Job?, in: The British Journal of Social Work, 22. Jg., S. 685-693
- Stark, W. 1993: Die Menschen stärken. Empowerment als neue Sicht auf klassische Themen von Sozialpolitik und sozialer Arbeit, in: BldW, 140. Jg., S. 41-44
- Steiner-Hummel, I. 1991: Entlastung für pflegende Angehörige. Die Bedeutung der Lebenslage und des Lebensstils pflegender Angehöriger für die Nutzung neuer Entlastungsangebote wie Tages- und Kurzzeitpflege, in: Evangelische Impulse, 13. Jg., Heft 2, S. 8-10
- Steiner-Hummel, I. 1991a: Case Management in der Altenhilfe, in: Wendt (1991: 162-180)
- Stellungnahme des Sachverständigenkreises zum Modellversuch "Seniorengenossenschaften" 1993 (Red.: H.P. Tews), vv. Ms. Stuttgart
- Stiefel, M.L. 1985: Hilfsbedürftigkeit und Hilfsbedarf älterer Menschen im Privathaushalt, 2. Aufl. Berlin

- Stoller, E.P./Pugliesi, K.L. 1988: Informal Networks of Community-based Elderly. Changes in Composition over Time, in: *Research on Aging*, 10. Jg., S. 499-516
- Stoller, E.P./Pugliesi, K.L. 1989: Other Roles of Caregivers: Competing Responsibilities or Supportive Resources, in: *Journal of Gerontology: Social Science*, 44. Jg., S. 231-238
- Streeck, W. 1987: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: *KZfSS*, 39. Jg., S. 452-470
- Teichert, V. 1993: Das informelle Wirtschaftssystem, Analyse und Perspektiven von Erwerbs- und Eigenarbeit. Opladen
- Tews, H.P. 1971: *Soziologie des Alterns*. Bd. 1. Heidelberg
- Tews, H.P. 1990, Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters, in: *WSI-Mitteilungen*, 43. Jg., S. 478-491
- Tews, H.P. 1990a: Berufsaufgabe. "Gravitationszentrum" des Strukturwandels des Alters, in: *Soziologische Revue*, 13. Jg., S. 156-165
- Tews, H.P. 1991: Altersbilder: über Wandel und Beeinflussung von Vorstellungen von und Einstellungen zum Alter (KDA-Forum, Bd. 16). Köln
- Tews, H.P. 1993: Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters, in: *Naegele/Tews (1993: 15-42)*
- Thomae, H. 1988: Altern als mehrdimensionaler Prozeß, in: *Altern als Chance und Herausforderung (1988: 9-21)*
- Treutner, E. 1993: "Rückzug" des Staates oder subtilere Steuerung im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik?, in: Voigt, R. (Hg.), *Abschied vom Recht - Rückkehr zum Staat*. Baden-Baden, S. 351-369
- Trilling, A. 1992: Gemeinwesenorientierte Altenpolitik?, in: *Asam (1992: 196-207)*
- Trojan, A. u.a. 1987: Selbsthilfe, Netzwerkforschung: Grundlagen "gemeindebezogener" Netzwerkförderung als Präventionsstrategie, in: Keupp, H./Röhrl, B. (Hg.), *Soziale Netzwerke*. Ffm/N.Y., S. 294-317
- Twigg, J. 1989: Models of Carers: How do Social Care Agencies conceptualise their Relationships with Informal Carers, in: *Journal of social policy*, 18. Jg., S. 53-66
- Urlaub, K.H. 1989: Krisen, Konflikte und Überforderungsstrukturen in familiären Pflegebeziehungen. Eine sozialpsychologische Studie über Bedingungen und Formen der Bewältigung (Alternativen 4, hgg. vom DPWV LV NRW). Wuppertal
- Urlaub, M./Rüberg, R. 1980: Funktionen für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in den Bereichen der Sozialarbeit. Köln
- van Til, J. 1988: *Mapping the third Sector. Voluntarism in a Changing Social Economy*. N.Y.
- Veelken, L. 1988: Analyse von Möglichkeiten der Mitarbeit älterer Menschen in nachberuflich ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Nachsorgephase der sozialen Rehabilitation, in: Braun, H. u.a. (Hg.), *Qualitätssicherung, Beratung, Soziale Rehabilitation*. Kassel, S. 127-142
- Veelken, L. 1990: *Neues Lernen im Alter. Bildungs- und Kulturarbeit mit "Jungen Alten"*. Heidelberg

- Veelken, L./Dallinger, U./Waßmuth, R. 1992: Fortbildung für ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der Altenarbeit - Bedarfsanalyse und Entwicklung von Curriculumelementen. Düsseldorf.
- Vilmar, F./Runge, B. 1986: Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft. Berlin
- Votteler, M./Schwarz, Th. 1988: Ältere Menschen in Baden-Württemberg. Stuttgart
- Waerness, K. 1984: Caring as Women's Work in the Welfare State, in: S. 67-87
- Waerness, K./Ringen, S. 1987: Women in the Welfare State. The Case of Formal and Informal Old-Age Care, in: Erikson, R. u.a. (Hg.), The Scandinavian Model. Welfare States and Welfare Research. Armonk u.a., S. 161-173
- Walker, A. 1983: Care for elderly People: a Conflict between Women and the State, in: Finch/Groves (1983)
- Walker, A. 1987: Enlarging the Caring Capacity of the Community. Informal Support Networks and the Welfare State, in: International Journal of Health Services, 17. Jg., S. 369-386
- Walker, A. 1989: Community Care, in: McCarthy (1989: 203-224)
- Walker, A. 1991: Thatcherism and the New Politics of Old Age, in: Myles/Quadagno (1991: 19-35)
- Wand, E. 1986: Ältere Töchter alter Eltern. Zur Situation von Töchtern im 6. und 7. Lebensjahrzehnt. Stuttgart u.a.
- Ward, R.A./Sherman, S.R./Lagory, M. 1984: Subjective Network Assessments and Subjective Well-being, in: Journal of Gerontology, 39, S. 93-101
- Weinbach, I. 1983: Alter und Altern. Zur Begründung eines gerontagogischen Ansatzes, Ffm u.a.
- Wellman, B. 1981: Applying Network Analysis to the Study of Support, in: Gottlieb (1981: 171-200)
- Wendt, W. R. 1982: Ökologie und Soziale Arbeit. Stuttgart
- Wendt, W.R. 1988: Case Management - Netzwerken im Einzelfall, in: BldW, 135. Jg., S. 267-269
- Wendt, W.R. 1991: Unterstützung fallweise. Case Management in der Sozialarbeit. Freiburg
- Wendt, W.R. (Hg.) 1993a: Ambulante sozialpflegerische Dienste in Kooperation. Freiburg
- Wendt, W.R. 1993: Zivilgesellschaft. Jenseits der Fürsorge, in: SOCIAL-Management 3. Jg., S. 37-40
- Wenger, G.C. 1990: Change and Adaptation in informal Support Networks of elderly People in Wales 1979-1987, in: Journal of Aging Studies, 4. Jg., S. 375-389
- Werner, W./Woller, A. 1992: Die altenpolitische Vermittlerrolle der Kommunen. Das Beispiel der baden-württembergischen Landeskonzepion zur Neuordnung ambulanter Hilfen, in: Asam (1992: 97-110)
- Whittacker, J./Garbarino, J. 1983: Social Support Networks. N.Y.

- Wills, T.A. 1985: Supportive Functions of Interpersonal Relationship, in: Cohen, S./Syme, S.L. (Hg.), *Social Support and Health*. N.Y.
- Wirth, W. 1982: *Inanspruchnahme sozialer Dienste*. Ffm
- Wistow, G. u.a. 1992: From Providing to Enabling: Local Authorities and the Mixed Economy of Social Care, in: *Public Administration*, 70. Jg., S. 25-45
- Wolfensberger, W. 1980: A Brief Overview of the Principle of Normalization, in: Flynn/Nitsch (1980: 7-30)
- Wolfensberger, W. 1980a: The Definition of Normalization. Update, Problems, Disagreements and Misunderstandings, in: Flynn/Nitsch (1980: 71-115)
- Wolff, St. 1983: *Die Produktion von Fürsorglichkeit*. Bielefeld
- Young, C.L./Goughler, D.H./Larson, P.J. 1986: Organizational Volunteers for the Rural Frail Elderly: Outreach, Casefinding and Service Delivery, in: *The Gerontologist*, 26. Jg., S. 342-344
- Zacher, H.F. 1991: Ziele der Alterssicherung und Formen ihrer Verwirklichung, in: Zacher, H.F. (Hg.), *Alterssicherung im Rechtsvergleich*. Baden-Baden, S. 25-113
- Zacher, H.F. 1992: Sozialrecht, in: Baltes/Mittelstraß (1992: 305-330)
- Zahlmann, Chr. (Hg.) 1992: *Kommunitarismus in der Diskussion*. Berlin
- Zellhuber, B./Steiner-Hummel, I. 1991: *Beratungsstelle für pflegende Angehörige. Abschlußbericht, Thema 11, KDA*. Köln
- Zeman, P. 1986: Soziale Identität und Integration in der gemeinschaftlichen Altersselbsthilfe, in: Mühlfeld, C. u.a. (Hg.), *Sozialarbeit mit alten Menschen (Brennpunkte Sozialer Arbeit)*. Ffm.
- Zeman, P. 1988: *Gemeinschaftliche Altersselbsthilfe: Prozesse sozialer Integration im Alter*. 2. unv. Aufl. Berlin
- Zimmer, A. (Hg.) 1992: *Vereine heute - zwischen Tradition und Innovation. Ein Beitrag zur Dritten-Sektor-Forschung*. Basel u.a.